

Beteiligungsbericht



Soziale Region



BildungsRegion



Nachhaltige Region



Aktive Region

zum 31. Dezember 2019

Herausgeberin

StädteRegion Aachen
Der Städteregionsrat
S 80 | Wirtschaftliche Beteiligungen und Zentrales Controlling
Zollernstraße 10
52070 Aachen

Telefon	0241/5198-2318
E-Mail	hermann.fuchs@staedteregion-aachen.de
Internet	www.staedteregion-aachen.de/beteiligungen

Verantwortlich	Hermann Fuchs
Redaktion/Text	S 80 Wirtschaftliche Beteiligungen und Zentrales Controlling
Gestaltung Deckblatt	StädteRegion Aachen, Druckerei
Druck	StädteRegion Aachen, Druckerei
Bezeichnung	S 80/Beteiligungsbericht 08.20
Bilder	© erwin wodicka, avant-ralf poller, vrd, thaut Images, daniel ernst, bartholomäus, photocd, jas/stock.adobe.com

Stand	Mai 2021
-------	----------

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort.....	1
Erläuterungen.....	3
Abkürzungsverzeichnis.....	5
Beteiligungsübersicht.....	7
Übersicht Vereinsmitgliedschaften.....	9

Entsorgung

AWA Entsorgung GmbH.....	13
AWA Service GmbH.....	23
MVA Weisweiler GmbH & Co. KG.....	29
MVA Weisweiler Verwaltungs GmbH.....	37
Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW).....	43

Verkehr und Versorgung

Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV).....	55
Aachener Verkehrsverbund GmbH.....	61
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs- AG (ASEAG).....	67
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen (E.V.A.).....	81
Energie- und Wasser- Versorgung GmbH (EWV).....	107
enwor – energie & wasser vor ort GmbH.....	131
Wassergewinnungs- und aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG).....	143
Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH (FAM).....	153

Wirtschafts- und Strukturförderung

AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH.....	163
Zweckverband Region Aachen.....	171
Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH (WFG).....	181
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG.....	189
Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH.....	194
Camp Astrid GmbH & Co. KG.....	197
Camp Astrid Verwaltungs GmbH.....	203
Vogelsang ip GmbH.....	207
Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH.....	217
Energeticon gGmbH.....	223

Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (ZRR).....	239
--	-----

Wohnungswirtschaft

GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH.....	247
---	-----

Gesundheitswesen

Rhein-Maas Klinikum GmbH.....	261
RMK Service GmbH.....	274
Parkplatz Marienhöhe GmbH.....	281
Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen (SBZ).....	287
Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR.....	303
BZPG – Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit gGmbH.....	311

Beschäftigung – Qualifizierung – Dienstleistung

SPRUNGbrett – Beschäftigungsinitiative der StädteRegion Aachen gGmbH.....	323
regio iT gesellschaft für Informationstechnologie mbH.....	337
Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung, Aachen.....	351

Kultur

Grenzlandtheater Aachen der StädteRegion Aachen GmbH.....	373
KuK – Kunst- und Kulturzentrum Betriebsgesellschaft der StädteRegion Aachen mbH.....	385



Vorwort



Die StädteRegion Aachen legt mit dieser Ausgabe den Beteiligungsbericht zum 31.12.2019 vor. Hierin enthalten sind die gesetzlich vorgeschriebenen Informationen über die Beteiligungen der StädteRegion Aachen in privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Form. Daneben gibt der Beteiligungsbericht einen Überblick über das städteregionale Beteiligungsvermögen und soll die Leser*innen in erster Linie informieren über

- die organisatorisch-rechtlichen Strukturen der Beteiligungen,
- die Besetzung der Organe durch die StädteRegion Aachen und
- die stichtagsbezogene wirtschaftliche Lage der Gesellschaften und Zweckverbände.

Ergänzend zu den Beteiligungen in privater Rechtsform wird auch ein Überblick über die nachfolgend genannten öffentlich-rechtlichen Einrichtungen gegeben:

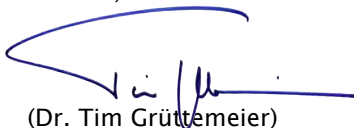
- Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV),
- Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW),
- Sondervermögen Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen,
- Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR Aachen,
- Zweckverband Region Aachen.

Die StädteRegion Aachen hat mit Beschluss des Städteregionstages vom 17. September 2020 Gebrauch von der Befreiung vom Gesamtabchluss für das Jahr 2019 gemacht. Demnach ist die Erstellung eines Beteiligungsberichtes für 2019 verpflichtend. Dieser wurde gemäß den landesrechtlichen Vorgaben der Gemeindeordnung und der Kommunalhaushaltsverordnung aufgestellt.

Neben der graphischen Übersichtsdarstellung der Beteiligungen enthält der Bericht auch eine Abbildung zu den Vereinen, in denen die StädteRegion Aachen als Mitglied aktiv und in deren Gremien sie vertreten ist.

Der Beteiligungsbericht ist im Internet veröffentlicht und kann unter www.staedteregion-aachen.de abgerufen werden. Für Rückfragen zum Beteiligungsbericht gibt Ihnen die Stabstelle S 80 – Wirtschaftliche Beteiligungen und Zentrales Controlling gerne weitergehend Auskunft.

Aachen, im März 2021



(Dr. Tim Grüttemeier)
Städteregionsrat

Erläuterungen

Rechtsgrundlagen und allgemeiner Aufbau

Die Erstellung des Beteiligungsberichtes erfolgt auf Grundlage von § 117 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW). Er beinhaltet folgende gesetzlich vorgeschriebene Informationen zu den jeweils verselbstständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals,
4. und eine schriftliche Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Städteregion Aachen.

Nach § 117 Abs. 1 i. V. m. § 116 Abs. 6 S. 2 GO NRW kann die Städteregion Aachen hierzu von den beteiligten Unternehmen alle Nachweise verlangen, die für die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erforderlich sind.

Die Angaben im Beteiligungsbericht sind gemäß § 53 der Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW) in Form des vorgegebenen Musters nach § 133 Abs. 3 GO NRW darzustellen. Ein vorgegebenes Muster für den vorliegenden Beteiligungsbericht 2019 liegt noch nicht vor.

Dazu hat das zuständige Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes NRW mitgeteilt, dass Kommunen eine gemäß § 117 Abs. 1 GO NRW bestehende Verpflichtung für das Haushaltsjahr 2019 durch die Vorlage eines Beteiligungsberichts erfüllen, welcher den inhaltlichen Anforderungen der § 117 Abs. 2 GO NRW und § 53 KomHVO NRW entspricht, unabhängig von weiteren formalen Anforderungen. Kommunen können unter den genannten Voraussetzungen durchaus auf vor Ort vorhandene Muster aufsetzen.

Die Städteregion Aachen hat in Anlehnung an die vorherigen Ausführungen die bewährte Form des bisherigen Beteiligungsberichtes fortgeschrieben. Die Lageberichte der Unternehmen und Zweckverbände werden im Beteiligungsbericht auszugsweise wiedergegeben. Die komprimierte Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung je Beteiligung weist Gesellschafterzuschüsse oder Verlustabdeckungen separat aus.

Die wirtschaftlichen Angaben im Beteiligungsbericht beziehen sich auf die zuletzt vorgelegten, attestierten Prüfberichte der jeweiligen Jahresabschlüsse des Geschäftsjahres 01.01.2019 bis 31.12.2019. Die Angaben zur Besetzung der Aufsichts- und Entscheidungsgremien berücksichtigen ebenfalls den Stand der Mandatswahrnehmung zu den vorgenannten Stichtagen. Personelle Änderungen jeglicher Art, die nach dem Stichtag eingetreten sind, werden im darauffolgenden Bericht ausgewiesen.

Anhand einer Gesamtübersicht werden alle unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der StädteRegion Aachen in privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Form zudem grafisch dargestellt. Zu Transparenzzwecken werden auch die Mitgliedschaften der StädteRegion Aachen in Vereinen grafisch aufgezeigt.

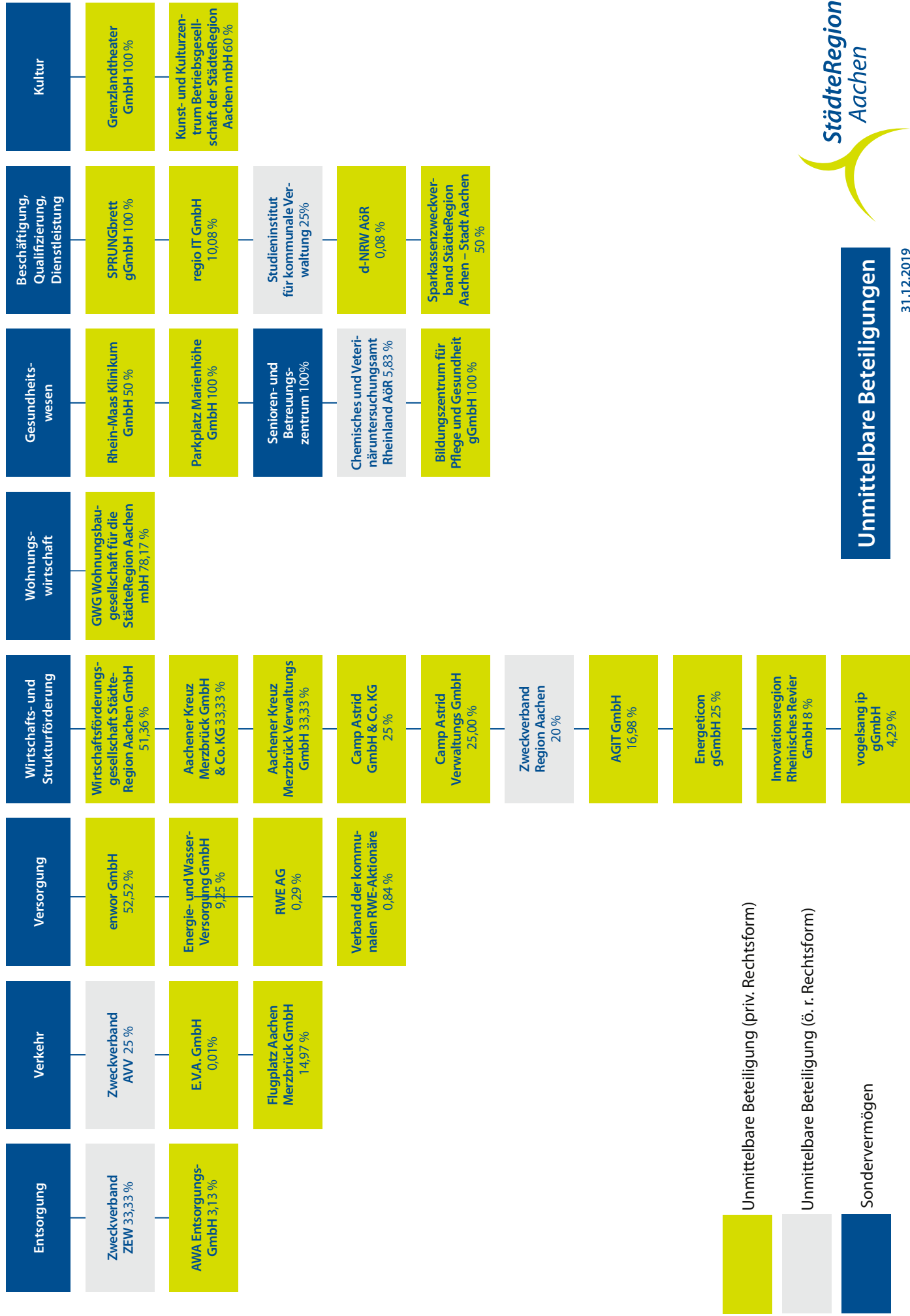
Befreiung vom Gesamtabchluss gem. § 116a GO NRW

Im Zuge des Inkrafttretens des zweiten Gesetzes zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements wurde in der Gemeindeordnung NRW der § 116a GO NRW eingefügt. Dieser regelt die Möglichkeit einer Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses.

Der Städteregionstag kann bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres entscheiden, ob auf die Aufstellung des Gesamtabchlusses verzichtet wird. Die rechtlichen Voraussetzungen zur Befreiung werden von der Städteregion Aachen erfüllt. Die entsprechende Beschlussfassung erfolgte im Städteregionstag am 17.09.2020 (vgl. Sitzungsvorlage 2020/0464). Nach § 116a Abs. 3 GO NRW ist die Erstellung eines Beteiligungsberichtes für die Städteregion Aachen für das Jahr 2019 somit verpflichtend.

Abkürzungsverzeichnis

>	größer als
<	kleiner als
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AV	Anlagevermögen
BGBI.	Bundesgesetzblatt
bzw.	beziehungsweise
cbm/m ³	Kubikmeter
EigVO	Eigenbetriebsverordnung NRW
EK	Eigenkapital
e.V.	eingetragener Verein
GkG	Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NRW
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GO NRW	Gemeindeordnung Nordrhein–Westfalen
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein–Westfalen
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz NRW
i.d.R.	in der Regel
i.H.v.	in Höhe von
KG	Kommanditgesellschaft
KrO	Kreisordnung
km	Kilometer
kWh	Kilowattstunden
LSP	Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten
Mio.	Million
NRW	Nordrhein–Westfalen
qm/m ²	Quadratmeter
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
RWTH	Rheinisch–Westfälische Technische Hochschule
Sopo	Sonderposten
T€	Tausend Euro
UV	Umlaufvermögen
WEEG	Wasserentnahmeentgelt
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
ZV	Zweckverband



- Unmittelbare Beteiligung (priv. Rechtsform)
- Unmittelbare Beteiligung (ö. r. Rechtsform)
- Sondervermögen



Unmittelbare Beteiligungen

31.12.2019



Aktive Region	Nachhaltige Region	BildungsRegion	Soziale Region
Grünmetropole e. V.	Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 e. V.	Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung e. V.	Schullandheimverein Paustenbach e. V.
Kunst- und Kulturzentrum e. V.	Naturpark Nordifel e. V.	Bundesverband Jugend und Film e. V.	
Verein zur Förderung der Städtepartnerschaften in der StädteRegion Aachen	Stiftung Naturschutz, Heimat und Kulturpflege e.V.	Landesarbeitsgemeinschaft Jugend und Literatur NRW e. V.	
TSV Alemannia Aachen 1900 e. V.	Biologische Station e. V.	Bergbaumuseum Grube Anna e. V.	
Arbeitsgemeinschaft fußgän- ger- und fahradfreundlicher Städte, Gemeinden u. Kreise in NRW e. V.	Förderverein Nationalpark Eifel e. V.	Zinkhütter Hof e. V.	
Eifel Touristik Agentur e. V.	Better Mobility Anwender- gemeinschaft e. V.	Pro RWTH e. V.	
Veranstaltergemeinschaft für den Lokalfunk in der StädteRegion Aachen e. V.			
Monschauer Land Touristik e. V.			
Business Network Aachen e. V.			
digitalHUB Aachen e. V.			

Es werden nur die Mitgliedschaften
in den Vereinen dargestellt,
in deren Gremien die StädteRegion Aachen
Vertreter entsendet.



Mitgliedschaften in Vereinen



Entsorgung

AWA Entsorgung GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist die Beauftragung des „Zweckverbandes Entsorgungsregion West“ mit der Aufgabenwahrnehmung, Koordination und Durchführung von abfallwirtschaftlichen Aufgaben. Dies umfasst die Weiterentwicklung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Planung, Vorbereitung, Einleitung und Durchführung von Genehmigungsverfahren für Anlagen zur Sortierung, stofflichen Verwertung, thermischen oder sonstigen Behandlungen und Ablagerungen von Siedlungsabfällen sowie die Errichtung und den Betrieb entsprechender Anlagen. Die Beauftragung weiterer Aufgaben, Rechte und Pflichten bedarf im Einzelfall der ausdrücklichen Zustimmung derjenigen Körperschaften, um deren Aufgaben, Rechte und Pflichten es sich handelt. Soweit davon beide Gebietskörperschaften betroffen sind, bedarf dies der Zustimmung beider.

Die Gesellschaft darf alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, den Gesellschaftsgegenstand zu fördern. Die Gesellschaft darf abfallwirtschaftliche Aufgaben von kreisangehörigen Städten und Gemeinden mit Zustimmung beider Gesellschafter übernehmen. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Gesellschaften zu beteiligen. Die Gesellschaft darf Grundstücke erwerben sowie eigenen und fremden Grundbesitz verwalten und verwerten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft kann einen oder mehrere Geschäftsführer haben. Die Zahl der Geschäftsführer richtet sich nach dem Aufgabenumfang der Gesellschaft. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so ist er stets alleinvertretungsberechtigt. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, kann einer der Geschäftsführer durch Beschluss der Gesellschafterversammlung zum Vorsitzenden bestimmt werden.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 24 stimmberechtigten und vier beratenden Mitgliedern. 21 stimmberechtigte Mitglieder des Aufsichtsrates und ihre Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Entsorgungsregion West (ZEW) bestellt und in den Aufsichtsrat entsandt. Drei stimmberechtigte Aufsichtsratsmitglieder und ihre Stellvertreter werden auf Vorschlag der Gesellschafterversammlung durch Mehrheitsbeschluss der 21 vom ZEW bestimmten Aufsichtsratsmitglieder bestellt. Von diesen drei Aufsichtsratsmitgliedern muss je ein Mitglied

- Angehöriger der Geschäftsführung der Industrie- und Handelskammer zu Aachen,
- Angehöriger der Geschäftsführung des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus der Region Aachen,
- Angehöriger des Kreises der Professoren der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen sein.

Jedes Mitglied des ZEW entsendet eine fachkundige Person als Mitglied in den Aufsichtsrat mit beratender Stimme. Ihre Stellvertreter werden gleichfalls von dem Mitglied des ZEW bestimmt. Ein Vertreter des Betriebsrates nimmt mit beratender Stimme an der Sitzung des Aufsichtsrates teil.

Gesellschafterversammlung:

In der Gesellschafterversammlung werden die Gesellschafter durch ihre gesetzlichen Vertreter vertreten. Darüber hinaus kann sich jeder Gesellschafter durch rechtsgeschäftliche Vertreter vertreten lassen, sofern es sich hierbei um Angehörige der Verwaltung des vertretenen Gesellschafters handelt. Abweichend hiervon kann die Gesellschafterversammlung weitere Personen als Vertreter oder Beistand in der Gesellschafterversammlung zulassen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Frank Wolff

Vertreter der StädteRegion per ZEW im Aufsichtsrat:

Vorsitzender:	Dr. Tim Grüttemeier	Städteregionsrat
	Stefan Jücker	Dezernent StädteRegion
	Oliver Bode	Städteregionstagsmitglied
	Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied
	Gabriele Bockmühl	Städteregionstagsmitglied
	Michael Kirsch	Städteregionstagsmitglied
	Werner Krickel	Städteregionstagsmitglied
	Uwe Friedrich Löhre	Städteregionstagsmitglied

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Dr. Tim Grüttemeier

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52249 Eschweiler

gezeichnetes Kapital: 640.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Zweckverband ZEW	600.000,00	93,750
StädteRegion Aachen	20.000,00	3,125
Stadt Aachen	<u>20.000,00</u>	<u>3,125</u>
	640.000,00	100,000

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
MVA Weisweiler GmbH & Co.KG	6.392.000,00	50,00
MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH	12.782,30	50,00
MOENA Grundstücksverw.GmbH & Co.KG i.L.	12.782,29	50,00
MOENA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH	12.782,30	50,00
AWA Service GmbH	25.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2017	2018	2019
	- in T€ -	- in T€ -	- in T€ -
A. Anlagevermögen	32.939	32.066	31.705
I. Imm. Vermögensgegenst.	92	130	87
II. Sachanlagen	30.308	29.397	29.079
III. Finanzanlagen	2.539	2.539	2.539
B. Umlaufvermögen	35.582	32.537	35.241
I. Vorräte	81	81	62
II. Forderungen / sonst. VG	25.397	22.753	20.747
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben	8.069	9.703	14.432
C. Rechnungsabgrenzungsposten	58	41	58
Bilanzsumme Aktiva	66.543	64.644	67.004
A. Eigenkapital	10.263	12.414	15.341
I. Gezeichnetes Kapital	640	640	640
II. Gewinnrücklagen	3.000	3.000	3.000
III. Gewinn/ Verlustvortrag	1.544	6.573	8.773
IV. Jahresübersch./-fehlbetrag	5.079	2.201	2.928
B. Rückstellungen	35.887	35.233	32.544
C. Verbindlichkeiten	20.074	16.710	18.863
D. Rechnungsabgrenzungsposten	320	288	255
Bilanzsumme Passiva	66.543	64.644	67.004

	2017	2018	2019
Gewinn- und Verlustrechnung:	- in T€ -	- in T€ -	- in T€ -
Umsatzerlöse	51.632	47.694	52.219
Sonstige betriebliche Erträge	340	492	264
Aufwendungen für bezogene Leistungen	34.495	30.767	28.901
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.946	5.087	8.026
Jahresfehlbetrag/-überschuss	5.079	2.201	2.928

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiter/innen	89	84	137*

*Betriebsübergang der AWA Service GmbH auf die AWA Entsorgung GmbH zum 01.01.2019

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Über die Ergebnisverwendung der AWA Entsorgung GmbH – d.h. über die Verwendung des Jahresüberschusses zuzüglich eines Gewinnvortrages und abzüglich eines Verlustvortrages oder, so weit einschlägig, über die Verwendung des Bilanzgewinnes – entscheidet die Gesellschafterversammlung nach freiem Ermessen. Die Gesellschafterversammlung kann insbesondere beschließen, dass das Ergebnis ganz oder teilweise in Gewinnrücklagen eingestellt oder auf neue Rechnung vorgetragen wird. Soweit die Ergebnisse aus der Wahrnehmung von Aufgaben resultieren, die die Gesellschafter Stadt und Städteregion Aachen in gleichem Umfang auf die AWA GmbH übertragen haben, erfolgt die Ergebnisverteilung im Verhältnis der Geschäftsanteile zueinander. Im Übrigen erfolgt die Ergebnisverteilung nach dem Ergebnis der jeweiligen von den Gesellschaftern übertragenen Aufgaben. Für das Geschäftsjahr 2019 hat die Städteregion Aachen in 2020 keine Gewinnausschüttung erhalten. Gesellschafter der AWA Entsorgung GmbH ist der Zweckverband Entsorgungsregion West, in dem die StädteRegion Aachen ebenfalls Mitglied ist. Zwischen der AWA Entsorgung GmbH und dem ZEW bestehen vielfältige Leistungsbeziehungen (u.a. Geschäftsbesorgungsvertrag, Rahmenvertrag).

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 GO NRW in Verbindung mit § 2 LAbfG und dem Kreislaufwirtschaftsgesetz grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

Die Umsätze wurden wie in den Vorjahren durch die Erlöse aus Abfallbeseitigung erzielt, die grundsätzlich mit den entgeltrelevanten Aufwendungen für die Abfallbeseitigung korrelieren. Die Gesamtleistung im Kalenderjahr 2019 liegt mit T€ 4.525 um 9,5 % unter dem Wert des Vorjahrs (T€ 47.694). Das Rohergebnis (Umsatzerlöse abzgl. Materialaufwand) des Kalenderjahres 2019 ist gegenüber dem Vorjahr (T€ 16.754) auf T€ 23.120 also um T€ 6.366 oder 38,0 % gestiegen. Die Aufwendungen werden im Wesentlichen durch die Verbrennungskosten der MVA Weisweiler geprägt, die gegenüber dem Vorjahr um 16,3 % gesunken sind. Es wird ein Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von T€ 3.832 ausgewiesen. Nach Abzug der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag konnte im Geschäftsjahr 2019 ein positives Jahresergebnis von T€ 2.928 erzielt werden. Die Bilanz zeigt zum Stichtag 31. Dezember 2019 ein Eigenkapital in Höhe von T€ 15.341. Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt 22,9 %. Alle der AWA E obliegenden abfallwirtschaftlichen Aufgaben wurden erfüllt und die abfallwirtschaftlichen Ziele erreicht. Maßnahmen zum weiteren Fortschritt der abschließenden Oberflächenabdichtung auf dem Gelände der ehemaligen Deponie Alsdorf-Warden mussten durch Verzögerungen des Genehmigungsverfahrens verschoben werden. Der Betrieb der Entsorgungszentren läuft plangemäß. Die Prokura von Ulrich Reuter ist am 21. Februar 2019 erloschen. Herrn Dirk Hanke wurde am 23. Dezember 2019 Prokura erteilt.

a) Abfallwirtschaftliche Entwicklung

Die AWA E ist aufgrund der vom Aufsichtsrat beschlossenen Unternehmensziele und als 100 % kommunales Unternehmen zu vorbildlichem ökologischen Verhalten verpflichtet. Dies ergibt sich aus § 21 des KrWG. Hier ist vorgegeben, dass die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger im Sinne des § 20 KrWG Abfallwirtschaftskonzepte und Abfallbilanzen über die Verwertung, insbesondere der Vorbereitung zur Wiederverwendung und des Recyclings und die Beseitigung erstellen. Die genauen Anforderungen richten sich nach dem Landesrecht. Diesen Verpflichtungen kommt die AWA E vollständig nach. Als zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb unterliegen alle Prozesse einer regelmäßigen Überprüfung. Im Rahmen eines umfangreichen Berichtswesens werden die Belange des Betrieblichen Umweltschutzes abgedeckt.

b) Anlagenbetrieb

Im Vergärungsteil der Kompostierungs- und Vergärungsanlage Würselen wurde im September eine große Revision durchgeführt. Der Betrieb der Intensivrotte war davon nicht betroffen. Seit April wird die Qualität des Bioabfalls durchgängig vom Betriebsführungspersonal der gabco Kompostierung GmbH im Auftrag des ZEW und der AWA E kontrolliert und dokumentiert. Die Anlieferungskommunen werden über die Qualität der Biotonne informiert. Weitere Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen von „#WirfuerBio“ sind in 2020 vorgesehen. Die Rostascheaufbereitungsanlage arbeitet ohne größere Ausfälle. Der Betrieb des Entsorgungszentrums Warden läuft störungsfrei. 54.000 m³ Sickerwasser wurden behandelt und der Indirekteinleitung zugeführt. Im Blockheizkraftwerk wurden 2,8 Mio. m³

Deponiegas zur Strom- und Wärme/Kälteerzeugung für den Standort genutzt. Die Anlieferungen am Kleinanlieferungsplatz nahmen 2019 weiter zu. Auch die Kompostierungsanlage Warden arbeitet störungsfrei. Das Grünschnittaufkommen ist im Vergleich zu 2018 angestiegen. Bei der zuständigen Genehmigungsbehörde wurde eine Erhöhung der Durchsatzmenge beantragt und genehmigt. Die neue Schadstoffannahmestelle am Standort Warden wurde im Oktober von den Aufsichts- und Überwachungsbehörden abgenommen und anschließend in Betrieb genommen. Die Annahmestelle der Schadstoffstation in Aachen, Kellershaustraße, lief 2019 reibungslos. Die diesjährige große Stoffstromkontrolle der Schadstoffsammlung durch die Bezirksregierung Köln verlief ohne Mängel. Im Betrieb des Entsorgungszentrums Horm kam es im September zu einem Brandereignis in einer Anlieferungshalle im Sperrmüll. Dies führte aber zu keiner Störung des Regelbetriebs. Die Revision der Sprinkleranlage und der Sprühwasserlöschanlage wurde vom VDS erfolgreich durchgeführt. Der Betrieb des Entsorgungszentrums Süd läuft ohne Störung. Die Anlieferzahlen und die angenommenen Abfallmengen steigen stetig, wodurch eine Erweiterung der Öffnungszeiten für 2020 geprüft wird. Der Betrieb des Entsorgungszentrums Rurbenden läuft störungsfrei. Insgesamt wird das Entsorgungszentrum von den Kunden gut angenommen. Die Abfallmengen und Anlieferungszahlen steigen.

Ertragslage

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen (€28,9 Mio.; Vj. €30,8 Mio.) beinhalten Fremdleistungen für die Verbrennungskosten der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG, für den Betrieb der Kompostplätze Alsdorf-Warden und Würselen sowie Leistungen für den Betrieb der Zentraldeponie Alsdorf-Warden, für die Betriebsführung der Rostascheaufbereitung, Schadstoffsammlung, für Fremdleistungen Abwasserentsorgung Siwa sowie den Kostenaufwand der Weiterbelastungen. Die Minderung ist auf reduzierte Verbrennungskosten der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG um -2.855 T€ (-16,3 %) zurückzuführen. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere Kosten für Wartung/Instandhaltung (T€ 2.269; Vj. T€ 896), Mieten (T€ 1.898; Vj. T€ 641), Beratungs- und Prüfungskosten (T€ 552; Vj. T€ 1.076), Energieversorgung (T€ 508; Vj. T€ 367), Kfz-Kosten (T€ 500; Vj. T€ 54) und Fremdleistungen (T€ 435; Vj. T€ 480) enthalten. Die Umsatzerlöse sind auf Grund der für die Gesellschaft geltenden öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen (KAG, LSP u.a.) stark von den Entsorgungskosten abhängig, die wiederum maßgeblich von den Verbrennungskosten der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG bestimmt werden. Die ausschließlich im Inland erzielten Umsatzerlöse entfallen mit etwa € 42,9 Mio. (Vj. € 42,2 Mio.) auf Entsorgungsentgelte, die damit leicht über dem Niveau des Vorjahres liegen. Trotz gesunkener Verbrennungskosten verbleiben die Entsorgungsentgelte auf Vorjahresniveau. Ursächlich hierfür sind Kostensteigerungen im Bereich der Personalaufwendungen und der sonstigen Aufwendungen, welche die Minderung der Verbrennungskosten nahezu vollständig kompensieren. Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten im Wesentlichen Erlöse aus der Papiervermarktung (T€ 4.684; Vj. T€ 0), Schrotterlöse aus der Rostascheaufbereitung (T€ 1.620; Vj. T€ 1.998), Erlöse aus Geschäftsbesorgungen (T€ 1.017; Vj. T€ 1.456) sowie Mieterlöse aus dem Betriebshof RegioEntsorgung (T€ 454; Vj. T€ 513). Im Geschäftsjahr wurden keine Beteiligungserträge (Vj. T€ 0) erzielt, da die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG im Wirtschaftsjahr 2018 einen Jahresfehlbetrag ausgewiesen hat, der zunächst mit künftigen Gewinnen zu verrechnen ist. In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von

T€ 24 (Vj. T€ 95) enthalten. Die Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen enthält neben Darlehnszinsen (T€ 420; Vj. T€ 541) auch zinsbasierende Anpassungen aus langfristigen Rückstellungen für Erstattungsverpflichtungen aus Entgeltkalkulationen der Vorjahre (T€ 139; Vj. T€ 203). Weiterhin werden Zinsen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen ausgewiesen (T€ 421; Vj. T€ 412), die mit den Zinserträgen aus der Rückdeckungsversicherung (T€ 46; Vj. T€ 102) verrechnet werden. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von T€ 2.928 (Vj. Jahresüberschuss T€ 2.201) ab.

Vermögenslage

Die Aktivitäten des Wirtschaftsjahres 2019 konnten aus den vorhandenen liquiden Mitteln finanziert werden. Eine Aufnahme von Fremdmitteln in Höhe von T€ 4,6 war erforderlich. Die Liquidität war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres dennoch gesichert. Das Gesamtvermögen der Gesellschaft in Höhe von T€ 67.004 liegt um T€ 2.360 über dem Vorjahreswert (T€ 64.644). Die planmäßigen Abschreibungen in Höhe von T€ 1.888, Anlagenzugänge in Höhe von T€ 1.554 sowie Anlagenabgängen zu Buchwert in Höhe von T€ 27 führten zu einem Rückgang des Anlagevermögens von T€ 32.066 auf T€ 31.705. Die Forderungen beinhalten im Wesentlichen sonstige Vermögensgegenstände (T€ 10.026; Vj. T€ 10.974), Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (T€ 4.307; Vj. T€ 6.784) und Forderungen gegen Gesellschafter (T€ 4.005; Vj. T€ 2.725). Die Reduzierung der Forderungen liegt in der Auszahlung von Gewinnanteilen der MVA GmbH & Co. KG in Höhe von T€ 3.386 begründet. Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um 2.928 T€ erhöht. Die Eigenkapitalquote stieg von 19,2 % auf 22,9 %. Diese ist damit unter betriebswirtschaftlichen Aspekten relativ gering, aufgrund des rechtlichen Umfelds und der Kalkulationsgrundlagen lassen sich hieraus aber keine besonderen Risiken ableiten. Das Verhältnis von Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital zum Anlagevermögen (Anlagendeckungsgrad II) weist einen Wert von 175 % aus. Das Umlaufvermögen deckt das kurzfristige Fremdkapital mit einem Faktor von 2,4 ab. Die Rückstellungen (T€ 32.544; Vj. T€ 35.233) reduzierten sich um insgesamt T€ 2.689. Wesentliche Bewegungen ergaben sich aus dem Rückgang der Rekultivierungsrückstellungen in Höhe von T€ 2.719 sowie aus dem Rückgang der Bürgerrückstellungen von T€ 509. Die Zunahme der Verbindlichkeiten (T€ 18.863; Vj. T€ 16.710) ist im Wesentlichen auf die Aufnahme eines Darlehens zurückzuführen.

Finanzlage

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (T€ 14.595; Vorjahr T€ 11.685) reduzierten sich um die Aufnahme eines neuen Darlehens (T€ 4,6) und reduzieren sich um die planmäßigen Tilgungen.

Die Finanzlage stellt sich gemäß DRS 21) wie folgt dar:

	31.12.2019 T€	31.12.2018 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	3.345	5.242
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-1.527	-1.023
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	2.911	-2.585
Veränderung des Finanzmittelfonds	4.729	1.634
Finanzmittelfonds am Anfang des Geschäftsjahres	9.703	8.069
Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	14.432	9.703

Umweltschutz

Die festgelegten Umweltziele wurden auch in 2019 konsequent eingehalten. Die Umsetzung der Umweltziele erfolgte vorbildlich und alle gesetzlichen und staatlichen Vorgaben wurden eingehalten. Hierbei sind die konsequente und zuverlässige Unterschreitung der vorgegebenen Emissionswerte der Müllverbrennungsanlage Weisweiler GmbH & Co. KG positiv hervorzuheben. Mit dem seit Jahren eingerichteten Qualitäts- und Umweltmanagement werden auch die strukturellen Voraussetzungen zu einer erneuten Zertifizierung erfüllt. Die AWA E ist weiterhin als Entsorgungsfachbetrieb anerkannt.

Personalentwicklung

Insgesamt waren im Durchschnitt 137 Personen im Jahr 2019 bei der AWA Entsorgung GmbH tätig. Der Anstieg des Personals resultiert aus dem Betriebsübergang der AWA Service GmbH auf die AWA Entsorgung GmbH. Darüber hinaus wurden 17 Auszubildende bei der AWA Entsorgung GmbH intensiv auf ihr Berufsleben vorbereitet. Die Ausbildungsquote beträgt bei der AWA 11 %. Die Gewinnung von technischen Auszubildenden erweist sich zunehmend als schwierig.

Prognosebericht

Die AWA E als Muttergesellschaft hat zum Stichtag 1. Januar 2019 eine Optimierung ihrer Organisationsstruktur vorgenommen. Im Rahmen dieses Prozesses wurde das operative Geschäft der AWA Service GmbH einschließlich Teile der Betriebsmittel und des beschäftigten Personals auf die AWA E übertragen (Betriebsübergang nach § 613a BGB). Das Grundstück und die Gebäude des Entsorgungszentrums Horm sind im Besitz der AWA Service GmbH verblieben und an die AWA E vermietet. Die AWA Service GmbH agiert seit dem 1. Januar 2019 nur noch als vermögensverwaltende Gesellschaft. Die AWA Entsorgung GmbH ist mit allen bisherigen Standorten und abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten weiterhin anerkannter Entsorgungsfachbetrieb und strebt dies auch für die Zukunft an. Das Geschäftsjahr 2019 war durch Umstrukturierung/ Organisationsoptimierung geprägt. Das Projekt „Neue Rostascheaufbereitungsanlage“ wurde trotz des Beschwerdeverfahrens OLG Düsseldorf in 2019 intensiv weiterentwickelt und dem Aufsichtsgremium vorgestellt. Die Zuständigkeit des Neubaus und den Betrieb der Rostascheaufbereitungsanlage soll künftig bei der MVA Weisweiler liegen. Die Errichtung dieser modernen und effizienteren Anlage zur Werkstoffgewinnung wird für das Jahr 2021 angestrebt. Wesentliche zukünftige Projekte sind die Ausgestaltung der abfallwirtschaftlichen Folgenutzung eines Teils des Areals der Deponie am Standort Warden und die Rekultivierung der

übrigen Fläche, Errichtung einer Ersatzanlage für die Rostascheaufbereitungsanlage, Maßnahmen zur Qualitätssteigerung der Bioabfälle, Stabilisierung eines gut erreichbaren Netzes von Wertstoffhöfen und die Intensivierung der Maßnahmen zur Abfallvermeidung und Wiederverwertung. Die AWA E rechnet in 2020 mit leicht steigenden Müllmengen und ein Ergebnis vor Steuern auf ähnlichem Niveau wie in 2019.

Risikobericht

Im Laufe des Jahres 2018 konnte abfall- und preistechnisch keine signifikante Veränderung der Risikolage festgestellt werden. Die zuvor angenommenen Unwägbarkeiten bzgl. der Verschiebungen der Abfallmengenströme aus dem Gewerbe wegen der in 2017 in Kraft getretenen Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) sind nicht eingetreten. Bislang hat die Gewerbeabfallverordnung zu keinen nennenswerten Verschiebungen der Abfallströme, die die AWA betreffen, geführt. Da derzeit alle Verbrennungsanlagen in Deutschland im Wesentlichen ausgelastet sind, gehen wir davon aus, dass die Verbrennungspreise in Deutschland in etwa stabil bleiben werden. Zum 1. Januar 2019 wird das novellierte VerpackG in Kraft treten und die Marktteilnehmer überlegen, sich auf diese neuen Rahmenbedingungen auszurichten. Die bisherigen von den Kommunen verhandelten Abstimmungsvereinbarungen bestehen derzeit weiterhin. Die noch zu verhandelnden neuen Abstimmungsvereinbarungen mit den dualen Systemen werden Konsequenzen auf die Erlöse, der Stoffstrom Papier und die Abwicklung sowie die neu zu erstellende Ausschreibung haben. Die Festlegungen im Gesetz sowie die Kommentare zum Gesetz, lassen jedoch heute schon eine höhere Erlösbeteiligung der Dualen Systeme befürchten. Die AWA E hat im Frühjahr 2017 Ergänzungen zu Verträgen mit dem ZEW, der Entsorgungsgesellschaft Niederrein mbH („EGN“) und der MVA Weisweiler KG zur Verbrennung von Abfallmengen in der MVA Weisweiler abgeschlossen. Diese wurde von einem privaten Mitwettbewerber vor der Vergabekammer Köln mit dem Ziel angefochten, die Unwirksamkeit dieser Verträge festzustellen. Der Nachprüfungsantrag richtet sich gegen den ZEW, die AWA E und die EGN. Die Vergabekammer Köln hat den Antrag des privaten Mitwettbewerbers abgewiesen. Die Antragstellerin hat gegen den Beschluss der Vergabekammer sofortige Beschwerde beim OLG Düsseldorf eingereicht. In der Verhandlung am 4. Dezember 2019 hat die Antragstellerin ihre Beschwerde im OLG-Verfahren zurückgezogen. In einem weiteren Verfahren hat der gleiche private Mitwettbewerber bei der Vergabekammer Rheinland einen Vergabenachprüfungsantrag mit Schriftsatz vom 8. April 2019 eingereicht, um die Unwirksamkeit des Auslastungs- und Entsorgungsvertrages zwischen der AWA Entsorgung GmbH und der Materis GmbH festzustellen. Der Vergabenachprüfungsantrag wurde durch die Antragstellerin am 24.03.2020 zurückgenommen und der Einstellungsbeschluss der Vergabekammer folgt. Darüber hinaus ist die AWA E von zwei weiteren Rechtsverfahren berührt, in dem Ansprüche gegen die Gesellschaft erhoben werden. Die restlichen Risiken aus diesen zwei Rechtsverfahren sind bilanziell erfasst. Mit einer gerichtlichen Entscheidung wird im Laufe des Jahres 2020 gerechnet. Die weltweite Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS – CoV-2 hat in den ersten Monaten des Jahres 2020 stetig zugenommen. Gerade NRW ist stark von diesem Virus betroffen. Die Geschäftsführung hat einen Krisenstab gebildet, der sich laufend mit dem aktuellen Sachstand beschäftigt und Informationen zusammenträgt. Aufgabe dieses Krisenstabes ist die Koordinierung aller notwendigen Maßnahmen, die mit dem Thema Coronavirus und dessen Auswirkungen auf die Ge-

sellschaft zu tun haben. Es bestehen große Unsicherheiten, wie die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen im Jahresverlauf ausfallen werden.

Chancenbericht

Unter dem Stichwort Digitalisierung erarbeiten wir innovative und digitale Lösungen. Hier ist die Einführung eines neuen BI (Business Intelligence)-Systems zu nennen sowie den Aufbau einer neuen Internetseite. Gleichzeitig erarbeiten wir einen elektronischen Abfallkontrollbericht mit dem Ziel der papierlosen Verriegelung Kontrolle. Zur Steigerung und Motivation der Belegschaft wurde in 2019 ein neues LOB (Leistungsorientierte Bezahlung gemäß TVÖD) entwickelt und wird in 2020 entsprechend umgesetzt. Weiterhin sieht die Gesellschaft Chancen bei der Unterstützung von Zukunftsprojekten in der Entsorgungs- und Verwertungsbranche, um hieraus möglichst auch strategische Ansätze zur nachhaltigen Weiterentwicklung der AWA E abzuleiten, damit gegebenenfalls die Möglichkeit besteht, zukünftige Entwicklungen aktiv mitzugestalten.

Risikomanagementsystem

Das Risikomanagementsystem ist fester Bestandteil des betrieblichen Alltags. Alle Geschäftsabläufe werden einer regelmäßigen Überprüfung durch eine extern beauftragte Beratungsgesellschaft unterzogen. Die Geschäftsführung erarbeitet zusammen mit den zuständigen Abteilungsleitern die Aktualisierung bzw. Anpassung der bekannten Risiken und bewertet diese entsprechend der aktuellen Entwicklung neu und ergänzt sie um evtl. neu auftretende Risiken. Mindestens einmal im Jahr wird die Risikosituation in den einzelnen Betriebs- und Unternehmensbereichen mit den verantwortlichen Abteilungsleitern und der Geschäftsführung ausführlich vor Ort erörtert und dokumentiert. Das Risikomanagement der AWA E profitiert dabei vom bundesweiten Einsatz des beauftragten Ingenieurbüros. Damit ist die Gesellschaft in der Lage, die durch den Betrieb entstehenden Risiken adäquat zu bewerten und weitestgehend auch zu beherrschen.

AWA Service GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist nach der Optimierung der Organisationsstruktur eine vermögensverwaltende Gesellschaft.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Gesellschafterversammlung:

Die Vertretung erfolgt über die AWA Entsorgung GmbH als Gesellschafterin.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Frank Wolff

Gesellschafterversammlung:

Die Vertretung erfolgt über die AWA Entsorgung GmbH als Gesellschafterin.

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52249 Eschweiler

gezeichnetes Kapital: 25.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
AWA Entsorgung GmbH	25.000	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2017	2018	2019
	- in € -	- in € -	- in € -
Bilanz:			
A. Anlagevermögen	2.046.137	1.339.762	1.003.944
I. Sachanlagen	2.046.137	1.339.762	1.003.944
B. Umlaufvermögen	1.803.727	1.949.322	1.629.538
I. Vorräte	21.400	0	0
II. Forderungen / sonst. VG	703.101	1.169.296	102.726
III. Kassenbestand, Guthaben	1.079.226	780.026	1.526.813
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.483	1.093	0
Bilanzsumme Aktiva	3.852.347	3.290.177	2.633.483
A. Eigenkapital	1.450.899	1.293.954	1.269.286
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II. Gewinnvortrag	2.434.835	1.425.900	1.268.954
III. Jahresüberschuss	-1.008.936	-156.946	-24.668
B. Rückstellungen	773.943	30.696	42.016
C. Verbindlichkeiten	1.627.504	1.965.528	1.322.181
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
E. Passive latente Steuern	0	0	0
Bilanzsumme Passiva	3.852.347	3.290.177	2.633.483
	2017	2018	2019
	- in € -	- in € -	- in € -
Gewinn- und Verlustrechnung:			
Umsatzerlöse	11.341.852	11.077.698	1.023.068
Sonstige betriebliche Erträge	24.394	531.983	24.397
Materialaufwand	6.583.127	6.321.733	162.426
Personalaufwand	2.326.670	2.459.768	5.543
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.089.948	2.447.089	474.845
Jahresüberschuss n. Steuern	-1.008.936	-156.946	-24.668

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiter/innen (im Durchschnitt)	50	60	0*

*Betriebsübergang nach § 613a BGB zum 01.01.2019

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine unmittelbaren Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen. Zwischen der AWA Service GmbH und ihrer 100%-igen Muttergesellschaft, der AWA Entsorgung GmbH, bestehen vielschichtige Leistungsbeziehungen.

Öffentliche Zwecksetzung

Die AWA Service GmbH agiert seit dem 1. Januar 2019 nur als reine Vermögensverwaltung der Betriebsmittel und Grundstücke.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

Die AWA Entsorgung GmbH als Muttergesellschaft hat zum Stichtag 01. Januar 2019 eine Optimierung ihrer Organisationsstruktur vorgenommen. Im Rahmen dieses Prozesses wurde das operative Geschäft der AWA Service GmbH einschließlich Teile der Betriebsmittel und des beschäftigten Personals auf die AWA Entsorgung GmbH übertragen (Betriebsübergang nach § 613a BGB). Das Grundstück und die Gebäude des Entsorgungszentrums Horm sind im Besitz der AWA Service GmbH verblieben und an die AWA Entsorgung GmbH vermietet. Die AWA Service GmbH agiert seit dem 01.01.2019 nur noch als vermögensverwaltende Gesellschaft. Zwischen der AWA Service GmbH und der AWA Entsorgung GmbH wurden Mietverträge abgeschlossen, so dass die Umsatzerlöse in der Hauptsache aus Mieteinnahmen und Weiterbelastungen resultieren.

Ertragslage

Die ausschließlich im Inland erzielten Umsatzerlöse (insgesamt T€ 1.023; Vj. T€ 11.078) betreffen in weit überwiegenden Anteilen Mieterlöse (T€ 877; Vj. T€ 30) sowie Erlöse aus Weiterbelastungen (T€ 138; Vj. T€ 9). Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen handelt es sich hauptsächlich um Erlöse aus Sachversicherungsleistungen, denen aber entsprechende Aufwendungen gegenüberstehen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten insbesondere Wartungs- und Instandhaltungsaufwand (T€ 192; Vj. T€ 262). Hierin nicht enthalten sind kleinere Instandsetzungsarbeiten, die im Einzelfall den Betrag von T€ 1 nicht überschreiten. Diese Kosten sind laut Mietvertrag vom Mieter zu tragen. Das Geschäftsjahr 2019 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 25 (Vj. Jahresfehlbetrag T€ 157) ab.

Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist stabil. Die notwendige Liquidität ist vorhanden und wird zudem bei Bedarf durch die Muttergesellschaft garantiert (vgl. Kapitel c. Vermögenslage). Zur weiteren Beurteilung der Finanzlage wurde die nachfolgende Kapitalflussrechnung erstellt:

	2019	2018
	T €	T €
A. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	755	-568
B. Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-8	269
C. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0	0
D. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	747	-299
E. Finanzmittelfonds am Jahresanfang	780	1.079
F. Finanzmittelfonds am Jahresende	1.527	780

Die Veränderung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit resultiert insbesondere aus Sondereffekten aus dem Vorjahr, die mit dem Großbrand im Entsorgungszentrum Horm und dessen Wiederaufbau in Zusammenhang stehen. Insgesamt beträgt der Finanzmittelfonds Ende des Jahres T€ 1.527 (Vj. T€ 780).

Vermögenslage

Das langfristige Vermögen der Gesellschaft wird durch das Anlagevermögen repräsentiert, das 38 % des Gesamtvermögens umfasst. Das kurzfristige Vermögen (T€ 1.630) übersteigt das kurzfristige Fremdkapital (T€ 899). Das Gesamtvermögen hat sich im Geschäftsjahr um T€ 657 auf nunmehr T€ 2.634 verringert. Grundsätzlich ist die Liquidität der Gesellschaft durch die Einräumung eines vertraglich geregelten Gesellschafterdarlehens gewährleistet. Der Darlehensvertrag beinhaltet Regelungen für ein Investitionsdarlehen sowie für ein Liquiditätsdarlehen zur Finanzierung des laufenden Geschäftsverkehrs. Im Geschäftsjahr 2019 lag ein Investitionsdarlehen i.H.v. T€ 1.213 vor.

Personal- und Sozialbereich

Das Unternehmen beschäftigte im Berichtsjahr 2019 keine Mitarbeiter (Vj. 60,25).

Prognosebericht

Die AWA Entsorgung GmbH als Muttergesellschaft hat zum Stichtag 1. Januar 2019 eine Optimierung ihrer Organisationsstruktur vorgenommen. Im Rahmen dieses Prozesses wurde das operative Geschäft der AWA Service GmbH einschließlich Teile der Betriebsmittel und des beschäftigten Personals auf die AWA Entsorgung GmbH übertragen (Betriebsübergang nach § 613a BGB). Im Wirtschaftsjahr 2020 wird mit Erlösen in Höhe von T€ 960 geplant, die sich in der Hauptsache aus Mieteinnahmen ergeben. Den Umsatzerlösen stehen Kosten von T€ 712 entgegen, die im Wesentlichen Abschreibungen und Aufwendungen für Wartung und Instandhaltung beinhalten. Größere Reparaturen oder Investitionen sind nicht geplant. Die Gesamtinvestition für die Sanierung der Lüftung sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung wird voraussichtlich T€ 18 betragen.

Chancen- und Risikobericht

Das installierte Risikomanagementsystem wird in der Gesellschaft aktiv gelebt. Die kontinuierliche Fortschreibung ist durch die von uns beauftragte Beratungsgesellschaft unter Einbeziehung unserer betroffenen Mitarbeiter sichergestellt. Im Laufe des Jahres 2019 konnte keine signifikante Veränderung der Risikolage festgestellt werden. Aufgrund der Aufgabenänderung der AWA Service GmbH in eine Grundstücksverwaltungsgesellschaft zum 1. Januar 2019 werden sowohl die Chancen als auch die Risiken des Unternehmens deutlich reduziert. Die Liquidität der AWA Service ist sichergestellt. Ein Darlehensvertrag mit der AWA Entsorgung GmbH ermöglicht bei Bedarf die Aufnahme von Investitions- oder Liquiditätsdarlehen. Bestandsgefährdende Risiken werden aufgrund des eng begrenzten Geschäfts und der vertraglichen Bindungen zur Muttergesellschaft nicht gesehen.



MVA Weisweiler GmbH & Co. KG

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

- wirtschaftlicher und umweltverträglicher Betrieb der MVA Weisweiler,
- technische Weiterentwicklung der MVA Weisweiler,
- alle damit verbundenen Geschäftstätigkeiten,
- Betrieb und Betriebsführung von Vorschalt- und Sortieranlagen, Reststoffaufbereitungsanlagen und Deponien einschließlich aller damit verbundenen Tätigkeiten,
- Beteiligung an anderen Unternehmungen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Zur Geschäftsführung und Vertretung ist die Komplementärin berechtigt und verpflichtet.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 12 Mitgliedern. Beide Gesellschafter entsenden entsprechend ihrem Geschäftsanteil jeweils 6 Mitglieder.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung besteht aus von den Kommanditisten AWA Entsorgung GmbH und EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH zu entsendenden Mitgliedern. Die Gesellschafterversammlung wählt für die Dauer zweier aufeinander folgender Geschäftsjahre aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Der Vorsitz wechselt zwischen einem von der AWA Entsorgung GmbH und einem von der EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH entsandten Mitglied. Stellvertreter ist jeweils ein von dem anderen Gesellschafter entsandtes Mitglied.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH als Komplementärin, vertreten durch die Geschäftsführer Andreas Fries und Herbert Küpper

Vertretung der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender:	Dr. Tim Grüttemeier	Städteregionsrat
	Willi Bündgens	Städteregionstagsmitglied
Beratendes Mitglied:	Stefan Jücker	Dezernent



Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: GmbH & Co Kommanditgesellschaft

Sitz: 52249 Eschweiler

gezeichnetes Kapital: 12.784.000,00 Euro

Komplementärin:

MVA Weisweiler Verwaltungs GmbH – ohne Einlage –

Kommanditisten:	Anteil in €	Anteil in %
AWA Entsorgung GmbH	6.392.000	50
EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	6.392.000	50

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2017	2018	2019
	– in € –	– in € –	– in € –
A. Anlagevermögen	10.944.368	6.993.576	6.973.877
I. Imm. Vermögensgegenst.	5.999	14.960	9.680
II. Sachanlagen	10.938.369	6.978.616	6.964.197
B. Umlaufvermögen	12.832.416	21.038.361	0
I. Vorräte	160.000	160.000	160.000
II. Forderungen / sonst. VG	3.661.463	3.466.927	2.996.181
III. Kassenbestand, Guthaben	9.010.953	17.410.434	8.535.821
C. RAP	1.426.221	947.276	475.439
Bilanzsumme Aktiva	25.203.004	28.978.213	19.141.318
A. Eigenkapital	5.000.000.	5.000.000	5.000.000
Kapitalanteile Kommanditisten	12.784.000	12.784.000	12.784.000
Nicht eingef. ausst. Einlagen	–7.784.000	–7.784.000	–7.784.000
B. Rückstellungen	5.455.557	7.419.282	3.737.198
C. Verbindlichkeiten	14.747.447	16.679.495	10.506.278
Bilanzsumme Passiva	25.203.004	28.987.213	19.141.318

Gewinn- und Verlustrechnung:	2017	2018	2019
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	45.437.437	35.539.709	34.541.705
Sonst. betriebl. Erträge	873.889	84.161	607.123
Materialaufwand	25.831.874	28.242.187	29.446.737
Personalaufwand	1.278.862	1.365.235	2.686.920
Abschreibungen	14.695.701	4.049.855	619.091
Sonst. betriebl. Aufwendungen	2.660.236	2.009.082	2.309.308
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.152.723	-120.564	-102.157

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	12,5	13	30

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen. An einem Gewinn sowie an einem Verlust nehmen die Gesellschafter im Verhältnis ihrer festen Kapitalkonten teil. Die gesetzlichen Vorschriften über die Haftungsbeschränkung der Kommanditisten bleiben unberührt.

Zwischen der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG und ihrer Kommanditistin AWA Entsorgung GmbH, an der eine direkte Beteiligung der StädteRegion Aachen besteht, existieren komplexe Leistungsbeziehungen. Hierzu gehören eine Zusammenarbeitsvereinbarung, ein Entsorgungs- und Anlieferungsvertrag und ein Geschäftsbesorgungsvertrag.

Öffentliche Zwecksetzung:

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 Gemeindeordnung NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung. Gegenstand des Unternehmens sind der wirtschaftliche und umweltverträgliche Betrieb der MVA Weisweiler und alle damit verbundenen Geschäftstätigkeiten. Dieser Betrieb soll unter wirtschaftlichen Randbedingungen stattfinden, die möglichst niedrige Verbrennungsentgelte verursachen. Außerdem kann das Unternehmen alle mit der thermischen Abfallbehandlung verbundenen Geschäftstätigkeiten übernehmen. Auf Basis einer Zusammenarbeitsvereinbarung aus dem Jahr 1997 haben sich die Gesellschafter AWA Entsorgung GmbH (AWA) und EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH (EGN) gleichberechtigt verpflichtet, jeweils ein Anlieferkontingent in Höhe von 145.000 t/a anzuliefern und stehen im Rahmen einer „Bring or pay“-Regelung dafür auch finanziell in der Pflicht. Die Möglichkeit, die MVA Weisweiler gleichberechtigt in der sogenannten „freien Spit-



ze“ auszulasten, bietet beiden Vertragspartnern die Chance, die Aufwendungen für die Sicherung der „Pflicht-Müllmengen“ zu kompensieren. Seit dem 1. Dezember 2017 ist dieses Anlieferkontingent für beide Gesellschafter auf jeweils 180.000 t/a erhöht worden.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Grundlagen des Unternehmens

Technische Entwicklung

Die Gesellschaft ist ständig darum bemüht, alle Erkenntnisse aus dem laufenden Betrieb dahingehend zu nutzen, die Durchsatz- und Zeitverfügbarkeiten zu verbessern und die Wartungsmaßnahmen und -abläufe zu optimieren. Vorrangiges Ziel ist die Senkung der spezifischen Verbrennungskosten bei einem technisch sicheren und zukunftsorientiert ausgerichteten Betrieb.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

In Folge der seit Jahren guten – sich zuletzt allerdings abschwächenden – Konjunktur waren die deutschen Müllverbrennungsanlagen auch im Geschäftsjahr 2019 voll ausgelastet und haben überwiegend an der Kapazitätsgrenze gearbeitet. In 2019 sind sowohl die Behandlungspreise für gemischte Siedlungsabfälle als auch die Preise für Abfälle zur Verwertung im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. In Anbetracht der sich zum Jahresende leicht abschwächenden, aber immer noch guten Wirtschaftskonjunktur in Industrie und Gewerbe wurde in den Marktberichten bis Ende 2019 für die kommenden Jahre ein hohes Abfallaufkommen bei sich stabilisierendem Preisniveau erwartet (EUWID 28/2019 und EUWID 49/2019). Der Einfluss von COVID-19, der sich in den letzten Wochen abzeichnet, könnte diese Prognose nach unten verschlechtern. Auf das Aufkommen an Siedlungsabfällen sollte er geringfügig sein, das Gewerbeabfallaufkommen und damit auch die landesweiten Verbrennungspreise werden sich voraussichtlich abschwächen.

Geschäftsverlauf

Die hohe technische Verfügbarkeit der Anlage hat es der MVA KG in 2019 ermöglicht, das Ziel des Wirtschaftsplans 2019 (Plan: 360.000 t) um rund 7.300 t zu überschreiten. Insgesamt konnten 367.306 t Abfall thermisch behandelt werden (Vj. 368.714 t). Angesichts der im Verhältnis zu den Vorjahren weiterhin hohe Heizwerte des Abfalls und der Tatsache, dass sich 2019 zwei Linien in Revision befanden (2018: eine Linie) ist dieser Wert durchaus erfreulich. Die Zeitverfügbarkeit lag bei rund 88,2 %. Die beiden Auslastungspartner EGN und AWA haben ihre Auslastungskontingente zuverlässig beliefert. Bei der Vermarktung der freien Spitze konnten beide Auslastungspartner zu Marktkonditionen noch ganz erhebliche Mengen anliefern. Teilweise musste aufgrund der großen Nachfrage die Anlieferung von Gewerbeabfällen tageweise gesperrt werden, um die Entsorgungspflicht der öffentlich-rechtlichen Abfallmengen vorrangig erfüllen zu können.

Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse von 34.542 T€ (Vj. 35.540 T€) weisen im Vergleich zum Vorjahr eine Reduzierung von 2,8 % aus. Sie setzen sich im Wesentlichen mit 27.319 T€ (Vj. 29.433 T€) zu 79,1 % (Vj. 82,8 %) aus Verbrennungserlösen und mit 7.026 T€ (Vj. 5.919 T€) zu 20,3 % (Vj. 16,7 %) aus der Verwertung von Überschussenergie zusammen. Es ist grundsätzlich zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft ihre Entgelte nach den für sie geltenden öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen LSP-basierend auf Selbstkostenbasis zu bemessen hat. Die Höhe der Umsatzerlöse wird daher in einem hohen Maße von den auf dieser Grundlage ansetzbaren Kosten beeinflusst und somit ist ein Rückgang der Umsatzerlöse nicht gleichzusetzen mit einer rückläufigen Geschäftsentwicklung. Der Materialaufwand von 29.447 T€ (Vj. 28.242 T€) hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht. Diese Position wird wesentlich beeinflusst durch die Bildung von Rückstellungen für die Revisionen. Im Geschäftsjahr wurden für die Revisionen einer Linie Rückstellungen i.H. von 1.331 T€ gebildet; im Vorjahr war eine Rückstellung für die Revisionen zweier Linien i.H. von 2.654 T€ zu bilden. Weiterhin waren Rückstellungen für die Aktualisierung der Leittechnik der MVA, für Stromsteuerzahlungen sowie für ausstehende Rechnungen in Höhe von insgesamt 1.451 T€ zu bilden. Die Abschreibungen von 619 T€ (Vj. 4.050 T€) sind um 85 % gesunken, da seit Ende März 2018 wesentliche Anlagenteile der Müllverbrennungsanlagen vollständig abgeschrieben sind. Zinserträge wurden nicht erzielt (Vj. <1 T€), was im Wesentlichen auf das extrem niedrige Zinsniveau im Kapitalanlagebereich zurückzuführen ist. Weiterhin wurden im Jahre 2019 Gewinnanteile in Höhe von 6.772 T€ an die Gesellschafter ausgezahlt. Zinsaufwendungen liegen im Geschäftsjahr 2019 nicht vor (Vj. 0 T€), da das Finanzierungskonzept planmäßig Ende 2017 ausgelaufen ist. Das im Vorjahr prognostizierte ausgeglichene handelsrechtliche Ergebnis wurde mit einem Jahresüberschuss von 18 T€ weitgehend erreicht. Das Vorjahr hatte mit einem Jahresfehlbetrag von 121 T€ geschlossen. Diese Ergebnisschwankung wird im Wesentlichen dadurch verursacht, dass nach den geänderten handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften (BilMoG) sogenannte Aufwandsrückstellungen nicht mehr zulässig sind. Da im Rahmen des LSP-basierenden kalkulatorischen Umfelds der MVA KG diesbezüglich Abgrenzungen weiterhin berücksichtigt werden dürfen, kommt es handelsrechtlich zu größeren Ergebnisschwankungen. Weiterhin wurde im Jahre 2018 die Berechnungssystematik der Rückstellungsberechnung umgestellt. Die Durchschnittsverbrennungskosten bezogen auf die Anlieferungsmenge betrugen 74,03 €/t und lagen damit rund 6,9 % unter dem Vorjahresniveau (Vj. 79,54 €/t).

b) Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung setzt sich wie folgt zusammen:

	2019	2018
	T€	T€
A. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-1.503	8.498
B. Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-599	-99
C. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-6.772	0

D.	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-8.874	8.399
E.	Finanzmittelfonds am Jahresanfang	17.410	9.011
F.	Finanzmittelfonds am Jahresende	8.536	17.410

Der Zugang der Investitionen i.H. von 599 T€ (Vj. T€ 99) resultiert in der Hauptsache aus Umbau-maßnahmen im Zusammenhang mit den Pausen- und Umkleideräumen. Die Investitionen sind mit Eigenmitteln finanziert. Hinsichtlich der Art und Fälligkeitsstruktur der Verbindlichkeiten wird auf die Bilanz und den Anhang verwiesen.

c) Vermögenslage

Die Vermögensstruktur der Gesellschaft weist im Wesentlichen langfristiges, überwiegend in Anlagevermögen gebundenes Vermögen in Höhe von 6.974 T€ aus. Dies entspricht rund 36 % der Bilanzsumme. Der Anteil des kurzfristig gebundenen Vermögens (im Wesentlichen Forderungen und liquide Mittel) an der Bilanzsumme beträgt rd. 64 %. Die planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 619 T€ führten zu einem entsprechenden Rückgang des Anlagevermögens von 6.994 T€ auf 6.974 T€. Die ratierliche Auflösung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens für die Einmalzahlung der Pacht der Turbine im Jahr 2017 für einen mehrjährigen Zeitraum trug wesentlich zur Reduzierung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens auf 475 T€ (Vj. 947 T€) bei. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Bilanzsumme) von 25,6 % (Vj. 16,8 %) hat sich im Vergleich zum Vorjahr durch die mit der Ausschüttung an die Gesellschafter einhergehenden Bilanzverkürzung deutlich verbessert. Die Eigenkapitalquote ist damit unter betriebswirtschaftlichen Aspekten zwar immer noch etwas niedrig, aufgrund des rechtlichen Umfelds und der Kalkulationsgrundlagen lassen sich hieraus aber keine besonderen Risiken ableiten. Die permanente Optimierung des Anlagenbetriebs führt inzwischen zu Reisezeiten von ca. 24 Monaten. Diesem positiven Umstand wurde in den vergangenen Jahren aus Gründen einer sachgerechten periodischen Zuordnung durch entsprechende Rückstellungen Rechnung getragen. Die Rechnungslegungsvorschriften im Rahmen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes lassen die Bildung sogenannter Aufwandsrückstellungen nicht mehr zu. Die sonstigen Rückstellungen enthalten Aufwendungen für Instandhaltung (2.820 T€, Vj. 6.669 T€). Im Vorjahr waren einige Sondermaßnahmen im Rahmen der Instandhaltung zu berücksichtigen. Die Vermögens- und Finanzverhältnisse der MVA KG sind weiterhin geordnet. Die Liquidität ist sichergestellt.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

a) Personalentwicklung

Im Jahr 2019 waren bei der MVA KG 30,0 (Vj. 13,0) Mitarbeiter (MA) beschäftigt. Die kaufmännische Geschäftsbesorgung erfolgt durch die Mitarbeiter des Gesellschafters AWA Entsorgung GmbH und die technische Betriebsführung durch die RWE Power AG. Im Jahre 2019 wurden im Hinblick auf die Umstellung zur eigenen Betriebsführung ab 2021 zusätzliche Mitarbeiter zur unternehmensinternen Ausbildung zum Maschinisten Thermische Abfall-Behandlung eingestellt.

b) Umweltschutz

Die Müllverbrennungsanlage Weisweiler befindet sich technisch auf dem neuesten Stand und hat auch im Geschäftsjahr 2019 mit ihrer hohen Zuverlässigkeit dazu beigetragen, dass die Emissionsgrenzwerte regelmäßig erheblich unterschritten wurden. Der Status des Entsorgungsfachbetriebs wurde erneut nach einem eingehenden Prüfungsverfahren im November 2019 zuerkannt. Die monatlichen Durchschnittsmesswerte werden regelmäßig im Internet für jedermann aktualisiert und zugänglich gemacht. Die Überwachungsbehörde wurde kontinuierlich über den laufenden Betrieb informiert und hat die Anlage auch in 2019 mehrfach unangemeldet kontrolliert.

Prognosebericht

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass auch im Jahr 2020 beide Auslastungspartner ihre Kontingentverpflichtungen erfüllen und ihrerseits alle Bemühungen unternehmen werden, die Müllverbrennungsanlage – abhängig von ihrer technischen und zeitlichen Verfügbarkeit – möglichst intensiv auszulasten. Die MVA Weisweiler erfüllt den gesetzlichen Auftrag zuverlässig, die Entsorgungssicherheit im Gebiet des ZEW zu gewährleisten. Es ist damit zu rechnen, dass die Geschäftsentwicklung auch in 2020 stabil bleibt. Das handelsrechtliche Ergebnis wird voraussichtlich deutlich unter dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2019 liegen, da in 2019 mit dem Aufbau eigenen Betriebspersonals begonnen wurde, das in 2020 überwiegend lediglich ausgebildet und nicht operativ tätig werden wird.

Risikobericht

Insbesondere das Thema einer gesicherten Auslastung in der Zukunft wurde und wird weiterhin intensiv untersucht und mit den Gesellschaftern diskutiert. In Bezug auf die künftige Entwicklung der Gesellschaft bestehen insbesondere folgende Risiken:

- Preis- und Mengenentwicklung sowie rechtliches Umfeld der Abfallwirtschaft. Insbesondere wenn infolge von COVID-19 die Wirtschaftsleistung sinkt und damit weniger Gewerbeabfälle anfallen, ist damit zu rechnen, dass die in 2019 gestiegenen Marktpreise für Abfälle sich für Gewerbeabfälle wieder verschlechtern
- Nutzung alternativer Entsorgungsmöglichkeiten der Marktteilnehmer und Wettbewerb mit anderen Verbrennungsanlagen (Kundenverlust)
- Technische Verfügbarkeit der Anlage

Aufgrund der bestehenden Verträge und des aktuellen rechtlichen Umfeldes werden die Risiken für die Gesellschaft derzeit insgesamt als gering eingeschätzt. Die Risiken der Gesellschaft werden im Rahmen einer kontinuierlichen Risikoinventur regelmäßig erfasst und vierteljährlich mit externen Beratern erörtert, analysiert und bewertet.



Chancenbericht

Die weiterhin gute Auslastung der Müllverbrennungsanlagen in NRW verbessert die Chancen auf eine langfristig abgesicherte Zukunft der MVA Weisweiler. Die MVA Weisweiler hat mit ihren Anlieferern für 2020, soweit die Entgelte nicht nach den für sie geltenden öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen LSP-basierend auf Selbstkostenbasis zu bemessen sind, feste Preise vereinbart. Die Kosten-situation der MVA Weisweiler hat sich in 2019 mit Ausnahme des Turbinenschadens planmäßig entwickelt. Die Gesellschafter der MVA KG und die MVA KG haben am 7. April 2017 vereinbart, ihre Zusammenarbeit nicht zum Ablauf des 31. Dezembers 2020 zu beenden, sondern auch nach dem 31. Dezember 2020 auf unbestimmte Zeit fortzusetzen. Die geänderte Zusammenarbeitsvereinbarung kann erstmals zum 31. Dezember 2025 gekündigt werden. Darüber hinaus sind am 7. April 2017 die Verträge zwischen der MVA KG und der RWE Power AG mit Wirkung zum 1. Januar 2021 angepasst und bis zum 31. Dezember 2030 verlängert worden. Es ist vorgesehen, dass das Betriebspersonal der MVA Weisweiler ab 2021 aus eigenen Mitarbeitern der MVA KG bestehen wird, während die Anbindung an das Kraftwerk erhalten bleibt und die Wartungs- und Instandhaltungsaufgaben (inkl. Brand- und Werkschutz) wie in der Vergangenheit durch Mitarbeiter der RWE Power AG wahrgenommen werden. Im Jahr 2020 wird der Aufbau dieser Betriebsführungsmannschaft Kosten verursachen, welche das handelsrechtliche Ergebnis zunächst belasten. Darüber hinaus werden die Konditionen für die Abnahme von Überschussenergie verbessert. Hieraus erwartet die Geschäftsführung der MVA KG eine deutliche Verbesserung der durchschnittlichen Verbrennungskosten ab dem Jahr 2021.

Gesamtaussage

Für das Geschäftsjahr 2019 kann unter kaufmännischen Gesichtspunkten eine zufriedenstellende Entwicklung festgestellt werden. Die Mengen- und Kostensituation hat zu wirtschaftlich guten Ergebnissen geführt. Der Wirtschaftsplan 2020 unterstellt eine stabile Mengensituation und sieht weitere Kostenreduzierungen vor.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft bedient sich keiner derivativen Finanzinstrumente, wie Optionen, Swaps oder anderer Termingeschäfte.



MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

- Geschäftsführung und Vertretung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung in der Kommanditgesellschaft unter der Firma „MVA Weisweiler GmbH & Co. KG“
- Betrieb der Müllverbrennungsanlage sowie Betrieb und Betriebsführung von Vorschalt- und Sortieranlagen, Rohstoffaufbereitungsanlagen und Deponien einschließlich aller damit verbundenen Tätigkeiten

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat grundsätzlich einen kaufmännischen und einen technischen Geschäftsführer. Jeder Gesellschafter hat das Recht, einen Geschäftsführer seiner Wahl vorzuschlagen. Der Gesellschafter AWA Entsorgung GmbH schlägt den kaufmännischen und der Gesellschafter EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH den technischen Geschäftsführer vor.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschaftervertreter werden von den beiden Gesellschaftern AWA und EGN entsandt. Die Gesellschafterversammlung wählt für die Dauer zweier aufeinander folgender Geschäftsjahre aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Der Vorsitz wechselt zwischen einem von der AWA Entsorgung GmbH und einem von der EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH entsandten Mitglied. Stellvertreter ist jeweils ein von dem anderen Gesellschafter entsandtes Mitglied.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Andreas Fries
 Herbert Küpper

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52249 Eschweiler

gezeichnetes Kapital: 25.564,60 €



Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
AWA Entsorgung GmbH	12.782,30	50
EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	12.782,30	50

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2017	2018	2019
Bilanz:	– in € –	– in € –	– in € –
A. Umlaufvermögen	27.917	26.588	25.350
I. Forderungen u. sonst. VG	8.278	1.278	1.278
II. Kassenbestand, Guthaben	19.638	25.310	24.071
Bilanzsumme Aktiva	27.917	26.588	25.350
A. Eigenkapital	24.701	23.969	22.894
I. Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565	25.565
II. Verlustvortrag	-4.883	-863	-1.595
III. Jahresüberschuss/- fehlbetrag	4.020	-732	-1.076
B. Rückstellungen	2.900	2.500	2.300
C. Verbindlichkeiten	315	119	156
Bilanzsumme Passiva	27.917	26.588	23.3450
Gewinn- und Verlustrechnung:	2017	2018	2019
	– in € –	– in € –	– in € –
Sonstige betriebl. Erträge	8.278	2.141	1.704
Sonstige betriebl. Aufwendungen	4.258	2.874	2.780
Sonstige Zinsen u.ä. Erträge	0,41	0,12	0,15
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	4.020	-732	-1.076

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiter/innen	keine	keine	keine

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligten untereinander

Es bestehen keine Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen. Den Gesellschaftern obliegt die Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinns. § 29 Abs. 1 GmbHG ist ausgeschlossen. Zwischen der MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH und ihrer Gesellschafterin AWA Entsorgung GmbH, an der eine direkte Beteiligung der StädteRegion Aachen besteht, existieren Leistungsbeziehungen.

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 Gemeindeordnung NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung. Grundlagen der Aktivitäten der Gesellschaft bilden der Gesellschaftsvertrag vom 29.08.1997 sowie die für den Betrieb der MVA Weisweiler abgeschlossenen Verträge. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen StädteRegion Aachen, Stadt Aachen, AWA Entsorgung GmbH, EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH und MVA Weisweiler GmbH & Co. KG vom 19.06.1997, die die Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen den entsorgungspflichtigen kommunalen Körperschaften StädteRegion Aachen und Stadt Aachen, der AWA Entsorgung GmbH als beauftragte Dritte von der StädteRegion Aachen und Stadt Aachen und der EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH als privatem Partner bei der Zusammenarbeit regelt. Nach dem Vertragswerk übernimmt die MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH die Stellung der persönlich haftenden Gesellschafterin der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG. Des Weiteren übt die Gesellschaft die Geschäftsführungstätigkeit für die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG aus, welche den Betrieb der Müllverbrennungsanlage in Weisweiler zum Gegenstand hat.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

In Folge der seit Jahren – sich zuletzt allerdings abschwächende – Konjunktur waren die deutschen Müllverbrennungsanlagen auch im Geschäftsjahr 2019 voll ausgelastet und haben überwiegend an der Kapazitätsgrenze gearbeitet. Der Einfluss von COVID-19, der sich in den letzten Wochen abzeichnet, könnte diese Prognosen nach unten verschlechtern. Auf das Aufkommen an Siedlungsabfällen sollte er geringfügig sein, das Gewerbeabfallaufkommen und damit auch die landesweiten Verbrennungspreise werden sich voraussichtlich abschwächen.



Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft hat über die Tätigkeit als Komplementärin der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG hinaus keine weiteren geschäftlichen Aktivitäten. Die operativen Tätigkeiten mit dem Betrieb der Müllverbrennungsanlage sind Gegenstand der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG und die betreffenden Aussagen sind dort zu entnehmen.

Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2019 sonstige betriebliche Erträge von T€ 1,7. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die mit der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG vertraglich vereinbarte Haftungsvergütung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Steuerberatungs- und Prüfungskosten (T€ 2,3; Vj. T€ 2,6). Das Geschäftsjahr 2019 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von gerundet 1.076 € (Vj. Jahresfehlbetrag 732 €) ab.

Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Die Gesellschaft erhält die vertraglich festgelegte Haftungsvergütung und hat darüber hinaus das Recht auf Kostenerstattung der Aufwendungen für die Geschäftsführung der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG. Die Finanzierung des Geschäftsbetriebes ist daher jederzeit gesichert. Im Rahmen ihrer Funktion und der organisatorischen Bedingungen fallen bei der Gesellschaft keine Investitionen an.

Vermögenslage

Die zuvor genannten Rahmenbedingungen stellen eine geordnete Vermögenslage sicher. Neben den Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten von 2.300 € sind Verbindlichkeiten in Höhe von gerundet 156 € vorhanden. Letztere wurden bereits im Januar und Februar 2020 beglichen. Die Forderungen gegen die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG resultieren aus der Haftungsvergütung für das Jahr 2019. Die Bilanzsumme insgesamt (T€ 25,4; Vorjahr: T€ 26,6) hat sich nur unwesentlich geändert.

Personalentwicklung

Die Gesellschaft hat keine eigenen Beschäftigten. Die Geschäftsführer haben Anstellungsverträge bei der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG.

Umweltschutz

Die Müllverbrennungsanlage Weisweiler befindet sich technisch auf dem neuesten Stand und hat auch im Geschäftsjahr 2019 mit ihrer hohen Zuverlässigkeit dazu beigetragen, dass die Emissionsgrenzwerte regelmäßig erheblich unterschritten wurden. Der Status des Entsorgungsfachbetriebs wurde erneut nach einem eingehenden Prüfungsverfahren im November 2019 zuerkannt. Die monatlichen Durchschnittsmesswerte werden regelmäßig im Internet für jedermann aktualisiert und

zugänglich gemacht. Die Überwachungsbehörde wurde kontinuierlich über den laufenden Betrieb informiert und hat die Anlage in 2019 mehrfach unangemeldet kontrolliert.

Prognosebericht

Für die Gesellschaft sind über ihre Funktion als Komplementärin der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG hinaus keine weiteren geschäftlichen Aktivitäten vorgesehen. Ein Prognosebericht kann sich daher sinnvollerweise nur auf den operativen Bereich und damit auf die MVA KG beziehen. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass auch im Jahr 2019 beide Auslastungspartner ihre Kontingentverpflichtungen erfüllen und ihrerseits alle Bemühungen unternehmen werden, die Müllverbrennungsanlage – abhängig von ihrer technischen und zeitlichen Verfügbarkeit – möglichst intensiv auszulasten. Die MVA Weisweiler erfüllt den gesetzlichen Auftrag zuverlässig, die Entsorgungssicherheit im Gebiet des ZEW zu gewährleisten. Es ist damit zu rechnen, dass die Geschäftsentwicklung auch in 2020 stabil bleibt.

Chancen- und Risikobericht

Die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung hängen naturgemäß entscheidend von den Geschäftsrisiken der MVA GmbH & Co. KG ab.

Risikobericht

Insbesondere das Thema einer gesicherten Auslastung in der Zukunft wurde und wird weiterhin intensiv untersucht und mit den Gesellschaftern der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG diskutiert.

In Bezug auf die künftige Entwicklung der Gesellschaft bestehen insbesondere folgende Risiken:

- Preis- und Mengenentwicklung sowie rechtliches Umfeld der Abfallwirtschaft
- Nutzung alternativer Entsorgungsmöglichkeiten der Marktteilnehmer und Wettbewerb durch Mitverbrennungsanlagen (Kundenverlust)
- Technische Verfügbarkeit der Anlage

Aufgrund der bestehenden Verträge und des aktuellen rechtlichen Umfeldes werden die Risiken für die Gesellschaft derzeit insgesamt als gering eingeschätzt. Die Risiken der Gesellschaft im Rahmen einer kontinuierlichen Risikoinventur werden regelmäßig erfasst und vierteljährlich mit externen Beratern erörtert, analysiert und bewertet.

Chancenbericht

Die weiterhin gute Auslastung der Müllverbrennungsanlagen in NRW verbessert die Chancen auf eine langfristig abgesicherte Zukunft der MVA Weisweiler. Die Marktpreise für zu verbrennende Abfälle sind in 2019 gestiegen. Möglicherweise verschlechtern sie sich für Gewerbeabfälle, wenn infolge von COVID-19 die Wirtschaftsleistung sinkt und damit weniger Gewerbeabfälle anfallen. Die MVA Weisweiler hat sich mit ihren Anlieferungen für 2020, soweit die Entgelte nicht nach den für sie gelten-

den öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen LSP-basierend auf Selbstkostenbasis zu bemessen sind, feste Preise vereinbart. Die Gesellschafter der MVA KG und die MVA KG haben am 07. April 2017 vereinbart, ihre Zusammenarbeit nicht zum Ablauf des 31. Dezembers 2020 zu beenden, sondern auch nach dem 31. Dezember 2020 auf unbestimmte Zeit fortzusetzen. Diese geänderte Zusammenarbeitvereinbarung kann erstmals zum 31. Dezember 2025 gekündigt werden. Darüber hinaus sind am 07. April 2017 die Verträge zwischen der MVA KG und der RWE Power AG mit Wirkung zum 01. Januar 2021 angepasst und bis zum 31. Dezember 2030 verlängert worden. Es ist vorgesehen, dass das Betriebspersonal der MVA Weisweiler ab 2021 aus eigenen Mitarbeitern der MVA KG bestehen wird, während die Anbindung an das Kraftwerk erhalten bleibt und die Wartungs- und Instandhaltungsaufgaben (inkl. Brand- und Werkschutz) wie in der Vergangenheit durch Mitarbeiter der RWE Power wahrgenommen werden. Darüber hinaus werden die Konditionen für die Abnahme von Überschussenergie verbessert. Hieraus erwartet die Geschäftsführung der MVA KG eine weitere deutliche Verbesserung der durchschnittlichen Verbrennungskosten ab dem Jahr 2021. Allerdings hat gem. Gesellschaftsvertrag der MVA KG die MVA Verwaltungs-GmbH einen Erstattungsanspruch für ihre Kosten aus der Geschäftsführung, der bei Bedarf geltend gemacht wurde. Da sich die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft auf die Übernahme der persönlichen Haftung für die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG beschränkt, besteht kein eigenständiges Risikomanagementsystem. Allerdings ist die Gesellschaft in der Lage, auf das Risikomanagementsystem der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG zurückzugreifen. Die Implementierung eines formalisierten Risikomanagementsystems bei der MVA KG ist abgeschlossen.

Gesamtaussage

Für das Geschäftsjahr 2019 kann unter kaufmännischen Gesichtspunkten eine zufriedenstellende Entwicklung festgestellt werden.

Zweckverband Entsorgungsregion West

Aufgaben des Zweckverbands / Beteiligungsziele

Der Zweckverband Entsorgungsregion West ist öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, soweit ihm Aufgaben von seinen Mitgliedern übertragen wurden. Mitglieder sind die StädteRegion Aachen, die Stadt Aachen und der Kreis Düren. Er nimmt insoweit im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und des Landesabfallgesetzes wahr. Der Zweckverband darf Abfälle von außerhalb des Verbandsgebietes zur Beseitigung übernehmen. Er kann dazu öffentlich-rechtliche Vereinbarungen schließen.

Der ZEW selbst betreibt kein operatives Geschäft. Mit der Erfüllung der dem ZEW übertragenen abfallwirtschaftlichen Aufgaben hat der ZEW die AWA Entsorgung GmbH beauftragt. Diese betreibt die notwendigen Anlagen oder bedient sich in Teilbereichen auch externer Entsorgungsmöglichkeiten. Im Übrigen bedient sich der ZEW zur Erfüllung seiner Aufgaben überwiegend der AWA Entsorgung GmbH als beherrschter Tochtergesellschaft. Als rechtliche Grundlage dient ein diesbezüglicher Geschäftsbesorgungsvertrag.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung nimmt die Aufgaben des Werkausschusses entsprechend §§ 2, 5 EigVO i.V.m. § 18 Abs. 3 GkG wahr. Sie besteht aus je sieben stimmberechtigten Vertretern je Verbandsmitglied. Für jeden Vertreter wird ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung bestellt. Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit nicht aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund der Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist. § 6 Abs. 2 Satz 2 der Verbandssatzung enthält einen Katalog der Entscheidungen, die der Verbandsversammlung vorbehalten sind.

Verbandsvorsteher:

Der Verbandsvorsteher nimmt die Aufgaben der Werksleitung entsprechend §§ 2, 5 EigVO i.V.m. § 18 Abs. 3 GkG wahr. Er führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Die Zuständigkeit für dienstrechtliche Entscheidungen, die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen von der obersten Dienstbehörde übertragen werden können, wird auf den Verbandsvorsteher übertragen. Der Verbandsvorsteher muss Hauptverwaltungsbeamter eines Mitglieds des Zweckverbandes sein. Für den Zweckverband ist dies der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen, der Oberbürgermeister der Stadt Aachen oder der Landrat des Kreises Düren. Der Verbandsvorsteher wird auf die Dauer von 2 Jahren gewählt. Die Hauptverwaltungsbeamten der Mitglieder des Zweckverbandes wechseln sich als Verbandsvorsteher

im 2-Jahres-Rhythmus ab. Die Reihenfolge bestimmt sich nach der vorstehend kursiv gedruckten Abfolge.

Besetzung der Organe

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Verbandsversammlung:

Dr. Tim Grüttemeier	Städteregionsrat
Oliver Bode	Städteregionstagsmitglied
Michael Kirsch	Städteregionstagsmitglied
Dr. Thomas Griesse	Städteregionstagsmitglied
Wolfgang Goebbels	Städteregionstagsmitglied
Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied
Hendrik Hackmann	Städteregionstagsmitglied

Verbandsvorsteher:

Marcel Philipp	Oberbürgermeister der Stadt Aachen
----------------	------------------------------------

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Zweckverband

Sitz: 52249 Eschweiler

gezeichnetes Kapital: 25.500,00 Euro

Mitglieder:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	8.500,00	33,33
Stadt Aachen	8.500,00	33,33
Kreis Düren	<u>8.500,00</u>	<u>33,33</u>
	25.500,00	100,00

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
AWA Entsorgung GmbH	24.000	93,75
Materis GmbH	25.000	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2017	2018	2019
Bilanz:	– in € –	– in € –	– in € –
A. Anlagevermögen	24.000	49.000	49.000
I. Finanzanlagen	24.000	49.000	49.000
B. Umlaufvermögen	7.827.878	5.484.469	7.134.115
I. Forderung und sonst. Vermögensgegenstände	3.962.048	2.735.147	3.198.708
II. Kassenbestand, Guthaben	3.865.830	2.749.322	3.935.407
C. Nicht durch Eigenkap. gedeckter Fehlbetrag	0.	33.216	0
Bilanzsumme Aktiva	7.851.878	5.566.684	7.183.115
 A. Eigenkapital	 25.500	 25.500	 25.500
I. Gezeichnetes Kapital	25.500	25.500	25.500
II. Gewinnvortrag	0	0	-58.716
III. Jahresüberschuss	0	-58.716	58.716
B. Rückstellungen	932.183	1.047.953	1.178.268
C. Verbindlichkeiten	6.894.195	4.518.732	5.979.347
Bilanzsumme Passiva	7.851.878	5.566.684	7.183.115
Gewinn- und Verlustrechnung:	2017	2018	2019
	– in € –	– in € –	– in € –
Umsatzerlöse	42.054.816	37.788.714	43.160.520
Materialaufwand	41.712.025	37.462.099	42.718.402
Personalaufwand	226.828	278.420	235.884
sonst. betriebl. Aufwendungen	86.356	110.270	110.180
Ergebnis nach Steuern	0	-58.716	58.716
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	-58.716	58.716

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiter/innen (ohne Aushilfen)	3	3	3

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlich-analytische Bewertung nur eingeschränkt heranzuziehen.

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben. Insofern bestehen zwischen dem ZEW und der AWA Entsorgung GmbH mehrschichtige Leistungsbeziehungen. Insbesondere mittelbar über die AWA Entsorgung GmbH bestehen darüber hinaus Leistungsbeziehungen zur MVA GmbH & Co. KG und zur AWA Service GmbH.

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 Gemeindeordnung NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung. Der ZEW ist öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, soweit ihm Aufgaben von den Mitgliedern übertragen werden. Der ZEW nimmt im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und des Landesabfallgesetzes wahr. Es handelt sich somit um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse. Der ZEW hat auch 2019 die Aufgaben verantwortungsvoll und erfolgreich wahrgenommen, alle einschlägigen Rechtsvorschriften eingehalten und für eine geordnete Entsorgung aus sehr hohem technischem Niveau gesorgt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

Der Zweckverband erstellt nach Maßgabe der satzungs- und kommunalrechtlichen Vorgaben einen Wirtschaftsplan, bestehend aus dem Erfolgsplan, dem Investitionsplan, dem Stellenplan, dem Finanzplan sowie einer detaillierten Gebührenkalkulation. Die Auslastung der MVA war zu jeder Zeit gewährleistet. Zwar haben gestiegener Heizwert, Störstoffe in den angelieferten Abfällen sowie eine überdurchschnittlich lang andauernde Revision und unerwartete Störungen in der Anlage die Durchsatzleistung beschränkt. Die thermische Behandlung der dem ZEW überlassenen Abfälle war jedoch zu jeder Zeit gewährleistet. Die im Wirtschaftsplan der MVA geplante Durchsatzmenge von 360.000 t wurde überschritten. Im Dezember 2018 hat der ZEW eine neue 100 %ige Tochtergesellschaft, die Materis GmbH, gegründet. Diese soll die Auslastung der für den ZEW errichteten und betriebenen Anlagen übernehmen, soweit die für den ZEW vorgehaltenen Behandlungskapazitäten nicht für die Entsorgung der dem ZEW überlassenen Abfälle benötigt werden. Wegen der lang andauernden Revision in der MVA konnte die Materis GmbH in nennenswertem Umfang erst Anfang Juni mit der Vermarktung von Verbrennungskapazitäten beginnen. Gestiegene gesetzliche Anforderungen an Kompost und vermehrter Störstoffeintrag in den Bioabfall durch mangelhafte Abfalltrennung in den Haushalten haben bei der Behandlung des Bioabfalls zu erheblichem Mehraufwand geführt. Aussortierte Störstoffe vermischt mit erheblichen Anteilen Bioabfall wurden der MVA zur thermischen Behandlung zugeführt. Im Auftrag des ZEW wurden die kommunalen Bioabfalllieferungen verstärkt

kontrolliert, um Erkenntnisse über die Herkunft insbesondere der stark verschmutzten Bioabfalllieferungen zu gewinnen. Die anliefernden Kommunen konnten auf dieser Grundlage in ihren Sammelrevieren Kontrollen und Beratungen durchführen. Der ZEW unterstützt die Städte und Gemeinden mit einer verbandsweiten Öffentlichkeitsarbeit. Das Wirtschaftsjahr 2019 schließt vor Berücksichtigung von Rückerstattungsverpflichtungen aus Kostenüberdeckungen bzw. Kostenunterdeckungen mit einem Jahresüberschuss von T€ 101 ab.

Personalentwicklung

Neben den drei hauptamtlichen Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen des ZEW war im Berichtsjahr 2019 weiterhin eine geringfügig Beschäftigte beim ZEW angestellt. Bezogen auf die Vollzeitstellen waren in 2019 insgesamt 2,70 Arbeitnehmer/innen beschäftigt. Darüber hinaus bedient sich der ZEW der AWA Entsorgung GmbH in der Funktion eines beauftragten Dritten zur Erfüllung von Aufgaben auf Basis des Geschäftsbesorgungsvertrages.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Jahr 2019 lagen mit insgesamt T€ 43.161 um 14,2 % über dem Vorjahresniveau (T€ 37.789). Die Umsatzsteigerung erfolgt aus dem Herkunftsbereich der Stadt Aachen (T€ 12.270; Vj. T€ 10.695), der StädteRegion Aachen (T€ 15.271; Vj. T€ 12.926) und dem Kreis Düren (T€ 13.758; Vj. T€ 12.706). Bei der Betrachtung der Umsatzentwicklung sind allerdings die kalkulatorischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Da die Entsorgungsaufwendungen als wesentliche Kostenposition durch die mengenabhängige Abrechnung einen variablen Charakter haben und in der ZEW-Struktur mit dem Umsatz stark korrelieren, kann es i.d.R. beim Rohergebnis (T€ 443; Vj. T€ 327) nur zu geringen Planabweichungen und nicht zu großen Ausschlägen kommen. Das Rohergebnis deckt die übrigen Verwaltungskosten. Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem Ergebnis in Höhe von T€ 59. Da der ZEW seine Gebühren auf LSP-Basis kalkuliert, entstehen keine Gewinne. Umgekehrt kann es über mehrere Perioden gesehen nicht zu dauerhaften Verlusten kommen. Die Kostenunterdeckung aus 2018 in Höhe von T€ 59 wird durch die Kostenüberdeckung in 2019 i.H.v. T€ 59 ausgeglichen. Vor Zuführung zur Rückstellung für Rückerstattungsverpflichtungen an die Bürger/-innen wies der ZEW ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 101 aus. Das positive Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus über dem Plan liegenden Erlösen, die sich auf erhöhte Anlieferungen an den Kleinlieferplätzen zurückführen lassen. Weiterhin wurden mit Kosten i.H.v. T€ 80 für ein vergaberechtliches Verfahren geplant. Die tatsächlich angefallenen Kosten beliefen sich in 2019 aufgrund des positiven Verlaufs der Vergabebeschwerde auf lediglich ca. T€ 14.

Finanzlage

Die Finanzlage des ZEW ist weiterhin geordnet. Da sich der ZEW zur Erfüllung von Aufgaben der AWA Entsorgung GmbH bedienen kann, ergeben sich für den Verband selbst keine nennenswerten Investitionen. Im Wirtschaftsjahr 2019 wurden keine Investitionen getätigt. Wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit (T€ 1.186; Vj. T€ -1.092) hatte einerseits die Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (T€ 3.994; Vj. T€ 2.579) sowie andererseits die Zunahme von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

(T€ 2.328; Vj. T€ 2.038). Insgesamt ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr 2019 eine Zunahme des Finanzmittelfonds um T€ 1.186 auf nunmehr T€ 3.935.

Vermögenslage

Die Aktivitäten des Wirtschaftsjahres 2019 konnten aus den vorhandenen liquiden Mitteln finanziert werden. Eine Aufnahme von Fremdmitteln war nicht erforderlich. Die Liquidität war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres gesichert. Entsprechend den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der ZEW das Recht, seine Aufwendungen in voller Höhe in die gegenüber den Abfallerzeugern / -besitzern zu erhebenden Gebühr einzubeziehen. Das Anlagevermögen ist von untergeordneter Bedeutung. Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben. Die Forderungen beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 2.328; Vj. T€ 2.038), die aber aufgrund des strukturellen Umfelds des ZEW überwiegend dem kommunalen Bereich zuzuordnen sind, und Forderungen gegenüber Verbandsmitgliedern (T€ 848; Vj. T€ 690). Die Zunahme der liquiden Mittel (T€ 3.935; Vj. T€ 2.749) ist im Wesentlichen durch die Zunahme von Verbindlichkeiten begründet. Die Rückstellungen (T€ 1.178; Vj. T€ 1.048) erhöhten sich um insgesamt T€ 130. Wesentliche Bewegungen ergaben sich aus der Erhöhung der Pensionsrückstellungen in Höhe von T€ 91 sowie der Rückstellungen für Rückerstattungsverpflichtungen in Höhe von T€ 42. Als Verbindlichkeit gegenüber Verbandsmitgliedern ist im Wesentlichen eine Verbindlichkeit gegenüber dem Kreis Düren (T€ 1.927; Vj. T€ 1.888) bzw. den Gebührenzahlern aus dem Kreisgebiet Düren ausgewiesen, die aus einer Abstandszahlung aus dem Jahr 2008 resultiert und ihren Ursprung in einem Vertrag aus dem Jahre 1992 zwischen dem Kreis Düren und der Stadt Düsseldorf hat.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlich-analytische Bewertung nur eingeschränkt verwendbar. Die Liquidität I. Grades (liquide Mittel/kurzfristiges Fremdkapital) weist einen Wert von 65 % auf. Die Liquidität II. Grades (liquide Mittel + kurzfristige Forderungen/kurzfristiges Fremdkapital) beträgt 115 %. Im monatlichen Berichtswesen werden finanzielle Leistungsindikatoren fortlaufend analysiert. Hervorzuheben sind hier die Tonnagen bzgl. der angenommenen und entsorgten Abfallmengen und den daraus resultierenden Umsatzerlösen.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Umweltschutz

Die mit dem operativen Geschäft beauftragte AWA Entsorgung GmbH ist vertraglich verpflichtet, Entsorgungsanlagen gesetzes- und genehmigungskonform zu betreiben und erfüllt dies. Damit gewährleistet der ZEW eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung. Hierbei ist der ZEW bestrebt, die 5-stufige Abfallhierarchie, insbesondere die Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, das Recycling und eine sonstige Verwertung vorrangig vor einer Beseitigung von Abfällen gemäß den Zielen der EU-Abfallrahmenrichtlinie und des Kreislaufwirtschaftsgesetzes umzusetzen. Zahlreiche Projekte der durch den ZEW beauftragten Abfallberatung der AWA Entsorgung GmbH, wie

die „Wunderkiste“, ein „Umsonst-Laden“ und ein „Repair-Café“ sind hierzu nennen. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass die umweltrelevanten Grenzwerte der MVA Weisweiler unter den festgesetzten Größenordnungen liegen.

Prognosebericht

Das in der Fortschreibung befindliche Abfallwirtschaftskonzept des ZEW berücksichtigt die Vorgaben des bestehenden Abfallwirtschaftsplanes. Insbesondere sind hier Maßnahmen zur Vermeidung von Abfällen zu nennen. Des Weiteren wird der ZEW sich auf Basis des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vom 24.02.2012 in der derzeit geltenden Fassung und der Vorgaben der EU-Abfallrahmenrichtlinie weiterhin vorrangig der Erfassung von Wertstoffen mit zielführenden Maßnahmen und neuen Ideen zur Wiederverwendung/-verwertung dieser Stoffe annehmen. Die Mehrfachnutzung von Gebrauchsgegenständen in Läden und Netzwerken sowie der weitere Ausbau von Entsorgungszentren im Verbandsgebiet sind beispielhaft zu nennen. Der aktuelle Referentenentwurf des Gesetzes zur Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie der EU zur Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes macht konkrete Vorgaben zu den Aspekten Sortierung, Getrennterfassung, Ende der Abfalleigenschaft, Recyclingquoten, Abfallvermeidung, Absatzmarkt usw. Die Entwicklung der gewerblichen Abfallmengen zur Verwertung / Beseitigung auf die öffentliche Entsorgung aus der Novellierung der GewAbfV hinsichtlich der tatsächlichen Umsetzung eines hochwertigen Recyclings und eine Verwertung von Abfällen durch das Gewerbe sowie bezüglich der Kleinmengenregel und der ansonsten weiterhin verpflichtenden Nutzung der Pflichtrestmülltonne muss weiterhin beobachtet werden. Relevante Auswirkungen auf die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung sind bisher nicht zu erkennen. Im Jahre 2017 wurde die Fortführung der Zusammenarbeit ab dem 01.01.2021 zwischen der MVA und der RWE Power AG vereinbart. In 2017 sind die Verhandlungen zwischen der MVA, der AWA Entsorgung GmbH und der EGN zum Weiterbetrieb der MVA Weisweiler ab dem 01.01.2021 erfolgreich abgeschlossen worden. Die Verträge wurden am 07.04.2017 unterzeichnet. Gegen den Abschluss dieser Verträge wurde bei der Vergabekammer Köln ein Nachprüfungsantrag gestellt. Mit Beschluss vom 06.12.2018 hat die Vergabekammer Köln den Nachprüfungsantrag in allen Punkten zurückgewiesen. Der Antragsteller hat hiergegen sofortige Beschwerde beim OLG Düsseldorf eingelegt. Die sofortige Beschwerde wurde inzwischen zurückgezogen. Die neuen Konditionen beschränken das vom ZEW auszulastende MVA-Kontingent auf 135.000 t jährlich. Soweit dem ZEW eine darüberhinausgehende Abfallmenge überlassen wird, besteht für ihn ein vorrangiges Anlieferrecht in der MVA. 2019 wurden dem ZEW ca. 145.500 t Abfall zur thermischen Verwertung überlassen. Auf Basis der rechtlichen und satzungsgemäßen Bestimmungen hat der ZEW einen Wirtschaftsplan und eine Gebührenkalkulation aufzustellen, die von der Verbandsversammlung beschlossen werden. Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2019 betrugen T€ 43.161 (Vj. T€ 37.789). Aufgrund der kalkulatorischen Bedingungen erhält der ZEW seine Selbstkosten erstattet, die somit auch ihren Niederschlag in den Gebühren (Umsatzerlösen) finden. Es besteht dadurch eine Korrelation und korrespondierende Entwicklung zwischen den Entsorgungskosten (T€ 42.718; Vj. T€ 37.462) und den Umsatzerlösen (T€ 43.161; Vj. T€ 37.789). Der Wirtschaftsplan 2020 weist Entsorgungskosten von T€ 39.428 und Umsatzerlöse von T€ 40.266 aus. Grundlage der Plankosten sind die Kosten, die die AWA gemäß ihres Wirtschaftsplanes dem ZEW 2020 in Rechnung stellen wird. Diese Kosten fallen für die Erbringung von Entsorgungsleistungen an, mit denen der ZEW die AWA beauftragt hat. Diese

Kosten machen 97,9 % der im Wirtschaftsplan des ZEW angesetzten Kosten aus. Den Kostenplanungen der AWA liegen Mengenplanungen zugrunde, die auf Basis der Erfahrungen aus den Vorjahren und unter Berücksichtigung eventueller gesetzlicher und struktureller (z.B. Änderung von Sammelsystemen) Einflüsse entwickelt worden sind.

Risikobericht

Der angelieferte kommunale Bioabfall weist zum Teil sehr hohe Störstoffmengen auf. Die Gefahr besteht, dass bei zu hoher Störstoffmenge eine Entfrachtung nicht in ausreichendem Maße durch technische Hilfsmittel in der Kompostierungsanlage erreicht wird. Der hergestellte Kompost darf dann nicht verwertet, sondern muss verbrannt werden. Im Hinblick auf die Novellierung der GewAbfV bleibt weiterhin abzuwarten, inwieweit ein hochwertiges Recycling und eine hochwertige Verwertung von gewerblichen Abfällen tatsächlich und erfolgreich durch das Gewerbe umgesetzt werden und inwieweit die Tatbestände der „Kleinmengenregel“ und „Pflichtrestmülltonne“ im Sinne der bestehenden Überlassungspflichten tatsächlich und nicht missbräuchlich angewandt werden.

Chancenbericht

Im Hinblick auf sein strukturelles Umfeld befindet sich der ZEW nicht in einer klassischen Markt- oder Wettbewerbssituation, so dass er nur begrenzt auf seine Geschäftsentwicklung Einfluss nehmen kann. Daher können Chancen im inhaltlichen Sinne des Deutschen Rechnungslegungsstandards 20 (DRS 20) nur bedingt beschrieben werden. Die Neufassung des AWP NRW in 2016 gibt Zielvorgaben für das fertig gestellte und vor der Beschlussfassung stehende AWK des ZEW. Die daraus resultierende Lenkungsfunktion von Vorgaben des AWP NRW im Sinne des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers, wird ebenso als Chance betrachtet wie der Aspekt, dass sich weitere Maßnahmen, Aktionen und Ideen zur effektiven Wiederverwendung und -verwertung ergeben, die durch den Drittbeauftragten AWA Entsorgung GmbH weiterhin umgesetzt werden. Der ZEW setzt damit weiterhin die Vorgaben des am 01.06.2012 in Kraft getretenen Kreislaufwirtschaftsgesetzes und der EU-Abfallrahmenrichtlinie im Sinne der 5-stufigen Abfallhierarchie mit Schwerpunkt auf eine Wiederverwendung und Verwertung von Abfällen um. Es ist als Chance im Rahmen der Novellierung der GewAbfV zu betrachten, dass die Umsetzung der fünfstufigen Abfallhierarchie auch dort sehr fokussiert wurde, mit der Folge einer Stärkung des Recyclings und Intensivierung der Verwertung. Die Anforderungen an eine getrennte Erfassung und anschließende Wiederverwertung sind demnach strenger. Die sog. „Pflichtrestmülltonne“ für überlassungspflichtige Abfälle aus Gewerbebetrieben bleibt weiterhin Tatbestand der GewAbfV. Auch die Betreiber von Sortieranlagen werden stärker zu einer hochwertigen Sortierung und Erhöhung der Verwertungsmengen angehalten. Sie sind seit 01.01.2019 verpflichtet, gegenüber den Abfallerzeugern/-besitzern Erklärungen abzugeben, dass ihre Anlagen technisch den Anforderungen der GewAbfV entsprechen und die geforderte Sortierquote erreicht wird.

Gesamtaussage

Das rechtliche und kalkulatorische Umfeld des ZEW bedingt, dass bestandsgefährdende Risiken nicht auftreten können. Das Kostendeckungsprinzip gewährleistet einerseits, dass dauerhaft keine Verluste auftreten, andererseits aber auch ein Gewinnstreben ausgeschlossen ist. Es ist Interesse und Auf-



gabe des ZEW, Risiken zu vermeiden, die einen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZEW haben.



Verkehr und Versorgung

Zweckverband Aachener Verkehrsverbund

Aufgaben des Zweckverbands / Beteiligungsziele

Der Zweckverband hat im Verbundraum insbesondere folgende Aufgaben:

1. Beschlussfassung über allgemeine verkehrspolitische Leitlinien für den öffentlichen Personennahverkehr unter Beachtung der Planungen des "Zweckverband Nahverkehr- SPNV & Infrastruktur – Rheinland" (ZV NVR),
2. Hinwirkung darauf, dass die Verbandsmitglieder die vom Zweckverband gegründete Aachener Verkehrsverbund GmbH (Verbundgesellschaft) bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen und die Beschlüsse des Zweckverbandes in ihrem Einflussbereich umsetzen,
3. Hinwirkung darauf, dass die Verbandsmitglieder die Verkehrskonzeptionen und Qualitätsstandards sowie die dazu ergangenen Richtlinien der Verbundgesellschaft in ihren Planungen beachten und die Verbundgesellschaft als Träger öffentlicher Belange anerkennen,
4. Aufstellung von Rahmenvorgaben für die Betrauung von Verbundverkehrsunternehmen (ASEAG, DKB und west) durch die Verbandsmitglieder mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen sowie Abschluss von gesonderten Kooperationsverträgen mit anderen Verkehrsunternehmen im Öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) gemäß § 11.

Öffentliche Zwecksetzung

Der Zweckverband verfolgt das Ziel, durch die im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen, unterstützt durch die Verbundgesellschaft, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen sowie durch gezielte Investitionen zu verbessern. Die Durchführung des Verkehrs und damit die Übernahme einer unternehmerischen Tätigkeit ist nicht Aufgabe des Zweckverbandes. Sie obliegt den im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen im Rahmen von Kooperationsverträgen.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Vertreter werden durch die Vertretungskörperschaft für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkräften des Verbandsmitglieds gewählt. Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu wählen. Jedes Verbandsmitglied entsendet fünf Vertreter in die Verbandsversammlung, darunter seinen Hauptverwaltungsbeamten oder einen von diesem benannten Bediensteten. Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und mehrere Stellvertreter. Die Verbandsver-

sammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit nicht durch das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit oder aufgrund dieser Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist. § 6 Abs. 2 der Satzung legt fest, dass die Verbandsversammlung die Entscheidungen über die dort genannten Angelegenheiten nicht übertragen kann.

Beiräte:

Zur Wahrung der strukturellen Besonderheiten der Teilräume und der Interessen der einzelnen kreisangehörigen bzw. regionsangehörigen Gemeinden auf dem Gebiet des Nahverkehrs, der Tarifpolitik und des Leistungsangebotes werden vier regionale Beiräte, jeweils ein Beirat für die Stadt Aachen, die StädteRegion Aachen, den Kreis Düren und den Kreis Heinsberg, gebildet. In diesen Beiräten sind alle Gebietskörperschaften der betreffenden Region vertreten. Sie beraten die Verbandsversammlung und die Vertreter des betroffenen Verbandsmitgliedes.

Verbandsvorsteher:

Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter werden aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder von der Verbandsversammlung für die Dauer von drei Jahren, höchstens jedoch für die Dauer ihres Hauptamtes, gewählt. Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter dürfen der Verbandsversammlung angehören. Ist dies nicht der Fall, sind sie jedoch berechtigt und auf Verlangen der Verbandsversammlung verpflichtet, an deren Sitzungen und an den Sitzungen gebildeter Ausschüsse teilzunehmen. Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Er wird durch eine Geschäftsstelle unterstützt, die durch einen hauptamtlichen Geschäftsstellenleiter geleitet wird. Der Geschäftsstellenleiter ist berechtigt, gemeinsam mit dem Verbandsvorsteher Erklärungen gemäß § 16 Abs. 3 GkG abzugeben. Der Verbandsvorsteher hat jährlich vor Beginn des Haushaltsjahres den Entwurf der Haushaltsatzung festzustellen und der Verbandsversammlung vorzulegen. Der Verbandsvorsteher ist verantwortlich für die Durchsetzung der Verbandsziele und der Beschlüsse der Verbandsversammlung.

Besetzung der Organe

Verbandsvorsteher:	Wolfgang Spelthahn	Landrat Kreis Düren
--------------------	--------------------	---------------------

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Verbandsversammlung:

Helmut Etschenberg	Städteregionsrat (bis 31.12.2018), I. stv. Verbandsvorsteher
Dr. Tim Grüttemeier	Städteregionsrat (ab 01.01.2019)
Michael Janßen	Städteregionstagsmitglied
Marc Peters	Städteregionstagsmitglied
Axel Wirtz	Städteregionstagsmitglied
Gerhard Neitzke	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Zweckverband

Sitz: 52068 Aachen

Mitglieder:	Anteil in %
Stadt Aachen	25
StädteRegion Aachen	25
Kreis Düren	25
Kreis Heinsberg	25

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
Aachener Verkehrsverbund GmbH	25.600	100

Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung der ÖPNV-Aufgaben der Verbundgesellschaft AVV GmbH nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages der Verbundgesellschaft. Er bedient sich ihrer wie einer eigenen Dienststelle und ist ihr alleiniger Gesellschafter.

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2016 – in € –	2017 – in € –	2018 – in € –
A Anlagevermögen	153.002	153.002	153.002
I. Sachanlagen	1	1	1
II. Finanzanlagen	153.001	153.001	153.001
B Umlaufvermögen	7.321.711	7.581.418	8.877.524
I. Forderungen/sonst. VG	1	0	0
II. Liquide Mittel	7.321.709	7.581.418	8.877.524
C. RAP	16.606.858	16.929.552	21.030.027
Bilanzsumme Aktiva	24.081.571	24.663.973	30.060.553
A. Eigenkapital	519.731	519.738	507.392
I. Allgemeine Rücklagen	517.280	517.280	517.280
II. Ausgleichsrücklage	2.421	2.451	2.458
III. Jahresüberschuss	30	8	-12.346
B. Rückstellungen	6.545	5.712	5.712
C. Verbindlichkeiten	3.223.190	3.039.830	4.715.858
D. RAP	20.332.105	21.098.693	24.831.590
Bilanzsumme Passiva	24.081.571	24.663.973	30.060.553

Ergebnisrechnung:	2016 – in € –	2017 – in € –	2018 – in € –
Zuwendungen und allg. Umlagen	18.294.553	14.881.946	19.126.348
Ordentliches Jahresergebnis	29	8	-12.346
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Jahresergebnis	29	8	-12.346

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2016	2017	2018
Mitarbeiter/innen (ohne Aushilfen)	2	2	0
Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2016 in %	2017 in %	2018 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	0,6	0,6	0,5
Eigenkapitalquote	2,2	2,1	1,7
Anlagendeckungsgrad I	339,7	339,7	331,6
Liquidität 1. Grades	227,1	249,4	188,2

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Im Jahr 2018 betrug die anteilige, auf die StädteRegion Aachen entfallende Zweckverbandsumlage 12.629.802,31 €. Diese wird zu 100 % auf die städteregionsangehörigen Städte und Gemeinden (ohne Stadt Aachen) umgelegt, was eine verursachungsgerechte Verteilung der Kosten für den schienengebundenen Verkehr ermöglicht. Weiterhin erhält die StädteRegion Aachen als Aufgabenträger für den ÖPNV nach dem ÖPNVG NRW eine jährliche Pauschale als allgemeine Förderung der Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV (Nahverkehrspauschale). Als Folge der Novellierung des ÖPNV-Gesetzes wird die Nahverkehrspauschale nicht mehr vom Land, sondern vom AVV an die Gebietskörperschaften gezahlt. Die Buchführung des Zweckverbands wird im Rahmen einer Geschäftsbesorgung durch die StädteRegion Aachen erledigt. Die Gehaltsbuchhaltung für den AVV-Zweckverband wird im Rahmen einer Geschäftsbesorgung von der GWG gGmbH durchgeführt.

Die Leistungsbeziehungen des ZV AVV zu seiner 100%-igen Tochter, der AVV GmbH, sind vielschichtig. Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung der ÖPNV-Aufgaben der Verbundgesellschaft AVV GmbH wie einer eigenen Dienststelle.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Die Haushaltswirtschaft des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) wird nach den Vorschriften des Gesetzes über das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (NKF) aufgestellt. Die Vorschriften des NKF sind infolgedessen auch Grundlage des Jahresabschlusses 2018. Im Haushaltsjahr 2018 hat der ZV AVV vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) in Höhe von 5.345.451,52 € als ÖPNV-Pauschale erhalten. Diese Mittel sind vom ZV AVV um insgesamt 68.673,55 € aufgestockt worden. Dabei handelt es sich um Rückforderungen von Verkehrsunternehmen in Höhe von insgesamt 68.666,05 € sowie um Zinsen in Höhe von 7,50 €, die aus den Mitteln der ÖPNV-Pauschale für das Förderjahr 2017 bis einschließlich Februar 2018 erwirtschaftet wurden. Somit standen insgesamt Mittel in Höhe von 5.414.125,07 € zur Förderung des ÖPNV gemäß § 13 Abs. 2 der Satzung für den ZV AVV zur Verfügung. Ein Anteil in Höhe von 780.000,00 € ist gemäß der AVV-Förderrichtlinie im Jahr 2018 zweckentsprechend verwendet worden. Die zum Jahresabschluss 2018 verbliebenen Zuwendungen sind in Höhe von 4.634.125,07 € im ersten Halbjahr des Jahres 2019 zweckentsprechend verwendet worden. Darüber hinaus hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11a ÖPNVG NRW in Höhe von 10.873.121,34 € als Ausbildungsverkehr-Pauschale erhalten. Ein Anteil in Höhe von 10.306.253,62 € ist im Jahr 2018 als Abschlagszahlung zweckentsprechend gemäß der AVV-Richtlinie zur Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW ausgezahlt worden. Auf der Grundlage einer entsprechenden Abrechnung betreffend das Förderjahr 2016 wurden darüber hinaus insgesamt 526.771,95 € an Verkehrsunternehmen ausgeschüttet. Die restlichen Mittel in Höhe von 40.095,77 € sowie der bis einschließlich Februar 2018 aus der Bewirtschaftung der Ausbildungsverkehr-Pauschale des Förderjahres 2017 entstandene Zinsertrag in Höhe von 4,28 € ist im ersten Halbjahr 2019 zweckentsprechend verwendet worden. Zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß den Richtlinien Sozialticket 2011 in Höhe von 2.273.903,05 € erhalten. Diese Mittel sind um eine Nachzahlung in Höhe von 20.586,95 € aufgestockt worden, sodass insgesamt Mittel in Höhe von 2.294.490,00 € zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV zur Verfügung standen. Die Zuwendung in Höhe von 2.273.903,05 € und die Nachzahlung in Höhe von 20.586,95 € sind den Verkehrsunternehmen im Jahr 2018 als Abschlagszahlung zweckentsprechend gemäß der Richtlinie des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV ausgezahlt worden. Zudem erfolgte im Haushaltsjahr 2018 eine Abrechnung betreffend das Förderjahr 2016, welche für den Haushalt des ZV AVV ergebnisneutral war. Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben und belaufen sich auf 153.000,00 €. Es handelt sich hierbei um die Beteiligung an der Aachener Verkehrsverbund GmbH, deren alleiniger Gesellschafter der ZV AVV ist. Zur Finanzierung seines Eigenaufwands erhielt der ZV AVV seitens des ZV NVR anteilige Mittel aus der ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW. Aufgrund eines erstmals ab März 2018 auf die Fördermittel des ZV AVV von der Sparkasse Aachen erhobenen Verwarentgelts (sog. „Negativzinsen“) zu Lasten des ZV AVV, welches bei der Aufstellung des Haushalts 2018 noch nicht absehbar war und das nach Vorgabe des Landes NRW nicht aus den jeweils zugrundeliegenden Fördermitteln selbst finanziert werden

darf, konnte der Eigenaufwand des ZV AVV in 2018 nicht allein aus den vorgenannten Haushaltsmitteln gedeckt werden. Insgesamt führte das Haushaltsjahr vor obigem Hintergrund erstmals zu dem ausgewiesenen Jahresfehlbetrag in Höhe von 12.345,82 €. Die erheblichen Abweichungen zwischen den Haushaltsansätzen beim Gesamtaufwand und dem Gesamtertrag einerseits und der Ergebnisrechnung andererseits basieren in erster Linie auf der Differenz zwischen der prognostizierten Verbandsumlage zur Deckung des ÖPNV-Defizits im Busbereich und dem tatsächlichen Ergebnis. Wie in den Jahren zuvor hat der ZV AVV lediglich einen Spitzenausgleich zwischen den Verbandsgliedern durchgeführt. Der Mittelfluss zwischen den Verbandsgliedern und deren eigenen kommunalen Verkehrsunternehmen ist konform mit der Zweckverbandssatzung auf direktem Weg vorgenommen worden. Entsprechend hat sich der über den Zweckverbandshaushalt vollzogene Mittelfluss verringert. Wie in den zurückliegenden Jahren wird der ZV AVV auch zukünftig seine Aufgaben erfüllen können. Die Hauptaufgaben bestehen darin, die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs sicherzustellen und erhaltene Zuschüsse in gleicher Höhe weiterzuleiten. Ein Risiko im Hinblick auf die diesbezüglich notwendigen Mittel ist nicht erkennbar, da nur über bereits erhaltene bzw. zugesagte Mittel verfügt werden kann. Seit dem Jahr 2008 erhält der ZV AVV für seinen Eigenaufwand eine in die ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW integrierte Zuwendung. Diese wird dem ZV NRW, dessen Verbandsglied der ZV AVV ist, zugewiesen. In der Satzung des ZV NVR ist festgelegt, dass ein Anteil an der Pauschale nach § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW an den ZV AVV und an die AVV GmbH weiterzuleiten ist. Die vorgenannten Mittel sind in der Regel ausreichend, um den Eigenaufwand des ZV AVV zu decken. Sollte dies im Einzelfall nicht der Fall sein, ist ein ausreichender Rücklagenbestand vorhanden. Der ZV AVV wird darüber hinaus geeignete Maßnahmen ergreifen, um mögliche Auswirkungen eines anhaltend niedrigen Marktzinsniveaus auf den Haushalt bzw. das Jahresergebnis zu minimieren. Die Finanzierung des ZV AVV wird vor diesem Hintergrund als gesichert angesehen. Für die Zukunft werden darüber hinaus keinerlei Risiken gesehen. Dies gilt auch unter Einbeziehung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019.

Aachener Verkehrsverbund GmbH

Aufgaben der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Die AVV GmbH dient ausschließlich Zwecken des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und nimmt im Rahmen des Aachener Verkehrsverbundes die in § 1 Abs. 4 aufgeführten Aufgaben insbesondere durch Beratung und Koordination wahr.

Die Gesellschaft fördert das vom Zweckverband AVV verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Bus- und Bahnangebot zu erbringen und die Marktchancen im Aachener Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Maßnahmen und Investitionen zu verbessern. Sie unterstützt den Zweckverband AVV bei seiner Aufgabenerfüllung und unterstützt die im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen in dem Bemühen, sparsam zu wirtschaften und alle Möglichkeiten zur Rationalisierung auszuschöpfen.

Öffentliche Zwecksetzung

Die Gesellschaft dient ausschließlich Zwecken des öffentlichen Personennahverkehrs und nimmt im Rahmen des Aachener Verkehrsverbundes die im Gesellschaftsvertrag der AVV GmbH aufgeführten Aufgaben insbesondere durch Beratung und Koordination wahr.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung besteht aus einem oder mehreren Geschäftsführern. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführung führt die laufenden Geschäfte eigenverantwortlich nach Maßgabe des Gesetzes und des Gesellschaftsvertrages.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 12 und höchstens 16 stimmberechtigten Mitgliedern. Der ZV AVV bestellt je Verbandsmitglied drei stimmberechtigte Mitglieder. Auf Wunsch eines Verbandsmitgliedes bestellt er ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied, das nicht der Verwaltung oder der Vertretungskörperschaft eines Verbandsmitgliedes angehört und über besondere Sachkunde auf dem Gebiet des ÖPNV verfügt. Für jedes Aufsichtsratsmitglied ist ein Stellvertreter zu wählen. Der Verbandsvorsteher des ZV AVV ist, sofern er nicht von der Verbandsversammlung als Mitglied des Aufsichtsrates bestellt wird, beratendes Mitglied des Aufsichtsrates.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung einberufen, soweit es die Geschäftslage erfordert, oder auf Weisung des Verbandsvorstehers des ZV AVV. Sie entscheidet in den

in § 19 des Gesellschaftsvertrags aufgeführten Angelegenheiten. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden einstimmig gefasst.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Hans-Peter Geulen
Dipl.-Ing. (FH) Heiko Sedlaczek

Vertreter der StädteRegion Aachen im Aufsichtsrat:

Michael Janßen	Städteregionstagsmitglied
Volker Wiegand-Majewsky	sachkundiger Bürger
Gerhard Neitzke	Städteregionstagsmitglied
Till von Hoegen	Vorsitzender d. AVV-Beirates in der Städte-Region Aachen u. techn. Beigeordneter der Stadt Würselen

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Gesellschafterversammlung:

Keine Vertretung der StädteRegion Aachen in der Gesellschafterversammlung

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz: 52068 Aachen
Gezeichnetes Kapital: 25.600 €

Gesellschafter:	Anteil in %
Zweckverband Aachener Verkehrsverbund	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2016	2017	2018
Bilanz:	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	281.494	670.148	504.310
I. Imm. Vermögensgegenst.	240.687	616.262	460.089
II. Sachanlagen	40.807	53.886	44.221
B. Umlaufvermögen	3.038.451	3.282.462	3.899.710
I. Forderungen / sonst. VG	359.222	965.618	224.559
II. Kassenbestand, Guthaben	2.679.229	2.316.844	3.675.151
C. RAP	4.778	0	26.255
Bilanzsumme Aktiva	3.324.723	3.952.610	4.430.275

A. Eigenkapital	1.626.643	2.255.956	2.274.968
I. Gezeichnetes Kapital	25.600	25.600	25.600
II. Kapitalrücklage	57.218	57.219	57.219
III. Bilanzgewinn	1.543.825	2.173.137	2.173.137
IV. Jahresüberschuss			19.012
B. Rückstellungen	595.530	781.885	1.210.039
C. Verbindlichkeiten	1.102.550	914.769	945.267
D. RAP	0	0	0
Bilanzsumme Passiva	3.324.723	3.952.610	4.430.275

	2016	2017	2018
Gewinn- und Verlustrechnung:	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	1.132.634	1.936.107	1.903.084
Sonst. betriebl. Erträge	1.800.120	1.781.410	1.845.817
Personalaufwand	1.620.062	1.810.579	2.166.561
Sonst. betriebl. Aufwendungen	1.068.615	1.121.120	1.210.706
Ergebnis nach Steuern	145.863	633.951	22.850
Jahresüberschuss nach Steuern	141.556	629.310	19.012

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2016	2017	2018
Mitarbeiter/innen (Durchschnitt)	20	23	24
Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2016 in %	2017 in %	2018 in %
Eigenkapitalquote	48,93	57,08	51,4
Verschuldungsgrad	104,39	75,21	94,74
Liquidität 2. Grades	178,93	193,47	180,94

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine direkten finanziellen Verbindungen zwischen der AVV GmbH und der StädteRegion Aachen. Die Leistungsbeziehungen der AVV GmbH zu ihrer 100%-igen Mutter, dem Zweckverband AVV, sind vielschichtig. Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung der ÖPNV-Aufgaben der Verbundgesellschaft AVV GmbH wie einer eigenen Dienststelle. Mit der ASEAG besteht ein Mietverhältnis über Geschäftsstellenräumlichkeiten, Service- und Lagerflächen sowie Stellplätze. Die E.V.A. führt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags das Finanz-, Personal- und Rechnungswesen der AVV GmbH.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung der Ertragslage

Die Finanzierung der Aufwendungen der AVV GmbH erfolgte im Geschäftsjahr 2018 im Wesentlichen durch die Verwendung der seitens des Landes NRW über den Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) anteilig zur Verfügung gestellten ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) und durch Kooperationsverträge vereinbarte Zuschüsse der Verkehrsunternehmen im AVV. Des Weiteren wurden seitens des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) im Jahr 2018 Mittel aus der Zuwendung gemäß § 11a ÖPNVG NRW zur Finanzierung von Maßnahmen, die der Fortentwicklung von Tarif- und Verkehrsangeboten sowie der Verbesserung der Qualität im Ausbildungsverkehr dienen, oder für die mit der Abwicklung der Pauschale verbundenen Aufwendungen, in Höhe von rd. 163 T€ gewährt. Darüber hinaus wurden für bestimmte Projekte und Marketingmaßnahmen Erlöse aus der anteiligen Weiterberechnung der entstandenen Aufwendungen an die jeweiligen Projektpartner erzielt. Aus der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 1 standen der AVV GmbH im Berichtsjahr seitens des ZV NVR Mittel in gegenüber dem Vorjahr unveränderter Höhe von rd. 1.412 T€ zur Verfügung, welche durch eine Zuweisung von Restmitteln durch den ZV AVV in Höhe von rd. 14 T€ ergänzt wurden. Darüber hinaus erzielte Erträge resultieren u. a. aus EU-Fördermitteln im Rahmen des Horizon 2020-Projekts „MaaS4EU“ einerseits sowie des INTERREG-VA-Projekts „EMR connect“ andererseits. Die erzielten Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus vertraglich vereinbarten Beteiligungen der Verkehrsunternehmen im AVV an den Aufwendungen der Verbundgesellschaft. Diese vertraglichen Vereinbarungen wurden in 2009 mit allen im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen infolge neuer bzw. modifizierter Kooperationsverträge abgeschlossen. Mit Blick auf eine seit dem Jahr 2018 veränderte Einbindung des privaten Busverkehrsunternehmens Busverkehr Rheinland (BVR) in das Verbundkonstrukt wurde mit diesem eine entsprechende Anschlussvereinbarung abgeschlossen, welche eine anteilige Beteiligung am Aufwand der Verbundgesellschaft weiterhin sicherstellt. Bedingt durch das Ausscheiden der Transdev Rheinland GmbH (Taeter Aachen) als AVV-Kooperationspartner mit eigenen Liniengenehmigungen entfiel die von diesem Unternehmen bislang geleistete Beteiligung an den Aufwendungen der Verbundgesellschaft im Berichtsjahr erstmals vollständig. Ergänzend zu den vorgenannten Kooperationsverträgen wurde mit Wirkung seit dem Geschäftsjahr 2013 ein weiterer gemeinsamer Vertrag (Verbundbeteiligungsvertrag) mit allen im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen geschlossen, der zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit der AVV GmbH beiträgt. Die Bemessungsgrundlage für diese vertraglichen Finanzierungsbeiträge, welche von den Verkehrsunternehmen durch eine einmalige zusätzliche Anpassung des Verbundtarifs refinanziert wurden, stellt die endgültige Einnahmenaufteilungsrechnung im AVV eines jeden Jahres dar. Darüber hinaus erhält die Verbundgesellschaft zur Bewirtschaftung der Landesmittel gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW aus diesen Mitteln des ZV AVV seit dem Jahr 2013 jährlich Mittel in Höhe von 100 T€, die über den ZV AVV ausbezahlt werden. Weitere Umsatzerlöse resultieren neben der Kostenbeteiligung einzelner Partner an Marketingmaßnahmen im Wesentlichen aus der Weiterberechnung von Aufwendungen für Gutachten und Auftragsarbeiten sowie insbesondere auch für die von der beim AVV angesiedelten Euregionalen Koordinierungsstelle beauftragten Dienstleistungen im Rahmen des Projekts „European Travellers

Club“ (ETC) zum grenzüberschreitenden Ticketing. Die Aufwendungen der Verbundgesellschaft bestehen im Wesentlichen aus Personalaufwendungen einschließlich Sozialabgaben und Altersvorsorge in Höhe von rd. 2.167 T€ und liegen damit deutlich sowohl über dem Vorjahresniveau als auch über dem Planansatz. Ein Teil dieser Entwicklung geht dabei auf geplante, teilweise durch entsprechende Fördermittel finanzierte personelle Verstärkungen, ganzjährige Auswirkungen im Vorjahr umgesetzter Personalmaßnahmen sowie die allgemeinen Anpassungen im Rahmen des TVÖD zurück. Ein weiterer wesentlicher Teil des Anstiegs resultiert zudem aus deutlich erhöhten Aufwendungen zur Altersversorgung insbesondere bei den Zuführungen zur Pensionsrückstellung. Hintergrund hierfür sind zum einen das aktuell niedrige Zinsniveau sowie auch die Auswirkungen vertraglich zugesicherter Versorgungsansprüche u.a. des ausgeschiedenen Geschäftsführers. Die betrieblichen Aufwendungen der Verbundgesellschaft sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahresniveau insgesamt mäßig erhöht, wobei sich die Gesamtentwicklung in den einzelnen Kostenarten unterschiedlich darstellt. Erheblich steigenden Aufwendungen insbesondere im Bereich der Wartungsverträge für Software, EDV- und Internetkosten, für sonstige Aufwendungen sowie auch für Werbung, Inserate und Drucksachen stehen insgesamt deutlich sinkende Aufwendungen im Bereich der Gutachten, Prüfungs- und Beratungskosten gegenüber. Letztere Aufwandsminderung gegenüber dem Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen im Bereich der Dienstleistungen, die von der Verbundgesellschaft im Zusammenhang mit dem „ETC“-Projekt beauftragt wurden. Da diese in erheblichem Umfang von Dritten durch Zuschüsse refinanziert wurden, spiegelt sich die rückläufige Entwicklung analog auch in den entsprechenden Ertragspositionen wider. Die Finanz- und Personalverwaltung wird seit Bestehen der AVV GmbH extern über Geschäftsbesorgungsverträge erledigt und erfolgt über die E.V.A. (Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen). Insgesamt konnte das Geschäftsjahr mit einem positiven Jahresergebnis von rd. 19 T€ beendet werden. Bedingt im Wesentlichen durch erhöhte Umsatzerlöse und eine unterplanmäßige Entwicklung im Bereich der Projekte liegt dieses Ergebnis trotz der in einigen Bereichen gestiegenen Aufwendungen auf dem Niveau der Budgetplanung.

Ausblick

Im Hinblick auf die anteilige Verwendung der ÖPNV-Pauschale für die Finanzierung von Regiekosten gilt auch weiterhin § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW, wonach die Mittel für Zwecke des ÖPNV verwendet werden können. Der Personalaufwand der AVV GmbH wird im Geschäftsjahr 2019 voraussichtlich erneut ansteigen. Hintergrund hierfür sind neben der allgemeinen Tarifierhöhung im Rahmen des TVÖD die ganzjährigen Auswirkungen bereits im Berichtsjahr erfolgter personeller Maßnahmen sowie eine zu Jahresbeginn 2019 bereits plangemäß umgesetzte personelle Verstärkung. Ein weiterer Anstieg des Personalaufwands ist nicht zuletzt infolge des u.a. zinsbedingten weiteren Anstiegs der Zuführung zur Pensionsrückstellung zu erwarten. Die Ertragssituation wird im Hinblick auf Drittmittel zur Finanzierung der Verbundaufgaben auf dem Vorjahresniveau erwartet. Im Hinblick auf die Umsatzerlöse ist für 2019 insgesamt ein Anstieg zu erwarten. Während die für 2019 weiterhin bestehenden Kooperationsverträge mit den Verkehrsunternehmen eine stabile bzw. voraussichtlich leicht steigende Entwicklung gewährleisten, ist aufgrund wachsender Erlöse aus Weiterberechnungen von Gutachten (Regio-Tram-Projekt) und sonstigen Maßnahmen (AVV-Verkehrserhebung, Projekte ZVP/E-Ticketing) mit einem zusätzlichen Anstieg der Umsatzerlöse zu rechnen. Mit euregionalen Förder-

projekten aus EU-Mitteln, wie z. B. dem Interreg-V-A-Projekt „EMR Connect“ (Laufzeit bis 2020) oder einem seitens der Verbundgesellschaft angestrebten Nachfolger für das erfolgreich abgeschlossene Projekt „European Travellers Club“ (ETC) wird die Verbundgesellschaft auch in 2019 und darüber hinaus innovative Ansätze mitgestalten, die den ÖPNV vor allem auch in der Grenzregion attraktiver machen. Darüber hinaus wird die Verbundgesellschaft weiterhin darum bemüht sein, Zuschüsse von dritter Seite sowohl für verbundweit greifende als auch für euregionale Maßnahmen zu akquirieren.

Für das Geschäftsjahr 2019 sind bei der AVV GmbH selbst keine bestandsgefährdenden Risiken gegeben.

Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs- AG

Gegenstand des Unternehmens / Beteiligungsziele

Gegenstand der Gesellschaft ist der Bau, der Erwerb und der Betrieb von Straßenbahnen, Obuslinien und Omnibuslinien zur Personen- und Güterbeförderung, die Durchführung von Gelegenheitsverkehren und der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, ihren Betrieb ganz oder teilweise zu verpachten. Sie kann sich an Unternehmungen, die ihrem Zweck förderlich erscheinen, beteiligen, solche Unternehmungen erwerben oder pachten, veräußern oder verpachten und Interessengemeinschaftsverträge abschließen; sie kann ferner jederzeit ihren Personen- und Güterbeförderungsbetrieb von Schienenfahrzeugen ganz oder teilweise auf Betrieb mit anderen Fahrzeugen umstellen. Die Gesellschaft kann Grundstücke und Grundstücksrechte ankaufen und veräußern.

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

Der Vorstand besteht aus mindestens einer Person. Die genaue Zahl bestimmt der Aufsichtsrat; diesem obliegt auch der Erlass einer Geschäftsordnung für die Vorstandsmitglieder. Ist nur ein Vorstandsmitglied vorhanden, so vertritt es die Gesellschaft allein.

Aufsichtsrat/Hauptversammlung:

Der Aufsichtsrat besteht aus 12 Mitgliedern.

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen entsendet den Oberbürgermeister der Stadt Aachen, den Städteregionsrat der StädteRegion Aachen oder einen vom Oberbürgermeister / Städteregionsrat vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten der Stadt bzw. der Städteregion in den Aufsichtsrat. Die übrigen derjenigen Sitze, die nicht nach Maßgabe des Betriebsverfassungsgesetzes besetzt werden, sollen sich zur Hälfte auf die Stadt und zur Hälfte auf die StädteRegion Aachen verteilen.

Die zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder werden, vorbehaltlich der in Satz 2 dieses Absatzes getroffenen Regelung, auf die Dauer der durch § 102 Abs. 1 AktG zugelassenen Frist gewählt. Die Amtszeit der auf Vorschlag der Stadt Aachen der StädteRegion Aachen gewählten Aufsichtsratsmitglieder endet mit Ablauf der Hauptversammlung, die innerhalb von vier Monaten nach Ablauf der Wahlperiode des Rates der Stadt Aachen beziehungsweise des Städteregionstages der StädteRegion Aachen abzuhalten ist. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die durch § 11 festgelegte Amtsdauer einen Vorsitzenden, einen ersten und zweiten Stellvertreter.

Besetzung der Organe

Vorstand: Dipl.-Kfm. Michael Carmincke

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Dr. Tim Grüttemeier	Städteregionsrat
Peter Timmermanns	Städteregionstagsmitglied
Elisabeth Paul	III. stv. Städteregionsrätin
Alfred Sonders	Bürgermeister der Stadt Alsdorf (entsandt durch die StädteRegion Aachen)

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Aktiengesellschaft (AG)

Sitz: 52068 Aachen

gezeichnetes Kapital: 6.021.120,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
E.V.A.	5.713.920,00	94,90
Stadt Aachen	<u>307.200,00</u>	<u>5,10</u>
	6.021.120,00	100,00

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
ASEAG Reisen GmbH	223.000,00	100,00
APAG	1.911.000,00	100,00
Akreka GmbH	893.000,00	100,00
ESBUS mbH	26.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2017 – in € –	2018 – in € –	2019 – in € –
Anlagevermögen	68.732.474	69.213.050	80.274.207
I. Imm. Vermögensgegenst.	194.176	110.483	121.226
II. Sachanlagen	23.671.595	24.346.283	35.251.330
III. Finanzanlagen	44.866.703	44.756.284	44.901.652
Umlaufvermögen	64.174.706	73.325.735	70.475.724
I. Vorräte	459.366	630.809	538.178

II. Forderungen / sonst. VG	44.582.149	51.559.691	54.538.394
III. Kassenbestand, Guthaben	19.133.192	21.135.236	15.399.152
RAP	10.725	11.001	11.280
Bilanzsumme Aktiva	132.917.905	142.549.786	150.761.210

Eigenkapital	9.332.401	9.332.401	9.332.401
I. Gezeichnetes Kapital	6.021.120	6.021.120	6.021.120
II. Kapitalrücklage	3.311.281	3.311.281	3.311.281
Zuschüsse	36.277	36.277	62.971
Rückstellungen	105.399.885	115.613.358	122.630.460
Verbindlichkeiten	15.884.470	15.232.216	16.361.472
RAP	2.264.872	2.335.534	2.373.906
Bilanzsumme Passiva	132.917.905	142.549.786	150.761.210

Gewinn- und Verlustrechnung:	2017	2018	2019
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	67.198.870	69.376.245	71.399.772
Sonst. betriebl. Erträge	1.902.330	2.328.633	6.005.940
Materialaufwand	45.896.994	49.070.678	51.402.175
Personalaufwand	29.828.255	33.446.777	32.348.536
Abschreibungen	3.024.586	3.450.124	3.936.337
Sonst. betriebl. Aufwendungen	12.115.271	8.520.602	10.379.642
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiter/innen	556	565	566
Leistungskennzahlen:	2017	2018	2019
Fahrgäste (in Mio.)	71,4	71,1	71,4
Brutto-Wagen-km (in 1.000)	20.043	20.389	20.539
Linien	101	101	108
Linienlänge (in km)	1.845	1.846	1.923
Busse (incl. angemietete Busse)	479	479	498

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die Ergebnisübernahme der ASEAG erfolgt über die Holdinggesellschaft E.V.A. mbH Aachen, an der die StädteRegion Aachen beteiligt ist. Der anteilige Verlust der StädteRegion Aachen an der ASEAG für erbrachte Nahverkehrsleistungen wird auf Basis einer Konsortialvereinbarung zwischen Städteregion und Stadt Aachen gesondert abgerechnet.

Öffentliche Zwecksetzung

Die Ausführungen im Lagebericht und Anhang legen dar, dass die ASEAG der aus ihrer satzungsgemäßen Aufstellung folgenden öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung voll entsprochen hat. (Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW).

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

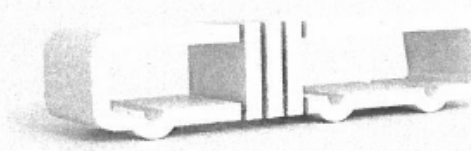
Geschäftsverlauf

Mit dem Geschäftsjahr 2019 hat die ASEAG ein vertrieblich erfolgreiches Geschäftsjahr abgeschlossen. Die Probleme bei der Systemeinführung der neuen Vertriebssoftware konnten bis auf Restpunkte noch zum Jahresende systemseitig behoben werden, so dass es zu einer Abnahme mit Mängeln gekommen ist. Diese Mängel sollen zu Beginn des Jahres 2020 beseitigt werden. Die Software funktioniert nun weitestgehend wie gewünscht. Dennoch muss die lange problembehaftete Zeit nachgearbeitet werden, um wieder vollständig in einem geordneten Betrieb anzukommen. Parallel dazu wurden aufgrund des Rahmenzeitplans zur EFM-Einführung im AVV Schritte eingeleitet, um auch Gelegenheitskunden zukünftig ins EFM einzubinden. Nach teilweise europaweiten Ausschreibungen werden erste für den Kunden sichtbare Neuerungen 2020 umgesetzt. Bei der Einführung des EFM hat die ASEAG alle Datenschutzanforderungen, die im Rahmen eines deutschlandweiten technischen Standards mit den Behörden abgestimmt sind, eingehalten. Insgesamt befindet sich die ASEAG mit der Umsetzung des EFM im Einklang mit den landespolitischen Zielen zur Digitalisierung des ÖPNV. Diese sind in der „ÖPNV Digitalisierungsinitiative NRW“ des Verkehrsministeriums des Landes NRW niedergelegt.

Bei den Fahrzeugen befindet sich das 2018 gestartete Modernisierungs- und Erneuerungsprogramm kurz vor dem Abschluss. Die Umrüstung von 98 Fahrzeugen mit SCRT-Filtern wurde im ersten Halbjahr 2019 realisiert. 26 Dieselbusse mit der Abgasnorm Euro 6 und 7 E-Busse wurden im Herbst 2019 in Betrieb genommen. Weitere 15 Dieselbusse mit Euro-6-Norm wurden 2019 ausgeliefert und werden im März/April 2020 in Betrieb genommen, bevor bis Ende 2020 zusätzlich 10 E-Busse Bestandteil der ASEAG-Fahrzeugflotte werden. Insgesamt hat die ASEAG dann kein Fahrzeug mehr in Betrieb, das nicht mindestens die Anforderung der Euro-6-Norm erfüllt. Hierdurch leistet die ASEAG in enger Abstimmung mit der Stadt Aachen ihren Beitrag zur Reduzierung der Stickoxide in Aachen, um Dieselfahrverbote möglichst zu vermeiden. Im Hinblick auf die Lieferung von E-Bussen der Firma Sileo ist festzuhalten, dass die Lieferung der Elektrobusse von Sileo auch im Jahr 2019 nicht wie

geplant erfolgte. Vielschichtige Probleme auf Lieferantenseite verhindern bisher die Abnahme weiterer Busse. Eine Auslieferung an die ASEAG wird zunehmend unwahrscheinlicher. Im Vergleich zum Wirtschaftsplan resultiert aus dem Ergebnis der ASEAG in Höhe von 30,3 Mio. EUR eine leichte Ergebnisverbesserung gegenüber dem Plan von etwa 0,2 Mio. Euro. Die Abweichungen ergeben sich im Wesentlichen aus folgenden Effekten:

Die Umsatzerlöse fielen insgesamt um 1,5 Mio. EUR höher aus. Neben einer Steigerung der Verkehrserlöse um 0,3 Mio. EUR lag dies vor allem an höheren Nebenerlösen, wie zum Beispiel Zuschüssen für Schülerbeförderung, Sonderverkehren und Leistungen für andere Verkehrsunternehmen. Aus sonstigen Erträgen ergaben sich positive Ergebniseffekte in Höhe von 1,7 Mio. EUR. Davon betreffen 0,5 Mio. EUR Zuschüsse für die Umrüstung der Busse mit SCRT-Abgasfiltern, 0,8 Mio. EUR weitergeleitete Zuschüsse der Stadt Aachen aus der ÖPNV-Pauschale sowie 0,9 Mio. EUR die Auflösung von Rückstellungen. Gegenläufig sind mit 0,7 Mio. EUR die Erträge aus Anlagenabgängen. Die Materialaufwendungen stiegen um 1,4 Mio. EUR gegenüber dem Planansatz. Hiervon stiegen die Aufwendungen für Fahrzeuganmietungen insgesamt um rund 0,4 Mio. EUR, und die Kosten für die Umrüstung von SCRT-Abgasfiltern betrugen rund 1,2 Mio. EUR. Andere Instandsetzungen der Busse reduzierten sich dagegen um 0,2 Mio. EUR. Die Kosten für den Personaleinsatz liegen bei der ASEAG mit 30,1 Mio. EUR um 0,9 Mio. EUR unter Plan. Die Kosten aus der Fahreranmietung von ESBUS lagen mit rund 6,0 Mio. EUR hingegen auf Planniveau. Hierin spiegelt sich, wie bereits im Vorjahr, unter anderem auch die schwierige Arbeitsmarktsituation wider. Diese führt dazu, dass ausscheidende Fahrpersonale trotz intensiver Bemühungen nur mit einem Zeitverzug nachbesetzt werden können. Dies wird auch zunehmend bei Subunternehmern zum Problem, da diese sich ebenfalls mit Kostensteigerungen im Personalbereich auseinandersetzen müssen. Die Aufwendungen für Altersversorgung lagen inklusive Zinsanteil um 2,2 Mio. EUR über dem Planansatz. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf den veränderten Zinssatz zum Bilanzstichtag zurückzuführen, der zu einem höheren Zinsaufwand von rund 1,6 Mio. EUR geführt hat. Die Rückstellung, mit der im Jahresabschluss 2017 ein Arbeitsgerichtsprozess bzgl. der Gewährung von Freifahrten für „Neu-Rentner“ berücksichtigt worden war, konnte im laufenden Geschäftsjahr aufgrund einer arbeitsvertraglichen Regelung in Höhe von 2,1 Mio. EUR aufgelöst werden. Aufgrund von Investitionsverschiebungen fielen die Abschreibungen um 0,6 Mio. EUR geringer aus. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen fielen mit 1,8 Mio. EUR um 0,6 Mio. EUR höher aus und resultieren aus einem besseren Ergebnis bei der APAG gegenüber dem Planansatz.

			
498		Linien	108
Gesamt		Linienlänge in km	1.922,8
248	eigene Fahrzeuge	Wagenkilometer in 1000	20.539
250	angemietet mit Fahrer	Personenkilometer in Mio.	397,9
		Platzkilometer in Mio.	1.532
		Fahrgäste in 1000	71.437

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Betriebsleistung in Nutzkilometern
- Beförderte Personen
- Anzahl Mitarbeiter
- Jahresergebnis

Die nachfolgende Tabelle zeigt die vier Leistungsindikatoren – teilweise mit ergänzenden Informationen:

	Wirtschaftsplan	Jahresabschluss	+ / –
Nutzwagenkilometer eigene Leistung inkl. ESBUS in tausend	9.276	9.219	– 57
Nutzwagenkilometer angemietete Leistung o. ESBUS in tausend	9.773	9.754	– 19
	19.049	18.973	– 76
Beförderte Personen in tausend	71.118	71.437	319
Beförderungserlöse (T€)	55.598	55.930	332
Zuschüsse (T€)	8.365	8.790	425
Kosten Treibstoff (T€)	– 5.831	– 5.535	296
Kosten Busanmietungen inkl. ESBUS (T€)	– 30.300	– 30.750	– 450
Mitarbeiteräquivalente (ESBUS)	133	126	– 7
Kosten Fahreranmietungen (ESBUS) (T€)	– 5.945	– 5.990	– 45
Mitarbeiteräquivalente, eigene	545	544	– 1
Kosten Personal (T€)	– 32.630	– 32.349	281
darin enthalten:			
Kosten Altersversorgung (T€)	– 1.647	– 2.267	– 620
Zinsaufwendungen im Wesentl. für Altersversorgung (T€)	– 9.773	– 11.387	– 1.614
Ergebnis ASEAG (T€)	– 30.546	– 30.344	202
darin enthalten:			
Ergebnis APAG (T€)	1.190	1.702	512
Ergebnis ASEAG Reisen (T€)	– 46	– 135	– 89
Ergebnis ESBUS (T€)	1	58	57

Ertragslage

Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2019 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 30,3 Mio. EUR abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverbesserung von 0,9 Mio. EUR. Davon resultieren insgesamt 2,2 Mio. EUR aus einem besseren Betriebsergebnis und – 1,3 Mio. EUR aus einem gegenläufigen Finanz- und Beteiligungsergebnis, wovon 1,0 Mio. EUR auf einen höheren Zinsaufwand aus den Pensionsverpflichtungen zurückzuführen sind. Aufgrund der Tarifierhöhung von nominal 2,7 % stiegen die Verkehrseinnahmen (Brutto) im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 Mio. EUR auf 65,8 Mio. EUR. Die Nebenerlöse, wie zum Beispiel Fahrzeugvermietungen, Sonderverkehre und Leistungen für andere Verkehrsunternehmen, lagen mit rund 5,6 Mio. EUR (Netto) unverändert auf dem Vorjahresniveau. Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen insgesamt um 3,7 Mio. EUR auf 6,0 Mio. EUR. Hierin enthalten sind Anlagenabgänge in Höhe von 1,5 Mio. EUR, wovon 1,3 Mio. EUR auf den Verkauf eines Wohngrundstücks und 0,2 Mio. EUR auf den Verkauf von Bussen entfallen. Des Weiteren sind im Wesentlichen Erträge aus Zuschüssen in Höhe von 1,3 Mio. EUR sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 2,7 Mio. EUR enthalten. Die Materialaufwendungen erhöhten sich um 2,3 Mio. EUR auf 51,4 Mio. EUR. Dies lag im Wesentlichen an den Kosten der Nachrüstung der Dieselbusse mit einem SCRT-Filter und an gestiegenen Fahrzeuganmietungen aufgrund von Preisanpassungen. Der Personalaufwand erhöhte sich ohne Altersversorgung insgesamt um 0,8 Mio. EUR. Neben der Tarifloohnerhöhung wirkte sich auch die durchschnittlich gestiegene Anzahl von Mitarbeiteräquivalenten von 537 auf 544 aus. Die Aufwendungen für Altersversorgung verringerten sich um 1,9 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 2,2 Mio. EUR. Dabei wirkt sich unter anderem der Rückgang aus der im Vorjahr noch zu berücksichtigenden Rückstellungszuführung aus Deputanten in Höhe von 0,8 Mio. EUR aus. Aufgrund eines tarifvertraglichen Abschlusses im Geschäftsjahr konnte der Rückstellungsposten in Höhe von 2,1 Mio. EUR mit Ausweis unter den sonstigen betrieblichen Erträgen insgesamt aufgelöst werden. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 10,4 Mio. EUR (Vorjahr: 8,5 Mio. EUR) sind neben dem üblichen Aufwand im Wesentlichen Versicherungsprämien in Höhe von 1,2 Mio. EUR (Vorjahr: 1,1 Mio. EUR), AVV-Umlagen in Höhe von 1,2 Mio. EUR (Vorjahr: 0,4 Mio. EUR) sowie konzerninterne Leistungen in Höhe von 3,0 Mio. EUR (Vorjahr: 3,0 Mio. EUR) enthalten. Die Verluste aus dem Abgang des Anlagevermögens betragen 0,2 Mio. EUR. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen enthalten im Wesentlichen die Gewinnabführung der APAG in Höhe von 1,7 Mio. EUR (Vorjahr: 2,1 Mio. EUR). Die Zinsaufwendungen erhöhten sich um 1,0 Mio. EUR auf 11,4 Mio. EUR und betreffen fast ausschließlich Zinsaufwendungen aufgrund der Zuführung aus Pensionsrückstellungen. Zwischen der ASEAG und der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen (E.V.A.) besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Aufgrund dieses Vertrages wird der Verlust der ASEAG von der E.V.A. ausgeglichen.

Finanzlage

Im Berichtsjahr belief sich das Finanzvolumen der ASEAG auf 17,3 Mio. EUR. Die Investitionen in Sachanlagen in Höhe von rund 15,1 Mio. EUR resultierten im Wesentlichen aus der Anschaffung von 17 Diesel-Gelenkbussen, 24 Diesel-Standardbussen und sieben Elektrobussen. Die Zunahme des Umlaufvermögens resultiert mit 1,9 Mio. EUR vornehmlich aus der Erhöhung der Forderungen aus

Lieferungen und Leistungen. Die Mittelherkunft erfolgte mit 6,7 Mio. EUR im Wesentlichen aus der Zunahme der langfristigen Pensionsrückstellungen, die neben der periodischen Zuführung in Höhe von 8,8 Mio. EUR eine Auflösung von Prozessrisiken in Höhe von 2,1 Mio. EUR beinhalten. Weitere 3,9 Mio. EUR standen aus Abschreibungen zur Verfügung. Die Abnahme der Finanzanlagen in Höhe von 4,8 Mio. EUR resultiert zum einen aus einem Rückgang der Bankguthaben in Höhe von 5,7 Mio. EUR und einer Erhöhung des Cash-Pool-Bestands gegen verbundene Unternehmen von rund 0,9 Mio. EUR.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum Bilanzstichtag 150,8 Mio. EUR und liegt um 8,2 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Das Finanzanlagevermögen bildet 29,8 % der Bilanzsumme und beinhaltet neben 9,0 Mio. EUR Ausleihungen an verbundene Unternehmen unter anderem mit 35,4 Mio. EUR den Beteiligungsbuchwert an der APAG. Der Anteil der immateriellen Vermögensgegenstände und des Sachanlagevermögens beträgt 23,5 % und besteht im Wesentlichen aus Fahrzeugen für Personenverkehr. Die Finanzanlagen betragen 19,7 % des Gesamtvermögens und resultieren unter anderem aus dem unter den Forderungen gegen verbundene Unternehmen ausgewiesenen Cash-Pool-Guthaben in Höhe von 14,3 Mio. EUR sowie aus Kassen- und Bankguthaben in Höhe von 15,4 Mio. EUR. Das übrige Umlaufvermögen besteht größtenteils aus dem Verlustausgleichsanspruch gegen die E.V.A. und beträgt 27,0 % der Bilanzsumme. Die Kapitalseite weist insgesamt 118,5 Mio. EUR mittel- und langfristige Mittel aus, die sowohl das Anlagevermögen als auch Teile des Umlaufvermögens langfristig abdecken. Die hauptsächlich aus Pensionsverpflichtungen resultierenden mittel- und langfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten betragen 78,6 % der Bilanzsumme. Der Anteil der kurzfristigen Zuschüsse, der Rückstellungen, der Verbindlichkeiten und des Rechnungsabgrenzungspostens beträgt 13,5 %, die Cash-Pool-Verbindlichkeiten 1,7 %, die Eigenkapitalquote beträgt 6,2 %.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f HGB zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

Der Aufsichtsrat der ASEAG hat in seiner Sitzung vom 21.06.2017 beschlossen, für den Aufsichtsrat eine Zielgröße von 16,67 % Frauenanteil für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 beizubehalten und für den Vorstand am Status Quo für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 festzuhalten. Weiter stimmte der Aufsichtsrat dem Beschluss des Vorstandes zu, für die 1. Führungsebene am Status Quo für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 festzuhalten und für die 2. Führungsebene den Status Quo von 0 % Frauenanteil mindestens beizubehalten und eine Quote von 12,5 % für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 anzustreben.

Prognosebericht

Nachdem die Vergaben an den Kreis Düren und Heinsberg 2019 rechtskräftig beendet werden konnten, ist die Neustrukturierung des Verkehrsmarktes im Verkehrsgebiet des Aachener Verkehrsbundes (AVV) vorerst abgeschlossen. Mit einem Leistungsvolumen von etwa 19 Mio. Nutzkilometern pro Jahr ist die ASEAG das größte Verkehrsunternehmen im Aachener Verkehrsbund

AVV. Dieses Leistungsvolumen darf über den Vergabezeitraum bis 2027 als gesichert angenommen werden. Für 2020 ist eine leichte Steigerung von etwa 0,25 Mio. Nutzkilometern geplant. Durch die 2019 verstärkt auftretende Diskussion um den Klimawandel und darum, welchen Beitrag der ÖPNV zur Reduzierung dieses Effektes beitragen kann, wird der Wunsch nach weiterer Verkehrsleistung im ÖPNV zunehmen. Darüber hinaus ist es weiterhin ein Ziel der ASEAG, die Vermarktung des ÖPNV auch im außerstädtischen Kernbereich voranzutreiben. Der Betrieb des NetLiners in Monschau und dessen Betriebsaufnahme im Aachener Süden verlaufen sehr erfolgreich. Nunmehr wird voraussichtlich in zwei weiteren Regionen in der StädteRegion im Rahmen eines Förderprojektes des Landes NRW diese Bedienform eingeführt. Die ASEAG hat im Herbst 2019 ihre „Vision 2027“ in die Diskussion eingebracht, die neben einem erheblichen Ausbau der Infrastruktur auch eine generelle Leistungsausweitung von etwa 30 % des heutigen Leistungsangebots beinhaltet. Die Diskussion hierüber ist zum Jahresbeginn 2020 vollumfänglich angelaufen und es ist zu erwarten, dass erste Leistungssteigerungen kurz- bis mittelfristig beschlossen werden. Nach einem dynamischen Personalaustauschprozess in den letzten Jahren zwischen ESBUS als Fahrbetriebstochter und der ASEAG wird für die kommenden Jahre ein leicht abgeschwächtes Fluktuationsniveau im Fahrdienst bei der ASEAG erwartet. Dies führt zur Zunahme der Verweilzeit der ESBUS-Mitarbeiter bei ESBUS, welche zu Hochzeiten bei unter fünf Jahren lag. Im Idealfall resultiert daraus eine Besetzung aller geplanten Stellen. In den übrigen Funktionsbereichen der ASEAG werden keine signifikanten Veränderungen erwartet, so dass insgesamt von einem Personalbestand von ca. 557 Mitarbeiteräquivalenten im Jahr 2020 ausgegangen wird. Dies ist gegenüber 2019 lediglich eine geringe Zunahme. Der Abgang älterer Mitarbeiter wird dabei durch die Gesetzgebung zur Rente mit 63 auch in den kommenden Jahren tendenziell beschleunigt. Der kostensenkenden Entwicklung durch den Personalabgang von Mitarbeitern mit weitreichenden Besitzstandswahrungen gegenüber Nebenbeschäftigten wirkt entgegen, dass die Gewerkschaften weiterhin hohe Tarifforderungen stellen. Darüber hinaus entstehen aufgrund der Schwierigkeiten in der Personalbeschaffung betriebliche Forderungen, die ebenfalls kostentreibend wirken. Insgesamt wird von Personalkosten in Höhe von rund 33,5 Mio. EUR ausgegangen. Hinzu kommen die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen, die aufgrund weiter fallender Zinsen auch 2020 das Ergebnis erheblich belasten werden. Der Tarifabschluss zwischen ver.di und dem NWO, dem Arbeitgeberverband der privaten Omnibusunternehmen in NRW, hat dazu geführt, dass faktisch aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG) keine Risiken mehr für die Vergabe an private Subunternehmen bestehen. Die Reduzierung des Kostenvorteils, den der private Tarif gegenüber dem kommunalen Spartentarif hat, setzt sich durch hohe Tarifabschlüsse und sich verändernde sonstige Arbeitsbedingungen bei den Subunternehmern weiter fort. Im Jahr 2019 konnten die Beförderungserlöse über das Niveau der durchschnittlichen AVV-Tarifierhöhung hinaus gesteigert werden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass insbesondere Produkte mit einer höheren Tarifergiebigkeit gut am Markt platziert werden konnten. Für 2020 geht die ASEAG von Beförderungserlösen in Höhe von 57,1 Mio. EUR aus. Welche Effekte die 2019 durchgeführte Verkehrserhebung haben wird, ist derzeit nicht qualifiziert zu beurteilen. In der Planung ist die im AVV beschlossene Preissteigerung von 1,95 % ohne weitere Mengeneffekte eingeflossen. Aufgrund der aktuellen Diskussionen, die zurzeit bezüglich der Rolle des ÖPNV in Deutschland geführt werden – insbesondere vor dem Hintergrund umweltpolitischer und sozialpolitischer Fragestellungen –, geht

die ASEAG zwischenzeitlich jedoch auch von einer zusätzlichen Nachfrage aus, ohne diese näher zu beziffern. Dabei wird es auch zu Tarifwanderungsbewegungen von relativ teuren Gelegenheitsnutzer-Produkten zu Stammnutzer-Produkten kommen, so dass hiermit nicht zwangsweise Mehrerlöse verbunden sind. Andere wichtige Erlöspositionen wie Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung (§ 11 a ÖPNVG NRW) und Schwerbehinderte (§ 228 ff. SGB IX) sowie Zuschüsse für das Mobilitätsticket (Sozialticket) werden als konstant angesehen. Für die Entwicklung der Dieselpreise ist ein Anstieg um ca. 10 % eingeflossen. Die Fahrgastanzahl ist 2019 im Stammgebiet erwartungsgemäß leicht angestiegen. Im Planungszeitraum erwartet die ASEAG auch nach Preisanpassungen in großen Teilen des Ticketsortiments ein moderates Fahrgastwachstum. Die Fahrgaststeigerungen des Jahrs 2019 sind zu großen Teilen aus einer erhöhten Nutzung durch Gelegenheitskunden und gleichzeitig steigenden Job-Ticket-Verkäufen zu erklären. Der Effekt bei den Gelegenheitskunden ist neben der Diskussion um den Klimawandel sicher auch auf die verstärkte Fahrscheinkontrolle durch die ASEAG zurückzuführen. Langfristig werden weitere positive Effekte auf die Fahrgastzahlen aus den mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2017 umgesetzten Maßnahmen erwartet. So wurden beispielsweise die Eifelgemeinden durch einen Halbstundentakt besser an das Oberzentrum Aachen angebunden und auch in einigen Bereichen der Stadt Aachen erfolgten Taktverdichtungen, die nunmehr unter dem Begriff „City-Takt“ vermarktet werden. Nachdem im Jahr 2019 das Ergebnis leicht besser als der Plan war, wird für das Geschäftsjahr 2020 ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 33,0 Mio. EUR gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan erwartet. Dabei wirken sich auch höhere Abschreibungen durch moderne Fahrgast-Informationsmedien (z.B. dynamische Fahrgast-Informationssäulen, Internet und App), zeitgemäße Vertriebsinfrastruktur (z.B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit moderne Antriebsformen (Euro-6- oder Elektrobusse) kostentreibend aus, ohne dass im verbliebenen Geschäft wesentliche Einsparungen generiert werden können. So hat die ASEAG zur Erhaltung des hohen technischen Stands der Busflotte im Jahr 2019 41 neue Dieselbusse (24 Solo- und 17 Gelenkbusse) und sieben E-Solobusse angeschafft. Im ersten Halbjahr 2020 stehen weitere 28 Dieselbusse zur Auslieferung an, bevor dann im zweiten Halbjahr zehn weitere E-Busse in Betrieb genommen werden sollen (fünf Solo- und fünf Gelenkbusse). Die Auslieferung von 14 weiteren Elektrobussen der Firma Sileo, die bereits vor einigen Jahren bestellt wurden, ist jedoch sehr unwahrscheinlich. Die Ergebnisabführung der APAG an die ASEAG liegt 2019 mit 1,7 Mio. EUR über Planniveau. Für die mittelfristige Zukunft erwartet die APAG weiterhin ein Ergebnis von leicht unter ca. 2 Mio. EUR, wobei eine erwartete Teilschließung des Parkhauses Rathaus das Ergebnis 2020 und 2021 erheblich zusätzlich belasten wird. Diese etwas moderatere Einschätzung der Ergebnissituation beruht im Wesentlichen darauf, dass umfangreiche Sanierungsarbeiten, insbesondere am Parkhaus Rathaus, aber auch in anderen Objekten entsprechend belastend auf das Ergebnis einwirken. Dabei kommt auch zum Tragen, dass Kosten für Betonarbeiten aufgrund der guten Auslastung der Unternehmen teilweise sich sehr volatil entwickeln. Nachdem es nach der Eröffnung des Aquis Plaza zu einer Neusortierung der Kundenströme im Parkbereich gekommen ist, wird nunmehr davon ausgegangen, dass dieser Vorgang weitestgehend abgeschlossen ist. Durch die für 2020 erwartete Schließung des Parkhauses Büchel wird der Prozess jedoch erneut angestoßen. Durch die Teilnahme am Förderprojekt „Mobility Broker“ hatte die ASEAG in 2017 die technische Basis geschaffen, um den Kunden ein multimodales Verkehrsangebot zu unterbreiten. Nach weiterem konsequenten

entwickeln dieser Mobilitätsplattform hat die ASEAG im Herbst 2019 unter dem Namen movA eine neue App am Markt platziert, über die auch der ÖPNV-Ticketverkauf ermöglicht wird. Gleichzeitig ist die Technologie die Basis, mit der die ASEAG die betriebliche Mobilität von Firmenkunden gestalten kann. Die IT-seitige Weiterentwicklung dieser Technologie erfolgt seit Oktober 2019 in der gemeinsam mit der regio IT gegründeten Better Mobility GmbH. Diese Gesellschaft wird die technische Lösung dann außerhalb der StädteRegion Aachen insbesondere anderen Verkehrsbetrieben zur Nutzung anbieten. Die Zielsetzung eines ökologisch hochwertigen ÖPNV mit möglichst geringen Zugangshemmnissen liegt somit weiterhin im Trend der Branche und wird auch politisch zunehmend als ein Lösungsbaustein bei der Bewältigung von umweltpolitischen Fragestellungen angesehen. Wie in der Vergangenheit auch, verfolgt die ASEAG insgesamt das Ziel, sich als kommunales Verkehrsunternehmen und zuverlässigen Dienstleister für Stadt und StädteRegion Aachen zu positionieren und zu einem umfassenden Mobilitätsdienstleister zu werden. Das seit Beginn des Geschäftsjahres 2020 in Deutschland auftretende Corona-Virus sorgt derzeit für zunehmende Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Deren Auswirkungen auf die ASEAG sind aktuell noch nicht final zu beurteilen und hängen von der Dauer des Ereignisses ab. Dabei sind Umsätze im Gelegenheitsverkehr und bei kurzfristig zu nutzenden Zeitkarten besonders gefährdet. Die monatlichen Umsätze in diesem Bereich liegen insgesamt bei gut 2 Mio. EUR.

Chancen- und Risikobericht

Unternehmerisches Handeln ist stets mit Chancen und Risiken verbunden. Aufgabe des Risikomanagements ist es, Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu analysieren, zu bewerten und zu dokumentieren. Darauf basierend werden Maßnahmen zur Steuerung, Begrenzung und Minimierung der Risiken ergriffen. In die Analysen fließen die denkbaren externen Marktrisiken, operative Betriebsrisiken sowie finanzwirtschaftliche Risiken mit ein. Um dies sicherzustellen, ist das Chancen- und Risikomanagementsystem konsequent in die bestehenden Steuerungs- und Controlling-Prozesse integriert. Im Rahmen der Unternehmenssteuerung werden allgemeine Markt- und Erlörisiken im Zuge der Überwachung der Entwicklung von Erlösen, Mengen und Kosten in der Planung, der Vorhersage für das Jahresergebnis und im Berichtswesen erfasst und gesteuert. Zusätzlich ist ein Risikomanagementsystem im Sinne von § 91 Abs. 2 AktG auf der Ebene der Konzernmutter implementiert, in das die ASEAG integriert ist und das alle weiteren Risiken erfasst. Berichte zum Risikomanagement erfolgen unmittelbar an den Vorstand. Darüber hinaus fungieren die interne Revision und der Abschlussprüfer bei der Jahresabschlussprüfung als unabhängige Kontrollinstanzen. Zum 1. Januar 2010 ist eine konzernweite Unternehmensverfassung in Kraft getreten. Diese sieht u. a. Regelungen zum Wettbewerbsrecht, zur Antikorruption, zur Vermeidung von Interessenkonflikten, zum Datenschutz und zur Umsetzung der Verfassung vor. Wie in den Vorjahren wurden auch im Geschäftsjahr 2019 in allen Unternehmensbereichen regelmäßig systematische und vollständige Risikoerhebungen vorgenommen. Im Rahmen der halbjährlichen Aktualisierung bzw. Überprüfung wurden alle wesentlichen Risiken identifiziert, analysiert, bewertet und dokumentiert, und zwar nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit. Aktuelle Zinsprognosen, die einen stark absinkenden Abzinsungssatz für die Bewertung der Pensionsrückstellungen beinhalten, sind in die mittelfristige Wirtschaftsplanung eingeflossen. Dabei ist die im 1. Quartal 2016 eingetretene Umstellung zur Ermittlung des Abzinsungssatzes vom 7-

Jahres-Durchschnitt auf einen 10-Jahres-Durchschnitt in der Zinsprognose berücksichtigt. Obwohl diese Planungsprämissen in der Mittelfristplanung gewürdigt wurden, kann es in den Folgejahren dennoch durch sich weiter verändernde Rahmenparameter (Zinssätze/-prognosen, Tarifabschlüsse) weiterhin zu erheblichen Belastungen des Ergebnisses durch Anpassungen der Pensionsrückstellungen kommen. Eine diesbezügliche bilanzielle Vorsorge ist handelsrechtlich nicht möglich, wurde jedoch nach aktuellem Kenntnisstand (Zinsprognosen) in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung berücksichtigt. Im Hinblick auf den nach Art. 67 (1) Satz 1 EGHGB (BilMoG) über einen Zeitraum von maximal 15 Jahren zu bildenden Rückstellungsanteil, der sich aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen im Jahr 2010 ergeben hatte, besteht kein Risiko mehr, da dieser Zuführungsprozess 2017 vorzeitig abgeschlossen wurde. Um insgesamt die Abhängigkeit von der Zinsentwicklung der Pensionsrückstellungen zu reduzieren, hat die ASEAG den Durchführungsweg für neu zu schaffende Altersversorgung 2016 geändert. Die Durchführung durch die Unterstützungskasse Akreka GmbH ermöglicht eine andere bilanzielle Darstellungsweise, ohne dass jedoch die letztendlich zu zahlende Altersversorgung in der Höhe dadurch beeinflusst wird. Zum Bilanzstichtag waren 90 Mitarbeiter diesem Durchführungsweg der Altersversorgung zugeordnet. Zusätzlich zu den Rückstellungen für die Altersvorsorge hat die ASEAG aufgrund eines Rechtsstreits bezüglich der rechtssicheren Abschaffung der Freifahrten für „Neurentner“ im Jahr 2017 eine Rückstellung gebildet. Nachdem das Gerichtsverfahren bereits 2018 gewonnen wurde, bestand zur finalen rechtlichen Absicherung noch die Notwendigkeit, die bisherige Betriebsvereinbarung auf Tarifvertragsniveau anzuheben. Dies ist 2019 erfolgt, so dass die diesbezügliche Rückstellung aufgelöst werden konnte. Der Bestandsschutz für die von der ASEAG erbrachten Verkehrsleistungen besteht durch die bis einschließlich 2027 laufende Direktvergabe nach EU-V01370/2007 der Stadt Aachen an die ASEAG, die auch die Leistungen der StädteRegion Aachen beinhaltet. Dies ändert sich aufgrund des Bestandsschutzes auch nicht dadurch, dass nach aktueller Rechtsprechung eine Inhouse-Vergabe nach § 108 GWB einschlägig gewesen wäre. Eine gegebenenfalls stattfindende anschließende Betrauung ab 2028 müsste jedoch auf der Rechtsgrundlage des § 108 GWB erfolgen. Die Erfüllung dieser gesetzlichen Anforderungen wurde bereits bei der aktuell laufenden Betrauung parallel geprüft, so dass auch bei verändernder Rechtsgrundlage kein Risiko besteht, sofern der politische Wille gegeben ist. Nachdem aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz (TVgG-NRW) kein unmittelbares Risiko für die Vergabe von Leistungen an Subunternehmer mehr besteht, verbleibt das Risiko eines schleichenden, überproportionalen Kostenanstiegs in diesem Bereich, da der Tarifvertragspartner des Verbandes Nordrhein-Westfälischer Omnibusunternehmen e.V. nunmehr die Gewerkschaft ver.di ist, der im Vergleich zum bisherigen Tarifvertragspartner „Christliche Gewerkschaft GÖD“ im Rahmen von Tarifverhandlungen sicher als durchsetzungsstärker einzustufen ist. Die aktuellen Schwierigkeiten aller Verkehrsunternehmen bei der Personalbeschaffung verstärken diesen Effekt sicher noch. Aufgrund der Entwicklung der Ergebnisse aus der Beteiligung an der Aachener Parkhaus GmbH (APAG) wird derzeit das Risiko einer erneuten Anpassung des Beteiligungswertes als eher gering angesehen. Deutlich rückläufige Ergebnisse in Jahren bis 2012 hatten im Jahresabschluss 2012 zu einer Korrektur des Beteiligungswertes geführt. Seitdem ist es der Geschäftsführung gelungen, die Ergebnisse zu stabilisieren, auch wenn zunehmende Instandhaltungsaufwendungen eine neue Herausforderung darstellen. Da Schwankungen in der Auslastung der Parkhäuser aufgrund der eher

geringen variablen Kostenanteile sich direkt in der Ergebnissituation widerspiegeln, gilt es das Bewertungsrisiko der Beteiligung stets zu überwachen – das derzeitige niedrige Zinsniveau trägt dabei sicher ebenfalls zur Werthaltigkeit der Beteiligung bei. Weitere wesentliche Risiken ergaben sich aus Umweltbelangen, die es erforderlich machen, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Nach den ersten Anzeichen im 2014, dass es zur Einführung einer Umweltzone in Aachen kommen wird, wurde nunmehr im Februar 2016 in Aachen und im Juni 2016 in Eschweiler eine Umweltzone eingeführt. Weitere Verschärfungen resultieren aus den Anforderungen des Luftreinhalteplans der Stadt Aachen, der im Jahr 2018 zu einem veränderten Nahverkehrsplan mit höheren Anforderungen zur Abgasreduzierung an die Fahrzeugflotte führte. Ob die inzwischen gemeinsam mit dem Gesellschafter Stadt Aachen überwiegend bereits umgesetzten Maßnahmen ausreichen (SCRT-Filter, vorgezogene Neubeschaffung u. ä.), um Dieselfahrverbote zu verhindern, die aus einem laufenden Gerichtsverfahren der Stadt Aachen resultieren könnten, ist derzeit nicht final zu beantworten. Maßnahmen zur Reduzierung von Stickoxiden, werden aktuell stark gefördert und die ASEAG nutzt diese Förderprogramme, um Kostenbelastungen für Stadt und ASEAG zu minimieren. Auch wenn sich die Zuschusssituation gemäß der aktuellen Rechtslage im Bereich der Schülerbeförderung verbessert hat, bleibt ein wesentliches Risiko der ASEAG weiterhin die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln. Diese unterliegen in der Regel auch keiner Dynamisierung und zwingen die ASEAG, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete Maßnahmen zu kompensieren. Die Zuschusssituation für die Beförderung von Schwerbehinderten scheint derzeit auf niedrigem Niveau stabil. Die Zuschusssituation beim Mobil-Ticket hat sich gegenüber den Vorjahren aufgrund der Stabilisierung der Verkaufszahlen ebenfalls gefestigt. Die Zuschüsse je Ticket sind bei einem aufgrund der politischen Komponente dieses Tickets (i. w. Empfänger von staatlichen Leistungen) preislich nur schwer zu entwickelndem Ticket jedoch als zu gering anzusehen. Die fehlende gesetzliche Verankerung der Ausgleichszahlungen hat zur Folge, dass die Mittel jährlich erneut im Rahmen der Haushaltsplanung des Landes NRW zur Disposition stehen. Die weitere Entwicklung dieser Zuschüsse bleibt vorerst formal offen. Die Verkehrsverbünde gehen derzeit davon aus, dass es aufgrund starker Gegenbewegungen seitens unterschiedlicher Interessenvertreter innerhalb dieser Legislaturperiode in NRW keinen erneuten Versuch zur Mittelkürzung durch die Landesregierung geben wird. Mit dem NRWupgrade Azubi ist eine weitere Ticketart entstanden, die seitens des Landes NRW bezuschusst wird. Das Volumen ist von untergeordneter Bedeutung, zeigt jedoch, dass der Trend zu politisch motivierten Tickets weiter zunimmt. Mit dieser Entwicklung geht eine zunehmende Abhängigkeit der Verkehrsunternehmen einher. Einnahmenseitig besteht das Risiko, dass sich das Kundenverhalten ändert und beispielsweise Kunden mit einer netzweit gültigen Fahrkarte mehr als bisher das vorhandene Leistungsangebot anderer Verkehrsunternehmen im Aachener Verkehrsverbund (AVV) nutzen. Durch solche Veränderungen kann es im Rahmen der Anpassung der Einnahmenaufteilung infolge von Verkehrserhebungen bei unveränderten Gesamteinnahmen im AVV zu veränderten Einnahmenezuteilungen zwischen den einzelnen Verkehrsunternehmen kommen. Im Jahr 2019 wurde eine erneute Fahrgasterhebung zum Nutzverhalten vorgenommen, deren Ergebnisse noch ausstehen. Weiterhin besteht ein wesentliches Risiko durch eine zunehmende Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter, die insbesondere nicht mehr im Fahrdienst eingesetzt werden können. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine operativen

Risiken bekannt, die zu einer Gefährdung einzelner Betriebsbereiche oder des gesamten Unternehmens führen könnten. Nach Überprüfung der Risikosituation kommen wir zu dem Ergebnis, dass wir ausreichend versichert sind und genügend bilanzielle Vorsorge getroffen haben. Aufgrund der Betrauung bis 2027 der Stadt Aachen bzw. der StädteRegion Aachen ist der Fortbestand der ASEAG in Verbindung mit der Satzung des Aachener Verkehrsverbunds gesichert. Derzeit nutzen die beiden Aufgabenträger den Ergebnisabführungsvertrag zwischen E.V.A. und ASEAG, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Sollte der Ausgleich gefährdet sein, ist die Geschäftsführung der E.V.A. gefordert, Maßnahmen zur Sicherstellung der Refinanzierung des ÖPNV, z. B. unter Berufung auf den satzungsgemäßen Ausgleich im AVV, einzuleiten. Vor diesem Hintergrund hat sich die E.V.A. in 2016 mit der Stadt Aachen auf ein Finanzierungskonzept für die nächsten Jahre verständigt. Insgesamt wird gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan mit einem negativen Planergebnis für 2020 vor Verlustübernahme i. H. v. 33,0 Mio. EUR gerechnet, welches bei Eintritt, insbesondere aufgrund der temporär erhöhten Belastung aus der Neubildung von Pensionsrückstellung, weiterhin als sehr kritisch angesehen wird.

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben sowie der öffentliche Nahverkehr, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen, die Erbringung von Dienstleistungen in den vorgenannten Bereichen und damit zusammenhängende Tätigkeiten sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen zur Deckung des Eigenbedarfs ihrer kommunaler Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten. Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft. Sie hat die Aufgabe, nach Maßgabe abzuschließender Unternehmensverträge (§ 291 AktG) die Leitung der Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG), und der Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft (ASEAG) zu übernehmen sowie den Gewinn- und Verlustausgleich für diese Gesellschaften vorzunehmen. Sie kann weitere Beteiligungen halten und auch gegenüber weiteren Unternehmen der Stadt Aachen als geschäftsführende Holding tätig werden.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung besteht aus bis zu vier Geschäftsführern, von denen einer dem Vorstand der STAWAG und einer dem Vorstand der ASEAG angehören muss. Der dritte Geschäftsführer wird von der Stadt Aachen vorgeschlagen. Der vierte Geschäftsführer wird von der StädteRegion Aachen vorgeschlagen.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. Zehn der Aufsichtsratsmitglieder werden von den Gesellschaftern nach Maßgabe der folgenden Regelungen bestimmt, fünf von den Arbeitnehmern nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes gewählt. Zwei der Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschafter werden von der Stadt Aachen und ein Aufsichtsratsmitglied vom Städteregion Aachen in den Aufsichtsrat entsandt. Eines der von der Stadt Aachen entsandten Mitglieder ist der Oberbürgermeister oder ein von ihm benannter Vertreter. Die StädteRegion Aachen entsendet den Städteregionsrat oder einen vom Städteregionsrat benannten Vertreter. Die übrigen Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft werden von der Gesellschafterversammlung gewählt.

Gesellschaftervertreter:

Der Vertreter der StädteRegion Aachen wird vom Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Michael Carmincke
Dr. Christian Becker

Vertretung der StädteRegion im Aufsichtsrat

Dr. Tim Grüttemeier Städteregionsrat

Vertretung der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Willi Bündgens Städteregionstagsmitglied
Stellvertretung: Peter Timmermanns Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52068 Aachen

gezeichnetes Kapital: 14.049.880,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Stadt Aachen	14.048.840	99,99
StädteRegion Aachen	<u>1.040</u>	<u>0,01</u>
	14.049.880	100,00

Beteiligungen :	Eigenkapital in T€	Anteil in %
STAWAG	173.108	100,00
ASEAG	9.332	94,90
regio iT Aachen	4.523	48,5

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2017	2018	2019
	– in T€ –	– in T€ –	– in T€ –
A. Anlagevermögen	57.217	56.960	56.942
I. Imm. Vermögensgegenst.	568	260	119
II. Sachanlagen	111	163	286
III. Finanzanlagen	56.537	56.537	56.537
B. Umlaufvermögen	44.318	53.266	63.750
I. Forderungen / sonst. VG	30.476	38.461	48.812

II. Kassenbestand, Guthaben	138	14.805	14.938
C. RAP	3	5	2
Bilanzsumme Aktiva	101.538	110.230	120.694
A. Eigenkapital	20.019	20.316	20.667
I. Gezeichnetes Kapital	14.050	14.050	14.050
II. Kapitalrücklage	43.753	43.753	43.753
III. Verlustvortrag	-39.751	-37.783	-37.487
IV. Jahresüberschuss	1.967	296	351
B. Rückstellungen	2.297	3.030	12.291
C. Verbindlichkeiten	79.220	86.884	87.736
Bilanzsumme Passiva	101.538	110.230	120.694

	2017	2018	2019
Gewinn- und Verlustrechnung:	- in T€ -	- in T€ -	- in T€ -
Umsatzerlöse	16.597	14.838	15.303
Materialaufwand	3.070	3.249	3.216
Personalaufwand	9.639	8.985	9.329
Aufwendungen Verlustübernahme	27.299	31.176	30.344
Sonst. betriebl. Aufwendungen	2.560	2.299	2.496
Jahresüberschuss n. Steuern	1.968	296	351

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand	2017	2018	2019
	130	122	121
Leistungsindikatoren	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	19,7	18,4	17,1
Umsatzrentabilität	11,9	2,0	k.A.
Eigenkapitalrentabilität	9,8	1,5	k.A.

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Der sich aus dem Jahresabschluss ergebende Gewinn fließt der Stadt Aachen zu. Die Stadt ist verpflichtet, eventuelle Verluste jährlich abzudecken. Der anteilige Verlust der StädteRegion Aachen an der ASEAG für erbrachte Nahverkehrsleistungen wird auf Basis einer Konsortialvereinbarung zwischen Städteregion und Stadt Aachen gesondert abgerechnet. Zwischen der E.V.A. als

Holdinggesellschaft und ihren Tochtergesellschaften ASEAG und regio iT bestehen vielfältige Leistungsbeziehungen.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen, (E.V.A.) ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig. Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG, Aachen, (ASEAG) und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG), die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen. Im Laufe der langjährigen Geschichte der ASEAG haben sich die Schwerpunkte innerhalb des satzungsgemäßen Geschäftsmodells verschoben, sodass derzeit

- der Betrieb von Omnibuslinien zur Personenbeförderung in der Region Aachen
- der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen und
- die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte

im unmittelbaren Fokus der Geschäftstätigkeit liegen. Dabei werden sämtliche Aktivitäten im Hinblick auf den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen durch die 100-prozentige Tochtergesellschaft Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG) wahrgenommen. Alternative Mobilitätskonzepte werden im Hause der ASEAG entwickelt. Dabei wird softwareseitig auf eine IT-Lösung der Better Mobility GmbH, Aachen, (Better Mobility) zurückgegriffen. Die Gesellschaft wurde 2019 gemeinsam mit der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH, Aachen, (regio iT) gegründet und soll die gemeinschaftliche entwickelte Mobilitätsplattform „Mobility Broker“ technologisch fortentwickeln und überregional als IT-Lösung vermarkten. Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG bis zum Jahr 2027, die durch ihre Aufgabenträger Stadt Aachen und StädteRegion Aachen im April 2017 erfolgt ist, ist eine gute Basis geschaffen worden, um den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden. Die STAWAG ist der Dienstleister rund um Energie und Wasser in Aachen. Kernaufgabe des Unternehmens ist die zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Versorgung der Aachener Bürgerinnen und Bürger mit Strom, Gas, Wasser und Wärme. Darüber hinaus bietet die STAWAG ihren Kunden in den Segmenten Haushalt, Gewerbe und Industrie umfassende Beratungs- und Serviceleistungen zum umweltschonenden und effizienten Einsatz von Energie. Die Tochtergesellschaft der STAWAG sind verantwortlich für den Betrieb und die Unterhaltung der Versorgungsnetze (Regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz)) sowie der städtischen Abwasserkanäle (STAWAG Abwasser GmbH, Aachen, (STAWAG Abwasser)) und für den zukunftsweisenden Ausbau der Eigenerzeugung, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien (STWAG Energie GmbH, Aachen (STAWAG Energie)). Darüber hinaus werden für lokal und bundesweit agierende Vertriebe, wie auch für Verteilnetzbetreiber, effiziente Kundenservice-, Markt- und Abrechnungsprozesse modular im Kundenzuschnitt

angeboten (FACTOR Billing Solutions GmbH, Aachen, (FACTOR)). Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2017 hat die E.V.A. Geschäftsanteile der regio iT im Umfang von 10,77 Prozent an die Stadt Aachen veräußert. Damit ist die E.V.A. nun mit 48,5 Prozent an der regio iT beteiligt. Zum 1. Januar 2020 hat die regio iT den IT-Geschäftsbetrieb des Civitec Zweckverbandes für kommunale Informationstechnik, Siegburg, (Civitec) im Wege eines Asset-Deals erworben. Die regio iT firmiert weiterhin unter dem am Markt etablierten Namen. Civitec war als strategischer Partner und Kunde bereits bisher mit 1 Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT beteiligt, stockt im Gegenzug seine Anteile an der regio iT auf 18 Prozent der Geschäftsanteile auf. Drei Prozent der Anteile erfolgen durch den Verkauf von Anteilen der E.V.A. an Civitec. Der Vertrag wurde am Freitag, dem 20. Dezember 2019, in Aachen notariell beurkundet. Die E.V.A. wird demnach zum 1. Januar 2020 durch den Asset-Deal und den Verkauf der Anteile noch 38,64 Prozent Geschäftsanteile der regio iT halten. Die E.V.A. hält 5,9 Prozent der Geschäftsanteile an der gewoge AG, Aachen, (gewoge). Gemäß Gesellschaftsvertrag der E.V.A. besteht für die Stadt Aachen eine Ausgleichspflicht, um eine bilanzielle Überschuldung der Gesellschaft zu vermeiden und den wirtschaftlichen Fortbestand der Gesellschaft zu sichern. Die Stadt Aachen verpflichtet sich, einen Verlustausgleich zu leisten, wenn das handelsbilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft gemäß § 266 Abs. 3 A HGB die Hälfte des Stammkapitals unterschreitet. Die Summe der jährlich auszugleichenden Beträge soll 70 Mio. Euro nicht überschreiten. Zur Stärkung des Eigenkapitals hat die Stadt Aachen für 2019 12,1 Mio. Euro den Kapitalrücklagen zugeführt. Das Dienstleistungsgeschäft basiert auf den mit den Konzerngesellschaften abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen.

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

Die E.V.A. erzielte für das Geschäftsjahr 2019 ein positives Betriebsergebnis (0,2 Mio. Euro). Das operative Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. liegt damit deutlich über dem Planwert von -0,3 Mio. Euro. Die Gesamtleistung übertrifft mit 15,5 Mio. Euro den Planansatz von 15 Mio. Euro um 0,4 Mio. Euro. Dies resultiert aus höheren Umsatzerlösen aus Dienstleistungen und aus ungeplanten sonstigen betrieblichen Erträgen. Der Gesamtaufwand fällt in 2019 mit -15,2 Mio. Euro um 0,1 Mio. Euro geringer aus als geplant. Insofern führen geringere Aufwendungen und höhere Umsatzerlöse zu dem leicht positiven Betriebsergebnis. Das Betriebsergebnis überschreitet das Vorjahresergebnis um 0,2 Mio. Euro.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Beteiligungsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter

Die Umsatzerlöse aus dem operativen Geschäft der E.V.A. überstiegen mit 15,3 Mio. Euro den Planwert um rund 0,3 Mio. Euro. Sie bestanden aus Erlösen für kaufmännische Dienstleistungen und für Gebäudedienstleistungen in Höhe von 12,4 Mio. Euro (Plan: 12,1 Mio. Euro) und aus Weiterberechnungen an Konzerngesellschaften in Höhe von 2,9 Mio. Euro (Plan: 2,9 Mio. Euro), insbesondere aus weiterberechneten EDV-Kosten von 1,9 Mio. Euro sowie aus Beratungsaufwendungen in Höhe von 1 Mio. Euro.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen 164 TEuro (Plan: 0 Mio. Euro). Diese beinhalten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (116 TEuro), Erträge aus Erstattungen von Lohnfortzahlungen durch die Krankenkassen (32,9 TEuro) sowie sonstige Erträge.

Die Gesamtaufwendungen unterschritten mit 15,2 Mio. Euro den Ansatz aus der Wirtschaftsplanung (15,3 Mio. Euro) um 0,1 Mio. Euro.

- Der Materialaufwand lag um 0,2 Mio. Euro niedriger als geplant (Plan 3,4 Mio. Euro). Begründet war das durch geplante, aber nicht in Anspruch genommene Fremdleistungen im Center Recht und Versicherungen sowie geringere Fremdleistungen der regio iT im Verwaltungsbereich der E.V.A.
- Der Personalaufwand lag mit 9,3 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro unter dem Plan. Ursächlich hierfür war insbesondere ein um 4,2 Mitarbeiteräquivalente (MAÄ) niedrigerer Personalbestand gegenüber dem Plan (115 MAÄ).
- Die Abschreibungen lagen mit 0,2 Mio. Euro auf Planniveau.
- Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen fielen mit 2,5 Mio. Euro um 0,3 Mio. Euro höher aus als angenommen. Höhere Aufwendungen ergeben sich insbesondere bei den Beratungs- und den Rechtskosten (0,2 Mio. Euro für die Projekte „Optimierung kfm. Organisation“ und „Analyse Digitalisierung Prozesse E.V.A.“) und den Gerichtskosten. Bei den Gerichtskosten handelt es sich insbesondere um eine gebildete Rückstellung für ein steuerliches Prozessrisiko mit dem Finanzamt aus einem Vorgang des Jahres 2000.
- Nach wie vor bestanden in den Dienstleistungszentren Konzernfinanz-/Rechnungswesen- und Controlling und im Personalwesen durch die Netzkooperation bewertete freie Mitarbeiterkapazitäten, denen keine entsprechenden Dienstleistungsumsätze gegenüberstanden. Gegenüber der Planung reduzierten sich die nicht verrechenbaren Kapazitäten im Geschäftsjahr 2019 um rund 1.800 Stunden, da ein rückläufiger Mitarbeiterbestand im Bereich Personalwesen von 0,7 MAÄ sowie im Bereich Konzernfinanz-/Rechnungswesen und Controlling von 1 MAÄ zu verzeichnen ist. Insgesamt liegt das Betriebsergebnis infolgedessen um rund 0,2 Mio. Euro höher als angenommen.

Insgesamt erzielte die E.V.A. für das Geschäftsjahr 2018 ein leicht positives Betriebsergebnis in Höhe von 0,2 Mio. Euro. Das operative Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. lag damit deutlich über dem Planwert von -0,3 Mio. Euro. Das Gesamtergebnis der E.V.A. wurde wesentlich geprägt durch die Gewinnabführung bzw. durch die Verlustübernahme von der STAWAG und von der ASEAG sowie durch die Beteiligungsergebnisse der regio iT und der gewoge. Die E.V.A. weist für 2019 ein Beteiligungsergebnis von 3 Mio. Euro (Plan: -7,6 Mio. Euro) aus. Ursächlich für die positive Planabweichung war der Ergebnisbeitrag der STAWAG, der mit 32 Mio. Euro den Plan um 10,3 Mio. Euro überschreitet. Der Ergebnisbeitrag der gewoge lag mit 0,2 Mio. Euro auf Planniveau.

Der Verlust der **ASEAG** für das Geschäftsjahr 2019 fällt mit –30,3 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro niedriger als geplant (–30,5 Mio. Euro) aus. Die Abweichungen ergaben sich im Wesentlichen aus folgenden Effekten:

Die Umsatzerlöse fielen insgesamt um 1,5 Mio. Euro höher aus. Neben einer Steigerung der Verkehrserlöse um 0,3 Mio. Euro lag dies vor allem an höheren Nebenerlösen wie zum Beispiel Zuschüssen für Schülerbeförderung, Sonderverkehren und Leistungen für andere Verkehrsunternehmen. Aus sonstigen Erträgen ergaben sich positive Ergebniseffekte in Höhe von 1,7 Mio. Euro. Davon betreffen 0,5 Mio. Euro Zuschüsse für die Umrüstung der Busse mit SCRT-Abgasfiltern, 0,8 Mio. Euro weitergeleitete Zuschüsse der Stadt Aachen aus der ÖPNV-Pauschale sowie 0,9 Mio. Euro die Auflösung von Rückstellungen. Gegenläufig sind mit 0,7 Mio. Euro die Erträge aus Anlagenabgängen. Die Materialaufwendungen stiegen um 1,4 Mio. Euro gegenüber dem Planansatz. Hiervon stiegen die Aufwendungen für Fahrzeuganmietungen insgesamt um rund 0,4 Mio. Euro, und die Kosten für die Umrüstung auf SCRT-Abgasfiltern betrugen rund 1,2 Mio. Euro. Andere Instandsetzungen der Busse reduzierten sich dagegen um 0,2 Mio. Euro. Die Kosten für den Personaleinsatz lagen bei der ASEAG mit –30,1 Mio. Euro unter Planniveau (–31 Mio. Euro). Bei einer Erreichung der geplanten Mitarbeiteranzahl ist dies im Wesentlichen auf eine geringere Anzahl von Kurzarbeitsfällen und auf eine steigende Anzahl von Langzeitarbeitsfällen zurückzuführen. Die Kosten der Fahreranmietung von ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH, Eschweiler, (ESBUS) lagen mit –6 Mio. Euro lediglich geringfügig über dem Planniveau von –5,9 Mio. Euro. Die Aufwendungen für Altersversorgung lagen inklusive Zinsanteil um 2,2 Mio. EUR über dem Planansatz. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf den veränderten Zinssatz zum Bilanzstichtag zurückzuführen, der zu einem höheren Zinsaufwand von rund 1,6 Mio. Euro geführt hat. Die Rückstellung, mit der im Jahresabschluss 2017 ein Arbeitsgerichtsprozess bzgl. der Gewährung von Freifahrten für „Neurentner“ berücksichtigt worden war, konnte im laufenden Geschäftsjahr aufgrund einer arbeitsvertraglichen Regelung in Höhe von 2,1 Mio. Euro aufgelöst werden. Aufgrund von Investitionsverschiebungen lagen die Abschreibungen um 0,6 Mio. Euro unterhalb der Planannahme. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit –10,4 Mio. Euro um insgesamt 1,4 Mio. Euro über dem Planansatz. Kostentreiber waren im Wesentlichen höhere Umlagen beim Aachener Verkehrsverbund (AVV) (0,9 Mio. Euro), höhere EDV-Kosten (0,2 Mio. Euro) und höhere Werbekosten (0,2 Mio. Euro) als geplant. Der Verlust der ASEAG in Höhe von –30,3 Mio. Euro enthält auch die Gewinnabführung der APAG für 2019 in Höhe von 1,7 Mio. Euro. Damit lag die Gewinnabführung der APAG um 0,5 Mio. Euro über Planniveau (1,2 Mio. Euro). Wesentliche Ursache hierfür ist die erneute Verschiebung der Sanierung des Parkhauses Rathaus. Die niedrigen Strombörsenpreise belasten auch im Geschäftsjahr 2019 die operative Ergebnissituation des konventionellen Erzeugungsbereichs der **STAWAG**. Am Trianel Kraftwerk Lünen, das im Jahr 2013 mit einer Nennleistung von 750 Megawatt in Betrieb genommen wurde, ist die STAWAG mit 8,45 Prozent beteiligt. Die erzielbaren Erzeugungskostenspreads reichen jedoch nicht aus, um die Betriebs- und Finanzierungskosten des Kraftwerkes zu decken. Im Zuge einer jährlich vorzunehmenden Neubewertung der bei der STAWAG bereits bilanzierten Drohverlustrückstellung für den Kraftwerksbetrieb Lünen hat die STAWAG ihre Drohverlustrückstellung zum 31. Dezember 2019 auf Basis einer aktuellen Markteinschätzung gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Mio. Euro auf 33,6 Mio. Euro erhöht. Vor dem Hintergrund des geplanten Kohleausstiegs geht die STAWAG überdies davon aus, dass das Steinkohlekraftwerk Lünen

deutlich vor 2038, möglicherweise bereits 2030 und damit vor dem regulären Abschreibungszeitraum, zwangsweise entschädigungslos stillgelegt werden könnte und das Eigenkapital insofern nicht mehr in vollem Umfang an die Gesellschafter zurückgeführt werden kann. Auf Basis einer vor diesem Hintergrund vorgenommenen Risikobewertung hat die STAWAG zum 31. Dezember 2019 eine außerordentliche Abschreibung in Höhe von 6,6 Mio. Euro bzw. rund 50 Prozent auf ihren Beteiligungsbuchwert an der Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG, Lünen, (TKL) vorgenommen. Neben der 16,9-prozentigen Beteiligung an der Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG, (TGH), die aufgrund der zentralen Bewirtschaftung des Gaskraftwerks als reine Finanzbeteiligung fungiert, ist die STAWAG mit einem Gesellschaftsanteil von 13,7 Prozent auch an der TGE beteiligt. Aufgrund von anhaltenden witterungsbedingt geringen Preisvolatilitäten und einer zunehmend hohen Verfügbarkeit von LNG-Importen ist der Speicherbetrieb auch im Geschäftsjahr 2019 defizitär. Durch eine Verschiebung von Vermarktungsgeschäften vom vierten Quartal 2019 auf das erste Quartal 2020 wurde die erstmalig zum 31. Dezember 2018 gebildete Drohverlustrückstellung für den defizitären Speicherbetrieb um 1,2 Mio. Euro auf rund 6,2 Mio. Euro reduziert. Im Dezember 2018 hat die STAWAG das Blockheizkraftwerk (BHKW) Campus Melaten mit einer elektrischen und thermischen Leistung von jeweils 10 Megawatt in Betrieb genommen. Neben acht weiteren BHKW, die die STAWAG betreibt, trägt die neue Anlage dazu bei, den wachsenden Energiebedarf am Hochschülerweiterungsstandort Aachen möglichst umweltfreundlich zu decken. Darüber hinaus hat die STAWAG im Rahmen einer KWK-Ausschreibung den Zuschlag für den Bau eines weiteren BHKW am Schwarzen Weg in Aachen mit einer Leistung von bis zu 22 Megawatt KWK-Anlage (Kraft-Wärme-Kopplung) erhalten. Mit dem für Ende 2020 vorgesehenen Baubeginn des BHKW wurden insofern die ersten Weichen gestellt, die Fernwärme schrittweise zu ersetzen, die bislang durch die Wärmeauskopplung aus dem Braunkohlekraftwerk Weisweiler sichergestellt ist. Im Vertriebsbereich sind die Verkaufsmengen in der Stromsparte 2019 gegenüber dem Vorjahr um rund 83 Gigawattstunden gesunken. Dabei ist der Absatz im Tarifikundensegment um lediglich 4,6 Gigawattstunden zurückgegangen, während der größte Teil der Abweichung aus rückläufigen Absatzmengen an Großkunden resultiert. In der vertrieblichen Gassparte konnte der Absatz an Tarifikunden gegenüber dem Vorjahr konstant gehalten werden, da die Kundenverluste durch die kühlere Witterung kompensiert wurden. Der Absatzrückgang in Höhe von 107 Gigawattstunden resultiert außer aus den Entwicklungen im Sonderkundengeschäft auch aus einem rückläufigen Absatz an die Wärmesparte. Zum ersten Mal seit acht Jahren hat die STAWAG zum 1. Oktober 2019 – wie viele andere Energieversorger auch – ihre Gaspreise aufgrund deutlich gestiegener Bezugskosten und höherer Netzentgelte erhöht. Im Rahmen der Zusammenführung der beiden ehemaligen Netzbetreiber INFRAWEST und regionetz GmbH, Eschweiler, (regionetz) in die gemeinsame große Netzgesellschaft Regionetz wurde zum Geschäftsjahr 2018 die Erlösobergrenze der ehemaligen regionetz auf die Regionetz übertragen, das heißt, dass die Netzbetreibertätigkeit der ehemaligen INFRAWEST, formell ergänzt um die neuen Netzgebiete, fortgeführt wird. Im Strombereich bildete das Jahr 2019 das erste Jahr der dritten Regulierungsperiode. Der jeweilige Bescheid zur Festlegung der jährlichen Erlösobergrenzen der ehemaligen INFRAWEST und der ehemaligen regionetz liegt zwischenzeitlich vor, wobei die Regionetz gegen beide Festlegungen Beschwerde beim zuständigen Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf eingereicht hat. Die im jeweiligen Bescheid enthaltenen Effizienzwerte für die dritte Regulierungsperiode Strom liegen für die ehemalige INFRAWEST bei

92,22 Prozent und für die ehemalige regionetz bei 94,94 Prozent. Die Regionetz hat im Strombereich auch erstmalig einen Antrag auf Kapitalkostenaufschlag bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht. Der hierzu erteilte Genehmigungsbescheid der BNetzA vom 19. Dezember 2018 sieht – entgegen der Auffassung der Regionetz und der Branche – keinen Ausgleich für entgangene Kapitalkosten der Jahre 2017 und 2018 vor, sodass dieser Sachverhalt nun ebenfalls Gegenstand eines laufenden Beschwerdeverfahren vor dem OLG Düsseldorf ist. Ausgehend von den Erlösobergrenzenfestlegungen der Behörden haben die Netzbetreiber zum 1. Januar eines jeden Jahres die Erlösobergrenze anzupassen und die hieraus resultierenden Netzentgelte inklusive der schriftlichen Dokumentation der Entgeltermittlung bei den Regulierungsbehörden vorzulegen. Das jeweilige Ergebnis aus der von der Regulierungsbehörde zuletzt durchgeführten Kostenprüfung stellt hierbei das Ausgangsniveau für die dritte Regulierungsperiode dar. Im Strombereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz für das Jahr 2019 mit 118,4 Mio. Euro etwa 13,8 Mio. Euro über dem Niveau aus dem Vorjahr. Die Steigerung der Erlösobergrenze vom Jahr 2018 zum Jahr 2019 ist hauptsächlich auf den Übergang in die dritte Regulierungsperiode zurückzuführen, die für beide Vorgänger-Unternehmen der Regionetz ein höheres Ausgangsniveau als in der zweiten Regulierungsperiode erhält. Dieser Effekt wird hierbei durch eine weitere Steigerung aus dem neu eingeführten Kapitalkostenzuschlag ergänzt und von einer preisbedingten Senkung der vorgelagerten Netzkosten teilweise kompensiert. Gegen die Festlegung zur Erlösobergrenze für die zweite Regulierungsperiode, die Genehmigung einer Investitionsmaßnahme und den Bescheid zur Festlegung des Qualitätselements hatte die ehemalige INFRAWEST Beschwerde beim OLG Düsseldorf eingereicht. Zwischenzeitlich hatte die Regionetz nach erfolgreichem Verlauf der Beschwerdeverfahren öffentlich-rechtliche Verträge zur Beendigung der Beschwerdeverfahren zum Qualitätselement und zur Erlösobergrenzenfestlegung für die zweite Regulierungsperiode geschlossen, woraus entsprechende Anpassungsbeträge für die Erlösobergrenzen in den Jahren 2017 bis 2019 resultieren. Das Beschwerdeverfahren zur vorgenannten Investitionsmaßnahme wurde durch die zwischenzeitlich erfolgte Anpassung des entsprechenden Genehmigungsbescheids mittlerweile ebenfalls zugunsten der ehemaligen INFRAWEST erledigt. Ebenso konnte das Beschwerdeverfahren der ehemaligen regionetz gegen den Erlösobergrenzenbescheid zur zweiten Regulierungsperiode im Jahr 2019 durch den Abschluss eines Vertrags im Vergleichswege beendet werden. Hieraus resultieren für die Regionetz Erlösobergrenzenaufschläge in den Jahren 2020 bis 2024. Bereits im Jahr 2016 hat die BNetzA die Festlegung von Eigenkapitalzinssätzen für die dritte Regulierungsperiode der Anreizregulierung im Strom- und im Gasbereich abgeschlossen. Hiernach sinken die festgelegten Eigenkapitalzinssätze gegenüber den Zinssätzen für die zweite Regulierungsperiode erheblich ab. Mit Beschluss vom 21. Februar 2018 für Gas bzw. vom 28. November 2018 für Strom hat die BNetzA schließlich auch die Festlegung des allgemeinen sektoralen Produktivitätsfaktors für die dritte Regulierungsperiode mit einer Höhe von 0,49 Prozent im Gasbereich bzw. mit einer Höhe von 0,9 Prozent p. a. im Strombereich abgeschlossen. Die Regionetz hat – wie zahlreiche weitere Netzbetreiber auch – Beschwerde gegen die oben genannten Festlegungsverfahren beim OLG Düsseldorf eingereicht. Nach einem gerichtlichen Verfahren liegt nunmehr eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) (Urteil aus Juli 2019) zum Thema Eigenkapitalzinsen vor, die die Vorgehensweise der BNetzA bei der Ermittlung der Eigenkapitalzinssätze für die dritte Regulierungsperiode bestätigt und somit das vorherige Urteil des

OLG Düsseldorf zu diesem Sachverhalt gegenstandslos macht. Formell bestehen die Beschwerdeverfahren der Regionetz zu diesem Sachverhalt aktuell weiterhin fort, da zu einzelnen Verfahren noch Befassungsbeschwerden anhängig sind. Die Gerichtsverfahren zum generellen sektoralen Produktivitätsfortschritt Strom und Gas sind nach aktuellem Stand ebenfalls noch nicht rechtskräftig abgeschlossen, sodass hierzu die weitere Entwicklung der entsprechenden Beschwerdeverfahren abzuwarten bleibt. Das Jahr 2019 bildet im Gasbereich das zweite Jahr der dritten Regulierungsperiode der Anreizregulierung. Ein verbindlicher Bescheid zur Erlösobergrenzenfestlegung für die Jahre 2018 bis 2022 liegt bis zum heutigen Zeitpunkt nur für die ehemalige INFRAWEST vor. Für die Erlösobergrenzenfestlegung der ehemaligen regionetz stehen die Anhörung sowie die Erteilung eines verbindlichen Bescheids aktuell noch aus. Zwischenzeitlich sind allerdings auch für die ehemalige regionetz das sogenannte Ausgangsniveau als Ergebnis der durchgeführten Kostenprüfungen sowie der zuletzt im Dezember 2018 von der Landesregulierungskammer NRW mitgeteilte finale Effizienzwert bekannt. Die im Bescheid der INFRAWEST bzw. in der letzten Mitteilung der Regulierungsbehörde enthaltenen Effizienzwerte für die dritte Regulierungsperiode Gas liegen für die ehemalige INFRAWEST bei 98,98 Prozent und für die ehemalige regionetz bei 77,58 Prozent. Im Gasbereich haben die ehemalige INFRAWEST und die ehemalige regionetz zum 30. Juni 2017, erstmals entsprechend den Vorgaben aus § 10 a ARegV, einen Antrag auf Kapitalkostenaufschlag bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht. Der hierzu durch die Regulierungsbehörde ausgestellte Genehmigungsbescheid vom 18. Juli 2018 bzw. vom 24. Juli 2018 sieht – konträr zur Auffassung der Regionetz und der Branche – analog zum Strombereich keinen Ausgleich für die entgangenen Kapitalkosten aus den Jahren 2016 und 2017 vor. Aus diesem Grund hat die Regionetz gegen diese Bescheide jeweils Rechtsbeschwerde beim zuständigen OLG Düsseldorf eingereicht. Ein Antrag zum Kapitalkostenaufschlag auf die Erlösobergrenze des Jahres 2019 wurde zum 30. Juni 2018 durch die Regionetz gestellt, worüber aktuell noch kein Genehmigungsbescheid vorliegt. Im Gasbereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz unter Berücksichtigung der mitgeteilten Effizienzwerte und des Kapitalkostenausgleichs für das Jahr 2019 mit rund 65,6 Mio. Euro etwa 0,2 Mio. Euro über dem Niveau der für das Jahr 2018 genehmigten Erlösobergrenze. Am 16. Dezember 2019 hat die Regionetz ihre Tochtergesellschaft Alsdorf Netz GmbH, Alsdorf, (Alsdorf Netz) gegründet. Geschäftszweck der Gesellschaft ist das Halten des Eigentums, die Instandhaltung, die Erhaltung und der Ausbau von Versorgungsnetzen für Elektrizität und Gas auf dem Gebiet der Stadt Alsdorf. Mit Wirkung vom 31. Dezember 2019 hat die Regionetz sodann ihre Strom- und Gasnetze im Stadtgebiet Alsdorf in die Alsdorf Netz eingebracht und zum gleichen Zeitpunkt Pachtverträge mit der Alsdorf Netz über die Strom- und die Gasnetze geschlossen, sodass die Regionetz diese Netze insofern unverändert weiterbetreibt. Die Einbringung erfolgte handelsrechtlich unter Aufdeckung der stillen Reserven in den Strom- und Gasnetzen in Alsdorf in Höhe von 14,7 Mio. Euro. Daneben wurden auch die im Zusammenhang mit den Netzen erhobenen und teilweise bereits aufgelösten Baukostenzuschüsse und Anschlusskostenbeiträge in Höhe von 2,8 Mio. Euro übertragen. Infolge einer Beschädigung eines 110-kV-Kabels durch die Flocke & Rey Elektroanlagen GmbH, Leverkusen, (Flocke & Rey) im Jahr 2013 ist der heutigen Regionetz ein Schaden von 4,5 Mio. Euro zzgl. Zinsen entstanden. Ein entsprechender Schadenersatz wurde gerichtlich in zwei Instanzen bestätigt. Mit einem Vergleichsvertrag. Vom 15. November 2019 hat man sich auf eine Beendigung des

Rechtsstreits vor dem BGH und auf eine Entschädigung in Höhe von insgesamt 3,6 Mio. Euro geeinigt.

Die Regionetz hat im Geschäftsjahr 2019 insgesamt 50,4 Mio. Euro investiert, wobei auf das Stromnetz 16,7 Mio. Euro und auf das Gasnetz 19,2 Mio. Euro entfielen. Ins Wassernetz hat die Regionetz 6,1 Mio. Euro, in die Straßenbeleuchtung 0,2 Mio. Euro und in das Netzleitsystem 2,2 Mio. Euro investiert. Auf das Telekommunikationsnetz entfallen weitere 2,3 Mio. Euro und die übergreifenden sonstigen Investitionen belaufen sich auf rund 3,5 Mio. Euro. Das Ergebnis vor Steuern (EBT) der Regionetz beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 2019 etwa 59,5 Mio. Euro und liegt damit rund 15,5 Mio. Euro oberhalb des in der Wirtschaftsplanung prognostizierten Niveaus. Das Ergebnis wird über den bestehenden EAV nach Abzug der Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin EWV in Höhe von 14,9 Mio. Euro und der darauf entfallenden Steuern in Höhe von 2,8 Mio. Euro mit einem verbleibenden Betrag von 41,8 Mio. Euro an die STAWAG abgeführt. Die STAWAG Energie hat ihr Anlagenportfolio im Windbereich auch im Geschäftsjahr 2019 weiter ausgebaut. So wurde beim Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Münsterwald) Ende des Jahres 2019 damit begonnen, die bereits im Jahr 2018 in Betrieb genommenen fünf Windkraftanlagen um zwei weitere Anlagen mit einer Leistung von je 3,3 Megawatt zu erweitern. Zu den bereits bestehenden 40 Millionen Kilowattstunden werden damit weitere 16 Millionen Kilowattstunden grüner Strom produziert. Mit der Erweiterung hat die STAWAG ihren Kunden gleichzeitig eine Bürgerbeteiligung angeboten, um engagierten Bürgerinnen und Bürger eine unmittelbare Investition in den Klimaschutz zu ermöglichen. Des Weiteren haben die Stadtwerke Bergheim GmbH, Bergheim, (SW Bergheim) von der STAWAG Energie eine 50-prozentige Beteiligung an der Windparkgesellschaft Bergheim–Fischbachhöhe im Geschäftsjahr 2019 erworben. Der bereits 2018 in Betrieb genommene Windpark. Besteht aus drei Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von neun Megawatt. Die installierte Leistung reicht aus, um jährlich etwa 28 Millionen Kilowattstunden Strom zu erzeugen. Im Geschäftsjahr 2019 hat die STAWAG Energie ein EBT von 10,1 Mio. Euro erzielt und das Vorjahresergebnis um 1,6 Mio. Euro bzw. rund 20 Prozent übertroffen. Neben den erzielten Erträgen aus der Projektentwicklung haben die nachhaltigen Beteiligungsergebnisse aus den bestehenden Solar- und Windparks wesentlich zum positiven Ergebnis der STAWAG Energie, das über den bestehenden EAV an die STAWAG abgeführt wird, beigetragen. Das Geschäft der FACTUR wird im Geschäftsjahr 2019 weiterhin von der Entwicklung sinkender Margen bei Energieprodukten, von steigenden Großhandelspreisen sowie von einer erhöhten Wechselbereitschaft der Endkunden beeinflusst. Der vertraglich vereinbarte Zählpunktpreis ist maßgeblich für den Umsatz der FACTUR, wobei sowohl Kundenverlust- als auch Kundenzuwachsraten einen direkten Einfluss auf das Ergebnissniveau der FACTUR haben. Mit dem Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) werden die Messstellenbetreiber nunmehr verpflichtet, beim Einbau von modernen Messeinrichtungen (mME) und von intelligenten Messsystemen (iMS) eine Trennung zwischen Netznutzungs- und Messstellenbetriebsabrechnung vorzunehmen. Die FACTUR hat als Prozess- und Abrechnungsdienstleister die neue Abrechnungsform der Messentgelte (MOS Billing) in den Netz- und Lieferantensystemen entsprechend implementiert. Zum Ende des Jahres 2019 ist zudem die Anpassung der elektronischen Marktkommunikation im Stromsektor an die Erfordernisse des Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende („Marktkommunikation 2020“) erfolgt. Das MsbG

sieht dabei vor, dass künftig alle beim Kunden mithilfe eines sogenannten iMS erhobenen Messwerte im Idealfall ausschließlich dort dezentral gespeichert, aufbereitet und im Anschluss sternförmig an alle berechtigten Empfänger verteilt werden. Die hieraus entstandenen Beratungsprojekte mit den sich daraus ergebenden prozessualen Änderungen in den Dienstleistungsprozessen konnte die FACTUR sowohl auf der Netz- als auch auf der Vertriebsseite 2019 erfolgreich umsetzen. Seit 2017 erbringt die FACTUR auch die Kundenservice- und Abrechnungsdienstleistung für die MONTANA Energie GmbH & Co. KG, Grunwald, (MONTANA). Mit zunächst rund 206 000 Strom- und Gaszählpunkten sind aufgrund der signifikanten Neukundengewinnung zum 31. Dezember 2019 etwa 324.000 Zählpunkte in der Belieferung, was sich bei der FACTUR in einer entsprechenden Umsatzsteigerung für die Full-Service-Dienstleistung niederschlägt. Der Gesamtumsatz der FACTUR liegt zum 31. Dezember 2019 bei insgesamt rund 25 Mio. Euro, wobei ein EBT in Höhe von 3,6 Mio. Euro erwirtschaftet wurde, das über den bestehenden EAV vollständig an die STAWAG abgeführt wird. Bei der Neuordnung des Wassergewinnungsbereichs im Geschäftsjahr 2018 hat die STAWAG im Wege der Ausgliederung ihre Grundwassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen sowie die dazugehörigen Grundstücke und Gebäude auf die WAG übertragen. Die WAG, an der die STAWAG, neben der enwor, zu 50 Prozent beteiligt ist, wird für 2019 ein Ergebnis nach Steuern (EAT) von voraussichtlich rund 0,7 Mio. Euro erzielen. Im Geschäftsjahr 2019 hat die WAG ein Beteiligungsergebnis von jeweils rund 0,7 Mio. Euro an ihre beiden Gesellschafter ausgeschüttet. Von dem im Geschäftsjahr 2018 erzielten Jahresergebnis der WAG in Höhe von insgesamt 1,8 Mio. Euro wurden rund 0,4 Mio. Euro auf neuen Gewinn vorgetragen. Die STAWAG ist mit einem Anteil von 25,1 Prozent an den Stadtwerken Lübeck GmbH, Lübeck, (SW Lübeck) beteiligt. Für das Geschäftsjahr 2019 erwarten die SW Lübeck ein EBT vor Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin STAWAG in Höhe von 21,2 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2019 hat die STAWAG die Ausgleichszahlung aus dem Geschäftsjahr 2018 in Höhe von rund 3,3 Mio. Euro phasenverschoben vereinnahmt. Insgesamt hat die STAWAG aus der Beteiligung an der SW Lübeck bislang etwa 23,2 Mio. Euro an Ausgleichszahlungen erhalten. Die STAWAG hält seit 2013 als strategischer Partner der StadtWerke Rösrath – Energie GmbH, Rösrath, (SW Rösrath) einen Gesellschafteranteil von 49 Prozent. Geprägt ist das Jahresergebnis der Gesellschaft durch die Geschäftsfelder Energieversorgung und Bäderbetrieb. Zum 1. Januar 2017 haben die SW Rösrath das Stromnetz in Rösrath übernommen und gleichzeitig einen Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. In der für die STAWAG im Rahmen eines bestehenden Tracking-Stock-Modells relevanten Versorgungssparte wird für das Geschäftsjahr 2019 ein positives Ergebnis von rund 0,7 Mio. Euro erwartet. Insgesamt wird der erwirtschaftete Gewinn der SW Rösrath voraussichtlich rund 0,2 Mio. Euro betragen. Darüber hinaus ist die STAWAG seit 2013 an der enewa mit einem Gesellschafteranteil von 49 Prozent beteiligt. Die Gesellschaft ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Energieversorgung und im Bäderbetrieb aktiv. Darüber hinaus hat die enewa zum 1. Januar 2018 das Eigentum des Stromnetzes in Wachtberg erworben und gleichzeitig einen Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2019 ein Ergebnis von insgesamt rund 0,2 Mio. Euro. Das für die STAWAG im Rahmen des Tracking-Stock-Modells relevante Ergebnis des Versorgungsbereichs beläuft sich dabei auf rund 0,5 Mio. Euro. Ebenso hat sich die STAWAG bereits im Geschäftsjahr 2015 mit 49 Prozent an den Gemeindewerken Ruppichterorth GmbH, Ruppichterorth, (GWR) beteiligt. Die GWR ist in den

Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und im Energievertrieb Strom und Gas tätig. Zum 1. Januar 2017 hat die GWR das Stromnetz Eigentumsrechtlich übernommen, das aktuell an die Westnetz GmbH, Dortmund, (Westnetz) verpachtet ist. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2019 ein Ergebnis in Höhe von 0,1 Mio. Euro. Eine weitere strategische Partnerschaft ist die STAWAG im Geschäftsjahr 2014 mit den Energiewerken Waldbrohl GmbH, Waldbrohl, (Eww) eingegangen. Im Geschäftsjahr 2017 hat die STAWAG ihren Gesellschaftsanteil im Zuge einer Neuordnung der Eww in eine Vertriebsgesellschaft Strom und Gas von ursprünglich 49 Prozent auf 51 Prozent erhöht. Zwischen der Eww und der STAWAG wurde daher ein EAV abgeschlossen. Im Geschäftsjahr 2019 hat die Eww ein negatives Ergebnis in Höhe von rund 145 TEuro erzielt, das von der STAWAG ausgeglichen wird. Der Anteil der STAWAG am Telekommunikationsanbieter NetAachen GmbH, Aachen, (NetAachen) liegt bei 16 Prozent. Für das Geschäftsjahr 2019 wird die NetAachen nach vorläufigen Angaben ein EAT von 2,4 Mio. Euro erwirtschaften. Die STAWAG vereinnahmt im Geschäftsjahr 2019 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2018 in Höhe von rund 0,4 Mio. Euro. Die Technischen Werke Naumburg, Naumburg, (TWN), an der die STAWAG einen Anteil von 2 Prozent hält, wird im Geschäftsjahr 2019 ein voraussichtliches Jahresergebnis von rund 2,6 Mio. Euro erzielen. Die STAWAG vereinnahmt im Geschäftsjahr 2019 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2018 in Höhe von rund 35 TEuro. Die smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen, (smartlab), an der die STAWAG Anteile von 35 Prozent hält, wird im abgelaufenen Geschäftsjahr 2019 einen voraussichtlichen Verlust von rund 221 TEuro erzielen. Der Verlust wird durch eine anteilige Einzahlung aller Gesellschafter in die Kapitalrücklage der smartlab entsprechend ausgeglichen. Anfang 2018 hat sich die STAWAG zusammen mit der Mark-E Aktiengesellschaft, Hagen, (Mark-E) mit jeweils 50 Prozent an der neu gegründeten PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG, Hagen, (PSW Rönkhausen) beteiligt. Die Gesellschaft ist Eigentümerin des Pumpspeicherkraftwerks (PSW) mit einer installierten Leistung von 140 Megawatt, das für rund 25 Mio. Euro umfangreich saniert wurde. Das PSW ist an die Mark-E verpachtet, die auch den kommerziellen Betrieb der Anlage verantwortet. Aus der Pachtgesellschaft vereinnahmte die STAWAG 2019 eine vertraglich fixierte Garantiedividende von jährlich 375 TEuro. Unter Berücksichtigung der vereinnahmten Beteiligungserträge erzielte die STAWAG im Geschäftsjahr 2019 einen Gewinn (EBT) von rund 32 Mio. Euro, was neben einer hohen Ertragskraft im operativen Geschäftsverlauf der STAWAG hauptsächlich durch ein außerordentlich hohes Beteiligungsergebnis der Regionetz aufgrund der handelsrechtlichen Aufdeckung der stillen Reserve im Zuge der Ausgliederung des Strom- und Gasnetzes im Alsdorfer Stadtgebiet auf die Alsdorf Netz begründet ist. Gegenläufig wirken sich vor allem die außerordentliche Abschreibung auf den Beteiligungsbuchwert der TKL von rund 6,6 Mio. Euro sowie zinsbedingt hohe Aufwendungen für die Altersversorgung (Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen) in Höhe von rund 16,2 Mio. Euro auf das Jahresergebnis 2019 der STAWAG aus. Die hohen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sind dabei maßgeblich durch den signifikant rückläufigen Rechnungszinssatz begründet. Die STAWAG plant, den Jahresüberschuss in Höhe von 32 Mio. Euro in voller Höhe an die E.V.A. abzuführen. Die **regio IT** hat aus dem Jahresüberschuss 2018 ein Beteiligungsergebnis in Höhe von 1,1 Mio. Euro an die E.V.A. ausgeschüttet und lag somit auf Planiveau. Die regio iT erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr ein überplanmäßiges Ergebnis vor Steuern in Höhe von 3,2 Mio. Euro (Plan 2,9 Mio. Euro). Nach Abzug der Ertragssteuern in Höhe von –1,1 Mio. Euro ergibt sich ein

Jahresüberschuss in Höhe von 2,2 Mio. Euro, der den Plan (2 Mio. Euro) um 0,2 Mio. Euro übertrifft. Die regio iT beabsichtigt eine Thesaurierung in Höhe von 0,2 Mio. Euro vorzunehmen, und den verbleibenden Jahresüberschuss in Höhe von 2 Mio. Euro auszuschütten. Bei einer Anteilsquote von 48,5. Prozent stünden der E.V.A. somit 0,9 Mio. Euro zu, die in das Beteiligungsergebnis der E.V.A. in 2020 einfließen. Die regio iT hat im Jahr 2019 Umsatzerlöse in Höhe von 76,3 Mio. Euro erzielt (Planansatz 68,4. Mio. Euro). Besonders hervorzuheben sind die Umsatzerlöse aus der Beratung sowie aus der laufenden Produktnutzung. Die Umsatzerlöse aus der Beratung haben einen Rekordwert von 9,6 Mio. Euro (Plan 8,5 Mio. Euro) erreicht. Die Kundennachfrage nach Digitalisierungsprojekten ist weiterhin steigend und aufgrund der verfügbaren Personalressourcen herausfordernd. Sowohl bei den Kommunen als auch bei den kommunalen Unternehmen wurden entsprechende Projekte beauftragt. Die Umsätze aus Produktnutzung (51,2 Mio. Euro) übertreffen den Planansatz (50,2. Mio. Euro) um 1 Mio. Euro. Abrechenbare Mengenzuwächse bei bestehenden Produkten sowie neue Produkte, die nach den entsprechenden Projekten in den Betrieb überführt wurden, führen zu dieser positiven Entwicklung. Im Umsatzsegment Handels-/Leasinggeschäft wird mit 9,9 Mio. Euro ein Umsatzzuwachs erwirtschaftet, der den Planansatz von 6 Mio. Euro um 3,9 Mio. Euro deutlich überschreitet. Die größten Umsatztreiber sind der Schulbereich sowie Hardwarebeschaffungen der Kommunen im Kontext der Umstellungen auf Windows 10. Der Materialaufwand hat sich entsprechend den höheren Umsatzerlösen auf 29,1 Mio. Euro erhöht und liegt somit um 7,7 Mio. Euro über dem Planansatz (21,4 Mio. Euro). Korrespondierend zu den Umsatzerlösen aus dem Handels- und Leasinggeschäft haben sich entsprechend die Fremdlieferung und die Leasingraten auch überplanmäßig entwickelt (-3,9 Mio. Euro). Zusätzlich sind die Weiterberechnungen aus der Wartung und den sonstigen Fremdleistungen entsprechend der Umsatzerlöse gestiegen (-2,1 Mio. Euro). Darüber hinaus liegen die Wartungskosten mit -0,8 Mio. Euro und die sonstigen Fremdleistungen mit -0,7 Mio. Euro über dem Planniveau. Im Ergebnis liegt der Rohertrag mit 47,7 Mio. Euro um 0,1 Mio. Euro leicht über Planniveau. Die Personalkosten bleiben mit -31,4 Mio. Euro um 0,5 Mio. Euro unter dem Planansatz. Ursächlich hierfür ist der derzeit immer noch im Vergleich zum Plan (405 MAÄ) niedrigere Mitarbeiterbestand (394 MAÄ). Die Abschreibungen liegen aufgrund eines geringeren Investitionsvolumens in 2019 bei -4,4 Mio. Euro und somit um 0,3 Mio. Euro geringer als der Planansatz (-4,7 Mio. Euro). Die sonstigen Aufwendungen liegen mit -8,6 Mio. Euro um 0,5 Mio. Euro über dem geplanten Ansatz von -8,1 Mio. Euro. Dem Grunde nach handelt es sich hierbei um die überplanmäßigen externen Beratungskosten im Rahmen der Fusionsüberlegungen mit Civitec. Die im September ausgeschüttete Dividende 2019 der **gewoge** in Höhe von 0,2 Mio. Euro bewegt sich auf Planniveau. Die E.V.A. beschäftigte zum Stichtag 31. Dezember 2019 121 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 93 Vollzeit- und 28 Teilzeitkräfte. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter beträgt die Personalstärke 110,8 MAÄ gegenüber einem Planwert von 115 MAÄ.

Unter zusätzlicher Berücksichtigung von Geschäftsführern, Aushilfskräften, Praktikanten und Auszubildenden beträgt die Mitarbeiterzahl zum 31. Dezember 2019 135, davon 104 Vollzeit- und 31 Teilzeitmitarbeiter. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter entspricht dies einer Personalstärke von 123,4 MAÄ gegenüber einem Planwert von 127 MAÄ. Ruhende Arbeitsverhältnisse sind nicht berücksichtigt.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 0,4 Mio. Euro ab und verbesserte sich damit gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 0,1 Mio. Euro. Das Ergebnis enthält eine weitere freiwillige Einlage der Stadt Aachen in Höhe von 12,1 Mio. Euro (Vorjahr 7,8 Mio. Euro) gem. § 15 (3) des Gesellschaftsvertrages. Die wirtschaftliche Lage der E.V.A. wird im Wesentlichen durch die Geschäftsentwicklung der Beteiligungsgesellschaften bestimmt. Das Zins- und Beteiligungsergebnis beträgt 1,8 Mio. Euro und liegt damit um 8,7 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis. Dabei lag die Gewinnabführung der STAWAG mit 32 Mio. Euro um 8,2 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis von 23,8 Mio. Euro. Das Geschäftsjahr 2019 war bei der STAWAG von Sondereinflüssen der verbundenen Unternehmen, insbesondere bei der Regionetz und von außerplanmäßigen Abschreibungen bei Finanzlagen im Kraftwerksbereich geprägt. Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2019 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von 30,3 Mio. Euro abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverbesserung von 0,9 Mio. Euro. Davon resultieren insgesamt 2,2 Mio. Euro aus einem besseren Betriebsergebnis und –1,3 Mio. Euro aus einem gegenläufigen Finanz- und Beteiligungsergebnis, wovon 1 Mio. Euro auf einen höheren Zinsaufwand aus den Pensionsverpflichtungen zurückzuführen ist. Die Beteiligungserträge lagen mit 1,1 Mio. Euro bei der regio iT und mit 0,2 Mio. Euro bei der gewoge auf dem Niveau des Vorjahres. Das Betriebsergebnis verbesserte sich insgesamt um 0,21 Mio. Euro auf 0,23 Mio. Euro. Für das Geschäftsjahr belaufen sich die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** auf 6,2 Mio. Euro Körperschaftsteuer (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro) und auf 7,7 Mio. Euro Gewerbesteuer (Vorjahr: 1,2 Mio. Euro). Der Anstieg ist im Wesentlichen aufgrund des besseren Beteiligungsergebnisses gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen. Ertragssteuererstattungsansprüche für Vorjahre in Höhe von 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 1,3 Mio. Euro) resultieren teilweise aus der letzten steuerlichen Betriebsprüfung und aus Folgejahren.

Finanzlage

Im Jahr 2019 belief sich das Finanzierungsvolumen der E.V.A. auf 10,7 Mio. Euro. Die Mittelverwendung ergibt sich im Wesentlichen mit 2,9 Mio. Euro aus Forderungen gegen die STAWAG, mit 3,5 Mio. Euro aus einer Ausgleichsverpflichtung gegen die Gesellschafterin Stadt Aachen sowie aus Steuererstattungsansprüchen in Höhe von 3,5 Mio. Euro. Die Mittel resultieren hauptsächlich aus höheren Pensions- und Steuerrückstellungen in Höhe von 9,3 Mio. Euro und aus Verbindlichkeiten gegenüber der ASEAG in Höhe von 0,8 Mio. Euro.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt im Berichtsjahr 120,7 Mio. Euro und liegt damit um 10,5 Mio. Euro über dem Vorjahreswert. Das Finanzanlagevermögen beinhaltet im Wesentlichen die Anteile an verbundenen Unternehmen und bildet zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen 47,2 Prozent des Gesamtvermögens. Die restlichen Mittel resultieren mit 12,3 Prozent aus Guthaben bei Kreditinstituten und mit 40,5 Prozent aus dem übrigen Umlaufvermögen. Die Kapitaleseite weist neben dem Eigenkapital weitere 38,4 Mio. Euro mittel- und langfristige Mittel aus, die 31,8 Prozent der Bilanzsumme betragen. Darin enthalten sind Darlehen in Höhe von 24 Mio. Euro aus Stiftungsmitteln, die durch die Stadt Aachen verwaltet werden, ein Gesellschafterdarlehen

der Stadt Aachen in Höhe von 10 Mio. Euro sowie ein Gesellschafterdarlehen der StädteRegion Aachen in Höhe von 2,5 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus kurzfristigen Darlehen und aus dem Cash-Pool liegen bei 15,4 Prozent. Die übrigen kurzfristigen Rückstellungen und die Verbindlichkeiten betragen 35,6 Prozent und bestehen im Wesentlichen aus dem Verlustausgleichsanspruch der ASEAG in Höhe von 30,4 Mio. Euro. Die Eigenkapitalquote beträgt 17,2 Prozent. Die E.V.A. stellt einen Konzernabschluss gemäß § 290 ff. HGB auf. Es werden die Jahresabschlüsse der ASEAG, der STAWAG, der APAG, der STAWAG Abwasser, der STAWAG Energie, der Regionetz, der STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath, (Simmerath Infrastruktur), der STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau, (Monschau Infrastruktur), der FACTUR, der EWW, der Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG, Aachen, (Turnow West I), der Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG, Aachen, (Turnow West II), der Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG, Aachen, (SA Giebelstadt), der Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG, Aachen, (SP Gödenroth), der Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG, Aachen, (SP Ilbesheim), der Windpark Laudert GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Laudert), der Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Riegenroth) und erstmalig der Alsdorf Netz einbezogen.

Prognosebericht

Im Frühjahr 2020 ist die Weltwirtschaft von der bestehenden Corona-Pandemie geprägt. Die zuvor erkennbaren Anzeichen für eine Belebung der Konjunktur haben sich im Februar mit der Umsetzung von weitreichenden Maßnahmen zur Eindämmung der Viruserkrankungen in China abrupt umgekehrt. Zwischenzeitlich werden nahezu überall Maßnahmen ergriffen, um die Ausbreitung zu verlangsamen. In Deutschland ist die Atemwegserkrankung COVID-19 seit dem 28. Januar 2020 präsent, nachdem ein Infektionsfall bei einem Mitarbeiter des Automobilzulieferers Webasto bekannt wurde. Nachdem das Robert-Koch-Institut das Gesundheitsrisiko in Deutschland zunächst als gering bis mäßig bewertete, wird das Risiko für die Bevölkerung in Deutschland seit dem 17. März 2020 als hoch und für Risikogruppen als sehr hoch bezeichnet. Mit Beginn der Fallhäufung und zum Abbremsen der Infektionswelle hat der Staat die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten in Deutschland stark eingeschränkt. Das Wirtschaftsinstitut ifo rechnet in seinem Frühjahrsgutachten mit einem Rückgang des deutschen Bruttoinlandsprodukts von 4,2 Prozent. Die Rezession hinterlässt dabei ebenso deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt und im Staatshaushalt. Es wird derzeit davon ausgegangen, dass die Arbeitslosenquote auf 5,9 Prozent und die Zahl der Kurzarbeiter auf 2,4 Mio. ansteigen wird. Die finanzpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen führen in diesem Jahr zu einem Rekorddefizit im gesamtstaatlichen Haushalt von 159 Milliarden Euro. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung analysiert in seinem Sondergutachten vom 22. März 2020 die aktuellen gesundheitspolitischen Maßnahmen aufgrund der Corona-Pandemie und deren ökonomische Auswirkungen. Geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen werden diskutiert. Vor dem Hintergrund der schwierigen Datenlage und der damit einhergehenden Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung stellt der Sachverständigenrat drei Szenarien für die wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 2020 und 2021 in Deutschland vor, die auf unterschiedlichen Annahmen über Ausmaß und Dauer der Beeinträchtigung durch das Corona-Virus sowie über die drauffolgende Erholung basieren. Das *Basisszenario* ist, ausgehend von der aktuellen Informationslage, das wahrscheinlichste Szenario. Im Basisszenario wird davon

ausgegangen, dass sich die wirtschaftliche Lage im Laufe des Sommers normalisiert, sodass es für das Jahr 2020 zu einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von –2,8 Prozent kommt. Für das Folgejahr wäre aufgrund von Aufholeffekten und eines hohen statistischen Überhangs das Erreichen eines BIP von 3,7 Prozent möglich. Im *Risikoszenario „ausgeprägtes V“* wird ein stärkerer Einbruch des Wirtschaftswachstums im ersten Halbjahr unterstellt. In diesem Szenario wird davon ausgegangen, dass es zu großflächigen Produktionsstilllegungen kommt oder die einschränkenden Maßnahmen länger als derzeit geplant aufrechterhalten werden. Die Folge wäre eine Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal, die bis zu 10 Prozent unterhalb des derzeitigen Niveaus liegt. Unter Berücksichtigung von Aufholeffekten würde sich ein jahresdurchschnittlicher Rückgang des BIP um –5,4 Prozent ergeben. Im Jahr 2021 würden weitere Aufholeffekte und ein statistischer Überhang von 1,1 Prozentpunkten das BIP dann um 4,9 Prozent wachsen lassen. Im *Risikoszenario „langes U“* wird angenommen, dass die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus über den Sommer hinaus andauern. Bei diesem Szenario sieht der Sachverständigenrat die Gefahr, dass es trotz der bisherigen politischen Maßnahmen zu tiefgreifenden Beeinträchtigungen der Wirtschaftsstruktur durch Insolvenzen und Entlassungen kommt. Darüber hinaus könnten aufgrund verschlechterter Finanzierungsbedingungen Investitionen erschwert werden und zur Kaufzurückhaltung bei Haushalten führen. Reaktionen der Finanzmärkte und des Bankensystems könnten diese Effekte noch verstärken. Das BIP würde bei diesem Szenario in 2020 –4,5 Prozent betragen. Eine wirtschaftliche Erholung würde erst in 2021 folgen, wobei das BIP nur ein Wachstum von 1 Prozent aufweisen würde. (Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Sondergutachten 2020: Die gesamtwirtschaftliche Lage angesichts der Corona-Pandemie, vom 22. März 2020). In der Presseinformation vom 1. April 2020 stellte die **IHK Aachen** das Ergebnis der jüngsten regionalen Blitzumfrage zur wirtschaftlichen Lage aufgrund der Corona-Pandemie vor: „Die Corona-Pandemie hinterlässt zunehmend Spuren in der regionalen Wirtschaft – wenn auch nicht ganz so deutlich wie im Bundesdurchschnitt.“ Das ist das Ergebnis einer Blitzumfrage der IHK Aachen. 87 Prozent der befragten Unternehmer aus der Region geben an, dass die aktuelle Situation Auswirkungen auf ihren Betrieb hat. Vor drei Wochen sagten das erst zwei Drittel der Befragten. 76 Prozent der Unternehmer gehen jetzt von konkreten Umsatzrückgängen in diesem Jahr aus. Die Mehrzahl prognostiziert einen Umsatzrückgang von bis zu 25 Prozent. Jeder siebte Unternehmer erwartet sogar einen Einbruch um mehr als 50 Prozent. Mittlerweile ist jedes achte Unternehmen in Sorge vor einer drohenden Insolvenz. Deutschlandweit fallen die Einschätzungen der Befragten jedoch noch negativer aus: 92 Prozent spüren die Folgen der Pandemie. 81 Prozent erwarten Umsatzrückgänge in diesem Jahr, hier rechnet jeder vierte Betrieb in Deutschland mit einem Rückgang um mehr als 50 Prozent. Jeder sechste Befragte sieht die Gefahr einer drohenden Insolvenz. „Im deutschlandweiten Vergleich beurteilen die Unternehmer aus unserer Region ihre wirtschaftliche Situation und die möglichen Folgen der Corona-Pandemie noch etwas positiver“, sagt Michael F. Bayer, Hauptgeschäftsführer der IHK Aachen. „Das kann kein Trost sein, denn der Einschnitt ist tief – für Soloselbstständige und Kleinstunternehmer bis hin zu international tätigen Firmen.“ Erste Hilfe bieten die Maßnahmen des Bundes und der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Allein die seit vergangenem Freitag bereitgestellte NRW-Soforthilfe ist bereits von 342.852 Unternehmern beantragt worden. Davon wurden bislang 282.000 Anträge genehmigt. Im Regierungsbezirk Aachen, Bonn und Köln sind es aktuell 97.286 Anträge, von denen

mehr als die Hälfte schon genehmigt worden sind. Rund 3.300 Anfragen zur Soforthilfe und 500 E-Mails zum Kurzarbeitergeld alleine bei der IHK in den vergangenen Tagen plus die vielen Beratungen anderer Einrichtungen im Kammerbezirk Aachen zeigen, dass die Unternehmen massive Unterstützungen benötigen. Bayer bilanziert: „Die bisherigen Maßnahmen helfen, reichen aber noch lange nicht.“ Aktuell mangelt es nach wie vor an umfangreicher Unterstützung für Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten. Für sie gilt die Soforthilfe nicht. Zudem kann für sie die Liquidität – bei Umsätzen nahe Null und unsicherer Perspektive – derzeit nicht mit Kreditprogrammen im banküblichen Verfahren sichergestellt werden. „Auch diesen Unternehmen muss nun schnell und unbürokratisch geholfen werden“, fordert Bayer. „Dafür machen wir und als IHK Aachen gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in Berlin stark“. Weitere Ergebnisse der Umfrage der IHK Aachen: Nahezu 60 Prozent der hiesigen Unternehmer befürchten einen Nachfragerückgang, knapp die Hälfte erwartet Ausfälle durch fehlende Mitarbeiter, Stornierungen von Aufträgen und ein Aufschieben notwendiger Investitionen. Rund ein Drittel der Befragten rechnet mit Liquiditätsengpässen und logistischen Herausforderungen, sei es bei Lieferungen oder aufgrund fehlender Waren und Dienstleistungen. Von den angekündigten Hilfsmaßnahmen haben vor allem das Kurzarbeitergeld (77 Prozent), die Stundung beziehungsweise Herabsetzung von Vorauszahlungen (60 Prozent) sowie Soforthilfen in Form von Zuschüssen (49 Prozent) die höchste Relevanz für die Betroffenen in der Region. Eine weitergehende Prognose über die derzeitige Lage der Unternehmen in der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen zu treffen, ist aufgrund der Corona-Pandemie nicht möglich. Ein Ende der einschränkenden Maßnahmen ist im Moment nicht absehbar. In der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2020 wird für die **E.V.A.** von einem positiven Betriebsergebnis in Höhe von 0,8 Mio. Euro ausgegangen. Ursache hierfür sind im Wesentlichen höhere sonstige betriebliche Erträge, die sich mit rund 1 Mio. Euro aus dem Verkauf von 3 Prozent regio iT-Anteile am Zweckverband Civitec ergeben. Des Weiteren bestehen nach wie vor durch die Netzkooperation nicht verrechenbare Kapazitäten im kaufmännischen Bereich an andere Konzerngesellschaften, die einen Minderumsatz von -0,1 Mio. Euro ergeben. Ferner wurden ein negatives Beteiligungsergebnis in Höhe von -12,1 Mio. Euro und ein negatives Zinsergebnis von -1,3 Mio. Euro in der Planung berücksichtigt. Für das laufende Geschäftsjahr 2020 ergibt sich gemäß Wirtschaftsplanung somit ein Jahresfehlbetrag vor Steuern in Höhe von -12,6 Mio. Euro und unter Berücksichtigung der geplanten Steueraufwendungen in Höhe von -5,9 Mio. Euro ein Jahresfehlbetrag nach Steuern von - 18,5 Mio. Euro. Um die Hälfte des Stammkapitals zu sichern, wurde eine Ausgleichszahlung durch die Stadt Aachen in Höhe von 18,1 Mio. Euro angenommen, sodass der geplante Jahresfehlbetrag nach Ausgleichszahlung 0,3 Mio. Euro beträgt. Ohne Berücksichtigung von Geschäftsführern, Auszubildenden und Aushilfskräften wird die geplante Personalstärke zum Ende des Geschäftsjahres 2020 118,7 Mitarbeiteräquivalente betragen. Die **ASEAG** weist im Wirtschaftsplan für den Zeitraum 2020 bis 2024 jährliche negative Ergebnisse zwischen 33 Mio. Euro und 35,4 Mio. Euro aus. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen geht die ASEAG jedoch nicht davon aus, dass sie den geplanten Verlust in Höhe von -33 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2020 halten kann. Abweichend von der bisherigen Planung für das Geschäftsjahr 2020 ist es im ersten Quartal 2020 zum Ausbruch der Corona-Krise in Europa und auch in Deutschland gekommen. Weiterhin hat es einen Preiseinbruch an den Ölmärkten gegeben. Hierdurch wird die Beschaffung von Diesel vermutlich deutlich günstiger ausfallen, als in der Planung

berücksichtigt. Dieser positive Effekt wird aber durch die zu erwartenden negativen Effekte auf der Umsatzseite voraussichtlich deutlich überkompensiert. Mit den Schulschließungen Mitte März 2020 und den darüber hinaus beschlossenen Maßnahmen der Regierungen zur Eindämmung der Pandemie ist davon auszugehen, dass das öffentliche Leben weitestgehend zum Erliegen kommt. In Abhängigkeit von der Zeitdauer bis zur Aufhebung dieser Maßnahmen könnte sich ein Schaden von vermutlich mehreren Millionen Euro einstellen. Die monatlichen kassentechnischen Einnahmen im Barsegment liegen bei 1,2 Mio. Euro. Im Barsegment werden die typischen Gelegenheitskunden betreut. Hinzu kommen Wochen- und Monatskarten, die nicht über ein Abonnement (ABO) bezogen werden und insofern von einer zügigen Reaktion der Kunden auf die Pandemie-Situation auszugehen ist. Die kassentechnischen Einnahmen liegen hier bei 0,9 Mio. Euro pro Monat, sodass insgesamt ein monatlicher Umsatz von 2,1 Mio. Euro im Risiko steht. Das Segment der Dauerkunden (Schüler, Studenten, Job-Ticket, ABO) mit einem monatlichen Umsatz von ca. 3,3 Mio. Euro wird dagegen vorerst als einigermaßen konstant ansehen. Mit zunehmender Dauer der Einschränkungen sind aber auch hier Umsatzrückgänge zu erwarten. Durch den Sachverhalt der Einnahmeaufteilung im AVV kann es überdies zu weiteren Verwerfungen in Abhängigkeit von Verkaufszahlen Dritter kommen. Auch das Beteiligungsergebnis der APAG wird durch die Pandemie-Maßnahmen wahrscheinlich nachhaltig belastet werden. Eine konkrete Aussage kann hier jedoch noch nicht gemacht werden. Fehlender Umsatz schlägt sich aufgrund der hohen Fixkosten des Parkhausbetriebs jedoch nahezu vollständig auf das Ergebnis nieder. Ob und inwieweit zum Beispiel Kosten von Subunternehmern reduziert werden können oder durch Kurzarbeitergeld die Möglichkeit besteht, öffentliche Unterstützung zu erhalten, ist derzeit vollkommen ungeklärt. Die Energieversorgung im Aachener Stadtgebiet und im städteregionalen Umfeld ist durch die Corona-Krise weder gefährdet noch beeinträchtigt. Die **STAWAG** hat hierfür, wie viele andere Stadtwerke und Verteilnetzbetreiber auch, entsprechende Maßnahmen ergriffen, um eine möglichst geringe Gefährdung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherzustellen. Mögliche mit der Corona-Krise verbundenen Ertragseinbußen der STAWAG können derzeit noch nicht quantifiziert werden. Neben erwarteten rückläufigen Absatz- und Durchleitungsmengen, insbesondere im Gewerbe- und Industriekundenbereich, bestehen auch höhere Risiken durch Forderungsausfälle. Gegenläufig können sich dagegen erhöhte Absatzmengen im Privatkundensegment, maßgeblich im Strombereich, auswirken. Da eine belastbare Einschätzung über den Geschäftsverlauf aktuell nicht möglich ist, beschränken sich nachfolgend aufgezeigte Mengenentwicklungen und finanzielle Kennzahlen auf die in der Wirtschaftsplanung 2020 zugrunde gelegten Planwerte. Aus vertrieblicher Sicht ist aufgrund von erwarteten Kundenverlusten im Privat- und Gewerbekundenbereich und einer Fokussierung auf kleine bis mittelgroße Abnehmer mit entsprechenden Renditeanforderungen im Strombereich ein Mengenrückgang gegenüber dem Vorjahr zu erwarten. Auch in der Gassparte ist von einem leichten Kundenrückgang auszugehen. Im Wasserbereich wird gegenüber dem Vorjahr mit einem nahezu eingeschwungenen Verbrauch bei gleichbleibendem Kundenstand gerechnet. Lediglich im Bereich Wärmecontracting ist aufgrund von Akquiseerfolgen im Geschäftsjahr 2019 ein Mengenzuwachs zu erwarten. Bei den Netzausspeisungen wird, bereinigt um entsprechende Witterungseffekte, im Strombereich eine weitgehend konstante Entwicklung erwartet. Für den Gasbereich ergibt sich infolge erwarteter zusätzlicher Erschließungsgebiete und einer zunehmenden Verdichtung des bestehenden Gasnetzes eine leicht ansteigende Netzausspeisung. Insgesamt wird

die operative Ertragskraft der STAWAG auch im Geschäftsjahr 2020 durch hohe Aufwendungen für die Altersversorgung infolge der anhaltenden Niedrigzinsphase, sowie durch Verluste im konventionellen Erzeugungsbereich belastet. Die STAWAG wird sich im Bereich der erneuerbaren Energien weiterhin engagieren, ihr hohes Know-how in der Projektentwicklung wirtschaftlich attraktiver Projekte im Bereich der Onshore-Windkraft und der Photovoltaik zu nutzen. Aufgrund der erwarteten wirtschaftlich negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie ist für das Geschäftsjahr 2020 davon auszugehen, dass der geplante Ergebnisbeitrag von rund 24,3 Mio. Euro voraussichtlich nicht in voller Höhe erreicht werden kann.

Finanzielle Kennzahlen

Kennzahl	Ist 2019	Plan 2020	Abweichung (%)
Umsatzerlöse (TEuro)	319.889	296.629	-7
EBITDA (TEuro)	-56	-3.263	-5.727
EBIT (TEuro)	-5.543	-9.187	-65
EBT (TEuro)	31.989	24.333	-24

Die STAWAG wird im Geschäftsjahr 2020 weiterhin das stetige Ziel verfolgen, die einzelnen Geschäftsfelder vor dem Hintergrund der sich zunehmend ändernden Marktbedingungen weiter zu entwickeln und zu optimieren. Neben der Fortsetzung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der Projektentwicklung sowie der Stabilisierung des vertrieblichen Stammgeschäftes liegt ein Schwerpunkt der STAWAG auf der Steuerung und Weiterentwicklung der Regionetz und auf der Nutzung weiterer Synergiepotenziale. Eine weiterhin positive Ergebnisentwicklung erwartet die STAWAG auch aus ihren wachsenden Geschäftsaktivitäten im Bereich der Rekommunalisierung und im energiewirtschaftlichen Kundenservice sowie im Prozess- und Dienstleistungsbereich. Die **regio iT** setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden auch weiterhin organisch zu wachsen. Auch Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit Partnern in kommunaler Trägerschaft steht die regio iT weiterhin offen gegenüber. Zum 1. Januar 2020 hat die regio iT den IT-Geschäftsbetrieb des Civitec Zweckverbandes für kommunale Informationstechnik im Wege eines Asset-Deals erworben. Civitec war als strategischer Partner und Kunde bereits bisher mit 1 Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT beteiligt, stockt im Gegenzug seine Anteile an der regio iT auf 18 Prozent der Geschäftsanteile auf. Die regio iT firmiert weiterhin unter dem im Markt etablierten Namen. Der Vertrag wurde am Freitag, dem 20. Dezember 2019 in Aachen notariell beurkundet. Als nun größter kommunaler IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen betreut die regio iT künftig mehr als 14 Mio. Einwohner in NRW direkt und indirekt mit Services. Die neue regio iT beschäftigt rund 630 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Unternehmenssitz in Aachen, in den Niederlassungen in Siegburg und Gütersloh sowie in vier weiteren Geschäftsstellen. Auch für den Markt der Informationstechnik wird von einem weiteren Wachstum ausgegangen. Mit einem voraussichtlichen

Umsatz von 95,4 Milliarden Euro und einem Wachstum von 2,7 Prozent im Jahr 2020 ist dieser nach wie vor Wachstumstreiber der ITK-Branche. Mit einem Volumen von 27,6 Milliarden Euro legt das Software-Segment voraussichtlich auch in 2020 kräftig zu und wird mit Abstand am meisten nachgefragt (+6,4 Prozent). Auch die IT-Services verzeichnen mit einem voraussichtlichen Plus von 2,4 Prozent ein ordentliches Wachstum auf ein Marktvolumen von 41,9 Milliarden Euro. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet weiterhin Chancen für die regio iT. Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen und -Technologien, ist die regio iT auf diese Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Stärkstes Wachstumsthema wird hierbei die digitale Transformation sein. In diesem Themenfeld investieren insbesondere auch die deutschen Behörden, denn es besteht immer noch Nachholbedarf. Experten gehen davon aus, dass sich mittels Digitalisierung die Aufwände für öffentliche Dienstleistungen bei Behörden und Bürgern um die Hälfte reduzieren ließen. Ein Engpassfaktor für das Wachstum ist jedoch nach wie vor der Fachkräftemangel. Grundlage der Markteinschätzung für 2019/2020 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM. Darüber hinaus ist die regio iT auch in 2020 bei innovativen und geförderten Forschungsprojekten in Konsortien vertreten. So beschäftigt sich die regio iT bereits seit rund drei Jahren mit den Entwicklungen rund um die Blockchain-Technologie (Distributed Ledger Technology), um Erfahrungen hinsichtlich möglicher Einsatzszenarien für Kommunen und kommunale Unternehmen zu sammeln und ihrem Kundenkreis entsprechende Lösungen anbieten zu können. Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und für die Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2020 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. Euro). Für das Geschäftsjahr 2020 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt/Applikationsbetrieb mit 79,5 Mio. Euro eine Steigerung von 28,3 Mio. Euro. Neue Produkte, bei denen Wachstumschancen gesehen werden, sind das Produkt Virtual Desktop Infrastructure (VDI), die Produkte im Bereich Intelligentes Messwesen für die Energieversorgungswirtschaft, die Full-Service-Dienstleistungen im Schulbereich, (Bürger-) Portallösungen/Digitalisierung im kommunalen Umfeld (Modellregionen). Zudem sind die Umsätze aus der Übernahme des operativen Geschäftsbetriebes bzw. der Kundenverträge des Civitec Zweckverbandes enthalten. Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung geht die regio iT bei einem geplanten Wert von 9,5 Mio. Euro Erlösen in etwa auf Vorjahresniveau aus. Auch weiterhin ist es das Ziel der regio iT, Umsätze aus Projektleistung und aus Beratung von mindestens ca. 10 Prozent des Gesamtumsatzes zu erwirtschaften. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen (2019) sowie umfangreichen Projekt-/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und über alle Kundengruppen hinweg, ist die regio iT optimistisch, dieses Umsatzniveau realisieren zu können. Treiber sind insbesondere Projekt-/Beratungsanfragen im Kontext der Digitalisierung von Kommunen (Modellregionen) und Schulen sowie Energie & Mobilität. Aufgrund des Zukunftspotenzials dieses Geschäftsfeldes und zur Unterstützung von Kommunen und Energieversorgern bei Smart-City-Projekten hat die regio iT Energie- & Mobilitätslösungen in einem eigenen Center gebündelt. Erkennbar ist, dass die Kunden entsprechende Budgets für den Weg der Digitalisierung eingeplant haben bzw. derzeit auch vielfältige Fördermittel bereitstehen. Zusammen mit Consultants wurden auch schon entsprechende Förderanträge mit konkreten Projektskizzen für

Landes-/Bundesmittel gestellt. Den vielfältigen Chancen im Kontext dieser Zukunftsthemen stehen aber auch Budgetrisiken entgegen, insbesondere bei der Fragestellung der Bewilligung der Fördermittel für die Kunden und damit auch mittelbar für die regio iT. Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft werden entsprechend den Marktprognosen mit 7,5 Mio. Euro etwas rückläufige Umsätze erwartet. IT-Hardware wird mehrjährig genutzt. Daher geht die regio iT, nach einem von hohen Einzelaufträgen geprägten Geschäftsjahr 2019, in etwa von Umsatzerlösen auf Basis kontinuierlicher Ersatzbeschaffungen auf Niveau der Vorjahre aus. Wesentlichste gegenläufige Kostenposition sind die Personalkosten. Hier wird eine Steigerung von 31,4 Mio. Euro auf 46 Mio. Euro erwartet. Diese Steigerung basiert im Wesentlichen aus der Übernahme der Beamten und der Angestellten des Civitec Zweckverbandes (Personalübergang). In der Folge erwartet die regio iT für 2020 eine Steigerung des Rohergebnisses von 47,7 Mio. Euro auf 67,3 Mio. Euro. Da die Leistungen des Civitec Zweckverbandes bisher überwiegend umsatzsteuerfrei waren, wurde mit dem Übergang der Kundenverträge auf die regio iT mit den Kunden eine schrittweise Überwälzung des Umsatzsteuersaldos in den kommenden Jahren vereinbart. In der Folge plant die regio iT für 2020 zunächst ein rückläufiges Ergebnis vor Steuern in Höhe von 1,7 Mio. Euro, welches somit um 1,5 Mio. Euro unter dem sehr guten Niveau des Berichtsjahres (3,2 Mio. Euro) liegt. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Lageberichtes wurden einschneidende Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus von der Bundesregierung aufgesetzt, die wahrscheinlich auch Einfluss auf das wirtschaftliche Ergebnis 2020 der regio iT haben werden. Derzeit konzentrieren sich die Aktivitäten der regio iT sehr stark auf die Stabilisierung des Betriebes. Weiterhin unterstützt regio iT die Kunden mit hoher Priorität dabei, ihren Mitarbeitern Homeoffice-Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Das für die regio iT wichtige Beratungs- und Projektgeschäft kann in dem geplanten Umfang derzeit und wahrscheinlich auch mittelfristig nicht durchgeführt werden. Sowohl eigene Ressourcen als auch kundenseitig stehen die Ressourcen wegen der veränderten Priorisierung nicht zur Verfügung. Auch von Dienstreisen und Projektsitzungen mit mehreren Personen wird Abstand genommen. Die wirtschaftlichen Folgen, die hiermit einhergehen, können derzeit nur schwerlich abgeschätzt werden, da das Ausmaß und die Dauer der Corona-Krise nicht absehbar sind. Im Gegenzug werden auch interne Projekte im Zusammenhang mit der erfolgten Fusion zeitlich verschoben, wodurch externe Dienstleistungskosten eingespart werden. Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen von Bestandskunden und nicht zuletzt die neu gewonnenen Kunden des Civitec Zweckverbandes mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen belegen diese Einschätzung. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass die geplanten wirtschaftlichen Ziele 2020 erreicht werden. Als Ergebnis der jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor. Das Beteiligungsergebnis der regio iT ist phasenverschoben. Für das Wirtschaftsjahr 2020 wird das anteilige Ergebnis in Höhe von 0,9 Mio. Euro des Jahresüberschusses des Geschäftsjahres 2019 erwartet. Für das Beteiligungsergebnis **gewoge** wurde in der Wirtschaftsplanung rund 0,2 Mio. Euro angenommen. Für die Vorscheurechnung wird davon ausgegangen, dass die Ausschüttung der Dividende 2019 auf Planniveau im Sommer 2020 erfolgt.

Chancen- und Risikobericht

Entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die erkannte Gefahren und Chancen in ihren Bereichen durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren. Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko-Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, zur Begrenzung und zur Minderung der Risiken abgeleitet. Die Risiken der E.V.A. sind aufgrund ihres Geschäftsmodells wenig operativ induziert. Diese liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG. Im Risikoportfolio der STAWAG zum 31. Dezember 2019 stellen die jährlichen Aufwendungen für den konventionellen Kraftwerksbereich unverändert eine große Belastung dar. So wurde die seit nunmehr vielen Jahren bestehende Drohverlustrückstellung aufgrund der zum Bilanzstichtag festgestellten Strompreisprognosen wieder um rund 2,4 Mio. Euro erhöht. Auch mittelfristig sind noch keine Preisindikatoren zu erkennen, die eine signifikante wirtschaftliche Verbesserung erwarten ließen. Beim Ausbau regenerativer Erzeugungsanlagen leistet die STAWAG mit ihrer 100-prozentigen Tochter STAWAG Energie seit Jahren einen positiven Beitrag und genießt für alle bereits erbauten Anlagen einen Bestandschutz hinsichtlich Einspeisevergütung. Auch unter den neuen Ausschreibungsbedingungen des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) möchte die STAWAG Energie neue Windparks entwickeln. Damit verbunden sind weiterhin die allgemeinen Risiken einer Projektentwicklung, wie beispielsweise die Verzögerung eines Genehmigungsprozesses, und bauherren-typische Risiken, wodurch die Projekte nicht in dem geplanten Zeitrahmen umgesetzt werden können. Die Vielzahl unterschiedlichster Projekte, in denen die STAWAG Energie erfolgreich tätig war, unterstreicht jedoch ihre Kompetenz, sodass die künftig hieraus zu erwartenden wirtschaftlichen Erfolge den Risiken übersteigen werden. Die anhaltend niedrigen Kapitalmarktzinsen begünstigen zwar weiterhin eine kurz- und langfristige Fremdkapitalaufnahme der STAWAG, führen im Gegenzug aber im Jahre 2019 und voraussichtlich auch in den nächsten Jahren noch immer zu erhöhten Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen bei der STAWAG, der FACTUR und der Regionetz. Diese wirtschaftliche Zusatzbelastung durch das prognostizierte Absinken des Rechnungszinssatzes ist in der aktuellen mittelfristigen Wirtschaftsplanung bis 2024 berücksichtigt. Ansonsten gehören die unbeeinflussbaren Wetterrisiken mit ihren positiven und negativen Effekten auf die Absatz- und die Einspeisemengen unverändert zum Geschäftsmodell der STAWAG-Gesellschaften. Auf der Kunden- und der Energieabsatzseite ist die STAWAG weiterhin der Gefahr von Kundenfluktuation und der Schwierigkeit der Neukundengewinnung ausgesetzt. Für die STAWAG bleibt strategisch bedeutend, unverändert an Konzessionsausschreibungen teilzunehmen, bisherige und neue Konzessionen zu übernehmen und ihr damit verbundenes Dienstleistungsgeschäft auszuweiten. Sie sieht hierin die Chance, ihr über die Regionetz

existierendes hohes Know-how im Kerngeschäft Netze bei anderen Kommunen einzubringen und nachhaltige Ergebnisbeiträge sicherzustellen. Dagegen rechnet die STAWAG aus dem Betrieb des Gasspeichers Epe aufgrund der hohen Verfügbarkeit von LNG-Importen in den nächsten Jahren nicht mit positiven Deckungsbeiträgen. Im Risikoportfolio der ASEAG zum 31. Dezember 2019 bewirken die aktuellen externen Zinsprognosen, die auch in den Planungsprämissen der Mittelfristplanung gewürdigt wurden, eine weiterhin erhebliche Ergebnisbelastung durch Anpassung der Pensionsrückstellungen. Dagegen konnten die Zusatzbelastungen aus dem im Jahr 2010 geänderten BilMoG bereits im Jahr 2017 abgeschlossen werden. Um insgesamt die Abhängigkeit von der Zinsentwicklung der Pensionsrückstellungen zu reduzieren, hat die ASEAG den Durchführungsweg für neu zu schaffende Altersvorsorge im Jahr 2016 geändert. Dies ermöglicht eine andere bilanzielle Darstellungsweise, ohne dass jedoch dadurch die letztendlich zu zahlende Altersvorsorge in der Höhe beeinflusst wird. Der für die ASEAG durch die Direktvergabe bestehende Bestandsschutz bis 2027 trägt auch darüber hinaus kein Risiko, sofern der politische Wille hierzu gegeben ist. Daran hindert auch nichts die aktuelle Rechtsprechung zur Inhouse-Vergabe nach § 108 GWB. Das Risiko der künftigen Werthaltigkeit der APAG-Beteiligung wird aufgrund der positiven Ergebnisentwicklung der letzten Jahre als eher gering angesehen. Das Kostenrisiko bei der Beauftragung der Subunternehmer, das aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz in 2012 entstanden war, ist entfallen, jedoch verbleibt das Risiko eines schleichenden, überproportionalen Kostenanstiegs, da die ASEAG in Zukunft mit einem deutlich stärkeren Tarifpartner zu verhandeln hat. Weitere wesentliche Risiken ergeben sich aus Umweltbelangen. Sie machen es erforderlich, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Neben der Einführung von Umweltzonen resultieren weitere Verschärfungen aus den Anforderungen des Luftreinhalteplans der Stadt Aachen, der im Jahr 2018 zu einem veränderten Nahverkehrsplan mit höheren abgasseitigen Anforderungen an die Fahrzeugflotte führte. Ob die inzwischen bereits überwiegend gemeinsam mit der Gesellschafterin Stadt Aachen umgesetzten Maßnahmen ausreichen (SCRT-Filter, vorgezogene Neubeschaffung u. ä.), um Dieselfahrverbote zu vermeiden, die aus einem laufenden Gerichtsverfahren der Stadt Aachen resultieren könnten, ist derzeit nicht final zu beantworten. Maßnahmen zur Reduzierung von Stickoxiden werden aktuell stark gefördert und die ASEAG nutzt diese Förderprogramme, um Kostenbelastungen für die Stadt und die ASEAG zu minimieren. Auch wenn sich die Zuschusssituation gemäß der aktuellen Rechtslage im Bereich Schülerförderungen verbessert hat, bleibt ein wesentliches Risiko der ASEAG weiterhin die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln, die in der Regel keiner Dynamisierung unterliegen und die die Notwendigkeit mit sich bringen, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete Maßnahmen zu kompensieren. Weiterhin besteht ein wesentliches Risiko bei der ASEAG in der zunehmenden Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die insbesondere nicht mehr im Fahrdienst eingesetzt werden können. Darüber hinaus bestehen für die ASEAG unverändert deutlich geringer bewertete Risiken, wie beispielsweise das Risiko des geänderten Kundenverhaltens bei der ÖPNV-Nutzung und der hieraus resultierenden Einnahmeverteilung durch den AVV. Die E.V.A. nimmt im Konzern Querschnittsfunktionen in Form von Dienstleistungen wahr, und ist darüber hinaus eine geschäftsführende Holding sowie eine steuerrechtliche Organträgerin. Damit trägt sie sämtliche steuerrechtliche Risiken aus den angeschlossenen Organgesellschaften, die sich aus den Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben. Für

er erkennbare Risiken aus Betriebsprüfungen wird durch Rückstellungsbildung rechtzeitig vorgesorgt. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer geworden sind, schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar. Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Entwicklung der Ergebnisse im Energiebereich der STAWAG und von den Verlusten im ÖPNV-Bereich der ASEAG bestimmt. Tendenziell besteht hieraus aufgrund der steigenden Verluste im ÖPNV-Bereich sowie der schwer zu haltenden Gewinne im Energiebereich die Gefahr einer Ergebnis- und Liquiditätsunterdeckung. Die Gesellschafterin der E.V.A. – die Stadt Aachen – hat daher schon vor mehreren Jahren finanzielle Unterstützungsmaßnahmen ergriffen und diese im Zuge eines langfristigen Finanzierungskonzeptes für die E.V.A. nochmals erweitert. Im Jahr 2016 flossen der E.V.A. aufgrund dessen zusätzliche finanzielle Mittel zur Eigenkapitalstärkung in Höhe von 14 Mio. Euro sowie Darlehensmittel aus einem Upstream-Darlehen der ASEAG in Höhe von 4,3 Mio. Euro zu. Außerdem leistet die Stadt Aachen seitdem regelmäßig die im Gesellschaftsvertrag verankerten Ausgleichszahlungen und dies nun schon im dritten Jahr sogar durch vorgezogene Zahlungen. Da die E.V.A. neben den Ausgleichszahlungen der Gesellschafterin auch noch neue Darlehen der ASEAG in Anspruch nehmen kann, sieht die E.V.A.-Geschäftsführung aktuell keine finanzwirtschaftlichen Risiken oder Risiken einer eigenkapitalmäßigen Unterdeckung. Kurzfristig kann sich die E.V.A. weiterhin aus der vorhandenen Liquidität sowie über den konzerninternen E.V.A.-Cash-Pool finanzieren. Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt, dass die Gesellschafterin – die Stadt Aachen – mit dem verabschiedeten Finanzierungskonzept den langfristigen Fortbestand der E.V.A. gesichert hat und am Konzept des steuerlichen Querverbundes festhalten möchte. Sie stellt der E.V.A. hierzu eine angemessene und erforderliche Kapital- und Liquiditätsausstattung bereit. Insofern ist die Risikolage der E.V.A. entschärft, wird jedoch weiterhin einer regelmäßigen Prüfung unterzogen. In Zukunft kommt es verstärkt darauf an, dass das im Finanzierungskonzept begründete Gleichgewicht zwischen ÖPNV-Verlusten und Energiegewinnen erhalten bleibt oder die gemeinsame Gesellschafterin zusätzliche Mittel in angemessener Höhe bereitgestellt. Konkretisierte Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt. Darüber hinaus sind wesentliche Risiken außerdem in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften eingearbeitet.

Energie- und Wasser-Versorgung Gesellschaft mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Energieversorgung und Wasserversorgung in der Städte-Region Aachen und in benachbarten Gebieten, die Errichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art und die Betriebsführung von Wassergewinnungs- und Versorgungsunternehmen, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen und die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art sowie die unmittelbare und mittelbare, rechtliche und tatsächliche Beteiligung an und Innehabung von allen damit im Zusammenhang stehenden Anlagen, Einrichtungen und dazugehöriger Infrastruktur, insbesondere Versorgungsnetzen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder zwei Geschäftsführer. Sind zwei Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein.

Aufsichtsrat:

Gemäß § 10 des Gesellschaftsvertrages der EWV besteht der Aufsichtsrat aus 21 Mitgliedern. Die StädteRegion Aachen entsendet den Städteregionsrat der StädteRegion Aachen oder einen von ihr vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten und ein weiteres Mitglied, welches Mitarbeiter der Städteregionsverwaltung oder Mitglied des Städteregionstages sein kann.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung ist als beschließendes Organ in allen Angelegenheiten der Gesellschaft zuständig, so weit nicht durch das Gesetz oder durch den Gesellschaftsvertrag die Zuständigkeit eines anderen Organs der Gesellschaft begründet ist. Jeder Gesellschafter entsendet bis zu zwei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Die Vertreter eines jeden Gesellschafters können jeweils nur einheitlich abstimmen.

Beirat:

Gemäß § 12 des Gesellschaftsvertrages der EWV wird zur Beratung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates in wichtigen Angelegenheiten ein Beirat gebildet. Die Mitglieder des Beirates werden

von der Gesellschafterversammlung unter besonderer Berücksichtigung der von der Gesellschaft versorgten Gebietskörperschaften berufen. Vorsitzender des Beirates ist der Hauptverwaltungsbeamte der StädteRegion Aachen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Dipl.-Wirt. Ing. Manfred Schröder

Vertretung der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Dr. Tim Grüttemeier	Städteregionsrat
Axel Wirtz	Städteregiontagsmitglied

Vertretung der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Axel Hartmann (bis 31.01.2019)	Allg. Vertretung d. Städteregionsrates
	Gregor Jansen (ab 01.02.2019)	Allg. Vertretung d. Städteregionsrates
Vertretung:	Gregor Jansen (bis 31.01.2019)	Dezernent
	Stefan Jücker (ab 01.02.2019)	Dezernent

Vertretung der StädteRegion im Beirat:

Axel Wirtz	Städteregiontagsmitglied
------------	--------------------------

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52222 Stolberg

gezeichnetes Kapital: 18.151.450,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Innogy SE	9.750.450,00	53,717
Stadt Stolberg	2.591.650,00	14,278
Stadt Eschweiler	2.394.150,00	13,190
StädteRegion Aachen	1.679.300,00	9,252
Kreis Heinsberg	687.950,00	3,790
Stadt Alsdorf	395.750,00	2,180
Stadt Würselen	358.350,00	1,974
Stadt Baesweiler	181.550,00	1,000
Kreis Düren	105.300,00	0,580
Gemeinden Roetgen, Simmerath /Stadt Monschau	je 1.050,00	je 0,006
Stadt Heinsberg, Gemeinden Aldenhoven, Inden u. Langerwehe, Stadt Linnich, Gemeinde Niederzier, Stadt Geilenkirchen	je 550,00	je 0,003
	18.151.450,00	100,000

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in T€	Anteil in %
Regionetz GmbH , Aachen	269.214	49,20
Wärmeversorgung Würselen GmbH	1.506	100,00
GREEN GmbH, Stolberg	731	39,16
Green Solar Herzogenrath GmbH	3.854	45,00
EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH	32	45,00
EWV Baesweiler GmbH & Co. KG	2.165	45,00
Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH	5.587	55,10
Windpark Paffendorf GmbH & Co. KG	2.120	49,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2017	2018	2019
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	146.528.583	148.992.108	154.395.612
I. Imm. Vermögensgegenst.	563.906	537.942	441.363
II. Sachanlagen	13.040.273	13.267.314	13.767.069
III. Finanzanlagen	132.924.404	135.186.852	140.187.180
B. Umlaufvermögen	26.122.959	43.602.675	42.632.752
I. Vorräte	17.783	20.822	51.002
II. Forderungen u. sonst. VG	25.410.989	42.556.987	42.058.804
III. Kassenbestand, Guthaben	694.188	1.024.866	522.946
C. Rechnungsabgrenzungsposten	207.022	154.510	723.908
Bilanzsumme Aktiva	172.858.565	192.749.292	197.752.273
A. Eigenkapital	49.346.516	53.527.389	55.804.861
I. Gezeichnetes Kapital	18.151.450	18.151.450	18.151.450
II. Kapitalrücklage	7.045.124	7.045.124	7.045.124
III. Andere Gewinnrücklagen	10.665.000	11.135.000	11.815.000
IV. Gewinnvortrag	10.198	14.942	15.815
V. Jahresüberschuss	13.474.744	17.180.873	18.777.473
B. Rückstellungen	65.071.158	61.939.133	65.827.623
C. Verbindlichkeiten	58.403.377	77.252.011	75.565.439
D. Rechnungsabgrenzungsposten	37.514	30.759	554.349
Bilanzsumme Passiva	172.858.565	192.749.292	197.752.273

Gewinn- und Verlustrechnung:	2017	2018	2019
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse (inkl. Stromsteuer)	262.859.137	256.856.735	260.584.938
Erträge aufgr. Gewinnabf.vertrages	4.401.610	0	0
Erträge aus Beteiligungen	793.570	9.593.949	15.503.415
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	387.665	571.852	155.632
Sonstige betriebliche Erträge	3.179.276	3.721.437	2.210.334
Materialaufwand	199.086.060	194.897.846	197.234.451
Personalaufwand	19.315.642	20.204.571	21.735.853
Abschreibungen	2.534.021	2.717.492	2.768.382
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.196.292	4.995.863	5.127.402
Sonstige betriebliche Aufwendungen	26.412.355	24.899.544	28.010.864
Steuern vom Einkommen und Ertrag	6.478.388	5.478.027	4.432.238,11
Jahresüberschuss	13.474.744	17.180.873	18.777.473

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiter/innen (Ende Gj.)	225	227	238
Leistungskennzahlen	2017	2018	2019
Umsatzrendite	5,1 %	6,7 %	7,2 %
Eigenkapitalrendite	27,3 %	34,8 %	35,1 %
Anlagenintensität	84,7%	77,3 %	78,1 %
Cash-Flow aus lfd. Geschäftstätigkeit	12.900.000 €	-900.000 €	10.300.000 €

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn der EWV fließt der StädteRegion Aachen jeweils in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 9,252 % zu. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen sind nicht zu nennen.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgabe der EWV ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die EWV Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber in der Region. Die EWV hat sich im Geschäftsjahr 2019 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäft und Rahmenbedingungen

Unternehmensgegenstand

Die EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH (EWV) ist ein regionaler Energiedienstleister und versorgt ca. 180.000 Privathaushalte und Unternehmen in der Städteregion Aachen sowie den Kreisen Düren und Heinsberg mit Strom, Erdgas, Fernwärme, Trinkwasser und Energiedienstleistungen. Darüber hinaus liefert EWV Strom und Gas an Privat- und Geschäftskunden in weiten Teilen Deutschlands.

Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der EWV

Die EWV steht u.a. als Grundversorger für eine sichere und zuverlässige Energieversorgung. Als regionaler Energieversorger in der Städteregion Aachen und in den Kreisen Düren und Heinsberg kennt die EWV die Bedürfnisse ihrer Kunden. Das Versorgungsangebot für Privatkunden, Industrie, Gewerbe, Handel und Kommune geht weit über die Belieferung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme hinaus, denn auch im Dienstleistungsbereich ist die EWV breit aufgestellt. Mit jährlich rund 400 Sponsorings für Vereine oder Institutionen engagiert sich die EWV aktiv in der Region und bietet als wichtiger Arbeitgeber rund 250 Arbeitsplätze. Die moderne und verlässliche Energieversorgung sichert die Regionetz GmbH mit ihren circa 560 Mitarbeitern. Sie kümmert sich um die Betreuung und den Ausbau der Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmenetze und ist der größte Netzbetreiber in der Region. Die EWV ist zu 49,2 Prozent an der Regionetz beteiligt und für die kaufmännische Betriebsführung zuständig. Aus dieser Beteiligung erzielt die EWV Erträge über den Ergebnisabführungsvertrag im Wege einer Ausgleichszahlung. Die EWV ist ebenfalls ein wichtiger Partner für das Verbandswasserwerk Aldenhoven (VWA) und das Städtische Wasserwerk Eschweiler (StWE). Beide Gesellschaften werden von der EWV betriebsgeführt. Neben der Trinkwasserversorgung beliefert das StWE zusätzlich kommunale Objekte in Eschweiler mit Wärme. Für die Wärmeversorgung in Würselen sorgt die EWV mit ihrer 100-prozentigen Tochter, der Wärmeversorgung Würselen GmbH (WVW). Auch hier führt die EWV im Rahmen einer kaufmännischen Betriebsführung die Geschäfte. Das gleiche gilt für die EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH und die EWV Baesweiler GmbH & Co. KG, die die Menschen in Baesweiler mit Strom und Wärme versorgt. Klimaschutz wird bei der EWV groß geschrieben und deshalb treibt sie den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region aktiv voran. Hierzu wurde zusammen mit kommunalen Anteilseignern und privatrechtlichen Gesellschaftern die GREEN Gesellschaft für regionale Energie mbH gegründet. Mit der Gründung der Projektgesellschaften GREEN Solar Herzogenrath GmbH (2012), an der die EWV mit 45% beteiligt ist, und der 5%-Beteiligung an der RUR-ENERGIE GmbH (RURENERGIE) in 2014 wurde das Geschäftsfeld im Bereich der regenerativen Energien erweitert. Die EWV ist auch überregional im Bereich der regenerativen Energien aktiv. Dies geschieht über ihre 6,58-prozentige Beteiligung an der Green GECCO Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (Green GECCO). Seit 2016 ist die Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH in Stolberg eine weitere Beteiligung der EWV in Höhe von 59,2 Prozent, die auch von der EWV betriebsgeführt wird. In 2019 beteiligte EWV sich zu 49 % am Windpark Paffendorf in Bergheim, 51 % werden von der Stadtwerke Bergheim GmbH gehalten. Die beiden Windräder drehen sich seit März 2018 mit einer installierten Gesamtleistung von 6,6 Megawatt. Zusammen erzeugen die Anlagen Strom für rund 5.000 Haushalte jährlich. Ebenso erbringt die EWV seit Anfang 2019 die kaufmännische Be-

triebsführung für die zugehörigen Gesellschaften (Windpark Paffendorf GmbH & Co. KG und Windpark Paffendorf Verwaltungs GmbH). Mit Blick auf die Unternehmensstrategie der EWV ist das vorliegende Projekt ein klassisches Beispiel für die zielgerichtete Erweiterung des Geschäftsfeldes im Bereich der erneuerbaren Energien und des Ausbaus des energienahen Dienstleistungsgeschäfts für kaufmännische Betriebsführungen. Auch beim Thema Beleuchtung setzen die Kommunen in der Region ihr Vertrauen in die EWV. In Alsdorf, Baesweiler, Stolberg und Eschweiler, Ortsteil Weisweiler, werden die öffentlichen Beleuchtungsanlagen durch die EWV betrieben.

Wirtschaftsbericht

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft

Die globale Wirtschaftsleistung stieg 2019 nach ersten Schätzungen um ca. 2,5 % über das Vorjahresniveau an. Das Bruttoinlandsprodukt in der Eurozone dürfte sich im vergangenen Jahr, insbesondere aufgrund der weiterhin niedrigen Zinsen und des stärkeren Konsums, voraussichtlich um knapp über 1 % erhöht haben. Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wird wahrscheinlich des Währungsraumes ist wegen ihrer Exportabhängigkeit in hohem Maße von den internationalen Handelskonflikten betroffen gewesen.

Entwicklungen in der Energiewirtschaft

Witterung

Die Witterung spielt für die Energienachfrage und für die regenerative Erzeugung unseres Unternehmens eine wesentliche Rolle. Im vergangenen Jahr lagen die Durchschnittstemperaturen in Deutschland unterhalb der Werte des Vorjahres, jedoch deutlich oberhalb des langjährigen Mittelwertes. Das Windaufkommen befand sich 2019 über dem Vorjahreswert und wesentlich über dem langjährigen Mittel. Die solare Einstrahlung lag im Jahresverlauf unterhalb der des Vorjahres, sowie knapp unterhalb der Einstrahlung des langfristigen Mittels.

Strom- und Gasnachfrage

Vorläufige Berechnungen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) lassen darauf schließen, dass sich der Stromverbrauch in Deutschland 2019 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um ca. 2 % verringert hat. Zu den wesentlichen Gründen für diesen Rückgang zählen die konjunkturelle Abschwächung und die damit verbundenen Produktionsrückgänge in der Industrie, sowie ein immer effizienterer Einsatz von Energie. Die deutsche Gasnachfrage lag, nach Schätzungen des BDEW, mit voraussichtlich gut 4 % über dem Wert des Vorjahres. Hauptursache für diesen Anstieg war der deutlich angestiegene Einsatz von Erdgas in der Stromerzeugung.

Strompreise

Die Spotpreise an der Großhandels-Börse EEX sind im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt gesunken und verringerten sich um 15 % auf rund 38 €/MWh (Base-Kontrakt) bzw. um 16 % auf rund 41 €/MWh (Peak-Kontrakt). Die starke Verbilligung von Kohleimporten und das niedrige Preisniveau im Gashandel sind als Haupteinflussfaktoren des Rückgangs zu nennen. Die Preise im Endkundengeschäft folgen der Entwicklung am Großhandelsmarkt typischerweise mit Zeitverzug und waren noch stark durch das höhere Großhandelspreisniveau des Jahres 2018 geprägt. Die Preise für

Haushaltskunden und Industrieunternehmen erhöhten sich im vergangenen Jahr jeweils um rund 3 %.

Gaspreise

Der Preis für Gasimporte nach Deutschland (BAFA-Preis) betrug 2019 rund 16 €/MWh und lag damit 17 % unter den Preisen des Jahres 2018. Die Preise am niederländischen Spotmarkt TTF, dem kontinentaleuropäischen „Leitmarkt“, lagen mit einem Durchschnittswert von rund 13,6 €/MWh etwa 41 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Wesentliche Rollen dabei spielten der gefallene Heizgasbedarf aufgrund des milden Winters sowie das deutlich gestiegene Angebot an verflüssigtem Erdgas (LNG) auf dem europäischen Gasmarkt. Auch beim Gas folgen die Endkundenpreise den Großhandelspreisen mit einem gewissen Zeitversatz. Haushalts- und Industriekunden mussten in 2019 durchschnittlich jeweils ca. 8% weniger bezahlen als noch im Jahr 2018.

Wichtige Ereignisse des Jahres

Vision und Leitbild

EWV lebt fortgesetzt das in 2015 neu gestaltete Strategiepapier für die Unternehmensgruppe. Die Vision und das Leitbild fokussieren sich auf die Schwerpunkte Kunden, Produkte, Gemeinschaftsleistung, Mitarbeiter, Arbeitgeber sowie Klima- und Umweltschutz.

Konzession

In 2019 hat die EWV Interessenbekundungen zur Beteiligung an Konzessionsverfahren abgegeben und entsprechende Angebote platziert. Die jeweiligen Vergabeverfahren sind bis zum heutigen Tag noch nicht abgeschlossen.

Ladeinfrastruktur für Elektromobilität in der StädteRegion

Aktuell betreibt EWV in ihrem Versorgungsgebiet mittlerweile 49 Stromladesäulen mit 98 Ladepunkten. Mit dem Ausbau des Ladesäulennetzes liefert die EWV einen weiteren wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Infrastruktur im Bereich der E-Mobilität in der StädteRegion. Die vertriebliche Produktpalette wurde in diesem Zusammenhang um Angebote rund um E-Mobilität erweitert.

Kooperation mit der Stadt Alsdorf

Die Stadt Alsdorf hat mit der EWV einen Gas-Konzessionsvertrag und mit der RWE Deutschland AG (der Rechtsvorgängerin der heutigen innogy Westenergie GmbH) einen Strom-Konzessionsvertrag geschlossen. Die beiden Konzessionsverträge enthalten Rechtsnachfolgeklauseln, die es dem jeweiligen Konzessionsnehmer ermöglichen, die Rechte und Pflichten aus dem Konzessionsvertrag mit Zustimmung der Stadt Alsdorf auf einen Dritten zu übertragen. Vor diesem Hintergrund wurde der Betrieb des Strom- und des Gasnetzes auf die Regionetz übertragen. Beide Konzessionsverträge enthalten jeweils mit Ablauf des zehnten Jahres ein vertraglich vereinbartes Sonderkündigungsrecht. Die Stadt Alsdorf hat im Stadtrat beschlossen, zwei Varianten eingehend zu prüfen: 1.) Ob dieses Sonderkündigungsrecht ausgeübt und ggf. auch ein Vergabeverfahren zur Suche eines strategischen Partners zum Einstieg in die energiewirtschaftliche Betätigung (Gründung eines Voll-Stadtwerks) gestartet werden soll. 2.) Ob stattdessen ein Kooperationsmodell mit EWV/Regionetz ausgehandelt

werden kann. Vor diesem Hintergrund beabsichtigen sowohl EWV als auch die Regionetz, die energiewirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Stadt Alsdorf langfristig zu festigen. Zu diesem Zweck bietet die Regionetz der Stadt Alsdorf ein Kooperationsmodell mit der rechtlich gesicherten Option an, sich an der in 2019 gegründeten Netzeigentumsgesellschaft „Alsdorf Netz GmbH“ mit 49,9 % direkt oder durch eine städtische Beteiligungsgesellschaft zu beteiligen.

Fusion innogy und E.ON

Die EU-Kommission hat am 18. September 2019 die Freigabe zur Übertragung der RWE gehaltenen Aktien an der innogy SE, die mit 53,7 % größter Anteilseigner der EWV ist, auf die E.ON SE erteilt. Damit kann eines der größten Tauschgeschäfte in der deutschen Energiewirtschaft starten. Das alte Geschäftsmodell der beiden Unternehmen, das von der Erzeugung in Großkraftwerken über den Transport bis zum Verkauf in Gebietsmonopolen reichte, ist durch die Liberalisierung des Strommarkts und die Energiewende stark ins Wanken geraten. E.ON hatte deshalb zunächst seine Kohle- und Gaskraftwerke abgegeben, RWE gliederte seine erneuerbaren Energien, die Netze und das Endkundengeschäft in die Tochter innogy aus. Beide Maßnahmen dienten der Stabilisierung und dem Ausbau des Geschäfts. E.ON will sich somit auf den Transport von Strom und Gas sowie den Verkauf von Energie und Dienstleistungen konzentrieren. RWE soll schrittweise vom Braunkohleverstromer zum Ökostrom-Anbieter werden. Mit Schreiben vom 26. September 2019 hat innogy SE die Mitteilung gemäß § 21 Abs. 2 AktG an die EWV Geschäftsführung gerichtet.

Neuorganisation EWV GmbH – Projekt „Zukunft“

2019 wurde das Projekt Zukunft der EWV abgeschlossen. Am 1. September ist die neue Organisation erfolgreich an den Start gegangen. Der Fokus im Projekt wurde auf die Zukunftsthemen im Tagesgeschäft gelegt, flankiert durch eine sinnvolle Neuordnung der Zuständigkeiten. Unter anderem wurden die Funktionen Strategie bzw. Unternehmensentwicklung, Betriebsführungs- und Beteiligungsmanagement sowie die IT-Abteilung näher an die Geschäftsführung angebunden. Die EWV besteht nun aus drei Bereichen: Strategie, Vertrieb und kaufmännische Services. Vor allem regionale Energieversorger sind von Veränderungsprozessen betroffen, insbesondere der Wertewandel auf der Kundenseite und der durch die Digitalisierung bedingte technologische Wandel sind hier die wesentlichen Treiber. Auch den regulatorischen Wandel, die dezentrale Erzeugung und den Aufbau neuer Geschäftsfelder hat die EWV im Blick. Mit der neuen Organisation ist die EWV für diese Herausforderungen gut aufgestellt.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung des operativen Geschäfts der EWV werden verschiedene Kennzahlen genutzt. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen insbesondere die Umsatzerlöse, das Jahresergebnis und die Investitionen. Die Umsatzerlöse werden beeinflusst durch Mengen- und Preiseffekte. Während die Preise unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen von der Gesellschaft beeinflusst werden können, entzieht sich die Mengenkomponente je Kunde weitestgehend dem Einfluss der EWV und wird vor allem durch Konjunktur und Witterung determiniert. Jahresergebnis: Die Kennziffer ist definiert als Jahresüberschuss nach Steuern. Das Jahresergebnis beträgt in 2019 18,8 Mio. € gegenüber 17,2 Mio. € im Vorjahr. Die Entwicklung des Jahresergebnisses ist demnach höher als dies in der Prognose

se des Vorjahres (14,6 Mio. €) geplant war. Investitionen: EWV investierte in 2019 9,0 Mio. € (Vorjahr 8,4 Mio. €, geplant waren in 2018 für 2019 4,9 Mio. €). Im Bereich Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden 0,7 Mio. € aktiviert. Für den Bereich Energiedienstleistungen wurden 1,3 Mio. € in Contracting-Anlagen investiert. Entgegen der ursprünglichen Planung wurden in den Finanzinvestitionen zusätzliche 2,6 Mio. € als Anschaffungsnebenkosten für die Regionetz getätigt. Darüber hinaus wurde in Höhe von 3,0 Mio. € eine Beteiligung an der Windpark Paffendorf GmbH & Co. KG erworben. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren kommen aus dem nicht finanzbezogenen Bereich. Hier steuert die EWV den Vertrieb insbesondere über die Absatzmengen an Strom und Gas. In 2019 hat die EWV 761 GWh Strom (Vorjahr 835 GWh, geplant waren in 2018 für 2019 753 GWh) und 1.563 GWh Gas (Vorjahr 1.567 GWh, geplant waren in 2018 für 2019 1.493 GWh) abgesetzt.

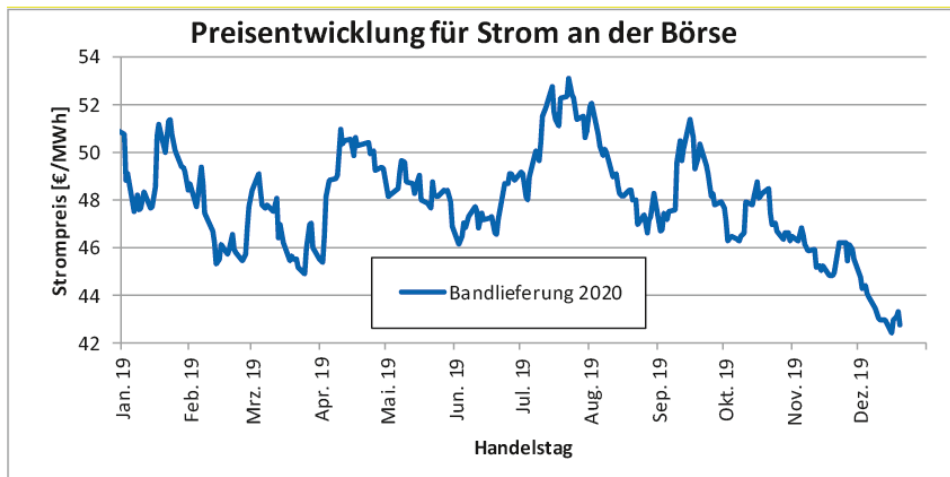
Umsatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2019 belaufen sich auf 260,6 Mio. € (Vorjahr: 256,9 Mio. €, jeweils nach Abzug von Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 136,4 Mio. € (Vorjahr 136,2 Mio. €) und auf den Erdgasverkauf 76,6 Mio. € (Vorjahr: 77,7 Mio. €) sowie 2,9 Mio. € (Vorjahr: 2,9 Mio. €) auf die Wärmeversorgung und das Contracting. Mit dem assoziierten Verteilnetzbetreiber wurden 28,3 Mio. € (Vorjahr: 26,4 Mio. €) an Pachtentgelten, Konzessionsweitergaben und Dienstleistungserlösen erzielt. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 16,3 Mio. € (Vorjahr: 13,7 Mio. €). Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiterberechneten Betriebsaufwendungen sowie Investitionskosten, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen, dem Dienstleistungsgeschäft und der Auflösung von Baukostenzuschüssen. Die Umsatzerlöse liegen um 4,8 Mio. € über der Prognose des Vorjahres (255,8 Mio. €).

Entwicklung im Stromsegment

In den ersten 3 Quartalen des Jahres 2019 war bei den Großhandelspreisen für Strom ein Seitwärtstrend zu erkennen. Das Jahresband 2020 bewegte sich in diesem Zeitraum meistens zwischen 46 und 52 €/MWh, wobei diese beiden Preismarken häufiger getestet wurden, aber nur kurzzeitig unterschritten bzw. übertroffen werden konnten. Ab Mitte September fielen die Preise dann aber bis zum Jahresende, so dass im Dezember die tiefsten Notierungen seit August 2018 zu verzeichnen waren. In weiten Teilen des Jahres haben sich die preisstärkenden Faktoren und die preissenkenden Faktoren kompensiert. So standen den fallenden Gas- und Kohlepreisen steigende CO₂-Preise gegenüber. Auch globale wirtschaftliche und politische Entwicklungen haben nicht zu länger andauernden eindeutigen Einschätzungen an den Märkten geführt. Hier sind insbesondere die Verhandlungen rund um den Brexit sowie der Handelskonflikt zwischen China und den USA zu nennen. Zum Jahresende hin haben sich dann jedoch die preissenkenden Faktoren durchgesetzt, wobei hier die verbesserte Angebot/Nachfrage – Situation unterstützend wirkte. Analog der Beschaffungsstrategie der EWV wurden für das Jahr 2019 insgesamt 95 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 7 verschiedenen Lieferanten abgeschlossen.

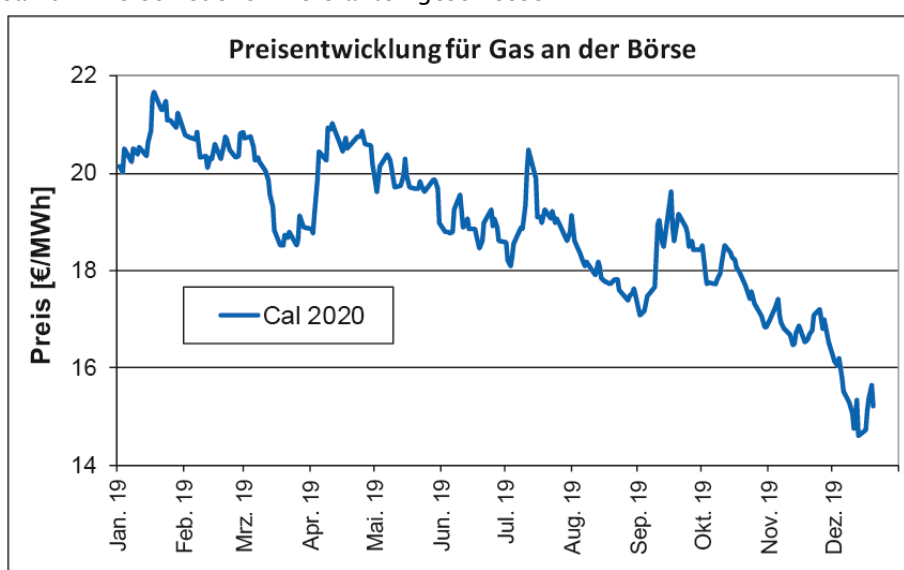
Die folgende Grafik zeigt den Jahresverlauf des Base-Produktes (Bandlieferung) für das Jahr 2020, gehandelt in 2019.



In 2019 erfolgten zwei notwendige Preiserhöhungen (01.01./01.03.) für Privatkunden und kleinere Gewerbekunden im Stammgebiet der EWV in unterschiedlichen Produktkategorien. Diese führten erwartungsgemäß zu Kundenabwanderungen. Kundenbewegungen werden auch weiterhin durch den intensiven Wettbewerb in den unterschiedlichen Vertriebskanälen unvermeidlich sein. Ein großes Portfolio an Kundenbindungsmaßnahmen wie z.B. Förderprogramme und der intensive Einsatz von Außendienstmitarbeitern führte zu einer Begrenzung der Kundenverluste. Auch haben einige Händlerinsolvenzen in 2019 zu einer Stabilisierung des Kundenbestands beigetragen. Zudem konnten mit 81 verkauften PV-Anlagen einige Kunden auf regenerative Energien überführt werden. Im Ergebnis konnte aber nicht verhindert werden, dass im Saldo mehr Kundenverluste zu verzeichnen waren. Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation (Preisdruck) und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt. Die Geschäftskunden-Positionierung mit der Marke „energyline“, unter der das gesamte Beratungs- und Dienstleistungsportfolio sowie die Produkte für den Commodity-Bereich zusammengefasst sind, wird weiter intensiv am Markt etabliert. Das über die Marke transportierte Image und die Leistungsspektren sollen insbesondere die weitere Ausrichtung im Energiedienstleistungsgeschäft stützen. Insgesamt stabilisiert sich das Gewerbe- und Geschäftskundensegment. Die enge Verzahnung des Commodity-Geschäfts mit dem Dienstleistungsgeschäft wird weiter vorangetrieben. Im Strom liegt die Absatzmenge an Endkunden 2019 bei 761 GWh und damit unter der Abgabemenge des Vorjahres (835 GWh inkl. periodenfremder Effekte). Die Abweichung resultiert vor allem durch den Rückgang von rd. 38 GWh (inkl. periodenfremder Effekte) im Key Account Segment sowie rd. 24 GWh im Bereich Haushaltskunden. Die Stromabsatzmenge verteilt sich im Wesentlichen mit 209 GWh auf private Haushalte, 91 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 461 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Gegenüber der Prognose aus 2018 für 2019 wurden 8 GWh mehr abgesetzt, die i.W. aus Kundenzugängen im Key Account Segment und – gegenüber der Prognose – geringeren Kundenverlusten durch die vorgenommenen Preisanpassungen im Haushaltskunden-Segment resultieren. Der Stromabsatz wurde dabei zu rund 71 % über innogy SE und zu 29 % über fremde Händler beschafft.

Entwicklung im Erdgassegment

Die Preise für Erdgas am Großhandelsmarkt sind im Jahresverlauf deutlich gefallen. Bei im Vergleich zum Vorjahr höherer Volatilität sind die Gaspreise in der ersten Jahreshälfte moderat gesunken. Im Zeitraum September bis Mitte Dezember sind die Notierungen dann aber um rund 5 €/MWh nochmals deutlich gefallen. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen eine entspannte Angebotssituation in Verbindung mit sehr hohen Speicherfüllständen sowie eine gesamtwirtschaftlich eingetrübte Konjunktur. Die Korrelation des Gaspreises zum Rohölpreis war dieses Jahr insgesamt gering. Der weiterhin in Diskussion befindliche Ausstiegspfad aus der Kohleverstromung und eine unkritische Versorgungssituation bei Kohle sorgen gleichermaßen nicht für eine Preisbelebung bei Gas. Langfristig sollten sich aufgrund des geplanten Ersatzes von Kohle- und Gaskraftwerken sowie steigender Konjunkturerwartungen ab 2021 die Gaspreise wieder stabilisieren. Analog der Beschaffungsstrategie der EWV wurden für das Gaswirtschaftsjahr 2019/20 (01.10. bis 30.09. des Folgejahres) insgesamt 31 Einzelverträge mit unterschiedlich großen Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 11 verschiedenen Lieferanten geschlossen.



Zur Kompensation gestiegener Kostenbestandteile wurde im Privatkunden- und kleineren Gewerbe-kundensegment eine Preiserhöhung zum 01.10.2019 vorgenommen. Ähnlich wie im Strombereich konnten die dadurch bedingten Kundenverluste trotz Reakquisen, Neukundengewinne bei Wechseln, maßgeschneiderter Förderprogramme und Kundengewinne durch die externe Marke enerSwitch nicht kompensiert werden. Erfreulicherweise konnte die Zahl der verkauften Wärmecontractinganlagen auf den Rekordstand von rd. 180 Anlagen gebracht werden. Im Kundensegment Geschäftskunden bleibt es bei einem intensiven Wettbewerb. Die Akquise von Kunden außerhalb des lokalen Umfelds wird zunehmend erfolgreicher. Im angestammten Gebiet ist es das Ziel, eine Balance zwischen Kundenverlusten und Kundenzugewinnen bei den Gaskunden zu erreichen. Dies ist in 2019 nur zum Teil gelungen. Die Erdgasabsatzmenge 2019 liegt mit rund 1.563 GWh insgesamt 4 GWh unter der des Vorjahres (1.567 GWh). Die Mengenabweichung resultiert überwiegend aus Kundenverlusten im Haushaltskunden-Segment. Der Mengenrückgang wird zu großen Teilen durch Kundengewinne im Bereich Key Account Kunden kompensiert. Gegenüber der Prognose aus 2018 für 2019 wurden +70

GWh mehr abgesetzt, die i.W. aus Kundezugängen im Key Account Segment resultieren. Der Gasabsatz wurde dabei zu rund 27 % über innogy SE und zu 73 % über fremde Händler beschafft.

Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2019 schließt mit einem Jahresüberschuss i.H.v. 18,8 Mio. € (Vorjahr: 17,2 Mio. €). Im Verhältnis zur Planung i.H.v. 14,6 Mio. € konnte demnach ein um 4,2 Mio. € höheres Ergebnis erzielt werden. Die Ertragslage des Geschäftsjahres 2019 wurde gegenüber der ursprünglichen Planung insbesondere durch das Beteiligungsergebnis der Regionetz (+5,0 Mio. €) beeinflusst. Die auf die wesentlichen Posten reduzierte Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2019		2018		Veränderung	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	260.585	100,0%	256.856	100,0%	3.729	1,5%
Materialaufwand	-197.234	-75,7%	-194.898	-75,9%	-2.336	-1,2%
Rohergebnis	63.351	24,3%	61.958	24,1%	1.393	2,2%
Andere betriebliche Erträge	2.241	0,9%	3.724	1,4%	-1.483	-39,8%
Personalaufwand	-21.736	-8,3%	-20.205	-7,9%	-1.531	-7,6%
Andere betriebliche Aufwendungen	-31.192	-12,0%	-28.006	-10,9%	-3.186	-11,4%
Betriebsergebnis	12.663	4,9%	17.471	6,8%	-4.808	-27,5%
Beteiligungsergebnis	15.503	5,9%	9.594	3,7%	5.909	61,6%
Zinsergebnis	-4.957	-1,9%	-4.408	-1,7%	-549	-12,5%
Steuerergebnis	-4.432	-1,7%	-5.478	-2,1%	1.046	19,1%
Jahresüberschuss	18.777	7,2%	17.180	6,7%	1.597	9,3%

Die Umsatzerlöse nahmen um 1,5% bzw. 3,7 Mio. € auf 260,6 Mio. € ab; im Verhältnis zur Planung i.H.v. 255,8 Mio. € ergab sich eine Zunahme i.H.v. 4,8 Mio. €, insbesondere bedingt durch höhere Betriebsführungserlöse von 1,6 Mio. € und einen Anstieg des weiteren Dienstleistungsgeschäfts um 1,9 Mio. €. Im Gasgeschäft zeigen sich sowohl Preis- als auch Mengeneffekte, welche dazu führen, dass die Gaserlöse von 77,6 Mio. € um 1,0 Mio. € (1,3%) auf 76,6 Mio. € abnahmen. Trotz gesunkener GWh-Absatzmenge im Strom (-74 GWh) blieben die Stromerlöse nahezu unverändert bei 136,4 Mio. €. Die Erlöse aus Fernwärme und Contracting lagen nahezu unverändert bei 2,9 Mio. €. Der Materialaufwand erhöhte sich um 2,3 Mio. € (1,2%) auf 197,2 Mio. €. Die Strom- und Gasbezugskosten lagen trotz der gesunkenen Verkaufsmengen über dem Vorjahresniveau. Die Netzentgelte nahmen im Stromsegment um 6,3% zu und im Gassegment um 0,9% ab. Das Rohergebnis liegt im Geschäftsjahr bei 63,4 Mio. € (Vorjahr: 62,0 Mio. €) bzw. 24,3% der Umsatzerlöse, was einen relativen Anstieg i.H.v. 2,2 % bedeutet. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten Rückstellungsaufösungen i.H.v. 0,2 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €). Der Personalaufwand beträgt 21,7 Mio. € und erhöhte sich um 7,6%. Die Abschreibungen erhöhten sich leicht um 0,1 Mio. € auf 2,8 Mio. €. Die anderen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 3,2 Mio. € bzw. 11,4%. Wesentliche Gründe hierfür sind insbesondere erhöhte Aufwendungen für Beratungs- und Personaldienstleistungen. Das Betriebsergebnis nahm aufgrund der vorangestellten Gründe um 4,8 Mio. € von 17,5 Mio. € auf 12,7 Mio. € ab. Das negative Zinsergebnis beträgt 5,0 Mio. € (Vorjahr: 4,4 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus dem Zinseffekt für die Bewertung der Pensionsrückstellung. Der Zinsaufwand im Geschäftsjahr beträgt hierfür 4,4 Mio. € (Vorjahr: 4,3 Mio. €). Die Zinsaufwendungen – resultierend aus der Kreditaufnahme – liegen im Geschäftsjahr mit 0,6 Mio. € leicht über dem Vorjahreswert i.H.v. 0,5 Mio. €. Das Beteiligungsergebnis liegt bei 15,5 Mio. € (Vorjahr € 9,6 Mio) und resultiert im Wesentlichen aus der Ausgleichszahlung der Regionetz i.H.v. 14,9 Mio. € (Vorjahr 8,9 Mio. €). Der Steueraufwand

schlägt im Geschäftsjahr 2019 mit einem Betrag i.H.v. 4,4 Mio. € (Vorjahr: 5,5 Mio. €) zu Buche. Die Steuerquote (Ertragssteuern/Ergebnis vor Ertragssteuern) beträgt im Geschäftsjahr 19,1% (Vorjahr: 24,2%). Grund hierfür ist die steuerfreie Behandlung des Ausgleichbetrags der Regionetz gem. §8b KStG. Die Umsatzrendite liegt im Geschäftsjahr bei 7,2% (Vorjahr: 6,7%) und erhöhte sich somit um 0,5 %-Pkt. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses von 18,8 Mio. € wurde eine Eigenkapitalrendite (Basis: Eigenkapital zu Beginn des Geschäftsjahres) von 35,1 % (Vorjahr: 34,8 %) erzielt. Die EBIT Marge beträgt 4,9% (Vorjahr: 6,8%). Für das Geschäftsjahr 2020 wird vor dem Hintergrund gegenläufiger Effekte von Kundenanzahl, Bezugskosten und Witterungsverhältnissen von einem geringeren Jahresergebnis im Verhältnis zu 2019 ausgegangen.

Investitionen

Im Berichtsjahr 2019 erfolgten Investitionen i.H.v. 9,0 Mio. € in den Bereichen: Betriebs- und Geschäftsausstattung (0,7 Mio. €), Energiedienstleistungen sowie Finanzinvestitionen. Bei den Investitionen in Energiedienstleistungen wurden rd. 2,1 Mio. € im Segment Privat- und Geschäftskunden investiert. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Investitionen im Bereich des Anlagencontractings mit Heiz- und KWK-Anlagen sowie Fernwärme und Quartierskonzepte. Im Bereich der Finanzinvestitionen ist insbesondere die Aktivierung von Anschaffungsnebenkosten i.H.v. 2,6 Mio. € auf den Beteiligungsbuchwert der Regionetz GmbH sowie die Beteiligung an der Windpark Paffendorf GmbH & Co. KG i.H.v. 3,0 Mio. € anzuführen.

Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2019		31.12.2018		Veränderung	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
<u>Aktiva</u>						
Anlagevermögen	154,4	78,1%	149,0	77,3%	5,4	3,6%
- davon Sachanlagen	13,8	7,0%	13,3	6,9%	0,5	3,8%
- davon Finanzanlagen	140,1	70,8%	135,2	70,1%	4,9	3,6%
Umlaufvermögen	42,6	21,5%	43,6	22,6%	-1,0	-2,3%
- davon Forderungen aus LuL	25,8	13,0%	35,5	18,4%	-9,7	-27,3%
Rechnungsabgrenzungsp.	0,7	0,4%	0,2	0,1%	0,5	250,0%
	197,8	100,0%	192,8	100,0%	5,0	2,6%
<u>Passiva</u>						
Eigenkapital	55,8	28,2%	53,5	27,7%	2,3	4,3%
Rückstellungen	65,8	33,3%	61,9	32,1%	3,9	6,3%
- davon Pensionsrückstellungen	54,0	27,3%	52,8	27,4%	1,2	2,3%
Verbindlichkeiten	75,6	38,2%	77,3	40,1%	-1,7	-2,2%
- davon ggüber Kreditinstituten	45,5	23,0%	40,3	20,9%	5,2	12,9%
Rechnungsabgrenzungsp.	0,6	0,3%	0,0	0,0%	0,5	1746,7%
	197,8	100,0%	192,8	100,0%	5,0	2,6%

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 5,0 Mio. € von 192,8 Mio. € auf 197,8 Mio. €. Grund hierfür ist im Wesentlichen ein Anstieg der Finanzanlagen. Die Anlagenintensität liegt bei 78,1% (Vorjahr: 77,3%). Das Umlaufvermögen reduzierte sich leicht um 1,0 Mio. € auf 42,6 Mio. €. Das Eigenkapital zeigt sich erhöht um 4,3% bei 28,2 % der Bilanzsumme. Die Rückstellungen sind geprägt von den Pensionsrückstellungen, welche zum Bilanzstichtag 54,0 Mio. € (Vorjahr: 52,8 Mio. €) betragen. Diese

machen 27,3% der Bilanzsumme aus. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahmen im kurzfristigen Bereich um 7,0 Mio. € ab und im langfristigen Bereich um 1,9 Mio. € zu.

Finanzlage

Die Gesellschaft unterhält eine Kreditlinie, welche durch temporäre und saisonal stark volatile Zahlungsschwankungen in Anspruch genommen wird. Im Geschäftsjahr war aufgrund der Profitabilität der Gesellschaft und aufgrund der nachschüssigen Vereinnahmung der Abschläge der Tarfkunden am letzten Werktag im Monat sowie durch die Kreditlinie jederzeit das finanzielle Gleichgewicht gewährleistet. Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Cash-Flow aus operativem Geschäft, aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit auf:

	2019	2018	Veränderung	
			in Mio. €	in %
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	10,3	-0,9	11,2	-1244,4%
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	1,0	1,2	-0,2	16,7%
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-18,7	3,1	-21,8	703,2%
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-7,4	3,4	-10,8	317,6%
Stand Finanzmittelfonds zu Beginn des Geschäftsjahres	-17,2	-20,6	3,4	16,5%
Stand Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	-24,6	-17,2	-7,4	-43,0%

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit zeigt sich deutlich höher. Dieser ist um 11,2 Mio. € angestiegen und liegt im Geschäftsjahr bei 10,3 Mio. €. Dieser wird zum einen in besonderem Maße durch die Kundenabschlagszahlungen im Tarfkundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarfkunden beeinflusst (rollierendes Abrechnungsverfahren). Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden – basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises – für die nächste Abrechnungsperiode festgesetzt. Je nach Witterung (Gas) im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dementsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei EWV. Darüber hinaus kommt das mögliche geänderte Preisniveau zum Tragen, welches erst mit der Endabrechnung realisiert wird und somit erst in künftigen Abschlagszahlungen berücksichtigt wird. Die Einzahlungen seitens der Kunden und Auszahlungen an die Strom- und Gaslieferanten sowie Zahlungen an die Verteilnetzbetreiber für Netzentgelte unterliegen starken Zahlungsstromschwankungen. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt 1,0 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur leicht um 0,2 Mio. € verringert. Die Einzahlungen setzen sich im Wesentlichen aus der Gewinnausschüttung der Regionetz i.H.v. 9,0 Mio. €, dem Verkauf von Anteilen an der WEB i.H.v. 0,5 Mio. €, der Eigenkapitalrückführung der Green GECCO i.H.v. 0,4 Mio. € und weiteren Beteiligungserträgen i.H.v. 0,6 Mio. € zusammen. Demgegenüber stehen insbesondere Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen. Darunter befindet sich im Wesentlichen die Beteiligung am Windpark Paffendorf i.H.v. 3,0 Mio. €. Die Investitionen in das Sachanlagevermögen und in die immateriellen Vermögensgegenstände stiegen leicht um 0,2 Mio. € auf 3,2 Mio. €. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit i.H.v. -18,7 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen die Gewinnausschüttung des Vorjahresergebnisses i.H.v. 16,5 Mio. € (Vj.: 13 Mio. €) und Darlehenstilgungen i.H.v. 1,9 Mio. €. Zum Bilanzstichtag werden 20,2 Mio. € (Vj.: 22,1 Mio. €)

Darlehensverbindlichkeiten ausgewiesen. Die Gesellschaft ist damit fristenkongruent finanziert. Der Finanzmittelfonds zum Ende des Geschäftsjahres beträgt – 24,6 Mio. € und setzt sich zusammen aus kurzfristigem Kontokorrentkredit i.H.v. 25,1 Mio. € und Guthaben aus dem Börsenkonto bei der Bayern LB i.H.v. 0,5 Mio. €. Er verringerte sich demnach um 7,4 Mio. €. Die Gesellschaft beansprucht – unter Hinzurechnung der Darlehen – zum Bilanzstichtag 45,4 Mio. € Finanzkreditverbindlichkeiten. Der Anteil der Kurzfristfinanzierung liegt bei 59,2 %.

Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2019 beschäftigte die EWV durchschnittlich 238 (Vorjahr: 227) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Am Ende des Geschäftsjahres befanden sich bei EWV 10 Menschen in einer Erstausbildung. Ausgebildet wurde in den Berufen

1. Industriekauffrau/-mann,
2. Industriekauffrau/-mann in verkürzter Ausbildung (2-jährig/“Switch“),
3. Kaufmann/-frau für Büromanagement,

Im Berichtsjahr wurde eine Vielzahl von Berufsfelderkundungen, Schülerbetriebspraktika, Fachpraktika, Bachelor- und Masterarbeiten im kaufmännischen Bereich angeboten. An ehemalige Mitarbeiter und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3,4 Mio. € an Versorgungsbezügen gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden) belief sich auf 445.

Personalentwicklung

Das im Jahr 2017 entwickelte Kompetenzmodell wurde im Rahmen des Projekts EWV Zukunft in 2019 auf die gesamte Organisation übertragen und soll nach einer ganzheitlichen Konsolidierung ab Februar 2020 flächendeckende Anwendung finden. Ziel des Kompetenzmodells ist es, die Mitarbeiter zielgerichtet in den für die Stelle erforderlichen, persönlichen Kompetenzen zu entwickeln. Im Zuge des Projekts EWV Zukunft wurden auch Mitarbeiter/innen ohne Führungserfahrung nach einem erfolgreichen Bewerbungsverfahren auf Führungspositionen versetzt. Zur Unterstützung des Prozesses „Vom Mitarbeiter zur Führungskraft“ startete am 06.11.2019 ein auf die besonderen Herausforderungen abgestimmtes Führungskräfteentwicklungsprogramm, das bis Sommer 2020 dauern wird. Dieses besteht aus fünf Modulen, in denen die neuen Führungskräfte mit modernen Führungstools vertraut gemacht werden und erforderliche Fachkenntnisse z.B. Arbeitsrecht, vermittelt werden. Gleichzeitig können sich die neuen Führungskräfte vernetzen und über ihre neue Verantwortung austauschen. Der Recruiting-Prozess soll zunehmend digitalisiert werden. Ein erster Schritt in diese Richtung ist der Einsatz einer Online-Bewerbungsplattform, auf der sich Bewerber mit einer Videobewerbung präsentieren können. Ziel ist es, sich mit wenig Aufwand einen guten ersten Eindruck vom Bewerber zu machen und damit eine strukturierte Vorauswahl vorzunehmen.

Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz

Im Jahr 2019 wurde verstärkt auf die Themen Bewegung, Entspannung und Vorsorge gesetzt. Dazu wurden verschiedene Maßnahmen durchgeführt:

- Aktive Minipause

- Entspannte Mittagspause
- Mini-Seminare (Immunsystem, Pflege, Resilienz, Umgang mit digitalen Medien)
- Screenings in Zusammenarbeit mit der BARMER (Schilddrüse, Osteoporose, Vital-Check, Ca-rotis-Messung)

Die EWV ermöglicht ihren Mitarbeitern seit Anfang 2019 das Leasing eines E-Bikes im Rahmen einer Entgeltumwandlung. Seit 2019 gibt es keine interne Konfliktberatung mehr bei der EWV, dieser Bereich wird zukünftig von der Caritas mit abgedeckt. Um die Mitarbeiter zu einer gesunden Ernährung zu animieren, wird einmal im Monat ein Apfelkorb bereitgestellt.

Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz sind für EWV Aufgaben mit hoher Priorität. Deshalb fördert EWV den Ausbau umweltfreundlicher Energie und den effizienten Umgang mit Erdgas, Strom und Trinkwasser.

EWV berät mit seinem Beratungsnetzwerk verstärkt zu den Themen Energieeinsparung, effiziente Technologien, Elektromobilität und erneuerbare Energien aktiv auf Veranstaltungen, Messen und in den Beratungszentren und Rathäusern der Region. Darüber hinaus gibt es für Privatkunden ein attraktives begleitendes Förderprogramm.

Tätigkeitsabschlüsse

Die EWV erbringt nach der Assetübertragung der Strom- und Gasnetze auf die regionetz GmbH im Jahre 2016 keine Tätigkeiten mehr im Sinne des EnWG, sodass seitdem keine Tätigkeitsabschlüsse mehr zu erstellen sind. Die verbleibenden Tätigkeiten umfassen die sonstigen Aktivitäten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors (Vertrieb von Strom und Erdgas) und die sonstigen Aktivitäten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors (Wärmevertrieb, Erbringung sonstiger energienaher Dienstleistungen). Grundsätzlich werden die Konten der einzelnen Tätigkeiten direkt zugeordnet. Soweit dies nicht möglich ist, erfolgt eine Zuordnung durch sachgerechte und nachvollziehbare Schlüsselung der Konten.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement

Bei EWV orientiert sich das Risikomanagementsystem an der innogy-/RWE- Konzernrichtlinie „Risikomanagement KonTraG“. Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotenzial erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWV als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt. Im Rahmen des Systems werden die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein aktualisiertes Risikoportfolio, welches potenzielle und/oder unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativ höheren Unsicherheit behaftet sind. Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

Absatzmarktrisiken

Im Bereich Gas wirken milde Winter reduzierend auf die Absatzmenge. Das Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden im Strom- und Wärmemarkt, sowie die zunehmende Strom-Eigenproduktion durch Solaranlagen auf Dächern führen darüber hinaus zu einem stetig steigenden Absatzverlust. Ergänzt wird dieses Absatzrisiko durch konjunkturelle Absatzrisiken sowie abnehmenden Kundenzahlen und reduzierter Margengenerierung bedingt durch steigenden Wettbewerb.

Beschaffungsmarktrisiken

Zum Management der Risiken der Energiebeschaffung wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet. Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden. Das begleitende, regelmäßig tagende Risikokomitee überwacht die Einhaltung der Vorgaben und analysiert, bewertet und steuert die Risiken. Die für das Jahr 2020 benötigten Strom- und Gas-mengen wurden überwiegend bereits im Laufe der Jahre 2016 bis 2019 zu marktgerechten Preisen gekauft. Im Sinne einer Risikodiversifikation wurden Geschäftsabschlüsse mit verschiedenen Lieferanten zu unterschiedlichen Kaufzeitpunkten durchgeführt. Als Ergebnis eines professionellen Portfoliomanagements wurden einerseits standardisierte Handelsprodukte und andererseits auch speziell auf die Bedürfnisse der EWV angepasste Produkte beschafft. Für die Lieferjahre 2021 bis 2023 sind ebenfalls bereits Mengen entsprechend der Risikodiversifikation beschafft worden.

Betriebsrisiken

Betriebsrisiken können aus betrieblich-technischen Einflüssen entstehen, die die Leistungsfähigkeit des Unternehmens behindern. Die unternehmerische Tätigkeit bringt eine Vielzahl von operativen Prozess- und Projektrisiken mit sich. Beispiele hierfür sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im EDV- oder administrativen Bereich. Trotz Einleitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung sind Betriebsrisiken jedoch nie gänzlich ausschließbar. Generell schützt die EWV sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken sowie Zahlungsstromschwankungen. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWV und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und dessen interne Sicherungssysteme durch monatliche Reportings und Kennzahlenanalysen laufend überwacht. Die von der EWV voraussichtlich benötigten Kreditlinien wurden und werden von den Banken jederzeit zur Verfügung gestellt. Das Beteiligungsergebnis steht in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften; nennenswerte Ergebnismrückgänge sind nicht auszuschließen, werden aber derzeit nicht erwartet. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch ein implementiertes internes Kontrollsystem und der laufenden Überwachung der Beteiligungen.

Umfeldrisiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund von regulatorischen Einflüssen, durch die Energiepolitik, durch Marktveränderungen oder aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Dabei bestehen zwischen Umfeldrisiken im regulatorischen Bereich und Absatzmarktrisiken enge wechselseitige Beziehungen. Durch die Regulierungspraxis der Bundesnetzagentur drohen weiterhin negative Einflüsse auf das Betriebsergebnis. Im Rahmen des Risikokomitees werden aktuelle Risiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen beschlossen. Ebenso führen die Regelungen des EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) zu fortwährenden Kostensteigerungen im Stromsegment in Folge des Kostenwälzungsmechanismus bei der Förderung des Ausbaus der neuen Energien (Einspeisevergütung und in Folge EEG Satz). Diese Kostensteigerungen können zum Teil durch den EWV Vertrieb nur begrenzt im Markt weitergeben werden. In Folge der Förderung der dezentralen Stromerzeugung wächst insbesondere der Ausbau der Erneuerbaren Energien und damit der Grad der Eigenproduktion bzw. des Eigenverbrauchs. Damit sinkt der Stromabsatz im Bestandskundensegment.

Risiko-Portfolio

Das Risiko-Portfolio der EWV wird turnusmäßig aktualisiert und dem Risikokomitee der EWV vorgestellt. Dieses Portfolio wird als Matrix dargestellt, bestehend aus den Dimensionen

- Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in Prozent) in den Ausprägungen:
 - Niedrig (>1 bis 10 %)
 - Mittel (>10 bis 20%)
 - Hoch (>20 bis 50 %)
 - Sehr Hoch (>50 bis 100 %)

und

- Schadensklasse im Verhältnis des betrieblichen Ergebnisses in den Ausprägungen:
 - Gering (0 bis 10 %)
 - Mittel (>10 bis 20%)
 - Schwerwiegend (>20 bis 50 %)
 - Kritisch (>50 %)
 - Existenzbedrohend (ohne %-Angabe).

Grundsätzlich werden im Risiko-Portfolio der EWV nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt worden sind. Folgende Risiken wurden als wesentlich eingestuft:

1. Erhöhte Vorkosten E+G (insbesondere Strombezug und EEG) können nicht über Preiserhöhungen weitergegeben werden (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (2,0 Mio. €). Insbesondere im Commodity-Geschäft besteht das Risiko, dass bestimmte nicht beeinflussbare Vorkosten nicht oder nur unter Hinnahme eines kommerziellen Schadens weitergereicht werden können. Nennenswert sind hier insbesondere Strom-/Gasbezug, schwankende Netznutzungsentgelte, gesetzliche Umlagen beispielsweise aus dem KWK- oder EEG-Gesetz oder auch Sonderbelastungen (z.B. Smart Meter Rollout).
2. Absinken der spezifischen Gasverbrauchsmengen (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“), (1,2 Mio. €). Durch Einsparverhalten, Substitution von Erdgas

durch andere Energieträger, Investitionen in Wärmedämmung und Energietechnik sowie durch den allgemeinen Temperaturanstieg (Gas) besteht das Risiko sinkender Absatzmengen.

3. Spotmarktrisiko (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“), (2,3 Mio. €) Das Risiko entsteht aus Abweichungen zwischen langfristig eingedeckten Mengen und kurzfristigen temperatur- und/oder konjunkturbedingten Verbrauchsschwankungen. Der Schaden ergibt sich entsprechend aus der Divergenz der Einkaufs- und Verkaufspreise. Je nach Preislage kann dieses Risiko allerdings auch einen positiven Effekt aufweisen.

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

Prognosebericht und Chancen

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Für das Jahr 2020 geht die Gesellschaft von einem normalen Temperatur- und Absatzverlauf aus. Bei der Energieart Strom wird im Bereich Wärme (Nachtspeicherheizung) ebenfalls von einem normalen Temperaturverlauf ausgegangen. Besondere konjunkturelle Effekte für 2020 werden nicht unterstellt. In Zukunft wird es Aufgabe der EWV sein, die Kunden bei der Energiewende zu begleiten, und die sich bietenden Chancen bei dem Umbau des Energiemarktes durch ein Angebotsportfolio adäquater Leistungen und Produkte zu nutzen.

Strategische Entwicklung der EWV

Auf- und Ausbau neuer Geschäftsfelder

Im Jahr 2019 hat EWV den Ausbau der „neuen“ Geschäftsfelder Dienstleistungen, Nah- und Fernwärme und erneuerbare Energien weiter vorangetrieben. Im Geschäftskundensegment wurden Projekte im Bereich von Quartierskonzepten, Heizungs- und KWK-Anlagen akquiriert und umgesetzt. Darüber hinaus wurde bei einer Reihe von weiteren Kunden das Energiemonitoringsystem EMSO mit begleitendem Messstellenkonzept eingeführt bzw. umgesetzt, mit dem sich der Energieverbrauch aufgeschalteter Messstellen überwachen und steuern lässt. Die EWV wird ihr Beteiligungsportfolio weiter ausbauen und optimieren. Nicht zuletzt aufgrund der jüngst erfolgreichen Teilnahme am Ausschreibungsmarkt für den Sharedeal im Rahmen des Windprojektes Paffendorf, werden wir uns auch überregional an Ausschreibungsprojekten von Erneuerbaren-Energie-Projekten beteiligen. Die GREEN Solar Herzogenrath GmbH, an der die EWV mit 45 % beteiligt ist, möchte in den kommenden Jahren ihre Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien ausbauen. Auf dem Gelände der Nivelsteiner Sandwerke befindet sich seit 2012 eine der größten Solaranlagen Nordrhein-Westfalens. Mit dieser Photovoltaikanlage werden heute bereits 14 Mio. KWh an regenerativem Strom erzeugt. Um die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen und die lokale und regenerative Strom- und Wärmeerzeugung in NRW zu realisieren, ist der Ausbau der nachhaltigen Stromerzeugung in Verbindung mit einer regenerativen Wärmeerzeugung und der großtechnischen Speicherung von Wärme und Strom notwendig. Im Rahmen eines geplanten Projektes „Energiepark Herzogenrath“ könnten durch

den Ausbau der Solarenergie und der Windenergie am Standort in Nivelstein rund 100 Mio. kWh Strom erzeugt werden. In Kombination mit der Speicherung bzw. Umwandlung des Stroms wäre es somit möglich, die Stadt Herzogenrath bereits in wenigen Jahren zu 100 % mit regenerativem Strom zu versorgen und unabhängig von der Stromerzeugung aus Kohle zu machen. Der Ausbau einer Nahwärmeversorgung könnte diesen Weg auch für eine nachhaltige Wärmeversorgung eröffnen. Die unmittelbare Nähe zu den Niederlanden ermöglicht optional auch eine grenzüberschreitende Lösung. Strategisch wird der Wärmemarkt für die EWV Privat- und Gewerbekunden nach wie vor eine hohe Bedeutung behalten. Neben dem Contracting für Erdgasanwendungen wird sich die EWV zunehmend Stromanwendungen zuwenden. Neben Smart Meter, PV und Speicher wird es auch das Thema „Wärmepumpe“ sein. Das Geschäftsfeld Elektromobilität verspricht in naher Zukunft – aufgrund umweltpolitischer Rahmenbedingungen und der damit verbundenen vermehrten Ausrichtung der Automobilkonzerne auf E-Fahrzeuge – eine zunehmend positive Entwicklung. EWV erfüllt mit den im Konzernumfeld verfügbaren Leistungen und Produkten die Grundvoraussetzungen für eine Teilhabe an der Entwicklung. Die Sensibilisierung und Nachfrage nach Ladeinfrastruktur und Lösungen für Elektromobilität sind deutlich gestiegen. So wird aktiv an der Weiterentwicklung der E-MobStrategie in Abhängigkeit der Marktentwicklung gearbeitet.

Kooperationen

Im Bereich der erneuerbaren Energien werden gemeinsam mit der GREEN Projekte im Bereich Wind und Photovoltaik entwickelt sowie Dienstleistungen vermarktet. Die Marktpartnergruppen Elektro, Sanitär-, Heizung-, Klimahandwerk, Bezirksschornsteinfeger, Architekten/beratende Ingenieure und Großhändler sind in der regioenergiegemeinschaft, einer in den Gebietskörperschaften Städteregion Aachen, Kreis Heinsberg, Kreis Düren agierenden Energiegemeinschaft, organisiert. EWV ist gemeinsam mit den Stadtwerken Jülich Gründungsmitglied der Marktpartnergemeinschaft und stellt den Vorsitzenden des Vorstands. Das im Oktober 2011 durch die regioenergiegemeinschaft mit Unterstützung der drei Energieversorger EWV GmbH, Stadtwerke Aachen AG und der Stadtwerke Jülich GmbH und dem regionalen Handwerk eröffnete Beratungszentrum effeff.ac in Aachen ist gut im Markt etabliert. Das Beratungs- und Vertriebsnetzwerk bietet den privaten Kunden ein umfangreiches Leistungsspektrum. Den beteiligten Handwerkern dient das effeff als Auftragsvermittlungsplattform. Die Zahl der Kundenberatungen und der Umfang der vermittelten Leistungen steigt stetig. Ebenso steigt die Zahl der Marktpartner. EWV ist mit einem Anteil in Höhe von 6,58 % der fünftgrößte kommunale Gesellschafter der Green GECCO Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG, die zu 49 % an der Green GECCO GmbH & Co. KG beteiligt ist. Mehrheitsgesellschafter, mit einem Anteil von 51 %, ist innogy SE. Insgesamt betreibt Green GECCO GmbH & Co. KG fünf große Windparks (Schottland (An Suidhe), Schleswig-Holstein (Süderdeich und Hörup), Niedersachsen (Düshorner Heide) und Nordrhein-Westfalen (Titz)). Neue Projekte sind nicht geplant.

Ausblick

Klimaschutz und Strukturwandel

Der Klimaschutz bildet das aktuelle zentrale Politikthema. Für ihn wird eigens ein Gesetz erstellt: das Klimaschutzgesetz. Der Klimaschutz wird vor allem durch die Energiewende vorangetrieben. Wesentliche Impulse ergeben sich hier aus der jüngeren EU-Gesetzgebung in Form der novellierten

Erneuerbare-Energien-Richtlinie als auch aus dem Strukturwandelprozess im Rahmen des Braunkohleausstiegs. Nach dem Beschluss der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ vom 26. Januar 2019 wird Deutschland zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes bis zum Jahr 2038 komplett aus der Kohleverstromung aussteigen. Die Zukunftsagentur Rheinisches Revier wird den Strukturwandelprozess im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahrzehnten maßgeblich steuern, um auf lange Zeit Wertschöpfung und Beschäftigung zu sichern und eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Der Raum des Rheinischen Reviers umfasst die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, den Rhein-Erft-Kreis, den Rhein-Kreis Neuss, die Städteregion Aachen und die Stadt Mönchengladbach. Gemeinsam mit den 2,4 Millionen Menschen, die im Rheinischen Revier leben, ist es Ziel, eine lebenswerte Zukunft für diese Region zu gestalten. Das Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 wurde mit dem Ziel erstellt, einen konkreten Leitfaden für den bestmöglichen Einsatz der in Aussicht gestellten Fördermittel für das Rheinische Revier zu schaffen. Die Bundesregierung beabsichtigt, das Rheinische Revier in den nächsten zwei Jahrzehnten mit bis zu 15 Milliarden Euro zu unterstützen, um Beschäftigungs- und Wertschöpfungsverluste in den Teilregionen zu kompensieren und eine erfolgreiche Transformation für die Zeit nach der Braunkohleverstromung zu ermöglichen. Das Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 ist die bislang ambitionierteste Zukunftsvision des Rheinischen Reviers für die Zeit nach der Braunkohle. Das Rheinische Revier will seine herausragende Kompetenzen in der Energiewirtschaft, in der Ressourcen- und Bioökonomie, in der industriellen Produktion, in Wissenschaft und Forschung sowie die Neuordnung von Raum und Infrastrukturen nutzen, um zeitnah die erforderlichen neuen Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale im Wirkungsraum der auslaufenden Braunkohleverstromung zu erschließen. Damit will es Modell und Pilotregion für neue Energie und Mobilität sowie nachhaltige Produktionen werden und ein darauf ausgerichtetes attraktives Lebensumfeld erschaffen. Bis zum Jahr 2050 will die Region zudem vollständig CO₂-neutral wirtschaften. Die international vereinbarten Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) und deren Umsetzungsstrategien können dabei eine wichtige Orientierung liefern.

Konjunktur

Nach ersten Prognosen wird die globale Wirtschaftsleistung 2020 voraussichtlich um rund 2,5% steigen. Das Bruttoinlandsprodukt des Euro-Raums sollte sich in diesem Jahr im Bereich von 1% erhöhen. Vergleichbar dazu scheinen die Perspektiven für die deutsche Volkswirtschaft zu sein: der Sachverständigenrat hält für 2020 einen Anstieg der Wirtschaftsleistung von 1% für möglich. Stimulierende Impulse werden insbesondere durch die starke Beschäftigungssituation und die steigenden verfügbaren Einkommen erwartet, die den privaten Konsum weiter ansteigen lassen sollten.

Strom- und Gasnachfrage

Nachdem die Temperaturen im Jahr 2019 über dem langjährigen Mittel lagen, dürfte im Falle eines Jahres 2020 mit normalen Temperaturen der witterungsabhängige Teil der Gas- und Stromnachfrage stimuliert werden. Der konjunkturabhängige Teil der Strom- und Gasnachfrage sollte aufgrund der Wirtschaftswachstumsaussichten das Vorjahresniveau überschreiten. Diesen Impulsen werden voraussichtlich wieder dämpfende Einflüsse eines immer effizienteren Energieeinsatzes gegenüberstehen.

Energiepreise

Bei den international gehandelten Rohstoffen Öl und Kohle notieren die Forward- Kontrakte für das Jahr 2020 bei zuletzt (06.01.2020) rund 65 \$/bbl bzw. 58 \$/t und damit etwa 1% über bzw. 9% unter den Preisniveaus des Jahres 2019. Gas-Forwardkontrakte (TTF) für 2020 werden zur Zeit mit rund 13,3 €/MWh gehandelt und somit ca. 2% unter dem Spotpreis-Niveau des Vorjahres bewertet. Für CO₂-Zertifikate werden aktuell leicht niedrigere Preise erwartet: Forwards für 2020 liegen mit rund 24€/t etwa 3% unter den durchschnittlichen Spotmarkt-Preisen von 2019. Im Strommarkt notieren die Base-Forwardkontrakte 2020 mit durchschnittlich knapp 40 €/MWh ca. 5% über den durchschnittlichen Spotmarkt-Preisen von 2019, während die Peak-Forwardkontrakte mit rund 48 €/MWh ca. 18% über dem durchschnittlichen Peakpreis des vergangenen Jahres liegen.

EWV Schwerpunkte

Das Jahr 2020 wird von der Etablierung und Festigung der neuen Organisationsstruktur geprägt sein. Hierbei gilt es, die strategische Ausprägung des Unternehmens zu forcieren. Insbesondere die organisatorische Etablierung des Kommunalmanagements legt einen wichtigen Grundstein für die enge Vernetzung zu unseren kommunalen Partnern. Für Anfang 2020 ist eine Online-Befragung unserer kommunalen Ansprechpartner geplant. Die EWV möchte gerne von den Kommunen ihre Erwartungen, Wünsche und Zufriedenheit mit der Zusammenarbeit erfahren. Die Ergebnisse der Befragung dienen als Basis für die Arbeit in der neuen Abteilung Unternehmensentwicklung und Kommunalmanagement, um die Zufriedenheit der Kommunen weiter zu steigern. EWV verfügt über umfangreiches Praxis-Know-how und Dienstleistungskompetenzen in den Bereichen IT, Kundenservice, Personalwirtschaft und Rechnungswesen und wird 2020 verstärkt die Vermarktung bedarfsgerechter und praxiserprobter Lösungen für operative und strategische Aufgabenstellungen für Energieversorger und kommunale Partner ausbauen. Die Digitalisierung beeinflusst fortgesetzt die Geschäftsprozesse und die Marktbearbeitung der EWV. Der permanente Ausbau der Digitalisierung von Prozessen soll ein wesentliches Instrument zur Verbindung von Kundenorientierung und Effizienz sein. Deshalb engagiert sich EWV in dem regionalen „Digital Hub“ und bei konzernweiten Digitalisierungsprojekten. Unter dem Dach der Zukunftsagentur Rheinisches Revier sind entlang der Themenfelder Infrastruktur und Mobilität, Energie und Industrie, Ressourcen und Agrobusiness, Raum, Innovation und Bildung sowie Internationale Bau- und Technologieausstellung (IBTA) so genannte Revierknoten definiert worden. Die Revierknoten erarbeiten jeweils mit einem Expertenkonsortium die inhaltliche Basis für künftige Förderprogramme. EWV wird sich im Rahmen des Zukunftsfeldes „Energie und Industrie“ als Experte aus der Energiewirtschaft gemeinsamen mit anderen Unternehmen der Region engagieren. Unser Schwerpunkt wird auch hier auf der Vernetzung mit unserem kommunalen Partnern liegen, mit denen wir gemeinsam die Potentiale im Strukturwandel nutzen wollen. Im Rahmen des Kommunalmanagements planen wir den Aufbau eines regionalen Energieeffizienz-Netzwerkes. Wir fördern den Erfahrungsaustausch und lassen die Beteiligten voneinander lernen. Ganz nach dem Motto „Gemeinsam sind wir stärker“ kann die Teilnahme an einem Netzwerk größen- oder kapazitätsbedingte Nachteile einzelner Kommunen ausgleichen und so alle Beteiligten stärken. In Kommunen bestehen hohe Energie-Einsparpotenziale, vor allem in öffentlichen Gebäuden. Kommunale Energieeffizienz-Netzwerke tragen nennenswert dazu bei, diese Potenziale zu identifizieren und zu heben. Daher wurde als wichtige Sofortmaßnahme des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz

(NAPE) die Förderung von Energieeffizienz-Netzwerken von Kommunen eingeführt. In den Bereichen der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz wird die Rolle als Projektierer, Produzent, Investor, Dienstleister oder Vermarkter gestärkt und weiter ausgebaut. In diversen Projekten von PV bis Wind über Wärme wird EWV fortgesetzt in verschiedenen Rollen aktiv sein. Die Umsatzerlöse der EWV werden auf Grundlage der Planung und der in ihr verarbeiteten Absatzerwartungen in 2020 264,2 Mio. € betragen. Einen wesentlichen Beitrag liefern die Commodity-Absatzmengen mit 749 GWh Strom und 1.408 GWh Gas mit korrespondierenden Stromerlösen i.H.v. 146,3 Mio. € und Gaserlösen i.H.v. 70,8 Mio. €. Der Jahresüberschuss der EWV für 2020 wird gemäß Plan bei 20,2 Mio. € liegen. Darin ist eine Ausgleichszahlung der Regionetz i.H.v. 14,5 Mio. €. Das Investitionsvolumen 2020 beträgt ca. 6,2 Mio. €.

enwor - energie & wasser vor ort GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Durchführung aller damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen, die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaften eingehen. Enwor ist Wasserversorger in den Städten Herzogenrath, Würselen, Alsdorf, Baesweiler, Stolberg, Übach-Palenberg sowie Teilen von Eschweiler und Roetgen und versorgt ca. 270.000 Menschen dieser Region mit einwandfreiem Trinkwasser. Im Gebiet der Stadt Herzogenrath ist enwor auch Gasversorger und versorgt dort ca. 20.000 Einwohner mit Erdgas. In den Städten Herzogenrath und Würselen versorgt enwor ca. 85.000 Menschen mit Strom.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Über die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer beschließt die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 17 Mitgliedern besteht. 16 Mitglieder des Aufsichtsrates werden wie folgt von den einzelnen Gesellschaftern in den Aufsichtsrat entsandt:

Der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen sowie 9 weitere vom Städteregionstag zu wählende Mitglieder, der Bürgermeister der Stadt Herzogenrath sowie 3 weitere vom Stadtrat zu wählende Mitglieder, der Bürgermeister der Stadt Würselen sowie ein weiteres vom Stadtrat zu wählendes Mitglied. Der Vorsitzende des Betriebsrates der Gesellschaft ist ebenfalls Mitglied des Aufsichtsrates. Der Betriebsrat kann bis zu vier weitere Mitglieder mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden. Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der jeweilige Städteregionsrat der StädteRegion Aachen. Der erste stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates wird auf Vorschlag der Städte Herzogenrath und Würselen vom Aufsichtsrat gewählt. Zweiter stellvertretender Vorsitzender ist der Betriebsratsvorsitzende der Gesellschaft.

Gesellschafterversammlung: Jeder Gesellschafter kann nur einen stimmberechtigten Vertreter in die Gesellschafterversammlung entsenden.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Herbert Pagel (bis 31.07.2019)
Prof. Dr. Axel Thomas (ab 01.08.2019)
Dipl.-Ing. Reinhold Hüls

Vertretung der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender:	Dr. Tim Grüttemeier	Städteregionsrat
	Klaus-Dieter Wolf	Städteregionstagsmitglied
	Ulla Thönnissen	Städteregionstagsmitglied
	Marie-Theres Sobczyk	Städteregionstagsmitglied
	Ingrid von Morandell	Städteregionstagsmitglied
	Manfred Bausch	Städteregionstagsmitglied
	Wolfgang Goebbels	Städteregionstagsmitglied
	Friedhelm Krämer	Städteregionstagsmitglied
	Harald Siepmann	Städteregionstagsmitglied
	Udo Rüttgers	Städteregionstagsmitglied

Vertretung der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Klaus-Dieter Wolf	Städteregionstagsmitglied
-------------------	---------------------------

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52134 Herzogenrath

gezeichnetes Kapital: 22.325.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	11.724.300	52,52
Stadt Herzogenrath	5.860.300	26,25
Stadt Würselen	2.497.900	11,19
Stadt Übach-Palenberg	1.317.600	5,90
Stadt Alsdorf	550.250	2,46
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	319.700	1,43
Stadt Baesweiler	52.600	0,24
Übrige	<u>2.350</u>	<u>0,01</u>
	22.325.000	100

	Anteil in €	Anteil in %
Beteiligungen > 25 %:		
WAG	550.000,00	50,00
IWA – Institut für Wasser- und Abwasseranalytik	9.000,00	30,00
Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH	100.000,00	25,10

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2017 – in € –	2018 – in € –	2019 – in € –
A. Anlagevermögen	157.407.164	159.512.970	158.065.539
I. Imm. Vermögensgegenst.	2.129.998	1.346.031	1.151.362
II. Sachanlagen	111.670.015	107.833.885	106.288.882
III. Finanzanlagen	43.607.151	50.333.054	50.625.295
B. Umlaufvermögen	13.780.792	26.686.446	35.642.637
I. Vorräte	1.220.681	1.457.042	2.146.452
II. Forderungen / sonst. VG	12.560.111	16.888.226	18.152.363
III. Kassenbestand, Guthaben	21.729.552	8.341.178	15.343.822
C. Rechnungsabgrenzungsposten	581.128	484.198	545.696
Bilanzsumme Aktiva	193.498.637	186.683.615	194.253.872
 A. Eigenkapital	 61.226.800	 61.826.633	 61.880.607
I. Gezeichnetes Kapital	22.325.000	22.325.000	22.325.000
II. Kapitalrücklage	8.508.108	8.508.108	8.508.108
III. Gewinnrücklagen	10.046.069	10.046.069	10.046.069
IV. Gewinnvortrag	112.813	12.347.623	12.947.456
V. Jahresüberschuss	20.234.811	8.599.833	8.053.974
B. Sonderposten Inv.zuschüsse	16.293.628	17.198.646	17.107.485
C. Rückstellungen	78.167.944	82.996.779	90.972.792
D. Verbindlichkeiten	36.779.487	24.056.065	24.016.188
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.030.778	605.492	276.800
Bilanzsumme Passiva	193.498.637	186.683.615	194.253.872

Gewinn- und Verlustrechnung:	2017 – in € –	2018 – in € –	2019 – in € –
Umsatzerlöse	121.938.190	121.619.584	122.436.667
sonst. betriebl. Erträge	15.431.577	2.883.822	8.455.469
Materialaufwand	68.484.248	72.323.727	71.788.403
Steuern v. Einkommen und v. Ertrag	9.404.055	5.220.666	7.161.308
Personalaufwand	20.436.550	23.144.630	24.937.387
Ergebnis nach Steuern	20.076.279	8.290.721	7.744.863
Jahresüberschuss n. Steuern	20.234.811	8.599.833	8.053.974

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiter/innen	326	325	320
Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2017 in %	2018 in %	2019 in %
Materialaufwandsquote	56,3	59,5	k.A.
Umsatzrendite	16,6	7,1	k.A.
Eigenkapitalrentabilität	28,2	13,9	k.A.
Leistungskennzahlen	2017	2018	2019
Stromversorgung			
Netzlänge (km)	1.119	1.125	1.135
Hausanschlüsse (Anzahl)	25.726	k.A.	k.A.
Abgabe (Mio. KWh)	312,3	311,1	298,4
Gasversorgung			
Netzlänge (km)	132	133	134
Hausanschlüsse (Anzahl)	6.286	k.A.	k.A.
Abgabe (Mio. KWh)	224,4	219,4	225,3
Wasserversorgung			
Netzlänge (km)	1.284	1.300	1.124
Hausanschlüsse (Anzahl)	71.279	71.000	65.000
Abgabe (Mio. m ³)	15,3	16,0	15,7

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn fließt der StädteRegion Aachen in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 52,52 % zu. Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesell-

schaften der StädteRegion Aachen bestehen dergestalt, dass die enwor in ihrem Versorgungsgebiet auch für diese Leistungen entsprechend ihrem Gesellschaftszweck erbringt.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Als kommunales Unternehmen stellt die enwor – energie & wasser vor ort GmbH die Versorgung weiter Teile der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit Trinkwasser, Strom, Gas und Wärme sicher und erbringt Dienstleistungen im Bereich der öffentlichen Beleuchtung. Darüber hinaus investiert die enwor in Eigentum und Ausbau von Breitbandkabel, die an Telekommunikationsunternehmen vermietet werden und ist als Dienstleister für die Beteiligungsunternehmen WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH sowie Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH tätig. Wie die Gesellschaft die Zwecksetzung im Geschäftsjahr 2019 erreicht und umgesetzt hat, ist Gegenstand des nachfolgenden Wirtschafts- und Lageberichtes:

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Gesamt- und regionalwirtschaftliche Entwicklung

Im Jahr 2019 trat die deutsche Wirtschaft auf der Stelle. Den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge legte das Bruttoinlandsprodukt 2019 um 0,6 % zu. Damit expandierte die gesamtwirtschaftliche Leistung deutlich schwächer als im Vorjahr, in dem ein Wachstum von 1,5 % ausgewiesen werden konnte. 2019 war eine Konjunkturflaute festzustellen. Im gesamten Jahr konnte eine konjunkturelle Zweiteilung konstatiert werden: Auftrieb kam von der Binnenwirtschaft (die von günstigen Arbeits- und Einkommensaussichten konsumseitig profitierte), wohingegen die Abwärtsbewegung in der exportorientierten Industrie anhielt. Die Bundesbank sprach in ihrem Monatsbericht Dezember 2019 noch von einer „sanften Landung“. Die gesamtwirtschaftliche Leistung ist nur verhalten gewachsen. Allerdings scheinen sich die Indikatoren dafür, dass die deutsche Wirtschaft in eine Rezession abgleitet, zu verstärken. Auch das Wachstum der Weltwirtschaft war 2019 eher verhalten. Die für China erwarteten Wachstumsraten fielen 2019 im historischen Vergleich niedrig aus. Der internationale Handel litt unter einer schwachen Industrie- und Investitionskonjunktur sowie den Handelskonflikten. Diese Unsicherheiten lasten auf dem Wirtschaftswachstum, insbesondere im Industriebereich. Die Dienstleistungsbereiche hingegen zeigen sich lange Zeit widerstandsfähig. Die expansive Geld- und Finanzpolitik sorgte 2019 für zusätzlichen Auftrieb. Die Geschäftslage im Rheinland hat sich beginnend mit dem Jahreswechsel 2019/2020 laut IHK-Konjunkturbericht verschlechtert. Die Konjunktur in der Region Aachen hat nach vielen Jahren des Aufschwungs und zahlreichen Rekorden an Kraft verloren. Ursachen für die rückläufige Entwicklung sind unter anderem die globalen Unsicherheiten, die unklaren Folgen des Brexits oder der zunehmende Protektionismus sowie Befürchtungen hinsichtlich der Energiewende und ihren wirtschaftlichen Folgen. Ein weiteres Risiko wird im Fachkräftemangel gesehen. Befund der IHK-Konjunkturumfrage ist zudem, dass sich der lang andauernde positive Trend am Arbeitsmarkt nicht perpetuieren dürfte. Da die enwor mit ihren Geschäftsfeldern Strom-, Gas-, und Wasserversorgung überwiegend im Bereich der privaten Endkunden tätig ist, konnte das Unternehmen von den stabilen binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in 2019 profitieren, während die außenwirtschaftlichen Risiken den Geschäftsverlauf

nicht beeinträchtigt haben. Langfristige Projekte wurden nach der Unterzeichnung des neuen Wasserkonzessionsvertrages zwischen der Stadt Übach-Palenberg und der enwor im Vorjahr mit der Übertragung des dortigen Wassernetzes an die Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH zum 01. Januar 2019 fortgesetzt. Damit kommen auch der Wasserliefervertrag und der Betriebsführungsvertrag der Wasserversorgung in Übach-Palenberg zum Tragen, die seitens der enwor mit dem Beteiligungsunternehmen abgeschlossen wurden. Nachfolgend wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enwor detailliert dargestellt. Zur Steuerung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bedient sich die enwor sowohl finanzieller als auch nicht finanzieller Leistungsindikatoren. Die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren sind:

- Umsatzerlöse
- Rohertrag
- Investitionen
- Liquidität
- Jahresüberschuss

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren sind:

- Absatzmengen Strom, Gas, Wasser und Wärme
- Entwicklung der Kundenzahlen.

Zusammenfassend kann vorab festgestellt werden, dass die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enwor im Geschäftsjahr 2019 jederzeit geordnet war.

Ertragslage

Sämtliche in diesem Berichtsteil verwendeten Zahlen liegen folgende Quellen zugrunde: Die Ist-Werte entstammen der Bilanz und der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (im folgenden kurz GuV) bzw. der Sparten-Bilanz und der Sparten-GuV für das Berichtsjahr. Planwerte sind den internen Planungsunterlagen entnommen. Die Absatz- und Erlösstatistiken für die einzelnen Sparten bilden die Grundlage für die Angabe von Ist-Mengen. Der Jahresüberschuss nach Steuern ist im Geschäftsjahr 2019 mit 8,05 Mio. € um 1 Mio. € unter dem Planwert ausgefallen. Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, einen Betrag in Höhe von 8,0 Mio. € an die gewinnbezugsberechtigten Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Jahresüberschuss in Höhe von 0,05 Mio. € auf neue Rechnung vorzutragen. Insgesamt konnten die Umsatzerlöse der enwor im operativen Geschäft mit 122,4 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr mit 121,6 Mio. € auch gegenüber der Prognose gesteigert werden. Die Materialaufwendungen konnten von 72,3 Mio. € im Vorjahr auf jetzt 71,8 Mio. € leicht gesenkt werden. Insgesamt führt dies zu einer Verbesserung des Rohergebnisses von 54,1 Mio. € im Vorjahr um 7,3 Mio. € auf 61,4 Mio. € im Geschäftsjahr. Allerdings konnte der in der Planung für 2019 angesetzte Wert von 61,9 Mio. € nicht ganz erreicht werden. Der Personalaufwand erreicht 24,9 Mio. €. Er ist gegenüber dem Vorjahrwertes in Höhe von 23,1 Mio. € erneut gestiegen, was auf eine Tarifierhöhung und einen niedrigeren, saldiert ausgewiesenen Verbrauch der Pensionsrückstellungen in Höhe von 1,2 Mio. € zurückzuführen ist. Der Personalaufwand entspricht größenordnungsmäßig der Planung. Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr von –2,8 Mio. € auf nunmehr –7,1 Mio. € verschlechtert. Allerdings war mit dieser Entwicklung gerechnet worden, da ein signifikanter Rückgang der z.T. einmalig anfallenden Beteiligungserträge (–2,9 Mio. €) bereits bei der Erstellung der Planungsrechnung bekannt war. Ebenso war

die zusätzliche Belastung aus der Zinskomponente zu den Pensionsrückstellungen absehbar, die in Höhe von 7,2 Mio. € erneut eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 1,1 Mio. € verzeichnete. Im Folgenden wird die Ertragslage für die einzelnen Geschäftsbereiche dargestellt. Eine detaillierte Übersicht zu den Erlös- und Aufwandspositionen ergibt sich aus den veröffentlichten Spartenabschlüssen.

Entwicklung im Strombereich

Strom Netz

enwor ist Netzbetreiber Strom in den Städten Herzogenrath und Würselen und versorgt dort rund 86.900 Einwohner über ein ca. 1.135 km langes Leitungsnetz. Die Jahresnetzlast liegt mit 298,4 Mio. kWh deutlich unter dem Vorjahresniveau (311,1 Mio. kWh) aber noch oberhalb der Prognose von 296,5 Mio. kWh. Die Durchleitungsmenge für Fremdlieferanten ist im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 140,4 Mio. kWh im Vergleich zum Vorjahreswert mit 148,9 Mio. kWh und ebenfalls zur Prognose mit 156,0 Mio. kWh gesunken. Ob schon die Abrechnungserlöse aller Messstellen, die bereits mit modernen Messeinrichtungen ausgestattet sind und gemäß Messstellenbetriebsgesetz (msbG) nach Preisobergrenze (POG) abgerechnet werden, bereits der Sparte Messstellenbetrieb zugeordnet werden und somit keine Berücksichtigung mehr in der Sparte Stromnetzbetrieb finden, lagen die Erlöse des Stromnetzbetriebes mit 0,3 Mio. € leicht über dem Vorjahreswert.

Stromvertrieb

Wie bereits in den Vorjahren hat sich aus vertrieblicher Sicht erneut im Geschäftsjahr 2019 die Stromabgabe an sämtliche Kunden der enwor von 195,5 Mio. kWh auf jetzt noch 187,6 Mio. kWh weiterhin deutlich verringert, liegt aber dennoch oberhalb der Prognose von 172,7 Mio. kWh. Allerdings sind in der Prognosemenge ggf. bei der Erstellung noch nicht bestätigte Vertragsverlängerungen bzw. kurzfristige Abschlüsse nicht enthalten gewesen. Der Absatzrückgang hat hierbei sowohl den Out-of-Area-Bereich mit einem Minus von 3,3 Mio. kWh als auch den Homeland Bereich der enwor mit einem Rückgang von 4,6 Mio. kWh. betroffen. In beiden Bereichen wird der mengenmäßige Rückgang durch die Entwicklung der Kundenzahlen bestätigt. Durch eine günstige Energiebeschaffung konnte dennoch das Rohergebnis Stromvertrieb mit 3,1 Mio. € auf dem Vorjahresniveau mit nahezu dem gleichen Rohergebnis gehalten werden.

Sonstige Stromaktivitäten

Zu den Sonstigen Aktivitäten zählt die Stromerzeugung aus dem Trianel Kohlekraftwerk in Lünen, mit dem die enwor über Stromabnahmevertrag verbunden ist, sowie die Straßenbeleuchtung und der Bau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen, die wir dieser Sparte zugeordnet haben. Nach dem „Kohlegipfel“ am 16.01.2020 und den dort getroffenen Festlegungen ist die Zukunft des Steinkohlekraftwerkes in Lünen ungewiss und für die enwor weiterhin ergebnisbelastend. Auch das Geschäftsjahr 2019 schließt in diesem Bereich mit einem Fehlbetrag in Höhe von 1,6 Mio. € ab. Die bereits bestehende Drohverlustrückstellung wurde abermals erhöht, so dass für die künftigen Geschäftsjahre 2020 – 2025 in erheblichem Umfang Rückstellungen zum Verlustausgleich angelegt sind. Eine positive Entwicklung zeigt der in 2014 neu aufgesetzte Geschäftsbereich Bau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen. Nach der Erschließung des Stadtgebietes Würselen sowie großer Teile der

Stadtgebiete von Alsdorf und Baesweiler mit Lichtwellenleitern in FTTC-Technik konnten wir im Geschäftsjahr 2019 die Sparte weiter ausbauen. Die Umsatzerlöse stiegen von 545 T€ auf jetzt 759 T€ im Geschäftsjahr 2019.

Entwicklung im Gasbereich

Gas Netz

Die enwor betreibt das Gasnetz auf dem Gebiet der Stadt Herzogenrath mit einer im Vergleich zum Vorjahr kaum veränderten Leitungslänge von 134 km. Die Zahl der Anschlüsse konnte auch im Geschäftsjahr 2019 um 134 Anschlüsse gesteigert werden, die Gasabgabe mit 225,3 Mio. kWh lag ebenfalls leicht über dem Vorjahreswert von 219,4 Mio. kWh. Prognostiziert waren 197,5 Mio. kWh. Bei fast gleicher Abgabemenge ist das Rohergebnis im Bereich Gas Netz mit 2,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen und liegt damit auch deutlich über dem geplanten Wert von 2,6 Mio. €.

Gas Vertrieb

Der Gas Vertrieb hat sich im Geschäftsjahr 2019 gut behauptet. Die Kundenanzahl im eigenen Netzgebiet und im Out-of-Area-Bereich konnte nahezu gehalten werden. Die Gasabgabe an Kunden konnte von 204,7 Mio. kWh auf jetzt 207,3 Mio. kWh leicht gesteigert werden. Damit liegt die Abgabe auch über dem prognostizierten Wert von 201,6 Mio. kWh. Ursache dafür war die Witterung im ersten Halbjahr 2019, die insbesondere im Mai deutlich kühler als im Vorjahr war. Bei leicht gestiegenen Beschaffungskosten und ebenfalls rückläufigen Abgabemengen ist auch das Rohergebnis der Gasvertriebspartie im Geschäftsjahr 2019 mit 2,4 Mio. € erkennbar unter dem Vorjahreswert geblieben, entspricht aber nahezu dem geplanten Ergebnis.

Entwicklung im Wasserbereich

Die enwor ist Wasserversorger in den Städten Herzogenrath, Würselen, Alsdorf, Baesweiler und Stolberg sowie in Teilen von Eschweiler und Roetgen und versorgt rund 243.000 Menschen sowie Industrie- und Gewerbekunden in dieser Region mit einwandfreiem Trinkwasser. Die enwor betreibt hierzu ein fast 1.124 km langes Leitungsnetz mit rd. 65.000 Hausanschlüssen. Die Stadt Übach-Palenberg mit rund 24.000 Einwohnern wird seit dem 01.01.2019 nicht mehr von der enwor mit Wasser versorgt, sondern von der Tochtergesellschaft Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH. Die Umstellung der Versorgung ging einher mit der Übergabe von 159 km Leitungsnetz. Die Wasserabgabe von 16,0 Mio. m³ im Vorjahr auf jetzt 15,7 Mio. m³ ist im Geschäftsjahr 2019 gesunken. Dies entspricht nahezu der prognostizierten Menge von 15,5 Mio. m³. Die Netzübergabe spiegelt sich in der Gesamtmenge nicht wieder, da die enwor als Vorlieferant weiterhin die Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH mit Wasser beliefert, im Geschäftsjahr mit einer Menge von 1,9 Mio. m³. Bei unveränderten Abgabepreisen sind entsprechend die Umsatzerlöse auf jetzt 38,8 Mio. € im Geschäftsjahr 2019 gesunken, was in Folge zu einer Absenkung des Rohergebnisses auf 22,4 Mio. € führte. Damit lag das Rohergebnis unter dem geplanten Wert von 23,2 Mio. €.

Entwicklung im Wärmebereich

Die enwor hat im Geschäftsjahr 2019 an insgesamt 285 Kunden eine Gesamtwärmeabgabe von 21,6 Mio kWh geliefert. Dies übersteigt den prognostizierten Wert von 21,0 Mio. kWh, dennoch konnte mit 1,4 Mio. € nicht ganz der geplante Wert des Rohergebnisses erreicht werden. Insbesondere im Bereich Wärmecontracting ist das Geschäftsjahr 2019 mit einer Steigerung von 104 Kunden im Vorjahr auf jetzt 132 Kunden sehr erfolgreich verlaufen.

Betriebsführungen

Im Geschäftsjahr 2019 wurden die Betriebsführungsleistungen für die WAG Wassergewinnungs- und aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH weiterhin unter dem 2017 abgeschlossenen Dienstleistungsvertrag erbracht. Somit ergibt sich erstmalig ein direkter Vorjahresvergleich unter gleichen Bedingungen. Zusammen mit der ebenfalls im Geschäftsjahr aufgenommenen Betriebsführung der Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH, für die enwor ab dem 01. Januar 2019 ebenfalls kaufmännische und technische Dienstleistungen sowie die Geschäftsbesorgung erbringt, ergibt sich eine Steigerung des Umsatzes in diesem Geschäftszweig um 1,0 Mio. € auf jetzt 8,1 Mio. €.

Finanzlage

Die enwor hat im Geschäftsjahr 2019 in ihrem operativen Geschäftsbetrieb weiter in den Erhalt und die Erweiterung ihrer Leitungsnetze, Hausanschlüsse sowie Zähler und Messeinrichtungen investiert und diese im Rahmen der Innenfinanzierung aus Abschreibungen finanziert. Insgesamt blieben die Investitionen im Anlagevermögen mit 9,8 Mio. € unter dem geplanten Volumen von 11,9 Mio. €. Wie in den Vorjahren wurde auch im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter in Finanzanlagen investiert, wenngleich der Netto-Zuwachs durch Eigenkapitalrückführungen bei verschiedenen Beteiligungen sowie durch die Wertberichtigung des Beteiligungsansatzes bei der Trianel Windkraft Borkum GmbH & Co. KG lediglich ca. 0,3 Mio € betrug. Investiert wurde bei der STAWAG Solar GmbH und der Trianel Erneuerbare Energien GmbH. Die Eigenkapital-Rückführungen wurden bei den verschiedenen Windpark- und Solarparkgesellschaften aus der STAWAG-Gruppe sowie bei der Trianel Erneuerbare Energien GmbH vorgenommen. Durch den Verkauf des Wassernetzes auf dem Gebiet der Stadt Übach-Palenberg an die Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH zum 01.01.2019 ist der Bestand an liquiden Mitteln zum 31.12. erwartungsgemäß von 8,3 Mio. € auf 15,3 Mio. € deutlich angewachsen. Die Zahlungsfähigkeit der enwor war im Geschäftsjahr 2019 zu jedem Zeitpunkt in voller Höhe gegeben.

Vermögenslage

Das Bilanzbild der enwor in den Geschäftsjahren 2016–2019 ist jeweils wesentlich geprägt durch einmalige Geschäftsvorfälle und Umstrukturierungen. Dies gilt auch für das Geschäftsjahr 2019 mit der Veräußerung des dortigen Wassernetzes an die Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH. Das Anlagevermögen der enwor hat sich in der Summe von 159,5 Mio. € im Vorjahr auf jetzt 158,1 Mio. € verringert. Dabei ist der Effekt des Rückganges der immateriellen Vermögensgegenstände, des Sachanlagevermögens und der Beteiligungen durch den Zuwachs der sonstigen Ausleihungen um 2,2 Mio. € etwas abgemildert worden. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme hat sich von 85,5% im Vorjahr auf 81,4 % verringert, zeigt aber unverändert die für Versorgungsunternehmen typische Anlagenintensität auf. Auf der Passivseite ist das Eigenkapital im engeren Sinne auf 61,9 Mio. €

kaum gestiegen. Die Pensionsrückstellungen stiegen um 6,1 Mio. € auf nunmehr 72,6 Mio. €. Dem gegenüber wurden die Kreditverbindlichkeiten von 17,0 Mio. € auf 14,7 Mio. € zurückgeführt. Das Eigenkapital und langfristige Fremdkapital macht einen Anteil von 85,7% am Gesamtkapital im betriebswirtschaftlichen Sinne aus und decken damit das Anlagevermögen der enwor in vollem Umfang ab. Hieraus lässt sich auch die Einhaltung des betriebswirtschaftlichen Grundsatzes der fristenkonformen Finanzierung ablesen.

Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Die Geschäftsjahre 2017 – 2019 waren von mehreren strategischen Neuausrichtungen geprägt, die nachhaltig die wirtschaftliche Entwicklung und die zukünftigen Ergebnisse der enwor beeinflussen. Beispielhaft genannt seien die Übertragung der Talsperren und Grundwasserwerke auf die WAG, der Erwerb des enwor Unternehmenssitzes/Kundencenters in Herzogenrath sowie die Übertragung der Wasserkonzession und damit verbunden auch des dortigen Wassernetzes auf die Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH. Zur Einschätzung der zukünftigen Chancen und Risiken sind einerseits die Auswirkungen dieser besonderen Veränderungen zu berücksichtigen, andererseits aber auch die allgemeine Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder der enwor. In der Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung erwarten wir in der Mittelfristplanung eine stabile bis leicht rückläufige Entwicklung der Rohergebnisse. Der Ergebnisbeitrag der technischen und kaufmännischen Dienstleistungen für die WAG und die Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH sollte in den kommenden Jahren geringfügig ansteigen. Wachstumsfelder sehen wir unverändert im Bau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen sowie in der Erbringung energienaher Dienstleistungen. Insgesamt erwarten wir in der näheren Zukunft ein vergleichsweise stabiles Rohergebnis in der Größenordnung von ca. 56 Mio. €. Dabei gehen wir davon aus, dass das Rohergebnis im Stromvertrieb Homeland und im Stromnetz weiterhin ausbauen lässt, im Out-Of-Area-Bereich aber weiterhin rückläufig ist. In der Gesamtabgabe erwarten wir mit 184,9 Mio. kWh einen leichten Mengenrückgang, die Menge der Netzdurchleitung bleibt nahezu unverändert. Das Rohergebnis der Gassparte wird sich voraussichtlich ausschließlich im Netzbereich verbessern, hier erwarten wir auch eine Steigerung der durchgeleiteten Mengen auf 218,3 Mio. kWh. Beim Gasvertrieb wird die Mengenentwicklung eher unverändert bleiben, allerdings erwarten wir Verschiebungen aus dem Bereich der Out-Of-Area-Lieferungen zugunsten der Homeland-Abgabe. Ebenso wird es in der Wassersparte trotz eines geringen Zuwachses in der Abgabemenge und in der Wärmesparte bei ebenfalls leichten Mengenzuwächsen nur geringfügige Änderungen geben. Allerdings gehen wir aufgrund der aktuellen Coronavirus-Pandemie und der damit verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der zugehörigen unternehmerischen Aktivitäten von einer Rezession aus. Das wirkt sich negativ auf die Zahlungswiligkeit und Zahlungsfähigkeit unserer Kunden aus. Wir sehen das Risiko von erheblichen Wertberichtigungen im Forderungsbereich, damit handelt es sich hier um ein A-Risiko. Maßnahmen zur Erneuerung, zum Erhalt und zur Erweiterung unserer Netze werden in Zukunft den Schwerpunkt unserer investiven Tätigkeit ausmachen. Im Stromnetz müssen die Herausforderungen der Integration volatiler Einspeisungen sowie der Digitalisierung und der Elektromobilität gemeistert werden. Diesen Anforderungen nicht gerecht werden zu können wird ein niedriges Risikopotenzial (C-Risiko) beigemessen. Im Wassernetz sind insbesondere im Bereich der Haupttransportleitungen altersbedingte Erneuerungen vorzunehmen, um langfristig die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und auch an dieser Stelle ein

niedriges Risiko (C-Risiko) nach Möglichkeit auszuschließen. Insgesamt ist in diesem Sinne eine leicht steigende Investitionstätigkeit im Anlagevermögen geplant. Die Bedeutung der Unternehmensbeteiligungen ist bei enwor in den letzten Geschäftsjahren gewachsen. Die Finanzanlagen machen zurzeit fast ein 1/3 des gesamten Anlagevermögens aus. Damit stellen die Beteiligungen wie im Folgenden genauer dargelegt einen Sachverhalt mit mittlerem bis hohem Risikopotential dar. Die Situation bei den mehreren Kraftwerksbeteiligungen wie TKL in Lünen oder TWB in Borkum bedarf unserer besonderen Beobachtung. Gerade im Bereich des Trianel Kohlekraftwerks Lünen ist und bleibt die Situation im Kohlekraftwerk kritisch. Insbesondere die Szenarien im Zusammenhang mit dem Kohleausstiegsgesetz geben Anlass zur Sorge. Deshalb hat die enwor die Drohverlustrückstellung weiter ausgebaut. Nicht alle Beteiligungen der enwor an regenerativen Stromerzeugungsanlagen entwickeln sich wie prospektiert. Über unsere Beteiligungen an den Gesellschaften wie Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG, Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, STAWAG Solar GmbH & Co. KG, Trianel Windkraft Borkum GmbH & Co. KG und Trianel Windkraft Borkum II GmbH & Co. KG ist ein regeneratives Erzeugungsportfolio aufgebaut worden. Dies sorgt für eine steigende Eigenerzeugungsquote mit regenerativem Strom. Ob sich die bei der Zeichnung der Beteiligung vorhandenen Erwartungen in Bezug auf die Erträge erfüllen, muss sorgfältig und zunehmend kritisch untersucht werden. Die Liquidität der Gesellschaft ist aufgrund des im Zusammenhang mit der Übertragung der Trinkwasserversorgung im Stadtgebiet Übach-Palenberg bereits Anfang 2019 realisierten Netzverkaufes momentan gut. Dennoch ist die Liquiditätssituation mit geringem Risikopotential als C-Risiko identifiziert. Zinstragende Verbindlichkeiten sind langfristig vereinbart. Zum Teil wurden Finanzderivate (Zinsswaps) zur Fixierung künftiger Zahlungsströme aus variabel verzinslichen (Euribor) Darlehen verwendet. Das daraus resultierende Bewertungsrisiko wurde bilanziert und ist abgedeckt. Im Bereich Löhne und Gehälter erwarten wir in den kommenden Jahren eine durchschnittliche tarifliche Steigerung um 2,5 bis 3% per annum. Infolge der Niedrigzinsphase, deren Anhalten wir planerisch unterstellen, sehen wir bei den Pensionsrückstellungen Belastungen im Personalaufwand der enwor. Wir gehen davon aus, dass in den Folgejahren diese Belastung schrittweise abnehmen wird. Spätestens ab 2023 erwarten wir deutlich weniger zinsniveaubedingte Zuführungen zur Pensionsrückstellung, so dass sich das Risiko bei einem mittleren Niveau einstellen wird. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Umsatzerlöse mittelfristig entwickeln werden bzw. wie schnell die Volks- bzw. Regionalwirtschaft die Rezession (wegen der Covid 19 Pandemie) überwinden und auf einen ursprünglich geplanten Wachstumspfad zurückfinden. Davon hängt ab, wie nah wir dem ursprünglich geplanten Ziel eines stabilen Jahresüberschusses nach Steuern in Höhe von über 8 Mio. € per annum kommen. Für 2020 stufen wir dies als überwiegend unwahrscheinlich und somit als mit einem hohen Risiko behaftet ein. Die Geschäftsführung wird dem Aufsichtsrat im Sommer 2020 eine entsprechend aktualisierte Prognoserechnung für 2020 auf der Basis valider Halbjahreswerte erstellen können. Zur Abschätzung und Begrenzung von Risiken wird bereits seit dem Jahr 2007 ein jährlicher Risikomanagementbericht für die enwor – energie & wasser vor ort GmbH erstellt. Hierzu werden festgelegte Risiken von den jeweils verantwortlichen Mitarbeitern in engen zeitlichen Abständen bzw. bedarfsorientiert be- und ausgewertet. Die Geschäftsführung überprüft die Risikoeinschätzung im Sinne eines Frühwarnsystems und leitet im gegebenen Fall Gegensteuerungsmaßnahmen ein. Der Risikobericht wird dem Jahresabschlussprüfer im Rahmen seiner Abschlussprüfung vorgelegt und auch dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben.

Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Die Gesellschaft führt die überörtliche Wassergewinnung, Wasserbeschaffung, den Wassertransport und die Wasseraufbereitung aus der Rur-Schiene sowie nach deren Übernahme auch aus der Wehebachtalsperre für die Gesellschafter durch. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die geeignet sind, dem Gesellschaftszweck zu dienen. Die WAG betreibt an den beiden Standorten Dreilägerbachtalsperre in Roetgen und Wehebachtalsperre in Stolberg Schevenhütte Trinkwasseraufbereitungsanlagen für ihre Gesellschafter enwor und STAWAG. Weiterhin beliefert sie die WML Waterleiding Maatschappij Limburg in den Niederlanden, den Perlenbachverband und die Stadtwerke Düren mit Trinkwasser.

Öffentliche Zwecksetzung

Gemäß § 50 WHG ist die der Allgemeinheit dienende Wasserversorgung (öffentliche Wasserversorgung) eine Aufgabe der Daseinsvorsorge.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder zwei Geschäftsführer. Die Bestellung erfolgt durch die Gesellschafterversammlung. Umfang und Verteilung der Aufgaben bestimmen sich im Einzelnen nach einer vom Aufsichtsrat zu erlassenden Geschäftsordnung. Sind zwei Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt er die Gesellschaft allein.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 14 stimmberechtigten und sechs beratenden Mitgliedern. Stimmberechtigte Mitglieder sind: der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen, der Oberbürgermeister der Stadt Aachen, ein Geschäftsführer der enwor, ein Vorstandsmitglied der STAWAG, je 5 vom Städteregionstag vorgeschlagene und von enwor entsandte Vertreter sowie vom Rat der Stadt Aachen vorgeschlagene und von der STAWAG entsandte Vertreter. Beratende Mitglieder sind: ein vom Städteregionsrat der StädteRegion Aachen zu bestimmender Fachbeamter der StädteRegion, ein vom Oberbürgermeister der Stadt Aachen zu bestimmender Fachbeamter der Stadt, der Technische Betriebsleiter des enwor, der Technische Betriebsleiter der STAWAG, der Betriebsratsvorsitzende der enwor, der Betriebsratsvorsitzende der STAWAG. Neben den stimmberechtigten und den beratenden Mitgliedern des Aufsichtsrats kann zugleich für ein jedes

Mitglied ein stellvertretendes Mitglied durch die vorschlagende bzw. bestimmende Stelle benannt werden. Die Stellvertreter haben ein Teilnahmerecht an den Sitzungen des Aufsichtsrates nur, wenn die ordentlichen Mitglieder selbst nicht anwesend sind.

Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen, sein Vertreter ist der Oberbürgermeister der Stadt Aachen.

Gesellschafterversammlung:

In der Gesellschafterversammlung werden die STAWAG durch den Oberbürgermeister der Stadt Aachen und durch ein Vorstandsmitglied, die enwor durch den Städteregionsrat der StädteRegion Aachen und durch einen Geschäftsführer vertreten. Die Stimmen jedes Gesellschafters dürfen nur einheitlich abgegeben werden.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Walter Dautzenberg
Dipl.-Ing. Rudolf Roß

Vertretung der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender:	Dr. Tim Grüttemeier	Städteregionsrat
Stimmberechtigte Mitglieder:	Ronald Borning	Städteregionstagsmitglied
	Axel Wirtz	Städteregionstagsmitglied
	Ingrid von Morandell	Städteregionstagsmitglied
	Heiner Berlipp	Städteregionstagsmitglied
	Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied
Beratendes Mitglied:	Stefan Jücker	Dezernent

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52159 Roetgen

gezeichnetes Kapital: 1.200.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
STAWAG	600.000	50
enwor	<u>600.000</u>	<u>50</u>
	1.200.000	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2017	2018	2019
Bilanz:	– in T€ –	– in T€ –	– in T€ –
A. Anlagevermögen	67.886	72.177	68.728
I. Imm. Vermögensgegenst.	6.822	6.718	5.867
II. Sachanlagen	61.064	65.459	62.861
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	8.090	5.208	4.853
I. Vorräte	68	102	108
II. Forderungen/sonst. VG	7.594	1.862	1.884
III. Kassenbestand, Guthaben	428	3.244	2.861
C. Rechnungsabgrenzungsposten	223	119	65
Bilanzsumme Aktiva	76.199	77.504	73.647
A. Eigenkapital	21.041	24.417	24.504
I. Gezeichnetes Kapital	1.100	1.200	1.200
II. Kapitalrücklage	12.322	20.537	20.537
III. Gewinnvortrag	4.909	919	1.339
IV. Jahresüberschuss	2.710	1.760	1.428
B. SoPo Investitionszuschüsse	1.848	1.683	1.373
C. Rückstellungen	1.057	749	1.241
D. Verbindlichkeiten	52.254	50.655	46.528
Bilanzsumme Passiva	76.199	77.504	73.647
Gewinn- und Verlustrechnung:	2017	2018	2019
	– in € –	– in € –	– in € –
Umsatzerlöse	28.515.014	27.955.087	27.962.192
Materialaufwand	20.090.642	17.231.195	17.490.908
Abschreibungen	3.128.039	4.487.800	4.718.668
Steuern v. Einkommen und Ertrag	1.485.064	818.593	776.765
Jahresüberschuss nach Steuern	2.709.583	1.760.207	1.427.691

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiter/innen	(betriebsgeführt durch Mitarbeiter der enwor)		

Leistungskennziffern	2017 in Tm ³	2018 in T m ³	2019 in T m ³
Entnahme:			
Dreilägerbachtalsperre	4.211	3.170	3.866
Kalltalsperre	12.042	10.325	12.184
Obersee	13.560	18.686	16.801
Wehebachtalsperre	7.931	8.058	7.475
Summe Entnahme	37.744	46.155	45.381
Abgabe:			
enwor	14.170	17.917	18.038
STAWAG	13.732	18.000	17.724
WML Waterleiding Maatschappij Limburg	5.109	4.992	5.055
Perlenbach Zweckverband	0,3	360	101
Stadtwerke Düren	3.556	3.474	3.210
Summe Abgabe	36.567	44.743	44.128
Spülwasserverluste:	1.177	1.412	1.252
in % von Entnahme	3,12	3,06	2,76

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist an der WAG über die enwor GmbH mittelbar beteiligt. Zwischen der WAG und der enwor GmbH besteht ein Betriebsführungsvertrag, darüber hinaus ein Wasserlieferungsvertrag sowie ein Netznutzungsvertrag. Zwischen der StädteRegion Aachen und der WAG besteht ein Avalkreditvertrag über die Übernahme einer kommunalen, modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der WAG zur teilweisen Besicherung der Finanzierung des Neubaus einer Membranfiltrationsanlage. Die vereinbarten Avalprovisionen der WAG werden durch die enwor GmbH jährlich zugunsten des Haushaltes der StädteRegion geleistet.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach einer vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) am 17.04.2019 veröffentlichten Pressemitteilung ist der durchschnittliche Wasserverbrauch pro Kopf und Tag, der in den vergangenen 10 Jahren recht stabil bei 123 Litern lag, in 2018 auf 127 Liter angestiegen. Wichtigster Grund für diesen Anstieg war die außergewöhnlich trockene Witterung.

Geschäftsverlauf

Die insgesamt im Jahr 2019 von der WAG abgegebene Trinkwassermenge beträgt rund 44,1 Mio. m³ und überschreitet die geplante Menge wegen der ähnlich wie schon in 2018 zu beobachtenden langen Trockenheit und den hohen Temperaturen im Sommerhalbjahr um rund 2,6 Mio. m³. Von den beiden Aufbereitungsanlagen für Talsperrenwasser in Roetgen und an der Wehebachtalsperre sind in Summe 39,1 Mio. m³ geliefert worden, was 89% der diesjährigen Gesamtmenge und eine leichte Steigerung um 0,3 Mio. m³ im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Die 6 Grundwasseranlagen haben die verbleibenden 5,0 Mio. m³ bereitgestellt. Im Jahr 2019 haben enwor 18,0 Mio. m³ und STAWAG 17,7 Mio. m³ abgenommen und damit ihre gesamten Mengen von der WAG bezogen. Insgesamt hat enwor in 2019 rund 0,1 Mio. m³ mehr, STAWAG rund 0,3 Mio. m³ weniger als im Vorjahr an ihre jeweiligen Kunden abgegeben. Die WML und die Stadtwerke Düren haben im Wesentlichen die vertraglich vereinbarten Wassermengen abgenommen. Der Wasserversorgungszweckverband Perlenbach hat in 2019 wie bereits im Vorjahr witterungsbedingt Gebrauch von dem Notwasserliefervertrag gemacht, in 2019 aber wegen der im Herbst früher als in 2018 einsetzenden Niederschläge nur 0,1 Mio. m³ bezogen. Das von der WAG aufbereitete und abgegebene Wasser entsprach jederzeit den Vor-gaben der Trinkwasserverordnung.

Lage

a) Ertragslage

Das Jahresergebnis für das Wirtschaftsjahr 2019 basiert wegen des ähnlich trockenen und heißen Sommers wie im Vorjahr auf annähernd den gleichen abgegebenen Wassermengen und erreicht somit einen Jahresüberschuss von rund 1.428 T€. Damit verringerte sich der Überschuss im Vergleich zum Vorjahr um 333 T€, überstieg aber den Planwert (787 T€) um 641 T€. Das Ergebnis vor Steuern beträgt 2.189 T€. Im Vergleich zum Vorjahresergebnis bedeutet dies einen Rückgang um 390 T€. Die Umsatzerlöse des Jahres 2019 erreichten 27.962 T€ und lagen damit um 7 T€ unter dem Vorjahreswert. Gegenüber dem geplanten Wert von 26.578 T€ für 2019 stellt dies aber eine Verbesserung um 1.236 T€ dar. Die Umsatzerlöse setzen sich zusammen aus dem Trinkwasserverkauf in Höhe von 27.208 T€ (Vorjahr 27.468 T€; Planwert 2019: 26.129 T€), die in Höhe von 2.206 T€ (Vorjahr 2.237 T€) Einnahmen aus der Weiterberechnung des Wasserentnahmemeentgelts (WEE) enthalten. Zusätzlich konnten Erlöse aus der Stromeinspeisung in Höhe von 74 T€ (Vorjahr 84 T€) erzielt werden. In den übrigen Umsatzerlösen in Höhe von 680 T€ sind Erlöse aus Laborleistungen (259 T€), periodenfremde Erträge (147 T€), Erlöse aus Miet- und Pachteinnahmen (81 T€), aus Holzverkäufen (60 T€) sowie sonstige Einnahmen in Höhe von 133 T€ ausgewiesen. Die sonstigen betrieblichen Erträge erreichen 463 T€. Sie beinhalten im Wesentlichen die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von 304 T€, sowie aus der Auflösung von Rückstellungen (140 T€). Die Materialaufwendungen lagen insgesamt mit 17.491 T€ um 260 T€ über dem Vorjahresniveau. Die im Juni 2018 von der WAG wegen der Rückforderung von Stromsteuer eingelegte Klage beim Finanzgericht Düsseldorf gegen den Bescheid des Hauptzollamtes Aachen ist im Oktober durch ein Urteil gegen das Interesse der WAG entschieden worden. Gegen dieses Urteil hat die WAG fristwährend die Revision vor dem Bundesfinanzhof in München beantragt, die mittlerweile auch zugelassen worden ist. Im Bereich der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und

Betriebsstoffe stiegen die Kosten für Strombezug um 228 T€ auf 2.689 T€, die Aufwendungen für bezogene Leistungen für die Unterhaltung der Anlagen um 401 T€ auf 3.644 T€. Für die Erbringung der technischen Dienstleistungen durch enwor und STAWAG sind in Summe 7.236 T€ aufgewendet worden. Die Beitragshöhe für den Wasserverband Eifel-Rur (WVER) stieg leicht um 44 T€ auf 1.673 T€. Infolge all der oben beschriebenen Effekte sowohl auf der Erlös- als auch auf der Aufwandsseite stieg das Rohergebnis (Summe betriebliche Erträge ./ Materialaufwand) von 11.160 T€ auf 11.212 T€ in 2019 an. Die Abschreibungen im Geschäftsjahr 2019 sind gegenüber dem Vorjahr (4.488 T€) auf insgesamt 4.719 T€ angewachsen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen die Kosten für die kaufmännischen Dienstleistungen, die durch enwor und STAWAG erbracht werden, in Höhe von 928 T€, sowie die anteilig zu übernehmenden Zuführungen zu Rückstellungen für die Altersversorgung bei enwor und STAWAG in Höhe von 1.613 T€. Des Weiteren sind hier Aufwendungen für Betriebsgebäude, Leasing-Gebühren, Versicherungen sowie Gebühren, Beratungs- und Prüfungskosten enthalten. Insgesamt addieren sich die Kosten für den laufenden Betrieb und Instandhaltung auf 330 T€ (Vorjahr 328 T€). Die Aufwendungen für Gutachter- und Beratungsleistungen betrugen 255 T€ (Vorjahr 301 T€). Die periodenfremden Aufwendungen fielen um 29 T€ geringer aus als im Vorjahr. Insgesamt stiegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 199 T€ auf 3.388 T€ an. Im Geschäftsjahr 2019 sind keine neuen Darlehen zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen oder für den laufenden Betrieb aufgenommen worden, die bestehenden Kredite sind alle planmäßig getilgt worden. Die Zinsbelastung ist dadurch geringfügig auf 813 T€ abgeschmolzen und das negative Finanzergebnis auf insgesamt -813 T€. Damit ergibt sich ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 2.189 T€ (Vorjahr 2.579 T€). Dieses übersteigt den geplanten Wert von 1.280 T€ um 909 T€. Aufgrund der dargestellten wirtschaftlichen Entwicklung schließt das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.428 T€ ab.

b) Finanzlage

aa) Kapitalstruktur

Aufgrund der dargestellten Sachverhalte haben sich Änderungen im Cash Flow im Vergleich zum Vorjahr ergeben:

- Der Mittelzu- und -abfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist von 13.372 T€ im Vorjahr auf 6.579 T€ im Berichtsjahr 2019 gesunken. Dies resultiert im Wesentlichen aus der in 2018 erstatteten Vorsteuer (5.091 T€) aus dem Kauf der Anlagengüter von enwor.
- Der Mittelzu- und -abfluss aus der Investitionstätigkeit zeigt auch in 2019 wieder ein für die WAG durchaus übliches Maß mit -1.293 T€ (Vorjahr -2.239 T€).
- Der Mittelzu- und -abfluss aus der Finanzierungstätigkeit betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr -5.669 T€. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr (-8.317 T€) u.a. begründet mit der Differenz bei der Gewinnabführung an die Gesellschafter i.H. v. -5.360 T€ (Ausschüttung wegen Kauf/Einbringung der Grundwasseranlagen von enwor und STAWAG in 2018) und der in 2018 erfolgten Zuführung zum Eigenkapital (1.918 T€).
- In 2019 wurden keine neuen Darlehen aufgenommen und die bestehenden Darlehen wurden planmäßig getilgt.

bb) Investitionen

Im Investitionsplan für 2019 war ein Gesamtvolumen von 2.965 T€ ausgewiesen. Davon wurden 1.291 T€ umgesetzt. Die in den Einzugsgebieten der Talsperren und Grundwasserwerke geplanten Investitionen konnten nur zu einem geringen Teil umgesetzt werden. Der mit 150 T€ veranschlagte Bau des Bodenfilters Hengstbrüchelchen musste infolge einer Neukonzeption ins Folgejahr verschoben werden, ebenso wurden die für das Wasserschutzgebietsverfahren Wehebachtalsperre eingestellten Mittel nicht benötigt, da das Verfahren von der Bezirksregierung Köln nicht weiter vorangebracht wurde. Die für den Erwerb gewässerschutzlich relevanter Grundstücke vorgesehenen Mittel wurden wegen fehlender Angebote nur in geringem Umfang benötigt. Die den Schwerpunkt der Investitionen im Bereich der Wassergewinnungsanlagen bildende Erneuerung der Leit – und Automatisierungstechnik des Pumpwerks Rurberg konnte wie geplant im Frühjahr abgeschlossen werden. Die in den Wasseraufbereitungsanlagen vorgesehenen Investitionen wurden im Wesentlichen umgesetzt. Als herausragende Einzelmaßnahme ist hier die Umrüstung der Steuerung der TWA Brandenburg zu nennen. Wegen ausstehender Genehmigungen mussten die Maßnahmen „Kanalanschluss Klarwassereinleitung TWA Wehebachtalsperre“ und „LWL Anbindung TWA Hastenrath“ auf das Folgejahr übertragen werden. Für das Jahr 2020 sind laut dem vom Aufsichtsrat genehmigten Investitionsplan Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 3.255 T€ vorgesehen. Diese Summe teilt sich auf zu 540 T€ für die Einzugsgebiete, 1.250 T€ für die Wassergewinnungsanlagen und 1.465 T€ für die Wasseraufbereitungsanlagen. Die Finanzierung dieser Maßnahme ist aus dem laufenden Geschäft geplant.

cc) Liquidität

Die Liquidität der WAG war während des gesamten Geschäftsjahres ausreichend gegeben. Eine Inanspruchnahme von Kreditlinien war nicht erforderlich. Der Finanzmittelbestand zum Ende des Jahres betrug 2.861 T€.

c) Vermögenslage

Das Sachanlagenvermögen ist um 2.598 T€ auf nun 62.861 T€ gesunken. Zusammen mit den übrigen langfristigen Vermögensgegenständen beträgt das gesamte Anlagenvermögen zum 31.12.2019 insgesamt 68,7 Mio. €. Im gleichen Zeitraum haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitutionen um 3.512 T€ auf nun 45,3 Mio. € reduziert. Die Bilanzsumme ist im Jahr 2019 von 77,5 Mio. € in 2018 leicht auf nun 73,6 Mio. € gesunken.

Finanzielle Leistungsindikatoren

In dem abgelaufenen Geschäftsjahr 2019 verringerte sich das Anlagevermögen um 3,4 Mio. € auf 68,7 Mio. €. Das Umlaufvermögen hat sich im gleichen Zeitraum von 5.209 T€ in 2018 auf 4.853 T€ zum 31.12.2019 reduziert. Infolge der Vermögensveränderungen reduzierte sich die Bilanzsumme leicht auf 73,6 Mio. €, während das Eigenkapital um 88 T€ auf 24,5 Mio. € angestiegen ist, sodass sich die Eigenkapitalquote nun mit einem Wert von 33,3 % darstellt, was eine Verbesserung von 1,8 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Auf der Passivseite haben sich die Investitionszuschüsse um

310 T€ verringert und das Fremdkapital um 3.635 T€ auf 47,8 Mio. €, wobei 45,3 Mio. € aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen.

Prognose- und Risikobericht

Prognosebericht

Als Prämisse für die weiteren Planungen werden von der WAG – Geschäftsführung jährlich konstante Abgabemengen an enwor (17,2 Mio. m³) und STAWAG (17,2 Mio. m³) angenommen. Auf dieser Basis und als Gesamt-Wasserlieferant für die Kunden enwor und STAWAG sowie unter Berücksichtigung der Vertragsmengen für WML, Stadtwerke Düren und dem Perlenbachverband wird für 2020 mit einer Gesamtwasserabgabe in Höhe von rund 42,4 Mio. m³, bestehend aus ca. 36,4 Mio. m³ Talsperrenwasser und aus ca. 6 Mio. m³ Grundwasser, gerechnet. Die Umsatzerlöse aus der Belieferung der Gesellschafter enwor und STAWAG und der weiteren Kunden werden für das Jahr 2020 auf einem Niveau von 27,1 Mio. € angenommen. Bei diesen Planungen sind Auswirkungen der zu Beginn des Jahres 2020 weltweit ausgebrochenen Corona-Pandemie nicht abgebildet. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass sich die Wasserabgabe an die 5 Weiterverteiler durch die Pandemie nicht gravierend ändern wird und klimatische Einflüsse diesen Effekt deutlich überprägen können. Ebenso wird weiter davon ausgegangen, dass die WAG durch die aufgestellte Pandemie-Leitlinie und die mit den beiden Haupt-Dienstleistern enwor und STAWAG vereinbarten Maßnahmen des Pandemie-Stufenplans zwar einen reduzierten Betrieb, aber keine Einschränkungen bei der Trinkwassergewinnung und -aufbereitung unterliegen wird. Je nach Dauer der Pandemie und den damit einhergehenden Einschränkungen und insbesondere Vorsichtsmaßnahmen für das eingesetzte Personal von enwor und STAWAG können sich möglicherweise einzelne Investitionsmaßnahmen und größere Instandhaltungsmaßnahmen, die keine nachhaltigen Auswirkungen auf den laufenden Betrieb haben, verschieben. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit den geplanten 2,7 Mio. € rund 780 T€ unter dem Niveau von 2019, allerdings sind dabei die anteiligen Kosten für die Übernahme der Zuführungen zu den Rückstellungen für die Altersversorgung gutachterlich mit den aktuellen Zinssätzen neu zu berechnen, wodurch eine Erhöhung der zu übernehmenden Kosten erwartet wird. Im Ergebnis wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 0,67 Mio. € (2019: 1,43 Mio. €) erwartet. Im Verfahren zur Neufestsetzung des Wasserschutzgebiets Wehebachtalsperre hatte die Bezirksregierung Köln in 2018 einen mit der WAG abgestimmten Entwurf einer Verordnung zur Ausweisung eines Schutzgebietes ins Verfahren eingebracht. Das Verfahren wurde in 2019 noch nicht abgeschlossen. Es wird erwartet, dass in 2020 das Schutzgebiet festgesetzt wird. Ebenso konnte das Verfahren zur Neufestsetzung eines Wasserschutzgebietes in Stolberg Nachtigallchen / Mariaschacht nicht abgeschlossen werden. Auch hier ist mit der Festsetzung eines Schutzgebietes in 2020 zu rechnen. Mit dem Wasserverband Eifel – Rur sind erste Gespräche geführt worden, um eine Nachfolgeregelung oder alternativ eine Übergangsregelung für die zum 31.12.2020 auslaufenden Kooperationsverträge zur Minimierung der mikrobiologischen Belastung von Kalltalsperre und Obersee (Hygienekonzept) zu erörtern. In den beiden letzten Jahren sind die Abgabemengen wegen der langanhaltenden Trockenphasen in Kombination mit höheren Temperaturen gegenüber den Vorjahren deutlich angestiegen. Um die Wassergewinnung und -aufbereitung, aber auch die Trinkwasserversorgung in der StädteRegion Aachen und angrenzender Gebiete auch bei den derzeit erwarteten Klimaveränderungen langfristig und nachhaltig zu sichern, hat der Aufsichtsrat in seiner 50. Sitzung am 09. Mai 2019 die Geschäftsführung beauftragt, hierzu eine Studie zu erstellen. Darin

sollen die Effekte, die Einfluß auf die Wassergewinnung und -aufbereitung, Transport und Speicherung sowie die Verteilung des Trinkwassers haben, für die nächsten 20 Jahre in einer gesamtheitlichen Systembetrachtung untersucht und bewertet werden. Im Ergebnis soll ein Rahmen für die wasserwirtschaftliche Entwicklung gesetzt und dabei notwendige und auch vorteilhaft für das Gesamtsystem zu erachtende Maßnahmen aufgezeigt und in eine zeitliche Abfolge gestellt werden. Die Studie wird mit externer Unterstützung im Jahr 2020 erstellt und die Feststellungen und Erkenntnisse werden voraussichtlich im Herbst 2020 vorliegen, so dass diese dem Aufsichtsrat zur Beratung in der Dezembersitzung 2020 vorgestellt werden können.

Risikobericht

Nach dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem einzurichten, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Die WAG hat die Betreuung des Risikomanagementsystems an den Dienstleister enwor beauftragt. Im Geschäftsjahr 2019 hat die Geschäftsführung 16 Risiken identifiziert, die regelmäßig einer Betrachtung unterzogen werden. Diese wurden strukturiert und nach Risikoursachen einem Risikoverantwortlichen zugeteilt. Im Wesentlichen werden drei unterschiedliche Risikoursachen beobachtet:

- wirtschaftliche Risiken z. B. Preisentwicklung bei Energie und Zusatzstoffen
- administrative Risiken z. B. Wasserentnahmerechte und Wasserschutzgebiete
- elementare Risiken z. B. Hochwasser, Erdbeben

Der Risikobericht für das Geschäftsjahr 2019 kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Risikolandschaft im Berichtszeitraum nicht wesentlich gegenüber dem Vorjahr verändert hat und derzeit keine den Fortbestand gefährdenden Risiken zu erkennen sind. Da der Risikobericht eine Stichtagsbetrachtung zum 31.12.2019 darstellt, ist die zu Beginn des Jahres 2020 in unserer Region ausgebrochene Pandemie auch noch nicht als greifbares technisch/wirtschaftliches Risiko in den Bericht für das Jahr 2019 eingeflossen. Dieses Risiko der Corona-Pandemie ist aber zwischenzeitlich in die Risiko-Matrix der WAG eingestellt und bewertet worden. In dem Pandemie-Leitfaden der WAG sind die derzeit erforderlichen Maßnahmen beschrieben und diese werden entsprechend der dynamischen Entwicklung der Lage in einer ganzheitlichen Betrachtung ständig aktualisiert. Insgesamt sieht die Geschäftsführung unverändert keine aktuellen technischen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Risiken, die eine Änderung der Geschäftspolitik erforderlich machen. Die Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Gesellschaft ist gegeben.



Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau des Verkehrslandeplatzes und des Segelfluggeländes Aachen-Merzbrück, sowie die zeitweise Nutzung des Geländes für Veranstaltungen im Sinne des § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW. Der Flugplatz dient der Allgemeinen Luftfahrt und Luftfahrzeugen bis 5,7 to Höchstabfluggewicht. Er steht ferner der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen und der Fachhochschule Aachen für wissenschaftliche und Forschungszwecke zur Verfügung. Beim Betrieb und beim Ausbau des Flugplatzes sind die Belange des Umweltschutzes, insbesondere die "Verordnung über die zeitliche Einschränkung des Flugbetriebes mit Leichtflugzeugen und Motorseglern an Landeplätzen" vom 05.01.1999 (BGBl. I S. 3) zu beachten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Der Geschäftsführer wird von der Gesellschafterversammlung bestellt.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, dessen Mitglieder von den Gesellschaftern wie folgt entsandt werden:

Stadt Aachen	2 Mitglieder
Stadt Eschweiler	2 Mitglieder
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	2 Mitglieder
Fluggemeinschaft Aachen	1 Mitglied
StädteRegion Aachen	1 Mitglied

Für jedes Aufsichtsratsmitglied ist von dem entsendenden Gesellschafter ein Vertreter zu bestimmen. Die von den Gesellschaftern entsandten Mitglieder können von dem Gesellschafter, der sie entsandt hat, jeder Zeit abberufen und durch andere Personen ersetzt werden. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates soll der jeweilige Bürgermeister der Stadt Würselen gewählt werden, zum stellvertretenden Vorsitzenden soll eines der beiden Aufsichtsratsmitglieder der Stadt Aachen gewählt werden.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung besteht aus jeweils einem Vertreter pro Gesellschaft. Der Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung wird durch den Städtereionstag bestellt.



Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Uwe Zink

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung:

	Josefine Lohmann	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Christoph Simon	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 57.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	8.535,00	14,97
Stadt Aachen	14.256,00	25,01
Stadt Eschweiler	14.256,00	25,01
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	14.256,00	25,01
Fluggemeinschaft Aachen e. V. (FGA)	<u>5.697,00</u>	<u>10,00</u>
	57.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2017	2018	2019
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	1.736.598	1.968.059	2.865.112
I. Imm. Vermögensgegenst.	365	2	2
II. Sachanlagen	1.726.233	1.968.057	2.865.110
B. Umlaufvermögen	478.233	354.822	2.097.712
I. Vorräte	1.450	396	164
II. Forderungen / sonst. VG	58.369	87.290	95.545
III. Kassenbestand, Guthaben	418.421	267.137	2.002.003
Rechnungsabgrenzungsposten	11.294	557	468
Bilanzsumme Aktiva	2.226.125	2.323.438	4.963.293



	2017	2018	2019
	-in €-	-in €-	-in €-
A. Eigenkapital	749.765	827.064	901.797
I. Gezeichnetes Kapital	57.000	57.000	57.000
II. Kapitalrücklage	344.238	396.293	453.202
III. Gewinn-/Verlustvortrag	302.182	348.528	373.771
IV. Jahresüberschuss	46.346	25.243	17.824
B. Rückstellungen	37.152	34.111	37.973
C. Verbindlichkeiten	1.415.093	1.438.148	3.999.408
D. Rechnungsabgrenzungsposten	24.115	24.115	24.115
Bilanzsumme Passiva	2.226.125	2.323.438	4.963.293

	2017	2018	2019
	- in € -	- in € -	- in € -
Gewinn- und Verlustrechnung:			
Umsatzerlöse	321.223	315.557	315.633
Sonst. betriebl. Erträge	48.656	65.176	70.594
Materialaufwand	2.171	966	1.417
Personalaufwand	206.699	217.587	250.035
Sonst. betriebl. Aufwendungen	101.358	124.273	125.777
Erträge aus Gesellschafterzuschüssen	103.563	0	0
Ergebnis nach Steuern	46.648	25.546	18.138
Jahresüberschuss nach Steuern	46.346	25.243	17.824

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiter/innen	15	14	12
Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2017	2018	2019
	in %	in %	in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	78,01	84,70	58
Eigenkapitalquote	33,68	35,60	k.A.
Anlagendeckungsgrad I	43,17	42,02	k.A.
Liquidität 1. Grades	461,89	294,89	<0



Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

An der von der Gesellschafterversammlung beschlossenen Ergebnisverwendung bzw. Verlustabdeckung ist die StädteRegion Aachen entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital beteiligt. Im Rahmen der Verlustabdeckung übernimmt die StädteRegion die anteiligen Pachtkosten und Kapitaldienstleistungen und leistet diese an die FAM. Die FAM GmbH leistet ihrerseits Miet- und Pachtzahlungen für den Tower sowie die Hallen auf dem Gelände in Merzbrück an die StädteRegion Aachen. In Vorbereitung des Flugplatzausbaus wurden außerdem Ende des Jahres 2009 Grundstückskäufe notariell beurkundet, welche in 2010 bilanzwirksam wurden. Im Zusammenhang hiermit haben die Gesellschafter Beschlüsse getroffen (vgl. Vorlage 2009/0482 für die Sitzung des Städteregionstages am 10.12.2009), die die Übernahme von Ausfallbürgschaften sowie die Übernahme von Finanzierungskosten für ein durch die Grundstückskäufe erforderlich gewordenen Darlehen sicherstellen. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen bestehen nicht, es ist lediglich ein wirtschaftlicher Zusammenhang zwischen der Entwicklung der FAM GmbH und der Entwicklung der AKM Gesellschaften zu nennen.

Öffentliche Zwecksetzung

Der Lagebericht zum 31.12.2019 führt aus, dass die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zweckes der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes im Berichtsjahr erfüllt wurden, vgl. Absatz 1 des vorstehenden Berichtes.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Gremien

Im Geschäftsjahr 2019 haben der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung je viermal getagt. Das Jahresergebnis 2018, die Entastung des Aufsichtsrates und die Entlastung des Geschäftsführers wurden in der 90. Sitzung des Aufsichtsrates bzw. in der 67. Gesellschafterversammlung am 23.09.2019 beschlossen. Die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zweckes der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses

Personal und Sozialbereich

Mehr als zwei Drittel der Umsatzerlöse (=250.034,82 €) werden für Personal (Löhne und Gehälter, soziale Abgaben) aufgewendet. Allein durch die Landeentgelte (210.932,14 €) ist der Personalaufwand nicht zu finanzieren.

Die Personalsituation stellt sich wie folgt dar:	Vollzeitkräfte	3
	Teilzeitkräfte	2
	Aushilfskräfte	7



Förderung des Ausbaues des Verkehrslandeplatzes (VLP)

Durch die Verschwenkung der Langebahn wird die Elektrifizierung der Bahnstrecke entlang des Flugplatzes möglich. Daher erhält die FAM aus dem im Jahr 2018 geschlossenen Vertrag mit der EVS Entschädigungsleistungen für den Ausbau des VLP i.H.v. 1,85 Mio. €. Die Entschädigungszahlungen werden in drei Tranchen aufgeteilt. Die erste Zahlung soll im Jahr 2021 erfolgen. Mit Bescheid vom 16.04.2019 wurde der FAM eine Förderzusage von 75 % der Baukosten abzüglich der Leistungen durch die EVS gemacht, maximal begrenzt auf 4 Mio. €. Bis Mitte Juli 2020 sind bereits 3,5 Mio. € an Fördermitteln ausgezahlt worden. Der Eigenanteil der FAM i.H.v. 25 % der förderfähigen Baukosten i.H.v. rund 1,3 Mio. € wird durch Gesellschafterdarlehen eingebracht. Die Gesamtbaukosten werden sich auf rund 6,5 Mio. € belaufen.

Geschäftsergebnis

Der Jahresüberschuss (17.824,47 €) liegt unter dem Vorjahreswert 2018 (25.243,15 €). Die Umsatzerlöse der Gesellschaft bestehen aus Landeentgelte, Pachteinahmen, Provisionserlöse (Tankstelle) und Erlösen aus der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit

Die Erträge des operativen Geschäftes sind:

212 T€	Landeentgelt und Sonderentgelte
5 T€	Erlöse Segelflug
4 T€	Nutzungsentgelte

Fehlendes Eigenkapital für die investiven Maßnahmen erfordern Zuschüsse der Gesellschafter. Die geringeren Überschüsse ergeben sich aus dem Ausbau weiterhin gestiegener Personalaufwand bei gleichbleibendem Umsatz.

Analyse der Vermögenslage

Das Anlagevermögen der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2019 um ca. 897 T€ auf 2.865 T€ erhöht. Der Zuwachs ist auf die Investitionen im Bereich des Landebahnausbaus (Anlagen im Bau +702 T€) sowie den Erwerb mehrerer Grundstücke +198 T€ zurückzuführen. Die liquiden Mittel sind im Geschäftsjahr 2019 um ca. 1.735 T€ gegenüber dem Vorjahr auf 2.002 T€ gestiegen. Dies ist auf die erhaltenen Zuschüsse des Landes NRW zurückzuführen. Korrespondierend zum Anstieg der liquiden Mittel haben sich die sonstigen Verbindlichkeiten durch den Erhalt der Zuschüsse erhöht. Gegenüber dem Vorjahr sind die sonstigen Verbindlichkeiten um ca. 2.675 T€ auf 2.683 T€ gestiegen. Durch die vollständige Tilgung mehrerer Darlehen, konnten die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduziert werden (-225 T€ gegenüber dem Vorjahr). Im Zuge des Ausbaus der Landebahn haben sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöht (+132 T€ gegenüber dem Vorjahr).

Analyse der Ertragslage

Das Jahresergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 7 T€ reduziert. Das Geschäftsjahr 2019 schließt mit einem Jahresüberschuss i.H.v. ca. 18 T€. Die Umsatzerlöse liegen auf Vorjahresniveau. Die geringeren Erlöse im Bereich der Pacht- und Abstellgebühren konnten durch die höheren Erlöse im Bereich der Landeentgelte kompensiert werden. Seit dem 01.01.2019 ist die neue



Entgeltverordnung für den Verkehrslandeplatz in Kraft. Der Personalaufwand ist im Zusammenhang mit dem Ausbau des Verkehrslandeplatzes gegenüber dem Vorjahr um ca. 32 T€ gestiegen.

Analyse der Finanzlage

Die Liquiden Mittel haben sich gegenüber dem Vorjahr von 267 T€ um 1.735 T€ auf 2.002 T€ zum 31.12.2019 erhöht. Hauptursache für den Anstieg der Liquiden Mittel sind die erhaltenen Zuschüsse vom Land NRW für den Ausbau der Landebahn. Im Jahr 2019 sind rund 2.676 T€ an Zuschüssen auf den Bankkonten eingegangen. Die Liquiden Mittel wurden zum Teil für die Rückführung der Darlehen verwendet, wodurch sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wie beschrieben reduziert haben.

Gesamtaussage

Die beschriebenen Änderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führen zu einer Reduktion der Eigenkapitalrendite von ca. 3 % in 2018 auf ca. 2 % in 2019. Die Gesamtkapitalrendite hat sich gegenüber dem Vorjahr (1 %) auf 0,4 % vermindert. Der Rückgang der Kennzahlen zur Rentabilität ist auf die erhöhte Bilanzsumme bzw. das erhöhte Eigenkapital bei leicht rückläufigem Jahresergebnis zurückzuführen. Die Anlagenintensität (Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen) hat sich von 85 % in 2018 auf 58 % in 2019 reduziert. Dies ist darin begründet, dass die erhaltenen Zuschüsse zum Stichtag größer sind als der Zuwachs der Anlagen im Bau. Die Liquidität ersten Grades (Anteil der Liquiden Mittel am kurzfristigen Fremdkapital) ist zum Bilanzstichtag negativ. Dies ist auf die Bilanzierung der erhaltenen Zuschüsse als kurzfristige sonstige Verbindlichkeiten zurückzuführen. Ohne diesen Effekt ergibt sich eine positive Liquidität ersten Grades. Das Gesamtergebnis entspricht den Erwartungen.

Prognose, Chancen und Risiken

Im Jahr 2019 haben der vorgezogene Maßnahmenbeginn zum Ausbau des VLP und die eigentliche Förderung durch das Land begonnen. Der endgültige Ausbau wird für Oktober 2020 erwartet. Die Eröffnung hat am 05.09.2020 im Beisein von Verkehrsminister Herrn Wüst stattgefunden. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Start- und Landebahn und damit verbundenen Schließungen des Platzes wird sich das Geschäftsergebnis für das Jahr 2020 entsprechend reduzierter in Verhältnis zu den Vorjahren darstellen. Mit dem derzeitigen Ausbau wird die Sicherheit des Flugbetriebes erhöht, die Lärmsituation für das Umfeld gemindert und der Ausgleich mit der Umwelt hergestellt. Die Förderung des Landes für den Ausbau und den Beschluss diesen als Forschungslandeplatz für die Zukunft zu betreiben, schafft neue Arbeitsplätze und ist von großer Bedeutung für die Aachener Region. Für 2020 sind bis zur Jahresmitte bereits knapp 20 % geringere Gesamteinnahmen zu verzeichnen, da durch den Ausbau des zukünftigen Forschungslandeplatzes zeitweise nur eine reduzierte Nutzung der bisherigen Start- und Landebahn möglich ist. Zudem wirkt sich hier aber auch die Corona/COVID 19 Situation aus. Auf die Ausführungen im Nachtragsbericht des Anhangs wird verwiesen. Die Gesellschafter verschaffen dem Unternehmen die notwendige Liquidität für das operative Geschäft durch Übernahme des Kapitaldienstes und ggf. entstehender Verluste, sowie durch die zur Verfügung gestellten Krediten für den Ausbau. Insgesamt ist der Fortbestand des Unternehmens durch den Ausbau zum Forschungsflugplatz und der



Ansiedlung der Forschungsunternehmen im angrenzenden Gewerbegebiet gesichert. Risiken könnten in einem ungeplanten Anstieg der Baukosten für den Ausbau des Verkehrslandeplatzes bestehen. Zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung gibt es dafür keine Anhaltspunkte. Die Gesellschafter planen für 2021 eine Erweiterung des Gesellschaftszwecks um die Aufgaben der Standort- und Gebietsentwicklung und eine Erweiterung des Gesellschafterkreises. Im Rahmen dieser Erweiterungen soll die FAM umfirmieren und somit die Ausgestaltung einer Gesamtvision am Standort Merzbrück zugunsten einer zukunftsfähigen, digitalen und nachhaltigen Wirtschaft sowie einer innovativen Mobilitätsoffensive verfolgt werden. Die RWTH Aachen und FH Aachen wollen in Merzbrück einen flugaffinen Forschungsschwerpunkt etablieren. Für das angrenzende Gewerbegebiet mit flugaffinem Gewerbe ist Merzbrück eine strategisch bedeutende Fläche.



**Wirtschafts- und
Strukturförderung**

AGIT - Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalens, des Bundes und der EU. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen, vertreten, sich an solchen Unternehmen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführer werden durch den Aufsichtsrat bestellt, angestellt und abberufen.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 16 Mitgliedern. Er kann beschließen, dass an seinen Sitzungen weitere Personen beratend teilnehmen.

Die Mitglieder aus dem Bereich der kommunalen Gebietskörperschaften werden für die Dauer einer Wahlzeit der Kommunalvertretungen in den Aufsichtsrat entsandt. Sie bleiben bis zur jeweiligen Entscheidung eines Nachfolgers im Amt. Die Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern für den Fall der Verhinderung ist zulässig.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafter sind in der Gesellschafterversammlung durch einen von ihnen schriftlich benannten Vertreter vertreten. Je 1.000,00 Euro Kapitalbeteiligung gewähren eine Stimme.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Lothar Mahnke

Vertretung der StädteRegion im Aufsichtsrat:

	Dr. Tim Grüttemeier	Städteregionsrat
Stellvertretung:	Markus Terodde	Dezernent
Vorsitzender:	Leo Pontzen	Städteregionstagsmitglied
Stellvertretung	Werner Krickel	Städteregionstagsmitglied
	Ingrid von Morandell	Städteregionstagsmitglied
Stellvertretung:	Ulla Thönnissen	Städteregionstagsmitglied

Vertretung der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Leo Pontzen	Städteregionstagsmitglied
Stellvertretung	Karin Schmitt-Promny	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52068 Aachen

gezeichnetes Kapital: 3.253.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	552.378	16,98
Stadt Aachen	971.450	29,86
Handwerkskammer Aachen	138.934	4,27
IHK Aachen	421.242	12,95
Kreis Düren	277.867	8,54
AGiT*	142.009	5,47
Kreis Euskirchen	138.934	4,27
Sparkasse Aachen	467.815	14,38
Sparkasse Düren	67.296	2,07
Kreissparkasse Euskirchen	36.000	1,11
 Fachhochschule Aachen	 <u>3.075</u>	 <u>0,10</u>
	3.253.000	100,00

*Der Kreis und die Kreissparkasse Heinsberg haben ihre Anteile an die AGiT abgetreten.

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2016	2018	2019
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	3.696.271	3.195.949	141.663
I. Imm. Vermögensgegenst.	1.015	353	14
II. Sachanlagen	3.652.651	3.161.520	107.570
III. Finanzanlagen	42.605	34.077	34.079
B. Umlaufvermögen	755.320	1.067.232	29.855.489
I. Forderungen / sonst. VG	478.022	586.539	503.034
II. Kassenbestand, Guthaben	277.298	480.693	29.352.455
C. RAP	940	1070	0
Bilanzsumme Aktiva	4.452.530	4.264.252	29.997.152
 A. Eigenkapital	 1.249.005	 1.907.550	 3.253.000
I. Gezeichnetes Kapital	3.253.000	3.253.000	3.253.000
II. Verlustvortrag	-2.150.119	2.003.995	0
III. Jahresüberschuss	146.123	658.545	0
B. SoPo Investitionszuschüsse	321.794	301	22
C. Rückstellungen	205.500	76.050	407.954
D. Verbindlichkeiten	2.661.232	2.211.598	2.472.994
E. RAP	15.000	68.752	30.821
Passiv latente Steuern	0	0	2.134.917
Bilanzsumme Passiva	4.452.530	4.264.252	29.997.152
 Gewinn- und Verlustrechnung:	 2017	 2018	 2019
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	3.661.618	4.054.652	13.620.672
Sonst. betriebl. Erträge	1.826.754	1.670.999	21.550.516
dav. Gesellschafterzuschüsse	1.128.091	975.000	487.500
Materialaufwand	2.406.905	2.551.205	6.922.528
Personalaufwand	1.497.097	1.496.357	1.645.130
Sonst. betriebl. Aufwendungen	330.276	353.687	680.065
Zinsen und ähnl. Aufwendungen	85.626	46.080	97.664
Ergebnis nach Steuern	263.393	775.719	23.332.069
Sonstige Steuern	117.270	117.174	111.166
Jahresüberschuss	146.123	658.545	23.220.903

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiter_innen	19	22	21
Indikatoren zur Vermögens- und Finanzlage	2017 in %	2018 in %	2019 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	83,0	75,0	k.A.
Eigenkapitalquote	35,3	44,8	k.A.
Anlagendeckungsgrad	42,5	59,7	k.A.
Liquidität 1. Grades	44,5	44,8	k.A.
Liquidität 2. Grades	121,2	99,4	k.A.

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Aufwendungen der AGIT, die nicht aus Erlösen und sonstigen Zuschüssen gedeckt sind, werden durch Zuschüsse der Gesellschafter im Verhältnis ihrer Stammkapitalanteile zueinander getragen. Der im Jahr 2019 an die AGIT gezahlte allgemeine Zuschuss der StädteRegion betrug insgesamt 119.864,11 €. Darüber hinaus hat die StädteRegion Aachen der AGIT für verschiedene Projekte bzw. Dienstleistungsaufträge insgesamt 93.750 € gezahlt. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen liegen nicht vor.

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Die AGIT konnte die organisatorisch-personelle als auch finanzielle Aufwärtsentwicklung der letzten Jahre auch im Jahr 2019 fortführen und sich auch bei den Gesellschaftern positiv positionieren und neue Aufgabenbereiche übernehmen.

Prägend für das Jahr 2019 war der Verkaufsprozess des „Technologiezentrums am Europaplatz“, der in einem bundesweiten Bieterverfahren zu einem außergewöhnlich hohen Verkaufserlös in Höhe von 33,4 Mio € geführt hat. Damit konnten alle Altschulden der Gesellschaft abgelöst und das erheblich geschrumpfte Gesellschaftskapital wieder vollständig aufgefüllt werden. Nach Ablösung der Altschulden und nach Steuern verblieben aus dem Verkaufserlös liquide Mittel in Höhe von 29 Mio €.

Bereits im April 2019 hat die AGIT mit wesentlichen Teilen der Mitarbeiter neue Geschäftsräume im ZBMT auf dem RWTH-Campus Melaten zunächst zur Miete bezogen. Damit rückte die Gesellschaft auch räumlich in das Zentrum des technologie-orientierten Gründungsgeschehens und des Technologietransfers. Anfang 2020 erwarb die AGIT dieses Gebäude, das um einen Neubau erweitert das neue Technologiezentrum der Gesellschaft bilden wird.

Mitte 2019 verlagerte die nordrhein-westfälische Fachhochschule der öffentlichen Verwaltung in Köln wesentliche Teile in ihre neue Aachen-Niederlassung in das TZA am Europaplatz. Auf insgesamt rund 3.000 qm werden dort bis zu 700 Studenten der FHöV ausgebildet werden. Für diese Verlagerung waren erhebliche Umbauarbeiten im TZA erforderlich, deren Kosten auf die langfristig vertraglich gesicherten Mieten umgeschlagen werden konnten. Dadurch wurde die Attraktivität des TZA für den Verkauf nochmals erheblich gesteigert.

Die AGIT dezentralisierte in 2019 mit Außenstellen in Euskirchen und Jülich ihre Aktivitäten, um das Beratungsangebot in den beiden Kreisen Düren und Euskirchen zu intensivieren.

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die AGIT ist die regionale Entwicklungsgesellschaft für Innovation und Technologietransfer der Region Aachen, die zwei Technologiezentren in betreibt, technologie-orientierte Unternehmen in der Gründung und in ihrem Wachstum berät und Wirtschaftsförderungsprojekte in der Region Aachen und in der Euregio Maas-Rhein durchführt.

Entsprechend diesem Aufgabenprofil ist die AGIT in zwei Geschäftsbereichen organisiert:

- Im Bereich „Technologiezentramsmanagement“ wird das Technologiezentrum am Europaplatz und als Dienstleister für die Stadt Aachen das Zentrum für Bio-Medizin Technik (ZBMT) auf dem Campus der RWTH betrieben. Dieser Geschäftsbereich finanziert sich aus den Mieterträgen, Verluste im ZBMT werden von der Stadt Aachen getragen.
- Der Bereich „Wirtschaftsförderung“ umfasst die Beratung von Existenzgründern und Unternehmen, die Ansiedlungswerbung für die Region Aachen sowie die Durchführung von Wirtschaftsförderungsprojekten, insbesondere in der Euergio Maas-Rhein. Dieser Bereich finanziert sich aus Zuschüssen der Gesellschafter und über Projektförderungen.

Forschung und Entwicklung

Die AGIT betreibt keine eigene Forschung und Entwicklung.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Auch in 2019 hat das gute konjunkturelle Umfeld die Vermietung von Flächen in den beiden Technologiezentren begünstigt. Die Nachfrage nach Mietflächen in den beiden Technologiezentren war auch auf einem gleichbleibend hohen Niveau.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft verfügte in 2019 über 20 Mitarbeiter sowie drei Studenten im dualen Fachhochschulausbildungsgang. Die AGIT hat keine befristet Angestellten.

Geschäftsbereich I: Technologiezentrumsmanagement

Die 70 Unternehmen im TZA verfügen über ca. 850 Arbeitsplätze. Während das ZBMT über das ganze Jahr hinweg praktisch voll ausgelastet war, mussten für den notwendigen Umbau für die FHÖV Mietflächen freigezogen werden, was zu Mietausfällen für etwa ein Viertel der Fläche des TZA über einen Zeitraum von rund 5 Monaten geführt hat. Obwohl im direkten Umfeld des TZA erneut weitere Vermietungsangebote an den Markt gingen (Kadans, Jülicher Straße), schlug sich dies nicht auf die Nachfrage nach Flächen in den AGIT-Gebäuden nieder.

Auch die Nachfrage nach Beratungsleistungen durch technologie-orientierte Unternehmen aus der Region blieb weiterhin hoch.

Im ZBMT zogen im Berichtszeitraum 2 Unternehmen aus. Des weiteren vergrößerten 2 Unternehmen ihren Flächenbedarf. Damit konnte auch für das ZBMT in 2019 eine Vollauslastung erreicht werden. Insgesamt sind dort 15 Unternehmen mit rund 160 Arbeitsplätzen angesiedelt.

Der Konferenzbereich blieb in 2019 auf dem Vorjahresniveau, insgesamt war die Auslastung weiterhin gut. Über 42.000 Teilnehmer nahmen an mehr als 1.000 Konferenzen, Besprechungen und Veranstaltungen im TZA teil, wovon rund ein Drittel durch Vermietung an externe Veranstalter zustande kam.

Geschäftsbereich II: Wirtschaftsförderung

a) Beratung technologie-orientierter Unternehmen

Die betriebswirtschaftliche Beratung für technologie-orientierte Gründer und Unternehmen lag mit 180 Beratungsfällen im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Zusätzlich wurden 28 Patentberatungen durchgeführt. Bei den 50 AGIT-Veranstaltungen zum Thema Innovation konnten insgesamt rund 2.300 Unternehmensvertreter begrüßt werden.

b) Ansiedlungswerbung und Investorenberatung

In der Ansiedlungs- und Standortwerbung konnte die AGIT in 2019 insgesamt 91 Ansiedlungsanfragen bearbeiten, wobei jede achte Anfrage zu einer Investition in der Region Aachen führte. Erheblich zugenommen haben weiterhin Anfragen nach der Vermittlung von Büro- und Hallenflächen aus der Region selbst.

Die Ansiedlungsaktivitäten im Ausland konzentrierten sich auf China (gemeinsam mit der Stadt Aachen) und Südkorea (gemeinsam mit der StädteRegion Aachen) Diese Aktivitäten wurden gemeinsam mit verschiedenen Instituten der RWTH durchgeführt werden.

c) Euregionale Unternehmensnetzwerke

Die beiden Interreg-Projekte „Early Tec“ und „I2M“ konnten in 2019 voll umgesetzt werden. Daneben wurde auch das EFRE-geförderte Projekt „Science Link“ in der Region Aachen realisiert. Aus beiden Projekten konnte sich die AGIT personell in erheblichem Umfang refinanzieren.

Das seit über zehn Jahren regelmäßig durchgeführte Gewerbeflächenmonitoring wurde auch in 2019 für alle Teilregionen der Region Aachen erstellt.

Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse wurden in 2019 hauptsächlich durch den Verkaufserlös für das TZA bestimmt, deshalb kann der Vergleich mit dem Vorjahr nicht sinnvoll gezogen werden. Die Erlöse aus den Technologiezentren lagen durch den umbaubedingten Leerstand und die erhöhten Aufwendungen für den Umbau etwas unter dem Vorjahresergebnis.

Die Gesellschafterzuschüsse zur Grundfinanzierung des Bereiches „Wirtschaftsförderung“ konnten aufgrund der sehr guten Ertragslage der Gesellschaft in 2019 für alle Gesellschafter auf insgesamt 542 TEUR halbiert werden.

Insgesamt konnte die Gesellschaft in 2019 mit einem Gesamtergebnis von 25.700 TEUR das beste Gesamtergebnis in der AGIT-Geschichte erwirtschaften.

b) Vermögenslage

Die Vermögenslage der AGIT ist durch den Verkaufserlös des TZA und damit durch eine sehr hohe Liquidität gekennzeichnet.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Bezüglich der Auslastung der beiden Technologiezentren bewegte sich die AGIT weiterhin auf einem hohen Niveau.

Die Beratung von technologie-orientierten Unternehmen befand sich in 2019 weiter wie auch in den Vorjahren auf einem hohen Niveau.

Prognosebericht

Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung haben beschlossen, in 2020 das ZBMT auf dem RWTH-Campus Melaten zu kaufen und dort einen Anbau neu zu errichten. Mit der Campus GmbH und der Innovation GmbH der RWTH sollen Verträge abgeschlossen werden, um das Aufgabenspektrum der AGIT auf dem RWTH-Campus zu verbreitern.

Zum 30.6.19 lief die Finanzvereinbarung zwischen den Gesellschaftern, die eine Spartenerlösermittlung für das Technologiezentrumsmanagement und den Bereich



Wirtschaftsförderung erfordert, aus. Für das Jahr 2019 wurde damit letztmalig eine Spartengewinnermittlung durchgeführt.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Besondere Risiken bestehen derzeit nicht.

Chancenbericht

Insbesondere mit der neuen Rolle der AGIT auf dem RWTH-Campus und den Außenstellen in Euskirchen und Jülich ergeben sich für die Gesellschaft neue Aufgabenstellungen, die mittelfristig zu einer Verbreiterung des Aufgabenspektrums führen können.

Gesamtaussage

Die Gesellschaft befindet sich in einer stabilen Lage mit erheblichen neuen Entwicklungschancen in 2020.

Zweckverband Region Aachen

Aufgaben des Zweckverbands / Beteiligungsziele

Der Zweckverband organisiert die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas–Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW), sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs-, Wissens- und Gesundheitsregion
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung hat 61 Mitglieder und besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Je 12 Vertreter werden von den Vertretungskörperschaften für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder den Dienstkräften der Verbandsmitglieder gewählt. Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu wählen. Der Landschaftsverband Rheinland entsendet einen Vertreter mit beratender Stimme in die Verbandsversammlung. Die Verbandsversammlung wählt aus dem Kreis der kommunalen Vertreter einen Vorsitzenden und vier Stellvertreter. Die Wahl erfolgt in der ersten Sitzung nach Bildung des Zweckverbandes und danach jeweils am Anfang und zur Mitte der Wahlperiode der kommunalen Vertretungskörperschaften. Die Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten aus dem Verbandsgebiet nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen der Verbandsversammlung teil.

Verbandsvorsteher:

Der Verbandsvorsteher und seine vier Stellvertreter werden aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder von der Verbandsversammlung für die Dauer von drei Jahren, höchstens jedoch für die Dauer ihres Amtes, gewählt. Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich. Er wird durch eine Geschäftsstelle unterstützt, die durch einen hauptamtlichen Geschäftsführer geleitet wird. Der Geschäftsführer ist berechtigt, gemeinsam mit dem Verbandsvorsteher Erklärungen gemäß § 16 Abs. 3 GkG abzugeben. Der Verbandsvorsteher hat jährlich vor Beginn des Haushaltsjahres den Entwurf der Haushaltssatzung festzustellen und der Verbandsversammlung vorzulegen. Der Verbandsvorsteher ist verantwortlich für die Durchsetzung der Verbandsziele und der Beschlüsse der Verbandsversammlung.

Zweckverbandspräsident:

Der Regierungspräsident in Köln ist Präsident des Zweckverbandes. Der Zweckverbandspräsident hat die besondere Aufgabe, die Region Aachen als höchster Repräsentant in den Gremien der Euregio Maas-Rhein zu vertreten und umgekehrt in die Region Aachen hinein Angelegenheiten der Euregio Maas-Rhein zu transportieren. Der Zweckverbandspräsident nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Verbandes teil.

Besetzung der Organe

Vertretungen der StädteRegion Aachen in der Verbandsversammlung:

	Dr. Tim Grüttemeier	Städteregionsrat
Stellvertretung:	Markus Terodde	Dezernent
	Axel Wirtz	stv. Städteregionsrat
Stellvertretung:	Willi Bündgens	Städteregiontagsmitglied
	Alexander Lenders	Städteregiontagsmitglied
Stellvertretung:	Ronald Borning	Städteregiontagsmitglied
	Jost Nobis	Städteregiontagsmitglied
Stellvertretung:	Franz Plum	Städteregiontagsmitglied
	Ulla Thönnissen	Städteregiontagsmitglied
Stellvertretung:	Dieter Wolf	Städteregiontagsmitglied
	Lars Lübben	Städteregiontagsmitglied
Stellvertretung:	Karin Schmitt-Promny	Städteregiontagsmitglied
	Ingrid von Morandell	Städteregiontagsmitglied
Stellvertretung:	Werner Krickel	Städteregiontagsmitglied
	Doris Harst	Städteregiontagsmitglied
Stellvertretung:	Janine Köster	Städteregiontagsmitglied
	Thomas Hartmann	Städteregiontagsmitglied
Stellvertretung:	Bernd Schwuchow	Städteregiontagsmitglied
	Jürgen Neesen	Städteregiontagsmitglied
Stellvertretung:	Heiner Berlipp	Städteregiontagsmitglied

	Dr. Werner Pfeil	Städteregiontagsmitglied
Stellvertretung:	Dr. Hans-Joachim Helbig	Städteregiontagsmitglied
	Uwe F. Löhr	Städteregiontagsmitglied
Stellvertretung:	Harald Siepmann	Städteregiontagsmitglied

Verbandsvorsteher:

Stephan Pusch	Landrat des Kreises Heinsberg
---------------	-------------------------------

Zweckverbandspräsidentin:

Gisela Walsken	Regierungspräsidentin
----------------	-----------------------

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Zweckverband
-------------	--------------

Sitz:	52070 Aachen
-------	--------------

Mitglieder:	Anteil in %
StädteRegion Aachen	20,00
Stadt Aachen	20,00
Kreis Düren	20,00
Kreis Heinsberg	20,00
Kreis Euskirchen	<u>20,00</u>
	100,00

Zum Redaktionsschluss für die Erstellung des Beteiligungsberichtes der StädteRegion Aachen für den 31.12.2019 im Mai 2021 lagen der Beteiligungsverwaltung ein geprüfter Jahresabschluss sowie ein Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers für den Berichtszeitraum 01.01.2019 bis 31.12.2019 nicht vor. Die Berichterstattung über die bilanzielle und erfolgswirtschaftliche Entwicklung, über die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die auszugsweise Wiedergabe des Lageberichtes erfolgen daher auf der vorliegenden Datengrundlage des Jahresabschlusses des Zweckverbands Region Aachen zum 31.12.2018.

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung (Datengrundlage zum 31.12.2018)

Bilanz:	2016 – in € –	2017 – in € –	2018 – in € –
A. Anlagevermögen	3.807	5.426	8.459
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	187	8	2
II. Sachanlagen	1.620	3.418	6.457
III. Finanzlagen	2.000	2.000	2.000

B. Umlaufvermögen	596.318	911.688	1.400.960
I. Forderungen / sonst. VG	501.936	832.282	979.020
II. Kassenbestand, Guthaben	94.382	79.406	421.940
Bilanzsumme Aktiva	600.125	917.115	1.409.419
A. Eigenkapital	48.461	63.362	44.894
I. Allgemeine Rücklage	52.987	49.003	63.362
II. Sonderrücklagen	0	0	0
III. Ausgleichsrücklage	13.592	0	14.359
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-18.118	14.359	-18.467
B. Rückstellungen	30.500	36.985	47.590
C. Verbindlichkeiten	521.164	816.768	1.316.935
Bilanzsumme Passiva	600.125	917.115	1.409.419
Gesamtergebnisrechnung:			
	2016	2017	2018
	- in € -	- in € -	- in € -
Ordentliche Erträge	2.384.524	3.084.879	3.149.510
Ordentliche Aufwendungen	2.400.375	3.066.991	3.165.000
Finanzergebnis	-2.267	-3.530	-2.978
Ergebnis d. lfd. Verwaltungstätigkeit	-18.118	14.359	-18.467
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Jahresergebnis	-18.118	14.359	-18.467

Eckdaten und Leistungskennziffern (Datengrundlage zum 31.12.2018)

Indikatoren der Vermögens-Finanz und Ertragslage:	2016	2017	2018
Liquidität 1. Grades	18,11	12,95	36,69
Eigenkapitalquote	8,16	6,93	3,19
Allgemeine Umlagequote	44,61	36,99	36,42
Zuwendungsquote	54,78	54,91	53,56
Personalintensität	63,10	56,97	55,70
Aufwandsdeckungsgrad	99,41	100,58	99,51

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die Städteregion Aachen hat im Haushaltsjahr 2019 eine Verbandsumlage in Höhe von 360.000 € an den Zweckverband Region Aachen gezahlt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft (Datengrundlage zum 31.12.2018)

Ergebnishaushalt und Ergebnisrechnung

Ergebnislage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Jahresergebnisses auf:

Ergebnisart	Ist 2017 in €	Plan 2018 in €	Ist 2018 in €	Abweichung Plan/Ist 2018 in €
Ordentliche Erträge	3.084.879,30	2.939.597,00	3.138.135,25	198.538,25
Ordentliche Aufwendungen	3.066.990,60	2.935.097,00	3.158.624,93	218.527,93
Ordentliches Ergebnis	17.888,70	4.500,00	-15.489,68	-19.989,68
Finanzergebnis	-3.529,61	-4.500,00	-2.977,77	1.522,23
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	14.359,09	0,00	-18.467,45	-18.467,45
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Jahresergebnis	14.359,09	0,00	-18.467,45	-18.467,45

Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis zeigt an, ob die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können oder ob bereits aus der ordentlichen Aufgabenwahrnehmung der Verwaltung neue Schulden entstehen. Das ordentliche Ergebnis schließt mit einem Ergebnis von +15.489,68 Euro ab.

Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit

Neben dem ordentlichen Ergebnis fließt das Finanzergebnis in Höhe von –2.977,77 Euro in das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit ein, das sich in Höhe von –18.467,45 Euro darstellt. Das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit veränderte sich somit um 18.467,45 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2018.

Jahresergebnis

Neben dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit fließt das außerordentliche Ergebnis, welches im Jahr 2019 mit 0,00 Euro abschließt, in das Jahresergebnis ein.

Das Jahresergebnis beträgt –18.467,45 Euro. Das Ergebnis änderte sich somit um –18.467,45 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2018. Ein negatives Jahresergebnis muss zunächst durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden. Die Verpflichtung zur vorrangigen Inanspruchnahme zur Abdeckung eines Jahresfehlbetrages besteht auch dann, wenn die Mittel der Ausgleichsrücklage nicht zur Deckung ausreichen und zusätzlich die allgemeine Rücklage in Anspruch genommen werden muss. Dazu wird nachfolgend die Entwicklung der Rücklage dargestellt.

Rücklagen

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ausgleichsrücklage und der Allgemeinen Rücklage im Ergebnis, sowie in der Planung für das Berichtsjahr 2018:

Position	Ist 2014 in €	Ist 2015 in €	Ist 2016 in €	Ist 2017 in €	Plan 2018 in €	Ist 2018 in €
Jahresergebnis	28.521	-12.901	-17.576	14.359	0	-18.467
Bestand der Ausgleichsrücklage zum 01.01.	16.986	26.493	13.592	0	14.359	14.359
Inanspruchnahme/Zuführung Ausgleichsrücklage	0	-12.901	-13.592	+14.359	0	-14.359
Endbestand Ausgleichsrücklage	26.493	13.592	0	14.359	14.359	0
Bestand der Allgemeinen Rücklage zum 01.01.	33.986	52.987	52.987	49.003	49.003	49.003
Inanspruchnahme/Zuführung Allgemeine Rücklage	0	0	-3.984	0	0	-4.108
Endbestand der Allgemeinen Rücklage	52.987	52.987	49.003	49.003	49.003	44.895

Ertragslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Erträge sowie die Abweichung zu den Planwerten 2018:

Ertragsart	Ist 2017 in €	Plan 2018 in €	Ist 2018 in €	Abweichung Plan/Ist 2018 in €
Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.834.869,71	2.939.597,00	2.833.872,84	-105.724,16
Sonstige Transfererträge	0	0	0	0
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
Privatrechtliche Leistungserträge	0	0	0	0
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
Sonstige ordentliche Erträge	242.678,59	0	304.262,41	304.262,41
Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0	0
Ordentliche Erträge	3.084.879,30	2.939.597,00	3.138.135,25	198.538,25
Finanzerträge	0	0	0	0
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
Summe	3.084.879,30	2.939.597,00	3.138.135,25	198.538,25

Gegenüber dem Planansatz 2018 ist eine Abweichung von 198.538,25 Euro festzustellen. Die Abweichung ist im Wesentlichen auf die Forderungsvereinbarung zwischen der Region Aachen und ihren fünf Mitgliedskörperschaften für den Grenzfunkpunkt Aachen-Eurode zurückzuführen sowie auf zusätzliche, zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung nicht vorhersehbare Projekterträge.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Zuwendungen und allgemeine von 2.833.872,84 Euro sind die zentrale Ertragsart der Region Aachen. Die Finanzierung erfolgt als Grundfinanzierung durch die Umlage der Verbandsmitglieder in Höhe von 1.147.095 Euro (=40,48%) sowie projektorientierter Fördermittel und sonstiger Zuschüsse von 1.686.777,84 Euro (=59,52%). Die Verbandsumlage deckt lediglich die Kosten der engsten Kernaufgaben der allgemeinen Verwaltung ab. Des Weiteren wird die Verbandsumlage als Eigenmittel für Projektfinanzierungen eingesetzt, die notwendig sind, um die satzungsgemäßen Aufgaben wenigstens in zentralen Aufgabenfeldern zu erfüllen. Der im Vergleich zu benachbarten Regional-

managements überhohe Anteil an Projektfinanzierungen stellt für die Region Aachen Zweckverband ein stetiges Liquiditätsproblem dar, da der Mittelrückfluss durch die Fördermittelgeber i.d.R. zeitlich erst deutlich versetzt nach den tatsächlichen Ausgaben erfolgt (Kostenerstattungsprinzip). Weiterhin führt die geringe Grundfinanzierung dazu, dass eine Aufgabenwahrnehmung der satzungsgemäßen gesamtregionalen Aufgaben nur sehr schwierig zu gestalten ist: Bedingt durch einen hohen Anteil befristeter Personalstellen ist eine kontinuierliche qualifizierte Arbeit an wichtigen regionalen Fragestellungen, wie im Rahmen der informellen Regionalplanung und Strukturentwicklung nicht in der erforderlichen Qualität und Quantität möglich.

Aufwandslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aufwendungen sowie die Abweichung zu den Planwerten 2018:

Aufwandsart	Ist 2017 in €	Plan 2018 in €	Ist 2018 in €	Abweichung Plan/Ist 2018 in €
Personalaufwendungen	1.747.248,40	1.549.051,00	1.326.682,82	222.368,18
Versorgungsaufwendungen	0	468.458,00	436.358,13	32.099,87
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	18.351,54	20.000,00	20.954,38	-954,38
Bilanzielle Abschreibungen	1.139,01	0	5.041,95	-5.041,95
Transferaufwendungen	159.555,18	50.600,00	31.950,00	18.650,00
Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.140.696,47	846.988,00	1.332.637,65	-485.649,65
Ordentliche Aufwendungen	3.066.990,60	2.935.097,00	3.153.624,93	-218.527,93
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	3.529,61	4.500,00	2.977,77	1.522,23
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
Summe	3.070.520,21	2.939.597,00	3.156.602,70	-217.005,70

Gegenüber dem Planansatz 2018 ist eine Abweichung von -217.005,70 Euro festzustellen. Wie ebenfalls unter dem Punkt Ertragslage dargestellt, ist die Abweichung im Wesentlichen auf die Förderungsvereinbarung zwischen der Region Aachen und ihren fünf Mitgliedsgebietskörperschaften für den Grenzübergang Aachen-Eurode zurückzuführen (178.315 €).

Finanzhaushalt und Finanzrechnung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ein- und Auszahlungen:

	Ist 2017 in €	Plan 2018 in €	Ist 2018 in €	Abweichung Plan/Ist 2018 in €
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.564.108,03	2.939.597,00	2.726.948,72	212.648,28
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.710.010,63	2.939.597,00	2.251.271,10	688.325,90
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-145.902,60	0	475.677,62	475.677,62
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-2.216,96	0	0	0
Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.216,96	0	0	0
Finanzmittellüberschuss / - fehlbetrag	-148.119,56	0	475.677,62	475.677,62
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-133.143,51	0	0	0
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-133.143,51	0	0	0
Aenderung Bestand eigener Finanzmittel	-14.976,05	0	475.677,62	475.677,62

Die Bilanzposition „Liquide Mittel“ erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um 475.677,62 Euro. Der Wert der liquiden Mittel beträgt zum 31.12.2018 421.940,08 Euro.

Vermögens- und Schuldenlage

Die Bilanz gibt die Vermögens- und Schuldensituation zum Stichtag wieder (vgl. Bilanz zum 31.12.2018). Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich die Gesamtbilanzsumme um 503.679,28 Euro auf 1.420.793,95 Euro. Wesentlichen Anteil an der Erhöhung hat der Kredit zur Liquiditätssicherung.

Kennzahlen

Mit Einführung des NKF wurde vom Ministerium für Inneres und Kommunales ein Kennzahlenset entwickelt. Die Analyse der Kennzahlen des Region Aachen Zweckverband wird dabei nur solche Kennzahlen näher erläutern, die für die Darstellung der hauswirtschaftlichen Gesamtsituation von größerer Bedeutung sind. Die Kennzahlen sind in Anlage 1 erläutert und entsprechend dem NKF-Kennzahlenset NRW ermittelt worden.

Kennzahlen und Analyse der Vermögens- und Schuldenlage

Kennzahl	Wert 2013 in %	Wert 2014 in %	Wert 2015 in %	Wert 2016 in %	Wert 2017 in %	Wert 2018 in %
Eigenkapitalquote 1	5,85	10,96	9,31	8,16	6,91	3,16

Die Eigenkapitalquote 1 misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz.

Kennzahlen und Analyse Finanzlage

Kennzahl	Wert 2013 in %	Wert 2014 in %	Wert 2015 in %	Wert 2016 in %	Wert 2017 in %	Wert 2018 in %
Liquidität 1. Grades	68,27	23,60	36,58	18,11	12,95	36,69
Liquidität 2. Grades	105,79	111,38	110,63	114,38	119,78	107,31

Die Liquidität 1. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel gedeckt werden können. Der Region Aachen

Zweckverband war am Bilanzstichtag 2018 nicht in der Lage seinen kurzfristigen Zahlungsverbindlichkeiten nachzukommen. Die Liquidität 2. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Der Region Aachen Zweckverband war am Bilanzstichtag 2018 in der Lage seine kurzfristigen Verbindlichkeiten vollständig zu decken.

Kennzahlen der Ertragslage

Kennzahl	Wert 2013 in %	Wert 2014 in %	Wert 2015 in %	Wert 2016 in %	Wert 2017 in %	Wert 2018 in %
Allgemeine Umlagequote	35,77	38,24	33,32	44,61	36,99	36,55
Zuwendungsquote	64,23	61,76	66,49	54,78	54,91	53,75
Personalintensität	69,03	72,15	67,83	63,10	56,97	55,91
Aufwandsdeckungsgrad	102,71	101,58	99,65	99,41	100,58	99,51

Die allgemeine Umlagequote gibt an, welchen Anteil die Verbandsumlage an den ordentlichen Erträgen hat. Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit der Region Aachen Zweckverband von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist. Die Personalintensität zeigt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können.

Entwicklung des Region Aachen-Zweckverband

Gemäß § 48 GemHVO sind im Lagebericht die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Region Aachen Zweckverband darzustellen. Die Haushaltsstruktur des Region Aachen Zweckverband basiert auf zwei wesentlichen Einnahmequellen: die Verbandsumlage sowie Projektfinanzierung. Auch im Jahr 2018 wird seitens der Geschäftsführung festgestellt, dass die Finanzierung des Zweckverbands mit seinen vielfältigen Aufgaben nicht auskömmlich ist. Ziel ist es, langfristig die Kernaufgaben und die zentralen inhaltlichen Aufgabenfelder nicht über Projekte, sondern über eine verlässliche Grundfinanzierung zu sichern. Dies bedeutet mittelfristig, dass die Zuwendungsquote auf mindestens 40 Prozent zu senken ist. Mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung für das Jahr 2018 konnte keine Umlageerhöhung realisiert werden. Erstmals wurde auf Antrag der SPD-Fraktion für die Geschäftsstelle ein Personalbewirtschaftungskonzept erstellt, um diese sowohl inhaltlich als auch personell weiterzuentwickeln. Ein dauerhaftes Problem ergibt sich durch die späte Refinanzierung von Projektaufwendungen, insbesondere bei Interreg-finanzierten Projekten, die dazu führt, dass auch im Jahr 2018 eine Liquidität 1. Grades von lediglich rd. 37 Prozent vorliegt. Dem region Aachen Zweckverband fällt insbesondere durch seine breite politische Legitimation eine zentrale steuernde Funktion zu. Gleichmaßen ist er schon jetzt in wichtigen Feldern der regionalen Entwicklung (Arbeit, Fachkräfte, Bildungs- und Wissensregion, Gesundheitsregion, euregionale Zusammenarbeit etc.) sowohl politisch-strategisch als auch in den o.g. regionale wichtigen Themenfeldern operativ tätig. Dies erfolgt insbesondere durch eine intensive Zusammenarbeit mit dem NRW-Wirtschaftsministerium und der IRR innerhalb des Strukturwandels durch den Braunkohleausstieg. Die Struktur der regionalen Aufstellung der Aachener Region war auch im Jahr 2018 stark in Bewegung. Nach den strategischen Vorarbeiten im Jahr 2017 wurde im Sommer 2018 aufgrund der Einsetzung

der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung eine regionale Task Force ins Leben gerufen. In ihr arbeiten Vertreterinnen und Vertreter der teilregionalen Verwaltungen, der Kammern, des DGB und der AGIT mbH gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden aller in der Verbandsversammlung vertretenen Fraktionen unter Federführung der Geschäftsstelle der Region Aachen an wichtigen gesamtregionalen strategischen Themenstellungen. Insbesondere die strategische Positionierung der Region Aachen innerhalb des Rheinischen Reviers wird auch zukünftig eine zentrale Aufgabe sein. Der Region Aachen Zweckverband hat sich im Netzwerk der strukturalpolitischen Regionen als verlässlicher und engagierter Partner etabliert. Die stellt auch im Jahr 2018 einen wesentlichen Pfeiler zur Sicherung strukturalpolitischen Ziele der Aachener Region dar. Die Mitarbeit innerhalb der Metropolregion Rheinland einerseits und die Stärkung des metropolitenen Kooperationsraums Euregio Maas–Rhein sind weitere Handlungsfelder. Im Jahr 2018 wurde die Geschäftsstelle der Euregio Maas–Rhein bei den Vorarbeiten zur Etablierung eines EVTZ intensiv unterstützt. Die im Jahre 2017 als neue Aufgaben hinzugekommene Erstellung eines Fachbeitrages im Rahmen der informellen Regionalplanung wurde fortgeführt. Bis zum Sommer 2018 wurde diese Arbeit inhaltlich unterstützt durch den Planungsdezernenten des Kreises Heinsberg. Im November 2018 wurde initiiert von der Region Aachen in Brüssel eine Veranstaltung der Interessengemeinschaft Metropolitaner Grenzregionen (IMeG) zum Thema grenzüberschreitende Planung in den Bereichen Fläche und Mobilität durchgeführt, die mit ca. 120 Teilnehmenden aus Deutschland und den Nachbarländern auf großes Interesse stieß. Zur Gewinnung weiterer dringend erforderlicher Finanzmittel wurde gemeinsam mit allen teilregionalen Akteuren im Rahmen des Förderauftrages regio.NRW ein Antrag zur Entwicklung von Crossinnovationen in den Bereichen Mobilität und Gesundheit erstellt. Die Weiterentwicklung des Aufbaus der Arbeitsstrukturen hin zu einer verbindlichen regionalen Zusammenarbeit der Verwaltungen der Zweckverbandsmitglieder und weiterer unverzichtbarer Akteure wurde im Jahr 2018 fortgesetzt. Dadurch war es möglich zu gesamtregionalen abgestimmten entscheidungsreifen Beschlussvorschlägen und strategischen Positionierungen innerhalb der Region zu gelangen. Nun ist es für die regionale Entwicklung der Aachener Region wichtig, den eingeschlagenen Weg konsequent zu verfolgen und diese nicht durch erneute Diskussionen und strategische und organisatorische Anpassungen, gerade im Rahmen des Strukturwandels im Rheinischen Revier, zu gefährden. Prozesse der Regionalentwicklung sind langfristig angelegt und brauchen einen verlässlichen Rahmen mit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Akteure.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH

Gegenstand der Gesellschaft

- Die Aufgaben der Gesellschaft bestehen darin, die wirtschaftliche Entwicklung in der StädteRegion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten. Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen; bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben.
- Zur Erreichung dieses Zwecks erbringt die Gesellschaft Informations- und Beratungsleistungen für Unternehmen, sonstige wirtschaftliche Zielgruppen wie auch für Gebietskörperschaften und sonstige Institutionen und Personen. Die Leistungen für Unternehmen umfassen insbesondere den Nachweis von Grundstücksflächen zum Zwecke der Ansiedlung sowie die Beratung über öffentliche Finanzierungshilfen.
- Die Gesellschaft kann auch selber Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, bebauen und veräußern, Grundstücke sanieren sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren.
- Die Gesellschaft ist berechtigt, Entwicklungsprojekte in der StädteRegion zu planen, zu realisieren und zu verwalten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie werden von der Gesellschafterversammlung bestellt oder abberufen.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung besteht einschließlich des Vorsitzenden aus 16 Mitgliedern. Jeweils ein Mitglied wird von den Städten Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Monschau, Stolberg, Würselen und die Gemeinden Roetgen und Simmerath sowie der Sparkasse Aachen entsandt. Vorsitzender ist der jeweilige Städteregionsrat der StädteRegion Aachen. Der stellvertretende Vorsitzende wird von den Mitgliedern der Gesellschafterversammlung der Städte und Gemeinden sowie der Sparkasse Aachen aus deren Mitte gewählt. Weitere geborene Mitglieder sind der jeweilige Kämmerer der StädteRegion Aachen und vier vom Städteregionstag zu entsendende Mitglieder.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Prof. Dr. Axel Thomas

Vertretungen der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Vorsitzender	Dr. Tim Grüttemeier	Städteregionsrat
	Ronald Borning	Städteregionstagsmitglied
	Ulla Thönnissen	Städteregionstagsmitglied
	Karin Schmitt-Promny	Städteregionstagsmitglied
	Stefan Mix	Städteregionstagsmitglied
	Thomas Claßen	Kämmerer der StädteRegion Aachen

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52477 Alsdorf

gezeichnetes Kapital: 2.303.500,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	1.183.100	51,361
Regionsangehörige Städte / Gemeinden (ohne Stadt Aachen)	813.600	35,320
Sparkasse Aachen	<u>306.800</u>	<u>13,319</u>
	2.303.500	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2017	2018	2019
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	3.422.833	3.265.282	869.797
I. Imm. Vermögensgegenst.	26	20	20
II. Sachanlagen	3.395.633	3.241.706	869.777
III. Finanzanlagen	27.200	23.556	0
B. Umlaufvermögen	8.560.501	5.337.734	6.340.643
I. Vorräte	908.200	0	0
II. Forderungen / sonst. VG	6.335.089	3.771.145	5.002.966
III. Kassenbestand, Guthaben	1.317.212	1.566.589	1.337.677
C. Rechnungsabgrenzungsposten	9.120	14.498	337

D. Aktive latente Steuern	88.500	97.600	0
Bilanzsumme Aktiva	12.080.980	8.715.114	7.210.777
A. Eigenkapital	2.367.672	2.516.686	2.665.398
I. Gezeichnetes Kapital	2.303.500	2.303.500	2.303.500
II. Gewinnvortrag	77.774	64.172	213.187
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-13.602	149.014	148.711
B. Rückstellungen	725.938	731.730	80.910
C. Verbindlichkeiten	8.987.370	5.465.500	4.458.115
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	1.197	6.354
Bilanzsumme Passiva	12.080.980	8.715.114	7.210.777

	2017	2018	2019
Gewinn- und Verlustrechnung:	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	1.181.660	1.724.054	548.849
sonst. betriebl. Erträge	--	37.681	187.343
Materialaufwand	504.760	77.490	61.149
Personalaufwand	486.181	318.345	68.403
Sonst. betriebl. Aufwendungen	203.567	234.321	116.928
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	330.441	248.266	183.708
Ergebnis nach Steuern	-413.745	-150.509	78.704
Erträge aus Gesellschafterzuschüssen	400.448	300.000	70.000
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-13.602	149.014	148.711

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiter (ohne Auszubildende)	5,35	8	5
Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2017	2018	2019
	in %	in %	in %
Anlagenintensität	28	37	12
Eigenkapitalquote	20	29	37
Eigenkapitalrentabilität	-	6	6
Verschuldungsgrad	410	246	170

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Für die Finanzierung der WFG hat die StädteRegion im Haushaltsjahr 2019 einen anteiligen Betrag in Höhe von 35.000,00 € gezahlt. Die regionsangehörigen Städte und Gemeinden als kommunale Gesellschafter leisten zusammen einen gleich hohen Beitrag.

Die WFG GmbH erbringt Geschäftsbesorgungsleistungen für die KuK GmbH sowie die SPRUNGBrett gGmbH. Für die KuK GmbH werden einzelne Geschäftsbesorgungsaufgaben auf der Grundlage eines zuletzt mit Datum vom 10.03.2006 geänderten Geschäftsbesorgungsvertrags wahrgenommen mit dem Ziel, die Geschäftsführung der KuK GmbH bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Darüber hinaus besteht zwischen der KuK GmbH und der WFG seit 01.12.2002 ein Pachtvertrag über das Gebäude, in dem das KuK ansässig ist. Zur Unterstützung des Rechnungswesens bei der SPRUNGBrett gGmbH wird eine Mitarbeiterin der WFG mbH als „Stand-by-Kraft“ eingesetzt.

Angaben des Lageberichts zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen einer Kommune, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind. Die Aufgaben der WFG StädteRegion Aachen mbH bestehen laut Satzung darin, die „wirtschaftliche Entwicklung der StädteRegion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten.“ Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbebetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben. Auch alle hiermit zusammenhängenden Beratungsunterstützungen werden geleistet. Die Gesellschaft darf Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, bebauen und veräußern sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Public-Leasing

Das Geschäftsjahr 2019 war das 9. Geschäftsjahr, nachdem der Beschluss gefasst wurde, kein Neugeschäft mehr zu akquirieren und das bestehende Leasingvolumen ressourcenschonend abzubauen. In diesem Sinne haben die Gremien der WFG zum Jahreswechsel 2010/2011 beschlossen, die damals im Bestand gehaltenen Engagements bis zu ihrem Auslaufen weiterzuführen und keine neuen Leasingverträge mehr einzugehen. Im Jahr 2019 ist planmäßig Geschäfts- und damit auch Risikovolumen abgebaut worden. Alle Leasingnehmer kamen ihren vertraglich vereinbarten Pflichten nach. Der Leasingzins-Überschuss, der im Berichtsjahr erzielt werden konnte, lieferte erneut positive Deckungsbeiträge. Zum Jahresresultimo lag das Volumen an Forderungen gegenüber den Leasingnehmern bei rund 3,0 Mio. € (Vorjahr: ca. 3,3 Mio. €).

Baumanagement

Die WFG erbrachte mangels Personal im Geschäftsjahr 2019 keine Baumanagementleistungen mehr.

Vermietung

Die im Portfolio der WFG verbliebenen Vermietungsobjekte der Gesellschaft waren zum Jahresende 2019 jeweils mit Mietverträgen unterlegt. Bei einer Immobilie wurde ein Mietvertrag abgeschlossen bis zum 31.07.2021. Zu diesem Zeitpunkt läuft die Finanzierung des Objektes aus. Das Objekt wird dann schuldenfrei sein und planmäßig zu diesem Zeitpunkt an einen Dritten übertragen. Zum Jahreswechsel 2019/2020 wurde ein Objekt in Eschweiler wie bereits zu Beginn des Mietvertrages (vor 10 Jahren abgeschlossen) vorgesehen, an einen Dritten übertragen. Im Bereich des Kunst- und Kulturzentrums Monschau wurde der auslaufende Mietvertrag verlängert. Die letztmalige Prüfung von Seiten der NRW.Bank bestätigte das fördermittelkonforme Verhalten der WFG. Eine vorsorglich gebildete Rückstellung konnte in 2019 ergebniswirksam aufgelöst werden.

Weitere Dienstleistungen

Das Mandat Camp Astrid wurde vertragsgemäß bis Mitte 2019 fortgeführt.

Regionalmarketing

Die WFG betrieb das Geschäftsfeld mangels Personals nicht mehr.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus Sachanlagevermögen. Hierbei handelt es sich um die Buchwerte der Gewerbeimmobilien, die wir vermieten. Der Wert des Anlagevermögens ist zu beziffern auf rund 870 T€ und somit rund 2.396 T€ niedriger als im Vorjahr. Der Unterschied zwischen den Geschäftsjahren liegt im Wesentlichen in Anlagenabgängen zu Buchwert (2.256) sowie der planmäßigen Abschreibungen (141 T€) begründet. Bei den Forderungen, die insgesamt 5.003 T€ betragen (Vorjahr 3.771 T€) dominieren die Forderungen aus Public-Leasing-Verträgen. Diese sind gegenüber dem Vorjahr um rund 11% (von 3.316 T€ auf 2.954 T€) gesunken. Die Minderung der Forderungen aus Public-Leasing im Vergleich zum Vorjahresausweis ist darauf zurückzuführen, dass planmäßige Tilgungsleistungen erbracht wurden. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beinhalten eine Kaufpreisforderung im Zusammenhang mit der Veräußerung eines Grundstücks aus dem Anlagevermögen (1.593 T€). Der Kassenbestand hat sich von rund 1.567 T€ auf 1.338 T€ vermindert. Dieser Kassenbestand ist nicht als freie Liquiditätsreserve anzusehen, da wir hierbei auch Gelder verwahren, die zur Reduzierung der Kreditverbindlichkeiten zum nächstfolgenden Tilgungstermin dienen. Das Eigenkapital hat sich gewinnbringend erhöht. Die Verbindlichkeiten sind von 5.466 T€ auf 4.458 T€ gesunken. Auch hier machen sich das Tilgungsvolumen der Leasingverträge bei gleichzeitig nicht mehr stattfindendem Neugeschäft sowie die Rückführung der Finanzierung von dem veräußerten Objekt bemerkbar. Insgesamt reduziert sich die Bilanzsumme von 8.715 T€ auf 7.211 T€.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Anlagenintensität

Formel: Anlagevermögen x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	T€	T€
Anlagevermögen	870	3.265
Gesamtvermögen	7.211	8.715
Anlageintensität in %	12	37

Eigenkapitalanteil

Formel: Eigenkapital x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	T€	T €
Eigenkapital	2.665	2.517
Gesamtkapital	7.211	8.715
Eigenkapitalanteil in %	37	29

Verschuldungsgrad

Formel: Fremdkapital x 100 / Eigenkapital

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	T€	T €
Fremdkapital	4.539	6.197
Eigenkapital	2.665	2.517
Verschuldungsgrad in %	170	246

Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 1.175 T€ vermindert. In den Umsatzerlösen des Vorjahres war der Verkauf eines Grundstücks enthalten. Demgegenüber standen aber auch Bestandsveränderungen in gleicher Höhe. Nach dem Ende des Leasing-Neugeschäftes reduzieren sich planmäßig und tilgungsbedingt die Einnahmen aus Zinsüberschüssen.

Kennzahlen zur Rentabilität

Umsatzrentabilität

Formel: Jahresüberschuss x 100 / Gesamtleistung

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	T€	T€
Jahresergebnis	149	149
Gesamtleistung	549	819
Umsatzrentabilität in %	27	18

Eigenkapitalrentabilität

Formel: Jahresüberschuss x 100/ Eigenkapital

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	T€	T€
Jahresergebnis	149	149
Eigenkapital	2.665	2.517
Eigenkapitalrentabilität in %	6	6

Prognosebericht

Die WFG verfügt 2019 über insgesamt 3 Ertrags- bzw. Einnahmequellen:

- a) Leasingzinsüberschuss
- b) Sockelförderung
- c) Vermietungsergebnisse.

Der Leasingzinsüberschuss reduziert sich planmäßig und tilgungsbedingt bzw. in der Nachfolge von Vertragsaufhebungen. Insgesamt weist die Zinsüberschusskurve einen treppenförmig abfallenden Verlauf auf. Auf Grund des erreichten Volumens an Tilgung (relativiert am seinerzeitigen Gesamtinvestitionsbetrag) sind die Risiken der WFG limitiert, beim etwaigen Ausfall eines Leasingnehmers in wirtschaftliche Turbulenzen zu geraten. Die Sockelförderung als Einnahmequelle ist ab dem Jahr 2019 im Zusammenhang mit dem reduzierten Betätigungsumfang und der geänderten Kostenstruktur (keine hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr) abgesenkt worden, wovon die Haushalte der Gesellschafter spürbar profitieren. Im Gewerbeimmobilienbereich erwartet die Geschäftsführung unter der Annahme eines vertragskonformen Verhaltens der Mietparteien weder spartenbezogene Überschüsse noch Fehlbeträge, sondern in etwa ausgeglichene Ergebnisse. Im Bereich des Kunst- und Kulturzentrums Monschau (kurz KuK) wurde der auslaufende Mietvertrag bis zum 30.06.2027 verlängert.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WFG konzentriert sich darauf, Geschäftsvolumen abzubauen und hierbei insbesondere Restrisiken zu minimieren. Für das größere der beiden Vermietungs-Engagements ist eine verbindliche Übergangslösung zur Jahresmitte 2021 generiert worden. Bis dahin ist es wichtig, die Auslastung auf einem bestmöglichen Niveau zu konservieren und das Mietverhältnis vertragskonform zu halten sowie die notwendige, aber schwer zu prognostizierende Instandhaltung eines fast 20 Jahre alten Gewerbegebäudes zu managen.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft verfügt nicht über risikotragende Finanzinstrumente wie Swaps. Derartige Risiken sind in den vergangenen Jahren planmäßig abgebaut worden. Im Übrigen ist die WFG weitestgehend fristen- und größenkongruent refinanziert.

Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Zweck der Gesellschaft ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen bei Aachen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Zur Geschäftsführung und Vertretung ist die Komplementärin Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH berechtigt und verpflichtet. Sie selbst und ihre Geschäftsführer sind für die Rechtsgeschäfte mit der Gesellschaft von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen aus vier Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat. Jeder Gesellschafter hat das Recht, ein Aufsichtsratsmitglied und einen jederzeit vertretungsberechtigten Stellvertreter zu entsenden und das von ihm entsandte Mitglied wieder abzurufen. Die Entsendung erfolgt für die Dauer von fünf Jahren.

Gesellschafterversammlung:

Jede 2.100 Euro eines Kapitalanteils gewährt eine Stimme in der Gesellschafterversammlung.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH – vertreten durch
Manfred Zitzen

Vertretung der StädteRegion im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung:

	Kunibert Matheis	Städteregionstagsmitglied
Stellvertretung:	Ingrid von Morandell	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 25.200,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	2.008.400	33,333
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	2.008.400	33,333
Sparkassen Immobilien GmbH	<u>2.008.400</u>	<u>33,333</u>
	6.025.200	100,000

Komplementärin: Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs
GmbH –ohne Kapitalanteil–

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2017	2018	2019
	– in € –	– in € –	– in € –
Anlagevermögen	1.640.065	1.623.070	1.606.075
Umlaufvermögen	3.722.210	4.489.166	4.727.654
I. Vorräte	3.567.278	3.788.752	4.248.307
II. Forderungen / sonst. VG	54.748	21.002	7.742
III. Kassenbestand, Guthaben	100.184	679.412	471.605
Rechnungsabgrenzungsposten	2.658	1.830	4.711
Bilanzsumme Aktiva	5.364.934	6.114.066	6.338.440
Eigenkapital	81.176	6.054.729	6.071.729
I. Kapitalant. Kommanditisten	25.200	6.025.200	6.025.200
II. Rücklagen	47.426	36.869	29.079
III. Jahresfehlbetrag	–10.557	–7.790	17.451
Rückstellungen	8.550	8.850	8.850
Verbindlichkeiten	5.294.017	49.684	255.111
Rechnungsabgrenzungsposten	298	1.254	2.750
Bilanzsumme Passiva	5.364.934	6.114.066	6.338.440

Gewinn- und Verlustrechnung:	2017	2018	2019
	– in € –	– in € –	– in € –
Umsatzerlöse	234.317	238.743	248.745
Erhöhung d. Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1.214.939	221.474	459.556
Sonstige betriebliche Erträge	175	3.563	0
Materialaufwand	1.305.776	313.847	549.441
Sonstige betriebliche Aufwendungen	102.986	127.089	115.361
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	34.231	13.639	9.053
Jahresfehlbetrag	10.557	7.790	17.451

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Geringfügig Beschäftigte	1	1	1

Aufgrund der eingeschränkten Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sind weitere Kennzahlen nicht von wesentlicher Aussagekraft.

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen

Die StädteRegion Aachen ist mit 2.008.400 Euro, entsprechend zu 1/3 am Gesellschaftskapital als Kommanditistin beteiligt. Am Gewinn/Verlust der Gesellschaft nimmt die StädteRegion Aachen in Höhe ihres Kapitalanteils teil. Im Jahr 2019 hat die StädteRegion Aachen keine Zahlungen zur Verlustabdeckung geleistet. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen –mit Ausnahme der AKM Verwaltungs GmbH– bestehen nicht. Zu erwähnen ist lediglich noch ein wirtschaftlicher Zusammenhang der Gesellschaft mit der Entwicklung der Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH.

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind. Zweck der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen. Gemäß Lagebericht wurden die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Einhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes im Berichtsjahr erfüllt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Nachdem im Jahr 2014 die Kaufverträge über den Erwerb der wesentlichen Grundstücksflächen abgeschlossen werden konnten, ist es der Gesellschaft gelungen, alle weiteren Flächen des neuen Gewerbegebietes zu erwerben, so dass die AKM mit der Rechtskraft des Bebauungsplanes über das Gesamteigentum der Entwicklungsflächen verfügen wird. Der Übergang von Besitz, Nutzen, Lasten und Gefahren der mit Kaufverträgen aus dem Jahr 2014 erworbenen Grundstücksflächen der StädteRegion Aachen (teilweise), Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co KG und Sparkassen Immobilien GmbH wird mit der Rechtskraft des Bebauungsplanes 182 der Stadt Würselen und mit Zahlung der dann fälligen Kaufpreise in Höhe von insgesamt 1.451.020,00 € erfolgen. Die Fälligkeitsvoraussetzungen lagen im Berichtsjahr noch nicht vor.

Im Berichtsjahr lagen die Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit neben der laufenden Arbeit im Rahmen der Vermietung der Bestandsimmobilien und der Verpachtung von Freiflächen, in der Erstellung des Entwässerungskonzeptes und in der Bereitstellung von Flächen für den ökologischen Ausgleich und für den Artenschutz, die in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde im Bereich „Duffesheider Weg“ nachgewiesen werden können. Entsprechende Kaufverträge sind noch zu schließen.

Zur Entwicklung des neuen Gewerbegebietes wurde in 2018 das Eigenkapital um 6,0 Mio. Euro erhöht und es wurden Darlehensverträge über insgesamt 4,5 Mio. Euro insbesondere zur Deckung der anfallenden Erschließungskosten abgeschlossen.

Des Weiteren wurden in 2018 die zur Durchführung des Bebauungsplanverfahrens notwendigen Untersuchungen auf Kampfmittel abgeschlossen und mit den archäologischen Sondierungsmaßnahmen auf Bodendenkmäler begonnen. Die archäologische Untersuchung des Plangebietes konnte wegen der Befundsituation in 2019 noch nicht gänzlich abgeschlossen werden und wird derzeit fortgeführt. Wegen der besonderen Befundsituation entstanden bereits im Berichtsjahr erhebliche Mehrkosten gegenüber den Planzahlen, die sich in 2019 fortsetzten und die Gesellschaft auch noch in 2020 belasten werden. Entsprechende Gremienbeschlüsse und Anpassungen der Wirtschaftspläne dazu wurden von der Geschäftsführung eingeholt bzw. vorgenommen.

Die Entwässerung des neuen Gewerbegebietes konnte zwischenzeitlich in Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde und dem Wasserverband gesichert werden, ohne die ein rechtskräftiger Bebauungsplan nicht zustande kommen kann. Nach wie vor steht die Rechtskraft des Bebauungsplanes 182 aus. Im Rahmen der Durchführung der Offenlage ergab sich Ende 2019 die Notwendigkeit einer Fortschreibung des vorliegenden Verkehrsgutachtens, die zwischenzeitlich auch entsprechend beauftragt wurde. Es wird davon ausgegangen, dass die Rechtskraft des Bebauungsplanes in 2020 erfolgt.

Darstellung der Lage

Im Anlagevermögen wird das bebaute Grundstück nebst den vermieteten Gebäuden in Höhe von 1.606.074,92 € (25,34%) aktiviert. Im Umlaufvermögen werden die zu erschließenden Grundstücke des Gewerbegebietes Aachener Kreuz Merzbrück Nord und Süd in Höhe von 4.199.938,25 € (66,26%), geleistete Anzahlungen und kurzfristige Forderungen in Höhe von 56.110,58 € (0,89%) sowie die Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 471.605,65 € (7,44%) ausgewiesen. Das Guthaben bei Kreditinstituten beinhaltet einen Betrag in Höhe von 25.181,99 €, das als Treuhandkonto die Kautionen der Mieter umfasst sowie einen weiteren Betrag in Höhe von 6.479,07 €, die als Kaution verbucht, jedoch noch nicht dem Mietkautionskonto gutgeschrieben wurden.

Der zusammengefasste Betrag (31.661,06 €) wird auf der Passivseite als sonstige Verbindlichkeit ausgewiesen. Versicherungsbeiträge für das Jahr 2020, die bereits im Jahr 2019 bezahlt wurden, sind als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten verbucht.

Die Passivseite wird im Wesentlichen durch die Kommanditeinlagen in Höhe von 6.025.200,00 € (95,06%) strukturiert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich auf 200.000,00 € (3,16%). Verbindlichkeiten gegenüber Komplementärin bestehen in Höhe von 17.999,10 €.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben.

Voraussichtliche Entwicklung, Risiken und Chancen

Durch den Erwerb der Grundstücksflächen und deren geplante Erschließung soll ein multimodales und attraktives Gewerbegebiet entstehen. Durch den vorhandenen Flugplatz, die günstige Autobahnanbindung sowie den Anschluss des Gewerbegebietes an die Euregiobahn wird von einer zügigen und weitgehenden Vermarktung der Erschließungsflächen ausgegangen. Durch die zeitlich länger andauernde Erschließungsphase der Grundstücke besteht das Risiko, dass nicht alle Grundstücke zeitnah verkauft werden können und somit ein höherer Zinsaufwand durch die Refinanzierung entsteht. Diesem Risiko wurde mittels einer entsprechenden Reserve in der Projektkalkulation Rechnung getragen. Die Entwicklung des Gewerbegebietes Aachener Kreuz Merzbrück (Nord) korrespondiert mit der Weiterentwicklung des unmittelbar angrenzenden Verkehrslandeplatzes Aachen-Merzbrück mit der geplanten Verschwenkung der Start- und Landebahn durch die Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH. Aus der zeitlichen Realisierung der Verschwenkung der Start- und Landebahn ergeben sich für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG Chancen und Risiken.

Die Schaffung des erforderlichen Planungsrechts als Grundlage für die Erschließung des Gewerbegebietes hat sich mehrfach verzögert und wird auch nach derzeitigem Verfahrensstand auch erst in 2020 erfolgen. Insofern wird eine Fortschreibung des Wirtschaftsplanes der Gesellschaft vorgenommen, da sich in der Folge die Vermarktungsmöglichkeit der entstehenden Netto-Gewerbeflächen ebenfalls verzögern wird.

Dadurch werden voraussichtlich Vermarktungserträge erst im Jahr 2020/2021 etatisiert werden können, so dass für 2020 von einem ausgeglichenen Ergebnis ausgegangen werden kann.

Insgesamt führt dieser Umstand nur zu einer zeitlichen Verschiebung, die das Gesamtergebnis der Gesellschaft nicht negativ beeinflussen dürfte.

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flughafens Merzbrück in Würselen zum Gegenstand hat.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Gesellschafterversammlung:

Die Vertretung der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung wird durch den Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Manfred Zitzen

Vertretung der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Kunibert Matheis	Städteregiontagsmitglied
Stellvertreterin:	Ingrid von Morandell	StädteRegiontagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 25.200,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	8.400	33,333
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	8.400	33,333
Sparkassen Immobilien GmbH	<u>8.400</u>	<u>33,333</u>
	25.200	100,000

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2017	2018	2019
Bilanz:	– in € –	– in € –	– in € –
Anlagevermögen	0	0	0
Umlaufvermögen	21.112	21.742	22.039
I. Forderungen / sonst. VG	17.999	17.999	17.999
II. Kassenbestand, Guthaben	3112	3.743	4.040
Bilanzsumme Aktiva	21.112	21.742	22.039
Eigenkapital	19.076	19.540	
I. Gezeichnetes Kapital	25.200	25.200	25.200
II. Jahresüberschuss/fehlbetrag	367	464	344
III. Vortrag auf neue Rechnung	-6.491	- 6.124	-5.630
Rückstellungen	1.955	1.981	2.030
Verbindlichkeiten	81	191	95
Bilanzsumme Passiva	21.112	21.742	22.039
Gewinn- und Verlustrechnung:	2017	2018	2019
	– in € –	– in € –	– in € –
Sonst. betriebliche Erträge	72.157	72.000	72.000
Sonst. betriebliche Aufwendungen	74.430	74.147	74.296
Erträge aus Beteiligungen	2.640	2.640	2.640
Jahresüberschuss	367	494	344

Eckdaten und Leistungskennziffern

	2017	2018	2019
Personalbestand:			
Mitarbeiter	–	–	–

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist am Ergebnis der Gesellschaft entsprechend ihrem quotalen Anteil beteiligt. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen –mit Ausnahme der AKM GmbH & Co. KG– bestehen nicht. Zu erwähnen ist lediglich noch ein wirtschaftlicher Zusammenhang der Gesellschaft mit der Entwicklung der Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH.

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind. Entsprechend der Formulierung im Lagebericht wurden die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Einhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes im Berichtsjahr erfüllt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Gegenstand der Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs-GmbH ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen zum Gegenstand hat. Die Jahresabschlussprüfung wurde wie in den Vorjahren der örtlichen Rechnungsprüfung der StädteRegion Aachen übertragen.

Im Jahr 2015 hat die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, deren Komplementärin die Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungsgesellschaft mbH ist, die zu erschließenden Grundstücke am Flugplatz Merzbrück weitgehend erwerben können. Im Jahr 2016 wurden Verhandlungen mit Grundstückseigentümern der noch benötigten Flächen geführt. Die Kaufverträge hierzu wurden Anfang 2017 beurkundet, so dass sich nunmehr alle für die Erschließung benötigten Grundstücke im Besitz der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG befinden. Dadurch hat die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG seit diesem Zeitpunkt einen erhöhten Geschäftsbetrieb, der zum einen durch die laufende Vermietung der erworbenen Gebäude und zum anderen durch die Planungen für die Grundstücksererschließungen bedingt ist. Dies führt bei der Berichtsfirma zu einem erhöhten Aufwand hinsichtlich der Geschäftsführung und der in diesem Zusammenhang stehenden Tätigkeiten. Zum 01.04.2015 wurde daher der Wechsel der Geschäftsführung auf Herrn Manfred Zitzen im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags mit der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG von den Gesellschaftern beschlossen und vollzogen. Für diese Geschäftsbesorgung erhält die Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG gemäß Vertrag vom 31.03.2015 ein monatliches Entgelt in Höhe von 6.000,00 € zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer. Diese Kosten werden der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG monatlich in Rechnung gestellt.

Gemäß Gesellschafterbeschluss der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG vom 27.10.2016 wurde die Haftungsvergütung mit Wirkung vom 01.01.2016 auf 7,5% des eingezahlten Stammkapital erhöht (vorher 5%), um die laufenden Kosten der Gesellschaft decken zu können.

Die Gesellschaft hat auf Grund der vorhandenen Verlustvorträge keine Steuern zu entrichten.

Die aus dem Gesellschaftervertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

Camp Astrid GmbH & Co. KG

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung erfolgt durch die Geschäftsführer der Komplementärin, der Camp Astrid Verwaltungs GmbH.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus vier Mitgliedern. Jeder Gesellschafter hat das Recht, ein Aufsichtsratsmitglied und einen jederzeit vertretungsberechtigten Stellvertreter zu benennen.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung ist beschließendes Organ in allen Angelegenheiten, die hierfür im Gesellschaftsvertrag vorgesehen sind. Jeder Gesellschafter hat eine Stimme.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Camp Astrid Verwaltungs GmbH	
	Michael Eßers	– bis 30.6.2019
	Nathalie Beckers	– ab 01.07.2019

Vertretung der StädteRegion in Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung:

	Kunibert Matheis	Städteregionstagsmitglied
Stellvertretung:	Klaus-Dieter Wolf	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	GmbH & Co. KG
Sitz:	52222 Stolberg
gezeichnetes Kapital:	50.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	12.500	25,00
Stadt Stolberg	25.000	50,00
Sparkassen Immobilien GmbH	<u>12.500</u>	<u>25,00</u>
	50.000	100,000

Komplementärin:	Camp Astrid Verwaltungs GmbH
	–kein Kapitalanteil–

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2017	2018	2019
	– in € –	– in € –	– in € –
A. Anlagevermögen	1.150	1	1
I. Imm. Vermögensgegenst.	1.150	1	1
B. Umlaufvermögen	10.036.634	8.064.856	7.675.254
I. Vorräte	7.374.396	6.059.793	5.216.128
II. Forderungen / sonst. VG	1.527.635	1.538.160	1.590.740
III. Kassenbestand, Guthaben	1.134.603	466.902	868.386
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.620	3.313	3.466
Bilanzsumme Aktiva	10.041.404	8.068.170	7.678.721
A. Eigenkapital	122.964	122.964	122.964
I. Kapitalanteile Kommanditisten			
1. Festkapital	50.000	50.000	50.000
2. Bewegliches Kapital	72.964	72.964	72.964
B. Rückstellungen	10.200	28.600	28.800
C. Verbindlichkeiten	9.908.240	7.916.606	7.526.957
Bilanzsumme Passiva	10.041.404	8.068.170	7.678.721
Gewinn- und Verlustrechnung:	2017	2018	2019
	– in € –	– in € –	– in € –
Umsatzerlöse	532.845	685.083	432.072
Sonstige betriebliche Erträge	584.759	692.614	391.083
Verminderung des Bestands an	1.001.304	1.314.602	843.666
Unfertigen Erzeugnissen			
Materialaufwand	0	3.199	0
Sonst. betriebliche Aufwendungen	67.425	73.651	35.664
Abschreibungen	3.448	1.149	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9	28.135	61.912
Jahresergebnis	0	0	0

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiter	–	–	–

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist an den Gewinnen/Verlusten entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital beteiligt. Eine Leistungsbeziehung zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion besteht zur Camp Astrid Verwaltungs GmbH.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind. Bei der Konversionsfläche Camp Astrid handelt es sich um das ehemalige belgische Militärlager „Camp Reine Astrid“ im Bereich des Propsteierwaldes. Die Konversionsfläche wird im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme als Gewerbepark ausgewiesen und vermarktet. Die notwendigen Beschlüsse zur Einleitung der Verfahren wurden durch die Kupferstadt Stolberg im Laufe des Geschäftsjahres 2001 gefasst. Entsprechend der Beschlusslage und der Aufgabenstellung des Treuhändervertrages vom 20.05./27.05.2003 wurden die Arbeiten zur Umwandlung der Konversionsfläche in ein Gewerbegebiet durchgeführt.

Mit der Bekanntmachung der 77. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 267 der Stadt Eschweiler vom 04.06.2004 und der Bekanntmachung der 64. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan 128 der Kupferstadt Stolberg vom 24.06.2004 wurde für den städtebaulichen Entwicklungsbereich (nach Baugesetzbuch) Camp Astrid Bau- und Planungsrecht geschaffen. Auftrag der Gesellschaft war bzw. ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der zuvor beschriebenen Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Neben den eingezahlten Kapitalanteilen der Kommanditisten verfügt die Gesellschaft im Berichtsjahr über Grundbesitz in der Größenordnung von ca. 8,2 ha vermarktbare Gewerbegebietsfläche. Die dazugehörenden Waldflächen und Verkehrsflächen wurden im Jahr 2017 und im Sommer 2018 an die Kupferstadt Stolberg übertragen. Letzte Restflächen sollen in 2020 auf die Kupferstadt Stolberg übertragen werden. Zur Finanzierung der Maßnahme hatte die Gesellschaft mit Datum vom 20.05.2005 ein zinsvariables Kommunaldarlehen auf EURIBOR-Basis in Höhe von 5 Mio. Euro und ein festverzinsliches Darlehen in Höhe von 10 Mio. Euro aufgenommen. Die Sicherung der Darlehen erfolgt über eine Ausfallbürgschaftserklärung der Kupferstadt Stolberg in Höhe von insgesamt 15

Mio. Euro. Die Darlehens(rest)schuld wurde seitens der Kupferstadt Stolberg im Mai 2015 beglichen. Die tagesaktuelle Liquidität der Gesellschaft wird über ein Tagesgeldkonto sichergestellt.

Voraussetzung, um treuhänderisch für die Kupferstadt Stolberg arbeiten zu können, war die am 30.09.2002 von der Bezirksregierung Köln ausgesprochene Anerkennung der Gesellschaft als Entwicklungstreuhänder für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Camp Astrid gem. § 167 i. V. m. § 158 BauGB. Hierbei handelt es sich um eine maßnahmenbezogene Anerkennung, die nur für das Projekt Camp Astrid gilt. Zur Finanzierung der unrentierlichen Kosten der Maßnahme hat die Kupferstadt Stolberg einen Förderantrag auf Zuweisung von Städtebaufördermitteln des Landes Nordrhein-Westfalen gestellt. Die Maßnahme ist seit 2001 im Städtebauförderprogramm des Landes NRW enthalten und erhielt seit 2005 Fördermittel aus dem Bundesprogramm Stadtumbau West. Da mit dem Abruf der Fördermittel der Bewilligungs- und Durchführungszeitraum für die Maßnahme endete, wurde an die Bezirksregierung Köln ein Antrag auf Verlängerung des Durchführungszeitraumes gestellt. Dem Antrag wurde entsprochen und der Durchführungszeitraum bis zum 31.12.2014 verlängert. Mit Datum vom 29.04.2015 wurde absprachegemäß an die Bezirksregierung Köln ein weiterer Antrag auf Verlängerung des Durchführungszeitraumes bis zum 31.12.2016 gestellt. Im dritten Quartal 2015 wurden Gespräche mit der Bezirksregierung Köln in Bezug auf den Abschluss der Entwicklungsmaßnahme Camp Astrid geführt. Es wurde seitens der Bezirksregierung vorgegeben, dass der Schlussverwendungsnachweis bis Ende 2015 eingereicht werden soll, was mit Versand am 03.12.2015 geschehen ist. Mit Einreichung des Schlussverwendungsnachweises geht die Aufhebung der Entwicklungssatzung einher. Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme (§ 165 ff. BauGB) für den Bereich des Gewerbegebietes „Camp Astrid“ ist abgeschlossen. Die Ziele der Entwicklungsmaßnahme wurden erreicht, die Notwendigkeit einer Fortsetzung besteht nicht. Gemäß § 169 Abs. 1 Nr. 8 BauGB i. V. m. § 162 Abs. 1 Nr. 1 BauGB ist daher die Satzung über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereiches aufzuheben. Seit Jahren begleitet den Standort die Artenschutzthematik rund um die Schlingnatter. Zum Zeitpunkt der Berichterstellung sind StädteRegion Aachen und Kupferstadt Stolberg in Bezug auf die weitere Vorgehensweise abgestimmt und Ausgleichsmaßnahmen sind für den Standort eingeleitet worden. Diese Ausgleichsmaßnahmen für den Artenschutz sind notwendig, damit weitere gewerbliche Nutzungen generiert werden können.

Vermarktungssituation

Die Vermarktungssituation ist anhaltend positiv. Im Jahr 2019 wurden mit 31 Unternehmensvertretern Vertriebsgespräche geführt und so der Standort Camp Astrid präsentiert. Davon konnte bei ca. 45 % der Anfragenden leider kein weiterführendes Interesse am Standort Camp Astrid identifiziert werden. Bei ca. 13 % der potentiellen Kunden konnte ein Anfangsinteresse geweckt werden, wobei diese Kunden bis dato unentschieden sind. Konkretes Kaufinteresse konnte bei ca. 26 % der Unternehmen hervorgerufen werden, was dazu geführt hat, dass diese Unternehmungen das jeweilige Grundstück konkret beplanen und die entsprechenden Flächen gesellschaftsseitig reserviert wurden. Aktuell sind ca. 3,15 ha Fläche Gegenstand von Reservierungen bzw. Verkaufsverhandlungen.

Im Berichtszeitraum konnten 5 Grundstücksgeschäfte mit einem Volumen von ca. 16.276 m² beurkundet werden. Es konnten somit Gewerbeflächen in einem bisher nicht erreichten Umfang veräußert werden. Erneut konnte dabei auch ein starker Mitarbeitereffekt erzielt werden.

Im Einzelnen wurden folgende Grundstücksgeschäfte generiert:

Ein Produktionsunternehmen aus dem Bereich Leiterplatten, welches bereits am Standort investiert ist, hat eine ca. 4,6 Tsd. m² große Erweiterungsfläche erworben. Die Fläche soll mittelfristig mit weiteren Produktionsflächen bebaut werden.

Ein Kunststofftechnikunternehmen hat im Berichtszeitraum ein ca. 1,2 Tsd. m² großes Grundstück erworben. Die Bebauung des Grundstücks ist bereits weit fortgeschritten, so dass eine Ansiedlung noch in 2020 zu erwarten ist.

Ein Unternehmen aus dem Bereich des Tierbedarfs hat im Herbst 2019 eine ca. 7,9 Tsd. m² große Gewerbefläche erworben. Das Unternehmen bringt mehr als 40 Arbeitsplätze an den Standort, und plant weiteren Wachstum.

Ein Malermeisterbetrieb aus Aachen konnte ebenfalls vom Standort Camp Astrid überzeugt werden und erwarb im Herbst 2019 eine Gewerbefläche von ca. 1 Tsd. m². Der Baufortschritt ist bereits deutlich zu erkennen und wird kurzfristig abgeschlossen sein.

Ein Unternehmen aus dem Bereich der Sicherheitstechnik hat im Berichtszeitraum ein Gewerbegrundstück von ca. 1,5 Tsd. m² erworben und wird seinen Standort samt 28 Arbeitsplätzen nach Stolberg verlagern. Des Weiteren wurde der Flächenverkauf an ein Transportunternehmen aus dem Jahr 2018 aufgehoben. Branchenseitig stammen die derzeit noch interessierten Unternehmen aus den Bereichen Handwerk, Produktion und Dienstleistung. Die Anfragenstruktur zeigt, dass 50 % der aktuell interessierten Unternehmen noch keinen Unternehmenssitz am Standort Stolberg vorhalten. Teilweise sind die anfragenden Unternehmen aufgrund der Unternehmensentwicklung nicht mehr am derzeitigen Standort in der Kupferstadt Stolberg expansionsfähig und benötigen eine Alternative für weiteres Wachstum, oder aber planen eine Expansion in Camp Astrid. Aktuell sind ca. 16 ha der Camp Astrid Gewerbeflächen vermarktet. Das seinerzeit formulierte Ziel, einen Gewerbestandort in der Kupferstadt Stolberg zu schaffen, an dem sich Wirtschaft entwickeln und entfalten kann, wurde im Jahr 2019 weiter verfolgt und erfolgreich umgesetzt.

Finanzlage

Alle Konten werden im Berichtsjahr auf Guthabenbasis geführt. Den Verpflichtungen finanzieller Art konnte zu jedem Zeitpunkt nachgekommen werden.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Aufgabe der Gesellschaft ist die Vermarktung und Verwaltung des Treuhandvermögens des Hauptgesellschafters Kupferstadt Stolberg. Wald -und Verkehrsflächen sollen auf die Kupferstadt Stolberg übertragen werden. Die aktuelle und zukünftige Vermarktung der Gewerbeflächen wird

weiterhin seitens der Gesellschaft aktiv betrieben. Der insbesondere seit dem Geschäftsjahr 2014 eingesetzte Vermarktungsschwung konnte auch im Berichtsjahr fortgeführt bzw. sogar gesteigert werden. Für das Jahr 2020 sind wir ebenfalls optimistisch, Flächenvolumina in ähnlicher Größenordnung zu vermarkten. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung liegen 8 konkrete Reservierungen aus unterschiedlichen Wirtschaftsbranchen mit einem Flächenvolumen von ca. 3 ha vor. Zur Vorbereitung einer Vermarktung des ehem. DB-Geländes in Camp Astrid wurde Ende 2018 ein Unternehmen zur Durchführung der Artenschutzprüfung II (ASP II) beauftragt. Der artenschutzrechtliche Betrachtungszeitraum beläuft sich auf den Verlauf eines Kalenderjahres bzw. aller Vegetationsperioden. Die nunmehr vorliegenden Ergebnisse der ASP II verweisen, wie zu erwarten war, auf Schutzmaßnahmen zu den schützenswerten Arten Schlingnatter und Kreuzkröte. Darüber hinaus wurden weitere Arten festgestellt, die unterschiedliche Maßnahmen erfordern. Zum einen in Vorbereitung der Vermarktung, zum anderen bei Bebauung durch einen Kunden. Eine gewerbliche Nutzung ist somit möglich.

Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Es findet keine Verwendung von Finanzderivaten statt.

Camp Astrid Verwaltungs GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der beziehungsweise für die Camp Astrid GmbH und Co KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung und die Erschließung hat. Bei der Konversionsfläche Camp Astrid handelt es sich um das ehemalige belgische Militärlager „Camp Reine Astrid“ im Bereich des Probsteierwaldes. Die Konversionsfläche wird im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme als Gewerbepark ausgewiesen und vermarktet.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung besteht aus einem oder mehreren Geschäftsführern.

Gesellschafterversammlung:

Pro 6.250,- Euro Einlage hat jeder Gesellschafter eine Stimme.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Michael Eßers	– bis 30.06.2019
	Nathalie Beckers	– ab 01.07.2019

Vertretung der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Kunibert Matheis	Städteregionstagsmitglied
Stellvertretung:	Klaus-Dieter Wolf	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Sitz: 52222 Stolberg

gezeichnetes Kapital: 25.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Stadt Stolberg	12.500	50,00
StädteRegion Aachen	6.250	25,00
Sparkassen Immobilien GmbH	<u>6.250</u>	<u>25,00</u>
	25.000	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2017	2018	2019
	- in € -	- in € -	- in € -
Bilanz:			
A. Anlagevermögen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	41.790	41.239	45.113
I. Forderungen / sonst. VG	15.840	15.656	19.910
II. Kassenbestand, Guthaben	25.950	25.583	25.203
Bilanzsumme Aktiva	41.790	41.239	45.113
A. Eigenkapital	36.227	37.284	
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II. Gewinnvortrag	10.353	11.227	12.284
III. Jahresüberschuss	875	1.057	956
B. Rückstellungen	2.464	2.398	2.928
C. Verbindlichkeiten	3.099	1.557	3.944
Bilanzsumme Passiva	41.790	41.239	45.113
 Gewinn- und Verlustrechnung:	 2017	 2018	 2019
	- in € -	- in € -	- in € -
Betriebliche Erträge	29.892	23.287	14.171
Sonst. betriebl. Aufwendungen	28.856	22.033	13.037
Ergebnis nach Steuern	875	1.057	956
Jahresüberschuss n. Steuern	875	1.057	956

Eckdaten und Leistungskennziffern

	2017	2018	2019
Personalbestand:			
Mitarbeiter	-	-	-

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist an der Gesellschaft mit einer Einlage von 6.250,- € beteiligt. Es besteht darüber hinaus keine Verbindung zum Haushalt der StädteRegion. Eine Leistungsbeziehung zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion besteht zur Camp Astrid GmbH & Co. KG.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie Übernahme der persönlichen Haftung und der Ge-

schäftsführung an der bzw. für die Camp Astrid GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg zum Zweck hat.

Bei der Konversionsfläche Camp Astrid handelt es sich um das ehemalige belgische Militärlager „Camp Reine Astrid“ im Bereich des Propsteierwaldes. Die Konversionsfläche wird im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme als Gewerbepark ausgewiesen und vermarktet. Die notwendigen Beschlüsse zur Einleitung der Verfahren wurden durch die Kupferstadt Stolberg im Laufe des Geschäftsjahres 2001 gefasst. Entsprechend der Beschlusslage und der Aufgabenstellung des Treuhändervertrages vom 20.05./27.05.2003 wurden die Arbeiten zur Umwandlung der Konversionsfläche in ein Gewerbegebiet fortgeführt.

Mit der Bekanntmachung der 77. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 267 der Stadt Eschweiler vom 04.06.2004 und der Bekanntmachung der 64. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan 128 der Kupferstadt Stolberg vom 24.06.2004 wurde für den städtebaulichen Entwicklungsbereich (nach Baugesetzbuch) Camp Astrid Bau- und Planungsrecht geschaffen.

Dem Gesellschaftszweck entsprechend wurden im Berichtsjahr die Geschäfte für die Camp Astrid GmbH & Co. KG geführt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Die Gelder, die der Gesellschaft aus eingezahlten Stammeinlagen zur Verfügung gestellt waren, wurden im Berichtszeitraum auf einem Festgeldkonto bei der Sparkasse Aachen als Termineinlage verwaltet. Über den mit der Kupferstadt Stolberg abgeschlossenen Treuhändervertrag kann die finanzielle Situation der Gesellschaft als gesichert angesehen werden.

Die Gesellschaft konnte im Berichtszeitraum jederzeit ihren finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachkommen. Im Berichtszeitraum konnten fünf Grundstücksgeschäfte beurkundet werden.

In der 34. Gesellschafterversammlung der Camp Astrid Verwaltungs GmbH am 08. Mai 2019 wurde Frau Nathalie Becker zur Geschäftsführerin der Gesellschaft ab 01.07.2019 bestellt. Sie ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Am 28.10.2019 sind die entsprechenden Eintragungen ins Handelsregister vollzogen worden. Die Geschäftsführung durch Frau Becker ist im Rahmen des Anstellungsverhältnisses bei der Kupferstadt Stolberg definiert.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Kernaufgabe der Gesellschaft in 2019 ist die Vermarktung und Verwaltung des Treuhandvermögens des Hauptgesellschafters Kupferstadt Stolberg.

Durch den Vermarktungsschwung seit dem Geschäftsjahr 2014 hat das Gewerbegebiet Camp Astrid eine positive Entwicklung genommen und hat sich qualitativ und quantitativ weiterentwickelt. Die aktuellen Gesprächsstände lassen Optimismus dahingehend zu, dass die positive Vermarktungssituation mindestens auch in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 2020 fortgeführt werden kann. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung liegen 8 konkrete Reservierungen aus unterschiedlichen Wirtschaftsbranchen vor.

Sollten zukünftig keine Grundstücksverkäufe realisiert werden, besteht aufgrund der vorgenannten Sachverhalte zwar kein operationelles Risiko für die Gesellschaft. Die Dynamik am Standort würde jedoch an Fahrt verlieren, was nicht positiv für die weitere Entwicklung und Vermarktung des Standorts wäre.

Nachtragsbericht

Weitere bzw. konkretere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Personal

Die Gesellschaft hält kein Personal. Zum Jahresende ist eine Geschäftsführerin tätig.

Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Es findet keine Verwendung von Finanzderivaten statt.

Vogelsang IP gGmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang, die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms und von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den vorgenannten Punkten stehen. Der Gesellschaftszweck wird verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer, der die Gesellschaft vertritt.

Gesellschafterversammlung:

Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung werden von der Vertretung des jeweiligen Gesellschafters entsandt. Sie haben die Interessen ihrer Gebietskörperschaft zu verfolgen, sind an die Beschlüsse ihrer Vertretung gebunden und haben ihr Amt auf deren Beschluss jederzeit niederzulegen. Sie bleiben bis zur jeweiligen Entsendung eines Nachfolgers im Amt. Die Benennung von stellvertretenden Mitgliedern für den Fall der Verhinderung ist zulässig. Satz 2 gilt nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Albert Moritz

Vertretungen der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Stimmführung: Markus Terodde

Stellvertretung: Markus Terodde Dezernent

Elisabeth Paul Städteregionstagsmitglied

Stellvertretung: Andreas Hermanns Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 53937 Schleiden

gezeichnetes Kapital: 100.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
LVR Landschaftsverband Rheinland	70.000,00	70,00
Kreis Euskirchen	17.142	17,142
StädteRegion Aachen	4.286	4,286
Kreis Düren	2.857	2,857
Kreis Heinsberg	1.429	1,429
Stadt Schleiden	2.857	2,857
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	1.429	1,429
	100.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2017	2018	2019
Bilanz:	- in € -	- in € -	- in € -
Anlagevermögen	45.777.931	44.641.951	43.276.434
I. Imm. Vermögensgegenst.	14.299	11.318	8.217
II. Sachanlagen	45.763.632	44.630.633	43.268.217
Umlaufvermögen	1.849.016	2.407.885	1.942.717
I. Vorräte	238.465	159.655	151.886
II. Forderungen / sonst. VG	916.902	979.646	307.825
III. Kassenbestand, Guthaben	693.649	1.268.584	1.483.006
RAP	56.848	57.191	58.527
Bilanzsumme Aktiva	47.683.794	47.107.027	45.227.678
Eigenkapital	11.025	397.183	13.421
I. Gezeichnetes Kapital	27.300	100.000	100.000
II. Kapitalrücklage	0,00	313.381	0
III. Verlustvortrag	-16.198	0,00	0
IV. Jahresüberschuss/- fehlbetrag	0	-16.197	-86.579
SoPo f. Investitionszuschüsse	33.289.229	31.807.365	30.347.554
Rückstellungen	235.878	351.276	129.872
Verbindlichkeiten	14.147.585	14.551.203	14.721.731
RAP	0	0	65.100
Bilanzsumme Passiva	47.683.794	47.107.027	45.277.678

Gewinn- und Verlustrechnung:	2017	2018	2019
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	2.161.985	2.154.068	2.107.796
Sonstige betriebliche Erträge	1.183.475	1.474.759	365.000
Andere aktivierte Eigenleistungen	461.795	244.501	209.776
Erträge aus der Auflösung v. SoPo	1.487.103	1.481.864	1.459.811
Materialaufwand	307.632	343.972	336.000
Personalaufwand	1.525.834	1.650.830	1.875.174
Abschreibungen	1.995.094	2.025.255	2.025.654
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.201.538	1.147.551	1.118.825
Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	753	61.419	4.946
Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	200.970	251.526	266.122
Jahresfehlbetrag	0	86.619	383.762

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiter/innen	38	42	0
Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage:	2017	2018	2019
	in %	in %	in %
Anlagendeckungsgrad I	73	65	63
Eigenkapitalquote	63	61,62	60,35

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen

Die StädteRegion Aachen hat im Haushaltsjahr 2019 einen Betriebskostenzuschuss für die vogelsang ip gGmbH in Höhe von 47.713,91 € gezahlt. Als Gesellschaft, zu der seitens der vogelsang ip gGmbH Leistungsbeziehungen bestehen, ist die SEV GmbH i.L. zu nennen.

Angaben des Lageberichts zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind. Der öffentliche Zweck wurde im Jahr 2019, wie in den Vorjahren, vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Information, Bildung und kulturelle Angebote verwirklicht. Die zunehmende Etablierung als außerschulischer Lernort und die Wirkung und Ausstrahlung als kultur-, bildungs- und wandertouristische Destination im Nationalpark Eifel sind hierbei zu nennen. In 2019 wurde die Anerkennung des Bildungswerks der GmbH nach dem Weiterbildungsgesetz und dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz beantragt; das Anerkennungsverfahren ist zum Zeitpunkt dieses Lageberichtes noch nicht abgeschlossen.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH (im Folgenden GmbH genannt) wurde am 17.10.2008 gegründet. Der Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

ZWECK UND GEGENSTAND DER GESELLSCHAFT

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von

- a) Wissenschaft und Forschung,
- b) Bildung und Erziehung,
- c) Kunst und Kultur,
- d) internationaler Gesinnung,
- e) Toleranz auf allen Gebieten der Kultur,
- f) Völkerverständigung,
- g) Umwelt- und Landschaftsschutz,
- h) Denkmalschutz,
- i) regionaler Identität sowie
- j) demokratischen Gesellschaftsstrukturen.

Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich

- a) die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
- b) die Durchführung eines regelmäßigen Gäste- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
- c) die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie
- d) die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den unter a) bis c) genannten Punkten stehen.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Im Jahr 2019 waren folgende Gesellschafter mit folgenden Einlagen an der Gesellschaft beteiligt:

- Landschaftsverband Rheinland (LVR) mit 70.000 € | (70 %)
- Kreis Euskirchen mit 17.142 € | (17,142%)

- StädteRegion Aachen mit 4.286 € | (4,286%)
- Kreis Düren mit 2.857 € | (2,857%)
- Kreis Heinsberg mit 1.429 € | (1,429%)
- Stadt Schleiden mit 2.857 € | (2,857%)
- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit 1.429 € | (1,429%)

Organe der Gesellschaft im Jahr 2019 waren die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führte satzungsgemäß ein Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland. Den stellvertretenden Vorsitz führte satzungsgemäß ein Vertreter des Kreises Euskirchen. Die Gesellschaft weist ein Stammkapital von 100.000 € auf, die von den Gesellschaftern quotal eingebracht sind. Bei einzelnen wichtigen Beschlüssen besteht eine Mehrheitserfordernis von 85%. Die Verlustausgleichsverpflichtung der Gesellschafter ist satzungsgemäß auf maximal 1,4 Mio. € p.a. beschränkt. Die Gesellschaft verfolgt gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 25.11.2019 in den Jahren 2020 ff. einen wirtschaftlichen Optimierungskurs mit dem Ziel, das mittelfristige Ziel eines Gesellschafterverlustausgleichs von jährlich maximal 1,2 Mio. € zu erreichen; dies soll insbesondere durch eine systematische Markterschließung bzw. -durchdringung erreicht werden. Wie die obigen Zahlen zeigen, hat sich im Jahr eine gegenteilige Entwicklung ergeben, die aber in Teilen auf Sondereffekten, z.B. bei der NPZ-Abrechnung basiert. Für das Jahr 2020 ist aufgrund der Corona-Pandemie nach dem derzeitigen Stand mit einem Ergebnis in einer ähnlichen Dimension, d.h. Überschreitung der derzeitigen satzungsgemäßen Grenzen von 1,4 Mio. € zu rechnen.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Der bisherige Geschäftsführer der GmbH, Albert Moritz, hat seinen Arbeitsvertrag bei der GmbH mit Ablauf des 06.04.2020 gekündigt. Als Nachfolger wurde bei der Gesellschafterversammlung am 25.11.2019 Thomas Kreyes bestellt, der die Gesellschaft seit dem 01.03.2020 zunächst gemeinsam mit Albert Moritz führt, ab dem 07.04.2020 dann alleiniger Vertreter ist.

WIRTSCHAFTSBERICHT

GESCHÄFTSVERLAUF

LAUFENDER BETRIEB

Seit dem 01. Januar 2009 führt die GmbH den Betrieb der zentralen Besucherinformation des Standortes Vogelsang IP sowie eine Vielzahl von Bildungsaktivitäten durch. Dies umfasst als regelmäßige Aktivitäten u.a.

- den Betrieb des Besucherinformationszentrums im Forum Vogelsang IP mit Shop und täglicher Öffnung zwischen 10 und 17 Uhr,
- die Bereitstellung der Dauerausstellung „Bestimmung: Herrenmensch | NS-Ordensburgen zwischen Faszination und Verbrechen“ (NS-Dokumentation)

- die Organisation von täglichen offenen sowie zusätzlich individuell buchbaren Führungen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten in der Jugend- wie der Erwachsenenbildung,
- die Durchführung von Kulturveranstaltungen und Sonderprogrammen sowie von Begleitprogrammen von Tagungen und Konferenzen
- die Durchführung der Wechselausstellung „Weimar im Westen“,
- den Betrieb des zentralen Besucherparkplatzes,

und

- den Betrieb des Geländemanagements (zeitlich befristet bis Ende 2020).

Darüber hinaus vermietet bzw. verpachtet die GmbH

- die Flächen des Nationalpark-Zentrums Eifel und der Erlebnisausstellung „Wildnis(t)räume“ an Wald und Holz NRW
- die Gastronomie an die Kaspar Gastronomie

Mit Wald und Holz NRW besteht weiterhin ein Geschäftsbesorgungsvertrag.

Im Ergebnis waren u.a. folgende Nachfragewerte festzustellen:

	2019	2018	Veränderung	
			Anzahl	in %
1. Besucher Gelände ca.	281.500	270.500	+ 11.000	+ 4%
2. Besucher NS-Dokumentation	38.873	34.493	+ 4.380	+ 13%
Anzahl Bildungsformate ge-				
3. samt	2.041	2.040	+ 1	+ %
Teilnehmende gesamt	35.470	35.651	-181	-1%
Anzahl offene Führungen	664	660	+ 4	+ 1%
Teilnehmende offene Führungen	10.148	10.059	+ 89	+ 1%
Anzahl gebuchte Führungen	920	986	-66	-7%
Teilnehmende gebuchte Führungen	15.538	17.250	-1.712	-10%
Anzahl Jugendbildungsformate	445	370	+ 75	+ 20%
Teilnehmende Jugendbildung	9.559	7.771	+ 1.788	+ 23%

Anzahl sonstige vertiefende Angebote (z.B. Workshops)	12	24	-12	-50%
Teilnehmende sonstige vertiefende Angebote	225	571	-346	-61%
4. Anzahl offene Turmaufstiege	394	402	-8	-2%
Teilnehmer Turmaufstiege	2.432	2.567	-135	-5%

Die in der konsolidierten Wirtschaftsplanung 03/2019 angestrebte deutliche Steigerung der Nachfrage gegenüber dem Vorjahr – durch werbliche Aktivitäten sowie neue Formate – konnte nicht in dem avisierten Umfang erreicht werden. Im Bildungsbereich wurden im Jahre 2019 erneut mehrere Sonderprojekte durchgeführt bzw. fortgeführt. Hierzu zählten neben diversen Jugendbildungsprojekten mehrere geförderte Projekte – u.a. durch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), die Landeszentrale für politische Bildung (Lzpb), die Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ) und den Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB).

INVESTITIONSPROJEKTE

Bei den in den Vorjahren aus EU-, Bundes- und Landesmitteln sowie aus Eigenmitteln der Gesellschafter geförderten investiven Maßnahmen zum Forum Vogelsang IP standen im Jahr 2019 unverändert eine Vielzahl kleinteiliger Restmaßnahmen und insbesondere diverse Mängelbeseitigungen an. Zur Finanzierung der über die Förderung hinaus gehenden Mehrkosten dienen zwei bankfinanzierte, langfristige Darlehensrahmen von jeweils 5 Mio. € sowie ein langfristiges Gesellschafterdarlehen des LVR.

GESCHÄFTSERGEBNIS

Das Geschäftsergebnis 2019 liegt – vor Gesellschafterverlustausgleich – bei einem Minus in Höhe von 1.492.161,74 € und damit um 383.761,75 € über dem Planwert bzw. den eingezahlten Gesellschafterbeiträgen von 1.108.399,99 €; das Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus folgenden Aspekten:

- geringere als geplante Umsatzerlöse,
- Mindererlöse im Bereich der Drittmittelprojekte,
- außerordentliche Aufwendungen aus geänderten Abrechnungen für Vorjahre mit Wald und Holz NRW
- Senkung des Pachtzinses der Gastronomie
- unerwartete Anstiege bei den Energie- und Versicherungskosten.

Die Differenz zum Planwert soll lt. Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 25.11.2019 durch die Inanspruchnahme der Kapitalrücklage aufgefangen werden. Deren Bestand zum 31.12.2018 von 313.380,53 € ist mit dem aktuellen Jahresfehlbetrag aufgebraucht. Weiterhin besteht noch ein Ver-

lustvortrag aus Vorjahren von 16.197,50 €. In Summe ergibt sich ein restliches Stammkapital von 13.421,28 €.

ÖFFENTLICHE ZWECKERREICHUNG

Der öffentliche Zweck wurde im Jahr 2019, wie in den Vorjahren, vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Information, Bildung und kulturelle Angebote verwirklicht. Die zunehmende Etablierung als außerschulischer Lernort und die Wirkung als kultur-, bildungs- und touristische Destination im Nationalpark Eifel sind hierbei zu nennen. In 2019 wurde die Anerkennung des Bildungswerks der GmbH nach dem Weiterbildungsgesetz und dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz NRW beantragt; das Anerkennungsverfahren ist zum Zeitpunkt dieses Lageberichts noch nicht abgeschlossen.

VERMÖGENSLAGE

Das Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 100.000 € ist in voller Höhe eingezahlt.

FINANZLAGE

Die Zahlungsfähigkeit der GmbH war im Berichtsjahr aufgrund

- der seitens der Gesellschafter zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb,
- des investitionsbezogenen, kurzfristig aktivierbaren Kreditrahmens für ein Gesellschafterdarlehen des Landschaftsverbands Rheinland LVR von bis zu 4,5 Mio. € (davon Ende 2019 in Anspruch genommen: 4 Mio. €),
sowie
- eingegangener Fördermittel im Bildungsbereich

jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der GmbH geordnet. Der zusätzliche Kontokorrentrahmen des LVR in Höhe von maximal 1,0 Mio. € im Rahmen des Cash-Poolings wurde Ende 2019 kurzzeitig in Anspruch genommen und zwischenzeitlich wieder zurückgezahlt. Zum Ende des Jahres 2019 bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 43 T€ (Vorjahr: 406 T€), im Wesentlichen zum Stichtag vergebene Aufträge für Umbauarbeiten. Die Liquidität am Bilanzstichtag beträgt 1.483 T€ (Vorjahr: 1.269 T€). Die Differenz zum Vorjahr resultiert vor allem aus den Darlehensaufnahmen und -tilgungen.

ERTRAGSLAGE

Der Geschäftsbetrieb verlief im Jahr 2019 im Ergebnis schlechter als in 04/2019 durch die konsolidierte Wirtschaftsplanung definiert – die Hintergründe wurden weiter oben beschrieben. Den Umsatzerlösen und den erhaltenen Projektzuschüssen stehen insbesondere Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie Fremdarbeiten gegenüber. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31. Dezember 2019 einen Verlust vor Gesellschafterverlustausgleich in Höhe von 1.492.161,74 € (Vorjahr – 1.091.470,47 € aus. Dieser Verlust liegt damit um 383.761,75€ über dem Planwert bzw. den eingezahlten Gesellschafterbeiträgen von 1.108.399,99 € und um 92.161,74 € über dem satzungsgemäßen Wert von 1,4 Mio. € als maximale Einzahlungsverpflichtung der Gesellschafter (vgl. § 16 Abs. 4

des Gesellschaftsvertrages). Die das Ergebnis prägenden Positionen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung 2019 abgebildet.

PROGNOSEBERICHT

Durch die „Corona-Krise“ ist der weitere Verlauf des Jahres 2020 für die Gesellschaft in vielerlei Hinsicht noch unwägbar. Nachdem sich bereits Ende Februar / Anfang März in Form von Umsatzrückgängen und Stornierungen (in allen Segmenten) Vorboten der Krise zeigten, wurde der Betrieb des Besucherzentrums sowie der Ausstellungen im Forum Vogelsang IP am 16.03.2020 zunächst bis auf Weiteres eingestellt – analog der Schließung aller Landes- und LVR-Einrichtungen. In den Monaten März und April wurde Kurzarbeit geleistet. Ab dem 04.05.2020 erfolgte die Wiedereröffnung des Besucherzentrums und der Ausstellung zur NS-Dokumentation Vogelsang, ab dem 13.05. der verpachteten Gastronomie. Trotz aller möglichen Minimierungsaktivitäten der GmbH ist in 2020 mit einem Verlust über dem satzungsgemäßen Rahmen von 1,4 Mio. € zu rechnen. Die Gesellschaft erarbeitet eine Fortschreibung der Wirtschaftsplanung und wird diese den Gremien zur Beschlussfassung vorlegen.

Wesentlicher operativer Schwerpunkt 2020 ist nach jetziger Sicht

- die Prüfung und ggf. geänderte strategische Ausrichtung der GmbH,
- die Sicherung, im Idealfall Steigerung der Wahrnehmung als Bildungs- und Ausflugsdestination,
- die Wiedergewinnung, im Idealfall Steigerung der vormaligen Nachfrage und damit die Sicherung der Umsatzerlöse

Ein entsprechender Strategieprozess unter Einbindung der Gesellschafter, der Standortpartner und der Mitarbeiter der GmbH wurde vom neuen Geschäftsführer Thomas Kreyes im April 2020 gestartet und soll im Sommer 2020 abgeschlossen werden. Bei den geförderten Investitionsprojekten ist bis zum Ende der Zweckbindungsdauer grundsätzlich das Risiko von Rückforderungen von Zuwendungsgebern als Ergebnis von Prüfungen gegeben – auch wenn die bisherigen Prüfungen zu keinen Rückforderungen geführt haben. Unverändert sind einzelne Baugewerke noch nicht abgeschlossen bzw. es laufen noch einzelne Auseinandersetzungen mit Firmen und Insolvenzverwaltern.

CHANCEN-/RISIKOBERICHT

Die Gesellschaft verfolgt gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 25.11.2019 in den Jahren 2020 ff. einen wirtschaftlichen Optimierungskurs mit dem Ziel, das mittelfristige Ziel eines Gesellschafterverlustausgleichs von jährlich maximal 1,2 Mio. € zu erreichen; dies soll insbesondere durch eine systematische Markterschließung bzw. -durchdringung erreicht werden. Wie die obigen Zahlen zeigen, hat sich im Jahr eine gegenteilige Entwicklung ergeben, die aber in Teilen auf Sondereffekten, z.B. bei der NPZ-Abrechnung basiert. Für das Jahr 2020 ist aufgrund der Corona-Pandemie nach dem derzeitigen Stand mit einem Ergebnis in einer ähnlichen Dimension, d.h. Überschreitung der derzeitigen satzungsgemäßen Grenzen von 1,4 Mio. € zu rechnen. Der bisherige Geschäftsführer der GmbH, Albert Moritz, hat seinen Arbeitsvertrag bei der GmbH mit Ablauf des

06.04.2020 gekündigt. Als Nachfolger wurde bei der Gesellschafterversammlung am 25.11.2019 Thomas Kreyes bestellt, der die Gesellschaft seit dem 01.03.2020 zunächst gemeinsam mit Albert Moritz führt, ab dem 07.04.2020 dann alleiniger Vertreter ist. Die Wirtschaftsplanung 2020 ist vor dem Hintergrund der unter 4. beschriebenen Randbedingungen zwar vom Ergebnis her völlig ungewiss, jedoch liegt eine gesicherte wirtschaftliche Situation vor. In gleicher Sitzung wurde der eingeschlagene Konsolidierungsprozess auch für 2020 ff. als Ziel bestätigt, insbesondere:

- Steigerung der Umsatzerlöse durch Vertriebs- bzw. Kommunikationsoffensiven, Produkt- bzw. Angebotsentwicklungen, einzelne Preiserhöhungen sowie eine Erhöhung der Besuchs- bzw. Kaufanreize auf dem Gelände,
- Einwerbung von Spendengeldern / Sponsoring
sowie
- eine Reihe von kleinteiligen Maßnahmen.

Für 2020 ist aufgrund der Corona-Pandemie mit einer weiteren Verschlechterung der Situation zu rechnen.

RISIKOBERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

Bei der GmbH werden keine Finanzinstrumente eingesetzt. Die Geldanlage erfolgt ausschließlich kurzfristig auf Tagesgeldkonten.

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wurde am 09.05.2005 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes Burg Vogelsang gemäß dem Leitbild **Vogelsang IP** zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Die Gesellschaft führt die begonnene Konversion fort und übernimmt die Steuerung der Gesamtentwicklung des Standortes unter Berücksichtigung der Interessen des Nationalparks Eifel und der Nationalparkregion, insbesondere hinsichtlich der Kernnutzungen. Sie übernimmt folgende Aufgabenfelder:

- Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur,
- Projektentwicklung Kernnutzungen;
- Vermarktung und Marketing der außerhalb der Kernnutzung verbleibenden Flächen von ca. 90 ha,
- Betrieb und Unterhalt der nicht an Dritte übertragenen Verkehrs- und Grünflächen sowie ggf. Versorgungsinfrastruktur;
- Entwicklung Parkmanagementkonzept für Gesamtimmobilie.

Die SEV GmbH wird über Geschäftsbesorgungsverträge von der NRW.URBAN GmbH & Co. KG mit der Geschäftsführung, dem Projektmanagement und der Projektassistenz betreut. Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag die „Rahmenvereinbarung über die weitere Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang“ von Mai 2008 und die Vereinbarung mit der Bundesanstalt vom März 2009, in der insbesondere die Abwicklung der Investitionsmaßnahmen Infrastruktur durch die SEV näher geregelt werden.

Mit notarieller Beurkundung am 03.12.2008 wurde die Gesellschaft umstrukturiert, mehrfach fortgeführt und Ende des Jahres 2016 letztmalig um zwei Jahre bis zum 31.12.2018 verlängert. Die Liquidation ist planmäßig ab dem 01.01.2019 erfolgt.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 13 Mitgliedern. 7 Mitglieder werden von der Region entsandt. Dem Kreis Euskirchen stehen 3 Entsendungsmandate, der Stadt Schleiden 2 und der StädteRegion Aachen sowie dem Kreis Düren jeweils 1 Mandat zu. Das Land Nordrhein-Westfalen wird 4 Mitglieder entsenden, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben 2 Mitglieder.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafter nehmen ihre Rechte durch Beschlüsse in der Gesellschafterversammlung oder im Wege der schriftlichen Abstimmung wahr, soweit in diesem Gesellschaftsvertrag oder durch zwingende gesetzliche Vorschriften nichts anderes bestimmt ist. Je 240 EUR eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Über die Zahl seiner Vertreter entscheidet jeder Gesellschafter selbst. Bei mehr als einem Vertreter ist ein Stimmführer zu bestimmen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Thomas Fischer-Reinbach

Vertretung der StädteRegion in Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung:

	Andreas Hermanns	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreterin:	Elisabeth Paul	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 53937 Schleiden

gezeichnetes Kapital: 36.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	12.000,00	33,33
Land Nordrhein-Westfalen (vertr. durch das Ministerium f. Wirtschaft, Mittelstand und Energie)	12.000,00	33,33
Kreis Euskirchen	6.480,00	18,00
StädteRegion Aachen	2.160,00	6,00
Kreis Düren	2.160,00	6,00
Stadt Schleiden	<u>1.200,00</u>	<u>3,33</u>
	36.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2017	2018	2019
Bilanz:	- in € -	- in € -	- in € -
Anlagevermögen	31.008	0	0
I. Imm. Vermögensgegenst.	1	0	0
II. Sachanlagen.	31.007	0	0
Umlaufvermögen	227.469	273.497	94.393
I. Forderungen / sonst. VG	20.576	49.076	0
II. Kassenbestand, Guthaben	206.893	224.420	89.379
RAP	1.471	479	0
Bilanzsumme Aktiva	259.948	273.976	94.393
Eigenkapital	204.374	160.433	56.528
I. Gezeichnetes Kapital	36.000	36.000	36.000
II. Gewinnvortrag	197.230	168.374	124.432
III. Jahresfehlbetrag	-28.856	-43.942	-103.905
Rückstellungen	18.724	27.424	37.163
Verbindlichkeiten	36.850	86.119	702
Bilanzsumme Passiva	259.948	273.976	94.393
	2017	2018	2019
Gewinn- und Verlustrechnung:	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	172.934	157.489	-19.159
Sonst. betriebl. Erträge	455.764	462.309	2.000
Personalaufwand	124.080	125.082	0
Sonst. betriebl. Aufwendungen	527.296	534.201	86.856
Jahresfehlbetrag n. Steuern	28.856	43.942	103.905

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiter/innen	6	7	0

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen hat im Jahr 2019 keinen Zahlungen an die SEV GmbH i.L. geleistet. Als Gesellschaft, zu der seitens der SEV GmbH Leistungsbeziehungen bestehen, ist die Vogelsang IP gGmbH zu nennen.

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Auszug Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2019

Grundlage der Abwicklung der Liquidation ist der „Vertrag über die Dienstleistungen zur Liquidation der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH“, welcher nach Beschluss des Aufsichtsrates am 19.11.2018 zwischen der Gesellschaft und der NRW.URBAN GmbH & Co. KG geschlossen wurde.

Auf Grundlage des Gesellschafterbeschlusses vom 05.10.2018, die Liquidation der Gesellschaft ab dem 01.01.2019 durchzuführen, wurde die Registeranmeldung beim Amtsgericht Düren durch das Notariat Thubauville am 02.01.2019 beantragt. Die Eintragung der Liquidation beim Amtsgericht erfolgte am 29.01.2019. Der Gläubigeraufruf im Rahmen des Liquidationsverfahrens wurde am 25.01.2019 im Bundesanzeiger veröffentlicht. Damit endete das gesetzlich vorgeschriebene Sperrjahr am 25.01.2020. Noch fällige, nicht bekannte Forderungen von Kreditoren sind im Sperrjahr nicht gestellt worden.

Nachdem die operative Tätigkeit für den Geschäftsbereich Geländemanagement zum 01.01.2019 an die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH übertragen wurde, erfolgte mit Datum 29.04.2019 die vorläufige Abrechnung mit den Nutzern/Eigentümern. Für das Geschäftsjahr 2018 wurde neben der Abrechnung der Beiträge der Erlös aus dem Verkauf des Anlagevermögens umgelegt. Gemäß GmbHG sind die Bücher der Gesellschaft nach Beendigung der Liquidation für die Dauer von zehn Jahren in Verwahrung zu geben. Mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben wurde eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen, nach der sich diese verpflichtet, dieser Aufbewahrungspflicht bis voraussichtlich zum Jahr 2030 nachzukommen. Die BIAn hat hierfür ein einmaliges Entgelt in Höhe von 10.000 € erhalten. Planmäßig wurde durch den Liquidator der Jahresabschluss 2018 aufgestellt und durch die Gesellschafterversammlung am 27.05.2019 festgestellt.

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Da der operative Betrieb der Gesellschaft am 31.12.2018 endete, wurden von den Gesellschaftern im Jahr 2019 keine Beiträge mehr gezahlt. Sämtliche Ausgaben wurden aus dem Restvermögen gedeckt. Mit Ausnahme von zwei Rechnungen, die eine für ein Gutachten zum Rückbau der Gebäude an der Redoute, die andere für Ingenieurleistungen für die Wasserversorgungsleitung, entstand finanzieller Aufwand nur für die Abwicklung der Liquidation. Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ erfolgte, wie oben dargestellt, die vorläufige Abrechnung mit den Nutzern/Eigentümern. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 103.904,57 € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von 43.941,59 €) ab.

Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr wesentlich verändert. Aufgrund der Liquidation haben sich die Struktur unseres kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und unsere Verbindlichkeiten geändert. Bei einer Bilanzsumme von 94.392,70 € (Vorjahr: 273.975,57 €) wird auf der Aktivseite ein langfristiges Vermögen von 0,00 € (Vorjahr: 0,00 €) und ein kurzfristiges Vermögen von 94.392,70 € (Vorjahr: 273.975,57 €) ausgewiesen. Auf der Passivseite steht dem Eigenkapital von 56.527,92 € (Vorjahr: 160.432,49 €) ein Fremdkapital, bestehend aus sonstigen Rückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten von 37.864,78 € (Vorjahr: 113.543,08 €) gegenüber. Die Bilanz der Gesellschaft ist somit auf der Aktivseite durch das Umlaufvermögen geprägt. Das Umlaufvermögen wird im Wesentlichen durch die flüssigen Mittel in Höhe von 89.378,81 € (Vorjahr: 224.420,43 €) geprägt, die insbesondere aus dem Guthaben bei Kreditinstituten besteht. Auf der Passivseite bildet das Eigenkapital in Höhe von insgesamt 56.527,92 € (Vorjahr: 160.432,492 €) den wesentlichsten Posten.

Ertragslage

Im Jahr 2019 entsteht ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 103.904,57 € gegenüber einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 43.941,59 € im Jahr 2018. Wesentlich für das negative Jahresergebnis sind die Ausgaben bei den Fremdleistungen. Erträgen in Höhe von minus 17.159,20 € (Abrechnung zum Geländemanagement, sonstige Erträge), stehen Aufwendungen in Höhe von 86.745,37 € gegenüber. Die Struktur der Aufwendungen hat sich im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ gegenüber dem Vorjahr wesentlich verändert. Die größten Aufwandsposten betreffen mit 52.958,26 € (Vorjahr: 292.729,71 €) die Geschäftsbesorgung durch die NRW.URBAN GmbH & Co. KG, die Fremdleistungen in Höhe von 14.281,50 € und mit 13.035,11 € Aufwendungen für die kaufmännische Geschäftsbesorgung und die Prüfung des Jahresabschlusses. Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ entstand der größte Aufwandsposten mit minus 19.777,17 € für die vorläufige Abrechnung mit den Nutzern/Eigentümern, der als negative Position in die oben genannten Erträge einging.

Finanzlage

Bei einer Bilanzsumme von 94.392,70 € (Vorjahr: 273.975,57 €) beträgt das Eigenkapital 56.527,92 € (Vorjahr: 160.432,49 €). Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 60 % (Vorjahr: 59 %). Weiterhin bestanden am Abschlussstichtag flüssige Mittel von 89.378,81 € (Vorjahr: 224.420,43 €). Damit ist die Finanzlage der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH i. L. geordnet. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Skontofrist zu begleichen, Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen bzw. Finanzierungsanteile zeitnah abzurufen. Damit war die Zahlungsfähigkeit der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH i. L. im Berichtsjahr stets gewährleistet. Beim ausgewiesenen Fremdkapital handelt es sich vollständig um kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten; die Quote beträgt 40 % (Vorjahr: 41 %) der Bilanzsumme. Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

Chancen und Risiken

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine durchaus konservative Risikopolitik. Die für die Liquidationsphase benötigten Mittel wurden durch die Geschäftsführung im Jahr 2018 im Rahmen der Finanzplanung prognostiziert. Die für das Jahr 2019 angesetzten Plankosten wurden im Geschäftsjahr deutlich unterschritten. Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der federzeitigen Zahlungsunfähigkeit wurde im Jahr 2019 ein Projektcontrolling geführt und die Finanzplanung monatlich aktualisiert. Ausfallrisiken in Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ bestanden aufgrund des ausreichend vorhandenen Restvermögens der Gesellschaft nicht. Auch im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ wurden keine Ausfallrisiken gesehen.

Prognose

Im Jahr 2019 sind keine Ereignisse eingetreten, die die Abwicklung der Liquidation behindern oder zu einer Verlängerung des Liquidationszeitraums führen werden. Ziel ist es daher nach wie vor, die SEV GmbH nach Ablauf des Sperrjahres im Frühsommer 2020 zu löschen. Der Liquidator geht nach derzeitigem Stand davon aus, dass das Ende 2019 noch vorhandene Vermögen der Gesellschaft ausreichen wird, um die Liquidation planmäßig abzuschließen und ein Restvermögen an die Gesellschafter auszukehren.

Energeticon gGmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Die ENERGETICON gGmbH wurde 2010 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist primär die Förderung von Wissensvermittlung über energiegeschichtliche und -technische Entwicklung insbesondere an die jüngeren Generationen (außerschulischer Lernort) aber auch an die interessierte allgemeine Öffentlichkeit (Freizeitbesucher). Die Gesellschaftszwecke werden insbesondere verwirklicht durch den Betrieb der Dauerausstellung „Von der Sonne zur Sonne“ mit zugehörigen pädagogischen und fachlichen Begleitveranstaltungen, sowie durch ergänzende Wechsel- und Sonderausstellungen. Durch die Vermittlung von Wissen wird indirekt die Nachfrage nach innovativen energietechnologischen Produkten und Dienstleistungen gefördert. Das ENERGETICON wird zugleich als Ort kultureller Fremd- und Eigenveranstaltungen sowie privater Fachtagungen und Feierveranstaltungen betrieben. Zu diesen Zwecken nutzt die Gesellschaft drei ehemalige Grubengebäude und deren Außenanlagen auf einer Teilfläche der ehemaligen Grube Anna II westlich des Annaparks. Die Gebäude wurden saniert und zu einem Dokumentationszentrum Energie mit didaktisch und gestalterisch innovativem Museumscharakter umgestaltet. Für die Qualität seines Kommunikationsdesigns erhielt die Ausstellung mehrere renommierte Preise (z.B. Red dot award; One show award).

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt sind. Die Gesellschaft hat sich in ihrem Gesellschaftsvertrag verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft. Die Befreiung von der Beschränkung des § 181 BGB ist erteilt.

Aufsichtsrat (entfällt ab 06.09.2018):

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aus 9 Mitgliedern. 5 Mitglieder werden vom Landschaftsverband Rheinland, 3 Mitglieder von der Stadt Alsdorf und 1 Mitglied von der StädteRegion Aachen entsandt. Der Aufsichtsrat überwacht den Geschäftsführer der Gesellschaft. Er wirkt maßgeblich an der strategischen Planung mit, die vom Geschäftsführer vorbereitet und im Detail ausgearbeitet wird. § 11 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags enthält die Aufgaben, die dem Aufsichtsrat insbesondere obliegen. Der Vorsitz des Aufsichtsrats wird im jährlichen Wechsel jeweils



durch einen Vertreter des Landschaftsverbands Rheinland und einen Vertreter der Stadt Alsdorf geführt – analog der Gesellschafterversammlung, jedoch durch den jeweils anderen Gesellschafter.

Gesellschafterversammlung:

Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung werden von der Vertretung des jeweiligen Gesellschafters entsandt. Jeder Euro eines Geschäftsanteils gewährt eine Stimme. Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Er ist berechtigt, bis zu 3 Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden. Soweit ein Gesellschafter mehr als ein Mitglied entsendet, ist ein Stimmführer zu benennen. Der Vorsitz der Gesellschafterversammlung wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland und einen Vertreter der Stadt Alsdorf geführt, wobei der stellvertretende Vorsitzende vom anderen Gesellschafter gestellt wird. Die Gesellschafterversammlung beschließt über alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung. § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags enthält einen Katalog der der Gesellschafterversammlung vorbehaltenen Angelegenheiten.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Thomas König

Vertretung der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Stellvertretung:	Markus Terodde	Dezernent StädteRegion
	Susanne Lauffs	Verwaltung StädteRegion
	Horst-Dieter Heidenreich	sachkundiger Bürger
Stellvertretung:	Marie-Theres Sobczyk	Städteregiontagsmitglied
	Jürgen Neesen	Städteregiontagsmitglied
Stellvertretung:	Friedhelm Krämer	Städteregiontagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52477 Alsdorf

gezeichnetes Kapital: 26.000 €

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
LVR Landschaftsverband Rheinland	13.780	53
Stadt Alsdorf	4420	17
StädteRegion Aachen	6.500	25
Verein Bergbaumuseum Grube Anna e.V.	650	2,5
Pro Energeticon e.V	650	2,5
	<u>26.000</u>	<u>100</u>

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2017	2018	2019
Bilanz:	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	7.828.551	8.170.873	7.956.967
I. Imm. Vermögensgegenst.	1.034.902	970.975	908.498
II. Sachanlagen	6.793.649	7.199.898	7.048.469
B. Umlaufvermögen	555.491	388.521	86.456
I. Vorräte	4.355	3.500	2.930
II. Forderungen / sonst. VG	11.032	43.342	17.278
III. Kassenbestand, Guthaben	540.104	341.679	66.258
Bilanzsumme Aktiva	8.384.043	8.559.394	8.043.433
Eigenkapital	522.987	719.657	721.773
I. Gezeichnetes Kapital	26.000	26.000	26.000
II. Kapitalrücklage	496.987	496.987	496.987
III. Gewinnvortrag	760	328.374	196.670
IV. Bilanzgewinn/Jahresfehlbetrag	327.614	-131.704	2.116
Sonderposten	7.184.793	7.309.877	7.028.011
Rückstellungen	20.765	18.255	21.035
Verbindlichkeiten	327.124	351.604	272.614
Bilanzsumme Passiva	8.384.043	8.559.394	8.043.433
Gewinn- und Verlustrechnung:	2017	2018	2019
Umsatzerlöse	317.788	355.826	367.810
sonst. betriebl. Erträge	979.972	566.941	691.502
Finanzierungsanteile Gesellschafter	160.000	193.333	
Materialaufwand	66.406	113.509	120.485
Personalaufwand	301.138	308.738	284.172
sonst. betriebl. Aufwendungen	229.768	247.546	254.792
Jahresfehlbetrag n. Steuern	327.614	131.704	2.116



Eckdaten und Leistungskennziffern

Im Geschäftsjahr 2019 waren bei der Gesellschaft durchschnittlich 22 Mitarbeiter/innen beschäftigt.

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2017 in %	2018 in %	2019 in %
Anlagenintensität	75,0	95	99
Eigenkapitalquote	70,0	94	96

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen hat im Jahr 2019 einen Betriebskostenzuschuss für die Energeticon gGmbH in Höhe von 50.000,00 € geleistet.

Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen liegen nicht vor.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Grundlagen des Unternehmens

Die ENERGETICON gGmbH wurde im Herbst 2010 gegründet. Das Geschäftsmodell sieht drei Betriebsbereiche vor: Bildung, Kultur/Freizeit und Vermietung. Das ENERGETICON ist primär ein Ort für Bildung. Es geht um die Förderung von Wissen über energiegeschichtliche und -technische Zukunftsentwicklungen, insbesondere an die jüngeren Generationen (außerschulischer Lernort), aber auch an die interessierte allgemeine Öffentlichkeit (Freizeitbesucher). Es geht in diesem Kernbetriebsbereich um die niederschwellige Kommunikation der Energiewende im globalen Zusammenhang, ihrer Notwendigkeit und ihrer technischen Wege. Dieser Gesellschaftszweck wird im Wesentlichen verwirklicht durch den Betrieb der Dauerausstellung „Von der Sonne zur Sonne“ mit zugehörigen pädagogischen und fachlichen Begleitveranstaltungen. Das ENERGETICON ist zugleich Ort von Kultur und Freizeitgestaltung, durch unter anderem kulturelle Fremd- und Eigenveranstaltungen insbesondere im Fördermaschinenhaus. Das ENERGETICON betreibt ein Vermietungsgeschäft für Fachtagungen, private und öffentliche Unterhaltungs-/Freizeitangebote sowie für private Festveranstaltungen. Für diesen Betrieb unterhält und bespielt die Gesellschaft drei ehemalige Grubengebäude und deren Außenanlagen auf einer Teilfläche der ehemaligen Grube Anna II. Die Gebäude wurden saniert und zu einem Energie-Erlebnis-Museum mit didaktisch und gestalterisch innovativem Charakter umgestaltet.

1.2 Geschäftsverlauf (einschl. Geschäftsergebnis) und Rahmenbedingungen

Für 2019 hat sich die Stellung des ENERGETICON im euregionalen Markt der Info-/Edutainment Einrichtungen und als Kultur- bzw. Eventlocation-Anbieter grundsätzlich nicht verändert. In 2019

musste jedoch eine Trendumkehr bei den Besucherzahlen erreicht werden, da die Besucherzahlen von 38.610 in 2017 auf 27.752 in 2018 eingebrochen waren. Laut der Besuchererfassung (Statistische Auswertung) konnte die Besucherzahl in 2019 auf insgesamt 41.046 erhöht werden, was den höchsten Wert seit Öffnung des ENERGETICON darstellt. Insgesamt hat sich ein Mix aus Werbemaßnahmen über Social Media Kanäle (z.B. Social Deal etc.) und neuen Formaten wie der Auftritt auf der Euregio Wirtschaftsschau 2019 in Aachen sowie Aktionen im ENERGETICON wie z.B. das DocFest on Tour, ein Dokumentarfilmfestival und das Sommerfest (Geburtstagsfest) der StädteRegion Aachen zum 10 jährigen Bestehen bewährt. Das Wirtschaftsjahr 2019 war das fünfte Vollbetriebsjahr des ENERGETICON. Das Geschäftsfeld Museumspädagogik als Kernaufgabe des ENERGETICON stand 2019 wiederum im Mittelpunkt der betrieblichen Tätigkeiten: Ausformulierung und Anwendung pädagogischer Angebotsmodule (Führungsformate, Besucherrallys, neue pädagogische Workshops, Projektwochen, Exkursionen in die Umgebung Energielandschaft AnnA, Haldenexkursion etc.) sind hier zu nennen. Die Anzahl der Schulkooperationen konnte auf 39 erhöht werden. Das ENERGETICON intensivierte parallel dazu die Vermarktung für fachbezogenen und kulturellen Betrieb im Fördermaschinenhaus und den Panoramaräumen. Hierbei handelte es sich neben Privatvermietungen insbesondere um öffentliche Unterhaltungsformate (Meyer Konzerte) und Tagungen (Hochschulen und Firmen). Im Bereich Marketing intensivierte die Gesellschaft regionale und euregionale Werbemaßnahmen um den Bekanntheitsgrad der Einrichtung zu erhöhen. Hierbei wurden alle medialen Wege genutzt (Print, Facebook, Homepage etc.). Markenbildung und Markteinführung des ENERGETICON waren auch in 2019 weiterhin ein wichtiger Aufgabenbereich. Seit September 2019 nimmt die Gesellschaft am neuen Kombi-Ticket teil, wo 28 Museen für nur 25 Euro besucht werden können. Darunter sind 4 Museen aus Ostbelgien, 7 Museen aus der Provinz Limburg (NL) und 17 Museen aus der Region Aachen. Die Zusammenarbeit mit der gastronomischen Einrichtung in der Schmiede mit dem erfahrenen Gastropartner (BG Gastronomie GmbH) hat sich bewährt. Vermehrt kommen Tagungspauschalen bei Vermietungen zur Anwendung. Dies bedeutet, dass ein Angebot aus einer Hand mit festgelegten Pauschalpreisen pro Person angeboten wird, bei dem die Kosten für Location, Technik und Catering eingepreist sind. Im fünften Vollbetriebsjahr 2019 läuft der Tagesbetrieb routiniert und professionell. Insgesamt verzeichnet das ENERGETICON dadurch eine zufriedenstellende Besucherzufriedenheit. Dies belegen immer wieder persönliche Rückmeldungen von Besuchern an Kassen- und Führungspersonal sowie schriftliche Äußerungen auf entsprechenden Fragebogen am Counter.

1.3 Lage des Unternehmens

Der Geschäftsverlauf im 5. Vollbetriebsjahr macht deutlich, dass die verstärkten Anstrengungen zur Gewinnung von Besuchern einerseits durch Marketingmaßnahmen wie Social Deal, Kombitickets, Eventübernachtung über die Kooperation mit sleeperoo sowie Facebook und Instagram Wirkung zeigen können. Dies ist nach Auffassung der Geschäftsführung jedoch umso besser möglich, wenn auch gleichzeitig neue Angebote und Exponate eingeführt werden können. Hier sind zum einen die barrierefreie Zuwegung zwischen den Ausstellungsgebäuden zu nennen und auch die geförderte Einrichtung eines Güterwaggon-Kinos über den LVR. Im Güterwaggon-Kino, der mit Sitzgelegenheiten und einem großen Monitor ausgestattet wurde, werden historische Filme über die Kokerei sowie Zeche Anna gezeigt. Kombiniert man die neue Ausstellungsinfrastruktur mit einem

“Storytelling” über die Sozialen Medien, dann erreicht man eine große Anzahl an möglichen Besuchern. Beeinflussbare Kosten wie Löhne und Gehälter konnten stabil gehalten bzw. durch spätere Nachbesetzung leicht gesenkt werden. Die Preissteigerungen im Energiebereich sind schwer zu beeinflussen und müssen durch Projekte wie GrEEn (Reduzierung des Gasverbrauchs) sowie Gewinnung eigener regenerativer Energie kompensiert werden. Durch die neue Gesellschafterstruktur und die Erhöhung der Gesellschafterzuschüsse um 100 TEUR ab September 2018 auf 260 TEUR ist die Finanzierung der Gesellschaft gesichert. Zur Liquiditätsabsicherung während des Projektes GrEEn wurde darüber hinaus ein Euribor-Darlehen abgeschlossen, was den handlungsspielraum der Gesellschaft – gerade bei Verzögerungen bei der Fördermittelauszahlung – sichert. Die Abrechnung des GrEEn Förderprojektes mit dem Land NRW sowie der Innogy werden perspektivisch die Liquidität des Unternehmens erhöhen. Die Betriebskosteneinsparungen durch das GrEEn Projekt sind im ersten Betriebsjahr 2019 mit den gegebenen Rahmenbedingungen bzgl. der Energiekosten nicht eingetreten. Als das Projekt 2012 konzipiert wurde, waren die Energiepreise noch völlig anders. Mittlerweile ist der Strompreis stark angestiegen und der Gaspreis hat sich moderat erhöht, so dass nunmehr durch die Wärmepumpe rd. 70.000 Kw/h Strom pro Jahr benötigt werden. Eine Deckung des Wärmebedarfs mit einem COP Wert von 4,5 wird zu rd. 80% für die drei Gebäudeteile erreicht. Nach 12 Monaten Betrieb von November 2018 – Oktober 2019 sind saldiert Mehrkosten für Strom i.H.v. 15.514,29 € aufgelaufen. Die Geschäftsführung hat mit dem ausführenden Projektbüro IHS eruiert, wie diesen hohen Kosten gegengesteuert werden kann. Zum einen ist die Wärmepumpe so einzustellen, dass diese nicht unter Volllast fährt, sondern nur eine vertretbare Grundlast beisteuert und andererseits ist durch entsprechende Investitionen Strom durch PV-Anlagen selbst zu erzeugen, um so eine größere Unabhängigkeit von der Strompreisentwicklung zu erlangen. Ein Förderantrag im Förderprogramm “Unternehmen Revier” zur Errichtung von PV-Demonstratoranlagen, die regenerativen Strom produzieren können, wurde Ende Oktober 2019 über das Rheinische Revier bei der Bezirksregierung Köln eingereicht und bei Bewilligung könnten entsprechende Maßnahmen in 2020 angegangen werden.

1.3.1 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (übergreifend)

Insgesamt entwickelte sich das Jahresergebnis, sowie die Vermögens- und Finanzlage planmäßig. Der Jahresüberschuss in Höhe von 2 TEUR fällt mit ca. 4 TEUR besser aus als im Wirtschaftsplan prognostiziert. Die im Vorjahr ergriffen Maßnahmen, insbesondere in Verbindung mit der Veränderung der Gesellschafterstruktur und damit einhergehend die Veränderung im Bereich der gewährten Betriebskostenzuschüsse zeigen somit Wirkung. Im Wesentlichen entwickelte sich die Ertragslage damit planmäßig.

1.3.2 Vermögenslage

Das Vermögen der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um 516 TEUR auf insgesamt 8.043 TEUR verringert. Die Abnahme des Vermögens resultiert im Wesentlichen aus der Abnahme liquiden Mittel um 275 TEUR auf 66 TEUR, sowie des Sachanlagevermögens um 151 TEUR auf 7.048 TEUR. Korrespondierend hierzu war eine Abnahme des Sonderpostens für Zuschüsse und Zulagen um 282 TEUR auf 7.028 TEUR, sowie des passiven Rechnungsabgrenzungspostens i.H.v. 160 TEUR (im Vj. Gesellschafterzuschüsse) zu verzeichnen.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: $\text{Anlagevermögen} \times 100 / \text{Gesamtvermögen}$

	Geschäftsjahr (TEUR)	Vorjahr (TEUR)
Anlagevermögen	7.957	8.171
Gesamtvermögen	8.043	8.559
Anlagenintensität in %	99	95

Eigenkapitalanteil

Formel: $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Gesamtkapital (inkl. Sonderposten für Zuschüsse)}$

	Geschäftsjahr (TEUR)	Vorjahr (TEUR)
Anlagevermögen	7.750	8.030
Gesamtvermögen	8.043	8.559
Anlagenintensität in %	96	94

Verschuldungsgrad

Formel: $\text{Fremdkapital} \times 100 / \text{Eigenkapital (ohne Sonderposten)}$

	Geschäftsjahr (TEUR)	Vorjahr (TEUR)
Anlagevermögen	294	530
Gesamtvermögen	7.750	8.030
Anlagenintensität in %	3,8	6,6

Das bilanzanalytische Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

Gezeichnetes Kapital

+ Kapitalrücklage

+ Bilanzgewinn

+ Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen (100%)



1.3.3 Finanzlage

Die nachfolgende Finanzflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

	31.12.2019
	<u>TE</u>
Jahresüberschuss	2
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	396
Zunahme der Rückstellungen	3
Abnahme Sonderposten	-283
Abnahme der Vorräte	1
Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	26
Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	1
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-5
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	<u>-185</u>
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>-44</u>
 Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	 <u>-182</u>
Investitionstätigkeit	<u>-182</u>
 Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	 <u>-50</u>
Finanzierungstätigkeit	<u>-50</u>
 Liquide Mittel am Anfang der Periode	 342
Zahlungswirksame Veränderungen	<u>-276</u>
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>66</u>

1.3.4 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2019 sanken die Erlöse aus dem Bereich Vermietung/Veranstaltungen um 30 TEUR von 182 TEUR auf 152 TEUR. Korrespondierend hierzu sanken jedoch die Eingangsleistungen um 49 TEUR von 74 TEUR auf 25 TEUR, so dass der Rohertrag sich in diesem Bereich verbessert zeigt. Demgegenüber sind die Erlöse aus dem Ausstellungsbetrieb und dem Ausstellungsshop mit 148 TEUR gegenüber 117 TEUR im Vorjahr um 31 TEUR gestiegen, was mit der hohen Besucherzahl von 41.046 (davon 19.528 nur Ausstellung) in 2019 korrespondiert. Im Geschäftsjahr konnten Spenden i.H.v 40 TEUR vereinnahmt werden, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 27 TEUR entspricht. Die Löhne und Gehälter 2019 betrugen 227 TEUR gegenüber 249 TEUR im Vergleichszeitraum 2018. Die absolute Veränderung beträgt damit -22 TEUR. Dies ergibt eine Minderungsrate von -8,8 %. An sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung fielen 57 TEUR im Berichtsjahr 2019 an. In 2018 belief sich der entsprechende Wert auf 60 TEUR. Der Betrag der absoluten Veränderung beläuft sich auf -3 TEUR. Dies entspricht einer Minderungsrate von rd. -4,6 %.

1.4 Bericht zur voraussichtlichen Entwicklung (Prognosebericht) mit ihren wesentlichen Risiken und Chancen (Chancen- und Risikobericht)

Neue Exponate im Außenbereich, besonders im Bereich Regenerative Energien wie z.B. Visualisierung GrEEen – Grubenwasserthermieprojekt, Aufstellung der Windkraftanlage der ersten Generation (Krogmann) sowie Maßnahmen in der neu strukturierten Naturzone mit Energiepflanzen und speziellen Hochbeeten für die beiden Bienenvölker in Verbindung mit PR-Aktionen und medialen Stories sollen auch in 2020 weiterhin für einen Anstieg der Besucherzahlen sorgen. Aktionen wie sleeperoo (Eventübernachtung), die zusätzlich für ein gutes regionales mediales Echo gesorgt haben und die Einweihung einer Sonderausstellung zur Bergmusik im Fördermaschinenhaus sind geeignete Formate dazu. Die strategische Zielrichtung setzt weiterhin verstärkt auf Akquise von Schulen, bei der auch eine Konzentration auf verkehrsgünstige Anbindungen (Euregiobahnhaltestellen) zum ENERGETICON geachtet wird. Neben den Gesprächen mit Übernachtungseinrichtungen für Jugendliche, mit dem Ziel in Aufnahme in deren Ausflugsprogramme für Schulklassen, wurde über eine Teilnahme an einer Bustouristik Messe Ende 2019 und die Kontaktaufnahme zu Busreiseveranstaltern dieser Bereich stärker in den Fokus genommen. In Kooperation mit der Initiative „Bock auf Alsdorf“ wird die gemeinsame Werbeaktion über Bildschirmwerbung in Buslinien fortgeführt. Über die Teilnahme an der regionalen Initiative des Zweckverbandes der Region Aachen „Auf ins Museum“ (Kombiticket für Museen) erfolgt eine zusätzliche Bewerbung in den sozialen Medien, um ebenfalls mehr Aufmerksamkeit zu erzeugen und den Bekanntheitsgrad des ENERGETICON zu steigern. Ziel ist es die Besucherzahlen 2020 mindestens auf dem Vorjahresniveau zu halten und auch zu erhöhen. Es sollen Mehrfachbesuche generieren bzw. neue Zielgruppen erschlossen werden. Hierzu wurde mit dem Ankermieter im Fördermaschinenhaus eine Kooperation eingegangen, so dass nunmehr die Werbung auf „das ENERGETICON präsentiert gute Unterhaltung im Fördermaschinenhaus [by Meyer Konzert]“ geändert wurde und die Besucher der Konzerte über ihr Ticket eine Reduzierung für einen Eintritt in das Energie-Erlebnis-Museum erhalten. Zusätzlich werden im Laufe des Geschäftsjahres immer wieder neue Zusatzangebote wie innovative pädagogische Bespielung der Infrastruktur, fachbezogene aber auch künstlerische Wechselausstellungen neben den Dauerangeboten, Nachverdichtung der Ausstellung, Ausweitung der technischen Orientierung des ENERGETICON auf biologische Aspekte der Energiewende wie Insektensterben, Biologie der Halden, Fauna und Flora der Ruderalflächen, Historie der bergbauinduzierten Stadt-/Regionalentwicklung etc. entwickelt und auch als buchbare Pauschalen (z.B. für Bustouristiker und Jugendunterkünfte) weiterverarbeitet. Permanente Medienpräsenz durch verschiedenste Aktionen (Vortragsreihe zu Energiewende, Weihnachts- und Osteraktionen, Verknüpfung mit touristischen Angeboten wie Eventübernachtungen sowie Sonderausstellungen etc.) sind weiterhin essentiell. Die zu erwartende Zunahme geführter Gruppenbuchungen wird auch für die Gesamtführung, die Young Energy-Führung und die Exkursionen sukzessive neues Honorarpersonal erforderlich machen, was in 2019 bereits angegangen wurde. Über eine Konzeption eines Audio Guide in 2020 soll einerseits das Wissen der Steiger bewahrt und andererseits ein besseres Verständnis für eine Energiewende erreicht werden. Einher damit geht der Ausbau eines WLAN Angebots über Glasfaser auf dem ganzen Gelände und der Untertagestrecken des ENERGETICON, was vertraglich mit einem regionalen Telefon- und

Infrastrukturanbieter vereinbart wurde. Die technische Infrastruktur ermöglicht es zukünftig auch innovative digitale Ausstellungsangebote zu konzipieren. Seit Aschermittwoch 2020 hat jedoch die aufkommende Corona-Pandemie zunächst zu einer Stornowelle bei Schulen, Privat- und Firmenveranstaltungen geführt. Mit Erlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 15. und 17. März 2020 zu weiteren kontaktreduzierenden Maßnahmen wurden ab dem 16. bzw. 18. März 2020 zur Begrenzung der Ausbreitung des Corona-Virus alle Museen geschlossen und Veranstaltungen abgesagt. Durch diese Maßnahmen fallen der Gesellschaft für eine unbestimmte Zeit Einnahmen aus Veranstaltungen und Ausstellungsbetrieb weg. Damit sind der Gesellschaft alle Ertragsbereiche von einem auf den anderen Tag weggebrochen. Seit dem 23.03.2020 ist zudem auch noch der Restaurantbetrieb Eduard geschlossen. Die wirtschaftlichen Folgen für die ENERGETICON gGmbH sind noch nicht abschließend einschätzbar. Als gegensteuernde Maßnahmen wurde die Energieversorgung (Wärme und Strom) in der Ausstellung und den Gebäuden auf ein Minimum zurückgefahren, die Kassenkräfte und Besucherbegleiter (u.a. Steiger und Besucherbegleiter) sowie Reinigungskräfte werden nicht mehr für Honorar oder geringfügige Arbeit eingesetzt. Daneben muss sich die Gesellschaft mit den verbleibenden Mitarbeitern/innen soweit das möglich ist, auf Home Office zur Vermeidung einer Ansteckung mit dem Virus einstellen. Auch das Instrument Kurzarbeitergeld wird zurzeit geprüft. Nach internen Hochrechnungen eines auf Corona angepassten Wirtschaftsplans 2020 können die Umsatz- und Erlösrückgänge durch rigorose Einsparungen bei den Raumkosten sowie den Personalkosten aufgefangen werden. Es ist von einer Entspannung in der 2. Jahreshälfte auszugehen. Mit den Gesellschaftern ist die Geschäftsführung in engem Austausch.

1.4.1 Prognosebericht

Die große Investivmaßnahme Grubenwasserthermie (GrEEn) im Ausstellungsbereich als technische Bau- und als Visualisierungs-Maßnahme im Außenausstellungsbereich wurde noch einmal bis Mitte 2020 verlängert und kann bis dahin trotz Corona-Krise auch abgeschlossen werden. Weitere Fördermittel für die Gestaltung der Außenanlagen, insbesondere auch die erkennbare Darstellung der ENERGETICON-Angebote für den regenerativen Bereich sind am Standort im Laufe des kommenden Jahres weiterer zu intensivieren. Für die Verbesserung der Eingangssituation vor dem Schmiedegebäude durch Optimierung der Infrastruktur für die Zielgruppe Fahrradtouristen (zeitgerechte Fahrradständer, Befestigung der Fläche, bessere Ladestation für E-Bikes, Sitzgelegenheiten) sind Fördermittel über die StädteRegion Aachen aus dem Programm zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur („RWP Nord Projekt ‚Aachener Revier‘“) bewilligt worden und werden

bis Ende 2020 umgesetzt. Für zukünftige Investitionen müssen Fördermittelquellen erschlossen werden, da die Gesellschaft aus eigener Kraft kaum in der Lage sein wird größere Investitionen zu tätigen. Die Eigenleistungen können durch Einnahmen von Sponsorenmitteln, Spenden und Projektbeiträgen des Pro ENERGETICON Fördervereins finanziert werden. 2020 werden die in 2019 begonnenen konkreten Maßnahmen zur Installation regenerativer Großexponate (insbesondere Solarthermie, CSP-Technik, Windkraft) in den Außenanlagen fortgeführt, die inhaltliche Ausschilderung neuer Exponate ergänzt und die Besucherlenkung in der Außenausstellung optimiert. In 2019 wurde die durch die Städteregion Aachen geförderte Maßnahme der barrierefreien

Zuwegung zwischen den einzelnen Gebäudeteilen auf dem Gelände des ENERGETICON umgesetzt. Das Grubenwassergeothermieprojekt GrEEN wurde baulich / investiv 2018 fertiggestellt. Im Rahmen des Förderprojektes wurde eine Einbeziehung dieses Modellprojekts in den regenerativen Ausstellungsbereich auf dem Außengelände verwirklicht. Über erlebnisorientierte Exponate wird so die Geschichte der Energiewende im ENERGETICON anschaulich weitererzählt. Auch wurde im Rahmen des Modellprojektes GrEEN ein weiteres Förderprojekt akquiriert. Die Stiftung Forum Bergbau und Wasser, Essen, fördert mit Bewilligung vom Februar 2019 einen Projektantrag im Rahmen des Forschungsschwerpunktes „Inwertsetzung der energetischen Nutzungspotenziale von Grubenwasser“ unter dem Projekttitel „Untersuchung zur Quantifizierung der thermischen und hydrodynamischen Vorgänge bei der Nutzung des Erdwärmepotenzials von gefluteten Bergbauschächten am Beispiel des Eduard-Schacht, Alsdorf. Mit Schreiben vom 11.09.2019 ist die ENERGETICON gGmbH nach erfolgreicher Qualifizierung einer Projektskizze in der ersten Runde von Seiten der Bezirksregierung Köln aufgefordert worden, einen Projektantrag im Rahmen des Projektauftrags 2020 für das Bundesmodellvorhaben "Unternehmen Revier" bis spätestens zum 28.10.2019 einzureichen. Der eingereichte Projektantrag hat zum Ziel, regenerative Energiequellen als PV-Demonstrator-Anlagen mittels intelligenter Energiesteuerung in die Energie-Erlebnis-Ausstellung des ENERGETICON einzubinden. Damit soll eine energieautarke Versorgung mit regenerativen Energiequellen in einem Industrie-Relikt dargestellt und pädagogisch vermittelt werden. Eine Entscheidung zur Projektförderung soll im Frühjahr 2020 erfolgen. Des Weiteren bereitet das ENERGETICON gemeinsam mit weiteren Partnern einen Förderantrag im Rahmen der Strukturförderung der Kohlekommission vor. In 2020 sollen Planungen zur weiteren eigenen Energieerzeugung durch PV, Windkraft und anderen Energieerzeugungstechnologien zu einem Förderantrag weiter entwickelt werden, um einerseits die Energiewende zu leben und nicht nur zu erzählen, aber auch einen Deckungsbeitrag zum hohen Energieverbrauch im ENERGETICON selbst zu erwirtschaften. Es ist perspektivisch mit einer Einsparung zu rechnen, wenn alleine die PV-Anlage um rd. 80 kWp erweitert wird und die vorhandenen PV Anlagen sukzessive in den Besitz des ENERGETICON übergehen. Es ist im Zuge der zunehmend komplexeren öffentlichen Diskussion um die Zukunft der Energiewende (Hambacher Forst, Fridays for Future etc.) von einem wachsenden Interesse der Bevölkerung nach Grundlageninformationen zu diesem Themenkomplex auszugehen. Bei entsprechender didaktischer Aufbereitung und Zielgruppen scharfer Werbung können entsprechende Nachfragepotenziale für die Angebote des ENERGETICON erschlossen werden. In 2020 wird daher auch das Dokumentarfilmfest "Dock Fest on Tour" zusammen mit Fridays for Future Akteuren geplant. Die Ausgangsbasis für den musealen Bereich, ausgehend von der Authentizität des Zechengeländes Anna II die Geschichte der Energiewende von den fossilen Energieträgern zu den Regenerativen zu erzählen, findet aufgrund der Schließung der letzten Steinkohlenzeche in Deutschland im Dezember 2018 immer noch ein mediales Echo, welches sich durch eine Steigerung der sog. Steigerführungen ablesen lässt und durch zusätzliche Führungsformate wie Frühschicht und Nachtschicht weiter ausgebaut werden soll.

1.4.1.1 Ausstellung

Eine noch intensivere Partnerschaft mit Schulen als dauerhaften staatlichen Einrichtungen im Regelbetrieb der ENERGETICON-Ausstellung (außerschulischer Lernort) ist auch 2020 ein Hauptziel.

Darüber hinaus soll eine Zielgruppen orientierte Werbung Richtung Freizeitbesucher/Tagestouristen (insbesondere Senioren/Familien sowie Radfahrer) in Kooperation mit der Tourismusstabsstelle der StädteRegion Aachen und dem Verein Grünmetropole e.V. zukünftig zu weiter steigenden Besucherzahlen führen, da die Werbemaßnahmen der StädteRegion Aachen und der Grünmetropole e.V. im Bereich Fahrradtourismus über eine Erarbeitung von thematischen Radrouten zum Thema Energie Gäste zum ENERGETICON führen sollen. Hierzu ist vom Verein Grünmetropole, der seine Geschäftsstelle im ENERGETICON hat, geplant, eine Tourist Info im Foyer des ENERGETICON in 2020 zu eröffnen. Die Eintrittserlöse 2019 stellen mit rd. 137 TEUR ein wichtiges Standbein dar. 2018 lagen die Erlöse in diesem Segment aufgrund des Einbruchs bei den Besucherzahlen bei 108 TEUR. Durch regionales und überregionales Vermarkten auf Sozial-Plattformen wie Oecher Deal oder Social Deal, Verknüpfung mit touristischen Angeboten und durch eine Steigerung von Schulbesuchen sollen wachsende Besucherzahlen erreicht werden, um wieder die Zielmarke von 150 T€ zu erreichen. Natürlich macht die nun eingetretene Coronavirus Pandemie den bisherigen Planungen einen Strich durch die Rechnung. Bis Ende des Schuljahres 2019/2020 sind durch einen Erlass des Kultusministeriums NRW keine Exkursionen oder Besuche von außerschulischen Lernorten erlaubt. Die Bespielung der Ausstellung mit immer wieder aktualisierten pädagogischen Angeboten erhöht deren Attraktivität für Besucher. Eine Aufwertung des Außengeländes um weitere Exponate – gerade aus dem Bereich der regenerativen Energien – wurde in Angriff genommen. So wird die Visualisierung des GrEEn Projektes bis Mitte 2020 zu einer neuen Attraktion im Außenbereich des ENERGETICON werden. Ende Februar 2020 wurde das Bergmusik-Projekt im Rahmen des „Förderprogramms Heimat-Scheck NRW“ in einen Bereich des historischen Fördermaschinenhauses auf dem Gelände des Energie-Erlebnis Museums ENERGETICON eingeweiht. Da das Fördermaschinenhaus auch in jetziger Zeit u.a. als Spielort für Kammerkonzerte und andere musikalische Veranstaltungen genutzt wird, stellt die Ausstellung über die Bergmusik des Aachener Steinkohlenreviers eine passende Ergänzung dar. Über eine installierte Audiosteile können 17 Musikstücke des ehern. Bergorchesters abgespielt werden. Für die neuen Exkursionsangebote (Annapark/Fördergerüst Hauptschacht und Haldenlandschaftspark AnnA sowie Haldenexkursion Halde Noppenberg), außerhalb des direkten ENERGETICON-Geländes, sind biologische und stadtgeschichtliche Zusatzworkshops für die Bildungszugabe der StädteRegion Aachen entwickelt worden und können in 2020 umgesetzt werden. Sie erweitern die Angebotsbreite auf biologische und historische Aspekte und werden in den Folgejahren noch intensiver zu vermarkten sein. Die Infrastruktur für Museumspädagogik wird in 2020 weiter optimiert. Die Fläche hierfür im so genannten Dreiecksraum, die neue Möblierung des Pädagogikbereichs und die verbesserte Ausstattung mit Lehrmitteln unterstreichen die Qualität der Workshopangebote für Schulen oder Kindergeburtstage.

1.4.1.2 Tagungen

Durch noch initiativeres Marketing, insbesondere in Komplettpaketen von Vermietung, Gastro- und Führungsangeboten, soll das ENERGETICON als Tagungsstätte mit besonderen Rahmenprogrammoptionen für Nachfrager von Hochschulen, Betrieben oder Privatpersonen bekannter und attraktiver gemacht werden. Eine verstärkte Kooperation mit der StädteRegion Aachen wird fortgeführt, um zu einer höheren Auslastung des Vermietungs- und Besuchergeschäfts führen. Eine

gezielte Ansprache des Gesellschafters mit dem Hinweis die eigene Gesellschaft stärker für thematischen Veranstaltungen im Bereich Bildung, Umwelt und Tourismus zu nutzen, ist aufgrund der guten Netzwerkverbindungen zur Städteregion in 2019 angelaufen. Das ENERGETICON soll stärker als Präsentationsort wahrgenommen werden. Dies ist auch eine gute Gelegenheit für die StädteRegion Aachen im Nordraum präseanter zu sein.

1.4.1.3 Ausstellungen mit KMU

Ebenfalls die Vermarktung des ENERGETICON als Ausstellungsort für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), insbesondere der Energietechnologie, soll weiter ausgebaut werden. Im so genannten Dreiecksraum des Kauengebäudes finden seit Eröffnung im Rahmen einer dauerhaften Wechselausstellung Präsentationen von Unternehmen und Institutionen mit Bezug zur Energiewende statt. Hier ist eine konzeptionelle Optimierung in 2020 anzugehen, um die Räumlichkeiten für Dritte zu attraktivieren. Seit 2018 wurde auch eine Teilfläche im Raum „1 X 1 der Energie“ als Sonderausstellungsfläche für Wechselausstellungen eingerichtet, die zu Wechselausstellungen mit thematischem Bezug genutzt werden können. Mit der RWTH Aachen wurde diesbezüglich Kontakt aufgenommen, um eine temporäre Ausstellung dort zu realisieren. Über Kontakte des Kuratoriums soll die Nutzung dieser Teilfläche durch die Hochschulen weiter ausgebaut werden. Inhaltliche Bezüge gibt es zum Thema Nachhaltigkeit und Regenerative Energien. Die Vermarktung des Fördermaschinenhauses als Location für KMU-Veranstaltungen wird auch 2020 im Geschäftsfeld „Tagen und Feiern“ unter dem Slogan „Raum für Ideen“ gezielt beworben. Über derartige Maßnahmen soll die Ertragslage im Vermietungsgeschäft stabilisiert und ausgebaut werden.

1.4.1.4 Kunst und Kultur

Als Ort für kulturelle Fremd- und Eigenveranstaltungen im Bereich Theater, Kunstausstellungen, klassische Musik, Jazzmusik oder Cross-Over-Happenings bietet das ENERGETICON beste infrastrukturelle Voraussetzungen. In der Zukunft sind auch Open Air-Veranstaltungen auf dem großen Parkplatz des Fördermaschinenhauses geplant. Die technische Infrastruktur hierfür ist vorhanden. Eine Beantragung über die sog. Sonderbauverordnung für eine generelle Genehmigung steht für 2020 an. Durch die Installation eines Hängungssystems im Industrielook im so genannten Wellenraum des Kauengebäudes, gibt es künftig die Möglichkeit für größere Kunstausstellungen. Über derartige Ausstellungen können zusätzliche Besucherzielgruppen erschlossen werden. Darüber hinaus bieten Wechselausstellungen die Möglichkeit eine stärkere mediale Präsenz zu erreichen.

1.4.1.5 Privatvermietungen

Das Fördermaschinenhaus und die Panoramaräume sollen durch ein aktives Marketing für Tagungen und Privatveranstaltungen / -feierlichkeiten im Geschäftsbereich „Tagen und Feiern“ sowie „Raum für Ideen“ in den kommenden Jahren höhere Einnahmen generieren.

1.4.2 Risikobericht

Das ENERGETICON verfügt über sehr gute infrastrukturelle Voraussetzungen, die sich zu einem regionalen Kristallisationsort und einem regionalen Forum für das Thema Energiewende etablieren.

Die hohe Dynamik der Energiediskussion birgt jedoch auch die Gefahr, mit veralteten Aussagen an die Öffentlichkeit zu treten. Die Zweckbindungsdauer der Fördermittel für die Dauerausstellung ist bis Ende 2019 einzuhalten. Für Neuanschaffungen von Exponaten reichen die Eigenmittel der Gesellschaft nicht. Es müssen daher für neue Konzepte und Exponate Förderanträge eingereicht werden. Die Umsetzung neuer Konzepte und Projekte ist nicht planbar, da kein Anspruch auf Förderung besteht. Die Altersstruktur im Bereich der Steigerführungen macht die kontinuierliche Erneuerung der Gruppe der Honorarkräfte dort erforderlich. Grundsätzlich besteht das Risiko, dass durch sehr warme Sommermonate der Museumsbereich im ENERGETICON in dieser Zeit weniger genutzt wird, weil die Menschen lieber Freizeitaktivitäten „Outdoor“ erleben möchten. Durch Attraktivierungsmaßnahmen im Außenbereich wie z.B. Energiespiel-Exponate und weiteren Exponaten aus dem Regenerativen Bereich, die auch zum Verweilen auf dem Gelände einladen, sollen realisiert werden. Zur Minimierung von finanziellen Risiken sind – soweit im Einzelfall erforderlich – zudem mehrere externe Kontrollinstanzen in den Betrieb und seine finanzielle Ausgestaltung integriert:

Das städtische Rechnungsprüfungsamt, das städtische Rechtsamt und die städtische Bauverwaltung, die Vorortkontrollen der Bezirksregierung, gegebenenfalls des Rechnungsprüfungsamtes der Bezirksregierung, die vierteljährliche „Watchlist“ für den LVR, und die Vorortkontrollen der LVR-Rechnungsprüfer begleiten den Betrieb der Einrichtung. Das Niveau der Umsätze muss weiterhin durch Schulkooperationen sowie den konsequenten Ausbau des Vermietungs- und Veranstaltungsgeschäftes und durch Kostenkontrolle der Energiekosten erreicht werden. Den positiven Entwicklungen der Einnahmeseite des ENERGETICON stehen erhöhte Aufwendungen gegenüber. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die derzeitige Finanzsituation, insbesondere bezüglich des Eigenkapitalverzehrs und der Liquidität, unter Berücksichtigung der erhöhten Betriebskostenzuschüsse von LVR, Stadt Alsdorf und StädteRegion Aachen, durch konsequentes Verbessern der Angebote des Energie-Erlebnis-Museums und damit einhergehender Erhöhung der eigenwirtschaftlichen Erlöse sowie durch Umsetzung der dargestellten weiteren Sparmaßnahmen im Bereich der Betriebskosten dauerhaft bewältigt werden kann. Seit dem 26.02.2020 hat die eingetretene Corona-Pandemie zunächst zu einer Stornowelle bei Schulen, Privat- und Firmenveranstaltungen und seit dem 14.03.2020 zu einer vollständigen Schließung des ENERGETICON einschließlich der Eventlocation Fördermaschinenhaus geführt. Damit sind der Gesellschaft alle Ertragsbereiche von einem auf den anderen Tag weggebrochen. Seit dem 23.03.2020 ist zudem auch noch der Restaurantbetrieb Eduard geschlossen. Die wirtschaftlichen Folgen für die ENERGETICON gGmbH sind noch nicht abschließend einschätzbar. Die Liquidität der Gesellschaft ist durch einen Euribor Kredit sowie zu erwartende Mittelzuflüsse aus Förderprojektanträgen gesichert. Als gegensteuernde Maßnahmen wurde die Energieversorgung (Wärme und Strom) in der Ausstellung und den Gebäuden auf ein Minimum zurückgefahren, die Kassenkräfte und Besucherbegleiter (u.a. Steiger und Besucherbegleiter) sowie Reinigungskräfte werden nicht mehr für Honorar oder geringfügige Arbeit eingesetzt. Daneben muss sich die Gesellschaft mit den verbleibenden Mitarbeitern/innen soweit das möglich ist, auf Home Office zur Vermeidung einer Ansteckung mit dem Virus einstellen. Auch das Instrument Kurzarbeitergeld wird zurzeit geprüft. Die Geschäftsführung wird darüber hinaus prüfen, inwieweit die Gremiensitzungen bis Mitte des Jahres verschoben werden bzw. über Online-Dienste in

Kombination mit Umlaufbeschlüssen stattfinden können, um über die wirtschaftlichen Entwicklungen zu berichten und um Entscheidungen treffen zu können.

1.4.3 Chancenbericht

Mit seinem Kernthema Energie in all seinen Facetten (Stromwende, Mobilitätswende, Ernährung, energiesparendes Bauen, Klimaanpassung etc.) greift das ENERGETICON ein zentrales Thema des öffentlichen Diskurses auf. Die Themenkreise Energiewende / Energieversorgung / Energiekosten waren auch 2019 zentrale Diskussionsgegenstände, nicht nur in Deutschland. Es ist davon auszugehen, dass „die Energiefrage“, die Energiewende mit ihren Problemen (insbesondere Speicherung und Netze, sozialverträglicher Braunkohleausstieg), noch über Jahre und Jahrzehnte ein zentrales Thema der gesellschaftlichen Debatte bleiben wird. Die hohe Dynamik der Diskussion auch durch neue gesellschaftliche Initiativen wie „Fridays for Future“ bietet für die unabhängige Infotainment-Einrichtung ENERGETICON Stoff für vielfältige, immer wieder aktuelle Anknüpfungspunkte mit eigenen und Fremdveranstaltungen oder für Sonderausstellungen. Außerschulische Lernorte werden immer mehr an Bedeutung im staatlichen Schulbetrieb bekommen. Darüber hinaus bietet das Ergebnis der Kohlekommission Chancen für das ENERGETICON über Förderprogramme das Thema Energiewende zu bespielen. Bund und Länder haben sich auf ein Sofortprogramm für die Braunkohlereviere mit einem Volumen von insgesamt 260 Millionen Euro geeinigt. 240 Millionen Euro an Projektmitteln stellt der Bund zur Verfügung. Auf das Rheinische Revier entfallen davon mit 90 Millionen Euro rund 37% der Bundesmittel. Nordrhein-Westfalen will darüber hinaus das Sofortprogramm ergänzen und die Kofinanzierung übernehmen. In einem Katalog für wegweisende Projekte, die nachhaltig zu einem gelungenen Strukturwandel beitragen können, sind auch Projekte im ENERGETICON aufgelistet. Darüber hinaus wurde mit dem Verein Grünmetropole e.V. ein Ausbildungsverbund im Bereich Kaufmann für Tourismus und Freizeit begründet, so dass der bei der Grünmetropole eingestellte Azubi auch Ausbildungsinhalte beim ENERGETICON absolviert. Des Weiteren zog die Geschäftsstelle des touristischen Vereins Grünmetropole e.V. in die Räumlichkeiten des ENERGETICON ein. In 2020 soll in das Foyer des ENERGETICON eine Tourist-Info integriert werden, die noch einmal mehr „Laufkundschaft“ anziehen wird. Im Rahmen der Kooperation mit der StädteRegion Aachen im Bereich Tourismusförderung, der ebenfalls am Standort Alsdorf untergebracht ist, wird verstärkt die Zielgruppe der Freizeitbesucher bearbeitet. Als ein temporäres Projekt für die Wintersaison wurde nunmehr zum 2. mal mit dem Start-up „Sleeperoo“ die Möglichkeit einer Eventübernachtung im Museumsbereich eingerichtet und entsprechende Werbemaßnahmen eingeleitet. Die Vernetzung des ENERGETICON wurde fortgeführt: Der Aufbau eines Netzwerks der Kooperationsschulen wurde 2019 fortgesetzt und um eine weitere Kooperation auf insgesamt 39 erhöht. Hierzu liegen schriftliche Kooperationsvereinbarungen vor. Die Zusammenarbeit mit dem Bildungsbüro der StädteRegion Aachen wurde konsequent fortgeführt (Energiespar-Detektive, Bildungszugabe, Kultur macht stark) und die Möglichkeit der Nutzung der Bildungszugabe (für Eintrittskosten, Workshops etc.) intensiviert. Des Weiteren wurde ein Förderantrag der StädteRegion Aachen aus dem Bildungsbüro beim Land NRW eingereicht, wobei das ENERGETICON das neue regionale Bildungs- und Nachhaltigkeitszentrum darstellen soll. Durch die Einrichtung des BNE-Regionalzentrums werden bestehende Angebote in der StädteRegion Aachen sichtbar, neue Möglichkeiten der Vernetzung und des Austauschs werden geschaffen, neue Projekte

und Angebote werden initiiert und die Qualität in der Projektarbeit wird etwa durch Qualifizierungen von Fachkräften gestärkt. Das BNE-Regionalzentrum wird die zentrale BNE-Koordinierungsstelle für BNE in der StädteRegion Aachen.

Insbesondere durch die Auflösung der Stiftung Bergbaumuseum Grube Anna im Jahr 2017 i.H.v. 456 T€ sowie die Neustrukturierung der Gesellschafter mit erhöhten jährlichen Betriebskostenzuschüssen, ist die wirtschaftliche Situation und die Liquidität der Gesellschaft gemäß mittelfristiger Finanzplanung bis 2021 sichergestellt. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die derzeitige Finanzsituation, insbesondere bezüglich des Eigenkapitalverzehr und der Liquidität, unter Berücksichtigung der erhöhten Betriebskostenzuschüsse von LVR, Stadt Alsdorf und StädteRegion Aachen, durch konsequentes Verbessern der Angebote des Energie-Erlebnis-Museums und damit einhergehender Erhöhung der eigenwirtschaftlichen Erlöse sowie durch Umsetzung der dargestellten weiteren Sparmaßnahmen im Bereich der Betriebskosten dauerhaft bewältigt werden kann. Dies gilt in gleicher Weise für Bemühungen zum Erhalt der Eigenkapitalquote. Der Kapitalzufluss aus der ehemaligen Stiftung Bergbaumuseum Grube Anna II Ende 2017 sowie die Erhöhung der Betriebskostenzuschüsse werden mittel-/langfristig einen wirtschaftlich tragfähigen Betrieb sicherstellen können. Die Geschäftsführung ist davon überzeugt und wird alles daran setzen, dass auch eine wirtschaftliche Delle durch die Corona-Pandemie zu keinen langfristigen negativen Auswirkungen führen wird. Die Zeit während der angeordneten Schließung des Museumsbetriebs wird genutzt, um Konzepte und Förderanträge zu erarbeiten, die perspektivisch die Zukunft des ENERGETICON absichern.

Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (ZRR)

Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft sind die Förderung und die Gestaltung der Strukturentwicklung im Rheinischen Revier. Die Gesellschaft entwickelt Leitbilder, Innovationsstrategien und Handlungskonzepte, um den Strukturwandel im durch die Braunkohle geprägten Rheinischen Revier zu unterstützen. Sie unterstützt der Strukturentwicklung dienende Projekte mit wirtschaftsfördernder, ökologischer sowie bildungspolitischer Ausrichtung oder führt sie in eigener Regie durch und betreibt die Akquise der dazu erforderlichen Finanzmittel.

Durch eine Änderung des Gesellschaftsvertrags im Jahr 2021 wurde der Name der Gesellschaft von „Innovationsregion Rheinisches Revier“ zu „Zukunftsagentur Rheinisches Revier“ geändert.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie werden von den Gesellschaftern bestellt und abberufen.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 19 Mitgliedern besteht. Die Sitzverteilung richtet sich nach § 12 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags. Den Vorsitz im Aufsichtsrat führt die Vertretung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen. Jede Einrichtung benennt das Mitglied im Aufsichtsrat, das den von ihr gehaltenen Sitz innehat, soweit der Gesellschaftsvertrag keine Regelung enthält. Jedes Aufsichtsratsmitglied kann sein Stimmrecht mit schriftlicher Vollmacht auf ein anderes Aufsichtsratsmitglied übertragen. Jedoch kann kein Aufsichtsratsmitglied mehr als fünf zusätzliche Stimmen auf sich vereinen. Der Aufsichtsrat kann beschließen, wissenschaftliche und landwirtschaftliche Sachverständige hinzuzuziehen.

Gesellschaftervertreter:

Die Vertreter der StädteRegion Aachen werden vom Städtereionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Ralph Sterck

Vertretung der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Dr. Tim Grüttemeier

Städtereionsrat

Vertretung der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Dr. Tim Grüttemeier	Städteregionsrat
Stellvertreter:	Markus Terodde	Dezernent der StädteRegion
	Alexander Lenders (Stimmführung)	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Lars Lübben (stv. Stimmführung)	Städteregionstagsmitglied
	Manfred Bausch	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52428 Jülich

gezeichnetes Kapital: 25.000,00 €

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Rhein-Kreis Erft	2.500	10,00
Rhein-Kreis Neuss	2.500	10,00
Kreis Heinsberg	2.000	8,00
Kreis Düren	2.000	8,00
Kreis Euskirchen	2.000	8,00
StädteRegion Aachen	2.000	8,00
Zweckverband Region Aachen	2.000	8,00
IHK Köln	1.750	7,00
Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie mbH	1.000	4,00
IHK Mittlerer Niederrhein	1.000	4,00
HWK Aachen	1.500	6,00
HWK Düsseldorf	1.500	6,00
HWK Köln	1.500	6,00
IHK Aachen	1.750	7,00
	25.000	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2018	2018	2019
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	2.497	1.486	10.130
I. Sachanlagen	2.497	1.486	10.130
B. Umlaufvermögen	1.094.292	600.682	9.339.125
I. Forderungen / sonst. VG	950.111	435.925	8.660.715
II. Kassenbestand, Guthaben	144.181	164.758	678.409
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.256	570	925
Bilanzsumme Aktiva	1.098.045	602.739	9.350.180
	2017	2018	2019
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Eigenkapital	64.974	68.667	87.915
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II. Gewinnvortrag	46.757	39.974	43.667
III. Jahresüberschuss	-6.783	3.693	19.249
B. Rückstellungen	37.429	27.837	118.169
C. Verbindlichkeiten	995.642	506.235	9.107.163
D. Rechnungsabgrenzung	0	0	30.000
Bilanzsumme Passiva	1.098.045	602.739	9.350.180
	2017	2018	2019
Gewinn- und Verlustrechnung:	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	73.844	70.000	90.000
Sonstige betriebl. Erträge	695.222	933.908	1.178.236
dav. Landes- u. Gesellschafterzuwen-			
dungen	572.870	841.658	936.629
Materialaufwand	252.422	341.842	156.714
Personalaufwand	380.792	479.396	424.844
Sonst. betriebl. Aufwendungen	141.290	176.269	568.237
Ergebnis nach Steuern	-6.783	3.693	19.595
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-6.783	3.693	19.249

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Durchschnittliche Arbeitnehmer	9	8	0

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2017	2018	2019
	in %	in %	in %
Eigenkapitalquote	5,92	11,4	0,9
Liquidität 2. Grades	108,6	112,5	101,2

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligten untereinander

Die StädteRegion Aachen hat im Haushaltsjahr 2019 einen Zuschuss in Höhe von 20.000 € an die IRR GmbH geleistet.

Angaben des Lageberichts zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Die IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH hat ihren Geschäftsbetrieb am 01.04.2014 aufgenommen und seitdem stetig fortentwickelt. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung von Leitbildern, Innovationsstrategien und Handlungskonzepten um den Strukturwandel im durch die Braunkohle geprägten Rheinischen Revier zu unterstützen. Die Gesellschafter haben ihre Stammeinlage in voller Höhe eingezahlt. Das Stammkapital beträgt zum 31.12.2019 25.000,00 €. Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Aufgabenerfüllung der IRR GmbH wird im Wege der Durchführung öffentlich geförderter Innovationsprojekte finanziert.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf, Lage der Gesellschaft und zukünftige Chancen und Risiken

Die IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH hat ihren Geschäftsbetrieb am 01.04.2014 aufgenommen und seitdem stetig fortentwickelt. Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Gestaltung der Strukturentwicklung im Rheinischen Revier, die Entwicklung von Leitbildern, Innovationsstrategien und Handlungskonzepten. Das Unternehmen unterstützt der Strukturentwicklung dienende Projekte mit wirtschaftsfördernder, ökologischer sowie bildungspolitischer Ausrichtung oder führt sie in eigener Regie durch. Es betreibt die Akquise der hierzu erforderlichen Finanzmittel. Die Gesellschafter haben ihre Stammeinlage in voller Höhe eingezahlt. Das Stammkapi-

tal beträgt zum 31.12.2019 25.000,00 €. Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Aufgabenerfüllung der IRR GmbH wird im Wege der Durchführung öffentlich geförderter Innovationsprojekte finanziert. Die Zukunftsagentur wird in Anlehnung an den GRW-Koordinierungsrahmen über LHO mit dem Projekt „Regionalmanagement Strukturwandel Rheinisches Revier“ gefördert. Mit Beginn der institutionellen Förderung im Jahr 2020 wird das laufende Förderprojekt „Regionalmanagement“ abgelöst. Darüber hinaus erfüllt die Zukunftsagentur weitere Aufgaben, die durch Zuwendungsverträge mit der Bezirksregierung Köln finanziert werden. Bereits seit Mitte 2018 besteht ein solcher Vertrag zur Übernahme der Aufgaben des „Regionalpartners des Bundes“ im Modellvorhaben „Unternehmen Revier“. Ein weiterer Zuwendungsvertrag wurde zur „Erstellung eines Wirtschafts- und Strukturprogramms und zur Begleitung, Koordination, Abwicklung und Kommunikation der Revierknoten im Rheinischen Revier“ geschlossen. Der Durchführungszeitraum des Projekts „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion – Kreislaufwirtschaft Bauen“ endete bereits im Januar. In das Jahr 2019 fiel vor allem die Endabrechnung (Verwendungsnachweis). Mit einem Start ab März 2020 konnte die Zukunftsagentur das darauf aufbauende Projekt „ReBau – Regionale Ressourcenwende in der Bauwirtschaft“ akquirieren und beantragen. In beiden Fällen tragen 80 % der Ausgaben das Land NRW sowie der europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Für die nicht-förderfähigen oder nicht-erstattungsfähigen Kosten gilt eine Regelung im Gesellschaftsvertrag, wonach die Gesellschafter diese Ausgaben bis zu max. 25.000 Euro decken. Somit sind die durch die IRR GmbH durchgeführten Projekte grundsätzlich vollumfänglich refinanziert. Dem Gesellschaftsvertrag entsprechend werden die Projekte in der internen Rechnungslegung, innerhalb der Wirtschaftspläne und im Jahresabschluss jeweils getrennt bzw. in getrennt auszuweisenden Teilbudgets dargestellt. Im Geschäftsjahr 2019 erhielt die Gesellschaft eine Spende in Höhe von 120.000,00 € von der RWE Power AG, von denen 30.000,00 € abgegrenzt wurden für die Verwendung im Jahr 2020. Die 2019 erfolgswirksam verbuchten Bundes-, Landes- und Gesellschafterzuwendungen belaufen sich auf 1.159.629,22 €. Insgesamt ergab sich für das Jahr 2019 ein Jahresüberschuss in Höhe von 19.248,74 € der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. In Ermangelung von weiteren erzielbaren externen Gewinnen bleibt die Kapitaldecke für den Fall von eventuell auftretenden strukturellen Schwierigkeiten, überraschenden Aufwendungen etc. jedoch eher dünn.

Prognosebericht

Mit dem Empfehlungsbericht der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission WSB von Januar 2019 und dem im Jahr 2020 abgeschlossenen Gesetzgebungsprozess zur Absicherung der künftigen Förderkulisse ist für die Gesellschaft eine neue Situation entstanden. Die Gesellschaft wird unter neuer Firmierung (Zukunftsagentur Rheinisches Revier) zur zentralen koordinierenden Instanz und soll als solche, ab 2020 institutionell und auskömmlich durch das Land finanziert werden.

Risikobericht

Das größte Risiko für den Fortbestand der Gesellschaft beruht darin, dass die institutionelle Förderung nicht, nicht rechtzeitig oder nicht für alle Ausgaben durch die Zuwendungsgeberin gewährt wird. Für jedes Jahr ist ein neuer Antrag zu stellen. Die institutionelle Förderung ist als Fehlbedarfsförderung konzipiert. Zunächst müssen alle gesicherten Einnahmen verwendet werden, sofern sie

nicht für andere Zwecke (z.B. Projektförderungen) benötigt werden. Nicht alle Ausgaben sind förderfähig. Geht die Förderung über die Summe der nicht anzurechnenden Einnahmen hinaus, werden weitere Gesellschafterzuschüsse notwendig. Das Risikomanagement zielt auf die Verringerung der Förderschädlichkeit größerer Summen ab. Das beinhaltet die Offenlegung aller erwartbaren Ausgaben und Einnahmen gegenüber den zuwendungsgebenden Stellen im Rahmen der Antragsstellung ex ante. Zudem werden größere Ausgabenveränderungen während des Durchführungszeitraums vorab abgestimmt. Risiken durch föderschädliche Abläufe u. a. im Rahmen größerer europaweiter Auftragsvergaben werden durch die Einbindung einer auf Verwaltungs- und Vergaberecht spezialisierten Kanzlei reduziert.



Wohnungswirtschaft



GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

- Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung
- Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus, der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.
- Die Gesellschaft führt ihre Geschäfte nach den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit.
- Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d.h. eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat je nach der Bestimmung des Aufsichtsrates einen oder mehrere Geschäftsführungen. Sie werden von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Geschäftsführungen werden vom Aufsichtsrat auf die Dauer von 5 Jahren bestellt. Wiederholte Bestellung ist zulässig. Die Bestellung kann vorzeitig nur aus wichtigem Grund von der Gesellschafterversammlung widerrufen werden.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus zwölf Mitgliedern:

- a) kraft Amtes der Städteregionsrat,
- b) die/der vom Städteregionsrat für wohnungsbaurelevante Angelegenheiten benannte Dezent_in,
- c) gem. Beschluss des Städteregionstages fünf Städteregionstagsmitglieder
- d) und vier von der Gesellschafterversammlung zu wählende Mitglieder aus dem Kreis der Wahlbeamten der Gesellschaftergemeinden sowie ein von der Gesellschafterversammlung zu wählendes Mitglied des Vorstandes der Sparkasse Aachen.

Gesellschafterversammlung:

Die Vertretung der StädteRegion Aachen wird vom Städteregionstag bestellt.



Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Prof. Dr. Axel Thomas

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Dr. Tim Grüttemeier	Städteregionsrat
Stv. Vorsitzender	Heiner Berlipp	Städteregionstagsmitglied
	Ronald Borning	Städteregionstagsmitglied
	Stefan Jücker	Bau- & Umweltdezernent der StädteRegion Aachen
	Franz Körlings	Städteregionstagsmitglied
	Janine Köster	Städteregionstagsmitglied
	Christoph Simon	Städteregionstagsmitglied

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Franz Körlings	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Christoph Simon	Sachkundiger Bürger

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 1.000.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	781.750	78,18
Regionsangehörige Städte / Gemeinden	148.150	14,80
Sonstige	<u>70.100</u>	<u>7,02</u>
	1.000.000	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz	2017 – in T€ –	2018 – in T€ –	2019 – in T€ –
A. Anlagevermögen	31.589	31.317	31.364
I. Imm. Vermögensgegenst.	0	7	4
II. Sachanlagen	30.168	29.907	29.979
III. Finanzanlagen	1.421	1.402	1.381
B. Umlaufvermögen	5.770	6.103	5.676
I. Zum Verkauf best. Grundst.	20	27	20
II. Forderungen/ sonst. VG	103	42	112
III. Kassenbestand, Guthaben	3.266	6.035	5.543
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5	6	6
Bilanzsumme Aktiva	37.365	37.426	37.045



A. Eigenkapital	12.277	12.810	15.349
I. Gezeichnetes Kapital	1.000	1.000	1.000
II. Genussrechtskapital	0	0	2.000
III. Rücklagen	11.277	11.809	12.249
IV. Bilanzgewinn	0,1	1	100
B. Rückstellungen	210	198	275
C. Verbindlichkeiten	24.878	24.419	21.421
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,01	0,02
Bilanzsumme Passiva	37.365	37.426	37.045

Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2018	2019
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	4.780.002	6.137.023	4.877.993
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	1.478.457	1.553.074	1.755.384
Instandhaltungskosten	408.068	502.250	656.169
Personalaufwand	848.798	860.647	927.266
Abschreibungen Imm. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.074.834	1.071.813	1.096.627
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	709.346	609.463	539.237
Ergebnis nach Steuern	720.003	675.817	684.547
Jahresüberschuss	569.271	532.402	539.542

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Vollbeschäftigte	8	9	10
Teilzeitbeschäftigte	21	22	23

Finanzielle Leistungsindikatoren:	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	32,9	34,2	41,4
Langfristige Fremdkapitalquote	58,59	55,59	53,57
Eigenkapitalrentabilität	4,6	4,2	3,7
Fluktuationsrate	10,2	9,0	9,5
Leerstandsquote	0,3	0,3	0
Erlösschmälerungen Sollmieten	2,0	1,7	0,9



Bestandsentwicklung:	2017	2018	2019
	Anzahl/ m ²	Anzahl/ m ²	Anzahl/ m ²
Wohnungen	778	784	786
Gewerbeeinheiten	24	0	0
Garagen / Stellplätze	458	390	392
Wohn- u. Nutzfläche – in m ²	53.740	50.128	50.322

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

An der Gewinnausschüttung bzw. an einer Verlustabdeckung der Gesellschaft ist die StädteRegion Aachen entsprechend ihrem quotalen Anteil am Stammkapital beteiligt. Im Jahr 2019 erfolgte erstmalig eine Gewinnausschüttung von 100 T€ an die Gesellschafter, auf die StädteRegion Aachen entfällt folglich ein Anteil in Höhe von 78 T€.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Der Gesellschaftsvertrag weist der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen (GWG) einen öffentlichen Zweck zu. Er besteht in der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung in der Städteregion Aachen mit attraktivem und gleichzeitig bezahlbarem Wohnraum. Dies ist eine anspruchsvolle Daueraufgabe, bei der technische, ökologische, volks- und betriebswirtschaftliche Aspekte miteinander in Einklang zu bringen sind. Insbesondere zeigt sich die Herausforderung dabei, Wohnungsbestände unter dem Blickwinkel steigender Kundenanforderungen in Bezug auf Qualität und Umwelt auf ein marktgerechtes Niveau zu bringen. Die GWG ist ein wichtiges und unverzichtbares Element der Wohnungspolitik der StädteRegion Aachen und der beteiligten Kommunen.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschafts- und Lagebericht

Wie die Gesellschaft ihr Zielbündel im Geschäftsjahr 2019 erreicht und umgesetzt hat, ist Gegenstand des nachfolgenden Wirtschafts- und Lageberichtes:

Überblick über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Konjunkturlage 2019

Im Jahr 2019 trat die deutsche Wirtschaft auf der Stelle. Die gesamtwirtschaftliche Leistung ist im Gesamtjahr nur verhalten gewachsen. Den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge legte das Bruttoinlandsprodukt 2019 um 0,6% zu. Damit expandierte die gesamtwirtschaftliche Leistung deutlich schwächer als im Vorjahr, in dem ein Wachstum von 1,5% ausgewiesen werden konnte. 2019 war eine Konjunkturflaute festzustellen.

Im gesamten Jahr konnte eine konjunkturelle Zweiteilung konstatiert werden: Auftrieb kam von der Binnenwirtschaft (die von günstigen Arbeits- und Einkommensaussichten konsumseitig profitierte), wohingegen die Abwärtsbewegung in der exportorientierten Industrie anhielt.

Die Bundesbank sprach in ihrem Monatsbericht Dezember 2019 noch von einer „sanften Landung“. Ende 2019 gab es noch vorsichtige Signale dafür, dass sich die Industrie fängt. Die Geschäfts- und Exporterwartungen hellten sich geringfügig auf. Die Coronavirus-Pandemie (COVID-19) traf beginnend im ersten Quartal 2020 die ohnehin schwächelnde Wirtschaft mit voller Wucht und sorgte für einen negativen Ausblick auf das Jahr 2020.

Perspektiven der deutschen Wirtschaft – gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen

Das Wachstum der Weltwirtschaft war eher verhalten. Der internationale Handel litt zum Jahreswechsel 2019/20 ohnehin unter einer schwachen Industrie- und Investitionskonjunktur sowie unter den Handelskonflikten. Die Stillstandsfolgen der Pandemie tun ihr Übriges. Diese Unsicherheiten lasten auf der Wirtschaft, insbesondere im Industriebereich.

Die deutsche Wirtschaft wird 2020 in eine Rezessionsphase eintreten. Die expansive Geld- und Finanzpolitik will für Stabilisierung sorgen. Das Ifo Institut beschreibt im März 2020, dass die globale Konjunktur als Folge der Coronavirus-Pandemie einbricht. Das wird voraussichtlich substantielle Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben und damit auf die Binnennachfrage und den Export.

Regionalwirtschaftliche Entwicklung

Die Geschäftslage im Rheinland hat sich zum Jahreswechsel 2019/2020 laut IHK-Konjunkturbericht im Vergleich zum Jahreswechsel 2018/2019 verschlechtert.

Die Konjunktur in der Region Aachen hat nach vielen Jahren des Aufschwungs und zahlreichen Rekorden an Kraft verloren. Ursachen für die rückläufige Entwicklung sind unter anderem die globalen Unsicherheiten, die unklaren Folgen des Brexits, der zunehmende Protektionismus, Befürchtungen hinsichtlich der Energiewende sowie die Covid-19-Pandemie.

Angesichts der Rahmenbedingungen wird mit einem Absinken der Umsätze zu rechnen sein.

Ein weiteres Risiko wird im Fachkräftemangel gesehen.

Die Lage der Betriebe im IHK-Bezirk Aachen blieb lange Zeit überwiegend positiv, hat sich aber im Zeitablauf beginnend mit dem Februar 2020 bis hinein ins Handwerk rückläufig entwickelt.

Situation am regionalen Arbeitsmarkt

Zum Jahresende 2019 stieg bereits die Zahl der Arbeitslosen – sowohl im Vergleich zum Vormonat als auch im Vergleich zum Vorjahr. Dies gilt für die Bundesrepublik ebenso wie für NRW und die Städteregion Aachen.



	12/2018	12/2019
Aachen	7,0 %	7,3 %
Stolberg	7,4 %	7,2 %
Eschweiler	6,5 %	6,6 %
Alsdorf	6,2 %	6,4 %
Monschau	2,9 %	3,1 %
NRW	6,4 %	6,4 %
Deutschland	4,8 %	4,9 %

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Die Arbeitslosenquote in der Städtereion betrug zum Jahresende 6,7%. Dies ist ein höherer Wert als im Landesdurchschnitt und auch ein höherer Wert als in den umliegenden Kreisen. Im Kreis Düren beträgt die Arbeitslosenquote 6,0% und im Kreis Heinsberg 4,8%. Der regionale Arbeitsmarkt erwies sich lange Zeit als robust und insgesamt aufnahmefähig. Der Agenturbezirk Aachen–Düren berichtet zum Jahresende über einen historischen Höchststand an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Angesichts des Konjunktureinbruchs ist im Jahr 2020 mit deutlich schlechteren Werten zu rechnen.

Geschäftsverlauf

GWG-bezogene Wohnungsmarkt-Aussagen:

Die Situation am hiesigen Wohnungsmarkt konsolidiert auf hohem Niveau. Die Baupreise steigen oberhalb der Inflationsrate. Dem Risiko einer steigenden finanziellen Zinsbelastung bei einer Anschlussfinanzierung wird vorgebeugt. Die GWG legt Wert auf nachhaltige Finanzstabilität und unterlegt die Investitionen, die sie im Jahr 2019 vorgenommen hat und in den Folgejahren vornehmen wird, mit ca. 30 % Liquidität aus eigenen Mitteln und ist auf langfristige Zinssicherungen ausgerichtet.

Der hiesige Wohnungsmarkt befindet sich weiterhin in einer bislang ununterbrochenen dynamischen Phase, die neben der allgemeinen Sympathie für Betongold auch von der „Euphorie“ um das RWTH-Campus-Projekt unterstützt wird. Die GWG orientierte auch im Jahr 2019 ihr Handeln am Maßstab der Finanzsolidität und des nachhaltigen finanziellen Erfolges. Unser operativer Fokus liegt auf der Bewirtschaftung und Entwicklung unseres Wohnungsbestandes. Mit seniorengerechten Neubauvorhaben sind wir in einem wachsenden Markt aktiv, der durch die demografische Entwicklung unterstützt wird. Mit wertstarken Neubauten verbessern und verjüngen wir unser Portfolio. Dabei konzentrieren wir uns auf klassische Wohnimmobilien. Im öffentlich geförderten Wohnungsbau werden wir schwerpunktmäßig bzw. verstärkt Projekte entwickeln, dabei aber auch Wert auf Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit legen.

Bestandsentwicklung

Wir verfügten über

	31.12.2019	31.12.2018
Häuser	125	124
Wohnungen	786	784
davon frei finanziert / preisgebunden	585 / 201	585 / 199
Garagen / Stellplätze	255 / 137	253 / 137
Wohnfläche	47.188 m ²	46.994 m ²
Anzahl sonstiger Einheiten	11	11
Fläche sonstiger Einheiten	3.134 m ²	3.134 m ²

Der Wohnungsbestand liegt vollständig im Gebiet der StädteRegion Aachen.

Wirtschaftliche Lage

a) Erhaltung / Modernisierung

Im Rahmen der Bestandsbewirtschaftung bildet die bedarfsorientierte und marktgerechte Entwicklung des Wohnungsbestandes und Attraktivierung von Objekten weiterhin einen Schwerpunkt der Aktivitäten unseres Hauses.

Zur Sicherung der Vermietbarkeit des Bestandes wurden im Geschäftsjahr 2019 insgesamt für Instandhaltungsmaßnahmen T€ 727 ausgegeben. Das ist ein ca. 163 T€ bzw. 29% höherer Betrag als im Vorjahr.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2019 sind gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.259 gesunken. Dies hängt damit zusammen, dass im Vorjahr ein Einmalerlös aus dem Verkauf des Objektes Mauerfeldchen 72 in Würselen (T€ 1.300) enthalten war. Bereinigt um diesen Effekt sind die Umsatzerlöse hingegen leicht gestiegen (T€ 41). Dies hängt sowohl mit den üblichen den Sanierungen folgenden Mietsteigerungen als auch mit der Fertigstellung unseres Neubaus in Stolberg, Hubertusstraße 18A zusammen. Neben den aufwandswirksamen Instandhaltungskosten wurden aktivierungsfähige Sanierungsmaßnahmen (in der Größenordnung von ca. T€ 73) durchgeführt, womit insgesamt T€ 800 zum Werterhalt unserer Gebäude geleistet wurden. Die diesbezüglichen Ausgaben pro m² Wohnfläche und Jahr betragen mithin: 16,95 €. Unter Einbeziehung der Personal- und zugehörigen Sachkosten unserer Regiehandwerker ergibt sich sogar ein Wert von 18,91 €/m²/Jahr für die Substanzverbesserung. Im Personalvergütungsbereich haben wir auch in 2019 die variable, leistungsorientierte Vergütungskomponente im Bereich der Tarifangestellten zum Einsatz gebracht. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 66,6 gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung von 7,7%. Bereinigt um die Erlöse aus Personalüberlassung (T€ 32,4) ergibt sich eine Steigerung von 3,9%. Das Jahresergebnis 2019 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 540.

b) Vergleich der GuV mit Wirtschaftsplan und Erläuterung der wesentlichen Abweichungen



Die Ergebnisrechnung liegt um ca. T€ 123 über dem zuletzt geplanten Wert. Dafür verantwortlich sind die sonstigen betrieblichen Erträge. Diese beinhalten Tilgungszuschüsse, die in den Planwerten nicht enthalten waren.

c) Vermögens- und Finanzlage

Im Rahmen unseres Finanzmanagements wurde sichergestellt, dass die GWG sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr sowie gegenüber den finanzierenden Banken jederzeit vertragsgerecht nachgekommen ist.

Darüber hinaus gilt es, Leistungs- und Zahlungsströme jetzt und in Zukunft so zu gestalten, dass neben der Finanzierung der Modernisierungsmaßnahmen gegebenenfalls auch Mittel für etwaige weitere Investitionen vorhanden sind bzw. generiert werden.

Geschäftsergebnis, finanzielle Leistungsindikatoren

Insgesamt haben wir im Geschäftsjahr 2019 ein Jahresergebnis von T€ 540 erwirtschaftet (gegenüber T€ 533 in 2018). Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung des Unternehmens insgesamt als stabil zu beurteilen. Die Einstellung des Jahresergebnisses in die Rücklagen wird die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft weiter stärken. Für die Gesellschaft sind die nachfolgenden finanziellen Leistungsindikatoren wesentliche Steuerungsinstrumente. Diese haben sich in den letzten vier Geschäftsjahren wie folgt entwickelt:

	2019	2018	2017	2016
Umsatzerlöse in T€	4.878	6.138	4.780	4.690
Eigenkapital in T€	15.349	12.810	12.277	11.708
Eigenkapitalquote	41,5%	34,2%	32,9%	33,3%
Eigenkapitalrentabilität	3,7%	4,2%	4,6%	3,3%
Fluktuationsquote	9,5%	9,0%	10,2%	10,4%
Leerstandsquote (länger als 3 Monate)	0,0%	0,3%	0,3%	0,1%
Erlösschmälerungen Sollmieten	0,9%	1,7%	2,0%	2,5%

Nach Abzug des Verkaufserlöses der Gewerbeimmobilie Mauerfeldchen 72 in Würselen (1.300 T€) in 2018 zeigt sich wie in den Vorjahren ein erneuter Anstieg der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr. Infolge der Kapitaleinlage der StädteRegion Aachen in Form von Genussrechten ist die Eigenkapitalquote trotz Investitionen deutlich auf über 40% gestiegen.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Branchenspezifische Risiken

Da infolge der Covid-19-Pandemie gesamtwirtschaftliche bzw. weltwirtschaftliche Verwerfungen entstehen, beeinflusst dies die Zahlungswilligkeit und Zahlungsfähigkeit unserer aktuellen und potenziellen Mieter und die Nachfrage nach unseren Wohnungsangeboten negativ. Daraus können sich für die GWG Umsatz- und Ergebnisrisiken entwickeln. Voraussetzung für zukünftige wirtschaftliche Erfolge ist, dass beispielsweise die Arbeitslosenquote in der Region sich nicht nennenswert von der heutigen Situation unterscheidet. Außerdem können sich (unplanmäßige) Kostensteigerungen bei zukünftigen Neubauvorhaben als Belastungsfaktoren für zukünftige Ergebnisrechnungen herausstellen.

Ertragsorientierte Risiken

Überkapazitäten am hiesigen Wohnungsmarkt sind derzeit noch nicht zu erkennen, obwohl allerorten Neubauten entstehen. Die Folge wäre ein Verdrängungswettbewerb mit den daraus resultierenden Konsequenzen für die Erlöse und Erträge. Wir gehen davon aus, dass unsere Wohnungen weiterhin Gegenstand der Nachfrage sein werden. Schließlich sind wir im Neubaubereich überdurchschnittlich für den demografischen Wandel aufgestellt. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird stetig zunehmen. In diesem Kontext reduzieren wir den Anteil von Wohnungen, die nicht barrierefrei sind. Allerdings ist festzuhalten, dass sich möglicherweise Ertragsrisiken daraus ergeben, dass zwar eine Nachfrage nach unseren Seniorenwohnbauprodukten vorhanden ist, die Mietinteressenten aber finanziell nicht in der Lage sind, uns eine kostendeckende Miete zu zahlen (Stichwort: Altersarmut). Die Einkommensverhältnisse in der Region sind stark unterschiedlich und insgesamt unter dem Landesdurchschnitt.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalausstattung unseres Unternehmens sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar. Währungsrisiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen könnten, sind ohnehin nicht vorhanden, da die Gesellschaft nicht in Fremdwährungen refinanziert ist. Die Liquiditätslage ist aktuell zufriedenstellend; es sind bei vertragstreuer Mietzahlung keine Engpässe zu erwarten. Die Gesellschaft hat das derzeit niedrige Zinsniveau genutzt, um für Verbindlichkeiten, die in Zeiträumen, die man mit Forward-Konditionen abdecken kann, mit Zinssicherheit zu versehen. Somit hat sich die Gesellschaft im Rahmen des Möglichen gegen Zinssteigerungsrisiken gewappnet. Im Neubaubereich unterlegt die Gesellschaft ihre Investitionen stets mit einer konservativen Eigenmittelausstattung. Gleichwohl besteht das Restrisiko, dass die Kreditinstitute der Gesellschaft bei einem Neubauvorhaben keine neuen Kredite gewähren würden. Dies würde sich auf das Neubaugeschäft retardierend auswirken. Die Gesellschaft verfügt über ein Kundenportfolio, das in Bezug auf die Rückstände permanent der Beobachtung und individualisierter Gegensteuerungsmaßnahmen bedarf.



Verbindlichkeiten werden von der Gesellschaft stets innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt, hier ist kein Risiko zu erkennen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Bedrohungen. Beim Management von Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiken wird für jedes Neubauprojekt ein separater Erfolgs- und Liquiditätsplan erstellt, der dem Aufsichtsrat bzw. den Gremien einen Überblick über die Geldaus- und -einkünfte vermittelt. Soweit Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen mit der gebotenen kaufmännischen Vorsicht vorgenommen. Das Mahnwesen setzt niederschwellig und früh ein und ist im Rahmen des rechtlich Zulässigen konsequent.

Bei der Beschaffung von Bauleistungen sehen wir Steigerungen, aber noch keine Engpässe. Aufgrund der bisher vorliegenden Ergebnisse können wir darauf verweisen, dass sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Baunebengewerbe bis vor Eintritt der Coronavirus-Krise noch eine knapp ausreichende Anzahl von Anbietern vorhanden ist, die einen interessierten Preis bei den Ausschreibungen abgeben. Im Bereich der Refinanzierungen stehen uns im Regelfall mehrere Kreditinstitute zur Verfügung. Insofern bestehen beidseits keine Engpässe.

Chancenbericht

Dem Wettbewerb am Vermietungsmarkt werden wir weiterhin durch Erfahrung, Flexibilität und ein definiertes Maß an Qualität begegnen. Außerdem ist die Preissetzung der GWG nicht so ausgerichtet, dass die GWG an der Preisspitze des jeweiligen Marktsegmentes steht. Der Angebotsmix in Bezug auf Standorte und Qualitäten ist groß. Der Anteil barrierefreier Wohnungen ist überdurchschnittlich. Projektentwicklungen setzen – da Nachverdichtungen mengenmäßig limitiert sind – Grundstücke voraus. Aufgrund unserer Einbindung in die Systeme der kommunalen Daseinsvorsorge sehen wir gute Chancen auf perspektivstarke Grundstücke, die wir nachfragen können oder die uns angeboten werden.

Gesamtaussage

Bedeutende Risiken der künftigen Entwicklung sehen wir sowohl auf der Einnahmenseite (Mietzahlungen in und nach der Covid-19-Pandemie) als auch im Sanierungsbedarf unserer Bestände. Vor dem Hintergrund unserer finanziellen Solidität sehen wir uns für die Bewältigung der künftig eintretenden Risiken noch gut gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar. Die GWG geht mit Maß und Mitte mit den vorgenannten Chancen und Risiken um. Sie untersucht insbesondere ihr Portfolio ständig darauf, ob es zukunftsfähig ist und ob es qualitativ und quantitativ den Anforderungen unserer aktuellen und potenziellen Kunden entspricht. Wo die Rentabilität der untersuchten Sanierung ungewiss ist, stellt die Veräußerung angesichts der derzeitigen Nachfrage nach Immobilien ggf. eine Alternative dar. Der Wohnungsmarkt in der Region entwickelt sich insgesamt voll zufriedenstellend (mit durchaus vorhandenen regionalen

Unterschieden). Die Chancen und Risiken der Wohnungsbaugesellschaft können allerdings nur im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der Volkswirtschaft sowie insbesondere der Region in Bezug auf Wachstum, Einkommen und Beschäftigung gelten. Risiken ergeben sich aus der Finanzlast, die die GWG zu tragen hat. Bei einer Fremdkapitalquote von ca. 70% würden sich nachhaltige Zinssteigerungen für Wohnungsbaukredite im Ergebnis der GWG langfristig bemerkbar machen. Dementsprechend ist die Gesellschaft bemüht, dieses Risiko zu minimieren. Die Mietzahlungen der Kunden gilt es jetzt verstärkt zu beobachten.

Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. In Bezug auf die beiden Darlehen, die mit einer Doppelswap-Konstruktion unterlegt sind, verweisen wir auf unsere Ausführungen im Anhang.

Prognosebericht

Um die positive Weiterentwicklung des Unternehmens zu unterstützen, werden wir uns in Zukunft unverändert um folgende Themen schwerpunktmäßig kümmern:

- a) Halten unserer bestehenden Mieter
 - Akquisition neuer Mieter (da unsere Fluktuationsquote konstant bei ca. 10 % liegt)
 - Akquisition von Grundstücken für neue Baumaßnahmen, um das Portfolio zu optimieren
- b) öffentlich geförderter Wohnungsbau.

Voraussetzung für die unter a) und b) genannten Aspekte ist, dass wir unsere Wohnbestände qualitativ auf einem Niveau halten, das von Kunden als attraktiv vom Preis-Leistungs-Verhältnis angesehen wird. Insgesamt sind keine wesentlichen Änderungen in unserer Geschäftspolitik notwendig. Die stabilen Ergebnisse der letzten Jahre sind eine Bestätigung. Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung der GWG positiv. Die Nachfrage nach Wohnraum in der Region ist noch auf einem erfreulichen Niveau. In unserer Planung gehen wir von einer moderaten Umsatzsteigerung im Zeitablauf aus, denn wir erwarten, dass aufgrund der Fertigstellung von Neubaumaßnahmen die Mietumsätze insgesamt steigen werden. Das Jahresergebnis 2020 erwarten wir bei unserem strategischen Zielwert von 400 T€. Wir werden voraussichtlich auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Unser Ziel ist es, in einem mittelfristigen Zeitraum von ca. 5 Jahren 100 neue Wohnungen zu projektieren bzw. zu realisieren.

Personal

Die Anzahl der Mitarbeiter der GWG beträgt insgesamt: 33

Anzahl der weiblichen Mitarbeiter:	13
Anzahl der männlichen Mitarbeiter:	20

Die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes NRW werden beachtet.



Gesundheitswesen

Rhein-Maas-Klinikum GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

- Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines oder mehrerer Krankenhäuser einschließlich Ausbildungsstätten sowie sonstiger Nebeneinrichtungen und Nebenbetriebe.
- Die Gesellschaft ist berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen oder sich an Gesellschaften gleichen oder verwandten Gegenstandes zu beteiligen.
- Zweck der Gesellschaft ist eine bestmögliche Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen im Rahmen der Aufgabenstellung nach dem Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen sowie des Versorgungsauftrages.
- Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Geschäftszweckes notwendig oder nützlich erscheinen und nach Maßgabe der für die Gesellschafter geltenden gesetzlichen Bestimmungen zulässig sind.

Die ist am 01.01.2001 durch den Zusammenschluss des Knappschaftskrankenhauses Bardenberg und des Kreiskrankenhauses Marienhöhe, Würselen, gegründet worden. Gesellschafter sind zu je 50 % die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (DRV-KBS) und die StädteRegion Aachen. Seit 01.07.2017 firmiert die Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH nunmehr als **Rhein-Maas Klinikum GmbH (RMK)**.

Die Gesellschaft verfolgt das Ziel einer wohnortnahen Patientenversorgung mit innovativen und qualitativ hochwertigen Behandlungsmethoden. In der StädteRegion Aachen zählt das RMK zu den bedeutendsten Anbietern von Gesundheitsdienstleistungen und leistet einen erheblichen Beitrag zur Patientenversorgung in der StädteRegion und über die Grenzen hinaus. Zudem ist das RMK ein wichtiger Arbeitgeber mit einem breit gefächerten Angebot an Arbeitsplätzen für verschiedene Berufsgruppen. Zusätzlich leistet die Gesellschaft mit der Schule für Pflegeberufe einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung in der Region.

Öffentliche Zwecksetzung

Es handelt sich beim Gesundheitswesen um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse als nichtwirtschaftlich zulässige Betätigung nach der Gemeindeordnung.

Die GmbH stellt die patienten- und bedarfsgerechte gestufte wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung im Sinne des § 1 Krankenhausgestaltungsgesetz (KHGG NRW) sicher und ist in den Krankenhausplan des Landes NRW aufgenommen. Die Krankenversorgung in Krankenhäusern sicherzustellen, ist eine öffentliche Aufgabe des Landes. Gemeinden und Gemeindeverbände wirken nach Maßgabe dieses Gesetzes dabei mit.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 14 Mitgliedern, von denen jeweils 6 Mitglieder von der StädteRegion Aachen und von der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See entsandt und abberufen werden. Der Betriebsrat der GmbH entsendet 2 Mitglieder aus dem Kreis der Mitarbeiter des Krankenhauses in den Aufsichtsrat. Die StädteRegion Aachen und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See sind berechtigt, zu den Aufsichtsratssitzungen jeweils einen Berater zu entsenden, der an der Sitzung mit beratender Stimme teilnimmt.

Gesellschafterversammlung:

In den Gesellschafterversammlungen werden die Gesellschafter durch bis zu zwei Bevollmächtigte vertreten. Wird ein Gesellschafter durch mehrere Bevollmächtigte vertreten, kann die Stimmabgabe nur einheitlich erfolgen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: René A. Bostelaar (bis 24.01.2019)
Andreas Schlüter (ab 25.01.2019)

Vertretung der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Dr. Tim Grüttemeier	Städteregionsrat
	Doris Harst	Städteregiontagsmitglied
	Carl Meulenbergh	sachkundiger Bürger
	Stefan Mix	Städteregiontagsmitglied (bis 17.01.2019)
	Martin Peters	Städteregiontagsmitglied (ab 18.01.2019)
	Peter Timmermanns	Städteregiontagsmitglied
	Wolfgang Wetzstein	sachkundiger Bürger

Beratendes Mitglied: Gregor Jansen Allg. Vertreter d. Städteregionsrates

Vertretung der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Gregor Jansen	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
Peter Timmermanns	Städteregiontagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 3.600.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	1.800.000	50
Deutsche Rentenversicherung Knappschaft –Bahn–See (früher Bundesknappschaft)	<u>1.800.000</u>	<u>50</u>
	3.600.000	100

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
RMK–Service GmbH	25.000	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2017 – in € –	2018 – in € –	2019 – in € –
A. Anlagevermögen	61.219.072	53.764.299	53.633.416
I. Imm. Vermögensgegenst.	686.472	521.160	1.540.929
II. Sachanlagen	60.280.921	52.980.632	51.816.688
III. Finanzanlagen	251.679	262.507	275.799
B. Umlaufvermögen	29.046.020	23.254.534	29.031.520
I. Vorräte	3.332.725	3.515.815	4.336.477
II. Forderungen / sonst. VG	15.517.568	14.578.841	20.654.336
III. Kassenbestand, Guthaben	10.195.727	5.159.878	4.040.707
C. Ausgleichsposten nach KHG	4.521.978	4.654.420	4.654.420
D. Rechnungsabgrenzungsposten	23.263	14.231	29.816
Bilanzsumme Aktiva	94.810.333	81.687.484	87.349.172
A. Eigenkapital	16.807.330	13.001.555	13.634.395
I. Gezeichnetes Kapital	3.600.000	3.600.000	3.600.000
II. Kapitalrücklagen	9.882.830	9.882.830	9.882.830
III. Gewinnrücklagen	2.128.330	3.324.499	0
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	–481.275
V. Jahresüberschuss/–fehlbetrag	1.196.169	–3.805.774	632.840
B. Sonderposten	25.854.427	19.756.701	19.900.355
C. Rückstellungen	15.340.555	17.068.956	14.557.987
D. Verbindlichkeiten	36.760.006	31.848.052	39.217.151

E. Ausgleichsposten aus Darl.förd.	12.220	12.220	12.220
F. Rechnungsabgrenzungsposten	5.796	0	27.064
Bilanzsumme Passiva	94.810.333	81.687.484	87.349.172

	2017 – in € –	2018 – in € –	2019 – in € –
Gewinn- und Verlustrechnung:			
Umsatzerlöse	115.621.308	113.848.029	116.532.973
Sonstige betriebliche Erträge	1.317.135	2.445.379	2.659.850
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzie- rung von Investitionen	4.314.358	3.005.683	4.144.621
Erträge aus der Auflösung von Sonderpos- ten u.ä.	4.746.734	4.355.986	2.031.329
Personalaufwand	75.618.756	80.745.491	79.578.426
Materialaufwand	26.504.068	25.416.808	24.123.943
Abschreibungen	4.968.647	4.572.403	3.999.318
Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.954.930	12.634.669	12.852.595
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.061.825	976.121	896.472
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	100	39.881	100
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.196.169	-3.805.774	632.840

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Jahresdurchschnitt ohne Azubi	1.276	1.320	1.243
Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2017 in %	2018 in %	2019 in %
Eigenkapitalquote	42,2	36,5	34,9
Eigenkapitalrentabilität	7,15	-29,27	4,64
Umsatzrentabilität	1,0	-3,3	0,5

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist als Gesellschafterin zu 50 % am Jahresergebnis der Gesellschaft betei-
ligt. Gewinnausschüttungen oder Defizitabdeckungen sind bisher nicht erfolgt.

Die RMK GmbH übernimmt Geschäftsbesorgungsleistungen für die Parkplatz Marienhöhe GmbH,
deren Gesellschafterin die StädteRegion Aachen ist. Hierbei handelt es sich um die Finanz- und An-

lagenbuchhaltung sowie Leistungen in den Bereichen Beschaffung, Verwaltung, Technik und Pflege der Außenanlagen für die Parkplatz Marienhöhe GmbH. Diese Leistungen wie auch Gemeinkosten werden der Parkplatz Marienhöhe GmbH vom RMK in Rechnung gestellt. Mit Datum vom 20.08.2004 wurde dazu eine Vereinbarung zwischen den Gesellschaften abgeschlossen.

Zu der 100 %-igen Tochtergesellschaft der RMK GmbH, der RMK-Service GmbH, bestehen vielfältige Leistungsbeziehungen, die in einem Rahmendienstleistungsvertrag, einem Geschäftsbesorgungsvertrag, einem Mietvertrag, einer Vereinbarung über den Personaleinsatz und verschiedenen Dienstleistungsverträgen geregelt sind.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf einschließlich Ergebnisdarstellung

Die Rhein-Maas Klinikum GmbH weist im Geschäftsjahr 2019 einen Jahresüberschuss in Höhe von 633 TEUR aus. Gegenüber dem Vorjahr, das einen Jahresfehlbetrag von -3.806 TEUR auswies, verbessert sich das Jahresergebnis damit um rd. 4.439 TEUR. Das im Wirtschaftsplan 2019 geplante Jahresergebnis von 9 TEUR wurde damit um rd. +624 TEUR übertroffen. Der Wirtschaftsplanansatz im Bereich der E1 und E 3 Entgelte für das Jahr 2019 sah mit 27.585 Case-Mix-Punkten vor, dass die Leistungsmenge aus dem Jahr 2018 mit 27.569 CMP leicht übertroffen wird. Dieses Leistungs niveau konnte nicht erreicht werden und verlief mit 26.328 CMP -1.241 CMP unter dem Vorjahr und - 1.257 CMP unter dem Wirtschaftsplan. Der Case-Mix-Index im Gesamthaus lag mit 1,258 über dem Wert des Vorjahres von 1,24 und auch über dem Wirtschaftsplanansatz 2019 in Höhe von 1,247. Die Fälle sanken im Vergleich zum Vorjahr um -1.316. Somit wurden im Jahre 2019 20.922 (inklusive E 3 Entgelte) Fälle im Akutkrankenhaus behandelt und ein Case-Mix von 26.328 Punkten (inklusive E 3 Entgelte) erwirtschaftet. In der Inneren Medizin mit den Teilgebieten Allgemeine Innere Medizin und Gastroenterologie, Kardiologie und Nephrologie, Pulmologie und Internistischen Rheumatologie wurden - 167 Fälle weniger behandelt und - 378 CMPe weniger als im Vorjahr erwirtschaftet. Die Klinik für Gastroenterologie hat einen Case-Mix-Rückgang von -434 Punkten und die Klinik für Pneumologie von -862 Punkten gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Die Klinik für Kardiologie und Nephrologie erwirtschaftete im Jahr 2019 1.246 Punkte mehr als im Vorjahr. In den chirurgischen Abteilungen zeigte sich ein Anstieg der Case-Mix-Punkte um 51 (Allgemein- und Viszeralchirurgie sowie Gefäß- und Thoraxchirurgie). Auch in den Bereichen der Urologie (+207 Punkte) sowie der Schmerztherapie (+45 Punkte) konnten die Leistungszahlen gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Rückläufige Case-Mix-Punkte waren auch in der Akutgeriatrie (- 82 Punkte) und der Neurologie (-126 Punkte) zu verzeichnen. Die rückläufigen Leistungszahlen in der Gynäkologie und Geburtshilfe (-582 Punkte) sind auf die komplette Abmeldung der gynäkologischen Versorgung zum 1. April 2019 zurückzuführen. Im Berichtsjahr 2019 wurden im Bereich der Geriatrischen Rehabilitation 415 Fälle behandelt (Vorjahr: 482). Insgesamt wurden 21.582 Patienten stationär, in der Palliativmedizin und geriatrisch rehabilitativ behandelt (Vorjahr 22.914). Bezogen auf die 663 Planbetten (inklusive Geriatrische Rehabilitation) ergab sich ein Auslastungsgrad von 65,8 %.

Lage der Gesellschaft

Ertragsbereich

Im Jahr 2019 konnten mit den Kostenträgern die Erlösbudgets der Jahre 2017 – 2019 vereinbart werden. Die Erlöse aus Krankenhausleistungen sinken gegenüber dem Vorjahr von 101.135 TEUR auf 100.687 TEUR. Die Erlösminderung resultierte dabei insbesondere aus Ausgleichbeträgen für das aktuelle Jahr und frühere Geschäftsjahre. Die Erlöse aus DRGs waren auf Grund sinkender Leistungszahlen rückläufig. Die Erlöse aus Wahlleistungen sind mit 4.306 TEUR (Vorjahr: 4.386 TEUR) leicht rückläufig. Während die Erlöse aus Nutzungsentgelte der Ärzte mit 171 TEUR (Vorjahr: 2.517 TEUR) stark gesunken sind. Die sonstigen Umsatzerlöse erhöhten sich von 3.697 TEUR auf 8.335 TEUR ebenso wie die Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses von 2.113 TEUR auf 3.034 TEUR. Die Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand verringerten sich von 160 TEUR im Vorjahr auf 137 TEUR. Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich auf 2.660 TEUR (Vorjahr: 2.445 TEUR). Die Aufwendungen für den Personal- und Materialeinsatz sanken im Geschäftsjahr 2019 um 2.460 TEUR auf 103.702 TEUR. Dabei verringert sich der Materialaufwand von 25.417 TEUR im Vorjahr auf 24.124 TEUR. Davon entfielen 16.310 TEUR auf Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (+722 TEUR) sowie 7.814 TEUR auf bezogene Leistungen (-2.015 TEUR). Die Personalaufwendungen betrugen insgesamt 79.578 (Vorjahr: 80.745 TEUR). Auf die gesetzlichen Sozialabgaben und Aufwendungen für die Altersvorsorge entfielen 16.647 TEUR und entsprachen damit ca. 20,92 % des Personalaufwands. Die Neueinstellung von qualifiziertem Personal sowie die Tarifsteigerungen im Bereich des TVöD und des Tarifvertrages für Ärzte mit dem Marburger Bund trugen zu einer Steigerung des durchschnittlichen Personalaufwandes je Vollkraft bei. Im Jahr 2019 beschäftigte das Rhein-Maas Klinikum im Jahresdurchschnitt 1.458 Mitarbeiter/-innen als Voll- und Teilzeitkräfte (Vorjahr: 1.530). Eine Umrechnung in Vollkräfte ergibt für das Berichtsjahr 1.001 Beschäftigte (Vorjahr 1.034).

Finanzlage

Das Gesamtinvestitionsvolumen des Geschäftsjahres 2019 lag bei 3.868 TEUR (Vorjahr: 5.230 TEUR). Die Finanzierung erfolgte dabei aus Pauschalfördermitteln (1.027 TEUR), Mitteln der Baupauschale (589 TEUR), sonstigen Zuschüssen der öffentlichen Hand und Zuwendungen Dritter (1 TEUR) sowie Eigenmitteln (2.251 TEUR). Insgesamt verteilten sich die Investitionen auf Immaterielle Vermögensgegenstände (1.158 TEUR), Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten (541 TEUR), Einrichtungen und Ausstattungen (1.875 TEUR), Anlagen im Bau (281 TEUR) und Finanzanlagen (13 TEUR). Den Investitionen standen Abschreibungen auf das Anlagevermögen in einer Gesamthöhe von 3.999 TEUR (Vorjahr: 4.572 TEUR) gegenüber. Die ergebniswirksamen Abschreibungen aus Eigenmitteln belaufen sich auf 1.971 TEUR (Vorjahr: 1.919 TEUR).

Zur weiteren Beurteilung der Finanzlage dient nachstehende Cashflow-Darstellung.

<u>Kapitalflussrechnung</u>		2019		2018
		TEUR		TEUR
1. Jahresergebnis	+	633	-	3.806
2. Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	+	3.999	+	4.572
3. Veränderung der Rückstellungen	-	2.511	+	1.729
4. Auflösung von Sonderposten und sonstige zahlungsun- wirksame Erträge und Aufwendungen	-	2.040	-	9.021
5. Zuführung zu Sonderposten	+	2.183	+	2.924
6. Veränderung Wertberichtigung und Abschreibungen auf Forderungen	+	1.410	+	1.276
7. Veränderung der Vorräte, der Forderungen aus Lieferun- gen und Leistungen sowie sonstiger Aktiva	-	8.320	-	366
8. Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstiger Passiva	+	6.142	-	3.514
9. zzgl. Aufwand aus Leasingzahlungen	+	938	+	1.715
10. zzgl. Zinsaufwendungen	+	896	+	976
11. Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	+	3.330	-	3.515
12. Investitionen in das Anlagevermögen	-	3.868	-	5.230
13. Aufwand aus Anlageabgang		0	+	8.113
14. Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-	3.868	+	2.883
15. Einzahlungen aus der Aufnahme von Darle- hen/Finanzierungsmitteln		0		0
16. Gezahlte Zinsen	-	896	-	976
17. Auszahlungen aus Leasing und Mietkauf	-	1.388	-	2.168
18. Einzahlungen aus Fördermitteln und Investitionszuschüs- sen	+	2.974	+	2.998
19. Auszahlungen aus der Tilgung von Darlehen	-	1.261	-	4.233
20. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-	571	-	4.379
21. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-	1.109	-	5.011
22. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	+	5.150	+	10.161
23. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	+	4.041	+	5.150

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt + 3.330 TEUR und aus Finanzierungstätigkeit - 571 TEUR. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt -3.868 TEUR. Die Zahlungsfähigkeit war im Jahr 2019 jederzeit gewährleistet. Die bestehende Kontokorrentkreditvereinbarung musste nicht in Anspruch genommen werden.

Vermögenslage

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2019 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2018 gegenübergestellt. Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet. Die Passivposten werden dem langfristig bzw. kurzfristig verfügbaren Kapital zugeordnet. Die Bilanzposition „Ausgleichsposten nach dem KHG“ sowie die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen wurden mit dem langfristigen Kapital verrechnet.

	31.12.2019		31.12.2018		Veränderung	
	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>	<u>%</u>
Vermögensstruktur						
Langfr. gebundenes Vermögen	53.634	64,9	53.765	69,8	-131	-0,2
Kurzfristiges Vermögen	<u>29.061</u>	35,1	<u>23.268</u>	30,2	<u>5.793</u>	24,9
Gesamtvermögen	<u>82.695</u>	100	<u>77.033</u>	100	<u>5.662</u>	7,4
Kapitalstruktur						
Langfristig verfügb. Kapital	54.255	65,6	54.480	70,7	-225	-0,4
Kurzfr. Verfügbares Kapital	<u>28.440</u>	34,4	<u>22.553</u>	29,3	<u>5.887</u>	26,1
Gesamtvermögen	<u>82.695</u>	100	<u>77.033</u>	100	<u>5.662</u>	7,4

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen verminderte sich aufgrund der Abschreibungen, Abgänge und unter Berücksichtigung der Investitionstätigkeiten um 131 TEUR auf 53.634 TEUR und beträgt nunmehr 64,9 %. Das kurzfristig gebundene Vermögen erhöhte sich um 5.793 TEUR auf 29.061 TEUR. Dabei erhöhten sich die Forderungen nach dem Krankenhausentgeltgesetz um 2.942 TEUR und die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 1.543 TEUR. Die sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich um 1.244 TEUR sowie den Vorräten um 820 TEUR. Das langfristige Kapital verringert sich um 225 TEUR auf 54.255 TEUR (= 65,6 % des Gesamtkapitals) und das kurzfristige Kapital erhöhte sich um 5.887 TEUR auf 28.440 TEUR. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital der Gesellschaft beträgt unter Berücksichtigung des Jahresüberschusses, der Sonderposten und nach Abzug des Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung 28.880 TEUR (Vorjahr 328.105 TEUR). Die Eigenkapitalquote am Gesamtvermögen beträgt damit 34,9 %.

Leistungsindikatoren

Finanzielle Indikatoren

Nachfolgend werden einige wichtige Kennzahlen im Mehrjahresvergleich dargestellt. Diese spiegeln die Entwicklung im Geschäftsjahr 2019 wider.

Wirtschaftliche Kennzahlen	2019	2018	2017	2016
Jahresergebnis	633 TEUR	-3.806 TEUR	1.196 TEUR	1.453 TEUR
Umsatzrendite	0,5 %	-3,3 %	1,0 %	1,4 %
Eigenkapitalrendite	4,46 %	-29,27 %	7,15 %	9,31 %
EBITDA	3.238	-1.131	3.853	3.908
EBITDA-Marge	2,8 %	-1,0 %	3,4 %	3,6 %
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	3.330 TEUR	-3.514 TEUR	5.041 TEUR	5.236 TEUR
Deckungsfaktor Liquidität	1,2 Wochen	2,1 Wochen	1,3 Wochen	1,7 Wochen
Eigenkapitalquote	34,9 %	36,5 %	42,2 %	43,6 %
Fremdkapitalquote	65,1 %	63,5 %	57,8 %	56,4 %

Nichtfinanzielle Indikatoren

Das Rhein-Maas Klinikum leistet mit der Schule für Pflegeberufe einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung in der Region. Durch die Bereitstellung von 125 Ausbildungsplätzen für Gesundheits- und Krankenpfleger und 50 Ausbildungsplätzen für Gesundheits- und Krankenpflegeassistenten wird dem viel zitierten Mangel an Pflegekräften durch Nachwuchsförderung entgegenwirkt. Die hauseigene Ausbildungsstätte und die dort vermittelten theoretischen Kenntnisse und praktischen Fähigkeiten bildet für das Rhein-Maas Klinikum ein ständiges Reservoir zur Rekrutierung von hochqualifizierten Pflegekräften. Ab dem Jahr 2020 erfolgt die theoretische Ausbildung nicht mehr durch das Rhein-Maas Klinikum, sondern durch das Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit (BZPG). Für die Beschäftigten des Rhein-Maas Klinikums werden für alle Berufsgruppen vielfältige interne und externe Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten. Neben der Freistellung für den Besuch solcher Veranstaltungen investierte das RMK im Bereich der Fort- und Weiterbildung im Berichtsjahr 2019 rd. 254 TEUR.

Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Prognose

Der Wirtschaftsplan weist im Erfolgsplan für das Jahr 2020 einen Überschuss in Höhe von 778 TEUR, und damit eine Verbesserung des Jahresergebnisses gegenüber dem abgelaufenen Jahr 2019 um 145 TEUR, aus. Basis dieses Ansatzes waren u. a. geplante Leistungssteigerungen sowie eine weitere Optimierung der Kostenstrukturen. Des Weiteren sind im Erfolgsplan des Jahres 2020 Instandhaltungsmaßnahmen in Höhe von rd. 5.200 TEUR vorgesehen (2019: 4.059 TEUR). Dem Erlösbudget 2020 liegen 21.934 CMP inklusive Überlieger und E3 Entgelten zugrunde, wobei in diesen Zahlen das Pflegebudget nicht mehr in den Punktwerten enthalten ist. Gegenüber der für das Jahr 2019 erreichten Leistungsmenge bedeutet dies eine Steigerung des Leistungsvolumens um rd. 1.415 CMP. Die Leistungsentwicklung im ersten Quartal 2020 verlief im Bereich des Akutkrankenhauses leicht unter dem Planniveau. Der Bereich der Geriatrischen Rehabilitation lag in den ersten Monaten unter dem Plan. Aufgrund der Entwicklungen im Zuge des Coronavirus hat sich die Lage im Gesundheitswesen im Allgemeinen und den Krankenhäusern im Besonderen seit Mitte März grundlegend geändert und stellt die Krankenhäuser vor große Herausforderungen. Im Rahmen des Kampfs gegen die

COVID-19-Pandemie werden in den Krankenhäusern auf Aufforderung der Gesundheitsminister des Bundes und der Länder Intensiv- und Beatmungskapazitäten aufgebaut sowie alle Behandlungen und Operationen verschoben, sofern medizinisch vertretbar. In diesem Zusammenhang ändert sich auch die Finanzierung der Krankenhäuser erheblich, was im Krankenhausentlastungsgesetz seine Grundlage gefunden hat. Neben Freihaltepauschalen für ein freies Krankenhausbett in Höhe von 560 EUR pro Tag ab dem 16. März 2020 erhalten die Krankenhäuser eine Kostenerstattung in Höhe von 50 EUR pro Patient ab dem 1. April 2020. Darüber hinaus wird zur Verbesserung der Liquidität zunächst ein mit 185 EUR/ Behandlungstag höherer Pflegeentgeltwert gezahlt als bisher vorgesehen. Weiterhin erhalten die Krankenhäuser für den Aufbau der zusätzlichen Beatmungskapazitäten Investitionsmittel von Bund und Land. Aufgrund dieser aktuellen Entwicklungen ist eine konkrete Prognose im Erlösbereich derzeit valide kaum möglich. Eine erste grobe Hochrechnung auf Basis des 1. Quartals 2020, die zwar noch gewisse Unsicherheit birgt, geht von einer Erreichung des Wirtschaftsplanansatzes aus. Im Personalbereich zeigt sich in den ersten Monaten des Jahres 2020 eine weitestgehend planmäßige Kostenentwicklung mit Chancen zur Unterschreitung der geplanten Stellen und zum Abbau von Rückstellungen für Überstunden und nicht genommene Urlaubstage. Im Bereich der Sachkosten sind aufgrund der Entwicklungen rund um das Coronavirus steigende Sachkosten zu verzeichnen. Insgesamt wird trotz der Rahmenbedingungen erwartet, dass für das Jahr 2020 der Wirtschaftsplanansatz erreicht werden kann und die Ausgleichszahlungen von Bund und Land die Erlösausfälle kompensieren. Die Investitionstätigkeit war in den letzten Jahren geprägt durch die Fertigstellung der Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen am Standort Marienhöhe. Im Jahr 2019 wurde ein Strukturplan 2025 als Basis für die künftige Orientierung des Rhein-Maas Klinikums am Standort Marienhöhe, auch unter Berücksichtigung der übrigen regionalen Versorgungsstrukturen, erarbeitet. Der Strukturplan 2025 weist neben der Investitions- und Strukturplanung auch die wirtschaftliche Entwicklung und Finanzierung der geplanten Maßnahmen aus. Zur Realisierung der geplanten Leistungsentwicklung im Zeitraum bis 2025 wird diese mit Investitionen in Höhe von ca. 55 Mio. EUR untermauert.

Im Rahmen dieser Investitionen werden insoweit auch weitere Baumaßnahmen umgesetzt, die in den kommenden Jahren neben der Schaffung moderner Bettenstrukturen ebenfalls die Sanierung und Erweiterung des OP-Traktes, inkl. Hybrid-OP, beinhalten. Weitere Investitionen sind bis zum Jahr 2025 in den Bereichen der IT sowie der Medizintechnik geplant. Darüber hinaus werden auch noch weitere Gebäudeteile saniert und kundenorientiert modernisiert werden. Im Jahr 2019 wurde bereits ein zweiter Herzkatheter-Messplatzes für die Erweiterung der Kardiologie errichtet und in Betrieb genommen. Für das Jahr 2020 sind Investitionen in die OP-Sanierung und die Schaffung von modernen Bettstrukturen vorgesehen mit einem eingeplanten Investitionsvolumen für Immaterielle Vermögensgegenstände sowie Einrichtung und Ausstattung rd. 2,0 Mio. EUR. Neben dem Einsatz von Fördermitteln in Höhe von rd. 0,9 Mio. EUR ist eine Finanzierung von 5,2 Mio. EUR über Eigenmittel vorgesehen. Insgesamt beurteilt die Geschäftsführung die wirtschaftliche Lage im Jahr 2020 aufgrund der derzeitigen Rahmenbedingungen als weiterhin schwierig. Die wirtschaftlichen Auswirkungen infolge der Corona-Krise lassen sich derzeit noch nicht ausreichend absehen. Insgesamt ist es das Ziel, den Strukturplan 2025 weiterzuverfolgen, die medizinische Strukturplanung fortzuführen und die künftige organisatorische und prozessuale Struktur zu entwickeln.

Weitere Investitions- und Baumaßnahmen sind für die kommenden Jahre geplant, ebenso die wirtschaftliche Entwicklung bis zum Jahr 2025. Die weitere Planung berücksichtigt u. a. folgende Aspekte:

- Weitere Ausrichtung auf die Stiftung von Patientennutzen mit Fokussierung auf eine unbefangene Prozessorientierung
- Ausbau und Aufbau von medizinischen Leistungsbereichen und die damit verbundene Bildung von Zentren
- bauliche Investitionen in die Schaffung moderner Bettstrukturen sowie die Sanierung und Erweiterung des Zentral-OPs sowie allgemeine Instandhaltungsmaßnahmen
- Investitionen in den IT-Bereich und der damit verbundenen weiteren Digitalisierung zur Unterstützung der Prozesse
- weitere Investitionen im Bereich der Medizintechnik
- die dargestellten Investitionsmaßnahmen haben bis zum Jahr 2025 ein Gesamtvolumen von 55 Mio. EUR

Diese richtungsweisende Entscheidung mit dem Strukturplan 2025 wird die mittel- und langfristige Weiterentwicklung des Unternehmens nachhaltig positiv beeinflussen.

Risiken

Das Jahr 2020 sah den Aus- und Aufbau einzelner Leitungsbereiche vor. Im Rahmen der Umsetzung des Strukturplans wurde das medizinische Portfolio des Rhein-Maas Klinikums bereits um wichtige Schwerpunkte erweitert und bestehende Leistungsbereiche weiter gestärkt. Zur Weiterentwicklung der medizinischen Versorgungsstruktur gilt es, die medizinische Strategie im Wettbewerb der regionalen Leistungsanbieter weiter zu strukturieren, zu planen und umzusetzen. In diesem Zuge sollen das bestehende Leistungsspektrum weiter ausgebaut und neue Geschäftsfelder erschlossen werden. Mögliche Risiken können sich dadurch ergeben, dass die geplanten Leistungszahlen und somit die damit verbundenen Erlöse nicht in der erwarteten erreicht werden können, weil z. B. benachbarte Krankenhäuser ein ähnliches Leistungsportfolio anbieten und damit den Wettbewerb weiter verstärken. Risiken ergeben sich auch aus Gesetzes- und Rechtsänderungen, deren Auswirkungen derzeit nicht absehbar sind, häufig jedoch aber kurzfristig wirksam werden. Darüber hinaus halten die in den letzten Jahren stark zugenommene Prüftätigkeit des Medizinischen Dienstes mit Rechnungs- und Strukturprüfungen sowie medienwirksame Kampagnen seitens der Kostenträger zur Kostendämpfung im Krankenhaussektor weiter an. In der am 06. Oktober 2018 vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) erlassenen „Verordnung zur Festlegung von Pflegepersonaluntergrenzen in pflegeintensiven Bereichen in Krankenhäusern (Pflegepersonaluntergrenzenverordnung – PpUGV)“ wurden sechs pflegeintensive Bereiche im Krankenhaus benannt: Geriatrie, Herzchirurgie, Intensivmedizin, Kardiologie, Neurologie und Unfallchirurgie. Von diesen Fachbereichen weist das Rhein-Maas Klinikum nur die Herzchirurgie nicht auf. Eine Nichteinhaltung der Pflegepersonaluntergrenzen wird mit Sanktionen behaftet. Derzeit befasst sich das InEK mit der Weiterentwicklung der Pflegepersonaluntergrenzen. Es ist davon auszugehen, dass die pflegeintensiven Bereiche weiter ausgeweitet werden, mit entsprechenden Implikationen auch für das Rhein-Maas Klinikum. Die Einführung der Pflegepersonaluntergrenzen wird die Lage auf dem Personalmarkt weiter verschärfen, da alle Krankenhäuser die Suche nach examinierten Pflegekräften weiter intensivieren werden. Eine wesentliche

zukünftige Herausforderung werden somit die Bindung des bestehenden Pflegepersonals sowie die Akquise von neuen Pflegekräften sein. Im Bereich der Personalaufwendungen wurden Kostensteigerungen für den TV-Ärzte und den nicht ärztlichen Bereich TVöD in den Erfolgsplan mit 2,5 % eingeplant. Die Forderung höherer Tarifsteigerungen stellt ein erhebliches Risiko gegenüber den im Wirtschaftsplan einkalkulierten Mehraufwendungen dar. Im Bereich der Sachaufwendungen kann es insbesondere im Bereich von IT-Dienstleistungen im Zuge des weiteren Ausbaus der IT-Infrastruktur des Krankenhauses zu Kostensteigerungen kommen. Weitere Kostensteigerungen werden infolge der Corona-Krise und des damit verbundenen steigenden Materialaufwandes erwartet. Risiken ergeben sich auch durch die bauliche und technische Altersstruktur des Krankenhauses. Unvorhersehbare Ausfälle und Störungen erfordern oftmals hohe Ersatzinvestitionen und Instandsetzungsmaßnahmen, teilweise kurzfristig. Zur Umsetzung des Strukturplans 2025 bedarf es der Durchführung von weiteren umfangreichen Baumaßnahmen. Insbesondere ist die Sanierung des Zentral-OPs mit der damit verbundenen Errichtung von neuen OP-Sälen in den nächsten Jahren dringend erforderlich. Weiterhin ist die Schaffung neuer Bettenkapazitäten verbunden mit einer Verbesserung der Unterbringungsqualität und der Schaffung einheitlicher Unterbringungsstandards ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Zukunft. Aufgrund der bereits erwähnten unzureichenden Investitionsförderung durch das Land NRW können sich hieraus Finanzierungsrisiken ergeben. Mögliche Risiken können sich zudem aus überplanmäßigen Kostenentwicklungen für die geplanten Bau- und Investitionsmaßnahmen ergeben. Zur Finanzierung dieser Baumaßnahmen und Investitionen sind neben der Aufnahme von Darlehen auch die Verwendung von Eigenmitteln und Mitteln aus der Baupauschale und den Pauschalen Fördermitteln in die Finanzierung eingeplant worden. Im Zuge der Corona-Krise lassen sich die wirtschaftlichen Auswirkungen auf das Rhein-Maas Klinikum kaum absehen. Mit Blick auf das Krankenhausentlastungsgesetz hat die Politik klar signalisiert, dass man die Krankenhäuser in dieser schweren Phase finanziell unterstützen werde. Vor diesem Hintergrund und auf Basis erster Überschlags- und Prognoserechnungen kann derzeit zwar davon ausgegangen werden, dass das Rhein-Maas Klinikum ein positives Jahresergebnis erreichen wird und insbesondere die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft und deren Bestand in 2020 nicht gefährdet wird. Dies setzt u. a. voraus, dass die von der Bundesregierung und dem Land NRW eingeleiteten Maßnahmen zu finanziellen Ausgleichen die im Zuge der Corona-Krise eintretenden Erlösausfälle kompensieren. Unsicherheiten – insbesondere auch hinsichtlich des Wiederanfahrens des „normalen“ Leistungsgeschehens in der Zeit mit noch aktiv bestehenden Infektionsrisiken mit dem COVID-19-Virus-Risiko – bleiben aber weiterhin bestehen. Wie bereits im Vorjahr wird aufgrund der bestehenden Unsicherheiten, der Vielzahl an erforderlichen und eingeleiteten Maßnahmen und des umfangreichen Investitionsvolumens ein engmaschiges Controlling über die wirtschaftliche Entwicklung durchgeführt, welches durch die Knappschaft Kliniken GmbH, mit der das Rhein-Maas Klinikum über einen Managementvertrag verbunden ist, intensiv begleitet wird.

Chancen

Gute Chancen für eine positive Entwicklung werden durch den Ausbau und die Stärkung der Leistungsschwerpunkte gesehen. Zudem können die im Jahr 2019 neu besetzten Chefarztpositionen – bei aller Einschränkung durch die Corona-Pandemie – in den Kliniken für Pneumologie, Geriatrie, Thoraxchirurgie und Gefäßchirurgie sich ganzjährig positiv auf die Entwicklung im Jahr 2020, vor

allem aber dann auch über das Jahr 2020 hinaus, auswirken. Zielsetzung ist der weitere Ausbau und die weitere Spezialisierung einzelner Leistungsbereiche des Rhein-Maas Klinikums. Mit der Neubesetzung der Chefarztpositionen kann das medizinische Profil der einzelnen Leistungsbereiche weiter geschärft und die jeweiligen Kliniken weiter ausgebaut werden, was sich bereits in 2019 gezeigt hat. Insbesondere die Klinik für Geriatrie hat unter Berücksichtigung des Fachabteilungsspektrums, potenzieller Versorgungsketten innerhalb der Klinik und aufgrund der Demographie sehr gute Entwicklungsmöglichkeiten. Mit dem allgemeinen Aus- und Aufbau von medizinischen Leistungsbereichen kann sich das Rhein-Maas Klinikum als Schwerpunkt Krankenhaus in einigen Bereichen im Krankenhausmarkt weiter von den Mitbewerbern abgrenzen. Im Strukturplan 2025 wird das künftige medizinische Leistungsportfolio dargelegt. Eine transparente und schlüssige medizinische Versorgungsstruktur verbunden mit einer klaren Abgrenzung zwischen den einzelnen Kliniken sind wichtige Bausteine des Strukturplans 2025. Die einzelnen Kliniken können ihr eigenes Klinikprofil auf diese Weise klarer – und damit auch nach außen besser – darstellen. Eine weitere große Chance für das Rhein-Maas Klinikum stellen die bis zum Jahr 2025 geplanten Investitionsmaßnahmen dar. Mit den Investitionen in neue Bettstrukturen können einheitliche Unterbringungsstandards etabliert werden und sich das Krankenhaus auf dem Markt wettbewerbsfähiger aufstellen. Die Sanierung und Erweiterung des Zentral-OPs stellt einen wichtigen Schritt in die Zukunft dar, da durch den Umbau moderne OP-Strukturen und entsprechend optimale Prozessstrukturen geschaffen werden können. Die Planungen für diese Baumaßnahmen wurden bereits gestartet. Die Etablierung von iMedOne sowie SAP und die damit verbundene Digitalisierung der Prozesse und Arbeitsabläufe wird das Rhein-Maas Klinikum zukunftsorientiert aufstellen. Einheitliche Standards können so geschaffen werden und auch die Einführung der Mobilen Dokumentation wird das Krankenhaus im Bereich der IT auf den modernsten Stand bringen. Weitere Digitalisierungsschritte sind für das Jahr 2020, aber auch die folgenden Jahre geplant. Große Potentiale werden in der Optimierung der Prozesse sowie der Abläufe gesehen und der damit verbundene effizientere Ressourceneinsatz. Weitere Einsparungen im Sachbedarf werden sich ganzjährig bei den im Jahr 2019 eingeleiteten Maßnahmen und Projekten ergeben. Zielsetzung ist es, weitere Einsparpotentiale im Jahr 2020 zu realisieren und in die weitere Umsetzung zu bringen. Zudem werden weitere Optimierungsprojekte im Verbund der Knappschaft Kliniken angestoßen. Durch die zuvor aufgeführten Maßnahmen sieht die Geschäftsführung sowohl in medizinischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht gute Chancen für eine positive Entwicklung der Gesellschaft, wobei die unter den Risiken aufgezeigten Auswirkungen infolge der Corona-Krise sich für das Rhein-Maas Klinikum nur schwer absehen lassen.

RMK-Service GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Service-Leistungen aller Art für die Rhein-Maas Klinikum GmbH und anderen mit ihr verbundenen Unternehmen im Sinne der §§ 15 AktG. Darüber hinaus darf sie die gastronomischen Verpflegungseinrichtungen aller Art in der Rhein-Maas Klinikum GmbH bewirtschaften und betreiben. Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung dienlich erscheinen. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen, die dem vorgenannten Zweck dienen, zu beteiligen und deren Geschäftsführung zu übernehmen. Die Gesellschaft ist ferner berechtigt, Zweigniederlassungen im In- und Ausland zu errichten.

Öffentliche Zwecksetzung

Es handelt sich beim Gesundheitswesen um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse als nichtwirtschaftlich zulässige Betätigung nach der Gemeindeordnung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so muss dieser gleichzeitig Geschäftsführer der Rhein-Maas Klinikum GmbH sein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, muss einer der Geschäftsführer gleichzeitig Geschäftsführer der Rhein-Maas-Klinikum GmbH sein, dieser ist stets einzelvertretungsberechtigt.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern, die durch Gesellschafterbeschluss bestellt oder abberufen werden. Die Amtszeit des Aufsichtsrates ist identisch mit der Wahl des Städteregionstages der StädteRegion Aachen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates bleiben bis zur Entsendung des Nachfolgers im Amt.

Gesellschafterversammlung:

Die Rhein-Maas Klinikum GmbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung kraft Gesetzes durch ihre Geschäftsführung vertreten, die für ihr Abstimmungsverhalten zuvor einen Beschluss des Aufsichtsrates der Rhein-Maas Klinikum GmbH einholen muss. Dem Städteregionstag wird das Recht eingeräumt, als Vertreter in die Gesellschafterversammlung die Geschäftsführung der Rhein-Maas Klinikum GmbH zu bestellen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: René A. Bostelaar (bis 24.01.2019)
Olivier Weitz (ab 25.01.2019)

Vertretung der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Axel Hartmann (bis 31.01.2019)	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
	Gregor Jansen (ab 01.02.2019)	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
	Peter Timmermanns	Städteregionstagsmitglied
	Doris Harst	Städteregionstagsmitglied

Vertretung der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Keine Vertretung der StädteRegion Aachen in der Gesellschafterversammlung.

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 25.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Rhein-Maas-Klinikum GmbH	<u>25.000</u>	<u>100</u>
	25.000	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2017	2018	2019
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	59.328	46.815	33.446
I. Sachanlagen	59.328	46.815	33.446
B. Umlaufvermögen	582.561	919.358	1.114.883
I. Vorräte	29.836	56.143	14.449
II. Forderungen / sonst. VG	217.087	112.034	293.442
III. Kassenbestand, Guthaben	334.641	751.181	806.992
Bilanzsumme Aktiva	641.891	966.173	1.148.329
 A. Eigenkapital	 28.418	 54.613	 74.665
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II. Gewinnvortrag	-23.395	3.418	29.613
III. Jahresüberschuss	26.812	26.195	20.052

B. Rückstellungen	447.979	526.025	630.872
C. Verbindlichkeiten	165.495	385.535	442.792
Bilanzsumme Passiva	641.891	966.173	1.148.329

Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2018	2019
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	6.264.602	5.664.588	4.535.226
Materialaufwand	1.661.017	1.514.867	994.385
Personalaufwand	3.748.568	3.342.211	2.730.023
Sonst. betriebl. Aufwendungen	818.908	759.622	694.413
Jahresüberschuss	26.812	26.195	20.052

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Vollkräfte im Jahresdurchschnitt	154	128	102

Indikatoren zur Vermögens- Fi- nanz- und Ertragslage	2017	2018	2019
	in %	in %	in %
Anlagenintensität	9,2	4,8	2,9
Eigenkapitalquote	4,4	5,7	6,5
Liquidität 1. Grades	54,7	82,4	70,3
Umsatzrentabilität	0,43	0,46	1,0

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine unmittelbaren Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen. Zwischen der RMK-Service GmbH und ihrer Mutter Rhein-Maas Klinikum GmbH bestehen vielfältige Leistungsbeziehungen, die in einem Rahmendiensteleistungsvertrag, einem Geschäftsbesorgungsvertrag, einem Mietvertrag, einer Vereinbarung über den Personaleinsatz und verschiedenen Dienstleistungsverträgen geregelt sind.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft ist als Service GmbH der Alleingesellschafterin Rhein-Maas Klinikum GmbH, abhängig von deren Entwicklung. Sie ist somit mittelbar abhängig von der Entwicklung des Krankenhausmarktes im Allgemeinen und im Speziellen in der Region Aachen.

Lage der Gesellschaft

Die RMK-Service GmbH erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2019 einen Jahresüberschuss in Höhe von 20 TEUR. Das im Vorjahr erzielte Ergebnis von 26 TEUR wurde insoweit unterschritten.

Im Bereich des operativen Geschäftes der RMK-Service GmbH verlief das Geschäftsjahr erfolgreich. Die Umsatzerlöse waren im Vergleich zum Vorjahr von 5.661 TEUR auf 4.534 TEUR gesunken. Im gleichen Zeitraum sind die Lebensmittelaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um –455 TEUR gesunken. Dies hängt mit der Umstrukturierung der Speiserversorgung durch das Rhein-Maas-Klinikum ab September 2019 zusammen. Die Personalaufwendungen verzeichneten im Vergleich zum Geschäftsergebnis des Vorjahres einen Rückgang um –612 TEUR. Die Instandhaltungen konnten gegenüber dem Vorjahresergebnis um –4 TEUR gemindert werden.

Analyse der Vermögenslage

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31.12.2019 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31.12.2018 gegenüber gestellt. Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet. Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen:

	31.12.2019		31.12.2018		Veränderung	
	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>	<u>%</u>
Vermögensstruktur						
Langfr. gebundenes Vermögen	33	2,9	47	4,9	–14	–29,8
Kurzfristiges Vermögen	<u>1.115</u>	97,1	<u>919</u>	95,12	<u>196</u>	21,3
Gesamtvermögen	<u>1.148</u>	100	<u>966</u>	100	<u>182</u>	18,8
Kapitalstruktur						
Langfristig verfügb. Kapital	75	6,5	55	5,7	20	36,4
Kurzfr. Verfügbares Kapital	<u>1.073</u>	93,5	<u>911</u>	94,3	<u>162</u>	17,8
Gesamtvermögen	<u>1.148</u>	100	<u>966</u>	100	<u>182</u>	18,8

Analyse der Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind im Berichtsjahr 2019 von 5.661 TEUR auf 4.534 TEUR gefallen. Dabei setzte sich der Umsatz wie folgt zusammen:

Verpflegung	TEUR	2.544
Reinigung	TEUR	1.181
Hol- und Bringendienste	TEUR	154
Sonstige Dienstleistungen	TEUR	524
<u>Sonstige Umsatzerlöse</u>	<u>TEUR</u>	<u>131</u>
Gesamt	TEUR	4.534

Die Verringerung des Umsatzes von insgesamt – 1.127 TEUR (= – 19,91%) resultiert überwiegend aus dem Wegfall der Erträge aus Pflegedienstleistungen, da die Mitarbeiter in die Muttergesellschaft übergeleitet wurden. Die Personalkosten verringern sich gegenüber dem Vorjahr um – 612 TEUR. Ursächlich ist hierfür die Reduzierung der Kosten um – 293 TEUR im klinischen Hauspersonal und die Reduzierung der Kosten im Wirtschafts- und Versorgungsdienst um – 262 TEUR gegenüber dem Vorjahr. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2019 wurde das Ergebnis um 4 TEUR auf 20 TEUR übertroffen. Der Ansatz im Wirtschaftsplan wurde bei den Erträgen aus klinischem Hauspersonal um –265 TEUR, bei den Erträgen aus Hol- und Bringdiensten um –262 TEUR und bei den Pfortendienstleistungen um –77 TEUR unterschritten. Bei den Erträgen aus Pflege- und med. technischer Dienst wurde der Ansatz um –108 TEUR überschritten. Es ergeben sich im Lebensmittelbereich Minderaufwendungen in Höhe von –465 TEUR. Die Personalaufwendungen unterschritten den Planansatz um rd. – 598 TEUR. Dies betrifft in erster Linie das klinische Hauspersonal, den Pfortendienst und den technischen Dienst. Die Aufwendungen für den Verwaltungsbedarf vermindern sich um –47 TEUR gegenüber der Planzahl. Die Aufwendungen im Wirtschaftsbedarf wurden um –95 TEUR unterschritten.

Analyse der Finanzlage

Zur Beurteilung der Finanzlage im Berichtsjahr wurde die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) erstellt:

	2019
	TEUR
Periodenergebnis	20
+ Abschreibungen	+12
+/- Zu-/Abnahme der Rückstellungen	+104
+/- Zu-/Abnahme der Vorräte	+42
-/+ Zu-/Abnahme der Forderungen aus LL	–23
-/+ Zu-/Abnahme der Forder. gegen Gesellschafter/sonst.	–160
+/- Zu-/Abnahme der Verbindl. aus LL	–157
+/- Zu-/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellsch.	+218
= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	+56
– Auszahlungen f. Investitionen in das Anlagevermögen	0

= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	0
– Einzahlungen aus Mittelzufluss der Gesellschafter	
	0
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0
= Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	+56
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	751
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	807

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung einiger wesentlicher Kennzahlen im Verlauf der letzten 5 Geschäftsjahre:

	2015	2016	2017	2018	2019
Anlagenintensität (in %)	3,4	2,6	9,2	4,8	2,9
Eigenkapitalquote (in %)	0,0	0,3	4,4	5,7	6,5
Liquidität 1. Grades (in %)	43,0	74,0	54,7	82,4	70,3
Liquidität 3. Grades (in %)	86,0	97,7	95,0	94,7	97,1
Working Capital (in TEUR)	–83	–14	–31	+8	0
Umsatzrentabilität (in %)	1,13	1,06	0,43	0,46	1,0

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft

Aufgrund der positiven Entwicklung in den letzten Jahren kann unter der Annahme von stabilen externen Faktoren von einer Fortführung der Gesellschaft ausgegangen werden. Hierfür spricht auch der im Wirtschaftsplan 2020 prognostizierte Jahresüberschuss von 78 TEUR, der durch die Hochrechnung der ersten Monate des Jahres 2020 leicht unterschritten wurde. Der Wirtschaftsplan berücksichtigt die Auswirkungen des Coronavirus nicht. Da die Auswirkungen zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes nicht sinnvoll prognostizierbar sind, wurde der Wirtschaftsplan dahingehend auch nicht angepasst. Die aktuellen Entwicklungen aufgrund des Coronavirus haben dazu geführt, dass das Bistro bis auf weiteres geschlossen werden musste. Dies wird zu Umsatzverlusten sowie zu einem geringeren Gewinn der Gesellschaft führen. Derzeit sind keine weiteren konkreten Risiken für die Gesellschaft erkennbar. Eine mögliche Gefährdung des Unternehmens kann zum Beispiel durch Streikmaßnahmen oder ähnliche wesentliche Beeinträchtigungen eintreten. Unter der Voraussetzung, dass solche negativen Ereignisse die RMK-Service GmbH nicht treffen werden, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Gesellschaft im kommenden Jahr weiterhin positiv entwickeln wird.

Parkplatz Marienhöhe GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Erweiterung und insbesondere der Betrieb von Parkflächen, die für den Betrieb des Medizinischen Zentrums StädteRegion Aachen am Standort Marienhöhe in Würselen unter Berücksichtigung des vorhandenen Bedarfes an Stellflächen erforderlich sind. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört die Erledigung aller mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängenden und seinen Belangen dienenden Geschäfte. Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung dieser Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sie erwerben, sie errichten oder sich an ihnen beteiligen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer oder mehrere Geschäftsführer. Die Gesellschaft wird von mindestens zwei Geschäftsführern gemeinsam vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so ist dieser alleine vertretungsberechtigt.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus den jeweiligen Mitgliedern, die der Städteregionstag in den Aufsichtsrat der Rhein-Maas Klinikum GmbH entsandt hat. Eine persönliche Vertretung der Aufsichtsratsmitglieder ist möglich.

Gesellschafterversammlung:

Die StädteRegion Aachen als Alleingesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch bis zu zwei Bevollmächtigte vertreten. Die Stimmabgabe kann nur einheitlich erfolgen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Prof. Dr. Axel Thomas

Vertretung der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Dr. Tim Grüttemeier	Städteregionsrat
	Carl Meulenbergh	sachkundiger Bürger
	Peter Timmermanns	Städteregionstagsmitglied
	Wolfgang Wetzstein	sachkundiger Bürger
	Doris Harst	Städteregionstagsmitglied
	Martin Peters	Städteregionstagsmitglied

Vertretung der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Gregor Jansen	Allg. Vertreter
Peter Timmermanns	Städtereiontagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 50.000 DM

Gesellschafter:	Anteil in DM	Anteil in %
StädteRegion Aachen	50.000 DM	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2017 – in € –	2018 – in € –	2019 – in € –
A. Anlagevermögen	703.830	824.753	935.468
I. Imm. Vermögensgegenst.	0	0	0
II. Sachanlagen	703.830	824.753	935.468
B. Umlaufvermögen	317.789	267.333	309.735
I. Forderungen / sonst. VG	19.737	4.201	11.179
II. Kassenbestand, Guthaben	298.052	263.132	298.556
Bilanzsumme Aktiva	1.021.619	1.092.087	1.245.203

A. Eigenkapital	938.899	1.029.263	1.146.221
I. Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565	25.565
II. Kapitalrücklage	124.489	124.489	124.489
III. Gewinnrücklage	660.448	768.845	858.845
IV. Gewinnvortrag	0	0	364
V. Jahresüberschuss	128.397	110.364	136.958
B. Rückstellungen	46.605	10.698	39.572
C. Verbindlichkeiten	28.402	42.882	46.811
D. Rechnungsabgrenzungsposten	7.713	9.244	12.600
Bilanzsumme Passiva	1.021.619	1.092.087	1.245.203

Gewinn- und Verlustrechnung:	2017 – in € –	2018 – in € –	2019 – in € –
Umsatzerlöse	316.539	305.311	359.204
Personalaufwand	19.965	16.769	34.870
Materialaufwand	43.203	48.301	49.797

Abschreibungen	42.976	42.949	43.763
sonst. betriebl. Aufwendungen	29.199	31.165	30.310
Steuern vom Einkommen und Ertrag	63.624	54.870	68.195
Ergebnis nach Steuern	128.459	111.260	137.854
Jahresüberschuss n. Steuern	128.397	110.364	136.958

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiter/innen	1	1	2

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2017	2018	2019
	in %	in %	in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	68,89	75,52	75,13
Eigenkapitalquote	91,90	94,25	92,05
Anlagendeckungsgrad I	1,33	1,25	1,23
Liquidität 1. Grades	825,29	504,8	502,5
Eigenkapitalrentabilität	20,46	16,14	17,98

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist als Alleingesellschafterin der Gesellschaft hinsichtlich der Ergebnisverwendung verantwortlich. Für das Geschäftsjahr 2019 hat die StädteRegion Aachen im Haushaltsjahr 2020 eine Gewinnausschüttung in Höhe von 20.000,00 € (brutto) der Parkplatz GmbH erhalten. Die Parkplatz Marienhöhe GmbH hat bis Ende 2019 Geschäftsbesorgungsleistungen der RMK GmbH in Anspruch genommen. Hierbei handelt es sich um die Finanz- und Anlagenbuchhaltung sowie Leistungen in den Bereichen Beschaffung, Verwaltung, Technik und Pflege der Außenanlagen für die Parkplatz Marienhöhe GmbH. Diese Leistungen wie auch Gemeinkosten werden der Parkplatz Marienhöhe GmbH von der Rhein-Maas Klinikum GmbH in Rechnung gestellt. Mit Datum vom 20.08.2004 wurde dazu eine Vereinbarung zwischen den Gesellschaften abgeschlossen.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Gegenstand des Unternehmens ist die bedarfsgerechte Errichtung, die Erweiterung und insbesondere der Betrieb von Parkflächen, die für den Betrieb des Rhein-Maas Klinikums am Standort Marienhöhe in Würselen wichtig sind. In der Vorhaltung der Parkflächen für den Krankenhausbetrieb liegt der öffentliche Zweck der Gesellschaft.

Diesem Gesellschaftszweck kommt die Parkplatz Marienhöhe GmbH seit ihrer Gründung im Jahr 1998 nach.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Die Entwicklung der Gesellschaft ist weitgehend unabhängig von der der Volkswirtschaft. Die marktliche Akzeptanz der räumlich unmittelbar an das Rhein-Maas Klinikum angrenzenden Parkplätze ist bei den unterschiedlichen Nutzergruppen erfreulich. Zu den Nutzergruppen gehören ambulante und stationäre Patienten, Angehörige und Besucher sowie Beschäftigte des Krankenhauses. Die Kundengruppen sind also diversifiziert. Gleichwohl besteht eine positive Korrelation zwischen den Patientenzahlen im Krankenhaus und dem Auslastungsgrad des Parkraumangebotes. Seit der Zentralisierung und Fokussierung des Krankenhauses auf den Standort Marienhöhe stellt die Gesellschaft mindestens temporär einen Nachfrageüberschuss fest.

In Summe stehen für alle vorgenannten Nutzergruppen als Angebot der Gesellschaft etwas mehr als 350 Stellplätze zur Verfügung.

Die Entwicklung der Gesellschaft konnte die Auslastung und die daraus resultierenden Umsätze sprunghaft steigern. Unter ansonsten gleichbleibenden Rahmenbedingungen erwirtschaftete die Gesellschaft einen Umsatz von ca. 359 T€. Das ist eine Steigerung von ca. 54 T€ bzw. 17%. Die Personalkosten stiegen von ca. 17 T€ auf ca. 35 T€. Der Materialaufwand, die Abschreibungen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen veränderten sich im Zeitablauf nur unwesentlich. Aus dem höheren Ergebnis vor Steuern resultieren auch deutlich höhere Belastungen mit Ertragsteuern. Wurden im Jahr 2018 noch ca. 54 T€ an Steuern vom Einkommen und Ertrag entrichtet, stieg dieser Aufwand um ca. 14 T€ im Berichtsjahr 2019 auf dann mehr als 68 T€ an. Das Jahresergebnis nach Steuern konnte von ca. 111 T€ auf 137 T€ gesteigert werden. Die Steigerung des Jahresüberschusses beträgt ca. 24% gegenüber dem Vorjahr.

Unter Einbeziehung des Jahresüberschusses steigt die Eigenkapitalausstattung von 1,04 Mio. € auf dann 1,14 Mio. € an. Die Eigenkapitalquote an der Bilanzsumme von 1,25 Mio. € ist damit überdurchschnittlich. Sie ist aber an den Investitionsabsichten (Bau eines Parkhauses) zu relativieren.

Die in 2019 vorgenommenen Investitionen der Gesellschaft betrafen mit rd. 130 T€ die Planungs- und Bauvorbereitungskosten des neuen Parkhauses. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen erhöhte sich das Anlagevermögen um rd. 110 T€ auf 935 T€.

Die Stichtagsliquidität zum Jahresultimo betrug 298 T€ (nach zuvor 263 T€). Bankverbindlichkeiten bestehen zum Berichtszeitpunkt 31.12.2019 nicht.

Prognosebericht inklusive Chancen- und Risikobericht:

Für das Jahr 2020 wird nicht mit einem positiven Geschäftsverlauf zu rechnen sein. Der bisherige Parkplatz, auf dem das Parkhaus entstehen wird, ist zum Jahresanfang geschlossen worden. Dementsprechend entfallen umsatzbringende Parkplätze. Der bisherige Parkraum im übrigen Gelände wurde erweitert durch Pachtvorgänge. Mehraufwand und Mehrertrag gleichen sich hier im Modell aus. Allerdings führt die Pandemie (Stichwort Corona Virus) dazu, dass diese Flächen nicht frequentiert werden. Patientenzahlen und Patientenbesucherzahlen sind weit weniger stark ausgeprägt als dies planerisch zum Jahresende 2019 angenommen wurde. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes ist noch keine Änderung im Sinne einer Besserung dieses Zustandes in Sicht. Die Geschäftsführung geht folglich von einem Jahresfehlbetrag in derzeit nicht abschätzbarer Höhe aus. Die geplanten Fixkosten der Gesellschaft liegen bei ca. 160 T€. Die Höhe der Umsätze, die Deckungsbeiträge darstellen, kann derzeit nicht beziffert werden.

Der Zuschlag zum Parkhausbau wurde von Seiten des RMK an einen Generalunternehmer bereits im November 2018 erteilt. Im Jahr 2019 musste das Projekt einen tiefgreifenden Überarbeitungsprogramm in rechtlicher, wirtschaftlicher und technischer Hinsicht unterzogen werden, was Zeit in Anspruch nahm. Der Beginn der Bauarbeiten im Sinne der bauvorbereitenden Tiefbauarbeiten erfolgte im Februar 2020.

Wie überwiegend bei baulichen Infrastruktur-Großprojekten in Quartieren ist das Risiko realiter eingetreten, dass es aufgrund von mangelnder Akzeptanz der Nachbarschaft zu rechtlichen Anfechtungen des Bauvorhabens gekommen ist. Ob und wie umfangreich zeitliche Verzögerungen und mit einem Klageverfahren einhergehende Kostenfolgen eintreten, kann derzeit nicht sicher prognostiziert werden. Die Nachbarschaft hat Klage vor dem Verwaltungsgericht Aachen eingereicht, die sich primär gegen die Stadt Würselen als Baugenehmigungsbehörde richtet.

In Bezug auf die wirtschaftlichen Chancen und Risiken, die sich aus dem zu 100% kreditfinanzierten Neubau ergeben, sind zwei Dimensionen von Bedeutung: Erstens kann es nach Fertigstellung und Inbetriebnahme zu negativen Planabweichungen im Hinblick auf die Parkhausnutzung und die damit einhergehenden Umsätze kommen. Die Frage nach Parkraum an einem Krankenhaus ist stets eine abgeleitete Nachfrage. Maßgeblich bestimmender Faktor ist die Zahl der ambulanten und stationären Patientinnen und Patienten. Aus dieser Frequenz ergibt sich der Umfang der Beschäftigten bzw. der Besucher. Insofern ist das wirtschaftliche Ergebnis der Zukunft unter anderem vom Erfolg des Krankenhauses abhängig.

Zweitens bleibt abzuwarten, ob das Projekt budgetkonform fertiggestellt und auch budgetkonform betrieben werden kann oder nicht. Derzeit geht die Geschäftsführung davon aus, dass das Projektvolumen ca. 6,5 Mio. € betragen wird, was zu einem bedeutenden Kapitaldienst in den nächsten Jahren führen wird.

Die Finanzarchitektur für den Neubau wurde nun verbindlich vereinbart. Die an die aktuelle Investitionssumme angepasste Bürgschaft der Städteregion Aachen war hierbei das wesentliche Element der Finanzierung. Auf der Basis dieser Bürgschaft wurde eine Zinsbindungsdauer von 20 Jahren ausgewählt, um das derzeit günstige Zinsniveau zu konservieren und damit für erhöhte Kalkulationssicherheit zu sorgen. Die nachhaltige Ergebnisentwicklung hatte hierbei deutlichen Vorrang gegenüber einer kurzfristig orientierten Gewinnerzielungsabsicht.

Ein modernes und nachhaltiges Parkhaus verbessert die Akzeptanz des Krankenhauses und wertet es insgesamt auf. Unter den getroffenen Annahmen und auf der Basis der fachlichen Prognosen sowie der städtebaulichen Entwicklungen in der Mikrolage geht die Geschäftsführung unverändert davon aus, dass der Parkhausneubau beginnend mit dem Geschäftsjahr 2021 für Steigerungen der Umsätze und der Zukunftsergebnisse sorgen wird und mindestens mittelfristig zu einer Weiterentwicklung der Gesellschaft beiträgt.

Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen

Aufgaben / Beteiligungsziele

Das Senioren- und Betreuungszentrum in Eschweiler ist eine öffentliche Einrichtung der StädteRegion Aachen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt und die als Sondervermögen der StädteRegion nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und den Bestimmungen dieser Betriebssatzung geführt wird. Zweck der Einrichtung ist es, alten und pflegebedürftigen Menschen in ihrer häuslichen Umwelt Unterstützung zukommen zu lassen oder als Lebensraum zu dienen. Bis Ende 2008 war das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler eine rein vollstationäre Pflegeeinrichtung mit 240 Plätzen. Seit 2009 wird die Umsetzung eines in 2007 aufgrund von sich ändernden demographischen Entwicklungen und finanziellen Voraussetzungen im Pflegebereich erstellten zukunftsorientierten Wohn- und Nutzungskonzeptes für das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen betrieben. Dieses innovative Modell sieht die sukzessive Renovierung der mittlerweile 35 Jahre alten Gebäudeteile sowie die Entwicklung eines mehrstufigen Angebotes in den Bereichen vollstationäre Pflege, ambulante Pflege, Tagespflege und betreutem Wohnen vor.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler ist eine öffentliche Einrichtung der StädteRegion Aachen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt und die als Sondervermögen der StädteRegion nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und den Bestimmungen einer Betriebssatzung geführt wird. Zweck der Einrichtung ist es, alten und pflegebedürftigen Menschen in ihrer häuslichen Umwelt Unterstützung zukommen zu lassen oder als Lebensraum zu dienen. Das SBZ besitzt als Einrichtung der StädteRegion Aachen auf dem Gebiet des Sozialwesens keine eigene Rechtspersönlichkeit. Es stellt ein so genanntes „nichtwirtschaftliches Unternehmen“ i.S.v. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW dar.

Organe des Sondervermögens

Verwaltungsleitung:

Zur Leitung der Einrichtung wird ein Verwaltungsdirektor bestellt. Der Eigenbetrieb wird von dem Verwaltungsdirektor selbständig geleitet, soweit nicht durch die Kreisordnung, die Gemeindeordnung, die Eigenbetriebsverordnung und die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Dem Verwaltungsdirektor obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung. Der Verwaltungsdirektor ist dafür verantwortlich, dass die Einrichtung wirtschaftlich geführt wird und ihre soziale Aufgabe erfüllt.

Verwaltungsausschuss:

Der Verwaltungsausschuss besteht aus 18 Mitgliedern. Werden in den Verwaltungsausschuss sachkundige Bürgerinnen/Bürger gewählt, so haben sie die gleiche Rechtsstellung wie die übrigen Ausschussmitglieder, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen. Wer durch seine berufliche Tätigkeit in regelmäßigen Geschäftsbeziehungen oder im Wettbewerb mit der Einrichtung steht oder für Einrichtungen tätig ist, auf die die vorstehenden Voraussetzungen zutreffen, darf nicht Mitglied des Verwaltungsausschusses sein. § 7 Abs. 1 der Betriebssatzung enthält einen Katalog der Angelegenheiten, in denen der Verwaltungsausschuss entscheidet. Der Verwaltungsausschuss berät außerdem die Angelegenheiten vor, die vom Städteregionstag zu entscheiden sind. Er entscheidet in den Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Städteregionstags unterliegen, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet. In Fällen äußerster Dringlichkeit kann der Städteregionsrat mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses entscheiden. § 50 Abs. 3 Satz 3 und Satz 4 der Kreisordnung gelten entsprechend. Ist in einer unaufschiebbaren Angelegenheit, die in die Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses fällt, die Entscheidung des Verwaltungsausschusses nicht rechtzeitig möglich, so kann der Städteregionsrat mit dem Vorsitzenden und einem weiteren Mitglied des Verwaltungsausschusses entscheiden. Diese Entscheidung ist dem Verwaltungsausschuss in seiner nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen. Er kann die Entscheidung aufheben, soweit nicht schon durch die Ausführung der Beschlüsse Rechte anderer entstanden sind.

Städteregionstag:

Der Städteregionstag entscheidet in allen Angelegenheiten, die ihm durch die Kreisordnung, die Eigenbetriebsverordnung oder die Hauptsatzung vorbehalten sind.

Städteregionsrat:

Im Interesse der Einheitlichkeit der Verwaltungsführung kann der Städteregionsrat dem Verwaltungsdirektor Weisungen erteilen. Der Verwaltungsdirektor hat den Städteregionsrat über alle wichtigen Angelegenheiten der Einrichtung rechtzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Der Städteregionsrat und der Verwaltungsdirektor haben den Verwaltungsausschuss über alle wichtigen Angelegenheiten der Einrichtung rechtzeitig zu unterrichten. Glaubt der Verwaltungsdirektor nach pflichtgemäßem Ermessen die Verantwortung für die Durchführung einer Weisung des Städteregionsrates nicht übernehmen zu können und führt ein Hinweis auf entgegenstehende Bedenken des Verwaltungsdirektors nicht zu einer Änderung der Weisung, so hat er sich an den Verwaltungsausschuss zu wenden.

Kämmerer der StädteRegion:

Der Verwaltungsdirektor hat dem Kämmerer den Entwurf des Wirtschaftsplanes und des Jahresabschlusses, die Vierteljahresübersichten oder vierteljährlichen Zwischenabschlüsse, die Ergebnisse der Betriebsstatistik und die Selbstkostenrechnungen rechtzeitig zuzuleiten; er hat ihm ferner auf Anforderung alle sonstigen finanzwirtschaftlichen Auskünfte zu erteilen. Vor der Entscheidung über eine Angelegenheit der Einrichtung, die den Haushalt des Kreises berührt, ist der

Kämmerer zu hören. Werden solche Angelegenheiten im Verwaltungsausschuss beraten, so ist er einzuladen.

Besetzung der Organe

Verwaltungsdirektor: Dipl.-Kfm. Bernhard Müller

Mitglieder des Verwaltungsausschusses:

Vorsitzender:	Franz Körlings	Städteregiontagsmitglied
Stellv. Vorsitzender:	Christoph Simon	Städteregiontagsmitglied
	Willi Bündgens	Städteregiontagsmitglied
	Hermann Hartong	Städteregiontagsmitglied
	Christiane Karl	Städteregiontagsmitglied
	Josefine Lohmann	Städteregiontagsmitglied
	René Maaßen	Städteregiontagsmitglied
	Mahnaz Syrus	Städteregiontagsmitglied
	Kunibert Matheis	Städteregiontagsmitglied
	Harro Mies	Städteregiontagsmitglied
	Edith Nolden	Städteregiontagsmitglied
	Margret Roitzsch	Städteregiontagsmitglied
	Albert Borchardt	sachkundiger Bürger
	Horst Felber	sachkundiger Bürger
	Andreas Gebhardt	sachkundiger Bürger
	Herbert Geller	sachkundiger Bürger
	Dagmar Göbbels	sachkundige Bürgerin
	Wolfram Markus	sachkundiger Bürger
	Heinz Theuer	sachkundiger Bürger
	Alexander Tietz-Latza	sachkundiger Bürger

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Sondervermögen der StädteRegion Aachen

Sitz: 52249 Eschweiler

gezeichnetes Kapital: 4.091.000 Euro

Vermögensträger:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	4.091.000	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2017	2018	2019
Bilanz:	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	12.866.225	12.652.905	12.723.509
I. Imm. Vermögensgegenst.	17.699	9.446	3.142
II. Sachanlagen	12.484.526	11.643.459	12.720.367
B. Umlaufvermögen	5.881.428	6.354.878	6.128.759
I. Vorräte	74.742	81.453	98.268
II. Forderungen/sonst. VG	230.406	232.428	235.409
III. Kassenbestand, Guthaben	5.576.280	6.040.997	5.795.082
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.570	4.721	13.421
Bilanzsumme Aktiva	18.752.223	19.012.505	18.865.689
A. Eigenkapital	12.745.061	13.213.332	13.365.769
I. Stammkapital	4.091.000	4.091.000	4.091.000
II. Kapitalrücklagen	617.426	617.426	617.426
III. Gewinnrücklagen	8.006.291	8.036.635	8.476.437
(andere Gewinnrücklagen)			
IV. Jahresüberschuss	1.875	439.802	180.907
B. Rückstellungen	334.233	311.525	309.059
C. Verbindlichkeiten	5.672.928	5.516.117	5.190.860
Bilanzsumme Passiva	18.752.223	19.012.505	18.865.689
	2017	2018	2019
Gewinn- und Verlustrechnung:	- in € -	- in € -	- in € -
* Erträge aus dem Betrieb SBZ	10.835.044	10.687.742	10.801.629
Umsatzerlöse	767.207	782.115	793.520
Zuw. und Zuschüsse Betriebskosten	1.146.857	1.135.891	1.090.915
Sonst. betriebl. Erträge	31.056	102.524	43.413
Materialaufwand	1.749.204	1.809.097	1.861.782
Personalaufwand	8.979.083	8.908.634	9.279.231
Aufwendungen zentrale Dienstleist.	124.133	105.340	109.798
Aufwendungen f. Instandhaltung u.	196.456	412.237	293.522
Instandsetzung			
Jahresüberschuss	1.875	439.802	180.907

* Enthalten sind: Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gem. PflegeVG, Erträge aus Unterkunft und Verpflegung, Erträge aus Transportleistungen nach PflegeVG, Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen und Erlöse vollstationäre Pflege Stufe 0.

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten *	166,27	160,8	161,7

* (berechnet nach Vollkräften/ Personalkosten)

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2017 in %	2018 in %	2019 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	68,6	66,6	67,5
Investitionsquote	0,3	1,6	2,7
Eigenkapitalquote	68,0	69,3	70,8
Anlagendeckungsgrad I	99,1	104,2	105,0
Liquidität 1. Grades	666,9	642,0	656,6
Eigenkapitalrentabilität	0,0	3,5	1,4

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Das Senioren- und Betreuungszentrum als Sondervermögen der StädteRegion Aachen verfügt über keine eigene Rechtsfähigkeit, ist aber sowohl organisatorisch als auch wirtschaftlich selbständig. Sondervermögen werden haushaltsmäßig in Form einer Sonderrechnung behandelt, die als getrennte Rechnung neben dem Haushaltsplan des Vermögensträgers geführt wird. Auch im Haushaltsjahr 2019 hat keine Verbindung zum Städteregionshaushalt dergestalt bestanden, dass vom bzw. zum SBZ Mittel zu- oder abgeflossen sind. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungen der StädteRegion Aachen bestehen nicht.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler ist eine öffentliche Einrichtung der StädteRegion Aachen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt und die als Sondervermögen der StädteRegion nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und den Bestimmungen einer Betriebssatzung geführt wird. Zweck der Einrichtung ist es, alten und pflegebedürftigen Menschen in ihrer häuslichen Umwelt Unterstützung zukommen zu lassen oder als Lebensraum zu dienen. Die Einrichtung wurde im November 1891 gegründet. Sie feierte also bereits ihr 125jähriges Jubiläum. Die genutzten Gebäudeteile wurden im November 1977 neu gebaut, sind also mittlerweile auch schon über 40 Jahre alt. Bis Ende 2008 war das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler eine reinvollstationäre Pflegeeinrichtung mit 240 Plätzen. Seit 2009 wird die Umsetzung eines in 2007 erstellten

zukunftsorientierten Wohn- und Nutzungskonzeptes betrieben, um die Einrichtung strukturell an die sich derzeit schnell ändernden Rahmenbedingungen anzupassen und baulich grundlegend zu modernisieren. Zwischen 2009 und 2011 wurde so ein mehrstufiges Angebot in den Bereichen vollstationärer Pflege, ambulanter Pflege, Tagespflege, Essen auf Rädern und Betreutem Wohnen, geschaffen. Gleichzeitig wurden umfangreiche Baumaßnahmen sukzessive durchgeführt. In 2000 wurde die Eingangshalle neugestaltet. Von 2004 bis 2006 erfolgte die Renovierung des Pflegetraktes A und von 2009 bis 2011 fanden der Umbau und die Aufstockung des Pflegetraktes B statt. Die in 2018 gesetzlich geforderte 1-Bettzimmer-Quote wird seitdem im Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler gewährleistet. Flankiert wurden diese großen Projekte von der Neugestaltung der Cafeteria und des Gemeinschaftssaales sowie diversen Maßnahmen in den Außenanlagen. Da das strategische Ziel, eine qualitativ sehr hochwertige Unterbringung, Versorgung, Betreuung und Pflege anzubieten seit einigen Jahren im Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler verfolgt wird, wurden nicht nur die baulichen inneren und äußeren Rahmenbedingungen verbessert, sondern auch kontinuierlich an der Pflege- und Betreuungsqualität gearbeitet. Dazu beteiligte man sich an vielen Projekten, wie z. B. dem Demenzlabel der Städteregion Aachen, dem Hygiene-Siegel von EuPrevent, dem Ausbau des Qualitätsmanagements, der Einführung hochwertiger Pflegestandards, der Implementierung von Palliativ Care und Hospizgedanken in der Pflegeeinrichtung und vielem mehr. Die personellen Erfordernisse wurden immer eingehalten. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wird intensiv in der Pflege ausgebildet. So konnte das SBZ sich in den letzten Jahren eine Vormachtstellung in der Pflegequalität in der Region erarbeiten. Zudem wirkte die Summe dieser Maßnahmen sich in den letzten Jahren positiv auf den Geschäftsverlauf aus und bestätigt damit die eingeschlagene Qualitätsstrategie. So konnte auch im Geschäftsjahr 2019 wiederum ein positives Jahresergebnis erzielt werden. Insgesamt wurde ein Gewinn in Höhe von 180.906,57 € ausgewiesen. Dabei ist die Gesamtleistung des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen in Eschweiler in 2019 im Vergleich zum Vorjahr minimal gestiegen. So stiegen die Erträge auf 12.686 T€, das ist eine Steigerung von 2019 auf 2018 um rd. 0,6%. Dagegen waren die Erträge bei den ambulanten Pflegeleistungen, bei den Zuschüssen und Zuweisungen zu Betriebskosten und bei den sonstigen betrieblichen Erträgen rückläufig. Die Erträge aus den ambulanten Pflegeleistungen sind um 30 T€ zurückgegangen. In 2018 wurden hier noch 125 T€ eingenommen. In 2019 wurden nur noch 95 T€ an Einnahmen verbucht, dies entspricht einem Rückgang von 24%. Dieser Rückgang der ambulanten Pflegeleistungen ist auf die Einstellung bzw. Reduzierung des ambulanten Pflegedienstes zu rückzuführen. Bei dem ambulanten Pflegedienst hatte man sich zum 01.04.2018 aus der Fläche zurückgezogen und nur noch auf die Behandlung von Pflegebedürftigen im haus-eigenen Betreuten Wohnen konzentriert. Diese Reduzierung war notwendig geworden, weil der ambulante Pflegedienst in den vergangenen Jahren stets erhebliche Defizite eingefahren hat. Diese Defizite im ambulanten Sektor waren hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass man bei der Neugründung mit den zuständigen Pflegekassen Vergütungssätze ausgehandelt hat, die sich unabhängig von der Kostenstruktur der Einrichtung an den Preisen der privaten Konkurrenz vor Ort orientierten. Mit der Zeit wurden diese zwar sukzessive erhöht, so dass das örtliche Preisniveau wieder erreicht wurde, trotzdem konnte das Defizit in den Jahren nichtabgebaut werden. Die Defizite waren dem Streben nach Wachstum geschuldet. So wurden alle Patienten, auch wenn sie nur geringe

Leistungen nachfragten und weit entfernt wohnten, angenommen. Auch wurden Vollzeitkräfte eingestellt, die in Stoßzeiten zwar beschäftigt, aber über die gesamte Arbeitszeit nicht ausgelastet waren. Das hatte man lange Zeit vor dem Hintergrund der positiven Gesamtergebnisse als Anlaufverlusttolerieren können, da die ambulante Pflege das Gesamtleistungspaket des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen in Eschweiler abrundete. Da aber die Investitionskosten in 2017 nun um 366 T€ zu rückgegangen sind und es überhaupt nicht mehr möglich ist, im investiven Bereich Gewinne zu erwirtschaften, wurde es schwierig das kontinuierlich auflaufende Defizit der ambulanten Pflege zu kompensieren. Die Mindereinnahmen in der ambulanten Pflege in 2019 im Vergleich zu 2018 sind im I. Quartal entstanden, weil in 2018 im I. Quartal der ambulante Pflegedienst noch großflächig im Einsatz war. In den übrigen drei Quartalen waren in 2018 und 2019 die Umsatzerlöse vergleichbar. Auch bei den Zuweisungen und Zuschüssen zu den Betriebskosten sind die Auswirkungen der Reduzierung der ambulanten Pflege bemerkbar. Die Zuweisungen und Zuschüsse zu den Betriebskosten sind von 2018 mit 1.136 T€ auf 2019 mit 1.090 T€ um 46 T€ zurückgegangen. Der Rückgang von 4,05% basiert zum einen darauf, dass die Investitionskosten für die ambulante Pflege um 13 T€ von 16 T€ in 2018 auf 3 T€ in 2019 zurückgegangen sind. Diese Investitionskosten werden einmalig jährlich anhand der Umsätze berechnet und auf die Einrichtungen verteilt. Wegen der Leistungsreduzierung ist hier entsprechend auch ein niedrigerer Anteil berechnet worden. 2019 sind auch die Eingliederungszuschüsse vom Landschaftsverband für schwerbehinderte Mitarbeiter weggefallen, so dass hier von 2018 mit 16 T€ auf 2019 mit 2 T€ 14 T€ weniger eingenommen worden sind. Um die Schwangerschaft von Mitarbeiterinnen in der Pflege nicht zu gefährden, wird in Absprache mit der jeweiligen Mitarbeiterin, den behandelnden Ärzten und den Krankenkassen vereinbart, ein Berufsverbot auszusprechen. Wenn dieses Berufsverbot von allen Seiten akzeptiert wird, erhält die Mitarbeiterin weiterhin ihr Gehalt und die Krankenkassen gleichen dieses aus. So sind in 2018 da für 74 T€ geflossen. In 2019 wurden Ersatzleistungen in Höhe von 70 T€ verbucht. Insofern war dies hier ein Rückgang von 4 T€. Das Bestreben des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen in Eschweiler ist es, möglichst viele Auszubildende in der Pflege fit zu machen und die Städteregion Aachen gut auf den demographischen Wandel vorzubereiten. Ziel ist es, im Frühjahr und im Herbst zehn Auszubildende einzustellen, so dass insgesamt sechzig Auszubildende in der Einrichtung tätig sind. Diese Zahlen wurden bislang allerdings nie ganz erreicht und in 2019 ist diese Zahl noch einmal geringfügig gesunken. Für diese Auszubildenden erstattet der Landschaftsverband Rheinland die Ausbildungsvergütung. Diese Erstattungen sind von 931 T€ in 2018 auf 922 T€ in 2019, also um 9 T€ zurückgegangen. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind von 103 T€ in 2018 auf 43 T€ in 2019 um 60 T€ zurückgegangen. Der Grund dafür liegt hauptsächlich bei den Erträgen aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen. In 2018 hat man 42 T€ als Forderungsverluste bei den Abschreibungen aus Finanzanlagen verbuchen müssen. Dadurch wurde das Finanzierungsergebnis im Vergleich zum Vorjahr entsprechend verschlechtert. Als Gegenposition wurden bei den sonstigen betrieblichen Erträgen die Erträge aus der Auflösung der Einzelwertberichtigung, die in den Vorjahren durchgeführt worden ist, aufgelöst. Beide Positionen gleichen sich aus und waren insofern budgetneutral und ohne Auswirkung auf das Jahresergebnis, zeigen hier aber entsprechende Veränderungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen, denn in 2019 ist eine solche Auflösung nicht notwendig geworden. Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen wiesen die periodenfremden

Erträge in 2018 noch Erträge in Höhe von 38 T€ aus. In 2019 sind hier nur 12 T€ verbucht, insofern war das ein Rückgang von 26 T€. Diese 26 T€ entsprechen einem Fall, der in 2018 korrigiert worden ist, bei dem bei einer Bewohnerin die Pflegestufe nachträglich um ein ganzes Jahr erhöht worden ist. Eine solche Besonderheit hat es in 2019 nicht gegeben. Diese rückläufigen Ertragspositionen konnten durch die Erhöhungen der Erträge aus stationären Pflegeleistungen kompensiert werden. Hier hat man 163 T€ mehr eingenommen als im Vorjahr. In 2018 wurden 6.422 T€ verbucht, in 2019 waren es 6.585 T€. Dies ist eine Steigerung der Umsätze in Höhe von 2,5%. Diese Steigerung der Umsätze ist darauf zurückzuführen, dass der Pflegemix sich geändert hat. Es waren in 2019 mehr Personen in höheren Pflegegraden eingestuft als in niedrigen, wie es in 2018 der Fall war. Die Belegung insgesamt ist nämlich fast gleichgeblieben. Die Berechnungstage sind nur um 0,3% zurückgegangen, dementsprechend sind die Auswirkungen auf die Position Erträge aus Unterkunft und Verpflegung stationär und auf die Investitionskosten gleich gering. Auch bei den übrigen Ertragspositionen sind die Veränderungen von 2018 auf 2019 marginal. Die Steigerung der Aufwendungen ist insgesamt ausschlaggebend dafür, dass sich das Jahresergebnis um 259 T€ verschlechtert hat. Die Aufwendungen sind von 2018 mit 12.122 T€ auf 12.408 T€, also um 286 T€ gestiegen. Während Kostensteigerungen und Kostensenkungen sich bei den Sachkosten, Abschreibungen und Instandhaltungen weitestgehend die Waage halten, konnten die Kostensteigerungen beim Personalaufwand nicht kompensiert werden. Der Personalaufwand ist von 2018 in Höhe von 8.909 T€ auf 9.279 T€ gestiegen. Diese Steigerung von 370 T€ macht 4% aus. In 2018 hat es eine Tarifierhöhung gegeben. Ab dem 01.03.2018 wurden die Entgelte für die Pflegekräfte um 2,9% erhöht. Die übrigen Dienstarten bekamen 2,85% gewährt. Hinzu kam, dass einige Entgeltstufen in der Pflege, z. B. B5 und B6, noch höhere Entgelterhöhungen bekommen haben. Diese Tarifsteigerungen in 2018 wirken natürlich in 2019 nach. Hinzu kommt, dass auch in 2019 eine angemessene Tarifierhöhung den Mitarbeitern in den öffentlichen Diensten zugekommen ist. So wurden die Gehälter der Pflegekräfte zum 01.03.2019 noch einmal um 3,29% erhöht. Die übrigen Dienstarten erhielten zum 01.04.2019 2,8% mehr. Neben den Tarifsteigerungen machte sich auch die Einstellung von drei zusätzlichen, examinierten Pflegefachkräften bemerkbar. Die Einstellung war notwendig geworden, um den Personalbedarf in der Pflege, der anhand von Anhaltzahlen für eine Einrichtung berechnet wird, abdecken zu können. Dieser Personalbedarf war gestiegen, weil sich der Pflegemix in der Einrichtung erhöht hat. Wie zu den Erträgen aus Pflegeleistungen bereits berichtet, hat es eine leichte Verschiebung von der Eingruppierung von Bewohnerinnen und Bewohner von niedrigeren Pflegraden zu hohen Pflegegraden gegeben. Die umfangreichen Tarifierhöhungen und die Mehreinstellungen an Personal korrespondieren vollständig mit der Erhöhung des Personalaufwands um 4%. Der Materialaufwand ist in ähnlichen Dimensionen gestiegen, wie der Personalaufwand. Von 2018 in Höhe von 1.809 T€ in 2019 auf 1.861 T€ ist dieser um 52 T€, dies entspricht 2,8%, angestiegen. Dabei ist die Entwicklung bei den Einzelpositionen des Materialaufwands recht unterschiedlich. So sind die Kosten bei den Verbräuchen an Wasser, Energie und Brennstoffen gesunken, ebenso wie bei den Transporten der Tagespflege. Bei Wasser, Energie und Brennstoffen wurden insgesamt 47 T€ eingespart. In 2018 hatte man dafür noch 407 T€ ausgegeben, in 2019 sind nur noch 360 T€ angefallen. Dieser Rückgang um 11,6% ist dadurch bedingt, dass das in 2018 installierte Blockheizkraftwerk, welches im Frühjahr 2019 in Betrieb genommen worden ist, seit der Jahresmitte 2019 störungsfrei läuft, zwar etwas mehr Gas benötigt,

dafür aber viel Strom produziert, welcher im Fremdbezug eingespart werden kann. Bei der Tagespflege wurden mittlerweile mehr Transporte vom hauseigenen Fahrdienst übernommen, so dass hier von 2019 auf 2018 4% eingespart werden konnten. Absolut ist das allerdings ein relativ geringer Betrag von 6 T€. In 2018 hatte man dafür noch 31 T€ ausgeben müssen, in 2019 waren es nur noch 25 T€. Alle übrigen Positionen des Materialaufwands sind sonst zum Teil sogar erheblich gestiegen. Die Lebensmittel sind von 618 T€ in 2018 auf 640 T€ in 2019 um 22 T€, dies entspricht 3,6%, gestiegen. Der medizinisch-therapeutische Bedarf ist von 2018 mit 146 T€ auf 2019 mit 171 T€ um 25 T€, dies entspricht 17,1%, angestiegen. Der Wirtschaftsbedarf ist von 2018 in Höhe von 377 T€ auf 2019 in Höhe von 417 T€ um 40 T€, dies entspricht 10,5%, gestiegen. Die Verwaltungskosten stiegen von 2018 in Höhe von 228 T€ auf 2019 in Höhe von 248 T€ um 20 T€, dies sind 8,8%. Bei den Lebensmitteln war ausschlaggebend, dass der Lieferant für die günstigen Brot- und Backwaren weggebrochen ist und deswegen ein neuer Lieferant gesucht werden musste, der dann leider nicht das günstige Preisniveau halten konnte. Auch bei Obst, Gemüse und Kartoffeln sind allgemeine Preissteigerungen in Höhe von ca. 11,4% zu verbuchen. Bei dem medizinisch-therapeutischen Bedarf hat man unter anderem mehr bei den Einmalunterlagen, bei dem sonstigen medizinischen Bedarf und beim kulturellen Aufwand für die Bewohner ausgegeben. Die Steigerung des Wirtschaftsbedarfs um 40 T€ ist maßgeblich durch Geschirrkau und durch eine Preissteigerung bei der Firma Ecolab bedingt, die unser Lieferant, die Firma Lorbach an uns weitergeben musste. Bei dem Geschirrkau handelt es sich um Ersatzbeschaffung. Auf den Wohnbereichen des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen wird dementen gerechtes Geschirr verwendet, was je Wohnbereich mit individuellen Farben dekoriert ist. Neben diesem Geschirrkau in Höhe von 22 T€ fielen in der Küche noch weitere Ersatzbeschaffungen an, so dass dort insgesamt bei den Gebrauchsgütern des Wirtschaftsbedarfs 32 T€ mehr ausgegeben worden sind. Das ist nahezu eine Verdopplung dieser Position zum Vorjahr. Diese Preissteigerung bei den Reinigungs- und Desinfektionsmitteln der Firma Ecolab machte insgesamt eine Steigerung von 16 T€ aus. Von 2018 in Höhe von 36 T€ auf 2019 in Höhe von 52 T€ mussten 43,5% mehr ausgegeben werden. Die Steigerung vom Verwaltungsbedarf ist auf zwei Positionen zurückzuführen. So mussten in 2019 erstmalig beiden Bankgebühren auch Verwahrgebühren für das Bankguthaben des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen in Eschweiler in Höhe von ca. 6 Mio. € gezahlt werden. Diese Verwahrgebühren betragen 0,4% p. a. So fielen entsprechend bei den Bankgebühren 21 T€ mehr an als im Vorjahr. In 2018 waren auf dieser Position lediglich 2 T€ verbucht, in 2019 waren es folglich 23 T€. Neben den Bankgebühren ist der EDV-Aufwand stark angestiegen. Zusammen mit dem Aufwand für die Personalkostenabrechnung ist hier eine Kostensteigerung von 17 T€ auszumachen. Diese wird aber weitestgehend dadurch kompensiert, dass in 2019 eine Gegenbuchung für Rückstellung für noch offene Rechnungen in Höhe von nur 5.000,00 € zu tätigen war. Die Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen sind weitestgehend gleichgeblieben. Hier werden die Kosten des Unternehmens verbucht, welches das Personal für die Pforte des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen in Eschweiler stellt. Die Steuern, Abgaben und Versicherungen haben sich auch unwesentlich verändert. Die Abschreibungen sind von 2018 in Höhe von 740 T€ auf 2019 in Höhe von 711 T€ um 29 T€ gefallen. Unter diesen Abschreibungen vereinigen sich die Abschreibungen auf Forderungen und die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen. Die Abschreibungen auf Forderungen sind von 58 T€ auf

9 T€ um 49 T€ zurückgegangen. Hierbei handelt es sich noch um einen säumigen Zahler, dessen offene Forderungen jährlich angepasst werden müssen. Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind um 2,7% gestiegen. 683 T€ wurden noch in 2018 verbucht, 702 T€ waren es in 2019. Die höheren Abschreibungen in Höhe von 19 T€ sind darauf zurückzuführen, dass das Blockheizkraftwerk, welches in 2018 installiert worden ist, in 2019 in Betrieb genommen wurde. Somit sind auch die Anschaffungskosten in 2019 aktiviert worden und mussten entsprechend zeitanteilig abgeschrieben werden. Die Installation des Blockheizkraftwerkes hatte auch Einfluss auf den Vergleich bei den Instandhaltungen. In 2018 wurden bei den Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung 412 T€ gebucht. In 2019 waren es nur noch 294 T€. Dieser Rückgang in Höhe von 118 T€, dies entspricht 28,8% liegt daran, dass in 2018 eine Ersatzheizung genutzt werden musste, um die defekte Heizung so lange zu ersetzen, bis das Blockheizkraftwerk fertig installiert werden konnte. Diese Ersatzheizung war entsprechend teuer. Die Ersatzheizung wurde in 2019 nicht mehr gebraucht und bedingt dementsprechend dieser hohe Rückgang. Das Finanzergebnis des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen in Eschweiler hat sich um 6 T€ verbessert. In 2018 sind Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von 147 T€ angefallen. In 2019 waren es nur noch 141 T€. Die Zinszahlungen sind wegen der regelmäßig jährlich anfallenden Tilgung der Kredite um 6 T€ gesunken. Die Steigerung der Erträge um 21 T€, die Steigerung der Aufwendungen um 286 T€ und die Verbesserung des Finanzergebnisses um 6 T€ führen letztendlich dazu, dass sich der verbleibende Gewinn von 2018 von 440 T€ in 2019 auf 181 T€ reduziert. Das ist ein Rückgang des Gewinns um 58,9%.

Darstellung der Lage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage soll durch folgende Kennzahlen veranschaulicht werden:

	<u>31.12.2017</u>	<u>31.12.2018</u>	<u>31.12.2019</u>
Anlageintensität (in %)			
= <u>Anlagevermögen</u>	68,6	66,6	67,5
Gesamtkapital			
Investitionsquote (in %)			
= <u>Nettoinvest. (ohne FA)</u>	0,3	1,6	2,7
Anfangsbestand der urspr.			
AK bzw. HK			
Investitionsdeckung (in %)			
= <u>Nettoinvestition (ohne FA)</u>	5,6	68,8	112,7
Gesamtabschreibung			

Eigenkapitalquote (in %)

= <u>Eigenkapital</u>	68,0	69,3	70,8
Gesamtkapital			

Anlagedeckungsgrad I

= <u>Eigenkapital</u>	99,1	104,2	105
Anlagevermögen			

Anlagedeckungsgrad II

= <u>EK+ langfr. FK</u>	136,7	140,4	138,9
Anlagevermögen			

Liquidität (in %)

1. Grades			656,6
-----------	--	--	-------

= <u>liquide Mittel</u>	666,9	642,0	
Kurzfristige Verbindl.			

2. Grades			679,5
-----------	--	--	-------

= <u>liquide Mittel + Ford.L+L</u>	691,9	665,0	
Kurzfristige Verbindl.			

3. Grades			694,4
-----------	--	--	-------

= <u>liquid. Mittel + Ford. + Vorräte</u>	703,4	675,6	
---	-------	-------	--

Kurzfristige Verbindl.

Working Capital (in T€)

	5.049,8	5.419,3	5.259,4
= Umlaufverm. – kurzfr. FK			

Umsatzrentabilität (in %)

= <u>Ergebnis vor Ertragssteuer</u>	0,0	3,5	1,4
Umsatzerlöse			

Eigenkapitalrentabilität (in %)	0,0	3,5	1,4
---------------------------------	-----	-----	-----

Ergebnis vor Ertragssteuern

Eigenkapital zum 01.01.

Personelle Besetzung	166,3	160,8	161,7
-----------------------------	-------	-------	-------

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen des Ist-Ergebnisses des Geschäftsjahres 2019 mit dem Erfolgsplan 2019 gem. § 14 EigVOI zeigt folgendes Bild:

	2019 (IST)	2019 (PLAN)	Veränderung
ERGEBNISSTRUKTUR	T€	T€	T€
Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB	12.687	11.495	1.192
Sonstige betriebliche Erträge	<u>43</u>	<u>982</u>	<u>-939</u>
Gesamtleistung	<u>12.730</u>	<u>12.477</u>	<u>253</u>
Personalaufwand	9.279	9.220	59
Materialaufwand, übriger Aufwand	1.987	1.972	15
Steuern, Abgaben, Versicherungen	137	133	5
Eigenmittel-Abschreibungen (inkl. Forderungen)	711	734	-23
Instandhaltungen	<u>294</u>	<u>258</u>	<u>36</u>
Gesamtaufwand	<u>12.408</u>	<u>12.317</u>	<u>91</u>
Betriebsergebnis	<u>322</u>	<u>160</u>	<u>162</u>
Finanzergebnis	<u>-141</u>	<u>-145</u>	<u>-4</u>

Jahresüberschuss	<u>181</u>	<u>15</u>	<u>166</u>
------------------	------------	-----------	------------

Die Gegenüberstellung des Vermögensplans gern. § 15 EigVO mit dem Jahresabschluss 2019 zeigt folgendes Bild:

	2019 (Ist)	2019 (Plan)	Veränderung
	T€	T€	T€
Abschreibungen Anlagevermögen	702	735	-33
Jahresüberschuss	181	15	166
Darlehensstilgung	262	261	1
Ersatz. Und Neuinvestition	773	100	673

Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sowie sonstige Angaben

Wie bereits bei der Darstellung des Geschäftsverlaufs dieses Lageberichtes dargelegt, hat das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler rechtzeitig auf die umfangreichen Gesetzesänderungen und den sich abzeichnenden demographischen wie finanziellen Wandel durch die Erarbeitung und Umsetzung eines langfristigen Nutzungs- und Bewirtschaftungskonzeptes reagiert. Im Gesamtkonzept wurden fast alle bekannten Wohn- und Pflegekonzepte berücksichtigt. Es handelt sich um ein langfristiges, aber auch dynamisches Konzept, welches immer wieder wohl bedacht an die gesetzlichen Änderungen angepasst werden kann und soll. Durch die Umsetzung dieses langfristigen und dynamischen Nutzungs- und Bewirtschaftungskonzeptes ist und wird das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler weiter mehrstufig aufgestellt. Man ist sowohl in der Vermietung von betreuten Wohnungen, im gerontopsychiatrischen Bereich und der vollstationären Altenpflege tätig. Zudem bietet man niederschwellige und hauswirtschaftliche Leistungen umfangreich begleitend an. Dadurch, dass man viele Bereiche in Betreuung und Pflege abdeckt, wird die Bindung von Senioren an das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler bereits frühzeitig hergestellt. Im SBZ wurden in 2011 ein Teil der geplanten Baumaßnahmen abgeschlossen. Der Neubau Betreutes Wohnen wurde durch Fremdkapital finanziert. Die Refinanzierung der Zinsen und Tilgung ist gewährleistet, wenn eine Auslastung von 80% gegeben ist. Zum Ende 2012 wurde die Vollausslastung dieses Bereichs erreicht. Mittlerweile hat sich eine Warteliste für die Wohnungen gebildet, so dass in 2019 ebenfalls eine Auslastung von 100% erreicht wurde und für 2020 genauso erwartet wird. Der Neubau der stationären Pflegeeinrichtung wurde im Jahr 1977 überwiegend mit Fremdkapital finanziert. Die Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen der Pflegeetrate A und B in 2006 bzw. 2011 wurden mit Eigenmitteln finanziert. In der Vergangenheit wurden die Kreditkosten

großzügig über Pauschalen und die Eigenmittel mit einem Zinssatz von 4% über die Investitionskosten refinanziert. Mit dem neuen Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW) und der dazugehörigen Durchführungsverordnung, fällt diese großzügige Vergütung nun weg und wird gem. einem „doppelten Tatsächlichkeitsgrundsatz“ nur noch in Höhe der Ist-Kosten refinanziert. Gleiches verhält sich bei der Refinanzierung der Kosten für die Instandhaltung und Instandsetzung der langfristigen Anlagegüter. Auch hier werden nur Ist-Kosten erstattet und die erstatteten Investitionskosten müssen in einem vorgegebenen Zeitraum auch nachweislich für Instandhaltung und Instandsetzung ausgegeben werden. Die Anwendung dieses Gesetzes hat mit der entsprechenden Durchführungsverordnung seit 2017 dazu geführt, dass dem Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler jährlich 366 T€ an Investitionskosten weniger zufließen, als es in den Vorjahren der Fall war. Dies wird auch in den kommenden Jahren so sein. Während in den vergangenen Jahren der investive Bereich noch den größten Anteil am Gewinn ausmachte, ist es jetzt nicht mehr möglich, im investiven Sektor Gewinne zu erzielen. Das führt automatisch zu erheblich schlechteren Jahresergebnissen. Bei der Realisierung des Gesamtkonzeptes stehen derzeit noch die Umgestaltungen der Wohnheime 1 und 2 aus. Zurzeit ist angedacht, das Wohnheim 1 dergestalt aufzustocken und zu erweitern, dass die Pflegeplätze des Wohnheims 2 hier mit integriert werden können. Dadurch würden Wohnbereiche auf einer Ebene geschaffen, die wie in den Pfeletrakten A und B wirtschaftlich betrieben werden können. Weiterhin ist die Integration einer Arztpraxis zur besseren Versorgung der Pflegebedürftigen vor Ort denkbar. Durch die Umgestaltung des so frei gewordenen Wohnheims 2 hin zu ambulanten Pflegewohngemeinschaften, kann man den durch das Pflegeneuausrichtungsgesetz von 2012 weiter forcierten Trend zur „Ambulantisierung“ der Pflege Rechnung tragen. Dadurch wäre auch eine Erweiterung der Pflegeplätze am Standort des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen in Eschweiler möglich und würde nicht der gesetzlichen Beschränkung der vollstationären Pflegeplätze bei einem Haus dieser Größenordnung entgegenstehen. In 2012 konnte ein größeres Grundstück neben dem Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler von den Alexianer Brüdern aus Münster zurückgekauft werden. Diese Entwicklungsreserve wird genutzt, um weitere betreute Wohnungen und eine größere Tagespflege mit ca. 25 Plätzen bereitstellen zu können. Das bestehende Konzept des Betreuten Wohnens mit den kleinen Wohnungen und den großen Gemeinschaftsräumen findet bei Einzelpersonen einen sehr guten Anklang. Durch die gute Reputation ist die Nachfrage nach diesen Wohnungen in letzter Zeit stark gestiegen und eine Warteliste hat sich gebildet. Die Interessenten sind aber überwiegend an größeren Wohnungen in den Obergeschossen interessiert. Man wird diese Nachfrage mit einem neuen Gebäude mit einer großen Tagespflege im Erdgeschoss sowie größeren Wohnungen für Ehepaare in den Obergeschossen befriedigen. Diese Baumaßnahme ist in vollem Gange. Sie wird mit Eigenmitteln finanziert. Das Bauvolumen beträgt ca. 6 Mio. €. Die Fertigstellung des Baus ist im I. Quartal 2021 vorgesehen. Die Einnahmen können dann nach Abzug der Abschreibungen, wegen des GEPA NRW mit seinen Durchführungsverordnungen im investiven Bereich der stationären Pflegerückgängigen Einnahmen zu einem großen Teil kompensieren. Ein weiteres Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen in Eschweiler liegt im Bereich der Personal- und Sachkosten. In den letzten Jahren handelten die Tarifparteien im öffentlichen Dienst zum Teil ordentliche Tarifsteigerungen aus. Hinzu kommen Einmalzahlungen für

alle Mitarbeiter, Aufstockungen für die Auszubildenden, die Erhöhung des Urlaubs für jüngere Mitarbeiter, die Erhöhung des Leistungsentgelts und Stufensteigerungen. Im Sachkostenbereich machten sich ganz besonders die Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln in den letzten Jahren bemerkbar. Deshalb fordert das SBZ regelmäßig zu Pflegesatzverhandlungen auf, um neue Pflegesätze auszuhandeln, um obige Kostensteigerungen aufzufangen. Durch diese Steigerungen wurde mittlerweile die Mitte des Preisniveaus der StädteRegion Aachen erreicht. Günstiger als das SBZ sind die privaten Anbieter, teurer die kirchlich geführten Einrichtungen. In Eschweiler sind aber außer dem SBZ nur private Anbieter vorhanden. Bezüglich der Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Pflege hat das SBZ somit einen Wettbewerbsnachteil. Da der Investitionskostensatz des SBZs aber unter dem der anderen Häuser liegt, wird dies zumindest für Selbstzahler teilweise kompensiert. Das Pflegestärkungsgesetz II, welches Ende 2015 erlassen wurde, birgt auch ein derzeit noch nicht finanziell zu bezifferndes Risiko. Dieses Gesetz zeichnet sich zum einen dadurch aus, dass mehr als zwei Milliarden Euro mehr für den Pflegebereich bereitgestellt werden sollen. Dies kommt aber nicht bei den stationären Einrichtungen an, da anstehende Änderungen hier nur budgetneutral umgesetzt werden sollen. Die ambulante Pflege und Tagespflege ist hier wieder bevorzugt und bewirkt weiter ein steigendes Belegungsproblem beiden Altenpflegeheimen. Hinter jedem Pflegegrad steht ein festgelegter Zuzahlungsbetrag der Pflegekassen pro Monat. In dem man für einen Monat für alle Pflegebedürftigen diese neuen Zuzahlungsbeträge der Pflegekassen addiert und diese Summe von der Summe der monatlich bislang berechneten Pflegesätze aller Bewohner abzieht und den Restbetrag durch die Anzahl aller Bewohner dividiert, erhält man den einrichtungseinheitlichen Eigenanteil, den jeder Bewohner eines Altenpflegeheims pro Monat zu tragen hat. Dieser ist nun für alle Bewohner gleich und variiert nicht mit den Pflegegraden. Dadurch sind aber die Altenpflegeheime auch für einen nicht so guten Rechner preislich leichter zu vergleichen, was den Preiskampf zwischen den Einrichtungen forcieren und zum Nachteil des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler gereichen könnte. Die letzte Erhöhung der Abrechnungssätze für Pflege, Unterkunft und Verpflegung erfolgte 2018 um 2,5%. Es fanden aber in den Folgejahren Tarifierhöhungen und Preissteigerungen statt, welche die Erhöhung der Abrechnungssätze teilweise erheblich übersteigen, so dass das Ergebnis des I. Quartals 2020 bereits einen Verlust von -10 T€ ausweist. Aus diesen Gründen führt das Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen aktuell mit Vertretern der Pflegekassen und des Landschaftsverbandes Rheinland Vergütungsverhandlungen mit dem Ziel, zum Anfang Juli 2020 die Abrechnungssätze derart erhöhen zu können, dass in 2020 und 2021 zumindest ausgeglichene Jahresergebnisse erzielt werden. Der derzeitige Verhandlungsstand lässt einen zufriedenstellenden Abschluss der Verhandlungen für die Einrichtung erwarten. Ein zusätzliches Risiko für das Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen ist mit der Corona Pandemie verbunden. Zur Begegnung der Pandemie werden diverse, regelmäßig der aktuellen Lage angepasste Verordnungen erlassen. Auf den Pflegebereichen nehmen die Coronabetreuungsverordnung, die Coronaschutzverordnung und die Coronaaufnahmeverordnung Einfluss. So wurden alle Tagespflegen geschlossen. Dies bedingt Mindereinnahmen von ca. -22 T€ pro Monat. Weitere Mindereinnahmen entstehen durch Belegungsprobleme im stationären Bereich. Es müssen Isolations-, Quarantäne- und Regelbereiche im stationären Bereich geschaffen werden, die zwangsläufig die vollständige Nutzung aller Belegungsplätze einschränkt. Diese drei Bereiche

müssen auch mit getrennt agierendem Personal betreut werden. Dafür wurde das Personal der Tagespflege eingesetzt. Die Kosten der Tagespflege bleiben also. Zudem entstehen erhebliche Mehrkosten im Sachmittelbereich durch den starken Gebrauch von Schutzausrüstungen und Desinfektionsmitteln. Gem. § 150 Abs. 2 der SGB XI können die Mehrkosten und Mindereinnahmen bei den Pflegekassen geltend gemacht werden. Ein unkompliziertes Ausgleichssystem läuft derzeit an und verspricht eine kurzfristige Unterstützung. Aber zum Ende der Pandemie soll alles spitz abgerechnet und konkret überprüft werden. Ob dann tatsächlich alle Mehrkosten oder Mindereinnahmen wegen der Corona Pandemie auch anerkannt werden, bleibt lange unklar. Da das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler sich über den Preis nicht mehr gegenüber der Konkurrenz absetzen kann, wird seit einigen Jahren eine kompromisslose Qualitätsstrategie umgesetzt. Ziel der Qualitätsstrategie ist, das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler hinsichtlich der Vielfalt und Qualität der Hilfestellungen für Senioren so zu positionieren, dass es eine Vorbildfunktion in der Region übernimmt. Dass man mit dieser Strategie auf einem sehr guten Weg ist, zeigt z. B. die in 2019 wieder sehr gut bestandene Rezertifizierung nach DIN ISO 9001. Das zuletzt ausgehändigte Qualitätssiegel gilt bis Januar 2020. In den vergangenen Jahren hat das SBZ intensiv an der Entwicklung und Etablierung eines Demenz-Labels in der StädteRegion Aachen mitgewirkt. Dieses belegt die besondere Ausrichtung auf die den größten Anteil der pflegebedürftigen Bewohner bildenden dementen Menschen und die hohe Qualität der ganzheitlichen Versorgung dieser Zielgruppe. Als Zeichen dafür wurde dem Haus für zwei Jahre dieses Demenzlabel verliehen. Darüber hinaus ist die Einrichtung schon seit Jahren mit dem Ombudsman-Label dekoriert. Auch die mit den Noten „sehr gut“ im stationären Bereich bestandenen Qualitätsprüfungen des medizinischen Dienstes der Pflegekassen (MDK), bestätigen die hervorragende Qualität der Einrichtung. Das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler genießt in der Stadt Eschweiler und in der StädteRegion Aachen einen sehr guten Ruf. Aufgrund der guten Positionierung ist eine gute Auslastung weiterhin gewährleistet. Die konstant hohe Auslastung des SBZs ist besonders vor dem Hintergrund der Wettbewerbssituation in der Altenpflege im Raum Eschweiler bemerkenswert. Auch die neuen Standbeine des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen, wie die Tagespflege, das betreute Wohnen und das Essen auf Rädern, wurden angenommen und entwickeln sich positiv. So aufgestellt braucht das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen auch zukünftig trotz der sich verschärfenden gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen den wachsenden Konkurrenzdruck nicht zu fürchten und wird seine Stellung im Pflegemarkt behaupten.

Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR, Aachen

Aufgaben / Beteiligungsziele

Das CVUA Rheinland ist nach § 4 des IUAG NRW zuständig für die Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Die oben genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt wirkt mit

- bei der Koordinierung und Durchführung von Europa-, Bundes-, Landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- bei Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in amtlicher Überwachung tätig sind,
- bei der Kontrolle von Betrieben und bei der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereiches.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel werden aufgrund des öffentlich-rechtlichen Vertrages weiterhin im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

Gemäß der Sechsten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 16. November 2016 wurde die Schwerpunktbildung mit in Kraft treten zum 1. Januar 2017 umgesetzt. Das CVUA Rheinland ist seitdem Kompetenzzentrum für Erzeugnisse der Weinwirtschaft und Spirituosen, Schokolade, Kakao, Kaffee, Würzmittel, Gewürze und Kosmetische Mittel. Weiterhin Schwerpunktlabor für MCPD und – Ester, Glycidol und –Ester und Mykotoxine.

Organe der Anstalt öffentlichen Rechts

Vorstand:

Gemäß § 11 IUAG NRW leitet der Vorstand die Anstalt in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Er wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied.

Verwaltungsrat:

Der Verwaltungsrat der CVUA Rheinland AöR besteht gem. § 24 Abs. 1 der Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 04.11.2010 sowie der Geschäftsordnung vom 05.01.2011 aus zwei Vertretungen des Landes und jeweils einer vertretenden Person jeder Kommune. Nach Absatz 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und die einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat. Den Vorsitz führt eine Vertretung der Kommunen. Der Verwaltungsrat besteht somit aus der/dem Vorsitzenden, der Stellvertretung und zwölf weiteren Mitgliedern.

Besetzung der Organe

Vorstand: Dagmar Pauly-Mundegar
Rainer Lankes

Vertreter der StädteRegion im Verwaltungsrat:

	Dr. Peter Heyde	Amt für Verbraucherschutz, Tierschutz und Veterinärwesen
Stellvertreter:	Stefan Jücker	Dezernent für Bauen, Umwelt und Verbraucherschutz

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts
Sitz: 50354 Hürth
Stammkapital: 300.000 Euro

Vermögensträger:	Anteil in €	Anteil in %
Land Nordrhein Westfalen	90.000	30
Stadt Aachen	17.500	5,83
Stadt Bonn	17.500	5,83
Stadt Köln	17.500	5,83
Stadt Leverkusen	17.500	5,83
StädteRegion Aachen	17.500	5,83
Kreis Düren	17.500	5,83
Kreis Euskirchen	17.500	5,83
Kreis Heinsberg	17.500	5,83
Oberbergischer Kreis	17.500	5,83
Rheinisch-Bergischer Kreis	17.500	5,83
Rhein-Erft-Kreis	17.500	5,83
Rhein-Sieg-Kreis	17.500	5,83
	300.000	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2017	2018	2019
Bilanz:	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	21.819.884	20.780.865	19.975.902
I. Imm. Vermögensgegenst.	27.664	49.692	62.782
II. Sachanlagen	21.376.166	20.315.119	19.497.066
III. Finanzanlagen	416.054	416.054	416.054
B. Umlaufvermögen	10.013.424	11.612.753	12.811.226
I. Vorräte	45.022	41.398	42.876
II. Forderungen / sonst. VG	7.940.113	8.653.966	9.514.921
III. Guthaben Kreditinstitute	2.028.289	2.832.723	2.859.435
C. Rechnungsabgrenzungsposten	58.229	84.666	393.994
Bilanzsumme Aktiva	31.891.535	32.393.618	32.787.128
A. Eigenkapital	4.611.061	3.951.380	3.257.179
I. Stammkapital	300.000	300.000	300.000
II. Gewinnrücklagen	4.942.988	4.721.276	4.942.988
III. Ergebnisvortrag		-631.928	-1.291.609
IV. Bilanzgewinn	-631.928	-659.681	-694.201
B. Rückstellungen	14.533.561	16.248.462	18.319.054
C. Verbindlichkeiten	12.495.534	11.941.764	11.210.895
D. Rechnungsabgrenzungs- posten	251.380	252.013	0
Bilanzsumme Passiva	31.891.535	32.393.618	32.787.128
	2017	2018	2019
Gewinn- und Verlustrechnung:	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	9.417.896	9.534.550	9.647.528
Sonst. betriebl. Erträge	191.594	223.745	313.625
Materialaufwand	1.545.300	1.524.227	1.652.515
Personalaufwand	6.256.301	5.772.783	5.692.056
Abschreibungen	1.298.500	1.310.322	1.314.704
Sonst. betriebl. Aufwendungen	877.348	955.473	974.984
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-631.928	-659.681	-694.201

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Zahl der Beschäftigten	87	88	85

Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	2017 in %	2018 in %	2019 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	67,0	k. A.	k.A.
Eigenkapitalquote	14,5	12,2	9,9
Dynamischer Verschuldungsgrad	k.A.	13,2	19,7

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen/Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen leistet jährlich Zahlungen für Untersuchungskosten an das CVUA. Diese beliefen sich im Jahr 2019 auf rund 1.036.577 €. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungen der StädteRegion Aachen bestehen nicht.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für 2019, der vom Verwaltungsrat am 13. Dezember 2018 beschlossen wurde, sah Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 9.895 T€ im Vermögensplan vor. Das Investitionsvolumen betrug 620 T€ für allgemeine Investitionen. Ausgewiesen war ein Verlust von 353 T€. Das Geschäftsjahr wurde mit einem Fehlbetrag von 694 T€ abgeschlossen.

Die Entgelte für Untersuchungen nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW betrugen gemäß der vom Verwaltungsrat am 28. Juni 2018 beschlossenen Entgeltordnung 9.620 T€ (Vj.: 9.516 T€). Daneben wurden Erstattungen für Versorgungslasten in Höhe von 290 T€ (Vj.: 209 T€) und sonstige Erträge in Höhe von 52 T€ (Vj.: 32 T€) vereinnahmt.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 5.692 T€ (Vj.: 5.773 T€) den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den Umsatzerlösen betrug ca. 60 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe 1.267 T€ berücksichtigt. Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr um 81 T€ gesunken. Dies ist auf den Wegfall der Fahrtkostenerstattung ab etwa Mitte 2019 und auf Wegfall der Lohnfortzahlung aufgrund von Langzeiterkrankungen zurückzuführen. Insgesamt liegen die Personalausgaben auch unter dem Planansatz für 2019. Die Aufwendungen zur Sicherstellung der Versorgungsleistungen für die beamteten Beschäftigten und Versorgungsempfänger führen allein zu einer erheblichen Belastung des Ergebnisses. Bei einer anhaltenden Niedrigzinsphase wird dies auch in den kommenden Jahren zu einer Belastung für den Wirtschaftsplan.

Große Aufwandsposten bleiben die Materialkosten mit 376 T€ (Vj.: 325 T€) und die Energie und Wasserkosten mit 296 T€ (Vj.: 357 T€). Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen,

insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 129 T€ (Vj.: 129 T€), der Personalverwaltung in Höhe von 37 T€ (Vj.: 39 T€), für Reparaturen und Instandhaltungen 216 T€ (Vj.: 191 T€), für Versicherungen in Höhe von 27 T€ (Vj.: 26T€) und für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen), Porto, Telefon und Bürobedarf in Höhe von 16 T€ (Vj.: 15 T€).

Die Abschreibungen betrugen im Berichtsjahr 1.315 T€ (Vj.: 1.310 T€). Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2019 fällt der ausgewiesene Verlust um 341 T€ höher aus. Während die Personalaufwendungen hinter dem Wirtschaftsplanansatz zurückbleiben, führen ausschließlich die hohen Zinsbelastungen für die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen durch das niedrige gesamtwirtschaftliche Zinsniveau zur Ausweisung des Jahresfehlbetrages.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 32.394 T€ auf 32.787 T€ erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich im Wesentlichen aus der Erhöhung der Erstattungsansprüche nach § 107 b BeamtVG und der Verringerung des Anlagevermögens. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme der Pensionsrückstellungen. Im Geschäftsjahr wurden 518 T€ investiert.

Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 18.319 T€ (Vj.: 16.248 T€) gebildet. Hierbei handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Höhe von 17.770 T€. Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherrn der Beamten betragen 9.512 T€ (Vj.: 8.644 T€).

Prognosebericht

Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt und, bedingt durch die Umstellung der Akkreditierung auf die neue DIN EN ISO/IEC 17025:2018, im Jahr 2019 vollständig überarbeitet. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

Schwerpunktbildung NRW

Die Schwerpunktbildung zum 1.1.2017 hat alle CVUA vor große Herausforderungen gestellt. Zum einen wurden Warenobergruppen abgegeben, auf der anderen Seite erhöhte sich die Anzahl der Proben jener Warenobergruppen, für die das CVUA Rheinland Kompetenzzentrum wurde. Damit verbunden waren vielfältige Änderungen in der Organisation einzelner Einheiten und die Notwendigkeit, neues Fachwissen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufzubauen. Zu dem mussten neue Untersuchungsmethoden eingeführt und etabliert werden. Als Kompetenzzentrum für Wein, Weinerzeugnisse und Spirituosen, Schokolade, Kakao und Kaffee, Würzmittel und Gewürze

sowie für Kosmetik und als Schwerpunktlabor für MCPD und –ester, Glycidol und –ester und Mykotoxine musste und muss das CVUA Rheinland weiteres Knowhow aufbauen und in diesen Bereichen die Untersuchungstiefe vergrößern.

Insgesamt ist die Schwerpunktbildung ohne größere Schwierigkeiten umgesetzt worden und bewährt sich. Im Laufe des Jahres 2017 hatte die Kooperation Düsseldorf/Mettmann die Gespräche mit dem CVUA-RRW wieder aufgenommen, um über einen Beitritt zu verhandeln. Im November 2018 stimmte der Verwaltungsrat des CVUA-RRW dem Beitritt zu. Nach den noch erforderlichen Beschlussfassungen der betroffenen Kommunen, erfolgte der Beitritt der Kooperation zum 1.1.2020. Ca. 4.500 Proben/Jahr aus dieser Kooperation betreffen Warenobergruppen der Schwerpunktbildung, wodurch eine Anpassung der Schwerpunktbildung innerhalb der CVUA NRW erforderlich wird, um mit der neuen Aufgabenverteilung zum 01.01.2022 beginnen zu können. Das stellt die CVUA vor eine große Herausforderung, da hierdurch die derzeitige Schwerpunktbildung in Frage gestellt wird. Eine erneute Änderung im Zuschnitt der Aufgaben und damit in der Arbeitsorganisation innerhalb eines so kurzen Zeitabstandes ist kritisch zu betrachten. Die Mitarbeiterinteressen der Beschäftigten, die bereits großen Umstrukturierungen unterworfen waren, müssen vorrangig im Blickfeld unserer Aufmerksamkeit liegen.

Akkreditierung

Ab 2010 müssen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkKS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkKS wurde gemäß AkkStelleG beliehen und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen.

Vom 26.08. – 30.08.2019 und vom 28.10. – 30.10.2019 fand das Überwachungsaudit sowie ein Audit zur Umstellung des bestehenden QM-Systems auf die Anforderungen der aktualisierten Norm DIN EN ISO/IEC 17025:2018 durch die DAkKS statt. Nach fristgerechter Behebung nicht kritischer Abweichungen wird die unbefristete Akkreditierung und Ausstellung der Akkreditierungsurkunde erwartet.

§2b Umsatzsteuergesetz

Voraussichtlich zum 31.12.2022 endet die Übergangsfrist für die weitere Anwendung des § 2 Abs. 3 UStG a.F. („Optionserklärung“). Es ist dann möglich, dass das CVUA Rheinland Umsatzsteuer für seine Leistungen erheben muss. Das führt zu einer Kostenbelastung.

Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2020, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 12. Dezember 2019 verabschiedet wurde, weist einen Verlust von rd. 1.162 T€ aus. Es wurden Einnahmen in Höhe von

1.311 T€ und Ausgaben in Höhe von 1.303 T€ im Vermögensplan und ein Investitionsvolumen von 620 T€ beschlossen. In der gleichen Sitzung wurde die stufenweise Erhöhung der Entgelte ab dem Jahr 2021 bis zum Jahr 2023 beschlossen. Diese wurden wie folgt festgesetzt:

- 2021: 2,06 €/Einwohner
- 2022: 2,19 €/Einwohner
- 2023: 2,23 €/Einwohner

Die durch das anhaltend niedrige Zinsniveau sehr hohen Aufwendungen für die Pensions- und Beihilfelasten könnten eine vorzeitige weitere Erhöhung der Entgelte erfordern. Das MULNV beabsichtigt den Zusammenschluss aller fünf CVUA in ein einziges CVUA-NRW als Anstalt öffentlichen Rechts im Rahmen seines Konzepts „Lebensmittelüberwachung 2025“ unter Beibehaltung von 5 Standorten. Ein genauer Zeitplan steht noch nicht fest.

Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind. Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage verwiesen.

BZPG – Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit gGmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Bildung im Gesundheitswesen. Dieser wird insbesondere verwirklicht durch

- Ausbildung inkl. Akademische Qualifizierung der Berufe im Arbeitsfeld der Alten- und Behindertenhilfe, der Gesundheits- und (Kinder-) Krankenpflege, weiterer Gesundheitsberufe sowie deren Fort- und Weiterbildung und die Durchführung von Maßnahmen zur Berufsvorbereitung. Angrenzende Tätigkeitsfelder der Qualifizierung im Bereich pflegenaher Dienstleistungen wie z.B. Servicekräfte, hauswirtschaftliche und technische Hilfskräfte sind ebenso inbegriffen wie Qualifizierungen für „Ehrenamt“ oder „pflegende Angehörige“,
- Entwicklung, Schaffung und Förderung von Bildungsangeboten für Fachkräfte des Gesundheits- und Sozialwesens im Aus-, Fort- und Weiterbildungsbereich,
- Beratung und Coaching von Bildungsteilnehmenden und von Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens,
- Förderung und Entwicklung von gender- und inklusionsgerechten Bildungsangeboten im Arbeitsfeld der Gesundheits- und Sozialberufe.

Öffentliche Zwecksetzung

Die Gesellschaft hat den im Gesellschaftsvertrag unter § 2 vorgegebenen öffentlichen Zweck der Förderung der Bildung im Gesundheitswesen einschließlich der Ausbildung und akademischen Qualifizierung mit dem Abhalten von neun Kursen der Altenpflege und einem Kurs der Altenpflegehilfe in 2019 umgesetzt. In der Abteilung Fort- und Weiterbildung wurden darüber hinaus zahlreiche Fortbildungen und Weiterbildungen (Mittleres Management, Praxisanleitung, Gerontopsychiatrie, etc.) angeboten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführungen. Jedes Mitglied der Geschäftsführung hat die Befugnis, die Gesellschaft allein zu vertreten.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 4 Mitgliedern, die von der StädteRegion Aachen entsandt werden. Für den Verhinderungsfall wird jeweils eine Stellvertretung bestimmt. Der Aufsichtsrat hat eine/n

Vorsitzende/n und eine/n stellvertretende/n Vorsitzende/n. Diese werden von den Mitgliedern des Aufsichtsrates aus ihrer Mitte gewählt.

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterin StädteRegion Aachen entsendet vier stimmberechtigte Vertretungen und bestimmt jeweils eine Stellvertretung für den Verhinderungsfall in die Gesellschafterversammlung.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Thomas Kutschke

Vertretung der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Josefine Lohmann	Städteregionstagsmitglied
	Lars Lübben	Städteregionstagsmitglied
	Astrid Siemens	Städteregionstagsmitglied
	Prof. Dr. Edeltraud Vomberg	Dez. für Soziales und Gesundheit (bis 01.08.2019)
	Herr Dr. Michael Ziemons	Dez. für Soziales und Gesundheit (ab 01.09.2019)

Vertretung der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Birgitt Lahaye-Reiß	Städteregionstagsmitglied
	Astrid Siemens	Städteregionstagsmitglied
	Lars Lübben	Städteregionstagsmitglied
	Prof. Dr. Edeltraud Vomberg	Dez. für Soziales und Gesundheit (bis 01.08.2019)
	Herr Dr. Michael Ziemons	Dez. für Soziales und Gesundheit (ab 01.09.2019)

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)

Sitz: 52146 Würselen

Gezeichnetes Kapital: 25.000 €

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	25.000	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2017	2018	2019
	– in € –	– in € –	– in € –
A. Anlagevermögen	–	0	6.005
B. Umlaufvermögen		157.762	235.031
C. Rechnungsabgrenzungsposten		0	24.973
Bilanzsumme Aktiva		157.762	254.509
A. Eigenkapital	–	28.650	26.918
I. Gezeichnetes Kapital	–	25.000	25.000
II. Gewinnvortrag	–	0	3.650
III. Jahresüberschuss/–fehlbetrag		3.650	–1.732
B. Rückstellungen	–	6.846	46.177
C. Verbindlichkeiten	–	42.256	74.010
D. Rechnungsabgrenzungsposten	–	80.010	107.404
Bilanzsumme Passiva	–	157.762	254.509
Gewinn- und Verlustrechnung:	2017	2018	2019
	– in € –	– in € –	– in € –
Umsatzerlöse	–	0	2.092.457
Sonstige betriebl. Erträge	–	60.000	13.228
Personalaufwand	–	44.951	1.342.796
Abschreibungen	–	0	65.057
Sonst. betriebl. Aufwendungen	–	11.380	699.563
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	–	20	0
Jahresergebnis	–	3.650	–1.732

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten	–	1	23
Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage:	2017	2018	2019
	in %	in %	in %
Eigenkapitalquote	–	59,6	k.A.

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen

Im Jahr 2019 erfolgte seitens der StädteRegion Aachen ein Betriebskostenzuschuss in Höhe von 954.000 € an die Gesellschaft. Weitere Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen bestehen nicht.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Laut dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wuchs die deutsche Gesundheitswirtschaft in 2019 im zehnten Jahr in Folge und erwirtschaftete im Jahr 2019 rund 12 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Gleichzeitig ist sie Arbeitgeber für rund 7,5 Mio. Menschen in Deutschland. Wesentlichen Anteil hieran hat der Bereich der medizinischen und pflegerischen Versorgung. Mit dem Gesetz zur Reform der Pflegeberufe, das im Juli 2017 verkündet wurde, wird der Grundstein für eine zukunftsfähige und qualitativ hochwertige Pflegeausbildung für die Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege gelegt. In 2019 stand in diesem Zusammenhang die Umstellung auf die neue Pflegeausbildung bundesweit im Fokus aller Pflegeschulen. Dafür mussten zahlreiche neue Kooperationsverträge geschlossen werden, aber auch ein schulinternes Curriculum entwickelt werden.

Das Land NRW hat in diesem Zusammenhang die defizitäre Altenpflegeausbildungsförderung von € 280,- auf € 380,- angehoben. Damit ist sie jedoch in aller Regel noch immer defizitär. Beim BZPG wurde im Wirtschaftsplan 2019 von Durchschnittskosten pro Auszubildendem und Monat von € 560,- ausgegangen. Die Differenz zwischen den Landesfördermitteln und den tatsächlichen Kosten wird aus dem Zuschuss der StädteRegion gedeckt. Dieser betrug im Geschäftsjahr 2019 T€ 954,0. Ab 2020 wird für die neu beginnenden Pflegeausbildungsgänge die Finanzierung der Kosten der Pflegeschulen neu bestimmt und über ein Fondssystem landesweit einheitlich finanziert. Im Jahr 2020 macht das eine Zuwendung von € 612,50 pro besetztem Ausbildungsplatz und Monat und im Jahr 2021 € 630,26.

Der Bedarf an Pflegekräften und weiteren Mitarbeitern in Gesundheitsberufen (z.B. OTA/ATA) ist unverändert hoch. Der Ausbau von Ausbildungsplätzen wird weiterhin gefördert. Gleichzeitig muss im Blick gehalten werden, wie sich die Berufswahl der Schulabgänger entwickelt. Die Gesamtanzahl der Schulabgänger ist rückläufig.

2. Geschäftsverlauf

Das BZPG besteht seit 2018 und hat zum 1.01.2019 die Mitarbeiter*innen des ehemaligen Amtes für Altenarbeit A-54 übernommen und den Geschäftsbetrieb aufgenommen.

Zum 31.12.2019 befanden sich rund 250 Auszubildende am BZPG. Die neuen Kurse des Geschäftsjahres 2019 konnten mit jeweils 24 von 25 möglichen Teilnehmern beginnen. Neben dieser positiven Entwicklung der Auszubildendenzahlen hat sich auf der Ertragsseite insbesondere die erhöhte Landesförderung positiv ausgewirkt. Insgesamt wurden im Bereich Fort-/Weiterbildung T€ 30,3 mehr erwirtschaftet als geplant sowie T€ 48,1 mehr an Fördermitteln und Zuschüssen. Die Umsatzerlöse einschließlich der Landesförderung und der Zuschüsse belaufen sich auf insgesamt T€ 2.092,5.

Um die neuen Aufgaben im Rahmen der neuen Pflegeausbildung meistern zu können, wurde der Stellenplan in 2019 moderat auf 23 Mitarbeiter angepasst. Davon sind 11 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vollzeitbeschäftigt angestellt. Die Personalkosten haben beim personalintensiven Charakter des BZPG einen hohen Stellenwert. Der Personalaufwand betrug in 2019 insgesamt T€ 1.342,8 und lag damit rund T€ 29,7 über den geplanten T€ 1.313,1. Hintergrund hierfür ist insbesondere die gegenüber dem Wirtschaftsplan angepasste Mitarbeiteranzahl. In 2019 wurde insgesamt ein Jahresfehlbetrag von –T€ 1,7 erwirtschaftet und somit das im Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 vorgesehene ausgeglichene Ergebnis erreicht.

Das Geschäftsjahr 2019 ist als Aufbaujahr anzusehen, welches u.a. auch von notwendigen Investitionen und Erhaltungsaufwendungen in die Infrastruktur des Verwaltungs- und Schulungsgebäudes geprägt war. Dabei wurde mehr als ursprünglich geplant in die Neuanschaffung von Schulmöbeln und die Renovierung des Gebäudes investiert: Die Investitionen in das Anlagevermögen betrugen insgesamt T€ 71,1 (gegenüber ursprünglich geplanten T€ 31,8), und die Instandhaltungsaufwendungen betrugen T€ 78,0 (gegenüber T€ 10,0 lt. Wirtschaftsplan 2019). Daneben wurden im Zuge des Aufbaus im Bereich der Werbungs- und Imagekosten T€ 60,8 aufgewendet (gegenüber geplanten T€ 11,4).

3. Lage

a) Ertragslage

In 2019 wurden Umsatzerlöse einschließlich Fördermitteln und Zuschüssen in Höhe von T€ 2092,5 erzielt. Dies entspricht einem Mehr von T€ 78,4 ggü. dem vergleichbaren Planansatz von T€ 2.014,1. Der Personalaufwand lag mit T€ 1.342,8 rund T€ 29,7 über dem Planansatz. Die Abschreibungen belaufen sich auf T€ 65,1, wovon T€ 64,3 Sofortabschreibungen auf geringwertigen Vermögensgegenstände darstellen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf T€ 699,6 und entsprechen dem Planansatz. Gegenüber dem Planansatz eingespart wurde dabei besonders bei Dozentenhonoren (Ist 2019: T€ 200,2, Plan: T€ 246,3), was nicht zuletzt auch durch die Stellenerweiterung ermöglicht wurde. Ebenso konnten bei Unterrichtsmaterialien T€ 28,2 und bei EDV-Kosten T€ 14,1 gegenüber dem jeweiligen Planwert eingespart werden. Mehrausgaben sind insbesondere im Bereich der Instandhaltungs- und Werbemittelaufwendungen zu verzeichnen.

b) Finanzlage

Unsere Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die liquiden Mittel belaufen sich zum Stichtag 31. Dezember 2019 auf T€ 210,1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen lagen zum Bilanzstichtag in Höhe von T€ 50,4 vor. Die sonstigen Verbindlichkeiten wiesen einen Betrag in Höhe von T€ 23,6 auf. Die Liquiditätslage des BZPG ist maßgeblich durch Vorauszahlungen sowie den Gesellschafterzuschuss der Gesellschafterin geprägt.

c) Vermögenslage

Das Gesamtvermögen der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 ist geprägt durch das Bankguthaben in Höhe von T€ 210,1 bzw. einem Anteil am Gesamtvermögen von 82,5%. Zum 31.12.2019 lag der Saldo der Forderungen aus Lieferung und Leistung bei T€ 11,8, was – bezogen auf die zugrundeliegenden Umsatzerlöse – einem Zahlungsziel von rund 14 Tagen entspricht. Die sonstigen Vermögensgegenstände liegen bei T€ 13,2.

Die Investitionen des Jahres 2019 betrafen vorwiegend Instandhaltungs- und Modernisierungsarbeiten am gemieteten Gebäude sowie geringwertige Wirtschaftsgüter, weshalb das bilanzielle Anlagevermögen lediglich rund 2,4% des Gesamtvermögens ausmacht.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Wir ziehen für unsere Unternehmenssteuerung im Bereich der Pflegeausbildung die Kennzahlen Anzahl der Schüler sowie den Lehrer-Schüler-Schlüssel heran. Die bisherige Soll-Vorgabe für den Schlüssel betrug 1:56, ab dem Geschäftsjahr 2020 wird ein Verhältnis von 1:25 vorgesehen. In 2019 lag der Schlüssel rechnerisch bei 1:31. Den Erfolg des Fort- und Weiterbildungsbereichs messen wir an den Erfahrungen des Vorjahres und den geschätzten Entwicklungen der entsprechenden Umsatzerlöse im laufenden Jahr. Die Einnahmen aus Entgelten einschließlich Bildungschecks betrugen in 2019 insgesamt T€ 330,3 und lagen damit rd. 10% über dem Planwert. Als zentralen und unternehmensweiten finanziellen Leistungsindikator sehen wir das Jahresergebnis und dessen Verhältnis zum Planansatz an.

Prognosebericht

Wir befinden uns inmitten einer globalen Pandemiesituation. Das öffentliche Leben ist eingeschränkt und die gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Belastungen sind erheblich. Die Volkswirtschaften stehen zunehmend unter dem Druck der Auswirkungen des Virus, die finalen Folgen sind derzeit nicht abschätzbar. Gerade in dieser Zeit spielen die Gesundheitssysteme eine wichtige Rolle.

Wir gehen davon aus, dass wir trotz dieser Corona-Pandemie keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf den Aus- und Fortbildungsbetrieb und unsere Geschäftspolitik erwarten müssen. Unsere Marktposition wird stetig ausgebaut, insbesondere auch durch die Übernahme der Schule

für Pflegeberufe des RMK und die damit verbundene Kooperation. Der Hintergrund der Schulübernahme ist die neue Pflegeausbildung, die nicht mehr zwischen den verschiedenen Pflegefeldern trennt. Daher gibt es nun auch eine neue Finanzierung, die die Schulkosten abdecken soll. Aber die Investitions- und Mietkosten werden weiterhin nicht berücksichtigt. So werden die Schulplätze der neu beginnenden Kurse mit € 612,50 pro Monat und einer Steigerungsrate von 2,9% für 2021 finanziert. Der Wirtschaftsplan 2020 bildet insoweit erwartete Umsatzerlöse aus Fördermitteln, aus Entgelten sowie aus Zuschüssen und Erstattungen des RMK in Höhe von insgesamt T€ 3.142,0 ab.

Die Bewerberlage zeigt sich bisher relativ stabil. Von den geplanten 50 Ausbildungsplätzen zum 01.04.2020 konnten 46 besetzt werden. Im Herbst ist die Bewerberlage aufgrund der Schulabgänger grundsätzlich günstiger. Hier gilt es jedoch 75 Plätze zu besetzen. Bis Herbst sollte das neue Gesetz zur Pflegefachassistenz verabschiedet sein, sodass dann auch wieder eine Assistenzausbildung in der Pflege angeboten werden kann. Die Gründung der OTA/ATA Schule ist bei der Deutschen Krankenhausgesellschaft eingereicht.

Zum 01.09.2020 kann der erste Kurs starten. Da bis jetzt erst wenige Kooperationsverträge geschlossen sind, wird der erste Kurs nur wenige Teilnehmer haben. Ab 2021 soll der nächste Kurs mindestens 15 Teilnehmer haben. 2022 wird es dann eine staatliche Anerkennung für diese Ausbildung geben. Dann müssen sich alle weiteren Kurse ähnlich der Pflegeausbildung über ein Fondssystem selber finanzieren. Bis dahin muss ein Raumnutzungskonzept entwickelt werden, um den Um-, An- oder Neubau zu planen. Die vorhandenen Flächen werden ab 2022 nicht mehr ausreichen. Der erweiterte Raumbedarf wird ca. drei bis vier Klassenräume, Gruppenräume und Sanitäranlagen beinhalten.

Der Digitalpakt Schule wird um Pflegeschulen erweitert. Dem Bildungszentrum steht bei einer 90%igen Förderung ein Betrag von T€ 91,1 zu. Nicht zuletzt durch die Corona Krise hat diese Investition eine hohe Priorität, um den Schulbetrieb aufrechterhalten zu können. Weiterhin müssen jedoch größere Mittel in das Schulmobiliar, insbesondere Einzeltische vorgenommen werden. Daher sind hier auch in den nächsten Jahren jährlich rund T€ 50,0 vorgesehen sowie in 2021 einmalig T€ 100,0 zur Anschaffung notwendigen Mobiliars für weitere Klassenräume. Der Renovierungsstau am Schulgebäude wird schrittweise abgebaut. So sind bereits in 2019 T€ 71,1 investiert und auch für 2020 weitere Instandhaltungsmaßnahmen vorgesehen. Wesentliche Neuinvestitionen betreffen die Anschaffung von weiteren Klassenzimmern und Büroeinrichtung und die Anschaffung weiterer EDV. Gleichzeitig hat der Vermieter – das RMK – zugesagt, jährlich T€ 50 zum Abbau des Investitionsstaus aufzubringen, zunächst in den Brandschutz und sanitäre Anlagen.

Der im März 2020 überarbeitete, noch unter Gremienvorbehalt stehende Wirtschaftsplan für die Jahre 2020–2025 sieht ein insgesamt ausgeglichenes Planergebnis (Planüberschuss von T€ +3,7) für das Geschäftsjahr 2020 vor.

Chancen– und Risikobericht

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft unterliegt einer Vielzahl von Risiken, die untrennbar mit der unternehmerischen Tätigkeit verbunden sind. Die aktuelle Pandemie kann das wirtschaftliche Leben in einem erheblichen Umfang einschränken. Weltweit bestehen Risiken durch die Übertragung von Infektionserregern. Durch Epidemien und Pandemien drohen hohe Krankheitsraten in verschiedenen Ländern und Regionen. Dies kann kurz–, mittel– und langfristig dazu führen, dass die Nachfrage nach unseren Bildungsleistungen sich rückläufig entwickelt. Darüber hinaus ist es möglich, dass Mitarbeiter und Dozenten aus Angst vor Ansteckung nicht bereit sind, ihrer Arbeit im gewohnten Umfang nachzukommen. Auch behördliche Restriktionen können das operative Geschäft beeinflussen. Die wirtschaftlichen Folgen sind nur schwer vorhersehbar. Dennoch sind solche Ereignisse zukünftig in unsere Beurteilungen aufzunehmen. Es wird darum gehen, geeignete Maßnahmen zur Krisenbewältigung zu implementieren.

Die Chancen– und Risikoeinschätzung hat sich im Übrigen gegenüber 2019 nicht verändert. Die Gewinnung von Nachwuchs für Pflege– und Gesundheitsberufe wird ein zentrales Risiko bleiben. Die zunehmende Verbesserung des Gebäudes und der Schulinfrastruktur wird jedoch die Attraktivität deutlich erhöhen. Auch bleibt abzuwarten, ob die gesellschaftliche Anerkennung für Pflege– und Gesundheitsberufe steigt und auch dadurch die Attraktivität für solch eine Ausbildung zunimmt.

Die Risiken des BZPG liegen zudem insbesondere in der Abhängigkeit von der Gewährung öffentlicher Fördermittel im erwarteten Umfang. Eine Reduzierung oder der Wegfall der Landesförderung würde das BZPG existenziell gefährden und müsste ggf. durch Gesellschaftermittel kompensiert werden. Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat sind sich bewusst, dass mit der Umsetzung der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Planzahlen Wagnisse auftreten können und sich daraus unmittelbar ergebnisrelevante Auswirkungen ergeben könnten, die unmittelbar den von der StädteRegion als Gesellschafterin abzudeckenden Fehlbetrag erhöhen würden. Über die Entwicklungen des BZPG ist der Aufsichtsrat daher frühzeitig zu informieren.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Gesellschafterin die Gesellschaft weiterhin in der erforderlichen Höhe finanziell unterstützen wird. Sowohl aus diesem Grund als auch aufgrund des zwischenzeitlich überarbeiteten Wirtschaftsplans für 2020(ff.), schätzt die Geschäftsführung die Fortführung des Unternehmens daher als überwiegend wahrscheinlich. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 wurde daher unter der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Derivative Finanzinstrumente werden nicht eingesetzt. Forderungsausfälle sind bis zum heutigen Tag nur im geringen Umfang zu verzeichnen. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfrist gezahlt. Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft über die vorhandenen liquiden Mittel. Ziel des Kontroll- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Diese Kontroll- und Risikomanagementsysteme sind installiert, werden laufend optimiert und den geänderten Marktverhältnissen angepasst. Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.



**Beschäftigung
Qualifizierung
Dienstleistung**

SPRUNGBrett gGmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand der Gesellschaft ist es, nach dem Sozialstaatsgebot benachteiligten Menschen, insbesondere arbeitslosen bzw. langzeitarbeitslosen Jugendlichen und Erwachsenen, die ihren Wohnsitz in der StädteRegion Aachen haben, durch gezielte Unterstützung den Zugang zu dauerhafter Erwerbsarbeit und zu gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Zur Umsetzung dieses Unternehmenszweckes ergreift die Gesellschaft Maßnahmen, die, durch Ausschöpfung der gesetzlichen Grundlagen nach dem SGB II und dem SGB III und sonstiger Förderprogramme, die Integrationsfähigkeit der betroffenen Menschen verbessern. Im Rahmen dieser Prämisse verwirklicht die Gesellschaft zudem auch Ziele des SGB VIII.

Soweit es die Verwirklichung des Gesellschaftszweckes erfordert, ist die Kooperation mit den regionsangehörigen Städten und Gemeinden, den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, den Schulen, den Betrieben, den Kammern, den Trägern der beruflichen Weiterbildung, den Gewerkschaften, den Arbeitsgemeinschaften für die Grundsicherung Arbeitsuchender in der Region, insbesondere mit der Arbeitsgemeinschaft für die Grundsicherung Arbeitsuchender der StädteRegion Aachen (ARGE in der StädteRegion Aachen) und der Agentur für Arbeit vorgesehen.

Die Gesellschaft ist insbesondere im Bereich der Beratung und Betreuung, der Beschäftigung, der Ausbildung und der Qualifizierung von benachteiligten Menschen zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des genannten Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich erscheinen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft nicht in Konkurrenz zu anderen, etablierten Weiterbildungsträgern in der StädteRegion Aachen auftritt.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die GmbH wird vertreten durch eine Geschäftsführer/-in, die/der einzelvertretungsberechtigt ist.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 9 stimmberechtigten Mitgliedern und 2 Mitgliedern mit beratender Stimme. Dem Aufsichtsrat gehören an:

- a) 8 vom Gesellschafter StädteRegion Aachen entsandte Mitglieder, darunter der jeweilige Sozialdezernent und der jeweilige Personal-/Organisationsdezernent der StädteRegion Aachen.
- b) ein auf Vorschlag der regionsangehörigen Städte und Gemeinden von der StädteRegion Aachen entsandtes Mitglied.

- c) Mitglieder mit beratender Stimme sind:
 der/die jeweilige Leiter/in des Amtes für soziale Angelegenheiten der StädteRegion Aachen
 der/die jeweilige Betriebsratsvorsitzende.

Gesellschafterversammlung:

Der Vertreter der StädteRegion Aachen wird vom Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Prof. Dr. Axel Thomas

Vertretung im Aufsichtsrat:

Dr. Tim Grüttemeier	Städteregionsrat als Personal- / Organisationsdezernent
Dr. Michael Ziemons	Dezernent f. Soziales d. StädteRegion
Rudi Bertram	Bürgermeister Stadt Eschweiler
Wolfgang Königs	Städteregionstagsmitglied
Lars Lübben	Städteregionstagsmitglied
Doris Harst	Städteregionstagsmitglied
Thomas Hartmann	Städteregionstagsmitglied
Marie-Theres Sobczyk	Städteregionstagsmitglied
Michael Sahm	Sachkundiger Bürger

Beratende

Mitglieder:	Angelika Hirtz	Leiterin des Amtes für Soziales
	Gabi Kämpfe	Betriebsratsvorsitzende

Vertretung der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Wolfgang Königs	Städteregionstagsmitglied
Stellvertretung:	Alexander Tietz-Latza	sachkundiger Bürger

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 26.000 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	<u>26.000,00</u>	<u>100,00</u>
	26.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2017	2018	2019
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	1.706	832	427
I. Imm. Vermögensgegenst.	418	1	1
II. Sachanlagen	1.289	831	426
B. Umlaufvermögen	546.646	599.578	642.497
I. Forderungen/sonst. VG	24.209	3.566	9
II. Kassenbestand, Guthaben	522.437	595.000	642.488
C. Rechnungsabgrenzung	180	180	180
Bilanzsumme Aktiva	548.532	599.578	643.104
 A. Eigenkapital	 464.261	 494.393	 525.208
I. Gezeichnetes Kapital	26.000	26.000	26.000
II. Gewinnrücklagen	274.493	287.635	317.767
III. Gewinnvortrag	150.626	150.626	150.626
IV. Jahresüberschuss	13.142	30.132	30.815
B. Rückstellungen	38.052	30.334	18.520
C. Verbindlichkeiten	46.219	74.851	99.376
Bilanzsumme Passiva	548.532	599.578	643.104
 Gewinn- und Verlustrechnung:	 2017	 2018	 2019
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	887.101	1.009.856	805.769
Sonstige betriebliche Erträge	16.311	27.555	18.353
Zinserträge	4	4	3
Erträge a. Gesellschafterzuschüssen	0	0	0
Personalaufwand	835.294	945.700	724.847
Abschreibungen	1.726	875	567
Sonstige betriebl. Aufwendungen	53.253	60.707	67.896
Jahresüberschuss	13.141	30.132	30.815

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiter/innen (Jahresdurchschnitt ohne Azubi)	28	27	20

Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	2017 in %	2018 in %	2019 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	0,31	0,14	0,07
Eigenkapitalquote	84,64	82,64	81,67
Anlagendeckungsgrad I	27.201	59.456	k.A.
Liquidität 1. Grades	1.130	795	647
Eigenkapitalrentabilität	2,83	6,09	5,87

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Im Haushaltsjahr 2019 wurde seitens der StädteRegion Aachen erneut kein Betriebskostenzuschuss an die SPRUNGbrett gGmbH gezahlt.

Infolge des seit 2009 erfolgten Personalabbaus bei der SPRUNGbrett gGmbH konzentrierte sich das Rechnungswesen der Gesellschaft auf eine Buchhalterin. Die Geschäftsführung hat in Reaktion auf diese veränderte personelle Situation ab 2010 eine Mitarbeiterin der WFG mbH als „Stand-by-Kraft“ eingesetzt.

Angaben des Lageberichts zur öffentlichen Zwecksetzung

Ziel des Unternehmens war und ist es, benachteiligten Menschen, die ihren Wohnsitz in der StädteRegion Aachen (früher Kreis Aachen) haben, durch gezielte Unterstützung den Zugang zu dauerhafter Erwerbsarbeit und zu gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Damit folgt der Gesellschaftszweck dem Sozialstaatsgebot des Art. 20 Grundgesetz.

Zur Umsetzung dieses Unternehmenszweckes ergreift die Gesellschaft Maßnahmen, die in Sozialgesetzbücher genannt sind bzw. in Förderprogrammen bestehen.

Die anfängliche Hauptaufgabe bestand in der Vermittlung von Sozialhilfeempfängern in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Daher trägt die Gesellschaft die Zusatzbezeichnung Beschäftigungsinitiative.

Seit mehreren Jahren stellt die Schulsozialarbeit an den unterschiedlichen Schulformen den wesentlichen Schwerpunkt unserer Tätigkeit dar und erfüllt die öffentliche Zwecksetzung mittelbar bzw. präventiv. Seit Oktober 2019 trägt das Projekt „Case Management für Langzeitarbeitslose (LZA) mit psychischen Beeinträchtigungen“ unmittelbar zur Zweckerfüllung bei. Insgesamt ist der öffentliche Zweck der Gesellschaft erfüllt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Aufgabenwahrnehmung im mildtätigen Bereich der Gesellschaft:

Die Integration Benachteiligter in den ersten Arbeitsmarkt ist in unserem Arbeitsbereich „Kreisinitiative Jugend und Beruf“ Teil unseres Zielsystems. Darüber hinaus ist der Antrag bei der StädteRegion Aachen für das Projekt „Case Management für Langzeitarbeitslose (LZA) mit psychischen Beeinträchtigungen“ bewilligt worden und zum 01.10.2019 gestartet. Das zunächst bis 31.12.2020 zeitlich befristete Casemanagement Projekt, das von Sprungbrett initiiert wurde und finanziell von der StädteRegion Aachen alimentiert wird, nimmt Personen mit psychischer Beeinträchtigung auf, die innerhalb der nächsten 6 Monate voraussichtlich nicht erwerbsfähig sind und begleitet sie bis hin zur Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit.

Aufgabenwahrnehmung im gemeinnützigen Bereich der Gesellschaft:

Sprungbrett ist eine gemeinnützige GmbH im Sinne des Steuerrechts bzw. der Abgabenordnung. Bestätigt hat sich, dass die Problemlagen der von SPRUNGBrett im Rahmen der Schulsozialarbeit betreuten Schülerinnen/ Schüler/ Jugendlichen komplex bleiben und die Betroffenen eine intensive Begleitung bei der Bewältigung ihrer Probleme benötigen. Hier besteht nach wie vor ein großer Bedarf.

Tätigkeitsschwerpunkte 2019

Seit nunmehr 24 Jahren hat die SPRUNGBrett gemeinnützige GmbH, die als „Kreisinitiative Jugend und Beruf“ 1995 gestartet ist, Erfahrung in der Beratung, Begleitung und sozialpädagogischen Unterstützung von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und allen am Erziehungsprozess Beteiligten.

Aus dieser Zeit stammt auch unser immer noch geltendes Motto: **SPRUNGBrett – Mut zum Sprung in die Zukunft.**

Die Arbeit der SPRUNGBrett gemeinnützige GmbH fand im Berichtsjahr in Anlehnung an § 13 SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe statt:

„Jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, sollen im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern.“

Im Berichtsjahr 2018/2019 haben 26 (bis 31.12.2018), danach 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in fünf Aufgabenbereichen (Grundschulen bis 31.12.2018, Hauptschule, Förderschulen, Berufskollegs, einer Realschule und einer Gesamtschule) mit insgesamt **2.843** Kindern und Jugendlichen gearbeitet.

Seit Ende 2016 werden über die Landesregierung NRW Stellen für die Mitarbeit in Multiprofessionellen Teams zur Integration durch Bildung (MPT) für neuzugewanderte Schülerinnen und Schüler an

den Berufskollegs gefördert. Bei der Sprungbrett gemeinnützigen GmbH sind im Jahr 2019 vier der insgesamt 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die sozialpädagogische Arbeit in den internationalen Klassen eingesetzt.

Insgesamt wurden in allen Beratungsstellen im Schuljahr 2018/2019 **14.446** Einzelgespräche geführt, von denen **2.415** Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene profitieren konnten. Wie in all den Jahren vorher nehmen deutlich mehr männliche Ratsuchende (**1.546**) den Kontakt zu den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern auf als weibliche Ratsuchende (**869**). Diese Tendenz ist an allen Schulformen von der Grundschule bis zum Berufskolleg identisch.

Bei **1.240** (1.251 im Vorjahr) dieser jungen Menschen kann man von einem Migrationshintergrund sprechen, dazu gehören sowohl die Kinder und Jugendlichen, die schon seit langer Zeit zu unseren Mitbürgern gehören, als auch die neu zugewanderten und die Geflüchteten. Durch unser neues Aufgabengebiet (Mitarbeit in Multiprofessionellen Teams für die Integration der internationalen Schüler und Schülerinnen) hat sich diese Zahl in den letzten zwei Schuljahren nochmals erhöht.

Neben den erwähnten **14.446** Einzelgesprächen gab es insgesamt 1.186 Veranstaltungen zur sozialpädagogischen Gruppenarbeit mit dem Schwerpunkt der Förderung sozialer Kompetenzen, die in den unterschiedlichen Schulformen sehr unterschiedlich gestaltet werden. Sozialtraining, Förderung der Kommunikation und der Kooperationsfähigkeit sind Themen, die enorm wichtig sind. Das Thema Schul- und Berufsorientierung hat vermehrt Bedeutung bei der Arbeit an den Berufskollegs und in den letzten beiden Schuljahren an den Hauptschulen, aber auch an den Förderschulen mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung ist der Übergang in den Beruf oder in die Werkstätten von Bedeutung.

Die überragende Mehrheit der **2.415** beratenen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat ihren Wohnsitz in der StädteRegion Aachen, nur wenige leben in benachbarten Städten und Kreisen oder im benachbarten Ausland, die meisten von diesen besuchen die Berufskollegs.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es der Gesellschaft erneut gelungen ist, praxisorientiert im Sinne von § 13 SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe auch im Schuljahr 2018/2019 in die Tat umzusetzen.

Mit dem gleichen Engagement werden die Beschäftigten im Schuljahr 2019/2020 die Arbeit fortsetzen.

Schulsozialarbeit an sechs Berufskollegs der StädteRegion Aachen

An sechs Berufskollegs in den Städten Aachen, Alsdorf, Eschweiler und Herzogenrath bietet SPRUNGBrett gemeinnützige GmbH sozialpädagogische Begleitung und Beratung für Jugendliche und junge Erwachsene an:

- Berufskolleg Alsdorf
- Berufskolleg Eschweiler
- Berufskolleg Herzogenrath
- Mies-van-der-Rohe-Schule Aachen
- Paul-Julius-Reuter-Berufskolleg Aachen
- Berufskolleg für Wirtschaft und Verwaltung Aachen.

Im Berichtsjahr 2018/2019 haben wir die Differenzierung der Arbeit an den Berufskollegs nach den unterschiedlichen Finanzierungshintergründen aufgehoben (Jugend und Beruf, Schulsozialarbeit und Multiprofessionelle Teams). Die Inhalte und Ziele der Arbeit mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen unterscheiden sich nicht voneinander, in allen drei Bereichen geht es um die Berufs- und Lebenswegplanung und alle Schulsozialarbeiterinnen beraten, begleiten und unterstützen die jungen Menschen dabei.

Elf sozialpädagogische Fachkräfte sind an den Berufskollegs für die Begleitung und Beratung zuständig, schwerpunktmäßig für Klassen in der Ausbildungsvorbereitung, den Berufsfachschulklassen, den Handelsschulklassen und den Internationalen Förderklassen. Für die Schülerinnen im dualen System dieser Berufskollegs gilt ein offenes Beratungsangebot, das von allen genutzt werden kann.

Für die gesamte Schulsozialarbeit an den sechs Berufskollegs stehen 6,75 Stellen zur Verfügung, verteilt auf elf Kolleginnen.

Im Berichtsjahr 2018/2019 haben die elf Mitarbeiterinnen an den Berufskollegs insgesamt **1.305** Jugendliche und junge Erwachsene beraten, dabei wurden in allen Beratungsstellen zusammen **7.770** persönliche Gespräche geführt.

Für viele Jugendliche und junge Erwachsene konnten Gruppenangebote durchgeführt werden. Die Arbeit in Gruppen wurde zum Teil schuljahresbegleitend angeboten. Die Anzahl der Termine, an denen Gruppenberatungen stattfanden, lässt sich mit **338** im Laufe dieses Schuljahres beziffern.

An allen sechs Berufskollegs haben mit unserer Unterstützung mindestens **1.108** junge Menschen eine Anschlussperspektive gefunden. In diesem Schuljahr sind wir stolz auf eine Erfolgsquote von **84%**.

Verbleib der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Anschluss an die Beratung

	männlich	weiblich	insgesamt
Übergänge in ...			
... Ausbildung:			
– betriebliche Ausbildung	251	74	325
– außerbetriebliche oder schulische Ausbildung	16	11	27
... Berufsvorbereitung:			
– berufsvorbereitende Maßnahmen nach SGB II / SGB III	22	3	25
– Einstiegsqualifizierung EQ	22	2	24
– Jugendwerkstatt	1	–	1
... weiterer Schulbesuch			
– Ausbildungsvorbereitung AV	109	43	152
– Internationale Förderkasse IFK	26	11	37
– Berufsfachschule	216	60	276
– Höhere Berufsfachschule	65	60	125
– Fachoberschule	35	27	62
– andere Formen des nachträglichen Erwerbs des Schulabschlusses (vhs, ...)	4	2	6
... Beschäftigung:			
– Erwerbstätigkeit	26	11	37
... Anderes			
– Beratung/Therapie/stationärer Aufenthalt	15	4	19

– Sonstiges (Bundeswehr, FSJ, BuFDi, ...)	8	3	11
... Rückkehr in die Heimat	1	1	2
... Unbekannt (da in der Beratung nicht von Relevanz)	98	78	176
Teilnehmerinnen insgesamt:	915	390	1.305

Schulsozialarbeit in Form von Beratung zur Vermeidung von Schulabsentismus an 3 Schulen der Sekundarstufe I in Eschweiler und Würselen

An der Gemeinschaftshauptschule in Eschweiler und in der Hauptschule und Realschule in Würselen arbeiten zwei pädagogische Fachkräfte der SPRUNGbrett gemeinnützige GmbH an der Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Schule. So ermöglicht die tägliche Kontaktaufnahme eine besondere Form der pädagogischen Arbeit: Schulsozialarbeit.

Insgesamt wurden **204** Schülerinnen (98) und Schüler (106) beraten, intensiv begleitet und betreut. Die Anzahl der stattgefundenen Beratungsgespräche lässt sich mit **1.209** beziffern. Wichtig ist die Konstanz sozialpädagogischer Begleitung an den Schulen. Je länger sozialpädagogische Fachkräfte an den Schulen arbeiten, umso mehr werden sie auch von den Kindern und Jugendlichen angenommen. Deutlich wird ebenfalls, dass durch veränderte Familienstrukturen den Schulsozialarbeiterinnen eine wichtige Aufgabe als Bezugsperson zukommt. Diese bedeutende Arbeit kann von Lehrerinnen und Lehrern nur im begrenzten Umfang geleistet werden kann.

Schulsozialarbeit an sechs Förderschulen in Trägerschaft der StädteRegion Aachen

Seit dem Schuljahr 2011/2012 unterstützen sechs Schulsozialarbeiterinnen die Arbeit der Lehrerinnen an sechs Förderschulen:

- **Martinusschule** in Baesweiler
- **Erich-Kästner-Schule** in Eschweiler
- **Lindenschule** in Aachen
- **Rodaschule** in Herzogenrath
- **Kleebach-Schule** in Aachen
- **Willi-Fährmann-Schule** in Eschweiler (seit dem Schuljahr 2015/2016).

Im Schuljahr 2018/2019 wurden an diesen sechs Förderschulen insgesamt **565** Jungen und Mädchen begleitet, beraten und unterstützt. Wie in allen Bereichen waren es mehr Jungen (343) als Mädchen (222).

Die Schulsozialarbeiterinnen bieten sozialpädagogische und psychosoziale Hilfen an, um Kinder und ihre Familien bei der Bewältigung von familiären, sozialen und schulischen Problemen zu unterstützen. Die Beratung im Sinne des Bildungs- und Teilhabepakets ist ein Baustein im Sinne präventiver und nachhaltiger Angebote. Selbstverständlich unterstützen die pädagogischen Fachkräfte die Familien auch im Umgang mit Ämtern und Behörden.

Mindestens **351** Kinder, die von den Sozialpädagoginnen unterstützt wurden, leben in Familien, die Leistungen nach dem SGB II, Transferleistungen nach dem Asylbewerbergesetz oder Wohngeld erhalten und sind somit Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft.

335 der in der Einzelberatung erreichten **565** Schüler und Schülerinnen haben einen Migrationshintergrund (mehr als die Hälfte).

Insgesamt wurde die Arbeit der Schulsozialarbeiterinnen in diesem Schuljahr für **3.648** Einzelgespräche in Anspruch genommen. Das ist deutlich mehr als im Vorjahr (+86% bzw. +1.690). Durch die Zunahme der Einzelberatungen sind die Zahlen der Gruppenangebote deutlich zurückgegangen. Insgesamt wurden über das Schuljahr verteilt **408** Gruppenveranstaltungen angeboten, die von **422** Kindern genutzt wurden.

Die Stadt Herzogenrath führt die Schulsozialarbeit seit dem 01.01.2019 selbst durch. Der Vertrag mit SPRUNGbrett wurde form- und fristgerecht zuvor gekündigt. Sieben Mitarbeiterinnen sind im Rahmen eines Teilbetriebsübergangs zur Stadt Herzogenrath gewechselt. Dies hat zu einem Wegfall von Deckungsbeiträgen, die die sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zuvor erwirtschaftet haben, geführt.

Das Programm Jugend in Arbeit ist zum Jahresende 2018 eingestellt worden. Da es nicht gelungen ist für die hiervon betroffene Mitarbeiterin eine Folgeleistung beim Jobcenter bzw. bei der StädteRegion herbeizuführen, hat die Geschäftsführung der Mitarbeiterin daraufhin betriebsbedingt zum 31.03.2019 gekündigt. Eine Abfindung wurde nicht gezahlt, da die rechtlichen Voraussetzungen hierfür nicht vorlagen. Nachlaufende Kosten im Sinne der Restdokumentation des Projektes konnten nicht vermieden werden.

Im Ergebnis konnte das Wirtschaftsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss abgeschlossen werden.

Auf einen Betriebskostenzuschuss der StädteRegion Aachen konnte erneut vollständig verzichtet werden, was in dieser Branche ein Alleinstellungsmerkmal ist.

Belegschaft

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter/ -innen (ohne Geschäftsführung) betrug 20 Personen.

Kommentierung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage¹

Vermögenslage (Bilanz)

Die nachfolgende Analyse der Bilanzstruktur zeigt, dass die Gesellschaft fast ausschließlich über kurzfristig gebundenes Vermögen (99,91%) verfügt. Die Anlagenquote liegt bei 0,07% und hat sich, aufgrund von planmäßigen Abschreibungen, im Vergleich zum Vorjahr um die Hälfte reduziert. Das Kostenbewusstsein der Gesellschaft führt dazu, dass sie mittlerweile nicht mehr über abschreibungsfähiges Sachanlagevermögen verfügt.

Das Umlaufvermögen ist geprägt durch das Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 642 T€ (Vorjahr: 595 T€).

Die Eigenkapitalquote ist mit 81,67% unverändert hoch, hat sich jedoch im Vergleich zum Vorjahr um 0,79 % reduziert. Die Rückstellungen haben sich auf 19 T€ reduziert. Die sonstigen Verbindlichkeiten haben sich um 24 T€ auf 94 T€ erhöht. Letzteres ist auf die hohe Fluktuation der Mitarbeiter zurückzuführen. Diese hat zu temporär höheren Rückzahlungsansprüchen bei den Auftraggebern geführt (wegen nicht erbrachter Leistung in der Nachfolge der Personalwechsel).

Insgesamt haben sich Vermögen- und Kapital der Gesellschaft um 44 T€ auf 643 T€ erhöht.

	Bilanz zum 31.12.2019		Bilanz zum 31.12.2018		Veränderung zum Vorjahr
	T€	%	T€	%	T€
AKTIVA					
Sachanlagen	0	0,07	1	0,14	0
sonstige Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0
Lang- und mittelfristig gebundenes Vermögen	0	0,07	1	0,14	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0,00	3	0,49	-3

¹ Aufgrund der Rundung auf T€ kann es in Summe bei der Kommentierung bzw. in Darstellungen zu Abweichungen kommen.

sonstige Vermögensgegenstände	0	0,00	1	0,11	-1
Guthaben bei Kreditinstituten	642	99,90	595	99,24	47
kurzfristig gebundenes Vermögen	642	99,91	599	99,83	43
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,03	0	0,03	0
				100,0	
	643	100,00	600	0	43
PASSIVA					
Gezeichnetes Kapital	26	4,04	26	4,34	0
Gewinnrücklagen	318	49,41	288	47,97	30
Gewinnvortrag	151	23,42	151	25,12	0
Jahresüberschuss	31	4,79	30	5,03	1
Eigenkapital	525	81,67	494	82,46	31
Rückstellungen	19	2,88	30	5,06	-12
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5	0,82	5	0,83	0
sonstige Verbindlichkeiten	94	14,63	70	11,66	24
kurzfristiges Fremdkapital	118	18,33	105	17,54	12
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0
				100,0	
	643	100,00	600	0	43

Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

In der nachfolgenden Tabelle ist die Veränderung der einzelnen Positionen aus der Gewinn- und Verlustrechnung im Vergleich zum Vorjahr dargestellt. Der Umsatzrückgang zum Vorjahr in Höhe von 204 T€ auf 806 T€ ist auf mehrere Effekte zurückzuführen. Einerseits hat der Wegfall des Auftrages für die Schulsozialarbeit der Stadt Herzogenrath, der Wegfall des Projektes Jugend in Arbeit plus und die hohe Fluktuation der Mitarbeiter zu einem Umsatzrückgang geführt. Andererseits führt das neu hinzu gewonnene Casemanagement Projekt, das darin besteht, sich um die psychisch erkrankten Langzeitarbeitslosen zu kümmern, zu einer Umsatzsteigerung.

Der Personalaufwand hat sich um 221 T€ auf 725 T€ reduziert. Das Jahresergebnis ist mit 31 T€ fast auf Vorjahresniveau.

Die Eigenkapitalrentabilität ist von 6,09 % im Vorjahr auf 5,87 % gesunken.

	01.01. 31.12.2019		bis	01.01. 31.12.2018		bis	Verän- derung zum Vorjahr
	T€	%		T€	%		T€
Umsatzerlöse	806	100,00		1.010	100,00		-204
+/- Bestandsveränderungen	0	0,00		0	0,00		0
= Gesamtleistung	806	100,00		1.010	100,00		-204
+ sonstige betriebliche Erträge	18	2,28		28	2,73		-9
- Materialaufwand	0	0,00		0	0,00		0
- Personalaufwand	725	89,96		946	93,65		-221
- Abschreibungen	1	0,07		1	0,09		0
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	68	8,43		61	6,01		7

= Betriebsergebnis	31	3,82	30	2,98	1
+/- Beteiligungs-/ Finanzergebnis	0	0,00	0	0,00	0
= Ergebnis vor Steuern	31	3,82	30	2,98	1
+/- außerordentliches Ergebnis	0	0,00	0	0,00	0
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0,00	0	0,00	0
+ Gesellschafterzuschüsse	0	0,00	0	0,00	0
= Jahresergebnis	31	3,82	30	2,98	1

Künftige Entwicklung

Das Projekt „Case Management für Langzeitarbeitslose (LZA) mit psychischen Beeinträchtigungen“ ist bis zum 31.12.2020 bewilligt worden. Dieses neue Projekt trägt zur Deckung der allgemeinen Kosten bei.

Finanziell und ergebnistechnisch ist SPRUNGbrett während des gesamten Berichtszeitraums 2019 stabil gewesen. Finanzielle Stabilität und Beschäftigung in der Zukunft werden davon abhängen, inwieweit die verbleibenden öffentlichen Auftraggeber die gute Arbeit von SPRUNGbrett kostendeckend entgelten. Bisher hat die Coronavirus-Pandemie (COVID-19) keine nennenswerten Auswirkungen auf die Tätigkeit sowie die wirtschaftliche Situation (Ertrags- bzw. Kostenseite) des Unternehmens gehabt.

regio iT gesellschaft für Informationstechnologie mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die automatisierte Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Weiterhin führt die Gesellschaft IT-gestützte Qualifizierung von Mitarbeitenden der kommunalen Gesellschafter, sowie deren kommunalen Gesellschaften, sowie von Einwohner_innen der kommunalen Gesellschafter für den ersten Arbeitsmarkt durch.

Die regio iT Gesellschaft für Informationstechnologie mbH (regio iT) in Aachen ist ein mittelständischer IT-Dienstleister für Kommunen, kommunale Unternehmen, Energie- und Entsorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen. Die Wurzeln der Gesellschaft und der Sitz des Unternehmens liegen in der Region Aachen.

Das Unternehmen ist auch bundesweit mit seinen führenden IT-Lösungen bei seinen Kunden vertreten. So wird z.B. der votemanager, ein durch die regio iT entwickeltes Wahlverfahren, überregional eingesetzt. Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat eine oder mehrere Geschäftsführungen. Hat sie mehrere Geschäftsführungen, wird die Gesellschaft entweder durch zwei Geschäftsführungen oder durch eine Geschäftsführung und einen Prokuristen vertreten.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, bestehend aus 15 stimmberechtigten Mitgliedern. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von den Gesellschaftern in Anlehnung an die Höhe ihrer Beteiligung am Stammkapital der Gesellschaft entsandt.

Gesellschafterversammlung:

Gemäß § 12 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages besteht die Gesellschafterversammlung aus jeweils einer Vertretung pro Gesellschafter.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Dieter Rehfeld	Vorsitzender der Geschäftsführung
	Dieter Ludwigs	Kaufmännische Geschäftsführung

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Axel Hartmann	Allgemeiner Vertreter (bis 18.01.2019)
	Dr. Tim Grüttemeier	Städteregionsrat (Vorsitzender bis 10.04.2019)
	Ulla Thönnissen	Städteregiontagsmitglied
	Karl-Heinz Hermanns	Bürgermeister der Gemeinde Simmerath

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Vertreter:	Franz Körlings	Städteregiontagsmitglied
	Ingrid von Morandell	Städteregiontagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52070 Aachen
gezeichnetes Kapital:	307.228,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft Aachen mbH	185.166,32	48,50
Zweckverband INFOKOM Gütersloh AöR	46.084,20	15,00
StädteRegion Aachen	36.099,29	11,75
Stadt Aachen	3.010,83	11,75
Stadt Alsdorf	3.072,28	1,00
Stadt Baesweiler	3.072,28	1,00
Stadt Eschweiler	3.072,28	1,00
Stadt Herzogenrath	3.072,28	1,00
Stadt Monschau	3.072,28	1,00
Gemeinde Roetgen	3.072,28	1,00
Gemeinde Simmerath	3.072,28	1,00
Stadt Würselen	3.072,28	1,00
Stadt Düren	3.072,28	1,00
Kupferstadt Stolberg	3.072,28	1,00
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	3.072,28	1,00
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	3.072,28	1,00
Civitec Zweckverband Kommunale Informations- Verarbeitung, Siegburg	<u>3.072,28</u>	<u>1,00</u>
	307.228,00	100,00

Beteiligungen	Anteil in €	Anteil in %
cogniport GmbH	25.000,00	100,00
vote iT GmbH	24.000,00	85,00
Better Mobility GmbH	12.500,00	49,50

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2017 – in € –	2018 – in € –	2019 – in € –
A. Anlagevermögen	14.347.507	14.380.812	15.635.156
I. Imm. Vermögensgegenst.	5.255.851	4.549.612	4.955.614
II. Sachanlagen	6.223.010	7.571.328	8.433.247
III. Finanzanlagen	2.868.647	2.259.872	2.246.294
B. Umlaufvermögen	6.186.768	8.114.486	9.827.255
I. Forderungen u. sonst. VG	6.176.680	7.783.595	9.816.790
II. Kassenbestand, Guthaben	10.088	330.891	10.465
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.877.184	2.512.871	2.481.527
Bilanzsumme Aktiva	22.411.460	25.008.169	27.943.938
A. Eigenkapital	4.520.919	4.727.805	4.523.200
I. Gezeichnetes Kapital	307.228	307.228	307.228
II. Kapitalrücklage	388.066	388.066	388.066
III. Gewinnrücklagen	1.150.001	1.470.001	1.677.001
IV. Jahresüberschuss	2.675.624	2.562.510	2.150.905
B. Rückstellungen	5.796.997	5.430.387	6.206.322
C. Verbindlichkeiten	12.093.544	14.806.068	17.172.550
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	43.910	41.866
Bilanzsumme Passiva	22.411.460	25.008.169	27.943.938
Gewinn- und Verlustrechnung:	2017 – in € –	2018 – in € –	2019 – in € –
Umsatzerlöse	62.860.995	67.310.934	76.278.548
Sonst. betriebl. Erträge	874.829	1.271.739	456.089
Materialaufwand	23.487.018	26.136.418	29.071.476
Personalaufwand	24.958.541	26.933.952	31.420.908
Abschreibungen	3.764.295	4.129.702	4.436.491
Sonst. betriebl. Aufwendungen	7.119.809	7.971.066	8.645.551
Jahresüberschuss	2.675.625	2.562.510	2.150.905

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiterzahl (ohne Auszubildende)	329	350	363
	2017	2018	2019
Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	in %	in %	in %
Eigenkapitalquote	20,2	18,9	16,2
Anlagendeckungsgrad	k.A.	32,9	28,9
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	k.A.	5,5	4,2
Personalkostenquote	43,8	43,7	41,2

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Seitens der StädteRegion Aachen bestehen Verbindungen zur regio iT GmbH insofern, dass die StädteRegion Leistungen der regio iT in Anspruch nimmt, die entsprechend des Produkt- und Preiskatalogs in Rechnung gestellt werden. Seit dem Jahr 2014 hat die regio iT einen Großteil der von der StädteRegion bisher selbst durchgeführten IT-Dienstleistungen übernommen. Die StädteRegion Aachen hat im Haushaltsjahr 2020 an Gewinnausschüttung der regio iT für das Geschäftsjahr 2019 in Höhe von 229.701,33 € partizipiert. Weiterhin bestehen Leistungsbeziehungen der regio iT zu ihrer Holdinggesellschaft E.V.A.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Der Lagebericht führt hinsichtlich der öffentlichen Zwecksetzung aus, dass die Gesellschaft den im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen und der Aufsichtsbehörde von der Stadt Aachen angezeigten öffentlichen Zweck der automatisierten Informationsverarbeitung für kommunale Gesellschafter, ihre kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Organisationseinheiten sowie juristische Personen des öffentlichen Rechts nachgekommen ist.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2019 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 0,5 % höher als im Vorjahr. Volkswirte sehen damit das vorläufige Ende des jahrelangen Aufschwungs seit dem Krisenjahr 2009 und gehen für 2020 von einem herausfordernden Jahr für Deutschland aus.

Die Digitalbranche in Deutschland befindet sich jedoch nach wie vor auf Wachstumskurs. Die Umsätze im Informationstechnik-Gesamtmarkt stiegen 2019 um 2,0 Prozent auf 169,6 Milliarden Euro. Zudem hat die ITK-Branche 40.000 neue Stellen geschaffen. Stärkste Wachstumstreiber waren die auch für die regio iT wichtigen Teilmärkte für Software und IT-Services. Die Umsätze in diesen Marktsegmenten stiegen von 63,4 Milliarden Euro auf 66,9 Milliarden Euro (+4,0 %). Stärkstes Wachstumsthema war hierbei die digitale Transformation. In diesem Themenfeld haben insbesondere die deutschen Behörden im Jahr 2019 investiert, allerdings besteht immer noch Nachholbedarf. Experten gehen davon aus, dass sich mittels Digitalisierung die Aufwände für öffentliche Dienstleistungen bei Behörden und Bürgern um die Hälfte reduzieren ließen. Ein Engpassfaktor für das Wachstum ist jedoch nach wie vor der Fachkräftemangel. Grundlage der Markteinschätzung für 2019/2020 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Geschäftsverlauf

Auch im Geschäftsjahr 2019 haben sich die wichtigsten wirtschaftlichen Kennziffern der regio iT hervorragend entwickelt. Das Umsatzwachstum der regio iT lag sowohl über dem der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, als auch über dem Wachstum der IT-Branche bzw. der IT-Teilmärkte. Gleichzeitig konnten durch Investitionen und Innovationen auch die Grundlagen für zukünftige Erfolge gelegt werden. Dabei konnte die regio iT von den positiven gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen und vor allem auch von der positiven Entwicklung der kommunalen Haushalte partizipieren.

Vor diesem Hintergrund, aber auch vor dem Hintergrund von Wettbewerbsdruck bzw. steigender gesetzlicher Anforderungen, haben unsere Kunden gezielt in die Digitalisierung von Geschäftsprozessen und die Modernisierung der IT-Systeme investiert. Erneut und deutlich konnte das Beratungsgeschäft in allen Unternehmensbereichen gesteigert werden. Nachdem im Vorjahr in diesem Umsatzsegment mit 7,6 Mio. € bereits ein hervorragender Umsatz erzielt wurde, konnte dieser erneut gesteigert werden. Mit einem gezielten Beratungsumsatz von 9,6 Mio. € bei einem Anteil am Gesamtumsatz in Höhe von 12,5 % wurde relativ und absolut ein neuer Bestwert erwirtschaftet. Auch die Umsätze aus Produkt- und Applikationsbetrieb konnten deutlich gesteigert werden, hier konnte eine Steigerung um 3,3 Mio. € oder 6,8 % auf 51,2 Mio. € erzielt werden. Ebenfalls erheblich gesteigert wurden auch die Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft. Hier konnte der Umsatz um 3,1 Mio. € oder 45,6 % auf 9,9 Mio. € gesteigert werden. Auf Basis der breiten

Produktpalette der regio iT konnten sowohl Umsatzzuwächse bei Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert werden. Dementsprechend liegt auch der Gesamtumsatz mit 76,3 Mio. € deutlich über dem Vorjahreswert (67,3 Mio. €). Die Gesamtleistung eines (IT-) Dienstleistungsunternehmens korreliert im hohen Maße mit der Personalkapazität. Die deutliche Steigerung des Gesamterfolges führt demnach auch zu höheren Personalkosten: Einem Vorjahreswert von 26,9 Mio. € steht ein Wert im Berichtsjahr von 31,4 Mio. € entgegen. In Zusammenhang mit der inzwischen vollzogenen Übernahme des IT-Geschäftsbetriebes des Civitec Zweckverbandes sind im Berichtsjahr ebenfalls höhere Rechts- und Beratungskosten angefallen. Mit 8,7 Mio. € im Berichtsjahr liegt die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 0,7 Mio. € über dem Vorjahreswert (8,0 Mio. €). Auch wenn erwartungsgemäß das Ergebnis des Vorjahres vor Steuern (3,7 Mio. €) nicht erreicht wurde, verbleibt trotz gegenläufiger Einmaleffekte mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 3,2 Mio. € auch für das Geschäftsjahr 2019 ein ausgesprochen positives Jahresergebnis. Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt 2,2 Mio. € (Vorjahr: 2,6 Mio. €). Diese positive Entwicklung ist ein Spiegelbild der Digitalisierungsaktivitäten unserer Gesellschafter und Kunden. Sowohl bei den Kommunen als auch bei den kommunalen Unternehmen wurden entsprechende Projekte beauftragt. Beginnend mit Infrastruktur-Projekten im Umfeld Windows 10, VDI, der Konsolidierung von Infrastruktur-Services in unserem Rechenzentrum über DMS und eAkte-Projekte hin zu verschiedenen Schulprojekten, Portal-Projekten, sowie SAP-Projekten bei Kommunen und kommunalen Unternehmen, sind es vielfältige Digitalisierungsthemen, die zu der hervorragenden Entwicklung der Gesamtleistung der regio iT im Geschäftsjahr 2019 geführt haben. Auch die vote iT GmbH, an der die regio iT die Mehrheitsbeteiligung hält, hat sich in diesem Kontext 2019 wirtschaftlich sehr positiv entwickelt.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. €):

a) Finanzielle Leistungsindikatoren

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter, mehrjähriger Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente. Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 47,7 Mio. € im Berichtsjahr (Vorjahr: 42,5 Mio. €). Das geplante Rohergebnis (45,0 Mio. €) wurde deutlich übertroffen (+2,7 Mio. €).

Die Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb liegen mit 51,2 Mio. € ebenfalls über Planniveau (50,2 Mio. €). Überplanmäßig haben sich auch die Umsätze aus Handels- und Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (6,0 Mio. €) konnten sehr deutlich um 3,9 Mio. € übertroffen werden. Ein weiterer wichtiger Indikator der eigenen Wertschöpfung ist der Anteil der Umsätze aus Projektleistungen und Beratung. Einem geplanten Umsatz von 8,5 Mio. € (12,5 % der Gesamtumsätze) stand ein erzielter Umsatz von 9,6 Mio. € gegenüber. Trotz überplanmäßiger

Gesamtumsätze entspricht dies mit einem Anteil von 12,5 % der geplanten Relation. Demzufolge lag das Ergebnis vor Steuern mit 3,2 Mio. € um 0,3 Mio. € über dem Planwert (2,9 Mio. €). Die Gesamtleistungsrendite (vor Steuern) lag im Berichtsjahr in der Folge bei 4,2 %. Diese liegt somit trotz gegenläufiger Kostensteigerungen aufgrund der Kooperationsgespräche mit dem Civitec nahezu auf Planniveau.

b) Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

Das Managementsystem der regio iT hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Mittlerweile ist das Managementsystem so aufgebaut, dass es möglich ist, die drei für die regio iT wichtigen Normen ISO 9001 (Organisation und Prozesse), ISO 27001 (Sicherheit) und ISO 20000 (Servicemanagement) zeitgleich von den externen Auditoren hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen zu lassen. Die Audits fanden im Berichtsjahr vom 25. – 27.06.2019 in Gütersloh und Aachen statt. Das Auditergebnis bestätigt, dass das Qualitäts-, Informations-, Sicherheits- und Servicemanagement-System für das Gesamtunternehmen und damit für beide Standorte wirksam implementiert ist. Insgesamt wurden keine Abweichungen zu den zugrundeliegenden Normforderungen festgestellt.

Für die regio iT bedeuten die positiven Aussichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Daher ist es für die regio iT bei der Gewinnung neuer Fachkräfte ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit Sommer 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der unabhängigen und gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Das Siegel bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote der regio iT zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Die regio iT ist nach der Bestätigung der Zertifizierung im Jahr 2017 auch weiterhin berechtigt, dieses Siegel bis 2020 zu führen.

Ertragslage

Die regio iT konnte im Geschäftsjahr 2019 den Gesamtumsatz erneut deutlich steigern. Mit einem Gesamtumsatz von 76,3 Mio. € konnte der Vorjahreswert von 67,3 Mio. € um 9 Mio. € oder 13,4 % übertroffen werden. Es konnten sowohl neue Kunden gewonnen werden, als auch auf Basis des breiten Produktportfolios der regio iT Umsatzzuwächse durch ergänzende Produkte und Dienstleistungen bei Bestandskunden generiert werden. Der schon hervorragende Wert des Vorjahres bei den Umsatzerlösen aus Projektleistungen und Beratung (7,6 Mio. €) konnte nochmals gesteigert werden. Im Berichtsjahr konnte in diesem Segment ein Umsatz in Höhe von 9,6 Mio. € erzielt werden. Dieser Wert liegt somit um 2,0 Mio. € oder 25,3 % über dem Vorjahreswert. Sowohl bei den Kommunen als auch bei den kommunalen Unternehmen wurden entsprechende Projekte beauftragt. Beginnend mit Infrastruktur-Projekten im Umfeld Windows 10, VDI, der Konsolidierung von Infrastruktur-Services in unserem Rechenzentrum über DMS und eAkte-Projekte hin zu verschiedenen Schulprojekten, Portal-Projekten, sowie SAP-Projekten bei Kommunen und

kommunalen Unternehmen, sind es vielfältige Digitalisierungsthemen, die zu der hervorragenden Entwicklung der Gesamtleistung der regio iT im Geschäftsjahr 2019 geführt haben. Auch die vote iT, an der die regio iT die Mehrheitsbeteiligung hält, hat sich in diesem Kontext 2019 wirtschaftlich sehr positiv entwickelt. Deutlich gesteigert wurden auch die Umsätze aus Handels-/Leasing-Geschäft. Der Vorjahreswert (6,8 Mio. €) wurde um 3,1 Mio. € gesteigert. Diese Umsatzsteigerung ist insbesondere auf Fördermittel zurückzuführen, die unseren Kunden für Digitalisierungsvorhaben zur Verfügung stehen, insbesondere für Investitionen in die IT-Infrastruktur der Schulen. Gestiegen sind auch die Umsätze aus Weiterberechnung von Fremdleistungen/Porto. Diese lagen im Vorjahr bei 5,0 Mio. €, im Geschäftsjahr 2019 bei 5,7 Mio. €. Hierbei handelt es sich jedoch um die reine Weiterberechnung von Fremdleistungen ohne eigene Wertschöpfung. Die Umsatzerlöse korrelieren mit den im Materialaufwand enthaltenen Kosten. Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 0,5 Mio. € deutlich unter dem Vorjahresniveau (1,3 Mio. €). Die rückläufigen Erträge sind auf Einmaleffekte im Vorjahr zurückzuführen (i. W. aus der Auflösung von Rückstellungen). Ansonsten handelt es sich im Geschäftsjahr vor allem um Fördermittel bzw. anteilige Erstattungen des regio iT-Personalaufwandes innerhalb von durch den Bund geförderten Forschungs- und Entwicklungsprojekten. Durch gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung wird eine kontinuierliche Weiterentwicklung des eigenen Produktportfolios gewährleistet. Die wesentlichen Förderprojekte unter Beteiligung der regio iT im Berichtsjahr waren: 3connect (Elektromobilität), SmartMaaS (Smarte Mobilität in Städten) sowie Govchain nrw (Blockchain für den öffentlichen Bereich).

Korrespondierend mit der Umsatzentwicklung liegt der Materialaufwand mit 29,1 Mio. € über dem Vorjahresniveau (26,1 Mio. €). Dennoch konnte das Rohergebnis deutlich von 42,5 Mio. € um 5,2 Mio. € auf 47,7 Mio. € gesteigert werden. Diese Steigerung korreliert mit den deutlichen Umsatzzuwächsen aus Produkt-/Applikationsbetrieb sowie aus Projektleistungen und Beratung. Mit 31,4 Mio. € (inkl. Fremdleistungen Beamte) liegen die Personalkosten im Geschäftsjahr 2019 um 4,5 Mio. € über dem Vorjahreswert (26,9 Mio. €). Im Vorjahr waren die Fremdleistungen Beamte (2,5 Mio. €) jedoch noch in den Materialkosten/Fremdleistungen ausgewiesen. Bereinigt betrug die Steigerung der Personalkosten gegenüber dem Vorjahr 2 Mio. €. Zum 31. Dezember 2019 waren bei der regio iT 410 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 401), davon 26 Auszubildende (Vorjahr: 24) beschäftigt. Zusätzlich wurden der Gesellschaft von der Stadt Aachen sowie vom Zweckverband INFOKOM Gütersloh insgesamt 22 Beamtinnen und Beamte (Vorjahr: 25) zugewiesen. Die Personalkostenintensität (Personalkosten zuzüglich Fremdleistungen Beamte in % vom Umsatz) liegt bei 41,2 % (Plan 46,7 %, Vorjahr 43,7 %). Die Abschreibungen liegen aufgrund des gestiegenen Investitionsvolumens mit 4,4 Mio. € über dem Vorjahreswert (4,1 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Berichtsjahr mit 8,7 Mio. € über dem Vorjahresniveau (8,0 Mio. €).

Vermögens- und Finanzlage

Zum 31. Dezember 2019 betrug die Bilanzsumme 27,9 Mio. € (Vorjahr: 25,0 Mio. €). Im Berichtsjahr lagen die Investitionen im Bereich der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen bei 5,7 Mio. € (Vorjahr: 4,8 Mio. €). Das Anlagevermögen hält die regio iT im Wesentlichen für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur und Softwarelizenzen im Zusammenhang mit ASP-

Kundenverträgen vor (Application Service Providing). Korrelierend mit den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb ist somit ein hoher Anteil über mehrjährige Kundenverträge bzw. einen hohen Auftragsbestand mittelfristig refinanziert. Wie jedoch die Kennzahlen Anlagendeckungsgrad¹ sowie die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag zeigen, kann die regio iT ihre notwendigen Investitionen in das Anlagevermögen nicht immer aus eigenen Mitteln finanzieren. Zum 31. Dezember 2019 betrug der Anlagendeckungsgrad¹ 28,9 %, die Eigenkapitalquote 16,2 % (Eigenkapitalquote Vorjahr: 18,9 %). Die Investitionen werden daher neben dem Cashflow mittels langfristiger Kredite finanziert. Gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Bilanzstichtag langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 8,1 Mio. € (Vorjahr: 5,9 Mio. €). Für die Betriebsmittelfinanzierung stellt die E.V.A. der regio iT zudem ein variables Gesellschafterdarlehen bis zu einer maximalen Höhe von 4,0 Mio. € zur Verfügung. Der entsprechende Darlehensvertrag sieht eine Laufzeit von zunächst 5 Jahren ab dem 01.01.2018 zu marktüblichen Konditionen vor.

Zusammenfassung

Der Verlauf des Berichtsjahres 2019 kann aufgrund der erneuten Steigerungen beim Umsatz als sehr gut bewertet werden. Die regio iT konnte im Berichtsjahr sowohl stärker als der ITK-Markt (Markt für Informations- und Kommunikationstechnik) als auch stärker als die Gesamtwirtschaft wachsen. Die Entwicklung der Umsatzerlöse dokumentiert nach wie vor die erfolgreichen Wachstumsstrategien der regio iT. Die Vermögenslage ist jedoch weiterhin geprägt von einer Eigenkapitalquote unterhalb des durchschnittlichen Wertes deutscher mittelständischer Unternehmen in vergleichbarer Größe² (31,2 %). Der Finanzierungsbedarf im Berichtsjahr war hingegen über ein variables Gesellschafterdarlehen sowie über langfristige Bankdarlehen ausreichend gesichert. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt im Berichtsjahr gesichert.

Prognosebericht einschließlich Chance und Risiken der künftigen Entwicklung

Prognosebericht

Die regio iT setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden auch weiterhin organisch zu wachsen. Auch Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit Partnern in kommunaler Trägerschaft steht die regio iT weiterhin offen gegenüber. Zum 01.01.2020 hat die regio iT den IT-Geschäftsbetrieb des Civitec Zweckverbandes für kommunale Informationstechnik im Wege eines Asset-Deals erworben. Der Civitec war als strategischer Partner und Kunde bereits bisher mit 1 % der Geschäftsanteile an der regio iT beteiligt, stockt im Gegenzug seine Anteile an der regio iT auf 18 % der Geschäftsanteile auf. Die regio iT firmiert weiterhin unter dem im Markt etablierten Namen. Der Vertrag wurde am Freitag, den 20. Dezember 2019 in Aachen notariell beurkundet. Als nun größter kommunaler IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen betreut die regio iT künftig mehr als 14 Mio. Einwohner in NRW direkt und indirekt mit Services. Die neue regio iT beschäftigt rund 603 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, am Unternehmenssitz in Aachen, in den Niederlassungen in Siegburg und Gütersloh sowie in vier weiteren Geschäftsstellen.

Auch für den Markt der Informationstechnik wird von einem weiteren Wachstum ausgegangen: Mit einem voraussichtlichen Umsatz von 95,4 Milliarden Euro und einem Wachstum von 2,7 Prozent im Jahr 2020 ist dieser nach wie vor Wachstumstreiber der ITK-Branche. Mit einem Volumen von 27,6

Milliarden Euro legt das Software-Segment voraussichtlich auch in 2020 kräftig zu und wird mit Abstand am meisten nachgefragt (+6,4 %). Auch die IT-Services verzeichnen mit einem voraussichtlichen Plus von 2,4 % ein ordentliches Wachstum auf ein Marktvolumen von 41,9 Milliarden Euro. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet weiterhin Chancen für die regio iT. Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen und -Technologien, ist die regio iT auf diese Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Stärkstes Wachstumsthema wird hierbei die digitale Transformation sein. In diesem Themenfeld investieren insbesondere auch die deutschen Behörden, denn es besteht immer noch Nachholbedarf. Experten gehen davon aus, dass sich mittels Digitalisierung die Aufwände für öffentliche Dienstleistungen bei Behörden und Bürgern um die Hälfte reduzieren ließen. Ein Engpassfaktor für das Wachstum ist jedoch nach wie vor der Fachkräftemangel. Grundlage der Markteinschätzung für 2019/2020 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM. Darüber hinaus ist die regio iT auch in 2020 bei innovativen und geförderten Forschungsprojekten in Konsortien vertreten. So beschäftigt sich die regio iT bereits seit rund drei Jahren mit den Entwicklungen rund um die Blockchain-Technologie (Distributed Ledger Technology), um Erfahrungen hinsichtlich möglicher Einsatzszenarien für Kommunen und kommunale Unternehmen zu sammeln und ihrem Kundenkreis entsprechende Lösungen anbieten zu können.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2020 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. €).

Finanzielle Leistungsindikatoren (Mio. €)

	2018 Ist	2019 Plan	Abw. I/P abs.	Abw. I/P %
Gesamtumsatz	67,3	68,4	1,1	1,6%
<i>davon</i>				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	47,9	50,2	2,3	4,8%
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	7,6	8,5	0,9	11,8%
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	6,8	6,0	-0,8	-11,8%
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	11,3%	12,5%	-	-
Rohergebnis/-ertrag ¹	42,5	45,0	2,5	5,9%
Ergebnis vor Steuern	3,7	2,9	-0,8	-21,6%
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	5,5%	4,2%	-	-

¹ Rohergebnis=(Umsatz+sonst. Ertr.+Akt.EL/BV) / Materialaufwand

Für das Geschäftsjahr 2020 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 79,5 Mio. € eine Steigerung von 28,3 Mio. €. Neue Produkte, bei denen Wachstumschancen gesehen werden, sind das Produkt Virtual Desktop Infrastructure (VDI), Produkte im Bereich Intelligentes Messwesen für die Energieversorgungswirtschaft, Full-Service-Dienstleistungen im Schulbereich, (Bürger-) Portallösungen/ Digitalisierung im kommunalen Umfeld (Modellregionen). Zudem sind die Umsätze aus der Übernahme des operativen Geschäftsbetriebes bzw. der Kundenverträge des civitec Zweckverbandes enthalten. Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung gehen wir bei einem geplanten Wert von 9,5 Mio. € Erlösen in etwa auf Vorjahresniveau aus. Auch weiterhin ist das Ziel der regio iT, Umsätze aus Projektleistung und Beratung von mindestens ca. 10% des Gesamtumsatzes zu erwirtschaften. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen (2019) sowie umfangreichen Projekt-/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und über alle Kundengruppen hinweg, sind wir optimistisch, dieses Umsatzniveau realisieren zu können. Treiber sind insbesondere Projekt-/Beratungsanfragen im Kontext der Digitalisierung von Kommunen (Modellregionen) und Schulen sowie Energie & Mobilität. Aufgrund des Zukunftspotenzials dieses Geschäftsfeldes und zur Unterstützung von Kommunen und Energieversorgern bei Smart-City-Projekten haben wir Energie- und Mobilitätslösungen in einem eigenen Center gebündelt. Erkennbar ist, dass die Kunden entsprechende Budgets für den Weg der Digitalisierung eingeplant haben bzw. derzeit auch vielfältige Fördermittel bereitstehen. Zusammen mit unseren Consultants wurden auch schon entsprechende Förderanträge mit konkreten Projektskizzen für Landes-/Bundesmittel gestellt. Den vielfältigen Chancen im Kontext dieser Zukunftsthemen stehen aber auch Budgetrisiken entgegen, insbesondere bei der Fragestellung der Bewilligung der Fördermittel für unsere Kunden und damit auch mittelbar für die regio iT. Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft werden entsprechend den Marktprognosen mit 7,5 Mio. € etwas rückläufige Umsätze erwartet. IT-Hardware wird mehrjährig genutzt. Daher gehen wir nach einem von hohen Einzelaufträgen geprägten Geschäftsjahr 2019 in etwa von Umsatzerlösen auf Basis kontinuierlicher Ersatzbeschaffungen auf Niveau der Vorjahre aus. Wesentlichste gegenläufige Kostenposition sind die Personalkosten. Hier erwarten wir eine Steigerung von 31,4 Mio. € auf 46,0 Mio. €. Diese Steigerung basiert im Wesentlichen aus der Übernahme der Beamten und Angestellten des civitec Zweckverbandes (Personalübergang). In der Folge erwartet die regio iT für 2020 eine Steigerung des Rohergebnisses von 47,7 Mio. € auf 67,3 Mio. €. Da die Leistungen des civitec Zweckverbandes bisher überwiegend umsatzsteuerfrei waren, wurde mit dem Übergang der Kundenverträge auf die regio iT mit den Kunden eine schrittweise Überwälzung des Umsatzsteuersaldos in den kommenden Jahren vereinbart. In der Folge plant die regio iT für 2020 zunächst ein rückläufiges Ergebnis vor Steuern in Höhe von 1,7 Mio. €, welches somit um 1,5 Mio. € unter dem sehr guten Niveau des Berichtsjahres (3,2 Mio. €) liegt.

Zusammenfassend geht die regio iT von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2020 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das Kerngeschäft der regio iT ist die Erbringung von IT-Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen. Deren finanzielle Mittel sind in hohem Maße von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Der IT-Markt ist zudem äußerst wettbewerbsintensiv

und die IT-Branche ist einem rasanten technologischen Wandel unterworfen. Der herrschende Wettbewerb prägt hinsichtlich hohen Preisdrucks bei gleichzeitig steigenden Anforderungen auf Produkt- und Servicequalität insbesondere den IT-Dienstleistungsbereich. Neue Technologien können sich zudem disruptiv auf das Geschäftsmodell der regio iT auswirken, z. B. wenn Softwarelieferanten durch Cloud-Technologien zu Wettbewerbern werden. Um diesen Risiken zu begegnen, passt die regio iT alle Prozesse sowie das Produktportfolio laufend den Markt-/Kundenanforderungen an. Die regio iT investiert zudem in Forschung & Entwicklung, die auf Geschäftsfelder mit überdurchschnittlichem Wachstumspotenzial ausgerichtet sind (Cloud-Computing, E-Mobilität, Shared-Service-Dienstleistungen, Bildung etc.). In diesem Umfeld beteiligt sich die regio iT regelmäßig an Netzwerken innerhalb von mit Bundes- oder EU-Mitteln geförderten Projekten.

Die Überwachung der Geschäftsentwicklung und der damit einhergehenden Risiken ist wesentlicher Bestandteil des operativen Controllings der regio iT und des entsprechenden Berichtswesens. Durch die Gesellschafterstruktur und damit verbunden auch die konstante Kundenstruktur bestehen langfristige Vertragsbeziehungen, die als große Chance für eine positive Geschäftsentwicklung zu sehen sind. Das Risiko der Kundenfluktuation in Verbindung mit wesentlichen kurzfristigen Vertragskündigungen wird derzeit als gering eingeschätzt. Die Kunden der regio iT, Kommunen und kommunale Unternehmen, haben hohe Anforderungen an die IT-Sicherheit. Die Anzahl der Cyberangriffe und des Datendiebstahls durch kriminelle Handlungen, Sabotage und Spionage nimmt weltweit nachweisbar zu. Weiterhin bestehen Haftungsrisiken aus dem Verstoß gegen nationale und internationale Datenschutzbestimmungen. Um diese Risiken zu minimieren trifft die regio iT zahlreiche Vorkehrungen. Die Sicherheit der Informationsverarbeitung ist daher ein zentraler Aspekt aller Prozesse der regio iT. So sind die Geschäftsprozesse der regio iT entsprechend den Anforderungen der DIN EN ISO 9001, ISO/IEC 20000 zertifiziert. Zudem verfügt die regio iT über ein nach der strengen internationalen Norm ISO/IEC 27001 zertifiziertes Informationssicherheits-Managementsystem. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die getroffenen Maßnahmen keinen ausreichenden Schutz bieten. Durch ein Versagen der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen könnte es zu Ausfällen der operativen IT-Systeme sowie der durch diese gestützten Geschäftsprozesse kommen.

Risiken bestehen auch bei Ausfall der operativen Systeme aufgrund technischer Probleme oder andere negative interne oder externe Einflussfaktoren auf definierte IT-Servicemanagement-Prozesse. Können diese nicht kurzfristig behoben werden, stellt dies ein Risiko für die vertraglich vereinbarte Leistungserbringung dar. Durch Ausfälle operativer Systeme können Umsatzeinbußen, Reputationsschäden sowie Zahlungsverpflichtungen aus vertraglichen und/oder gesetzlichen Ansprüchen von Kunden, Vertragspartnern und Behörden entstehen. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu begrenzen, hat die regio iT neben organisatorischen Prozessen mit hoher technischer Integrität, eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch Folgeschäden aufgrund fehlerhafter Software und IT-Dienstleistungen. Projekte der regio iT zeichnen sich oft durch hohe Komplexität bei hohem Zeit- und Kostenaufwand aus. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese aufgrund von negativen Einwirkungen das definierte Projektziel verfehlen. Daher erfolgt vor der Erstellung von Angeboten

grundsätzlich eine Vorkalkulation auf Basis definierter kaufmännischer Kennzahlen/Vorgaben (Deckungsbeitrag, Mindestrendite, Kapazität/ Mitarbeiteräquivalente) sowie eine Prüfung der technischen und personellen Machbarkeit. Weiterhin bestehen Risiken aus einer möglichen Verletzung von Schutzrechten Dritter. Dies kann dazu führen, dass Lizenzzahlungen erforderlich sind oder Dritte Ansprüche aus der Verletzung von Schutzrechten gegenüber der regio iT geltend machen.

Eventuellen Vertragsrisiken wird bei der regio iT durch die Verwendung von standardisierten und/oder geprüften Verträgen begegnet. Dies beinhaltet auch den Abgleich der vertraglichen Rahmenbedingungen eines möglichen Vorlieferanten mit den vertraglichen Verpflichtungen, die die regio iT mit ihren Kunden eingeht. Im Rahmen von ASP-Dienstleistungen (Application Service Providing) stellt die regio iT ihren Kunden Softwareprodukte Dritter zur Verfügung. Eine nicht vertragskonforme Erbringung des vertraglich vereinbarten Leistungsniveaus durch den Lieferanten oder dessen Ausfall könnte negative Auswirkungen auf das mit dem Kunden vertraglich vereinbarte Leistungsniveau haben. Zur Minimierung dieses Risikos setzt die regio iT auf ein stringentes Lieferantenmanagement bei wichtigen IT-Produkten. Ein verbleibendes Risiko besteht jedoch darin, dass der Markt für spezialisierte kommunale Anwendungen Verfahren sehr klein ist und häufig keine adäquaten Alternativen bestehen. Der Erfolg der regio iT, die zukünftige positive wirtschaftliche Entwicklung sowie die Minimierung geschäftlicher Risiken hängt entscheidend vom eigenverantwortlichen Handeln aller Mitarbeiter nach den definierten und beschriebenen Prozessen ab. Hierzu muss die regio iT hinreichend qualifiziertes Personal aufbauen, gewinnen und halten können. Demzufolge ist es für die regio iT ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen.

Bei der regio iT bestehen Finanzierungs- und Liquiditätsrisiken. Eine Verschlechterung der Liquidität kann für die regio iT wesentliche und möglicherweise bestandsgefährdende Risiken zur Folge haben. Daher erstellt die regio iT neben der mittelfristigen Finanzplanung auch einen monatlichen Liquiditätsplan mit rollierendem Forecast für 12 Monate. Störungen innerhalb der bzw. zwischen den am Leistungsprozess der regio iT beteiligten Organisationseinheiten und Teilprozessen könnten zu Problemen bzw. zum Erliegen des Leistungsprozesses führen. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu begrenzen, hat die regio iT neben organisatorischen Prozessen mit hoher (technischer) Integrität, eine Spezial- Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch Folgeschäden aufgrund fehlerhafter IT-Dienstleistungen. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Lageberichtes wurden einschneidende Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus von der Bundesregierung aufgesetzt, die wahrscheinlich auch Einfluss auf das wirtschaftliche Ergebnis 2020 der regio iT haben werden. Derzeit konzentrieren sich die Aktivitäten der regio iT sehr stark auf die Stabilisierung des Betriebes. Weiterhin unterstützt die regio iT die Kunden mit hoher Priorität dabei, ihren Mitarbeitern Homeoffice-Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Das für die regio iT wichtige Beratungs- und Projektgeschäft kann in dem geplanten Umfang derzeit und wahrscheinlich mittelfristig nicht durchgeführt werden. Sowohl eigene Ressourcen als auch kundenseitig stehen die Ressourcen wegen der veränderten Priorisierung nicht zur Verfügung. Auch von Dienstreisen und Projektsitzungen mit mehreren Personen wird Abstand genommen. Die wirtschaftlichen Folgen, die hiermit einhergehen, können derzeit nur schwerlich abgeschätzt

werden, da das Ausmaß und die Dauer der Corona-Krise nicht absehbar sind. Im Gegenzug werden auch interne Projekte im Zusammenhang mit der erfolgten Fusion zeitlich geschoben, wodurch externe Dienstleistungskosten eingespart werden.

Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen von Bestandskunden und nicht zuletzt die neu gewonnenen Kunden des civitec Zweckverbandes mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen belegen diese Einschätzung. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass die geplanten wirtschaftlichen Ziele 2020 erreicht werden. Als Ergebnis der jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor.

Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen

Aufgaben des Zweckverbands / Beteiligungsziele

Das Studieninstitut hat die Aufgabe, die planmäßige theoretische Ausbildung von Auszubildenden, Praktikanten, Beamtenanwärtern und sonstigen Dienstkräften der Gemeinden und Gemeindeverbände, der kommunalen Zweckverbände sowie anderer kommunaler Einrichtungen seines Gebietes zu betreiben, die vorgeschriebenen Prüfungen abzunehmen und die fachliche Fortbildung von Dienstkräften innerhalb und außerhalb des Verbandsgebietes zu fördern.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied hat eine Stimme. Die Verbandsversammlung beschließt über die ihr nach dem Gesetz und dieser Satzung obliegenden Angelegenheiten des Zweckverbandes. In die Zuständigkeiten der Verbandsversammlung fallen insbesondere die Aufgaben gemäß § 4 lit. a) bis f) der Verbandssatzung.

Verbandsvorsteher:

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der zum Zweckverband gehörenden Mitglieder für die Dauer der Wahlzeit der Verbandsversammlung gewählt. Das Amt des Verbandsvorstehers erlischt mit dem Ausscheiden aus dem Hauptamt. Der Verbandsvorsteher ist Institutsvorsteher im Sinne der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen. Er führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Zur Durchführung der ihm obliegenden Aufgaben bedient er sich des Studienleiters. Der Verbandsvorsteher vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

Besetzung der Organe

Verbandsvorsteher: Dr. Markus Kremer Beigeordneter Stadt Aachen

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Verbandsversammlung:

Ellen Wirtz Leiterin Zentrale Dienste StädteRegion Aachen

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Zweckverband

Sitz: 52134 Herzogenrath

Mitglieder:	Anteil in %
StädteRegion Aachen	25,00
Stadt Aachen	25,00
Kreis Heinsberg	25,00
Kreis Düren	<u>25,00</u>
	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2017	2018	2019
	– in € –	– in € –	– in € –
Anlagevermögen	544.856	538.950	624.926
Umlaufvermögen	1.680.740	1.865.356.	2.018.851
Aktive Rechnungsabgrenzung	5.745	7.308	9.315
Bilanzsumme Aktiva	2.231.341	2.411.613	2.653.092

Eigenkapital	196.329	326.272	464.104
1. Allgemeine Rücklage	145.124	144.633	217.514
2. Ausgleichsrücklage	50.835	51.205	108.757
3. Jahresüberschuss	370	130.434	137.833
Sonderposten	0	0	0
Rückstellungen	2.003.084	2.061.468	2.139.248
Verbindlichkeiten	31.928	23.873	49.740
Passive Rechnungsabgrenzung	0	0	
Bilanzsumme Passiva	2.231.341	2.411.613	2.653.092

Gesamtergebnisrechnung:	2017	2018	2019
	– in € –	– in € –	– in € –
Ordentliche Erträge	811.941	983.084	1.123.528
Ordentliche Aufwendungen	811.591	852.660	985.699
Ergebnis d. lfd. Verwaltungstätigkeit	370	130.424	137.833
Jahresergebnis	370	130.434	137.833

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiter/innen einschließlich Abordnung (teilweise Teilzeit)	4	4	5

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligten untereinander

Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Erträge (Lehrgangsgelder sowie Entgelte für Fortbildung und Personalauslese) die entstehenden Aufwendungen nicht decken. Die Umlage bemisst sich nach der letzten amtlich festgestellten fortgeschriebenen Bevölkerungszahl. Dies gilt mit der Maßgabe, dass die Umlage des Verbandsmitgliedes StädteRegion Aachen sich nach dem Wert bemisst, der sich nach Abzug der amtlich festgestellten fortgeschriebenen Bevölkerungszahl für die Stadt Aachen aus der letzten amtlich festgestellten fortgeschriebenen Gesamtbevölkerungszahl für die StädteRegion Aachen ergibt. Die Umlage, die auf das Verbandsmitglied Stadt Aachen entfällt, bemisst sich nach der letzten amtlich festgestellten fortgeschriebenen Bevölkerungszahl für die Stadt Aachen. Die Verbandsmitglieder stellen dem Studieninstitut die erforderlichen Räume einschließlich Beleuchtung und Heizung sowie Einrichtungsgegenstände unentgeltlich zur Verfügung.

Im Haushaltsjahr 2019 wurde keine Verbandsumlage durch das Studieninstitut erhoben. Es wurden im Jahr 2019 Lehrgangsgelder sowie Entgelte für dienstbegleitende Unterweisungen in Höhe von 99.242,55 € gezahlt, hinzu kamen Entgelte für Personalausleseverfahren in Höhe von 14.976,00 €. Sofern Mitarbeiterinnen einzelner Ämter an Fortbildungsveranstaltungen des Studieninstituts teilgenommen haben, wurden die Teilnahmegebühren dezentral aus den Budgets der Ämter gezahlt. Die Kämmerei der StädteRegion Aachen nimmt die Geschäftsbuchhaltung und Aufstellung des Jahresabschlusses für den Zweckverband gegen Entgelt wahr, die örtliche Rechnungsprüfung der StädteRegion prüft den Jahresabschluss des Studieninstituts und die Berechnung der Beihilfen erfolgt entgeltlich durch die Städteregionsverwaltung.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Das Studieninstitut hat die Aufgabe, die planmäßige theoretische Ausbildung von Auszubildenden, Praktikanten, Beamtenanwärtern und sonstigen Dienstkräften der Gemeinden und Gemeindeverbände, der kommunalen Zweckverbände sowie anderer kommunaler Einrichtungen seines Gebietes zu betreiben, die vorgeschriebenen Prüfungen abzunehmen und die fachliche Fortbildung von Dienstkräften innerhalb und außerhalb des Verbandsgebietes zu fördern.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Allgemeines

Das Ergebnis der Jahresrechnung des Zweckverbandes als Träger des Studieninstituts für kommunale Verwaltung Aachen hat folgende Parameter:

- die Menge der durchgeführten Lehrgänge,
- die Anzahl der organisierten Fortbildungsveranstaltungen sowie
- deren Teilnehmerzahlen im genannten Berichtszeitraum und
- die durchgeführten Testfälle und erteilten Testauskünfte aus den Personalausleseverfahren.

Vor der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes werden die Betriebsabläufe alljährlich einer intensiven Betrachtung unterzogen. Die Plandaten beruhen zum einen auf exakten Ermittlungen, zum anderen auf qualifizierten Schätzungen, selbst wenn diese insbesondere von externen Einflüssen abhängig sind. So ist die Einrichtung und Durchführung von Laufbahnlehrgängen für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (vorher mittlerer allgemeiner Verwaltungsdienst) und von Sonderlehrgängen für die dienstbegleitende Unterweisung für Auszubildende für den Beruf des/der Verwaltungsfachangestellten von der Zahl der durch die Körperschaften eingestellten Auszubildenden im Verbandsgebiet abhängig.

Diese richtet sich in der Regel nach dem jeweiligen Stellenbedarf und orientiert sich an den Veränderungsprozessen innerhalb der Behörden, die in den letzten Jahren zunehmend durch die Auswirkungen des demographischen Wandels beeinflusst sind. Zudem kommen trotz der strengen Vorgaben durch das Grundgesetz, der Landesverfassung NRW und der Gemeindeordnung NRW alljährlich zusätzliche Aufgaben und finanzielle Belastungen auf die Kommunen zu. Seit geraumer Zeit sind Aufgabenzuwächse im Bereich der Leistungsverwaltung zu erkennen, die die Kommunen vermutlich auch in den kommenden Jahren zu überproportionalen Einstellungen im Personalbereich zwingen (u.a. Jobcenter). Somit bedingen insbesondere gesellschaftliche Entwicklungen eine Ausdehnung des Personalkörpers.

Unabhängig davon unterliegen die Personaletats bei den Kommunen und vor allem die Budgets für Personalentwicklung (Fortbildung) stets den gesetzlichen Vorgaben der wirtschaftlichen Haushaltsführung, wenn nicht gar den Kriterien bestehender Haushaltssicherungskonzepte.

Die Durchführung der Lehrgänge ist abhängig von der Leistungsfähigkeit der Schulabteilungen. Dabei sind vorrangig die räumlichen und personellen Kapazitäten – unter Berücksichtigung der Ferientermine maximal nutzbare Schultage – zu beachten. Der Bestand der vorhandenen Unterrichtsräume mit ihrer Ausstattung spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Summe der jährlichen Unterrichtsstunden und die Menge der durchzuführenden Zwischen- und Abschlussprüfungen.

Eine weitere, nur begrenzt belastbare Größe ist der Kader der nebenamtlichen Dozenten, die den Unterricht nur im Konsens mit ihrer Dienststelle oder auch in Abstimmung mit dem Dienstbetrieb erteilen können. Die einzelnen Abteilungen haben sich auch 2019 um neue nebenamtlichen Dozentinnen und Dozenten bemüht. Dies hat zu guten Ergebnissen geführt. Die Anzahl von jungen Dozenten mit fachlich hoher Kompetenz hat zugenommen.

Gleichwohl ist ein noch darüberhinausgehender Bedarf insbesondere an zusätzlichen Verwaltungslehrgängen I und II festzustellen, der trotz Aufstockung der nebenamtlichen Dozentenstellen kompensiert werden musste. Bis Ende 2017 mussten angemeldete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von den Kommunen überproportional lange auf den Start von Lehrgängen für ihre Qualifikationsstufe warten. Da hier Handlungsbedarf bestand und nachgesteuert werden musste, wurde beim „Workshop über die zukünftige Ausrichtung des Studieninstitutes“ am 26.01.2017 von den Abteilungsvorstehern beschlossen, dass jede Abteilung zu den bisherigen Lehrgängen einen zusätzlichen VL I – bzw. VL II Lehrgang durchführt, um so den Wartestau abzubauen. Zur Durchführung dieser zusätzlichen Lehrgänge stellt das Studieninstitut im Bedarfsfall seine Räumlichkeiten in der Geschäftsstelle zur Verfügung, sofern der Seminarbetrieb dadurch nicht eingeschränkt wird. Durch den Umzug von Herzogenrath-Kohlscheid nach Aachen konnte dem auch entsprechend Rechnung getragen werden. Beispielsweise findet der zusätzliche VL I der Stadt Aachen in den Räumlichkeiten der Geschäftsstelle statt. Die Stadt Aachen selber hatte keine zusätzlichen räumlichen Kapazitäten zur Durchführung des Lehrgangs. Mit steigender Zahl der Lehrgänge (Ausbildereignung, Verwaltungskunde etc.) wurde es auch immer schwieriger, externe Räumlichkeiten zu bekommen. Durch die zusätzlichen Seminarräume der Geschäftsstelle in Aachen können diese Lehrgänge auch vor Ort durchgeführt werden.

Der Fortbildungsbedarf der Kommunen richtet sich nach dem Ausbildungsstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren Sachgebieten. Durch neue oder geänderte Rechtsanwendung, neue Rechtsprechung etc. ergibt sich die Notwendigkeit oder das Interesse, sich fortzubilden. Hierauf kann nur bedingt Einfluss genommen werden. Der Seminarkalender wird jährlich neu aufgelegt. Dabei stehen Anfragen der Gebietskörperschaften im Vordergrund.

Umfangreiche Druckstücke werden aus Kostengründen (Druckkosten, Versand etc.) vermieden. Es bleibt jedoch auch weiterhin das Ziel, Seminarangebote passgenau für die Gebietskörperschaften im Sinne einer markt- und kunden-gerechten Orientierung zu erarbeiten und aktiv zu bewerben. Kommunen fragen zunehmend nach Inhouse-Veranstaltungen. Diese werden, wenn möglich, bei entsprechender Preisgestaltung durchgeführt.

Wie oben bereits beschrieben, unterliegt die betriebene Angebotsplanung der Unsicherheit, den Bedarf der Kommunen nicht in Gänze zu treffen oder aufgrund einer angespannten Finanzsituation ins Leere zu laufen. Gleichwohl wird weiterhin die Strategie verfolgt, ein quantitativ umfangreiches und qualitativ gehobenes Angebot für Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zu gestalten.

Planung und Kalkulation der angebotenen Seminare erfolgen grundsätzlich durch den Studienleiter. Bei der Umsetzung wird er durch die Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle unterstützt. Hierbei wird neben der fachlichen Ausrichtung auch auf die Stärkung der persönlichen und sozialen Kompetenzen

zen gesetzt. Erfreulicherweise haben in 2019 insgesamt 2062 Personen an den Fortbildungen des Studieninstitutes teilgenommen.

Personalsituation

Die Geschäftsstelle war neben dem hauptamtlichen Dozenten und dem Studienleiter bis zum 30.11.2018 nur mit 1,5 Verwaltungskräften ausgestattet. Durch die enorme Steigerung der durchgeführten Seminare und auch der zu betreuenden Lehrgangsteilnehmer hat sich auch der Arbeitsanfall erheblich verdichtet. Daher hat die Verbandsversammlung am 30.11.2018 beschlossen, die EG 6 Stelle um 7 Stunden auf 0,7 Stelle (27 Stunden) anzuheben und gleichzeitig ab Sommer 2019 eine zusätzliche EG 9a Stelle mit derzeit 18 Stunden einzurichten. Zwei Verwaltungskräfte (1 Vollzeitstelle sowie 0,46 Stelle) der Stadt Aachen sind befristet an das Studieninstitut abgeordnet. Aufgrund der gestiegenen Lehrgänge und der neuen Lehrpläne für den VL I und VL II soll ab Sommer 2020 eine zusätzliche halbe hauptamtliche Dozentenstelle eingerichtet werden.

Mit der StädteRegion und der Stadt Aachen konnte die Vereinbarung getroffen werden, dass zumindest abwechselnd jeweils eine Auszubildende bzw. ein Auszubildender für einen Ausbildungsabschnitt dem Studieninstitut zur Ausbildung zugewiesen wird.

Hiervon profitieren alle Seiten. Die Nachwuchskräfte erhalten einen umfangreichen Einblick in die Arbeit eines kommunalen „Unternehmens“ in der Rechtsform eines Zweckverbandes mit seinen Facetten in den Bereichen Personalverwaltungs- und Finanzwesen sowie der Verwaltungsorganisation.

Haushaltssatzung; Umlage

Die Haushaltssatzung für den Zweckverband für das Haushaltsjahr 2019 (Doppelhaushalt 2018/2019) konnte fristgerecht im Rahmen der Zweckverbandversammlung am 01.12.2017 beschlossen werden.

Der Beschluss beinhaltete die Beibehaltung der Höhe der Umlage für die Verbandsmitglieder in Höhe von 0,03 €/Einwohner, bezogen auf den in der Satzung festgelegten Stichtag für die fortgeschriebene Bevölkerungszahl je Verbandsmitglied. Die Bevölkerung für das Gebiet des Zweckverbandes wurde zum Stichtag 31.12.2015 auf 1.069.277 Einwohner festgestellt. Die Umlage, mit der die Verbandsmitglieder mit den durch andere Erträge nicht gedeckten Aufwendungen belastet werden, wurde für das Wirtschaftsjahr 2019 in Höhe von 32.078,31 € ermittelt und beschlossen.

Die Genehmigung der Umlage erfolgte durch eine Verfügung der Bezirksregierung vom 13.03.2018. Die zugrundeliegende Satzung wurde im Amtsblatt der Bezirksregierung unter Nr. 12/2018 vom 26.03.2018 veröffentlicht

Aufgrund der hervorragenden Auslastung der Lehrgänge sowie der enormen Steigerung der Fortbildungsveranstaltungen zeichnete sich bereits im Herbst 2019 ab, dass das Haushaltsjahr mit einem erheblichen Überschuss abschließen wird. Daher hat die Verbandsversammlung am 06.12.2019 beschlossen, auf die Erhebung der Verbandsumlage (für die nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen) zu verzichten.

Lehrgangsgeld

Als Grundlage für die Festsetzung des Lehrgangsgeldes (ohne Berufsförderungswerk) für das Haushaltsjahr 2019 sind sowohl die Kosten der voraussichtlich durchzuführenden Lehrgänge und Prüfungen sowie die hieraus resultierenden Teilnehmerstunden maßgeblich. Die Kosten des Lehrgangsbetriebes einschließlich der Prüfungskosten wurden für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 500.347 € ermittelt. Auf Grundlage dieser Kalkulation wurden 101.080 Teilnehmerstunden erfasst.

Im Rahmen des Doppelhaushaltes 2018/2019 wurde entschieden, für beide Jahre ein konstantes Lehrgangsgeld in Höhe von 4,95 €/Std./Teilnehmer zu erheben. Für die Ermittlung des Lehrgangsgeldes wurden zunächst die voraussichtlichen Kosten des Lehrgangsbetriebes herangezogen, die sich zu einem großen Teil aus den Aufwendungen des Sachkontos 501900 herleiten lassen. Darin sind hauptsächlich die erteilten Unterrichtsstunden erfasst; darüber hinaus fließen die Kosten für die im jeweiligen Jahr voraussichtlich geplanten Zwischen- und Abschlussprüfungen inkl. der Aufwandsentschädigung für die Mitwirkung der Mitglieder der berufenen Prüfungsausschüsse ein.

Basis für die Kalkulation ist eine tabellarische Aufstellung der Lehrgänge mit den planmäßig zu erteilenden Unterrichtseinheiten, den voraussichtlich anfallenden Teilnehmerstunden und den angesetzten Prüfungen. Hieraus leitet sich die Ermittlung der Prüfungskosten ab, in der alle Parameter (Teilnehmer an der Prüfung, Aufwendungen für die Erarbeitung und Bewertung von Klausuren, Entschädigung für Erst- und Zweitkorrektoren sowie Prüfungsausschüsse) erfasst sind.

Der Wert der Teilnehmerstunden stellt jedoch keine kontinuierliche Größe dar. Die Anzahl ist von einer sich jährlich verändernden Entsendung von Lehrgangsteilnehmern durch die Behörden abhängig.

Insgesamt wurde 2019 ein Betrag von 636.418 € an Entgelt für Lehrgänge (ohne BfW) in Rechnung gestellt. Dies sind rd. 136.000 € mehr als ursprünglich geplant war. Ursächlich hierfür waren mehrere zusätzliche Lehrgänge sowie auch wesentlich höhere Teilnehmerzahlen in den jeweiligen Lehrgängen.

Das Lehrgangsgeld für das Berufsförderungswerk Düren wird getrennt über einen eigenen Kostenträger (429502) abgerechnet. Hier erfolgt keine Abrechnung nach Lehrgangsstunden und Teilnehmer, sondern vielmehr nach tatsächlich angefallenen Kosten beim Studieninstitut zuzüglich eines Aufschlags für Overheadkosten.

Aufgrund des besonderen Charakters des Unterrichts für Blinde und Sehbehinderte als Rehabilitationsmaßnahmen der Rentenversicherungsträger sind die Klassenverbände im Sinne der besonderen Förderung des betroffenen Personenkreises meistens bestehend aus maximal zehn Personen. Diesen Umschulungslehrgängen werden seit 2016 Vorbereitungskurse mit Eignungsprognosen vorgeschaltet, um hierzu eine Selektion hinsichtlich der Aussicht auf Erfolg für die Teilnehmer zu treffen. In der Regel werden jeweils drei parallellaufende Lehrgänge zur Umschulung zu Verwaltungsfachangestellten (beispielsweise Einstellungsjahrgänge 2017–2019) beim Berufsförderungswerk durchgeführt. In 2019 wurden rd. 13.128 € weniger Erträge vom Berufsförderungswerk verzeichnet, als ur-

sprünglich geplant waren. Dies hängt im Wesentlichen damit zusammen, dass der hauptamtliche Dozent seit 2018 nicht beim Berufsförderungswerk im Einsatz war. Korrespondierend zu den Mindereinnahmen beim Lehrgangsgeld waren Minderausgaben bei den Personalkosten in diesem Kostenträger zu verzeichnen.

Fortbildung

Seit Herbst 2016 erfolgte verstärkt eine Konzentration auf aktuelle Themen. Insgesamt wurden 152 Seminare in 2019 durchgeführt.

Im Vergleich zu den letzten Jahren ist hier eine wesentliche Steigerung der durchgeführten Seminare festzustellen. Seit dem IV. Quartal 2016 wurden die Bewerbungsstrategien für Seminare geändert bzw. intensiviert, was sich sehr positiv auf die Anmeldezahlen ausgewirkt hat. Erfreulicherweise sind auch die Teilnehmerzahlen gestiegen. Insgesamt 2062 Teilnehmer waren 2019 bei Seminaren des Institutes zu Gast (2018: 1.789 // 2017: 1.317 // 2016: 1.149 // 2015: 471 // 2014: 610). Es konnten daher beim Kostenträger „Fortbildung“ insgesamt rd. 121.915 € Mehrerträge gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplan 2019 aus Entgelten für Fortbildungsveranstaltungen realisiert werden. Gleichzeitig waren Mehraufwendungen für Referentenhonorare, Druck- sowie Bewirtungskosten zu verzeichnen. Insgesamt hat der Kostenträger erfreulicherweise mit einem wesentlichen besseren Ergebnis gegenüber dem ursprünglichen Plan abgeschlossen.

Darüber hinaus trägt die eigene Durchführung der „modularen Qualifizierung“ zu diesem positiven Ergebnis bei.

Personalauslese

Als dritten Bereich des Aufgabenspektrums führt das Studieninstitut für die 38 Kommunen im Verbandsgebiet die Ausleseverfahren für die Personalgewinnung durch. Die Vorbereitung und Durchführung der Ausleseverfahren bindet die Kapazitäten der Geschäftsstelle über einen Zeitraum von etwa zehn Wochen im Spätsommer bzw. Herbst jedes Jahres.

Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 04.12.2015 beschlossen, eine Ausschreibung für ein Online-Bewerber-Auswahlverfahren durchzuführen und das Studieninstitut mit der Organisation und Durchführung der notwendigen Maßnahmen beauftragt.

Nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens wurde eine Nutzungsvereinbarung für die Durchführung von elektronischen Einstellungstests mit dem geva-Institut München, das in diesem Bereich führend ist, abgeschlossen.

22 von 38 Verbandskommunen haben im Jahr 2019 insgesamt 3.540 Bewerber/innen gemeldet. Nach Rückmeldung der Testergebnisse durch das geva-Institut wurden diese an die anmeldenden Behörden entsprechend aufbereitet weitergegeben.

Das Personalausleseverfahren für den Einstellungsjahrgang 2020 konnte äußerst zügig und störungsfrei durchgeführt werden, so dass die Ergebnisse der Testverfahren bereits Mitte September 2019 an die anmeldenden Behörden weitergeleitet werden konnten.

Insgesamt wurden 1.046 (2018: 1.046//2017: 1.008) Bewerber/innen getestet und daraus resultierend 3.039 (2018:2.886//2017: 2.605) Auskünfte für das Einstellungsjahr 2020 erteilt.

Die Anzahl der ausgeschriebenen Stellen bei den Kommunen und das allgemeine Interesse der Bewerberinnen und Bewerber für einen attraktiven und sicheren Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst sprechen für sich. Aufgrund des demographischen Wandels sind steigende Einstellungszahlen und damit verbunden mehr Testverfahren festzustellen.

Für die Abrechnung der Kosten für den Einstellungsjahrgang 2019 wurde als Basispreis ein Betrag in Höhe von 24 € je Testauskunft ermittelt und den Behörden in Rechnung gestellt.

Insgesamt waren für 2019 Erträge in Höhe von rd. 79.005 € aus dem Entgelt für Personalauslese zu verzeichnen. Darin enthalten sind auch die Erträge aus den durchgeführten Grundfähigkeitstests im Zusammenhang mit den Zulassungen zum VL I + VLII.

Plan und tatsächliche Entwicklung der Haushaltsdaten

Geplante Entwicklung 2019:

Bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2018/2019 wurde für 2019 ursprünglich ein ausgeglichener Haushalt geplant. Im Rahmen des Haushaltsjahres hat sich dieser Wert durch den fortgeschriebenen Ansatz auf 15.000 € erhöht.

Dieses Ergebnis resultierte aus folgenden Annahmen:

Kostenträger Lehrgänge:	Überschuss	5.168 €
Kostenträger BFW:	Unterdeckung	207 €
Kostenträger Seminare:	Unterdeckung	22.112 €
Kostenträger Personalauslese:	Überschuss	51 €
Kostenträger Allgemeine FW:	Überschuss	32.100 €

Im Gesamtfinanzplan ist in der Zeile 38 „Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln“ ein negativer Betrag in Höhe von 44.500 € ausgewiesen, der sich aus folgenden Planzahlen zusammensetzte:

Kostenträger Lehrgänge:	Unterdeckung	52.438 €
Kostenträger BFW:	Unterdeckung	333 €
Kostenträger Seminare:	Unterdeckung	23.676 €
Kostenträger Personalauslese:	Unterdeckung	153 €
Kostenträger Allgemeine FW:	Überschuss	32.100 €

Tatsächliche Entwicklung 2019:

Der Jahresabschluss 2019 hat mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe 137.832,61 € abgeschlossen. Dieser Betrag ist auch entsprechend im Gesamtergebnisplan ausgewiesen. Im Einzelnen haben die Kostenträger mit folgenden Zahlen abgeschlossen:

Kostenträger Lehrgänge:	Überschuss	86.108,40 €
Kostenträger BFW:	Überschuss	4.026,70 €
Kostenträger Seminare:	Überschuss	20.697,54 €
Kostenträger Personalauslese:	Überschuss	26.996,82 €
Kostenträger Allgemeine FW:	Überschuss	3,15 €

In der Gesamtfinanzrechnung ist in der Zeile 38 „Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln“ ein positiver Betrag in Höhe von 132.107 € ausgewiesen, der sich aus den folgenden Ergebnissen sowie einem Betrag von 1.200 € aus dem Verwahrkonto zusammensetzt:

Kostenträger Lehrgänge:	Überschuss	75.746,39 €
Kostenträger BFW:	Überschuss	21.616,57 €
Kostenträger Seminare:	Überschuss	8.050,20 €
Kostenträger Personalauslese:	Überschuss	25.490,69 €
Kostenträger Allgemeine FW:	Überschuss	3,15 €

Wo liegen die größten Abweichungen zwischen Plan und Ist 2019?

Die größten Abweichungen werden auf Zeilenebene der Ergebnisrechnung (ER) und der Finanzrechnung (FR) dargestellt.

Zeile 2 ER/Zeile 2 FR:

Die Zeile beinhaltet die Erträge aus der Verbandsumlage. Die Umlage, mit der die Verbandsmitglieder mit den durch andere Erträge nicht gedeckten Aufwendungen belastet werden, wurde für das Wirtschaftsjahr 2019 in Höhe von 32.078,31 € ermittelt und beschlossen.

Aufgrund der hervorragenden Auslastung der Lehrgänge sowie der enormen Steigerung der Fortbildungsveranstaltungen zeichnete sich bereits im Herbst 2019 ab, dass das Haushaltsjahr mit einem

erheblichen Überschuss abschließen wird. Daher hat die Verbandsversammlung am 06.12.2019 beschlossen, auf die Erhebung der Verbandsumlage (für die nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen) zu verzichten, sodass sich dadurch die negative Abweichung von 32.000 € ergibt.

Zeile 5 ER/Zeile 5 FR:

Die erfreulichen Mehrerträge von rd. 281.500 € bzw. Mehreinzahlungen von rd. 297.700 € sind insbesondere auf Mehreinnahmen beim Lehrgangsgeld (einschließlich Berufsförderungswerk) von rd. 119.000 € bzw. 160.000 € und Mehreinnahmen bei dem Entgelt für Fortbildungen in Höhe von 142.000 € bzw. 122.000 € zurückzuführen. Ferner wurden rd. 20.000 € Mehrerträge und 16.000 € Mehreinzahlungen an Entgelten für die Personalauslese eingenommen.

Zeile 7 TER/Zeile 7 TFR

Die Mitgliedschaft des Studieninstitutes beim Institut für Personalentwicklung und Eignungsprüfung (IfP) wurde zum 31.12.2018 gekündigt. In 2019 wurde das Umlageguthaben in Höhe von 14.540,42 € ausgezahlt. Diese einmaligen Erträge und Einzahlungen waren nicht im Haushalt eingeplant.

Zeile 11 ER/10 FR

Bei den Personalaufwendungen bzw. –auszahlungen wurden insgesamt rd. 82.000 € bzw. rd. 68.800 € mehr verausgabt. Die Zahl resultiert im Wesentlichen daraus, dass für die Referenten bei den Seminaren durch die wesentlich höhere Anzahl der durchgeführten Fortbildungen mehr Geld verausgabt wurde, als ursprünglich geplant war (siehe auch hierzu die Erläuterungen beim Kostenträger „Fortbildung“). Darüber hinaus hat die Verbandsversammlung am 30.11.2018 eine Stundenaufstockung der EG 6 Stelle von 20 auf 28 Wochenstunden zugestimmt. Dadurch sind rd. 11.000 € an Mehraufwand bzw. Mehrauszahlungen in 2019 entstanden. Hinzu kommen in der Ergebnisrechnung 15.000 € für die ab 2013 rückwirkend pflichtige Nachversicherung der Aushilfskräfte bei der Rheinischen Zusatzversorgungskasse. Es wurde in der gleichen Höhe eine entsprechende Rückstellung gebildet.

Zeile 16 ER/Zeile 15 FR

Die Mehraufwendungen von rd. 62.500 € bzw. Mehrauszahlungen von 43.400 € resultieren zu 25.000 € bzw. 16.000 € daraus, dass insgesamt höhere Druck- und Bewirtungskosten für die zusätzlich durchgeführten Seminare angefallen sind. In der Finanzrechnung ist die Abweichung geringer, da die Druckkosten und teilweise die Bewirtungskosten vom letzten Quartal 2019 erst Anfang Januar 2020 abgerechnet wurden.

Weitere rd. 12.000 € Mehraufwand bzw. 9.000 € Mehrauszahlungen resultieren im Wesentlichen auf zusätzliche Ausgaben im Bereich der ADV-Kosten. Dies wiederum ist zum größten Teil auf die überplanmäßigen Ausgaben für die Umstellung auf VDI zurückzuführen. In dem Zusammenhang wurde auch teilweise die Hardware (z.B. neue Tastaturen und Bildschirme) beim Studieninstitut ersetzt, was zu Mehrausgaben von rd. 3.000 € geführt hat.

Ferner wurden zusätzlich rd. 6.800 € für die Erstattung der Personalausgaben an die Stadt Aachen verausgabt. Diesbezüglich hat die Verbandsversammlung am 30.11.2018 der überplanmäßigen Ausgaben für die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle in Teilzeit zugestimmt. Die Stelle ist seit 01.08.2019 durch eine abgeordnete Mitarbeiterin der Stadt Aachen besetzt. Insgesamt sind die Mehrausgaben in dem Bereich verhältnismäßig gering angefallen, da die Vollzeitstelle EG 9a, welche auch durch Abordnung besetzt ist, ab 02/2019 – 30.06.2019 nur mit 27,5 einer 27,5 Stundenkraft besetzt war.

Im Zusammenhang mit der Einrichtung eines zusätzlichen Arbeitsplatzes sowie dem Dienstantritt des neuen hauptamtlichen Dozenten sind verschiedene unabweisbare Neuanschaffungen erforderlich gewesen, die ebenfalls zu Mehraufwendungen bzw. Mehraufwendungen von rd. 4.000 € geführt haben.

Die weiteren Mehrausgaben ergeben sich aus verschiedenen einzelnen geringen Budgetüberschreitungen bei einzelnen Positionen.

Zeile 26 FR

Im Zusammenhang mit der Anschaffung der Software Antrago wurde von 2018 nach 2019 ein Haushaltsrest in Höhe von 40.100 € übertragen. Ferner hat die Verbandsversammlung am 06.12.2019 überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 15.000 € bewilligt. Von dem fortgeschriebenen Ansatz in Höhe 56.600 €, von dem 55.100 € auf die Software entfielen, wurden insgesamt rd. 49.300 € in 2019 verausgabt.

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2019

Die Verbandsversammlung hat am 30.11.2018 beschlossen, den Stellenmehrbedarf von acht Wochenstunden bei der EG 6 Stelle und eine zusätzliche Stelle EG 9a von 18 Wochenstunden zum nächstmöglichen Zeitpunkt umzusetzen.

Gleichzeitig hat die Verbandsversammlung gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW für den Haushalt 2019 bei den Positionen 501200/701200 „Vergütung der tariflich Beschäftigten“ und 545201/745201 „Erstattung Personalkosten an Dritte“ überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von 9.000 € und 13.000 € genehmigt.

Die Deckung für die überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von insgesamt 22.000 € war durch Mehrerträge beim Kostenträger „Fortbildung 429503“ bei der „Position 441902/641902 „Entgelte für Fortbildungsveranstaltungen“ sowie beim Kostenträger „Lehrgänge 429501“ bei der Position 441901/641901 „Entgelte für Lehrgänge“ in 2019“ gegeben.

Im Zusammenhang mit der Einrichtung eines zusätzlichen Arbeitsplatzes für die EG 9a Stelle sowie dem Dienstantritt des neuen hauptamtlichen Dozenten waren verschiedene notwendige Neuanschaffungen > 410 €, aber < 800 € erforderlich.

Im Doppelhaushalt 2018/2019 war nur ein Sachkonto für konsumtive Anschaffungen < 410 € eingerichtet und beplant. Durch das NKF-Weiterentwicklungsgesetz wurde die GemHVO NRW durch die

KomHVO NRW ersetzt. Gleichzeitig wurde in § 33 Abs. 4 KomHVO NRW geregelt, dass Anschaffungen < 800 € konsumtiv möglich sind.

Daher wurde im Haushaltsjahr 2019 ein zusätzliches Sachkonto „Anschaffungen unter 800 €“ außerplanmäßig mit einem Gesamtbudget von 4.500 € eingerichtet. Der bewilligte Gesamtbetrag (4.500 €) für die Anschaffungen < 800 € lag unter der „Erheblichkeitsgrenze“ (Betrag > 5.500 €) aus § 7 der Haushaltssatzung 2019 des Studieninstitutes, sodass die Genehmigung dieser außerplanmäßigen Mittel nach § 83 Abs. 1 GO NRW dem Verbandsvorsteher oblag. Herr Verbandsvorsteher Schneider hat am 10.07.2019 diese außerplanmäßigen Mittel bewilligt. Tatsächlich wurde ein Betrag von 3.824,93 € in Anspruch genommen.

Eine Deckung der außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen war durch Mehrerträge beim Kostenträger „Lehrgänge“ bei der Position „Lehrgangsgeld“, Sachkonto 441901 bzw. 641901 gegeben.

Die Inanspruchnahme der neuen gesetzlichen Regelung (konsumtive Anschaffungen bis 800 €) hatte u.a. den Vorteil, dass die Ausgaben durch Mehreinnahmen im gleichen Jahr kompensiert wurden und somit die Kommunen dadurch nicht mit zusätzlichen Abschreibungen belastet werden.

Zwei Mitarbeiter haben zum 01.08 bzw. zum 01.09.2019 den Dienst beim Studieninstitut aufgenommen. In dem Zusammenhang sowie vor dem Hintergrund, dass Anfang 2020 die Leasingverträge der Hardware auslaufen, wurden mit der regio iT gemeinsam Überlegungen angestellt, wie das Studieninstitut für die Zukunft auch im Hinblick auf die zunehmende „mobile Arbeit“ (teilweise Heim- bzw. Telearbeit beider Mitarbeiter) am besten aufgestellt ist.

Die regio iT hatte angeboten, die Geschäftsstelle des Studieninstitutes kurzfristig auf die VDI-Technologie umzustellen. Hiermit verbunden waren einmalige Umstellungskosten von rd. 8.000 €, welche sich aber weitgehend im Laufe der Jahre amortisieren, da die mtl. Kosten für sechs Standard-PC´s sowie der damit verbundene Service Desk & Client Service entfallen. Ferner war dadurch die VPN-Flat für drei Anschlüsse entbehrlich. Die Umstellungskosten in Höhe von 8.000 € mussten gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW bei der Position 543500 bzw. 743500 überplanmäßig bereitgestellt werden. Die Deckung war durch Mehreinnahmen bei dem Kostenträger „Lehrgänge“ 429501 bei der Position „Lehrgangsgeld“, Sachkonto 441901 bzw. 641901 gegeben, sodass durch diese einmaligen Umstellungskosten keine Kommune zusätzlich belastet wurde. Ferner war die Umstellung auf das neue Verfahren auch vor Ablauf der bisherigen vertraglichen Bindung ohne Mehrkosten möglich.

Da die Mehraufwendungen von rd. 8.000 € die „Erheblichkeitsgrenze“ aus § 7 der Haushaltssatzung 2019 des Studieninstitutes (=Beträge >5.500 €) überstiegen, bedurften die Mehraufwendungen grundsätzlich der Genehmigung durch die Verbandsversammlung.

Nach § 8 Abs. 5 der Verbandssatzung kann jedoch der Verbandsvorsteher auch in solchen Fällen Entscheidungen treffen, die der Beschlussfassung der Verbandsversammlung unterliegen, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet. Sie sind der Verbandsversammlung zur nachträglichen Entscheidung vorzulegen.

In Absprache mit dem Verbandsvorsteher wurden die anderen Vertreter der Verbandsversammlung per Mail über das geplante Vorhaben sowie die daraus entstehenden überplanmäßigen Aufwendungen informiert. Die Vertreter der Verbandsversammlung haben die zeitnahe Umstellung der ADV Infrastruktur ausdrücklich begrüßt.

Herr Verbandsvorsteher Schneider hat gemäß § 8 der Verbandssatzung der Auftragsvergabe sowie der damit verbundenen überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen am 08.07.2019 zugestimmt.

Daher wurde der Auftrag kurzfristig vergeben und die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von rd. 8.000 € überplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Die Dringlichkeitsentscheidung wurde gemäß § 8 Abs. 5 der Verbandssatzung i.V. mit § 83 Abs. 2 GO NRW durch die Verbandsversammlung am 06.12.2019 genehmigt.

Die Verbandsversammlung hat am 30.11.2018 den Erwerb des Basismoduls der Software „Antrago“ einschließlich der Integration der Schnittstelle zur Finanzsoftware beschlossen.

Insgesamt wurden hierfür bei der Position 782100 „Auszahlung für den Erwerb immaterieller Vermögensgegenstände“ 52.000 € bereitgestellt.

Im Laufe des Jahres 2019 wurden im Rahmen des Projektes verschiedene Schulungen der Anwender durch die Fa. Antrago durchgeführt und die erforderlichen Grundeinstellungen sowie Eingaben im Programm vorgenommen.

Im Rahmen des Projektes hat sich gezeigt, dass die im Basismodul vorgehaltene Stundenplanung für die hiesigen Belange,

- in der Regel nur einen Unterrichtstag in der Woche
- Einsatz von über 140 nebenamtlichen Dozentinnen und Dozenten
- oftmalige kurzfristige Änderungen im Stundenplan

nicht optimal und aufwendig ist.

Um diese anspruchsvolle Stundenplanung flexibel und bedienerfreundlich abzubilden, hatte die Fa. Antrago das Zusatzmodul „Planung Plus“ für einmalige Anschaffungskosten einschl. Schulungen in Höhe von 10.500 € angeboten, welches die alltägliche Arbeit in diesem Bereich wesentlich vereinfacht und beschleunigt.

Neben den bereits angesprochenen Möglichkeiten hat dieses Zusatzmodul viele weitere Funktionalitäten, welche die anfallenden Arbeiten der Mitarbeiterinnen der Abteilungen im Hinblick auf die Stundenplanung und -veränderungen wesentlich erleichtern.

Mit der Einführung der neuen Software war gleichzeitig die Zielsetzung verbunden, die bisherigen Arbeitsprozesse soweit wie möglich digital abzubilden und Arbeitsprozesse zu vereinfachen.

In dem Zusammenhang hatten sich aus den weiterentwickelten Anforderungen hinsichtlich der Anbindung an das Webportal aber auch der Integration der Schnittstelle der Finanzsoftware spezifische Anforderungen an die Software Antrago ergeben, welche Sonderprogrammierungen von Seiten der Fa. Antrago aber auch der regio iT verlangten, die zusätzliche Kosten verursachten. Gemäß § 34 KomHVO NRW gehören Programmierungen zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten und waren bzw. sind somit aus investiven Mitteln zu finanzieren.

Im Herbst 2019 war eine genaue Bezifferung der jeweiligen Programmierkosten kaum möglich, da der jeweilige Aufwand noch nicht genau beziffert war. Dennoch war davon auszugehen, dass für die anfallenden Sonderprogrammierungen einmalig rd. 4.500 € zu zahlen waren bzw. sind.

Daher hat die Verbandsversammlung am 06.12.2019 überplanmäßige Mittel für die Anschaffung des Zusatztools „Planung Plus“ von Antrago einschließlich Schulungen sowie der Beauftragung der Sonderprogrammierungen in Höhe bis insgesamt max. 15.000 beschlossen. Die Deckung für die überplanmäßigen Auszahlungen war durch Mehreinzahlungen im Kostenträger „Lehrgänge 429501“ bei der „Position 641901 „Entgelte für Lehrgänge“ gegeben.

Die in dem Zusammenhang entstehenden zusätzlichen Abschreibungen wurden im Haushalt 2020 ff. eingeplant.

Ermächtigungsübertragungen

Die Verbandsversammlung hat am 06.12.2019 zusätzliche Mittel für das Zusatzmodul „Stundenplanung“ und für Sonderprogrammierungen in Höhe von insgesamt 15.000 € bewilligt, die nicht mehr im vollen Umfang (insbesondere für die Sonderprogrammierungen) in 2019 verausgabt wurden.

Die nicht in 2019 verausgabten Mittel in Höhe von rd. 5.800 € wurden im Rahmen einer Ermächtigungsübertragung nach 2020 übertragen

Darstellung der Lage

Im Sinne der Transparenz der Aufwendungen und Erträge sind für das Finanzwesen des Zweckverbandes fünf Kostenträger (Produkte) gebildet worden, und zwar:

- 429501 Lehrgangsbetrieb
- 429502 Berufsförderungswerk Düren (BFW),
- 429503 Fortbildungsbetrieb und
- 429504 Personalauswahlverfahren
- 160101 Allgemeine Finanzwirtschaft und Umlagen

Im Kostenträger „429500 Verwaltung“ wurden bis 31.12.2017 insbesondere allgemeine Kosten wie Mieten und Bewirtschaftungskosten erfasst. Ab dem Haushaltsjahr 2018 wurde dieser Kostenträger nicht mehr beplant. Die dort ausgewiesenen Aufwendungen bzw. Auszahlungen werden seit 2018 entsprechend dem tatsächlichen Ressourcenverbrauch produktscharf bei den anderen Kostenträgern abgebildet. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Personalaufwendungen für die hauptamtlichen Dienstkräfte entsprechend dem Zeitanteil des Einsatzes auf die einzelnen Kostenträger verteilt werden. Die Verbandsumlage wird erst seit 2018 bei dem Kostenträger „160101 Allgemeine Finanzwirtschaft“ (vorher beim Kostenträger Verwaltung), der für solche Finanzbewegungen vorgesehen ist, abgebildet.

Das Wirtschaftsjahr 2019 hat insgesamt mit einem Jahresüberschuss von 137.832,61 € abgeschlossen

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Wirtschaftsjahres

Es gab bis zur Erstellung des Jahresabschlusses 2019 inhaltlich keinen Sachverhalt von besonderer Bedeutung nach Schluss des Wirtschaftsjahres.

Jedoch hat der Corona Virus sowohl den Fortbildungs- als auch Lehrgangsbetrieb seit 16.03.2020 zum vollständigen Erliegen gebracht. Alle ab diesem Zeitpunkt geplanten Fortbildungen, zunächst bis 03.05.2020, mussten abgesagt werden. Die Lehrgänge in Heinsberg werden bereits seit Anfang März 2020 nicht mehr durchgeführt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Umschulungslehrgänge beim Berufsförderungswerk Düren sowie die in 2020 abschließenden Prüfungslehrgänge werden derzeit durch die jeweiligen Fachdozenten digital unterrichtet.

Es ist jetzt schon absehbar, dass dadurch die Einnahmen in 2020 spürbar hinter den erfolgreichen Zahlen von 2019 bleiben werden. Wie groß der finanzielle Einbruch in 2020 tatsächlich sein wird, hängt davon ab, wie lange der Fortbildungs- und Lehrgangsbetrieb weiter gar nicht bzw. nur eingeschränkt betrieben werden darf.

Daher kann im Folgenden auch nur eingeschränkt eine Prognose zu der jeweiligen zukünftigen Entwicklung abgegeben werden.

Voraussichtliche Entwicklung des Zweckverbandes

Bereich Ausbildung, berufliche Weiterbildung

Der Ausbildungsbedarf und der Bedarf an beruflichen Weiterbildungslehrgängen (VL I und VL II) werden sich voraussichtlich mit steigender Tendenz entwickeln. Nach aktueller Einschätzung werden die Gebietskörperschaften im Verbandsgebiet als Antwort auf einen allgemeinen Aufgabenzuwachs und als notwendige Reaktion auf den demografischen Wandel zunehmend Personalverstärkungen vornehmen müssen.

In den letzten Jahren ist eine deutliche Erhöhung der Anzahl der Auszubildenden zum/zur Verwaltungsfachangestellten zu konstatieren. Nach den aktuellen Anmeldezahlen werden zum 01.08.2020

in den Abteilungen StädteRegion (21) Heinsberg (18) und Düren (21) drei Unterstufen mit insgesamt 60 Auszubildenden an den Start gehen.

Für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt liegen bisher 27 Anmeldungen für den Laufbahnlehrgang I bei der Abteilung Aachen Stadt vor.

Die enormen Anmeldezahlen für die Verwaltungslehrgänge I und II erforderten die Erstellung von „Longlists“ mit Wartezeiten bis zu mehreren Jahren. Anfang 2017 standen noch mehr als 200 Personen für die Verwaltungslehrgänge auf der Warteliste. Die vier Abteilungen haben seit Ende 2017 jeweils einen zusätzlichen VL I – bzw. VL II Lehrgang gestartet, um so den Wartestau abzubauen. Zur Durchführung dieser zusätzlichen Lehrgänge stellt das Studieninstitut im Bedarfsfall seine Räumlichkeiten in der Geschäftsstelle zur Verfügung, sofern der Seminarbetrieb dadurch nicht eingeschränkt wird. Ein zusätzlicher VL I der Stadt Aachen ist Anfang 2018 in den Räumlichkeiten der Geschäftsstelle des Studieninstitutes gestartet.

Durch den Wegfall der bisherigen gesetzlich vierjährigen Wartezeit für die Verwaltungsfachangestellten haben sich die Anmeldungen für den VL II proportional erhöht.

Im Herbst 2018 hatte der KAV aufgrund der Nachwuchs- bzw. Einstellungsprobleme großer Kommunen dafür geworben, die Ausbildungs- und Prüfungspflichten für den VL I und VL II zunächst bis 2020 auszusetzen. Dies wurde jedoch von den zuständigen Gremien nicht befürwortet. Vielmehr hat man die Studieninstitute NRW aufgefordert, bis März 2019 ein Konzept vorzulegen, in dem die bisherigen Lehrgangsformen des VL I und VL II modifiziert und gestrafft werden. Ferner sollten insbesondere für den VL II Anerkennungsmöglichkeiten von vorherigen Studiengängen etc. geschaffen werden. Die Studieninstitute NRW haben unter Beteiligung des Städtetages und Landkreistages NRW und unter Einbindung aller Kommunen von NRW entsprechend die Prüfungsordnungen sowie die Lehrpläne für den VL I und VL II überarbeitet. Die neuen Prüfungsordnungen für den VL I und VL II sind für das hiesige Studieninstitut jeweils zum 01.01.2020 in Kraft getreten. Darüber hinaus wurde von den Studieninstituten NRW gemeinsam eine Richtlinie über mögliche Anerkennungen von Vorleistungen für den VL II erarbeitet. Auch die neuen Lehrpläne für den VL I und den künftigen modularen VL II sind am 18.03.2020 in Kraft getreten. Der neue VL I unterteilt sich in einen sogenannten „Basislehrgang mit 150 Unterrichtsstunden“ und einem „Aufbaulehrgang mit 400 Unterrichtsstunden.“ Der Lehrplan des modularen VL II beinhaltet insgesamt 814 Präsenzstunden.

In der letzten Zeit haben sich die Anfragen gehäuft, ob das Studieninstitut den VL II auch am Wochenende für „Selbstzahler“ anbieten könnte. Viele Studieninstitute führen solche Wochenendlehrgänge bereits durch.

Es ist daher vorgesehen, auch beim Studieninstitut Aachen zusätzlich zum bestehenden Angebot einen VL II für „Selbstzahler“ nach den Sommerferien 2020 einzurichten.

Der Lehrgang soll jeweils samstags von 08.30 Uhr bis 15.30 Uhr (acht Unterrichtsstunden) außerhalb der Ferien NRW in den Räumlichkeiten der Geschäftsstelle in Aachen (Leonhardstraße 23 – 27) statt-

finden. Der Lehrgang startet zunächst mit dem Zulassungsverfahren für den VL II. Im unmittelbaren Anschluss (spätestens 01/2021) startet dann der modulare VL II.

Durch die verstärkte Gewinnung von Nachwuchskräften werden seit geraumer Zeit Plätze für die Teilnahme an Ausbilderlehrgängen angefragt. Beim Studieninstitut sind bis zum Jahr 2022 fortlaufend mindestens zwei Ausbilderlehrgänge je Jahr geplant.

Aufgrund der Tatsache, dass die Kommunen mehr „Quereinsteiger“ einstellen, wird der Lehrgang „Grundlagen Verwaltungskunde“ immer mehr nachgefragt. In 2019 wurde in der Geschäftsstelle als auch bei der Stadt Aachen ein solcher Lehrgang vom Studieninstitut durchgeführt.

Bereich Fortbildung, Seminare

Die Erfahrungen der letzten beiden Jahre haben gezeigt, dass es insbesondere wichtig ist, aktuelle Themen aufzugreifen und auch Seminare intensiv zu bewerben. Darüber hinaus hat sich im letzten Jahr ebenfalls als sehr positiv herausgestellt, aktiv auf die Kommunen zuzugehen und deren Bedarf abzufragen sowie konkrete Seminarwünsche entgegenzunehmen. Die Anzahl der durchgeführten Inhouse-Seminare wächst stetig.

Nicht zuletzt durch die bessere Raumausstattung in Aachen konnten in 2019 vielmehr Seminare angeboten und durchgeführt werden.

Erfreulicherweise ist im Jahr 2018 eine Kooperation mit dem Jobcenter Aachen und der job-com Düren zustande gekommen, sodass jährlich rd. 14 Grundlagenschulungen im Bereich der „Passiven Leistungen SGB“ vom Studieninstitut mit Referenten der beiden Kooperationspartner angeboten und durchgeführt werden konnten.

Die Nachfrage zu Kompaktkursen für die Qualifizierung von Ausbildern zu Praxisprüfern für die Durchführung der fachpraktischen Module im Bachelor-Studiengang ist konstant hoch. In 2019 wurden mehrere ausgebuchte Schulungen diesbezüglich durchgeführt.

Modulare Qualifizierung

Als besondere zusätzliche Herausforderung wird die Durchführung der Seminarreihen zur „modularen Qualifizierung“ für den Aufstieg in die „Laufbahngruppe 2, 2 Einstiegsamt“ (vorher höherer allgemeiner Verwaltungsdienst) aufgrund der Änderung der Laufbahnverordnung NRW wahrgenommen. Grundsätzlich besteht für die Durchführung dieser modularen Qualifizierung eine Kooperation mit dem Studieninstitut Niederrhein, Krefeld, SINN.

Der erste Block (2015–2016) der vier Module wurde ausgeschrieben und an beiden Standorten, jedoch schwerpunktmäßig am Niederrhein, durchgeführt. Aufgrund der hohen Anmeldezahlen (17 Personen) aus dem Verbandsgebiet wurde die am 02.03.2017 begonnene modulare Qualifizierung mit 40 Seminartagen (verteilt über eine Laufzeit von rd. 18 Monaten) und die Abnahme der Leistungsnachweise in allen vier Modulen vom hiesigen Studieninstitut alleine durchgeführt. Diese Qualifizierungsmaßnahme wurde im Mai 2018 abgeschlossen. Bereits im Juni 2018 hat der nächste Block

der modularen Qualifizierung mit 14 Personen aus dem Verbandsgebiet begonnen und endete am 30.10.2019.

Am 12.11.2019 ist der nächste Durchlauf der modularen Qualifizierung mit insgesamt 42 Personen gestartet. Aufgrund der vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Einzugsgebiet Düren wird für insgesamt 15 Personen diese modulare Qualifizierung in den Räumlichkeiten des Kreishauses Düren durchgeführt. Es werden die gleichen Referentinnen und Referenten wie bei der MQ Maßnahme in Aachen eingesetzt.

Fortbildung 4.0

Ein Großteil der Führungskräfte unserer Kommunen sind in der mittleren Ebene angesiedelt und haben nicht die Möglichkeit einer modularen Qualifizierung. Sie müssen sich aber andererseits auch wichtigen Führungsaufgaben bzw. Führungsanforderungen stellen. Daher hat sich das Studieninstitut entschlossen, auch für diese Führungskräfte und Führungsnachwuchskräfte der mittleren Führungsebene ein interessantes Seminarangebot in Zusammenarbeit mit Pro VERBUM anzubieten. Im Verlauf von einem Jahr (April 2018 – März 2019) wurden insgesamt 13 Führungskräfte aus dem Verbandsgebiet in den Bereichen

- Rollenwechsel und Rollenfindung;
- Führungsstil und das kooperative Führungssystem;
- Umgang mit Konflikten;
- Teambesprechungen zielorientiert führen sowie
- Teamaufbau und Teamentwicklung

an insgesamt zehn Seminartagen geschult. Damit wurden zunächst alle relevanten Führungsbereiche abgedeckt, die es den Führungskräften ermöglichen sollen, ein modernes, innovatives und kooperatives Führungshandeln anzuwenden.

Aufgrund der sehr positiven Rückmeldungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde dieses Schulungsangebot ab 02.09.2019 wiederholt und mit insgesamt acht Personen gestartet. Durch dieses zusätzliche Angebot des Studieninstitutes wurde bzw. wird insbesondere den Führungskräften der kleineren Kommunen die Möglichkeit auf „Führungskräfteschulungen“ eröffnet.

Ferner soll Führung 4.0 auch mit insgesamt 28 Personen als Inhouse-Maßnahme für eine große Kommune aus dem Verbandsgebiet im Herbst 2020 starten.

Bereich Personalauswahl

Seit 2016 werden die Kommunen bei der Personalauswahl der Nachwuchskräfte durch einen Online-test der Fa. geva aus München unterstützt.

Das Personalauswahlverfahren für die Einstellungsjahrgänge 2018, 2019 und 2020 konnte nach den ersten Erfahrungen aus 2017 äußerst zügig und störungsfrei durchgeführt werden und soll auch weiterhin für die Kommunen im Verbandsgebiet angeboten werden.

Veränderung des Standorts der Geschäftsstelle des Studieninstitutes

Bis zum 31.07.2017 war die Geschäftsstelle des Studieninstitutes in Herzogenrath-Kohlscheid verortet. Insbesondere der Seminarraum entsprach nicht den heutigen Ansprüchen an eine moderne Weiterbildungseinrichtung. Ferner kam hinzu, dass weder eine behindertengerechte Toilette noch ein barrierefreier Zugang vorhanden waren.

Durch die neuen räumlichen Möglichkeiten konnten in 2018 und insbesondere 2019 sowohl mehr Lehrgänge als auch mehr Fortbildungen als vorher (in Herzogenrath-Kohlscheid gab es nur einen Seminarraum) angeboten und durchgeführt werden, was auch an den positiven Jahresergebnissen 2018 und 2019 abzulesen ist. Der Umzug nach Aachen war ein wichtiger Schritt für eine dauerhafte, zukunftsorientierte Ausrichtung des Studieninstitutes für kommunale Verwaltung Aachen.

Einführung einer neuen Fachsoftware beim Studieninstitut

Die Verbandsversammlung hat am 30.11.2018 die Anschaffung der Fachsoftware „Antrago“ einschließlich der Implementierung einer Schnittstelle zur Finanzsoftware beschlossen.

Mit dieser Software soll zukünftig sowohl der „Lehrgangsbetrieb“ als auch die „Seminarverwaltung“ abgewickelt werden. Ziel war es, dass zum 01.01.2020 der Echtbetrieb startete. Dies ließ sich leider durch verspätete Umsetzungen der Sonderprogrammierungen der Fa. Antrago nicht umsetzen. Die Aufnahme des Echtbetriebes von Antrago sowie die Anbindung der damit verbundenen neuen Website des Studieninstitutes wird zum 01.05.2020 erfolgen. Es wird davon ausgegangen, dass insbesondere für den Lehrgangsbetrieb, für den bisher keinerlei Fachanwendung im Einsatz war, Arbeitserleichterungen und Synergieeffekte entstehen.



Kultur

Grenzlandtheater der StädteRegion Aachen GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand der Gesellschaft ist die Aufführung von Theaterstücken kulturell hoch stehenden Charakters. Der Bevölkerung des Aachener Raumes soll Gelegenheit und insbesondere auch durch günstige Preisgestaltung die Möglichkeit gegeben werden, die Theateraufführungen zu besuchen, um die Kunst und das Verständnis für sie zu fördern und hierdurch einem gemeinnützigen Zweck zu dienen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft bestellt zwei gleichberechtigte Geschäftsführer, und zwar einen für die kaufmännischen Aufgaben und einen für die künstlerischen Aufgaben. Im Bedarfsfalle bestellt die Gesellschaft je eine Stellvertretung.

Beirat:

Der Beirat besteht einschließlich des Vorsitzenden aus höchstens 8 Personen. Er wird gebildet aus dem Städteregionsrat, 5 vom Städteregionstag zu wählenden Mitgliedern und 2 Vertretern der Verwaltung, und zwar der Allgemeinen Vertretung und dem Kämmerer. Vorsitzender ist der Städteregionsrat, stellvertretender Vorsitzender der allgemeine Vertreter.

Gesellschafterversammlung:

Die StädteRegion als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die jeweiligen Mitglieder des Städteregionsausschusses vertreten. Der Vorsitzende ist der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Intendant Uwe Brandt	Künstlerischer Leiter
	Dipl. Kfm. Hermann Fuchs	Kaufmännischer Leiter
Beirat:		
Vorsitzender	Dr. Tim Grüttemeier	Städteregionsrat
Stv. Vorsitzender	Gregor Jansen	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
	Thomas Claßen	Kämmereileiter
	Christiane Karl	2. stellv. Städteregionsrätin
	Christa Heners	sachkundige Bürgerin

Claudia Cormann	Städteregiontagsmitglied
Birgitt Lahaye-Reiß	Städteregiontagsmitglied
Martin Peters	Städteregiontagsmitglied

Vertretung der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Die Mitglieder des Städteregionsausschusses unter Vorsitz des Städteregionsrates.

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52062 Aachen

gezeichnetes Kapital: 26.000 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	<u>26.000,00</u>	<u>100,00</u>
	26.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2017 – in € –	2018 – in € –	2019 – in € –
A. Anlagevermögen	478.305	447.745	400.156
I. Sachanlagen	478.305	447.745	400.156
B. Umlaufvermögen	1.108.730	937.162	893.463
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen / sonst. VG	27.413	28.582	31.304
III. Kassenbestand, Guthaben	1.081.317	908.580	862.160
C. Rechnungsabgrenzungsposten	13.831	9.178	17.619
D. Nicht durch EK ged. Fehlbetrag	4.242	59.940	80.705
Bilanzsumme Aktiva	1.605.107	1.454.026	1.391.943
 A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	26.000	26.000	26.000
II. Jahresfehlbetrag	–30.242	–85.940	–106.705
III. Nicht d. EK ged. Fehlbetrag	4.242	59.940	80.705
B. Sonderposten m. Rücklageanteil	161.020	148.339	118.985
C. Rückstellungen	78.206	55.451	55.838

D. Verbindlichkeiten	563.694	459.708	444.774
E. Rechnungsabgrenzungsposten	802.187	790.528	772.345
Bilanzsumme Passiva	1.605.107	454.026	1.391.943

	2017	2018	2019
Gewinn- und Verlustrechnung:			
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	1.604.512	1.627.909	1.674.125
sonst. betriebl. Erträge	1.012.376	1.033.179	1.016.881
sonst. nicht zuschussfähige Erträge	20.000	29.023	26.023
Personalaufwand	1.744.668	1.634.458	1.731.944
sonst. betriebl. Aufwendungen	857.971	1.060.326	1.013.583
sonst. n. zuschussfähiger Aufwand	21.782	43.731	40.349
Jahresfehlbetrag n. Steuern	30.242	85.940	106.705

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiter/innen (Jahresdurchschnitt ohne Azubi)	63	62	66
 Vorstellungen	 2017	 2018	 2019
Theater Elisengalerie	288	292	280
Abstecher Gastspielorte	90	84	91
Sonderveranstaltungen	6	6	6
Insgesamt	384	382	377
 Zuschauerzahlen	 2017	 2018	 2019
Insgesamt	80.323	80.112	79.735

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die Gesellschaft erhält jährlich einen Zuschuss von der StädteRegion Aachen für den Defizitausgleich. Im Haushaltsjahr 2020 wurde ein Verlustausgleich in Höhe von 106.704,84 € für das Geschäftsjahr 2019 gezahlt. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen bestehen nicht.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung/ Einhaltung der öffentlichen Zweckerreichung gem. § 108 Abs. 3 Ziffer 2 GO NRW

Die Gesellschaft hat den im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen öffentlichen Zweck der Aufführung von kulturell anspruchsvollen, spannenden und unterhaltsamen Theaterstücken für die Bevölkerung in der Region Aachen mit der Umsetzung der Spielpläne 2018/2019 sowie 2019/2020 im Geschäftsjahr 2019 vollumfänglich erreicht.

Die hier im Lagebericht dokumentierten statistischen Auswertungen über die Vorstellungen und Besucherzahlen mit einer sehr guten Auslastungsquote belegen die erfreuliche Resonanz unserer Besucher auf die im Kalenderjahr 2019 aufgeführten Theaterstücke und Musicals. Das gilt genauso für die Sonderveranstaltungen (z.B. TheaterTalk) im Grenzlandtheater Aachen sowie die Aufführungen in den Abstecher- und Gastspielorten der StädteRegion, die im Rahmen der Funktion des Grenzlandtheaters als Landesbühne intensiv bespielt werden.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

a) Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Konjunkturforscher des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel rechnen laut ihrer Medieninformation vom 6. September 2018 mit einer Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für das Jahr 2018 um 1,9 % (Vorjahr: 2,5%); für das Jahr 2019 um 2,0 %. Damit geht die Hochkonjunktur in Deutschland vorerst weiter, deutlich angespannte Kapazitäten läuten aber wohl mit dem Übergang in das neue Jahrzehnt den Abschwung ein. Die von der Bundesregierung beschlossenen, auf Dauer angelegten Mehrausgaben dürften bereits 2020 dazu führen, dass die schwarze Null strukturell nicht mehr zu halten ist.

b) Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Laut dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie entwickelt sich seit Ende der 1980er Jahre die Kultur- und Kreativwirtschaft zu einem der dynamischsten Wirtschaftszweige der Weltwirtschaft. Sie hat einen wesentlichen Anteil an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung (Bruttowertschöpfung) in Deutschland. Die Kultur- und Kreativwirtschaft in Sachen Wertschöpfung übertrifft inzwischen andere wichtige Branchen wie die chemische Industrie, die Energieversorger oder aber die Finanzdienstleister. Nur die Automobilindustrie erzielt eine deutlich höhere Bruttowertschöpfung.

Die Theaterlandschaft in NRW ist die dichteste und vielfältigste in Deutschland und erfreut sich einer hohen Akzeptanz beim Publikum. Entsprechend dem hohen Stellenwert soll der Kulturetat des Landes von 200 auf insgesamt 300 Millionen Euro angehoben werden. Bestandteil des bis 2022 um 50 Prozent steigenden Kulturetats sind 30 Millionen Euro, die für kommunale Theater und Orchester bereitgestellt werden.

Geschäftsverlauf

Gegenüber dem Jahr 2018 sind keine wesentlichen Veränderungen im Hinblick auf den Geschäftsverlauf entstanden. Die Anzahl der Vorstellungen lag mit 377 etwas unter dem Vorjahr (2018: 382) und trotz leicht geringerer Besucherzahlen erreichten die Theatereinnahmen aus Kartenverkäufen das Vorjahresniveau. Spenden und Zuwendungen lagen 2019 entsprechend dem Vorjahr nur minimal unter der Millionengrenze.

Die Anzahl der Vorstellungen bzw. Aufführungen des Theaters entwickelten sich wie folgt:

	<u>2019</u>	<u>2018</u>
Theater Elisen Galerie	280	292
Abstecher Gastspielorte	91	84
Sonderveranstaltungen(Theatertalk; Jazz-Bühne)	6	6
insgesamt	377	382

Die Zuschauerzahlen entwickelten sich wie folgt:

	<u>2019</u>	<u>2018</u>
Aachen Freiverkauf	12.413	12.116
Aachen Abo	43.671	46.136
Gastspielorte Freiverkauf	17.879	15.769
Gastspielorte Abo	4.542	4.839
Sonderveranstaltung Freiverkauf	1.230	1.252
insgesamt	79.735	80.112

Alleine in Aachen wurden 56.084 Besucher (2018: 58.252) in 280 (2018: 292) Vorstellungen gezählt. Ausgehend von 218 verfügbaren Sitzplätzen im Saal errechnet sich insgesamt ein Besucherdurchschnitt von 200 (92%). Die Anzahl der Abovorstellungen und des regulären freien Verkaufs sind über die Geschäftsjahre hinweg auf konstant hohem Niveau.

Die Umsatzerlöse/Erträge erreichten insgesamt einen Betrag i.H.v. 2.691.006 € und lagen damit geringfügig über dem Vorjahresniveau (2018: 2.661.088 €) bzw. über der Planung 2019 (2.626.095 €). Der Personalbereich spiegelt die Entwicklung der Einnahmen wider. Auch in diesem Bereich war im Zusammenhang mit der hohen Anzahl von Vorstellungen und Besuchern ein Mehraufwand zu verzeichnen. Entsprechend stiegen die Personalaufwendungen mit Sozialabgaben im Vergleich zum Vorjahr 103.388 € auf 1.737.846 € an. Demgegenüber konnte jedoch der Materialaufwand im Vergleich zum Vorjahr um 52.645 € auf 1.007.680 € im Rahmen der sparsamen Mittelverwendung gemindert werden.

Gegenüber dem fortgeschriebenen Wirtschaftsplan 2019 (Stand Oktober 2019) waren in allen Bereichen Abweichungen zu verzeichnen. Somit ergab sich per Saldo ein Jahresergebnis von – 106.704 €, das vom prognostizierten Planergebnis in Höhe von –85.793 € abweicht. Die an das Jahr 2019 gestellten wirtschaftlichen Erwartungen und Ziele konnten insgesamt realisiert werden.

Lage

Die Gesellschaft ist zum Stichtag 31. Dezember 2019 bilanziell überschuldet, der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag beläuft sich zu diesem Zeitpunkt auf 80.704,84 €. Eine Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne liegt nach Einschätzung der Geschäftsführer jedoch nicht vor. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Gesellschafterin die Gesellschaft – wie bereits in den Vorjahren erfolgt – weiterhin in der erforderlichen Höhe finanziell unterstützen wird. In diesem Zusammenhang ist die Fortführung des Unternehmens nach den derzeitigen Umständen überwiegend wahrscheinlich. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 wurde daher trotz der bestehenden bilanziellen Überschuldung unter der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt. Darüber hinaus ist die Lage unseres Unternehmens nach wie vor geprägt von der guten Auslastung und Programmvietfalt.

a) Ertragslage

Die Erlöse – hier als Theatereinnahmen aus Kartenverkauf Aachen, Abstecher und Sonderveranstaltungen – erreichten

2019	1.531.553 €
2018	1.489.640 €

Das ergibt Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr i.H.v. 41.913 € (+2,8%), die zurückzuführen sind u.a. auf die Preiserhöhungen und höhere Einnahmen aus den Abstechern. Sowohl in der Elisen-galerie Aachen als auch bei den Abstechern ist eine Verschiebung zum „freien Ticketverkauf“ erkennbar.

Hinzuzurechnen sind noch Einnahmen aus Programmverkauf, Garderobe, Umtauschgebühren und Sonstiges in Höhe von insgesamt 142.572 €.

Die in der GuV-Rechnung ausgewiesenen „Sonstige betriebliche Erträge“ i.H.v. 1.016.881 € (2018: 1.033.179 €) setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>2019</u>	<u>2018</u>
	€	€
Spenden/Beihilfen	7.037	13.323
Zuwendung/Förderverein	695.000	695.000
Zuschüsse Reg. Köln	277.800	277.800
Teilauflösung Investitionszuschüsse	37.044	43.518
Erlöse Anlagenabgang	--	3.538
Insgesamt	1.016.881	1.033.179

Die Theatereinnahmen erreichen damit einen Betrag i.H.v. 2.691.006 €. Von dieser Summe ist die Position Teilauflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse mit 37.044 € in Abzug zu bringen, so dass die (um diese neutrale Position bereinigten) Einnahmen bei 2.653.962 € liegen (2018: 2.617.570 €). Die Personalkosten haben beim personalintensiven Charakter des Hauses einen hohen Stellenwert. Sie betrugen beim Grenzlandtheater 1.737.846 € und erreichten 63 % (2018: 61 %) der zuwendungsfähigen Ausgaben (Personalkosten, Sachaufwand und Steuern ohne Abschreibung) in Höhe von 2.746.340 € (2018: 2.695.063 €).

2019 1.737.846 €

2018 1.634.458 €

Der um 103.388 € höhere Personalaufwand i.H.v. 1.737.846 € gegenüber dem Vorjahr resultiert aus Personaleinstellungen auf Teilzeitbasis im Bereich Regieassistent/Maske sowie aus höherem Aufwand bei den Gästen, insbesondere bei den Aushilfen.

Die betrieblichen Sachkosten erreichten

2019 1.007.681 €

2018 1.060.326 €

Zu diesem Betrag wird dann die gesondert auszuweisende KFZ-Steuer (813 €) hinzugerechnet, so dass der Sachaufwand insgesamt 1.008.494 € beträgt.

Die Verteilung der Zuschüsse des Landes und des Fördervereins (972.880,00 €) ergibt bei 78.860 Besuchern (ohne Sonderveranstaltungen) einen rechnerischen Betriebszuschuss von 12,34 € pro Gast (2017: 12,24 €). Die letzte aktuelle Statistik vom Deutschen Bühnenverein zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts weist für die entsprechenden Durchschnittswerte auf Bundesebene 132,68 € und für NRW 144,55 € als Betriebszuschüsse pro Besucher aus (Stand Theaterstatistik Spielzeit 2016/2017; Quelle Dt. Bühnenverein).

Ausgehend von Gesamteinnahmen in Höhe von 2.661.088 €, Personalaufwendungen i.H.v. 1.634.458 €, Sachaufwendungen i.H.v. 1.060.326 € und Abschreibungen (37.257 €) ist noch der Saldo aus dem nichtzuschussfähigen Bereich i.H.v. -14.708 € und die Kfz-Steuer i.H.v. 279 € einzubeziehen. Damit verbleibt ein Fehlbetrag i.H.v. 85.940 €.

b) Finanzlage

Unsere Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Zum Ende des Geschäftsjahres 2019 bestanden Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 114.959 €. Diese erhöhten sich stichtagsbedingt um 21.208 € gegenüber dem Vorjahr. Die sonstigen Verbindlichkeiten reduzierten sich um 36.141 € auf

329.815 €. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen in den verringerten Verbindlichkeiten aus den beiden Darlehensverbindlichkeiten gegenüber der StädteRegion Aachen begründet.

Die Liquiditätslage ist durch Vorauszahlungen von Abonnenten sowie durch Zuwendungen und Spenden geprägt.

c) Vermögenslage

Das Gesamtvermögen der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 stellt sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag unverändert dar, ist jedoch weiterhin überwiegend durch Bankguthaben geprägt. Das Bankguthaben hat einen Anteil von 62% am Gesamtvermögen. Korrespondierend wird ein Sonderposten auf der Passivseite ausgewiesen. Wesentliche Investitionen in das Anlagevermögen waren im Geschäftsjahr nicht zu verzeichnen.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Wir ziehen wie in den Vorjahren für unsere Unternehmenssteuerung die Kennzahlen Besucheranzahl sowie Anzahl der Vorstellungen heran. Die Anzahl der Vorstellungen bzw. Aufführungen des Theaters betrug im Geschäftsjahr 2019 insgesamt 377 und verringerte sich somit um 5 Veranstaltungen gegenüber dem Vorjahr. Die Zuschauerzahlen entwickelten sich von 80.112 auf 79.735 in 2019 geringfügig rückläufig. Die minimale Reduzierung liegt im Rahmen normaler Schwankungen.

Prognosebericht

Wir befinden uns inmitten einer globalen Pandemiesituation. Das öffentliche Leben ist eingeschränkt und die gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Belastungen sind erheblich. Die Gesundheitssysteme und die Volkswirtschaften stehen zunehmend unter Druck. Die deutsche Theaterlandschaft ist seit Monaten von diesem Virus lahmgelegt. Alle Theater sind auf Grund behördlicher Anordnungen geschlossen. Es hat sich abgezeichnet, dass wir aufgrund der Corona-Pandemie die Spielzeit 2019/2020 Ende Juni 2020 ohne Aufführungen beenden und die Wiederaufnahme des Spielbetriebs unter den bekannten Auflagen mit geltenden Abstands- und Hygieneregeln erst ab 23. September 2020 mit entsprechendem Vorlauf für den mehrwöchigen Probenbeginn starten können. Diese Entwicklungen haben gravierende Auswirkungen auf die Wirtschaftsplanung des Theaters

Das Zahlenwerk des Wirtschaftsplans 2020 baute auf dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2019 auf und berücksichtigte die finanziellen Rahmenbedingungen in den Erlös- und Kostenansätzen lt. Spielplanung 2019/2020. Danach war für das Geschäftsjahr 2020 zunächst mit Theatereinnahmen und Zuschüssen i.H.v. 2.661.200 € kalkuliert und mit zuwendungsfähigen Personalaufwendungen i.H.v. 1.653.830 € sowie zuwendungsfähigen Sachausgaben i.H.v. 1.088.150 €. Bei einem ebenfalls nicht ausgeglichenen nichtzuschussfähigen Bereich (-10.493 €) war ein Defizit i.H.v. 91.273 € kalkuliert, das über einen entsprechenden Gesellschafterzuschuss hätte finanziert werden müssen, um hinsichtlich der Landesförderung einen ausgeglichenen Theaterhaushalt für das Jahr 2020 abbilden zu können.

Weitere, wesentliche Kalkulationsgrundlage für die Wirtschaftsplanung ist die Spielplanung für die nächste Spielzeit 2020/2021, die in Kürze veröffentlicht wird. Der Spielplan umfasst erstmals nur sieben Produktionen, jedoch wieder die eine breite Palette von der Komödie über Klassiker und Drama bis hin zum Musical enthält. Im Kontext mit der verminderten Anzahl von Theaterproduktionen werden die Abopreise proportional reduziert. Bis dahin soll zusätzlich schon ab August in mehreren größeren Open-Air-Veranstaltungen den Zuschauern eine spezielle musikalische Produktion, u. a. mit zahlreichen bekannten Gästen aus früheren Musicals, angeboten werden.

Seit der coronabedingten, behördlich angeordneten Schließung des Theaters am 13.03.2020 wird die Wirtschaftsplanung ständig fortgeschrieben. In erster Linie sind die Einnahmehausfälle in einem „Worst Case-Szenario“ kalkuliert worden, die sich aus mehreren Einnahmepositionen zusammensetzen:

- Vertragliche Abstecher in- und außerhalb der Region
- Einnahmehausfälle aus Freiverkauf (Elisengalerie/eigene Abstecher),
- potentiellen Rückerstattungen/Gutschriften von vereinnahmten Abonnenten-Einnahmen aus der Spielzeit 2019/2020 (Elisengalerie/eigene Abstecher) und
- verschiedene Einnahmepositionen (Garderobe, Umtauschgebühren, Fremdaufführungen)

Während die abgesagten Vertragsabstecher, Freiverkäufe und die verschiedenen Einnahmepositionen relativ genau kalkuliert werden können, ist die Prognose für die Erstattungen/Gutschriften aufgrund der Pandemie für die anteiligen Abonnenten-Einnahmen mit hoher Unsicherheit verbunden. Das „Worst Case-Szenario“ unterstellt daher, dass allen Abonnenten ihre anteilig für die Spielzeit 2019/2020 vorausbezahlten Abonnements für drei ausgefallene Produktionen erstattet werden müssen. Insgesamt errechnen sich für dieses Szenario dann Einnahmehausfälle i.H.v. von bis zu 550.000 €. Auch wenn viele Abonnenten sich mit dem Theater solidarisch erklären und auf Erstattungen und Gutschriften verzichten, kann erst Ende August 2020 mit Beginn der diesjährigen Abonnementsverträge für die neue Spielzeit 2020/2021 und nach entsprechender Fristsetzung hinreichend genau kalkuliert werden, wie hoch die Erstattungen/Gutschriften bzw. das Spendenaufkommen sein wird.

Die Einnahmehausfälle können nur sehr begrenzt kompensiert werden, etwa im Bereich der Personalkosten durch die mit Teilen der Belegschaft einvernehmlich vereinbarte Kurzarbeit. Einsparungen sind auch bei den Sachkosten durch den Ausfall von Produktionen zu erwarten. Hier kann eine Größenordnung von ca. 120.000 € eingespart werden.

Erfreulich ist, dass das Land NRW auch für 2020 die Förderung i.H.v. 277.800 € bewilligt hat und die Mittelanforderungen planmäßig erfolgen. Auch der Zuschuss des Fördervereins aus Spendenmitteln fließt in 2020 in unveränderter Höhe, so dass zwei wesentliche Einnahmequellen für den Liquiditätserhalt des Theaters auf absehbare Zeit gesichert sind.

Die Mitglieder des Beirats des Theaters sind in einem informellen Termin am 22.06.2020 über den neuen Spielplan 2020/2021 und die hier skizzierten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen informiert worden. Es ist vorgesehen, dem Beirat in seiner ersten, diesjährigen Sitzung am 27.08.2020 den Wirtschaftsplan 2020 zur Beratung und Beschlussempfehlung an die Gesellschafterversammlung vorzulegen. Die Gesellschafterversammlung beschließt über den Wirtschaftsplan am 10.09.2020.

Chancen- und Risikobericht

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft unterliegt einer Vielzahl von Risiken, die untrennbar mit der unternehmerischen Tätigkeit verbunden sind.

Die Risiken des Grenzlandtheaters Aachen liegen in der Abhängigkeit von der Gewährung öffentlicher Fördermittel im bisherigen Umfang. Eine Reduzierung oder der Wegfall der Landesförderung würde das Theater existenziell gefährden und müsste ggf. durch Gesellschaftermittel bzw. höhere Zuschüsse des Fördervereins kompensiert werden. Im Gj. 2019 wurde die Landesförderung i.H.v. 277.800 € unverändert gewährt..

Eine Pandemie kann das gesellschaftliche Leben in einem erheblichen Umfang einschränken. Weltweit bestehen Risiken durch die Übertragung von Infektionserregern. Durch Epidemien und Pandemien drohen hohe Krankheitsraten, die dazu führen können, dass kurzfristig behördliche Anordnungen den Spielbetrieb einschränken oder untersagen. Darüber hinaus ist es möglich, dass Mitarbeiter, Künstler und Schauspieler aus Angst vor Ansteckung nicht bereit sind, ihrer Arbeit im gewohnten Umfang nachzukommen. Dennoch sind solche Ereignisse zukünftig in unsere Beurteilungen aufzunehmen.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus sind derzeit nicht vollständig absehbar, sodass eine abschließende Risikoabschätzung zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich ist. Dennoch sind solche Ereignisse zukünftig in unsere Beurteilungen aufzunehmen.

Sowohl Risiken als auch Chancen ergeben sich stets auch mit der Herausgabe des Spielplans. Ein kulturell anspruchsvoller, zugleich attraktiver und abwechslungsreicher Spielplan ist die Basis für die Einnahmen des Theaters und stellt zugleich dessen unternehmerisches Risiko dar. Dieser Spielplan muss dem Publikum qualitativ gutes Theater präsentieren und so die notwendigen Einnahmen sichern.

Der Beirat und die Theaterleitung sind sich bewusst, dass mit der Umsetzung der im Spielplan vorgesehenen Produktionen Wagnisse auftreten können und sich daraus unmittelbar ergebnisrelevante Auswirkungen ergeben könnten, die unmittelbar den von der StädteRegion als Gesellschafterin abzudeckenden Fehlbetrag erhöhen würden. Über die Entwicklungen des Theaters ist der Beirat daher frühzeitig zu informieren.

Zuletzt in der Spielzeit 2014/2015 wurde über die Finanzausstattung des Theaters grundsätzlich diskutiert mit dem einvernehmlichen Ergebnis, dass der Theaterbetrieb, wie bei vergleichbaren Theatern, nicht kostendeckend sein kann. Bei der gegebenen Platzausnutzung und der hohen Aufführungszahl sind die Möglichkeiten, Mehreinnahmen zu erwirtschaften, begrenzt. Aus diesem Grund hat das Theater eine moderate Preiserhöhung ab der Spielzeit 2019/2020 umgesetzt.

Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht ersichtlich. Die StädteRegion Aachen als Trägerin hat bestätigt, das Theater in der dieser schwierigen Phase unterstützen zu wollen, damit das kommunale Unternehmen mit seinem Theaterbetrieb fortgeführt werden kann. Eine Insolvenzgefahr ist absehbar nicht gegeben. Auch die Arbeitsplätze im Theater sind nicht gefährdet.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Forderungsausfälle sind bis zum heutigen Tag nur im geringen Umfang zu verzeichnen.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfrist gezahlt.

Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft über die vorhandenen liquiden Mittel.

Ziel des Kontroll- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Diese Kontroll- und Risikomanagementsysteme sind installiert, werden laufend optimiert und den geänderten Marktverhältnissen angepasst.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

Kunst- und Kulturzentrum Betriebsgesellschaft der StädteRegion Aachen mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Kunst- und Kulturarbeit in der StädteRegion Aachen. Dazu gehören insbesondere der Betrieb und die Verwaltung des „KuK – Kunst- und Kulturzentrum in der StädteRegion Aachen“.

Die im KuK-Zentrum ansässigen Künstler_innen werden durch qualifizierte Begleitung und Beratung in ihrer Existenzfähigkeit gefördert. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die für den Gesellschaftszweck notwendig sind und diesen fördern, insbesondere zum Abschluss entsprechender Miet- und Pachtverhältnisse mit dem Zentrum und dort ansässigen Künstlerinnen und Künstlern.

Das KuK ist das erste kulturelle Gründerzentrum in Nordrhein-Westfalen. Es ist ein Ergebnis des Wettbewerbes „Kulturelle Gründerzentren“, der im Jahr 2001 vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen ausgerichtet wurde und den die Stabsstelle Projektentwicklung, Forschung und Gleichstellung des Kreises Aachen gewann. Das KuK-Zentrum ermöglicht als Ateliergemeinschaft den Künstlerinnen und Künstlern einen Erfahrungsaustausch untereinander, sowie die Konzeption gemeinsamer Projekte und stellt gleichzeitig eine öffentliche Plattform als Hilfe zur ökonomischen Unabhängigkeit dar.

Im fast 150-jährigen Gebäude des ehemaligen Monschauer Finanzamtes wurden Marketing, Beratung, Produktion und Präsentation der unterschiedlichen Künstlerinnen und Künstler miteinander verbunden. Im Rahmen zahlreicher Ausstellungen und Events, die mit Unterstützung des KuK-Fördervereins initiiert werden, wird den Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit gegeben, sich öffentlichkeitswirksam zu präsentieren und neue Kontakte zu knüpfen. Zwölf offene Ateliers, Verkaufs- und Büroräume bilden auf mehr als 400 qm eine Arbeits- und Begegnungsstätte, die zum kreativen Austausch zwischen Künstlerinnen, Künstlern und Kunstinteressierten einlädt.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung setzt sich zusammen aus je einem/einer Vertreter/in der Gesellschafter.



Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl. Kfm. Hermann Fuchs

Vertretung der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Alexander Lenders	Städteregiontagsmitglied
Stellvertretung:	Werner Krickel	Städteregiontagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52156 Monschau

gezeichnetes Kapital: 25.000 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	15.000,00	60,00
Stadt Monschau	9.000,00	36,00
Förderverein KUK e.V.	<u>1.000,00</u>	<u>4,00</u>
	25.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2017	2018	2019
Bilanz:	- in € -	- in € -	- in € -
Anlagevermögen	1	1	1.089
Umlaufvermögen	10.738	1.189	30.570
RAP	865	885	910
Bilanzsumme Aktiva	18.847	26.765	32.570
Eigenkapital	11.598	18.722	25.556
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II. Verlustvortrag	-16.497	-13.402	-10.782
III. Jahresfehlbetrag	3.096	7.124	11.338
Rückstellungen	2.040	2.040	2.140
Verbindlichkeiten	5.208	10.507	4.874
Bilanzsumme Passiva	18.847	26.765	32.570

	2017	2018	2019
Gewinn- und Verlustrechnung:	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	6.726	6.321	14.642
Sonst. betriebl. Erträge (aus Zuschüssen)	69.452	69.452	69.452
Materialaufwand	26.318	26.841	27.987
Personalaufwand	4.464	7.085	7.083
Sonst. betriebl. Aufwendungen	42.349	39.046	37.475
Jahresüberschuss	3.096	2.620	11.337

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2017	2018	2019
Mitarbeiter/innen (außer Geschäftsführung)	keine	1	1

Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	2017 in %	2018 in %	2019 in %
Eigenkapitalquote	61,54	53,12	78,47
Eigenkapitalrentabilität	k.A.	18,43	44,36
Fremdkapitalquote	38,46	46,88	21,53
Liquiditätsgrad I	k.A.	222,63	468,73

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Der Gesellschafter Förderverein KuK e.V. hat im Jahr 2019 einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 65.000 € geleistet; ebenfalls die Stadt Monschau als Gesellschafterin i.H.v. 4.500 €. Es besteht eine Leistungsbeziehung zwischen der KuK GmbH und der WFG als Eigentümerin des KuK-Zentrums Monschau im Rahmen eines seit 01.12.2002 geschlossenen Pachtvertrags, in dem das KuK-Zentrum ansässig ist.

Öffentliche Zwecksetzung

Die Gesellschaft hat den im Gesellschaftsvertrag verankerten öffentlichen Zweck erreicht, d.h. die Förderung der Kunst- und Kulturarbeit in der StädteRegion Aachen, den Betrieb und die Verwaltung des Kunst- und Kulturzentrums. Auch im Berichtsjahr wurde gezielt dafür geworben, dort Künstler und Künstlerinnen anzusiedeln und durch qualifizierte Beratung in ihrer Existenzfähigkeit zu fördern.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftliche Entwicklung / Ausblick 2020

Die KuK-Betriebs GmbH führte im Berichtszeitraum den operativen Geschäftsbereich mit der Verwaltung und dem Betrieb des KuK-Zentrums durch.

Bis zum Ende der Zweckbindungsfrist (31.07.2018) waren gegenüber der NRW Bank die notwendigen Nachweise der Vermarktungsbemühungen zu führen sowie die Belegung des Zentrums mit Künstler_innen zu dokumentieren. Dies erfolgte zuletzt für den Belegungszeitraum bis 31.07.2018 ohne Beanstandung. Die NRW-Bank bestätigte im Januar 2019, dass die Zweckbindungsfrist ordnungsgemäß beendet ist.

Die Vermarktungsbemühungen sind wie im Vorjahr intensiv von der Projektleitung fortgesetzt worden. Neben der Akquise von Künstler_innen im Rahmen der Existenzgründung gilt es auch weiterhin Projekte zu gewinnen, die speziell auf das KuK-Zentrum ausgerichtet sind. Hier kann das KuK-Zentrum zeitlich befristet die geeigneten Räumlichkeiten für Gruppen, Studentenklassen bieten.

Da die Vermietung der im Souterrain befindlichen Räumlichkeiten wegen der abseitigen Lage keine wirtschaftlich nutzbare, langfristige Vermietung zulässt, fand weiter die interne Nutzung durch Ausstellungen, Lesungen und kleinere Events statt, die das kulturelle Angebot des KuK-Zentrums ergänzen. Ein wirtschaftlicher Effekt ist damit nicht zu erzielen.

Die Gesellschaft finanziert sich vorrangig durch die Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter. Erträge resultieren lediglich aus Mieteinnahmen, die jedoch nur anteilig die Pachtzahlungen des KuK decken. Für das Geschäftsjahr 2019 zeichnet sich – ausgehend von den Mieteinnahmen sowie dem gegebenem Aufwandsniveau – erneut ein wirtschaftlich zufriedenstellender Geschäftsverlauf ohne Liquiditätsengpässe ab, der durch die Betriebskostenzuschüsse gesichert wird.

Die gegebene Finanzarchitektur der Gesellschaft, die u.a. für Werkvertragsleistungen, für die Aufrechterhaltung der Öffnungszeiten am Wochenende und der künstlerisch-konzeptionellen Leitung vor Ort sowie aller Kosten für Gebäudeinfrastruktur notwendig ist, bedarf auch in 2020 eines Finanzierungsbedarfs von knapp 70.000 €.

Die Gesellschaft erwirtschaftete in den vergangenen Jahren geringe Überschüsse, um die Eigenkapitalbasis wieder herzustellen. Das ist mit Ablauf des Gj. 2019 gelungen. Eine Insolvenzgefahr besteht nicht, wenn die Zuschüsse zu Beginn des Wirtschaftsjahres in geplanter Höhe fließen. Die Liquidität im abgelaufenen Geschäftsjahr war stets sichergestellt.

Die WFG als Gebäudeeigentümerin hat ihre Geschäftsaktivitäten stark zurückgefahren, so dass die Geschäftsbesorgung zwischen der WFG und der KuK Betriebs GmbH endete. Der zwischen den Gesellschaften bis 31.07.2019 bestehende Pachtvertrag wurde zu neuen Konditionen am 25.07.2019 bis zum 30.06.2020 abgeschlossen.

Der KuK-Förderverein initiierte in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle S 16 – Kultur; Projektleitung Frau Dr. Nina Mika-Helfmeier, im Berichtsjahr zahlreiche Ausstellungen, Projektarbeiten und kulturelle Events z. T. unter Mitwirkung international bekannter, renommierter Künstlerinnen.

Über das kulturelle Programm des KuK-Zentrum in 2019 und aktuell in 2020 informiert die Internetpräsentation www.KuK-Monschau.de.

Chancen und Risiken:

Die Chancen und Risiken der KuK- Betriebs GmbH ergeben sich aus der Abhängigkeit von den jährlich bereitzustellenden Gesellschafterzuschüssen im kalkulierten Umfang zur Finanzierung der Gesellschaft. Die Mieterträge reichen dazu alleine nicht aus.

Das anerkannt hochwertige Kulturangebot des KuK-Zentrums mit seinen Veranstaltungen und Ausstellungen ist eine feste Einrichtung in Monschau, die stets Tausende von Besuchern anzieht. Daher ist dieses kulturelle Angebot für die Bevölkerung in der StädteRegion im Gesellschafterinteresse und unverzichtbar.

Durch die Coronavirus-Pandemie musste das KuK-Zentrum wie viele vergleichbare Einrichtungen auf behördliche Anordnung Mitte März schließen. Es zeichnet sich ab, dass das Zentrum in naher Zukunft wieder für unsere Besucher unter Auflagen öffnen darf. Aufgrund der bestehenden Finanzierungsstruktur über Gesellschafterzuschüsse bleibt die Finanzierung der Betriebsgesellschaft in 2020 sichergestellt.



Grenzlandtheater
Aachen



Wir gestalten Zukunft!

www.staedteregion-aachen.de

StädteRegion Aachen
Der Städteregionsrat

Postanschrift
StädteRegion Aachen | 52090 Aachen

Telefon +49(241)5198-0
E-Mail info@staedteregion-aachen.de
Internet www.staedteregion-aachen.de



StaedteRegion.Aachen



staedteregion_aachen



@SR_Aachen_News



StaedteRegionAachen